

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Mittwoch, 17. Juli 2024 · Nr. 164/29 E1

HERAUSGEGEBEN VON GERALD BRAUNBERGER, JÜRGEN KAUBE, CARSTEN KNOP, BERTHOLD KOHLER

3,70 € F.A.Z. im Internet: faz.net

Faeser verbietet rechtsextremes Magazin

fhu/moja. BERLIN. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) hat das vom Bundesamt für Verfassungsschutz als rechtsextremistisch eingestufte „Compact“-Magazin sowie die Conspic Film GmbH verboten. Die Polizei durchsuchte am Dienstagmorgen Häuser und Büros in mehreren Bundesländern, darunter das Wohnhaus des „Compact“-Gründers und -Chefredakteurs Jürgen Elsässer. Faeser begründet das Verbot damit, dass „Compact“ ein „zentrales Sprachrohr der rechtsextremistischen Szene“ sei. „Dieses Magazin hetzt auf unsägliche Weise gegen Jüdinnen und Juden, gegen Menschen mit Migrationsgeschichte und gegen unsere parlamentarische Demokratie.“ Das Verbot zeige, „dass wir auch gegen die geistigen Brandstifter vorgehen, die ein Klima von Hass und Gewalt gegenüber Geflüchteten und Migranten schüren und unseren demokratischen Staat überwinden wollen“. Die AfD reagierte empört. In einer Pressemitteilung der Parteivorsitzenden Alice Weidel und Tino Chrupalla hieß es am Dienstag, das Verbot sei ein schwerer Schlag gegen die Pressefreiheit. Faeser missbrauche ihre Kompetenzen. Sie sei aufgefordert, die Pressefreiheit zu respektieren. (Siehe Seite 2 und Feuilleton, Seite 13; Kommentar Seite 8.)

Der Kämpfer und sein Gehilfe



Donald Trump und J.D. Vance – Der ehemalige Präsident mit einem Pflaster am Ohr, Erinnerung an das Attentat vom Wochenende. Neben ihm sein Kandidat für das Amt des Vizepräsidenten, dahinter seine Söhne. Applaus und gereckte Fäuste. Es dürfte ein Bild nach Trumps Geschmack

sein. Vance war einst Liebling der Linksliberalen und Trump-Kritiker, heute gilt er als dessen eifriger Jünger. Sollte Trump in Zukunft sanftmütiger auftreten, ist das von Vance nicht zu erwarten. Nach dem Attentat gab er Biden eine Mitschuld. **Seiten 3, 11 und 22** Foto: Matt Martin/UP/Laif

Purer Trumpismus

Von Andreas Ross

Donald Trumps Entscheidung, mit dem Junior Senator J.D. Vance aus Ohio in die Wahl zu ziehen, zeigt, wie sicher er sich seines Sieges ist. Vizepräsidenten haben wenig zu melden, solange ihr Präsident lebt, aber im Wahlkampf sind die „running mates“ wichtig. Sie sollen Wähler gewinnen, die der Präsidentschaftskandidat selbst nicht überzeugt. Darum holte sich der schwarze Junior Senator Barack Obama 2008 den erfahrenen, weißen Außenpolitiker Joe Biden an die Seite, Trump 2016 den allzeit freundlichen Evangelikalen Mike Pence und Biden 2020 die schwarze Bürgerrechtlerin Kamala Harris. Vance aber erscheint wie eine jüngere Trump-Kopie. Die Wähler im „Rostgürtel“, die Vance als einen der Ihren lieben, hat Trump sowieso im Sack.

Offenbar denkt der sonst oft kurz-sichtige Trump schon weit über den Wahltag hinaus. Vance soll wohl das Erbe des am Ende einer etwaigen zweiten Amtszeit 82 Jahre alten Trump antreten. Dass der Autor von „Hillbilly Elegy“ zwischendurch ein

Liebling der Linksliberalen war und Trump mit Hitler verglichen, steht dem nicht entgegen. Seine Kehrtwende lässt sich auf diesen Nenner bringen: Am Niedergang des „wahren“ Amerikas tragen doch nicht die „vergessenen Männer und Frauen von Amerika“ Schuld, sondern „die Eliten“.

Die Europäer sollten Trumps Entscheidung für Vance zudem als Hinweis deuten, dass der Republikaner in einer zweiten Amtszeit sein national-populistisches Programm vermutlich stringenter durchsetzen könnte. Die führenden Köpfe einer neuen Trump-Regierung würden sich wohl seltener gegenseitig ausbremsen oder gar für Bündnisse gegen den Präsidenten einspannen lassen. Auch für Vance gehört zum „America First“-Programm die Losung, dass der Ukraine-Krieg ein Problem allein der Europäer sei. Amerika solle Kiew nicht mehr unterstützen, die Ukraine müsse eben Land an Putins Russland abtreten. Auf dem Parteitag in Milwaukee muss er mit Widerspruch nicht rechnen. Die Republikaner stellen sich auf vier Jahre des puren Trumpismus ein.

Union mit Lücken

Von Daniel Deckers

Noch sind der Nachtragset und der Haushaltsentwurf für das kommende Jahr nicht im Bundestag. Trotzdem ist es mit der Einigung von Scholz, Habeck und Lindner auf die Grundzüge des Etats für 2025 und dem für diesen Mittwoch erwarteten Kabinettsbeschluss noch unwahrscheinlicher als zuvor, dass die selbst ernannte Fortschrittskoalition ein vorzeitiges Ende nimmt.

Das Fortbestehen der Mesalliance im Bundestag ist für die Opposition kein Grund zur Freude, jedenfalls nicht für die AfD. Kame es in diesem Herbst zu einer Neuwahl des Bundestages, könnte sich die in Teilen gesichert rechtsextremistische Partei Hoffnungen machen, künftig die stärkste Oppositionspartei zu sein. Alles andere als ausgemacht ist es aber, wie stark die AfD übers Jahr sein wird. Ihre Zustimmungskurve in der Sonntagsfrage weist seit Monaten beständig nach unten.

Viel wird davon abhängen, wie sich das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) in den kommenden Monaten entwickelt. Zwar füllt es mit einem gesellschaftspolitisch eher konservativen, verteilungspolitisch eher etatistischen und außenpolitisch eher antiwestlichen Profil eine Lücke im deutschen Parteiensystem. Bislang ist das aber nur Theorie. Anders sähe es aus, sollte das Bündnis nach den Landtagswahlen im Herbst in die Regierungsverantwortung gelangen. Dann könnten sich perspektivisch mehr Bürger überlegen, ihre Stimme dieser Alternative zu geben.

Bei der Union scheint hingegen Erleichterung über das Ende der jüngsten Ampelkrise zu herrschen, sie ruft nicht länger lauthals nach einem vorzeitigen Ende der Legislaturperiode. Der Unionsführung war immer klar, dass eine Neuwahl im Herbst die Schwesterparteien auf dem falschen Fuß erwischen würde.

Die Frage der Kanzlerkandidatur hätte sich noch am einfachsten lösen lassen. Sie ist Merz faktisch seit Längerem nicht mehr zu nehmen, auch nicht von Söder. Der bayerische Ministerpräsident hätte sich nur schon jetzt zum CDU-Vorsitzenden bekennen müssen, anstatt bis in den Herbst mit der K-Frage zu kokettieren.

Nicht schließen lassen hätten sich binnen weniger Wochen indes die vielen programmatischen Lücken, die CDU und CSU in drei Jahren Opposition nicht schließen wollten oder konnten. Zwar versucht CDU-Generalsekretär Linnemann verlässlich, den Anschein zu erwecken, dass die Union aus dem Stand heraus kampagnenfähig sei. Erfahrene Unionsleute halten es aber nicht für ausgemacht, dass sich das im Mai beschlossene Grundsatzprogramm mir nichts, dir nichts in ein Wahlprogramm ummünzen ließe.

Gegen eine baldige Neuwahl spricht aus Sicht des Adenauerhauses auch, dass sich die Zustimmungswerte zu den Unionsparteien nicht in dem Maß verbessert haben, wie es mit dem Ansehen der Ampel bergab ging. Zwar sind CDU und CSU in der Sonntagsfrage derzeit stärker als die drei Koalitionsparteien zusammen genommen. Ausdruck eines überbordenden Zutrauens in die Regierungsfähigkeit der Union ist dieses Stimmungsbild freilich nicht. Schon seit zwei Jahren kommt die Union konstant auf einen Stimmenanteil von 29 plus/minus zwei Prozentpunkten. Das sind etwa fünf Punkte mehr, als sie bei der Bundestagswahl 2021 hatte, obwohl die Verluste der Ampelparteien sich seither in einer Grö-

Das Ansehen der Ampelparteien sinkt und sinkt. Aber was machen CDU und CSU daraus?

Benordnung von kumuliert mehr als 15 Punkten bewegen.

Ohne eine Wechselstimmung zugunsten der Union wird ein Machtwechsel aber nicht gelingen, vor allem nicht in der gesellschaftlichen Mitte. Dort wird es mit markigen Ansagen wie der, dass man dieses und jenes Gesetz der Ampel zurücknehmen werde, nicht getan sein.

Mag die Ampel das Thema Klimaschutz durch staatsgläubigen Drigismus diskreditiert haben, so müssen Parteien, die das C im Namen tragen, mehr und bessere Antworten auf die Bedrohung der natürlichen Lebensgrundlagen haben als den Verweis auf die Gesetze des Marktes. Und mag die Ampel mit dem Bürgergeld falsche Anreize gesetzt haben und mit den Plänen für eine Kindergrundsicherung sozialpolitische Illusionen schüren, so sollte der Union die gesellschaftliche Teilhabe durch zielgenaue Sozial- und bestmögliche Bildungspolitik ebenso viel wert sein wie eine kluge Steuerung der Einwanderung und eine Außen- und Sicherheitspolitik, die der Verantwortung Deutschlands gerecht wird.

Zu den programmatischen Defiziten kommen personelle hinzu, etwa die geringe Sichtbarkeit von Frauen. Um diese Lücken zu schließen, bleibt CDU und CSU nicht viel Zeit. Zwar wird kaum eine Woche, welche die Ampel an der Regierung ist, ohne neuerlichen Zank zwischen den Partnern vergehen. Doch darauf zu spekulieren, dass die Fliehkräfte dieser Koalition eine Thermik freisetzen, welche die Opposition ohne eigenes Zutun in den Regierungshimmel trägt, könnte sich am Ende als falsch erweisen.

Niederträchtige Narrative

Der Lüge eine Gasse: Warum Wagenknechts Unterstützung für Putins Propaganda vor allem im Osten verfangt. Feuilleton, Seite 9

Blühende Landschaften

Die Senioren-Union aus dem Landkreis Leipzig fährt ins Erzgebirge. Ein Stimmungsbild von der Basis. Politik, Seite 5

Lass los, wir schaffen das!

Festreden an amerikanischen Universitäten werden oft von Prominenten gehalten. Manche predigen, andere machen Mut. Feuilleton, Seite 12

Hohe Dispozinsen

Während die Leitzinsen der EZB sinken, sind die Zinsen der Banken fürs Überziehen des Girokontos gestiegen. Finanzen, Seite 23

Triumphzug der „Könige“

Hunderttausende feiern auf Madriids Straßen den Fußball-europameister und träumen von weiteren Erfolgen. Sport, Seite 28

Streit um Lehrerstellen

Elternvertreter sagen, das Land streiche 200 Lehrerstellen. Das hessische Kultusministerium spricht von 600 neuen Plätzen. Rhein-Main-Zeitung, Seite 1

Briefe an die Herausgeber, Seite 18

EU-Parlament wählt Metsola zur Präsidentin

T.G. STRASSBURG. Roberta Metsola ist am Dienstag für weitere zweieinhalb Jahre zur Präsidentin des Europäischen Parlaments gewählt worden. Die christlich-demokratische Politikerin aus Malta bekam 562 von 623 gültigen Stimmen. Das war das beste Ergebnis seit Einführung der Direktwahl für das Parlament im Jahr 1979. Im Plenum sagte sie, dass das EU-Parlament die Ukraine weiterhin energisch unterstützen und die Rechtsstaatlichkeit wahren werde. Auch für die Wiederwahl Ursula von der Leyens als Kommissionspräsidentin zeichnet sich eine Mehrheit ab. (Siehe Seiten 2 und 8.)

Spahn legte höheren Einkaufspreis für Masken fest

Gegen eine Empfehlung aus seinem Ministerium / Hunderte Millionen Mehrkosten

itz. BERLIN. Der frühere Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) hat in der Frühphase der Corona-Pandemie die Preise für Schutzmasken offenbar gegen eine Empfehlung seines eigenen Hauses angehoben. Wie aus internen E-Mails hervorgeht, die der F.A.Z. vorliegen, schlug der zuständige Abteilungsleiter im März 2020 aus seiner Markt- und Fachkenntnis heraus drei Euro netto je Maske vor. Das sei „ordentlich“, schrieb er. Spahn entschied sich aber nur einen Tag später für einen Preis in Höhe von 4,50 Euro, also für ein Plus von 50 Prozent.

Nach Angaben des Bundesrechnungshofs wurden für die 262 Millionen zu diesem Preis beschafften Masken 1,4 Milliarden Euro gezahlt. Wäre Spahn dem Vorschlag der Fachabteilung gefolgt, wären es 935 Millionen Euro gewesen.

Spahns Nachfolger Karl Lauterbach (SPD) hatte in der F.A.Z. vergangene Woche den Verdacht geäußert, der „damalige Minister“ sei für den hohen Preis verantwortlich. Zur Aufklärung der Maskenvorgänge kündigte er die Einsetzung einer Sonderbeauftragten an.

Spahn wies die Zweifel gegenüber der F.A.Z. zurück. Die Regierung habe rück-schauend im Oktober 2020 die Preise als angemessen bezeichnet, sagte sein Sprecher. Festgelegt worden sei der Preis „nach mehrstündigen Beratungen mit der Fachabteilung“ des Ministeriums. Der Markt sei angespannt gewesen, man habe auch die Anlieferung nach Deutschland berücksichtigen müssen: „Ende April 2020 lag der in einer Preisstichprobe ermittelte

Preis bei 6,35 Euro netto und damit deutlich über den genannten 4,50 Euro.“ Lauterbachs Sprecher bestätigte diese Einschätzung: Die Preise „erscheinen der Bundesregierung eingedenk der damaligen weltweit außerordentlich angespannten Marktsituation auch in der Rückschau als angemessen“.

Die Gesundheits- und Haushaltspolitikerin Paula Piechotta (Grüne) kritisierte hingegen, ein einzelner Minister habe gegen den Rat seiner Fachleute mehr ausgegeben, „ohne dass das Parlament oder der Finanzminister intervenieren konnten“. Ihr Parteifreund Janosch Dahmen ergänzte: „Diese E-Mail wird wohl als teuerste Verschwendungsnachricht in die Nachkriegsgeschichte eingehen.“ (Siehe Wirtschaft, Seite 15.)

„Israelische Justiz muss Aufklärung schaffen“

Auswärtiges Amt übermittelt IStGH Rechtsauffassung zu Anträgen auf Haftbefehl

mawy. BERLIN. Deutschland setzt sich beim Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) bei der Prüfung der Haftbefehlanträge unter anderem gegen den israelischen Ministerpräsidenten Netanjahu im Sinne Israels ein – hebt aber die Pflicht der israelischen Justiz hervor, für Aufklärung der Vorfälle im Gazastreifen zu sorgen. Dazu will das Auswärtige Amt nach F.A.Z.-Informationen in Den Haag einen Amicus-Curiae-Brief vorlegen, um die deutsche Rechtsansicht zu dem Fall auszuführen. Diese Möglichkeit war von der Kammer eröffnet worden, welche die Haftbefehlanträge prüft. Diese hatte Chefankläger Karim Khan im Mai nicht nur gegen Hamas-Funktionäre gestellt, sondern auch gegen Netanjahu und Israels Verteidigungsminister Yoav Gallant. Er

sah bei ihnen hinreichende Anhaltspunkte dafür, dass sie die Verantwortung für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit trügen. Khan führte dazu vor allem den Vorwurf eines gezielten Aushungerns der Zivilbevölkerung im Gazastreifen an.

Das Völkerrecht gelte immer und für alle, heißt es im Auswärtigen Amt. Mit Blick auf das Völkerrecht ergäben sich für die Lage in Gaza und das Vorgehen der israelischen Armee Fragen. Vorfälle wie Angriffe auf Schulen oder Krankenhäuser „müssen durch die israelische Justiz lückenlos aufgeklärt und, wo erforderlich, bestraft werden“, so sehe es das IStGH-Statut vor. „Dazu haben wir Israel wiederholt aufgefordert, und das hat die israelische Justiz auch wiederholt angestoßen.“

Berlin lenkt mit seiner Argumentation die Aufmerksamkeit auch auf den Komplementaritätsgrundsatz und die Frage, ob der IStGH schon im laufenden Krieg zuständig sei. Der Grundsatz besagt, dass der IStGH erst tätig wird, wenn die Justiz des Landes nicht willens oder in der Lage ist, wegen der Verbrechen zu ermitteln. „In Anbetracht der Schwere der Anschuldigungen und des weiter andauernden Konflikts braucht dies Zeit und Sorgfalt“, heißt es aus dem Auswärtigen Amt mit Blick auf die Arbeit der israelischen Justiz. Die Bundesregierung hatte zuvor die Gleichzeitigkeit der Anträge kritisiert und darauf verwiesen, dass Israel ein Rechtsstaat sei. Man begrüße, dass Israel erklärt habe, mit dem IStGH und seinem Ankläger kooperieren zu wollen, heißt es jetzt.

CO₂-Ausstoß vergangenes Jahr stark gesunken

hade. FRANKFURT. Der CO₂-Ausstoß von Kraftwerken und Industrie in Deutschland ist im vergangenen Jahr so stark zurückgegangen wie noch nie seit der Einführung des europäischen Emissionshandels 2005. Die Emissionen sanken um 18 Prozent im Vergleich zum Vorjahr, teilte das Umweltbundesamt am Dienstag mit. Als Gründe gab die Behörde eine gesunkene Energienachfrage sowie den zunehmenden Ausbau erneuerbarer Energien an. Zudem nahm der Bund 2023 mit der Verstärkung von CO₂-Zertifikaten mehr als 18 Milliarden Euro ein, so viel wie noch nie. (Siehe Wirtschaft, Seite 16.)

Gegen Missbrauch des Begriffs „Widerstand“

F.A.Z. FRANKFURT. Die „Stiftung 20. Juli“, ein Zusammenschluss von Nachfahren der Verschwörer von 1944, hat sich gegen den Missbrauch des Widerstandsbegriffs durch Extremisten jeglicher Couleur ausgesprochen. In einem Manifest, das an diesem Mittwoch der Öffentlichkeit vorgestellt werden soll, schreiben führende Vertreter der Organisation, diejenigen handelten im Sinne der Widerstandskämpfer von 1944, die sich ehrenamtlich oder hauptamtlich für die Demokratie engagierten und dabei nicht der Versuchung erliegen, die eigene Meinung absolut zu setzen. (Siehe Seite 8.)

Kind als Geschäftsführer von Hannover 96 abgesetzt

F.A.Z. FRANKFURT. Martin Kind ist nicht mehr Geschäftsführer des Fußball-Zweitligaverbands Hannover 96. Der Bundesgerichtshof (BGH) erklärte in Karlsruhe die Absetzung durch die Führung des Muttervereins Hannover 96 e.V. aus dem Jahre 2022 für rechtmäßig. Als letzte Instanz wies der BGH somit Kinds Klage gegen die Abberufung zurück. Zuvor hatte sich der 80 Jahre alte Hörakustikunternehmer vor dem Landgericht Hannover und dem Oberlandesgericht Celle noch erfolgreich dagegen wehren können. Deren Entscheidungen hob das höchste deutsche Zivilgericht aber auf. (Siehe Sport.)



Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH; Kundenservice: (069) 75 91 - 10 00, Telefax: (069) 75 91 - 21 80 oder www.faz.net/meinabo. Briefe an die Herausgeber: leserbriefe@faz.de Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Österreich, Niederlande, Portugal (Cont.), Spanien 4,50 € / Kanaren, Balearen 4,70 € / Schweiz 5,50 sfrs

Das Magazin, das die AfD mochte

Die Partei reagiert entsetzt auf das „Compact“-Verbot. Von einem „autoritären Polizeistaat“ ist die Rede und von einem „Schlag gegen die Pressefreiheit“.

Von Friederike Haupt und Mona Jaeger, Berlin

Am Montag war man beim Compact-Magazin noch in Feierlaune. Auf dem Telegramkanal wurde zum Sommerfest am 27. Juli in Stößen, Sachsen-Anhalt, geladen. „Das wird das große Fest der Patrioten – und die große Debatte, wie es mit der AfD weitergeht“, so die Ankündigung. Als Redner lockten Maximilian Krahe, der AfD-Spitzenkandidat zur Europawahl gewesen war, und der österreichische Identitäre Martin Sellner. Zwei Emojis begleiteten die Aufforderung, eine der noch übrigen 119 Karten zu kaufen: eine Sonne und ein Bierkrug.

Das Fest fällt aus, egal, wie gut Wetter und Bier sind. Am Dienstag machte das Bundesinnenministerium öffentlich, dass es Compact mit sofortiger Wirkung verbietet, genauer: die Compact-Magazin GmbH sowie die Conspet Film GmbH. Das Ministerium berief sich darauf, dass auch Unternehmen „unter bestimmten Voraussetzungen“ durch Vereinsverbote verboten werden könnten. Compact richte sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung im Sinne von Artikel 9 des Grundgesetzes und Paragraph 3 des Vereinsgesetzes.

Eine entsprechende Verbotserklärung war, wie dem Bundesanzeiger zu entnehmen ist, schon am 5. Juni unterzeichnet worden. Veröffentlicht wurde sie erst am Dienstag. Fröhlich durchsuchten Polizeibeamte das Haus des Compact-Gründers und Chefredakteurs Jürgen Elsässer im brandenburgischen Falkensee, außerdem weitere Häuser und Büros in Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Hessen; insgesamt waren 339 Einsatzkräfte beteiligt.

Bei den insgesamt 14 durchsuchten Gebäuden handelt es sich um Geschäftsräume von Compact und die Wohnungen von führenden Akteuren, der Geschäftsführung und wesentlichen Anteilseignern. Dabei sollten „Vermögenswerte und weitere Beweismittel“ beschlagnahmt werden. In Sachsen-Anhalt war auch Stößen betroffen, der Ort des geplanten Sommerfests; dort wollte Compact auf dem Rittergut des früheren AfD-Politikers André Poggenburg feiern.

Die Internetseite des Compact-Magazins war am Dienstagvormittag schon nicht mehr erreichbar. Der Telegramkanal blieb zunächst offen, obwohl auch sein Betrieb vom Verbot umfasst wird,

ebenso wie die sonstigen Social-Media-Aktivitäten, etwa auf X, Youtube, Tiktok und Instagram. Die Kanäle verfügen beziehungsweise verfügten über eine enorme Reichweite: auf Youtube erreichten manche Videos mehr als eine Million Zuschauer. Das gedruckte Monatsmagazin hatte zuletzt eine Auflage von 40.000 Stück. Die Kombination von Reichweite und Inhalten macht Compact nach Auffassung des Innenministeriums zu einem „zentralen Akteur“ bei der Vernetzung der „Neuen Rechten“.

Schon 2021 stufte der Verfassungsschutz das Unternehmen als gesichert rechtsextrem ein. In dessen jüngstem Bericht heißt es, Compact verbreite „regelmäßig antisemitische, minderheitenfeindliche, geschichtsrevisionistische und verschwörungstheoretische Inhalte“. Das Hauptmerkmal der Beiträge sei „die Agitation gegen die parlamentarische Demokratie im Allgemeinen und gegen die Bundesregierung im Besonderen“. Zitiert wird eine Äußerung Elsässers, der im Juli vergangenen Jahres beschrieb, das Ziel seiner Zeitung sei der „Sturz des Regimes“. Kürzlich veröffentlichte Compact ein Interview mit der Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, das mit einem Zitat von ihr überschrieben war: „Die Deutschen müssen um ihr Land kämpfen!“

Das Innenministerium formulierte am Dienstag, Compact bediene sich einer „Widerstands- und Revolutionsrhetorik“, offensiv werde der Sturz der politischen Ordnung propagiert; es sei zu befürchten, dass Rezipienten „zu Handlungen gegen die verfassungsmäßige Ordnung animiert werden“. Innenministerin Nancy Faeser (SPD) sagte, Compact „hetzt auf unsägliche Weise“. Der brandenburgische Innenminister Michael Stübgen (CDU) begrüßte, dass „diese extremistischen Eiferer“ nun gestoppt worden seien. Sie hätten die „Zerstörung unserer freiheitlichen Gesellschaft“ vorangetrieben.

Für Missfallen bei Entsetzten sorgte das Verbot bei der AfD und im aktivistischen Vorfeld der extremen Rechten; die Reaktionen lassen sich erkennen, welche Bedeutung Compact für das Milieu hat. Allerdings fallen Unterschiede in der Bewertung auf. Die AfD-Vorsitzende Alice Weidel, deren Rolle in den vergangenen Monaten von Compact oft kritisch be-



Im Bademantel: Chefredakteur Elsässer wird im brandenburgischen Falkensee von Polizisten begrüßt.

Foto Presseservice Rathenow

wertet wurde, da sie nicht entschieden genug zu den Rechtsextremen in der Partei stehe, formulierte am Dienstagvormittag auf X vergleichsweise zurückhaltend, die juristische Sachlage sei noch nicht komplett einsehbar, deswegen sei es schwer, einzelne Kritikpunkte hervorzuheben. Die AfD werde das kommende Verfahren – gemeint ist wohl ein mögliches Vorgehen Elsässers gegen das Verbot – „kritisch begleiten und beobachten“. Eine gemeinsame Pressemitteilung von Weidel und ihrem Ko-Vorsitzenden Tino Chruppalla klang schon schärfer: Das Verbot des Compact-Magazins sei ein schwerer Schlag gegen die Pressefreiheit, hieß es darin, Faeser missbrauche ihre Kompetenzen. Sie sei aufgefordert, die Pressefreiheit zu respektieren.

Noch deutlicher wurde Hans-Christoph Berndt, Spitzenkandidat der AfD zur Landtagswahl in Brandenburg. Er teilte mit, in einer „echten Demokratie“ sei ein solcher Vorgang unvorstellbar. Das seien Methoden wie in einem „autoritären Polizeistaat“. Die AfD Brandenburg stehe „weiter solidarisch“ zu Compact. Der thüringische Landesvorsitzende der Partei, Björn Höcke, schrieb von einem „in der Geschichte der Bundesre-

publik einzigartigen Schlag gegen die Pressefreiheit“. Rechtsextreme Aktivisten wie der Österreicher Sellner, der immer wieder bei Compact mitwirkte, beklagte auf Telegram, wenn das Verbot erfolgreich sei, würde die „gesamte patriotische Gegenöffentlichkeit domestiziert und entkernt“. Er rief dazu auf, zunächst vorsichtig zu sein, etwa bei der Verwendung der nun verbotenen Compact-Logos, aber sich für Solidaritätsaktionen bereitzuhalten.

Der Kampf gegen Rechtsextremismus ist Faesers wichtigstes Projekt. Das Verbot des Compact-Magazins reiht sich deswegen in eine ganze Serie von Verboten und Razzien ein, mit denen Faeser aufräumen will in der rechtsextremen Szene. Der bislang größte Schlag gegen Rechtsextremismus gelang im Dezember 2022 mit den Durchsuchungen und Festnahmen von Reichsbürgern rund um Prinz Reuß, die eine Verschwörung geplant haben sollen. Ihnen wird derzeit der Prozess gemacht. Im September vergangenen Jahres verbot die Bundesinnenministerin erst die „Hammerskins“ und dann die „Artgemeinschaft“. Die „Hammerskins“ waren ein Ableger einer in den USA gegründeten Gruppe, die an NS-Ideologie angelehnte Rassenlehre propagierte. Die ebenfalls verbotene „Artgemeinschaft“

verbreitete antisemitische Inhalte und setzte sich für den Erhalt und die Förderung der eigenen „Art“, also Rasse ein.

Götz Kubitschek standen womöglich die Schicksale dieser beiden Vereine vor Augen, als er Ende Februar sein „Institut für Staatspolitik“ in zwei Firmen umwandelte, um einem etwaigen Verbot zuvorkommen. Der Bund und das Land Sachsen-Anhalt hatten das „Institut“ als gesichert rechtsextrem eingestuft, ob tatsächlich ein Verbot kurz bevorstand, ist aber nicht bekannt.

Sicher ist, dass Faeser dem Verfassungsschutz mehr Befugnisse geben will. Dazu möchte sie das Verfassungsschutzgesetz ändern. Bisher kann die Behörde die Finanzen militanter Gruppen und Vereine untersuchen. Bei Extremisten, die nicht auf Gewalt ausgerichtet sind, ist das nur schwer möglich. „Niemand, der an rechtsextreme Organisationen spendet, sollte sich darauf verlassen, hierbei unentdeckt zu bleiben“, begründete Faeser ihren Plan. Sellner gab sich am Dienstag zuversichtlich, andere Wege zur Vernetzung zu finden. Mit Blick auf das Sommerfest schrieb er: „Wir lassen uns das Feiern sicher nicht verbieten.“ Das Innenministerium in Magdeburg teilte mit, die Landespolizei werde das Verbot des Festes durchsetzen.

Die Kopfhörer geben sich entspannt

Im Europäischen Parlament zeichnet sich eine Mehrheit für die Wiederwahl von der Leyens ab / Von Thomas Gutschker, Straßburg

Wer zu Beginn dieser Woche mit denjenigen sprach, die im Europäischen Parlament eine Mehrheit für Ursula von der Leyen organisieren, sah in ziemlich entspannten Gesichtern. „Es läuft“, sagte einer. Die Wahl am Donnerstag werde weniger spannend, als viele glaubten, sagte eine andere. 361 Stimmen benötigt die amtierende Kommissionspräsidentin für eine zweite Amtszeit, und zwar in geheimer Wahl aller 720 Abgeordneten. In solchen Fällen werden intern „Headcounts“ erstellt, Listen, auf denen steht, wie jeder Abgeordnete mutmaßlich abstimmen wird. In der knappsten Schätzung, von der die F.A.Z. erfuhr, lag von der Leyen bei mindestens 365 und maximal 420 Stimmen aus dem Lager von Christdemokraten, Sozialdemokraten, Liberalen und Grünen. In einer anderen Prognose, die auch die rechtskonservative EKR-Fraktion einbezog, war dieser Höchstwert in etwa die Untergrenze.

Aber natürlich bleiben Unbekannte, daraus machten auch die Kopfhörer keinen Hehl. Eine Frage ist, wie stabil die sogenannte Plattform ist. Das Dreierbündnis aus Christdemokraten, Sozialdemokraten und Liberalen, das die nächste Kommission tragen will, kommt zusammen auf 401 Stimmen. Bei den Christdemokraten dürfte es nur wenige Abweiche-

ler geben. Nur die sechs Abgeordneten der französischen Républicains fremdeln mit von der Leyen. Auch bei den Sozialdemokraten gelten die 13 Franzosen von der Parti Socialiste als Wackelkandidaten. In beiden Fällen hat das viel mit Innenpolitik zu tun: Von der Leyen wird als Geschöpf von Präsident Macron gesehen, dem politischen Gegner.

Die Liberalen von der Renew-Fraktion gelten als „fragilster“ Partner – kein Wunder, sie sind der große Wahlverlierer und kamen auch bei den jüngsten Parlamentswahlen in den Niederlanden, Belgien und Frankreich ziemlich unter die Räder. Die französische Fraktionsvorsitzende Valérie Hayer ist angezählt. Die sechs Iren in der Fraktion lehnen von der Leyen wegen deren israelfreundlicher Haltung ab. Sie verlangen, dass die EU-Kommission den Freihandel mit Israel stoppt und Produkte aus Siedlungen boykottiert – was derzeit aussichtslos ist. Wackelkandidaten sind die acht deutschen und zwei slowenischen Abgeordneten. Die FDP hatte im Wahlkampf „weniger von der Leyen, mehr von der Freiheit“ versprochen. Auch die Freien Wähler, ebenfalls bei Renew untergekommen, sind skeptisch. Insgesamt könnten 16 Stimmen fehlen, 20 Prozent der Fraktion.

Klar ist deshalb, dass auch in diesem Jahr die Mehrheit breiter sein muss. Von

der Leyen hat dafür die Grünen umworben – wie es ihr der Europäische Rat vorgeschrieben hatte. Vor zwei Wochen traf sie deren Fraktionsführung, vorige Woche alle Abgeordneten. Es gebe ständig telefonische Kontakte, wie zu hören ist. Die Grünen-Führung hatte schon am Abend der Europawahl deutlich gemacht, dass sie Teil einer „Gestaltungsmehrheit“ werden wolle und zu Kompromissen bereit sei. Das habe sich in Verhandlungen bewährt, sagen Insider. Die Grünen hätten verstanden, dass das Parlament ein Stück weit nach rechts gerückt sei und sich dies in den Prioritäten abbilden müsse. Wie viele Grüne dann aber wirklich von der Leyen wählen, ist ungewiss. „Deutlich mehr als die Hälfte“ heißt es intern, die anderen rechnen mit 30 bis 40 der 53 Abgeordneten. Mit diesem Polster dürfte es in jedem Fall für die deutsche Christdemokratie reichen.

Bleibt noch die rechtskonservative EKR-Fraktion, die von der Fratelli d'Italia dominiert wird. Von der Leyen soll mit Italiens Regierungschefin Giorgia Meloni nur in deren Funktion als Ministerpräsidentin und nicht als Parteivorsitzende reden – so hatten es die drei Parteienfamilien der Plattform vereinbart, eine Konzeption an die Sozialdemokraten. Derlei Kontakte gab es auch, am Montag

telefonierten die beiden Frauen. Man darf vermuten, dass es um den Posten Italiens in der nächsten EU-Kommission ging. Eine solche Absprache könnte reichen, damit Meloni ihren 24 Abgeordneten die Zustimmung empfiehlt.

Am Dienstag war von der Leyen in der EKR-Fraktion und am Montag bei den Linken zu Gast. Nicht für Verhandlungen, wie es hieß, sondern um für ihr Programm zu werben. Bei den Linken dürfte das vergebene Liebesmüh gewesen sein, sie wollen geschlossen gegen die Deutsche stimmen. Dagegen überschneidet sich das EKR-Programm in vielen Punkten mit dem der christlich-demokratischen EVP, also von der Leyens Partei. Bürokratieabbau, härtere Migrationspolitik, Revision des Verbrenner-Aus – das sind Punkte, die auch flämische Nationalisten, tschechische Konservative und einige Abgeordnete aus Schweden und Finnland auf von der Leyens Seite ziehen können. Außerdem will die EKR im neuen Parlament mitgestalten. Da wäre die Unterstützung der Kommissionspräsidentin ein klares Zeichen, auch gegen die Ausgrenzungsversuche von links.

Für politische Deals wird in zweifacher Währung gezahlt. Zum einen natürlich mit inhaltlichen Kompromissen und Zugeständnissen. Die werden schriftlich fi-

xiert. Dazu kursieren schon Entwürfe für von der Leyens Bewerbungsrede am Donnerstag und für die „politischen Leitlinien“ der neuen Kommission. Jene, die der Deutschen ihre Stimme geben, werden von ihrer Rede nicht überrascht sein – weil sie selbst daran mitgewirkt haben.

Von der Leyen muss freilich vage bleiben, weil es zu wesentlichen Fragen immer noch sehr unterschiedliche Ansichten gibt. So fordert etwa die FDP wie EVP und EKR, das Aus für den Verbrennungsmotor im Jahr 2035 rückgängig zu machen. Doch ist das schon in der Renew-Fraktion nicht mehrheitsfähig. Wahrscheinlich wird von der Leyen hier auf die ohnehin vorgeschriebene Überprüfung des Gesetzes verweisen und das Schlüsselwort „technologieoffen“ verwenden, ohne dem Ergebnis vorzugreifen.

Die andere Währung, mit der nun Bündnisse geschmiedet werden, sind Posten im neuen Parlament. Bis Mittwoch werden die Ausschussvorsitze unter den Fraktionen aufgeteilt, die dann natürlich eine Mehrheit brauchen. Als erster Testlauf wurde die Wahl von 14 Vizepräsidenten für das Parlament gesehen, die am Dienstag begann und sich stets mehrere Wahlgänge erstreckt. Man werde nichts tun, was von der Leyens Wiederwahl gefährde, hieß es vorweg aus der EVP.

Rache der Kriegsallianz

Ungarn reagiert auf Boykott in der EU

WIEN. Mit scharfen Angriffen gegen angebliche Brüsseler Kriegstreiber hat die ungarische Regierung darauf reagiert, dass mehrere EU-Staaten sowie die Europäische Kommission die von der Budapester EU-Ratspräsidentschaft ausgerichteten Treffen protokollarisch herunterstufen und auf Ministerbene boykottieren wollen. Pál Zsigmond Barna, Parlamentarischer Staatssekretär im Europaministerium, sprach von einer linken und liberalen „Pro-Kriegs-Koalition“, die sich an der Friedenspolitik von Ministerpräsident Viktor Orbán rächen wolle. Auch die Kommission sei nicht in der Lage zu erkennen, dass die europäische Bevölkerung Frieden durch Verhandlungen und die Wiedereröffnung der diplomatischen Kanäle wolle.

Zuvor hatte am Montag ein Sprecher der EU-Kommission angekündigt, dass ranghohe europäische Beamte nicht an den Budapester Sitzungen teilnehmen würden. Auch mehrere Mitgliedstaaten wollen nicht ihre Minister, sondern Beamte auf Arbeitsebene zu den entsprechenden Sitzungen entsenden. Ungarn hat seit 1. Juli und bis Jahresende die EU-Ratspräsidentschaft inne, die im Wesentlichen die Aufgabe mit sich bringt, die Treffen von Ministern und Regierungschefs außerhalb von Brüssel auszurichten. Eine Funktion, die EU nach außen zu repräsentieren, ist damit nicht verbunden.

Orbán hatte jedoch in der ersten Juliwoche ohne Abstimmung innerhalb der EU Reisen nach Kiew, Moskau und Peking unternommen, die er als „Friedensmission“ deklarierte und auf denen er für einen baldigen Waffenstillstand im Ukrainekrieg warb. Durch den Zeitpunkt erweckte er den Eindruck, dass er das im Rahmen der ungarischen Ratspräsidentschaft tat, und obgleich Orbán selbst ausdrücklich erklärte, dass er dabei kein EU-Mandat ausübe, wurde das beispielsweise vom russischen Präsidenten Wladimir Putin genau so ausgedeutet.

Im Anschluss an seine Reise versandte Orbán einen Text an EU-Ratspräsident Charles Michel und die Regierungschefs, über den am Dienstag mehrere europäische Medien berichteten. Darin bezeichnete er es als notwendig, dass die EU wieder direkte diplomatische Beziehungen zu Russland aufnehme und „ranghohe“ Gespräche mit China über eine Friedenskonferenz geführt werden. Mit Bezug auf sein Treffen mit US-Präsidentenbewerber Donald Trump behauptete Orbán, der habe konkrete Pläne für eine Friedensinitiative, ohne aber Einzelheiten mitzuteilen.

Während der für die Ratspräsidentschaft zuständige Europaminister János Bóka als Reaktion auf die Boykottankündigungen konziliante Töne anschlug und versicherte, Ungarn stehe für aufrichtiges Bemühen zur Kooperation, war Europa-Staatssekretär Barna für die Attacke zuständig und griff Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen persönlich an. Er sagte, außer dem ungarischen Ministerpräsidenten gebe es keine europäischen Politiker, die „überall willkommen“ seien und „mit jedem“ reden könnten. Jetzt versuche Brüssel, Ungarn zu erpressen, „damit es sich auf die Seite der Kriegsbeiförderer stellt“. Es sei „bedauerlich“, dass die amtierende „Von-der-Leyen-Kommission“ das Wohlergehen, den Frieden und die Sicherheit in Europa ihren eigenen parteipolitischen Interessen untergeordnet habe.

Orbáns nationalkonservative Partei Fidesz schoss ebenfalls scharf gegen von der Leyen. Kinga Gál, die Vorsitzende der Fidesz-Delegation im Europaparlament, schrieb auf der Plattform X, der Grund für die Entscheidung der Kommission, die Präsidentschaft zu boykottieren, habe „eindeutig“ mit dem Bestreben von der Leyens zu tun, eine zweite Amtszeit an der Spitze der Kommission zu erhalten. „Wir sind daran gewöhnt, dass sie die EU-Institutionen als politisches Erpressungs- und Druckmittel benutzt, insbesondere gegen Ungarn“, schrieb sie. (Kommentar Seite 8.)

Orbán will das liberale Europa untergraben
Die britische Zeitung „Times“ (London) kommentiert die „Friedensmission“ des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán:

„Viktor Orbán, einst ein antikommunistischer Dissident, agiert inzwischen als nicht gerade heimlicher Schläfer-Agent des Kremls in der Europäischen Union. Ungarn hat gerade die turnusmäßige EU-Ratspräsidentschaft übernommen, sodass sein populistischer Ministerpräsident in den nächsten sechs Monaten weltweit mehr Aufmerksamkeit als sonst genießt. Orbán glaubt, dass dieser zeitweilige Status es ihm erlaubt, den Friedensstifter in einer unruhigen Welt zu spielen. Seine autokratischen Partner, die kein echtes Interesse an einer Vermittlung haben und ihre Macht nicht infrage

stellen lassen wollen, scheinen sich damit zufriedenzugeben, ihn als nützlichen Störenfried zu behandeln. (...) Brüssel muss deutlich vor Ausbruch bringen, dass die Positionen Orbáns in der EU nicht geteilt werden und sie einer gerechten Lösung für die Ukraine zuwiderlaufen. Ungarns Regierungschef will das gesamte Konzept eines liberalen Europas untergraben. Und sein finsterner Verbündeter bei diesem Projekt ist Putin.“

Mehr als Trumps Klon
Die norwegische Zeitung „Verdens Gang“ (Oslo) kommentiert Donald Trumps Wahl von J.D. Vance zu seinem Vizekandidaten für die Präsidentschaftswahl: „Präsident Joe Biden nennt Vance einen Klon Trumps. Es ist offensichtlich, dass Trump einen Kandidaten ge-

wählt hat, der ihm am meisten ähnelt, der seine Meinung teilt und bei dem er sich sicher ist, dass er 100 Prozent loyal ist. Doch es ist ein Fehler, ihn auf eine jüngere Kopie von Trump zu reduzieren. Vance ist ideologisch, Trump eher pragmatisch. Vance kann darüber hinaus glaubhafter an die weiße Arbeiterklasse appellieren, als Trump es kann. Er war einmal ein Teil von ihr. Trump hofft wahrscheinlich, dass Vance ihm helfen kann, in den kritischen Bundesstaaten Michigan, Pennsylvania und Wisconsin zu gewinnen. Es sind Staaten, in denen Joe Biden gewinnen muss, um wiedergewählt zu werden. Aber die Wähler werden sich auch daran erinnern, dass Vance vor acht Jahren einer derer war, die mit harten Worten vor Trump warnten und die sagten, dass sie ihn ganz sicher nicht wählen werden. Vance hat

nicht nur seine Meinung geändert. Er ist konvertiert und ein treuer Bewunderer Trumps geworden. Als Belohnung hat Trump ihn zu seinem Kronprinzen gemacht.“

Trump dominiert den Wahlkampf nach Attentat
Zum Präsidentschaftswahlkampf in den USA meint die „Neue Zürcher Zeitung“:
„Der Konvent der Republikanischen Partei wird ihren Anhänger vier Tage lang jeweils zur Primetime der Fernsehanstalten feiern. Das wäre genau der richtige Moment für die Demokraten gewesen, Bidens Verzicht bekannt zu geben und eine oder mehrere Alternativen zu präsentieren. Neue Kandidaten hätten Trump die Show gestohlen, Hoffnung für ihre Wähler verbreitet und die

lähmende Ungewissheit verkürzt. Die Wahl ist schon am 5. November; jeder Tag, an dem sich eine neue Kandidatin oder ein neuer Kandidat den Wählern präsentieren könnte, wäre Gold wert. Doch nichts dergleichen geschah. Statt eines neuen Hoffnungsträgers der Demokraten dominiert nun Trump die Medien als strahlender Überlebender eines Mordanschlags. Während die Demokraten weiter zerrissen und unschlüssig dastehen, stellt sich die Republikanische Partei geschlossen hinter ihren Kandidaten. (...) Sollte die Demokraten der Mut und Elan verlassen, machen sie einen großen Fehler. Mit jedem Tag, mit dem sie die schwierige Entscheidung hinausschieben, schwinden die Chancen für eine neue Kandidatin oder einen neuen Kandidaten, das Vertrauen der Wähler zu gewinnen.“

STIMMEN DER ANDEREN

Berauscht von sich selbst

Die Delegierten sind Donald Trump auf dem Parteitag in Milwaukee ergeben. Selbst seine früheren Kritiker stehen hinter ihm.

Von Sofia Dreisbach und Majid Sattar, Milwaukee

Welcher Geist auf dem Nominierungsparteitag der Republikaner in Milwaukee herrscht, wird gleich nach Eröffnung der Großveranstaltung am Montagmittag deutlich. Michael Whatley, der Vorsitzende des „Republican National Committee“, bittet um eine Schweigeminute für die Opfer des Attentats von Pennsylvania. Es folgen wie immer: Gebet, Fahneid und Nationalhymne. Dann aber beginnen die Delegierten – abweichend vom Protokoll – zu skandieren: „Fight, fight, fight!“ Die Worte Trumps, die dieser unmittelbar nach den Schüssen auf ihn an seine Anhänger richtete, sind der neue Schlachtruf der Bewegung. Ihr Anführer mag seit der Tat von Butler veröhnliche Töne anschlagen. Seine Jünger geben sich hingegen kämpferisch.

Die Nominierung selbst ist ein folkloristisches Spektakel. Im „Fiserv Forum“ sitzen die Delegierten sortiert nach Bundesstaaten. Die Versammlungsleiterin ruft die Entsandten aller 50 Bundesstaaten sowie der amerikanischen Außenterritorien auf und bittet deren Delegationsleiter um Mitteilung, wie die Verteilung der Stimmen ausfällt.

Den Anfang macht traditionell Iowa, so wie in den Vorwahlen: alle Stimmen für Trump. Die Delegationsleiter nutzen den kurzen Auftritt jeweils für einen patriotischen Werbeblock für ihre Region – und um zu demonstrieren, wie loyal man zu Trump und der Partei steht. Der Delegationsleiter aus Oklahoma preist seinen Bundesstaat etwa als denjenigen an, der als erster einen Highway nach „Donald J. Trump“ benannt hat. Der Leiter der Delegierten aus Texas, die alle in strohfarbenen Cowboyhüten erschienen sind, erinnert stolz daran, dass in dem „Lone Star State“ seit 1992 kein Demokrat mehr eine landesweite Wahl gewonnen habe. So geht es weiter. Immer wieder Gejohle. Die Delegierten berauschen sich an sich selbst.

Irgendwann wird Florida aufgerufen. Für die Delegation spricht Eric Trump, der zweitälteste Sohn des früheren Präsidenten. Er ist genauso wie sein älterer Bruder Don junior, seine Halbschwester Tiffany und sein jüngster Halbbruder Barron Mitglied der Delegation. Trumps Wahlheimat hat freilich eine besondere Beziehung zu dem Kandidaten, der den Großteil des Jahres in Mar-a-Lago residiert. Der Familienclan gehört inzwischen zum Inventar des „Sunshine State“, da kann Elise Stefanik, die Trump-Vertraute im Repräsentantenhaus, die das Ergebnis New Yorks verkündet, noch so sehr hervorheben, Trump werde immer ein New Yorker bleiben.

Die 125 Delegiertenstimmen Floridas, die Sohn Eric an seinen Vater gibt, sind der Moment, auf den alle gewartet haben. Nun ist dem Republikaner die Mehrheit sicher, was freilich niemand zuvor in Zweifel gezogen hatte. Dennoch ertönt nun der Song „Celebration“ von Kool & the Gang.

Nach einer kurzen Pause geht es weiter. Für Kentucky trägt wenig später Mitch McConnell das Ergebnis vor. Das ist erstaunlich. McConnell und Trump haben am 6. Januar 2021 miteinander gebrochen. Der seinerzeitige Mehrheitsführer der Republikaner im Senat warf dem damaligen Präsidenten vor, den Sturm auf das Kapitol provoziert und seine Anhänger mit „Lügen“ über eine gestohlene Wahl „gefüttert“ zu haben. Trump hat McConnell das nie verziehen und ihn seither schon häufiger eine „alte Krähe“ genannt.

Der 82 Jahre alte Senator aus Kentucky, der im vergangenen Jahr wegen gesundheitlicher Probleme in Washington kurzzeitig ausfiel, hatte zu Jahresbeginn angekündigt, im nächsten Kongress nicht mehr die Fraktionsführung anzustreben – seit 2021 war er der Führer der Minderheitsfraktion. Jedes andere Delegationsmitglied hätte das Ergebnis verkünden können. Doch McConnell war entschlossen, es selbst zu tun. Dass er die 46 Delegiertenstimmen Trump zuweist, ist dann in der Arena nicht zu hören, so laut wird McConnell ausgehört. Der Parteitag ist Trump ergeben: In Milwaukee gibt es keine Flügel mehr. Das Attentat von Pennsylvania hat den Willen, sich geschlossen hinter dem Kandidaten zu versammeln, noch verstärkt.

Als Mike Lee, der Senator aus Utah, aufgerufen wird, das Ergebnis seines Bundesstaates zu berichten, macht gerade eine Nachricht die Runde: Trump, so verbreiten es die Medien, mache J.D. Vance, den Senator aus Ohio, zu seinem „Running Mate“, zum Kandidaten für das



Ohne Gegenstimmen: Trump mit verbundenem Ohr am Montagabend auf dem Parteitag der Republikaner in Milwaukee

Foto EPA

Amt des Vizepräsidenten. Lee vergibt die Stimmen Utahs daher nicht nur an den Präsidentschaftskandidaten, sondern an das „Ticket Trump/Vance“. Im „Fiserv Forum“ ertönen „J.D., J.D.“-Rufe.

Dann ist Schluss: Alle Delegationen haben ihre Stimmen abgegeben. Mike Johnson, der Sprecher des Repräsentantenhauses, verkündet das Ergebnis: 2387 Stimmen für Trump. Keine Gegenstimme. Wie 2020 wird er einstimmig nominiert. Zum dritten Mal seit 2016 zieht die Partei mit Trump ins Rennen. Nikki Haley, die in den Vorwahlen im Winter zumindest kurzzeitig die Verwundbarkeit des früheren Präsidenten im Lager der moderaten Republikaner und unabhängigen Wähler offenlegte, hatte zuletzt ihre Delegierten aufgerufen, für Trump zu stimmen. Das Attentat tat ein Übriges.

In der Veranstaltungshalle in Milwaukee ist wenig später J.D. Vances Moment gekommen. Er weiß zu diesem Zeitpunkt selbst noch nicht lang, dass er Trumps Auserwählter ist. Der Senator aus Ohio soll erst zwanzig Minuten vor der öffentlichen Bekanntgabe durch Trump informiert worden sein. Für den 39 Jahre alten Vance, der einmal über sich selbst sagte, er habe einen Großteil seines Lebens nach „sozialer Akzeptanz durch Amerikas Eliten“ gestrebt, dürfte mit der Nominierung ein Traum in Erfüllung gehen.

Für den Weg zur Bühne nimmt sich Vance mehrere Minuten Zeit. Er schüttelt

Hände, winkt, genießt den Applaus. An seiner Seite ist Ehefrau Usha Vance, Tochter indischer Einwanderer und Mutter der gemeinsamen drei Kinder. Als die Musik schließlich ausgeht, skandiert die Menge seinen Namen. Vergessen ist, dass Vance Trump vor der Wahl 2016 noch als „Idioten“ und „gefährlich“ bezeichnet hat. Seither ist er zu Trumps vorbildlichem Krieger geworden.

Als der frühere Präsident in New York wegen der Schweigegeldzahlungen an die Pornodarstellerin Stormy Daniels vor Gericht steht, ist Vance der erste Republikaner, der ihm im Gerichtssaal demonstrativ zur Seite steht. Das Verfahren bezeichnet er als „Scharade“ und „hoch parteiische“ Aktion der Linken. Nach den Schüssen auf Trump am Samstag ist es wiederum Vance, der unmittelbar zum Gegenschlag ausholt: Es sei Bidens Rhetorik gewesen, die „direkt zum Attentat auf Trump“ geführt habe. Es sei die zentrale Prämisse der Biden-Kampagne, dass Trump ein „autoritärer Faschist“ sei, der „um jeden Preis gestoppt“ werden müsse. Später mahnt Trump selbst zur Zurückhaltung; sein Wahlkampfteam verbietet sich öffentliche Äußerungen und rhetorische Brandstiftung.

Doch die Entscheidung für Vance spricht nicht dafür, dass Trump sich nach dem Anschlag auf sein Leben dauerhaft im Ton mäßigt. In Milwaukee will er am

Donnerstag zwar keine Brandrede gegen Biden halten, wie ursprünglich geplant. Doch der Aufruf zur Geschlossenheit dürfte bei den Amerikanern verhallen, die ein moderaterer Kandidat hätte einfangen können.

Worauf Trump mit Vance setzt, macht er am Montag schon mit der ersten Stellungnahme deutlich. Er habe sich trotz der „enormen Talente“ anderer Personen nach reiflicher Überlegung für den Senator aus Ohio entschieden, schreibt Trump auf „Truth Social“. Dieser werde als Vizepräsident „alles tun, um Amerika wieder groß zu machen“. Im Wahlkampf, so verspricht Trump, werde Vance sich „stark auf die Menschen konzentrieren, für die er so brillant gekämpft hat, die amerikanischen Arbeiter und Farmer in Pennsylvania, Michigan, Wisconsin, Ohio, Minnesota und weit darüber hinaus“. Der frühere Präsident verweist auf „Hillbilly Elegy“, Vances Buch über das prekäre Aufwachsen in den Appalachen, das 2016 zum einem Bestseller wurde und vielen nach der Wahl Trumps als Bibel zum Verständnis der weißen amerikanischen Arbeiterschaft galt.

Vor den republikanischen Delegierten im „Fiserv Forum“ geht der Vizegouverneur von Ohio, Jon Husted, am Montag noch weiter. Vance sei die „Verkörperung

des amerikanischen Traums“, sagt er. Ein Mann, der nie vergessen habe, woher er komme, auch wenn das Leben ihn an Orte geführt habe, „die er sich vielleicht nie hätte vorstellen können“. Was Husted meinen dürfte, ist der akademische Werdegang von Vance, der nach einem Studium der Politikwissenschaften und Philosophie an der Ohio State University einen Juraabschluss an der Yale University erwarb. Später arbeitete Vance als Rechtsanwalt und zuletzt im Risikokapitalgeschäft, bevor er 2022 als politischer Neuling für den Senat kandidierte.

Heute gehört Vance zum „Make America Great“-Flügel der Republikaner, predigt Isolationismus, will Amerikas Rückzug von der Weltbühne und stärkere staatliche Eingriffe in die Wirtschaft. Über seine Zeit im Irak als Gefreiter in der Öffentlichkeitsarbeit des Militärs äußert Vance einmal, er sei ein „junger Idealist“ gewesen, der „Demokratie und Liberalismus in die rückwärtsgewandten Länder dieser Welt“ habe bringen wollen. Er habe jedoch festgestellt, dass er belogen worden sei – „dass die Versprechen des außenpolitischen Establishments ein kompletter Witz waren“.

Für Amerikas Bündnispartner bedeutete ein Gespinn aus Trump und Vance, dass ein Rückzug der Vereinigten Staaten von der Weltbühne umso wahrscheinlicher würde. In einem Interview vor zwei Jahren äußert Vance gleichmütig, es sei ihm „eigentlich egal, was mit der Ukraine passiert“. Im Zuge des NATO-Gipfels in Washington kritisiert er jüngst abermals die Unterstützung Kiews durch Washington. In der amerikanischen Debatte über Migration bringt Vance Einwanderer immer wieder mit Drogenschmuggel in Verbindung. Im Wahlkampf 2022 deutet er gar an, die Biden-Regierung lasse die Einfuhr von Fentanyl über die Südgrenze zu, um republikanische Wähler zu töten. Es scheine, als wolle Biden „die Leute bestrafen, die ihn nicht gewählt haben“.

Moderate und Wechselwähler dürfte Trump mit Vance deshalb kaum ansprechen. Dass er sich am Montag trotzdem für den Senator aus Ohio entscheidet, dürfte auch an den Erfahrungen mit seinem früheren Vizepräsidenten Mike Pence liegen. Der wurde 2020 mit der Weigerung, die Wahlergebnisse zugunsten seines Präsidenten abzulehnen, zu Trumps Erzfeind. Als der Mob am 6. Januar 2021 im Kapitol tobte, riefen sie „Hängt Mike Pence“.

Vance wiederum hat die Läuterung schon hinter sich. Dass er sich ein zweites Mal von Trump abkehrt, ist unwahrscheinlich. Das Kräfteverhältnis der beiden Männer ist dabei klar. Als Trump sich im Senatswahlkampf 2022 öffentlich für Vance ausspricht, verpasst er ihm gleichzeitig auch einen Denkkettel. Vance kriecht ihm „in den Arsch, so sehr will er meine Unterstützung“, sagt der Republikaner. Dass der Senator vom entschiedenen Trump-Gegner zu einem seiner loyalsten Unterstützer wurde, erklärt Vance unter anderem mit der heftigen Reaktion linksliberaler Amerikaner auf Trumps Präsidentschaft, die in ihm wiederum eine Gegenreaktion ausgelöst habe. Über die Jahre bedauert er immer wieder öffentlich, sich früher gegen Trump ausgesprochen zu haben.

Am Montagabend sitzen die beiden Männer in Milwaukee nebeneinander, als wäre es nie anders gewesen. Trump stattet dem Parteitag da den ersten kurzen Besuch ab – unter frenetischem Jubel und mit einem großen Pflaster über dem rechten Ohr.

Trumps Vize

J. D. Vance hat sich hochgearbeitet

Von Oliver Kühn

Sollte Donald Trump die Präsidentschaftswahl im November gewinnen, würde J. D. Vance zum jüngsten Vizepräsidenten der amerikanischen Geschichte. Mit gerade einmal 40 Jahren würde er in das Naval Observatory in Washington, die offizielle Residenz des amerikanischen Vizepräsidenten, einziehen. Geboren wurde er am 2. August 1984 als James Donald Bowman in Middletown im Bundesstaat Ohio, einer von industriellen Verfall geprägten Stadt im sogenannten Rust Belt. Benannt wurde er nach dem damaligen Ehemann seiner Mutter Beverly Carol, Donald Ray Bowman. Sein Vater verließ die Familie, als Vance noch ein Kleinkind war, und er wurde später vom dritten Ehemann seiner Mutter adoptiert. Sein Name wurde daraufhin in James David Hamel geändert.

Seine Mutter, eine Krankenschwester, hatte mehrere Ehemänner und wechselte mit J. D. und dessen Schwester Lindsey häufig den Wohnsitz. Sie hatte Probleme mit Rauschgift, war ihrem Sohn gegenüber gewalttätig und öfter abwesend, wenn sie in einer Entziehungskur war. Stabilität bekam Vance erst, als seine Großeltern ihn bei sich aufnahmen, deren Nachnamen er dann auch annahm.

Gerade seine Großmutter, von ihm Mamaw genannt, erwähnt er immer wieder als prägend. Diese habe ihn angetrieben, sich in der Schule anzustrengen. Er selbst habe seine Zukunft in der Hand und solle nicht so wie die Menschen um ihn herum sein Schicksal auf die Umstände und andere schieben. Neben der Schule musste er arbeiten, um das nötige Geld zu verdienen. Er habe sich kein Mobiltelefon leisten können, aber seine Großmutter habe darauf geachtet, dass er einen vernünftigen Taschenrechner besitze, sagte er.

Von 2003 bis 2007 diente er in der Marineinfanterie der US-Armee, eine Zeit, die er selbst als extrem einflussreich für sich bezeichnet: Erstmals habe er so etwas wie einen Lebenssinn gehabt. Eingesetzt war er in der Öffentlichkeitsarbeit, und er absolvierte einen Einsatz im Irak. Danach kehrte er nach Ohio zurück und studierte Politikwissenschaft und Philosophie. Dann ging er auf die Eliteuniversität Yale. Darüber sagte er im Nachhinein, dass er sich wegen seiner Herkunft, die anders war als jene seiner Kommilitonen, erstmals fehl am Platz gefühlt habe.

Die Zeit in Yale veränderte sein Leben in mehrerlei Hinsicht. Einerseits lernte er dort seine spätere Frau Usha kennen. Andererseits kam er in Berührung mit Menschen und Denkern, die ausdrückten, was er nur als Gefühl hatte. So beschrieb er einen Vortrag des Technomillennars Peter Thiel als augenöffnend. Der habe darüber gesprochen, dass es für viele Menschen im Leben nur darum gehe, einen sozialen Wettbewerb gegen die Zeitgenossen zu gewinnen, ohne etwas Sinnvolles zu schaffen. 2013 erlangte Vance seinen Doktorgrad in Jura und drei Jahre später folgte er Thiel nach San Francisco, um für ihn zu arbeiten.

Thiel hatte aber noch einen anderen Einfluss auf ihn, so schrieb er einmal, dass der mit Vances Vorurteil aufgeräumt habe, dass nur dumme Menschen Christen seien. Durch Thiel habe er sich mit dem Katholizismus beschäftigt. 2019, im Alter von 35 Jahren, ließ er sich taufen.

2016 erschien sein autobiographisches Buch „Hillbilly Elegy“ über sein Aufwachsen in Ohio. Es wurde von der Kritik hochgelobt und als Blaupause beschrieben, wie sich die Begeisterung der weißen Arbeiterklasse für Donald Trump verstehen lasse. Auch Vance äußerte sich damals zu Trump. Einem Kommilitonen schrieb er, er wisse nicht, ob Trump ein „zynisches Arschloch“ oder „Amerikas Hitler“ sei. Er bezeichnete Trump öffentlich als „kulturelles Heroin“, als „Demagogen“, der die weiße Arbeiterklasse an einen sehr dunklen Ort führt“, und sich selbst als „never Trump guy“.

2017 kehrte Vance abermals nach Ohio zurück. Er gründete eine Wohltätigkeitsorganisation, die gegen die Probleme, die er in seinem Buch beschrieben hatte, ankämpfen sollte. Er musste sie jedoch nach nur zwei Jahren einstellen. In dieser Zeit begann er, seine Haltung zu Trump zu ändern. Spätestens als er sich 2021 entschied, für einen Senatsitz zu kandidieren, hatte er sich zum Trump-Anhänger gewandelt. Kurz vor der Senatswahl 2022 sprach sich Trump öffentlich für ihn aus. Vance gewann die Wahl und zog in den Senat in Washington ein. Dort etablierte er sich als einer der eloquentesten Verfechter von Trumps „America First“-Politik.

Sie hatten auf den Täter hingewiesen

fia. MILWAUKEE. Mehrere Tage nach dem Mordanschlag auf den republikanischen Präsidentschaftskandidaten Donald Trump bei einer Kundgebung in Pennsylvania mehrten sich die Hinweise auf Fehler der Sicherheitsbehörden. Laut einer Analyse von Videos durch die „Washington Post“ vergingen eine Minute und 26 Sekunden zwischen den ersten Warnungen von Augenzeugen vor einem Mann auf einem nahe gelegenen Dach und den Schüssen des Attentäters auf Trump. Dieser verletzte den Republikaner am rechten Ohr, tötete

einen Besucher, verwundete zwei weitere schwer und wurde schließlich von einem Scharfschützen des Secret Service erschossen.

Ein neues Video von der Veranstaltung stützt vorherige Aussagen von Augenzeugen, die angegeben hatten, sie hätten die Polizei auf einen Mann hingewiesen, der auf das Dach eines Unternehmens außerhalb der Veranstaltung geklettert sei. Die Beamten hätten jedoch nicht unmittelbar reagiert. Ein örtlicher Polizist kletterte schließlich auf das Dach, brachte sich jedoch in Sicherheit, als der Attentäter

die Waffe auf ihn richtete. Weil der Beamte sich an der Kante des Daches festhielt, konnte er der Darstellung nach seine eigene Waffe nicht ziehen. Kurz danach begann der Schütze, auf Trump zu schießen.

Die Direktorin des Secret Service, Kimberly Cheatle, schloss in einem Interview mit dem Sender ABC am Montag einen Rücktritt aus. Der Angriff sei „inakzeptabel“ gewesen und müsse untersucht werden; dafür trage sie die Verantwortung. Präsident Joe Biden hatte am Sonntag eine unabhängige Untersuchung des Vorfalls angekündigt. Heimatschutzminister Alejandro Mayorkas sprach am Montag von einem „Sicherheitsversagen“.

Der Sender CNN berichtete am Dienstag, amerikanische Behörden hätten in den vergangenen Wochen „von einer menschlichen Quelle“ Informationen erhalten, wonach Iran ein Attentat auf Trump plane. Das habe zu erhöhten Sicherheitsvorkehrungen durch den Secret Service geführt. Es gibt laut CNN jedoch keine Hinweise, dass der Attentäter aus Pennsylvania damit in Verbindung steht.

Das Motiv des 20 Jahre alten Schützen ist weiterhin nicht klar. Wie der Sender CNN berichtet, gibt es trotz des Zugriffs auf Handy und Computer des Mannes sowie Dutzender Gespräche mit Familie und Freunden keine Hinweise auf ein politisches oder ideologisches Motiv. In einer Stellungnahme des FBI vom Montag hieß es, die Ermittlungen befänden sich noch „in einem frühen Stadium“.



Der Schütze: Standbild aus einem Augenzeugenvideo Foto djlauhatme/TikTok/CNN

Wettlauf der Gratulanten

Angela Merkel wird 70. Markus Söder spricht in den höchsten Tönen von ihr. Anders als Jens Spahn.

Von Eckart Lohse, Berlin

Gut, dass das Wesentliche schon vor dem Festtag geklärt ist. Angela Merkel ist die „bedeutendste lebende politische Persönlichkeit in Deutschland“. Diese Einschätzung verbreitete jedenfalls der bayerische Ministerpräsident Markus Söder am Dienstag, einen Tag also vor dem 70. Geburtstag der langjährigen CDU-Vorsitzenden und Bundeskanzlerin. Für verblichene Polit-Größen wie Konrad Adenauer oder Franz Josef Strauß mag dieses Söder-Ranking hinnehmbar sein. Die noch lebenden wie Kanzler Olaf Scholz oder der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz müssen es verkraften.

So viel gestand der CSU-Vorsitzende, der im Anrennen gegen Merzels Migrationspolitik ein den Begriff „Asyltourismus“ benutzt hatte, immerhin ein: Die CSU und Merkel hätten zunächst ein wechselhaftes Verhältnis gehabt, „das galt auch für mich“, sagte Söder der Deutschen Presse-Agentur. Mit der Corona-Pandemie habe sich jedoch „bei mir alles geändert“. Er habe „höchsten Respekt“ vor, wie Merkel unser Land beschützt hat.

Als Söder 2018 mitgeteilt hatte, er werde das Wort Asyltourismus nicht mehr benutzen, war dem eine Mahnung von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier vorausgegangen, gerade Mitglieder von Regierungsparteien sollten auf ihre Sprache achten. Diesen Grundsatz bezichtigte Steinmeier, dessen SPD-Mitgliedschaft während der Zeit als Präsident ruht, selbstverständlich auch in seinem Gratulationsschreiben an Merkel. Er wählte große Worte, blieb aber unterhalb der ohnehin kaum zu toppenden rhetorischen Flughöhe Söders. Er erinnerte daran, dass Merkel die erste Hälfte ihres Lebens hinter der Berliner Mauer in einem unfreien System gelebt habe und daher den Wert der Freiheit besonders zu schätzen wisse. Steinmeier war Außenminister in Merzels erster und dritter Regierung und verstand sich gut mit ihr. Er erinnere sich nicht nur an die Anspannungen und Strapazen nächstlanger Verhandlungen, schrieb Steinmeier der Altkanzlerin zum Geburtstag, sondern auch an „Ihre Gelassenheit, Ihren Humor und ganz einfach Ihre Menschlichkeit“. Der Bundespräsident kommt als ranghöchster deut-

scher Politik-Gratulant zum Schluss: „Die erste Bundeskanzlerin der Bundesrepublik bleibt ein Vorbild und ein Markenzeichen unserer Demokratie.“

Bundeskanzler Olaf Scholz, ein Sozialdemokrat, der nicht nur Merzels Vizekanzler und Finanzminister war, sondern auch sehr gut mit ihr zurechtkam, schrieb ihr einen persönlichen Brief zum 70. Wie es aus Regierungskreisen hieß, verband der Kanzler darin „seine Würdigung ihrer außerordentlichen politischen Karriere und ihres langjährigen Engagements zum Wohle unseres Landes“ mit den besten Wünschen für Merzels Gesundheit und ihr weiteres Wohlergehen. Auch wenn das Schreiben noch nicht in ganzer Länge bekannt ist, darf unterstellt werden, dass Scholz es mit den sonst von ihm zu hörenden Vorwürfen, unter CDU-geführten Regierungen sei viel unerledigt liegen geblieben, in seinem Brief nicht übertrieben hat.

Neben den Glückwunschkategorien „großes Kino“ und „staatstragende

Freundlichkeit“ gab es allerdings am Dienstag auch weniger Festtägliches. Jens Spahn, Merzels Parteifreund und letzter Gesundheitsminister, der ihr nach ihrer Rückzugsankündigung im Herbst 2018 mindestens als Parteivorsitzender nachfolgen wollte, wusste zwar einige Erfolge der Kanzlerin aufzuzählen wie das Meistern der Finanzkrise, den längsten Aufschwung in der Geschichte der Bundesrepublik und viele Wahlsiege. Aber insgesamt fielen seine über das Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND) transportierten Glückwünsche sehr kritisch aus: In drei Fragen würde die Union mit dem Wissen von heute anders entscheiden. „Die massenhafte irreguläre Migration seit 2015 hat die deutsche Gesellschaft destabilisiert und überfordert“, äußerte der Bundestagsabgeordnete Spahn. Und weiter, mit Blick auf die Besetzung der Krim durch Russland vor zehn Jahren: „Mit Putins Russland hätten wir spätestens ab 2014 ganz anders umgehen

müssen.“ Schließlich rügte Gratulant Spahn, der Verzicht auf die Atomsterzeugung sei „im Rückblick auch klimapolitisch ein schwerer Fehler“ gewesen.

Saskia Esken, eine der beiden SPD-Vorsitzenden, der Merkel gesagt haben soll, dass beider Weg an die Spitzen ihrer Parteien nicht ganz unähnlich gewesen sei, fand persönliche Worte für die bisher einzige Kanzlerin. „Besonders beeindruckt mich an Angela Merkel ihre besondere Gabe, im Umgang mit Menschen das Verbindende zu suchen und die tiefen Beweggründe des anderen zu verstehen“, sagte Esken dem RND. Ein anderer Parteivorsitzender, der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz, machte es noch ein bisschen spannend. Er will erst am Geburtstag selbst – in aller Frühe, wie es heißt – mittels eines Tweets verraten, was er Merkel in der Geburtstagspost geschrieben hat. Sollte sie Fragen dazu haben, ist das kein Problem. Merz will Merkel auch noch anrufen.



Sie kennen sich: Der damalige Außenminister Steinmeier mit Bundeskanzlerin Merkel 2009 in Berlin

Foto Matthias Lüdecke

Behandlung wider Willen zu Hause oder in Kliniken?

Karlsruhe prüft, wo ärztliche Zwangsbehandlungen zulässig sind / Von Finn Hohenschwert, Karlsruhe

Grundsätzlich darf niemand gegen den eigenen, freien Willen ärztlich behandelt werden. Das schließt sogar das Recht ein, Behandlungen auch dann zu verweigern, wenn sie lebensrettend sind. Es kann aber sein, dass Menschen nicht in der Lage sind, den Sinn und Zweck der Behandlung zu verstehen, die Vor- und Nachteile abzuwägen und darauf aufbauend eine Entscheidung zu treffen. Das ist oft bei Demenzerkrankten oder Personen der Fall, die an einer psychischen Krankheit oder geistigen Behinderung leiden und unter Betreuung stehen. Behandlungen dürfen dann ausnahmsweise auch gegen den Willen der betroffenen Person durchgeführt werden.

Am Dienstag hat das Bundesverfassungsgericht zu der Frage verhandelt, wo diese Zwangsbehandlungen durchzuführen sind. Da sie schwerwiegend in das Selbstbestimmungsrecht der Betroffenen eingreifen, sind die Hürden hierfür hoch. Zu den Voraussetzungen zählt neben der Einwilligung des Betreuers und der Genehmigung eines Richters derzeit auch, dass die Behandlung im Rahmen eines stationären Aufenthalts in einem Krankenhaus durchgeführt wird.

Der Bundesgerichtshof hält diese Vorgabe für verfassungswidrig und hat die zugrunde liegende Regelung im Betreuungswahlrecht deshalb den Karlsruher Verfassungsrichtern zur Prüfung vorgelegt. Es sei mit der Schutzpflicht des Staates unvereinbar, dass ärztliche Zwangsbehandlungen auch dann in einem Krankenhaus durchzuführen seien, wenn Betroffene durch die Verbindung in das Krankenhaus in ihrer Gesundheit beeinträchtigt würden und aus medizinischer Sicht auch in der Einrichtung, in der sie untergebracht sind, zwangsbehandelt und nachversorgt werden könnten.

Im konkreten Fall ging es um eine Patientin mit einer paranoiden Schizophrenie, die regelmäßig gegen ihren Willen ein Medikament zur Ruhigstellung erhielt. Dafür wurde sie in ein nahe gelegenes Krankenhaus verlegt, was teilweise nur mit einer Fixierung möglich war und bei ihr zu einer Traumatisierung führte. Eine Behandlung in der Wohn Einrichtung der Betroffenen lehnte das Betreuungsgericht unter Verweis auf die Rechtslage ab.

In Karlsruhe steht diese Gesetzeslage jetzt auf dem Prüfstand. Zu Beginn der

Verhandlung stellte der Gerichtspräsident und Vorsitzende des Ersten Senats, Stephan Harbarth, klar, dass es in der Verhandlung allein um die Frage gehe, an welchem Ort ärztliche Zwangsbehandlungen durchgeführt werden dürfen. Dass ärztliche Zwangsbehandlungen als „letztes Mittel“ gegen nicht einwilligungsfähige Personen zulässig seien, habe das Bundesverfassungsgericht bereits 2016 entschieden. Der Gesetzgeber befindet sich bei der Ausgestaltung der Rechtsgrundlage in einer „grundrechtlichen Spannungslage“. Er müsse einerseits einen angemessenen Schutz für die Betroffenen sicherstellen, andererseits dürfe er nicht unverhältnismäßig in ihre Freiheitsrechte eingreifen.

Wie ist diese Spannungslage genau aufzulösen? Ministerialdirektorin Ruth Schröder sprach sich am Dienstag in Karlsruhe stellvertretend für die Bundesregierung dagegen aus, Zwangsbehandlungen auf das Wohnumfeld der Betroffenen auszuweiten. Dabei handle es sich um einen „Safe Space“, der frei von staatlichem Zwang bleiben müsse. Sie betonte demgegenüber das „multiprofessionelle“ Umfeld in einem Krankenhaus. Nur dort könne die medizinische Versorgung ein-

schließlich der Nachversorgung von Patienten gewährleistet werden.

Die Karlsruher Richter interessierte vor allem die Frage, welche gesundheitlichen Risiken bei der Verbringung in ein Krankenhaus bestünden. Thomas Pollmächer von der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde schilderte die körperlichen und psychischen Folgen für die Betroffenen. Der Transport könne, wie im Ausgangsverfahren vor dem Bundesgerichtshof, zu einer Traumatisierung führen. Daneben bestünde aber auch das Risiko körperlicher Verletzungen bei einer Fixierung.

Befürworter von Zwangsbehandlungen außerhalb des Krankenhauses argumentieren deshalb, es dürfe eher dem Wohl des Betroffenen entsprechen, im eigenen Wohnumfeld behandelt zu werden, als aus diesem gewaltsam herausgerissen und in eine nicht vertraute Krankenhausumgebung verbracht zu werden. Die zwingende Verlegung in ein Krankenhaus stelle deshalb eine unverhältnismäßige Härte dar und sei verfassungswidrig. Ob das Bundesverfassungsgericht dem folgt, wird in einigen Monaten bekannt, wenn es sein Urteil fällt.

Mit der AfD gestimmt, für sie gestimmt, alle verstimmt

In Saarbrücken machen sich CDU und SPD schwere Vorwürfe / Von Timo Steppat, Wiesbaden

Auf den ersten Blick schien die Wahl unkompliziert. Im Bezirksrat von Saarbrücken West sollte die bisherige Bürgermeisterin Isolde Ries von der SPD im Amt bestätigt werden. Sie ist auch Landtagsabgeordnete und war bis 2022 Vizepräsidentin des Landtags. Bei der Kommunalwahl im Juni hatte ihre Partei einen Sitz dazugewonnen, die CDU einen verloren. Zusammen verfügen beide Parteien über eine Zweidrittelmehrheit, sind aber auch aufeinander angewiesen. Denn eine Mehrheit erreichen sie jeweils sonst nur mit der AfD, die über fünf Sitze verfügt – und mit der beide auf keinen Fall zusammenarbeiten wollen.

Doch SPD und CDU konnten sich in den Wochen vor der Wahl nicht einigen, und Ries bekam im entscheidenden Moment, in einer Sitzung des Bezirksrates vergangene Woche Donnerstag, keine Unterstützung der CDU. Die AfD kam zum Zug, was nun für eine scharfe Auseinandersetzung in der saarländischen Landespolitik sorgt. Ministerpräsidentin und SPD-Vorsitzende Anke Rehlinger spricht von einem „Tabubruch“, den sie nicht für möglich gehalten hätte.

Nachdem Ries gescheitert war, stellte die CDU Hans-Jürgen Altes als Kandidaten für die Wahl des Bezirksbürgermeisters auf – und er wurde gewählt. Weil die SPD ihm nach eigenen Angaben die Gefolgschaft verweigerte, soll er aus Sicht der Sozialdemokraten AfD-Stimmen „in Kauf genommen“ haben. Bei der Wahl des Stellvertreters wurde es chaotisch. Die AfD stellte einen eigenen Kandidaten auf, die CDU im Gegenzug auch – gewählt wurde am Ende der AfD-Mann zum Beigeordneten und Stellvertreter des Bezirksbürgermeisters. Sein Name ist Werner Schwaben. Er ist damit der erste Politiker der Partei, der ein kommunales Amt in Saarland innehat.

Der Generalsekretär der Saar-CDU, Frank Wagner, sagte, die SPD im Bezirksrat habe „aus Frust“ über die verlorene Wahl der eigenen Kandidatin für den AfD-Politiker gestimmt. Es handle sich um einen „Riesenskandal“, der auf das Konto der SPD gehe. Das nannte Rehlinger „empörend und absurd“. Eine Dolchstoßlegende zu erfinden, „also das schlägt nun wirklich dem Fass den Boden aus“, sagte die Ministerpräsidentin.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende im Landtag, Ulrich Commerçon, der auch Vorsitzender der SPD in Saarbrücken ist, war bei der Sitzung des Bezirksrates anwesend. Auf „Facebook“ schrieb er anschließend, die CDU in Saarbrücken habe durch die „offenbar von langer Hand geplante strategische Partnerschaft mit der AfD nicht nur die Brandmauer gegen rechts eingerissen, sondern betätigt sich sogar als Brandbeschleuniger und Steigbügelhalter für die extreme Rechte. Alle Parteitagebeschlüsse der Vergangenheit sind offen-

sichtlich nicht das Papier wert, auf dem sie geschrieben wurden.“

Rehlinger schien dagegen Anfang der Woche rhetorisch eher abrüsten zu wollen. Sie ärgerte sich, dass sich SPD und CDU nicht auf einen gemeinsamen Kandidaten hätten einigen können. Aus der CDU im Bezirk West heißt es, Ries sei als allzu parteipolitisch agierend wahrgenommen worden. Die SPD bestand offenbar auch aufgrund des gestiegenen Wahlergebnisses auf ihrer Kandidatur und wollte nicht dem Wunsch der CDU nachkommen, einen anderen Kandidaten aufzustellen. Aus Rehlingers Sicht bedeutet das für die Zukunft, „dass man sich immer wieder neu zusammenraufen und aufeinander zugehen muss. Aber es bedeutet auf jeden Fall nicht, dass man sich mit den Stimmen der AfD wählen lassen kann.“

Dass sich die Sichtweisen innerhalb der Saar-CDU in den Vorgang durchaus unterscheiden, zeigte eine Äußerung des ehemaligen Ministerpräsidenten Tobias Hans auf der Onlineplattform X. Dort schrieb er: „Lieber wählt man einen AfD-Mann zum stellvertretenden Bezirksbürgermeister und akzeptiert mögliche AfD-Stimmen bei der Wahl zum Bezirksbürgermeister, als dass man eine ehemalige Landtagsvizepräsidentin (Isolde Ries), die immer mit den Stimmen der CDU gewählt wurde, akzeptiert?! Das kann nicht unwidersprochen bleiben.“ Damit schloss sich Hans der Deutung der SPD an. Rehlinger dankte ihm dafür und lobte seinen „klaren Blick“.

Hans' Nachfolger als saarländischer CDU-Vorsitzender, Stephan Toscani, ging auf die Details der Auseinandersetzung nicht ein. Er sagte, dass es nun auf beide ankomme, „zu vernünftigen Gesprächen zu finden und gemeinsam eine tragfähige Lösung für die kommenden fünf Jahre zu suchen“. Ein Rücktritt des gewählten CDU-Bürgermeisters, wie ihn die SPD fordert, lehnt die CDU ab. Dann käme nämlich sein Stellvertreter von der AfD ins Amt.

Die CDU in Saarbrücken West fordert die SPD deshalb zu Gesprächen auf, um gemeinsam die Abwahl des AfD-Beigeordneten herbeizuführen. Ein AfD-Bezirksbeigeordneter sei eine Belastung für den Stadtbezirk West und die Stadt Saarbrücken, heißt es in einer Pressemitteilung. Allerdings fügt die CDU auch an, dass man es verurteilt, dass die SPD für einen AfD-Kandidaten gestimmt habe.

Einen ähnlichen Fall wie in Saarbrücken West gab es bereits während einer anderen kommunalen Wahl vor einer Woche. Bei der Wahl des Ortsvorstehers in Heusweiler (Regionalverband Saarbrücken) konnten sich SPD und CDU nicht auf einen Kandidaten einigen – trotzdem wurde am Ende ein CDU-Mann in geheimer Abstimmung gewählt. Aus Sicht der SPD wurden dort bereits Stimmen der AfD durch die CDU in Kauf genommen.

Kretschmann für Verbrenner-Aus

„Diskussion erfüllt mich mit Sorge“

STUTTGART. Der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) hält die Diskussion über ein späteres Verbot von Autos mit Verbrenner-Motoren für wirtschaftspolitisch schädlich. Nach einem Beschluss der EU sollen eigentlich von 2035 an keine Neufahrzeuge mit Diesel- oder Benzinmotor mehr zugelassen werden, was aber unter anderem deutsche Christdemokraten mittlerweile infrage stellen. „Der Kollateralschaden dieser Kampagne gegen das Verbot ist erheblich, diese Diskussion erfüllt mich mit Sorge“, sagte der Ministerpräsident.

Er habe viele Gespräche mit führenden Vorstandsvorsitzenden der Automobilindustrie sowie Chefs von Zulieferern geführt, die meisten hätten bekräftigt, dass der E-Motor technologisch unschlagbar und die entscheidende Zukunftstechnologie sei. Namentlich bezog sich Kretschmann

auf Gespräche mit dem VW-Vorstandsvorsitzenden Oliver Blume sowie Daimler-Chef Ola Källenius. Es sei problematisch beim Hochlauf einer neuen Technologie, Käufer und Unternehmen zu verunsichern. Das Verbrenner-Verbot von 2035, sagte Kretschmann, werde ohnehin 2026 noch einmal überprüft.

Im Europawahlkampf hatten sich die Unionsparteien für ein Aufweichen des Verbrenner-Verbots ausgesprochen. CDU-Generalsekretär Carsten Linneemann hatte vor einer Wohlstandsgefährdung gewarnt. Der baden-württembergische CDU-Landesvorsitzende Manuel Hagel hatte im Januar nach einer Klausurtagung in Kloster Schönthal gesagt, Transformation brauche „Taktgefühl und nicht den Holzhammer“, deshalb sei er für die Aufschichtung des Verbots. Auch Hagel begründete das mit den Wünschen der Autoindustrie.

Frankfurter Allgemeine

Frankfurter Zeitung
Gründungsherausgeber Erich Welter †

VERANTWORTLICHE REDAKTUREN: für Innenpolitik: Dr. Jasper von Altenbockum; für Außenpolitik: Dr. Nikolas Busse; für Nachrichten und Politik Online: Andreas Ross, Dr. Kim Björn Becker (stv.), Philipp Eppelsheim (stv.), Tatjana Heid (stv.); für „Zeitgeschehen“: Dr. Reinhard Müller; für „Die Gegenwart“: Dr. Daniel Deckers; für Deutschland und die Welt: Dr. Alfons Kaiser; für Wirtschaftspolitik: Heike Göbel; für Wirtschaftsberichterstattung: Johannes Pennekamp; für Unternehmen: Sven Astheimer; für Finanzen: Inken Schönauer; für Wirtschaft und Finanzen Online: Alexander Armbruster; für Sport: Anno Hecker, Peter Penders (stv.); für Sport Online: Tobias Rabe, Sönke Sievers (stv.); für Feuilleton: Sandra Kegel, Dr. Matthias Alexander (stv.), Jakob Strobel y Serra (stv.); für Literatur und literarisches Leben: Andreas Plattaus; für Feuilleton Online: Michael Hanfeld; für Rhein-Main: Manfred Köhler und Jacqueline Vogt (verantwortlich), Marie Lisa Kehler (stv.).

FÜR REGELMÄSSIG ERSCHEINENDE BEILAGEN UND SONDERSEITEN: Beruf und Chance: Britta Beeger; Bildungswelten: Dr. h.c. Heike Schmolz; Der Betriebswirt: Mark Fehr; Der Volkswirt: Dr. Tillmann Neuscheler; Die Lounge: Patrick Welter; Die Ordnung der Wirtschaft: Heike Göbel; D.Economy: Alexander Armbruster; Forschung und Lehre: Thomas Thiel; Geisteswissenschaften: Patrick Bahners; Immobilien: Jan Hauser; Jugend schreibt: Dr. Ursula Kals; Jugend und Wirtschaft: Lisa Becker; Kunst-

markt: Ursula Scheer; Medien: Michael Hanfeld; Menschen und Wirtschaft: Philipp Krohn; Natur und Wissenschaft: Dr. Pia Heinemann und Joachim Müller-Jung; Neue Sachbücher: Helmut Mayer; Politische Bücher: Dr. Peter Sturm; Recht und Steuern: Corinna Budras; Reiseblatt: Jakob Strobel y Serra; Staat und Recht: Dr. Reinhard Müller; Technik und Motor: Holger Appel.

BILDREDAKTION: Henner Flohr; **Chefin von Diensten:** Dr. Elena Geus; **Grafische Gestaltung:** Holger Windfuhr (Art Director), Benjamin Boch (stv.).

ARCHIV: Olivera Kipic.

DIGITALE PRODUKTE: Cai Tore Philippsen (verantwortlicher Redakteur), Dr. Holger Schmidt (verantwortlicher Redakteur Newsletter und Verticals), Ina Lockhart (Social Media), Robert Wenkemann (Art Director), Nina Hewelt (Stv./Koordinatorin Informationsgrafik), Andreas Krobok (Audio/Video), Felix Hooß (Paywall).

GESCHÄFTSFÜHRUNG: Thomas Lindner (Vorsitzender), Dr. Volker Bredt.

DIGITALE PRODUKTION UND VERTRIEB: Stefan Buhr, Nico Wilfer.

ANZEIGEN: Ingo Müller (verantwortlich) und Jürgen Maukner, REPUBLIC Marketing & Media Solutions GmbH, Mittelstraße 2-4, 10117 Berlin, www.republic.de.

HERSTELLER: Andreas Gierth.

MONATSBEZUGSPREIS: Inland: Abonnement Frankfurter Allgemeine Zeitung 77,90 €; einschließlich Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 85,90 €. Abonnenten der ge-

druckten Zeitung lesen für einen Aufpreis von 11,00 € die digitalen Ausgaben der F.A.Z. und Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung. Darin enthalten ist außerdem der vollständige Zugang zur Website FAZ.NET (FAZ+). Mehr Informationen zu allen Angeboten und Preisen (z. B. für junge Leser, Geschäftskunden, Digital- und Auslandsabonnements) im Internet unter abofaz.net. Ihre Daten werden zum Zweck der Zeitungszustellung an Zustellpartner und an die Medienservice GmbH & Co. KG, Pariser Straße 1, 60486 Frankfurt am Main, übermittelt. Gerichtsstand ist Frankfurt am Main.

NACHDRUCKE: Eine Verwertung der urheberrechtlich geschützten Zeitung oder der in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen, besonders durch Vervielfältigung oder Verbreitung, ist ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar, soweit sich aus dem Urhebergesetz nicht anderes ergibt. Besonders ist eine Einspeicherung oder Verbreitung von Zeitungsinhalten in Datenbanksystemen, zum Beispiel als elektronischer Pressespiegel oder Archiv, ohne Zustimmung des Verlages unzulässig.

Sofern Sie Artikel dieser Zeitung nachdrucken, in Ihr Internet-Angebot oder in Ihr Intranet übernehmen oder per E-Mail versenden wollen, können Sie die erforderlichen Rechte bei der F.A.Z. GmbH online erwerben unter www.faz-rechte.de. Auskunftsrechte erhalten Sie unter nutzungsrechte@faz.de oder telefonisch unter (069) 75 91-29 01. Für die Übernahme von Artikeln in Ihren internen elektronischen Pressespiegel erhalten Sie die erforderlichen Rechte unter www.presse-monitor.de oder telefonisch unter (0 30) 28 49 30, PMG Presse-Monitor GmbH.

© FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG GMBH, FRANKFURT AM MAIN

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH behält sich eine Nutzung ihrer Inhalte für kommerzielles Text- und Data-Mining im Sinne von § 44b UrhG ausdrücklich vor. Für den Erwerb einer entsprechenden Nutzungslizenz wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@faz.de.

DRUCK: Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG, Kurlenhusenstraße 4–6, 64546 Mörfelden-Walldorf; Pressdruck Potsdam GmbH, Friedrich-Engels-Straße 24, 14473 Potsdam; Süddeutscher Verlag Zeitungsdruck GmbH, Zamdorfer Straße 40, 81677 München.

Amthelches Publikationsorgan der Börse Berlin, Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, Frankfurter Wertpapierbörse, Hanseatischen Wertpapierbörse Hamburg, Niedersächsischen Börse zu Hannover, Börse München, Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart

ANSCHRIFT FÜR VERLAG UND REDAKTION: Postadresse: 60267 Frankfurt am Main, Hausanschrift: Pariser Straße 1, 60486 Frankfurt am Main; zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

ZENTRALE: (0 69) 75 91-0.

KUNDENSERVICE: aboservice@faz.de, Telefon: (0 69) 75 91-10 00 oder unter www.faz.net/meinabo.

ANZEIGENSERVICE: anzeigenannahme@m-s-medienservice.de oder Telefon: (0 69) 75 91-33 44.

BRIEFE AN DIE HERAUSGEBER: leserbriefe@faz.de



Stolze Geschichte: Die Gruppe der Senioren-Union Anfang Juli im Markus-Röhling-Stollen in Annaberg-Buchholz

Foto Felix Kaspar Rosic

Zeitreise mit der Senioren-Union

In Sachsen muss sich die CDU gegen die AfD behaupten. Was denkt die Basis darüber? Ein Stimmungsbild.

Von Tobias Schrörs,
Borna

Die Senioren-Union macht einen Ausflug ins Erzgebirge. Gerade fährt der Bus durch das Städtchen Geyer. Gerhard Blume schaut hinaus auf einen gepflegten kleinen Platz. „Helmut Kohl hatte schon recht mit den blühenden Landschaften, es ist viel gemacht worden“, sagt er. „Aber viele sehen das nicht.“ Blume ist einer, der viel ausgesät hat: im Sportverein, im Stadtrat, in der CDU. Er hat die stolzen Zeiten erlebt, als die sächsische CDU unbesiegt war. Bis heute stellt sie ununterbrochen den Ministerpräsidenten, Kurt Biedenkopf war der erste. Vor der Landtagswahl im September sehen Umfragen die CDU nun gleichauf mit der AfD; bei etwa 30 Prozent. Wie gehen die Leute im Bus damit um?

Für Blume ist es ein Rätsel, warum viele die AfD wählen, oft kenne niemand deren Kandidaten. „Da kann man einen Sack hinstellen und AfD draufschreiben, der wird gewählt“, sagt er mit ruhiger Stimme. Dabei würden sich die AfD-Leute nirgends blicken lassen, wenn es um die Sacharbeit gehe. Hat er ein Rezept gegen die AfD? „Man kann bloß mit den Leuten diskutieren“, sagt er. „Was mich so erschreckt, ist, dass auch Leute, die durch die CDU viel bekommen haben, AfD wählen.“ Oft gehe es in Diskussionen um Migration, Messerangriffe, den Ukraine-Krieg. „Man muss die Ukraine unterstützen, da gibt es aber auch hier geteilte Meinungen“, sagt Blume. Es ist ihm wichtig zu betonen, dass auch in seiner Partei jeder seine Meinung vertreten kann.

Blume ist 67 Jahre alt und Kreisvorsitzender der Senioren-Union im Landkreis Leipzig. 1989 ging der Metall-Industriemeister mit bei den Montagsdemos und traf sich nach der Wende mit CDU-Leuten. Er leitete die erste Wahl in Großdöbzig, geht seit 1994 in seiner Heimatgemeinde Zwenkau immer am ersten Mittwoch im Monat zum CDU-Stammtisch. Aber erst 2001 wurde er CDU-Mitglied,

als ihn eine Abgeordnete auf einer Busreise nach Berlin fragte, ob er denn nicht eintreten wolle. „Ich wollte eigentlich nie in eine Partei eintreten“, sagt er. Es gäbe viele, die für die CDU arbeiteten, aber nicht eintreten wollten. Durch die DDR-Geschichte verbinden viele nichts Gutes mit dem Wort Partei. „Man kann froh sein, dass wir die CDU die ganze Zeit im Landtag hatten, mit Biedenkopf schon, der hatte die ganzen guten Ideen“, sagt Blume, der einmal Kreisgeschäftsführer war. Auch den jetzigen Ministerpräsidenten Michael Kretschmer schätzt Blume. Er staune, dass der das durchhalte, ständig unterwegs zu sein. „Kretschmer geht auf die Leute zu“, sagt er. So wie er müssten das alle machen, findet Blume.

Die stellvertretende Kreisvorsitzende der Senioren-Union sieht das wie Blume. Kretschmer mache das richtig, dass er so viel im Land unterwegs sei, sagt Hannelore Dietzschold. Sie war zehn Jahre lang



Gerhard Blume

Foto Felix Kaspar Rosic

Landtagsabgeordnete. „Ich bin jedes Jahr mit so einem Bus zum Landtag gefahren“, sagt sie. „In so einer kleinen Gruppe, wo immer mal auch jemand anders mitfährt, hören die Leute unsere Argumente und erzählen das dann weiter.“ Es sei wichtig, Politik besser zu erklären, da zu sein und auch aufzuzeigen, dass die AfD sich nicht kümmere.

Ein anderer aus der Gruppe erzählt auf dem Ausflug eine Anekdote, die das alte Selbstverständnis der sächsischen CDU gut auf den Punkt bringt. Anfang der Neunzigerjahre sei in Wurzen eine Keksfabrik abgebrannt. Da hätten sich dann „der Schokoladenkönig und der Sachsen-König“ – also der Fabrikant und Bieden-

kopf – an einen Tisch gesetzt, und die Fabrik konnte wieder aufgebaut werden. Die CDU hat das geregelt.

Unter den Ausflüglern ist auch der ehemalige Landwirtschaftsminister Rolf Jähnichen, der schon zu Biedenkopfs erstem Kabinett gehörte. Seit Biedenkopf sei es das Erfolgsrezept der CDU in Sachsen, eine pragmatische Politik zu machen, sagt der Fünfundachtzigjährige.

Es ist Mittag, der Bus kommt am Waldgasthof „Am Sauwald“ an. Auf der gutbürgerlichen Speisekarte steht auch „Beschwipste Sau“ – gebeizter Schweinebraten in Schwarzbiersoße. An einem Tisch unterhalten sich zwei Männer. Einer sagt, er sei erschrocken gewesen, dass so viele AfD gewählt hätten. Der Mann ihm gegenüber sieht das auch so. Er rede mit vielen Leuten über den Gartenzaun, sagt er. Sein Fazit aus Gesprächen mit AfD-Wählern: „Die interessiert gar nicht, wer, Hauptsache, die kriegen einen druff.“

Die beiden Männer erzählen, dass sie nach den Enthüllungen über das Potsdamer Geheimgespräch im Frühjahr zusammen in Borna für Demokratie demonstriert haben. Das habe ihm Hoffnung gegeben, sagt einer der beiden, bevor er ein anderes Thema anschnittdet. Der Ukrainekrieg mache ihm große Sorgen. Er sei dafür, „die Ukraine in die Position zu bringen, dass sie in der Vorderhand ist“. Sein Gesprächspartner sagt, er sei dessen „Gegenpol“ in dieser Frage und setze auf Verhandlungen. So ähnlich könnten wohl auch der CDU-Vorsitzende Merz und Kretschmer miteinander diskutieren.

Zurück im Bus spricht auch Gerhard Gey über die Ukraine. Der Dreißigjährige war 25 Jahre lang Landrat, nach kommunalen Umgliederungen zuletzt bis 2015 im Landkreis Leipzig. „Aus meiner Sicht ist die Frage, wie Deutschland sich zum Ukrainekrieg positioniert, die brennendste Frage. Man muss mit allen Mitteln versuchen, auf dem Verhandlungsweg diesen Krieg zu beenden“, sagt er. „Ich sehe, dass das Thema Krieg und Frieden im Osten ein größeres Gewicht hat als die Flüchtlingsfrage“, sagt er.

Wie schaut der frühere Landrat auf die Geschichte der Sachsen-Union? Helmut Kohl habe den Gedanken der Wiedervereinigung am besten vermittelt, sagt Gey, darum sei er in die CDU eingetreten. „Biedenkopf hat den Leuten Motivation gegeben, auch einen gewissen Stolz.“ Es habe aber dann Entwicklungen gegeben, die manche frustriert hätten, angefangen mit der Lage auf dem Arbeitsmarkt nach der Wende, als viele ihre Jobs verloren, bis zur Flüchtlingskrise im Sommer 2015.

meister, fünffacher Familienvater sowie Betreiber einer kleinen Alpaka-Farm, sagte, er sei überzeugt, „dass wir die Politik der SPD auch in Bayern wieder ein Stück weit in die Mitte der Gesellschaft rücken müssen“. Dazu gehöre es auch, „eine einfache Sprache“ zu sprechen. Er wolle vor allem die Wähler in den Blick nehmen, die „selbst für ihren Unterhalt sorgen“, sagte Grieshammer. Konkret nannte er am Dienstag in einer Pressekonferenz im Landtag „den fleißigen Handwerker, die Krankenschwester, die Pflegekraft“, aber auch „Familien, Großfamilien“.

Korrektur

Der in den Vereinigten Staaten seit 1901 auch mit der Bewachung amerikanischer Präsidenten betraute Secret Service wurde 1865 als Abteilung des Finanzministeriums gegründet. Anders als in einem Teil unserer Dienstausgabe berichtet, gehört die Behörde aber seit 2003 zum Heimatschutzministerium. F.A.Z.

Antisemitische Vorfälle in Italien nehmen zu

Vermehrt auch physische Attacken / Absage von propalästinensischer Veranstaltung

rüb. ROM. Die Zahl gemeldeter antisemitischer Drohungen, Beschimpfungen und Übergriffe hat in Italien seit dem Massaker der Hamas am 7. Oktober um das Vierfache gegenüber dem Vorjahreszeitraum zugenommen. Das sagte der Regierungsbeauftragte für den Kampf gegen Antisemitismus, Pasquale Angelosanto, bei einer Anhörung des Senatsausschusses zur Bekämpfung von Intoleranz, Rassismus, Antisemitismus, Hass und Gewalt. Der Sonderausschuss wurde im Oktober 2019 eingerichtet. Vorsitzende ist die Holocaust-Überlebende und Senatorin auf Lebenszeit, Liliana Segre.

Seit dem 7. Oktober seien landesweit 406 Fälle von Antisemitismus registriert worden. Im gleichen Zeitraum ein Jahr zuvor seien es 98 Fälle gewesen, berichtete Angelosanto. Neben der sprunghaften Zunahme der gemeldeten Fälle bereite der Trend zu deutlich mehr physischen Angriffen bei einem gleichzeitigen Rückgang von Drohungen im Internet große Sorge. Dies sei „ein Bruch mit der Vergangenheit“. Während früher Straftaten wie Morddrohungen hauptsächlich online erfasst worden seien, nähmen jetzt Straftaten an Menschen zu.

Der General erwähnte in seinem Lagebericht auch die jüngste Erhebung des Dokumentationszentrums des zeitgenössischen Judentums (CDEC), wonach neun Prozent der italienischen Bevölkerung „mäßig“ und weitere zehn Prozent „stark“ antisemitische Ansichten vertreten. „Ein Fünftel der italienischen Bevölkerung ist antisemitisch“, konstatierte Angelosanto und bezeichnete den Umstand, dass sich Juden in Italien wegen der zugespitzen Bedrohungslage dazu gezwungen sähen, ihren Lebensstil zu ändern oder sogar ihre individuellen Freiheiten einzuschränken, als „Verletzung der Grundrechte“. Die Zunahme antisemitischer Vorfälle stelle eine „Bedrohung der nationalen Sicherheit“ dar.

Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde von Mailand, Walker Meghnagi, warnte in einem Gespräch mit der Mailänder Zeitung „Il Giornale“

vor einer „Allianz von islamischem Fanatismus und linkem Fanatismus“ auch in Italien. „Nach dem Massaker an den Juden am 7. Oktober begannen überall auf der Welt Angriffe von Muslimen auf Juden – von Dagestan bis in die Vereinigten Staaten“, sagte Meghnagi. Und auch in Italien versuchten radikale Muslime und propalästinensische Anhänger der Linken, Juden „zu Bürgern zweiter Klasse zu machen, die keine Konferenzen, keine Theateraufführungen und keine Demonstrationen mehr abhalten können“. Zur jüngsten Zunahme antisemitischer Vorfälle in Italien sagte Meghnagi: „Antisemitismus gibt es sowohl auf der Rechten wie auf der Linken, das ist klar. Aber es ist kein Geheimnis, dass von 1946 bis heute 99 Prozent derjenigen, die Juden töteten, islamische Extremisten waren.“

Derzeit haben die Fraktionen der Sozialdemokraten, der linkspopulistischen Fünf-Sterne-Bewegung und der Allianz von Linken und Grünen eine am Dienstag in der Abgeordnetenkammer geplante propalästinensische Veranstaltung der Parlamentariergruppe für „Frieden zwischen Palästina und Israel“ abgesagt.

An der Veranstaltung hätte auch der Anwalt Nicola Quatrano aus Neapel teilnehmen sollen. Quatrano hatte im März auf der Plattform X Liliana Segre als Psychopathin verunglimpft. Neben ein Foto der Senatorin hatte er die folgenden Sätze geschrieben, die sich zu stimmend auf das Buch „Die biblische Psychopathie Israels“ des französischen Autors Laurent Guyénot bezogen: „Das charakteristischste Merkmal des Psychopathen ist das völlige Fehlen von Empathie und folglich der moralischen Hemmung, anderen zu schaden, verbunden mit dem Durst nach Macht.“ Nachdem sich in den Fraktionen der Mitte-rechts-Koalition von Regierungschefin Giorgia Meloni sowie in den Medien heftiger Protest gegen die Teilnahme Quatranos entzündet hatte, sahen sich die Oppositionsfraktionen zur Absage der gesamten Veranstaltung gezwungen.

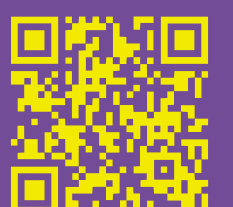


Herzlichen Glückwunsch an die Gewinner

ChemI	Quantagonia
CAMBRIUM	ControlExpert
Fraport	FUSE-AI

www.innovative-leaders.de

Mehr Infos >>



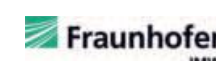
Veranstalter



Mitinitiator



Wissenschaftlicher Partner



Sponsoren



Wichtiges in Kürze

AFD Sachsen unterliegt Verfassungsschutz

Der sächsische AfD-Landesverband ist mit einem Eilantrag gegen seine Einstufung als gesichert rechtsextremistische Bestrebung durch den Landesverfassungsschutz gescheitert. Das Verwaltungsgericht Dresden lehnte diesen nach Angaben vom Dienstag ab. Es lägen nach einer summarischen Prüfung „hinreichende tatsächliche Anhaltspunkte“ dafür vor, dass die Partei Bestrebungen verfolge, die „gegen die Menschenwürde bestimmter Personengruppen“ und gegen „das Demokratieprinzip“ gerichtet seien. Der AfD-Landesverband scheiterte nach Gerichtsangaben zugleich mit einem Eilantrag, der den sächsischen Verfassungsschutz zur Veröffentlichung des Gutachtens zwingen sollte, auf dem die Einstufung beruht. Der Landesverfassungsschutz hatte die sächsische AfD im Dezember als gesichert rechtsextremistisch eingestuft. Die Ju-

gendorganisation Junge Alternative führt er schon seit April 2023 als gesichert rechtsextremistisch. Der sächsische Verfassungsschutzpräsident Dirk-Martin Christian sagte mit Blick auf die Entscheidung: „Das Verwaltungsgericht Dresden ist der juristischen Argumentation des Landesamtes für Verfassungsschutz Sachsen vollumfänglich gefolgt und hat damit zugleich die Arbeitsweise des Amtes bestätigt.“ F.A.Z.

Bayerische SPD-Fraktion wählt neuen Vorsitzenden

Holger Griebhammer ist neuer Vorsitzender der SPD-Fraktion im bayerischen Landtag. Der 42 Jahre alte Oberfranke wurde am Dienstag einstimmig gewählt, sein Vorgänger Florian von Brunn, dem die Fraktion in der vergangenen Woche mehrheitlich das Vertrauen entzogen hatte, nahm nicht an der Sitzung teil. Griebhammer, Maler- und Lackierer-

99 Prozent für Kagame

Ruandas Präsident wiedergewählt

clb. KAPSTADT. In Ruanda hat Präsident Paul Kagame die Präsidentschaftswahl wie erwartet abermals mit einem überwältigenden Ergebnis gewonnen. Nach der Auszählung von fast 80 Prozent der Stimmzettel wird Kagame mit mehr als 99 Prozent der Stimmen seine vierte Amtszeit in dem ostafrikanischen Land beginnen. Die Wahlkommission hatte nur zwei Kandidaten der Opposition zugelassen. Prominente Regierungskritiker waren unter anderem wegen einer früheren Verurteilung oder einer nicht ausreichenden Zahl von Unterschriften von der Wahl ausgeschlossen.

Kagame führt Ruanda faktisch seit 1994, als er als Anführer einer Rebellenorganisation den Völkermord an mehr als 800.000 Tutsi und gemäßigten Hutu beendete. Im Jahr 2000 übernahm er die Präsidentschaft. In der Bevölkerung wird der 66 Jahre alte Staatslenker weithin geschätzt und verehrt, weil er für Frieden und Stabilität sorgt und das kleine Binnenland mit 14 Millionen Einwohnern seit dem Genozid einen beachtlichen Aufschwung erlebt hat. Kritiker werfen ihm jedoch vor, Oppositionelle zu unterdrücken und die Meinungs- und Pressefreiheit einzuschränken. Die amerikanische Organisation Freedom House stuft Ruanda als „unfrei“ ein. Kagame selbst weist die Vorwürfe stets zurück. „Demokratie bedeutet, das zu wählen, was für einen selbst am besten ist“, sagte er bei einem Auftritt. Dank einer vor neun Jahren beschlossenen Verfassungsänderung kann er bis 2034 an der Macht bleiben.

Frank Habineza, einer der beiden Oppositionskandidaten, akzeptierte das Ergebnis und gratulierte Kagame. Nach den vorläufigen Ergebnissen erreichte er 0,53 Prozent. Für Philippe Mpayimana, einen unabhängigen Kandidaten, stimmten 0,32 Prozent. Die Wahl 2017 hatte Kagame mit knapp 99 Prozent gewonnen. Das offizielle Endergebnis wird am 27. Juli erwartet.

Ein Zeichen gegen die Putschisten

Baerbock besucht Westafrika. Die Unruhe ist groß mit Blick auf die Sicherheitslage im Sahel.

Von Claudia Bröll, Kapstadt, und Matthias Wyszawa, Berlin

In der Elfenbeinküste gibt es eine Internationale Akademie zur Bekämpfung des Terrorismus. Die deutsche Außenministerin hat sie am Dienstag besucht. Es ist ein Leuchtturmprojekt, das seit seiner Eröffnung 2021 in Jacqueville nahe dem Wirtschaftszentrum Abidjan entstanden ist. Soldaten werden hier ausgebildet, um für Sicherheit sorgen zu können. Entstanden ist die Akademie auch mit Hilfe aus dem Westen, vor allem von Frankreich, und ein wenig auch aus Deutschland. Annalena Baerbock ist an die Westküste Afrikas gereist, nach Senegal und in die Elfenbeinküste, in einer Zeit, da die Länder in der Region noch immer damit ringen, wie sie mit den durch Putsche an die Macht gelangten, mit Russland kooperierenden Militärregierungen im Sahel umgehen sollen. Und in einer Zeit, in der die Bundeswehr begonnen hat, sich auch von der letzten Luftwaffenbasis im Sahel zurückzuziehen. Bis Ende August werden die deutschen Soldaten Niger verlassen. Aber wie kann der Westen, wie kann Berlin trotzdem Anschluss halten, und wie sicher sind die anderen Demokratien in dieser Region?

Am Montag ist die Außenministerin in Dakar gelandet, der Hauptstadt Senegals. Nach den gescheiterten Verhandlungen mit dem Regime in Niger über eine dauerhafte Stationierung der Bundeswehrsoldaten in der Hauptstadt Niamey, um dort eine sogenannte Cold Base für die Bundeswehr zu betreiben, ist in Dakar, 2500 Kilometer entfernt, die nächstgelegene Cold Base der Bundeswehr. Doch Baerbock ist nicht nur deswegen nach Senegal gereist. Auf dem Gelände des neu gebauten Goethe-Instituts



Bemühungen zur Stabilität: Senegals Kulturministerin Gaye mit Außenministerin Baerbock am Montag in Dakar

Foto dpa

hält Baerbock eine Rede und spricht über den Wettbewerb mit China und Russland auch in Afrika. Autokraten griffen verstärkt nach Recht und Einfluss, dabei versuchten sie, „die Wunden zu instrumentalisieren, die Europa in der Welt hinterlassen hat, gerade hier in Afrika“. Auch wenn man dies verurteilt, müsse man sich auch im sogenannten Westen fragen: „Warum verfährt diese Kommunikation?“

Senegal und die Elfenbeinküste gehören nicht zu diesen Ländern, die Staaten gelten als stabil, ihre Regierungen haben sich nicht vom Westen abgewandt, im Gegenteil. Von den dramatischen Entwicklungen in den Sahel-Staaten sind sie jedoch auch betroffen. Die Sorge geht um, die dort wütenden islamistischen Terrorgruppen könnten sich weiter ausbreiten.

In Mali, Burkina Faso und Niger hat sich die Sicherheitslage weiter verschlechtert, nachdem sich zuerst das französische Militär zurückgezogen und die UN-Friedensmission MINUSMA ihren Einsatz in Mali beendet hatte. Jüngst mussten auch die Amerikaner ihre Drohnenbasis in Niger gezwungenermaßen aufgeben.

Europa habe nur noch sehr wenig Einfluss in den drei von Militärregierungen geführten Sahel-Staaten, sagte Ulf Laessing, Leiter des Sahel-Programms der Konrad-Adenauer-Stiftung. „Russland hat Fakten geschaffen.“ Aus europäischer Sicht sei diese Entwicklung nicht nur mit Blick auf die Migration nach Europa äußerst besorgniserregend. Noch wird ein Weg gesucht, damit umzugehen. In der Bundesregierung hatte es in den vergangenen Monaten unterschiedliche Auffassungen gegeben, ob die Verhandlungen über eine dauerhafte Stationierung der Bundeswehr in Niger das Regime dort nicht zu sehr aufwerten würden. Am Ende legte dieses aber ein Abkommen vor, bei dem man sich in Berlin einig war, dass es nur abgelehnt werden könne.

Der Besuch der Außenministerin in zwei wichtigen Mitgliedstaaten der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS soll nun ein Zeichen setzen, dass Deutschland an ihrer Seite steht, während ECOWAS um den Zusammenhalt und die fortwährenden Wirtschaftsbeziehungen in der Region ringt. Mali, Burkina Faso und Niger sind aus der Gemeinschaft ausgetreten, vor gut einer Woche teilten die Machthaber mit, sich in einer eigenen „Konföderation der Sahel-Staaten“ zusammenzuschließen. Senegals Präsident Bassirou Diomaye Faye, den Baerbock ebenfalls traf, soll als „Spezialgesandter“ mit den Militärführern verhandeln und die Beziehungen zu den Abtrünnigen kitten. Kurz nach dem Putsch hatte der ECOWAS-Vorsitzende Bola Tinubu noch mit einem Militärschlag gedroht, jetzt ist der Ton versöhnlicher. Das könnte auch Deutschland

und anderen westlichen Staaten in ihrer Sahel-Politik zugutekommen. Mit Entwicklungshilfe ist Deutschland ohnehin dort noch im Einsatz – und während Baerbock durch Westafrika reist, findet in Berlin im Entwicklungsministerium ein Treffen der Sahel-Allianz statt.

Baerbock sprach vor ihrem Abflug von einem Signal der Zuversicht, „dass Demokratie und gute Regierungsführung dauerhaft Wachstum, wirtschaftliche Stabilität und Frieden absichern“. Senegal hat gerade einen friedlichen demokratischen Machtwechsel erlebt, in der Elfenbeinküste, dem wichtigsten Kakaoproduzenten auf der Welt, sollen im Oktober kommenden Jahres Präsidentschaftswahlen stattfinden. Noch ist nicht klar, ob der 82 Jahre alte Alassane Ouattara nach einer von der Opposition boykottierten Wahl 2020 noch einmal antritt. Schon jetzt gäbe es eine enge Bande zwischen Deutschland und den beiden Ländern, sagte Baerbock.

Deutschland sei in Senegal bisher nicht so präsent wie Frankreich, Italien oder andere Staaten mit einer senegalesischen Diaspora, sagt Gilles Yabi, Gründer der senegalesischen Denkfabrik WATHI, der F.A.Z. „Die meisten Menschen in Senegal wissen sehr wenig über Deutschland.“ Senegals Präsident Faye hat jedoch unter anderem mit dem Versprechen die Wahl gewonnen, über Frankreich hinaus Beziehungen zu einer Vielzahl von Partnern zu knüpfen. Baerbocks Besuch sei daher sehr willkommen. Themen gibt es viele. Baerbock ist mit einer Wirtschaftsdelegation angereist, es geht um die Energiewende und die Folgen des Klimawandels. Aber auch um Migration geht es – die Zahl der Migranten, die Senegal auf Holzbooten verlassen, ist im vergangenen Jahr sprunghaft angestiegen. Senegal wie auch die Elfenbeinküste gehören zwar zu den größten Volkswirtschaften in Westafrika, doch auch dort ist die Frustration vor allem in der jungen Bevölkerung über hohe Arbeitslosigkeit und Armut groß.

Regierung sagt Adieu

Neuanfang in Paris mit Klimaschützerin?

Von Michaela Wiegel, Paris

Für einen Abschied auf Raten von seiner Regierung hat sich der französische Präsident Emmanuel Macron entschieden. Nach der letzten Regierungskabinettsitzung am Dienstagmittag ließ der Präsident mitteilen, er werde bis zum Abend das Rücktrittsgesuch des Premierministers und seiner Regierung annehmen. Kurz nach 18 Uhr folgte er seiner Ankündigung. Innenminister Gérald Darmanin entledigte sich beim Verlassen des Élysée-Palasts symbolisch seiner Krawatte, als sei er erleichtert über den bevorstehenden Rücktritt.

Bis zum Ende der Olympischen Sommerspiele soll die scheidende Regierung die laufenden Geschäfte weiterführen. Der scheidende Premierminister Gabriel Attal nutzte die letzte Kabinettsitzung für einen nachdenklichen Blick auf den Wahlausgang. Er erinnerte daran, dass die Präsidentenpartei nur durch Wahlabsprachen mit der Linken gerettet wurde. „Wir hätten verschwinden können. Das Schlimmste ist verhindert worden“, sagte Attal.

Wer auf den 35 Jahre alten Regierungschef folgen soll, ist ungeklärt. Die vier Linksparteien sind über die Auswahl eines Premierministerkandidaten zerstritten. Der linke Abgeordnete François Ruffin sprach am Dienstag von einer „Blamage“. „Unsere Führungsriege ist nicht auf der Höhe der Leute, die hoffnungsvoll ihren Stimmzettel in die Urne geworfen haben“, sagte Ruffin. Die Linkspartei LFI weigert sich, weiterhin an Verhandlungen teilzunehmen, und hat schwere Vorwürfe gegen die Sozialisten erhoben. Sie hielt den Sozialisten „politische Blockade“ vor.

„Genug der Manipulationen“, sagte der Parteigründer Jean-Luc Mélenchon. Solange man sich nicht auf gemeinsame Kandidaturen für Spitzenposten im Parlament verständigt habe, werde die Linkspartei „keine Diskussionen über irgendetwas anderes“ wieder aufnehmen.

Grüne, Kommunisten und Sozialisten haben die ehemalige französische Verhandlungsführerin beim Pariser Klimaabkommen, die 73 Jahre alte Laurence Tubiana, als Regierungschefin vorgeschlagen. Für die Berufsdiplomatin spricht nach Ansicht der drei Parteien, dass sie sich seit langer Zeit für Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung einsetzt und es gewohnt ist, Kompromisse zu schmieden. In der Linkspartei hält man der ausgebildeten Ökonomin jedoch vor, für Präsident Macron eine akzeptable Regierungschefin zu sein. Sie sei „Macron-kompatibel“, deshalb sei der Vorschlag „nicht seriös“, sagte LFI-Parteikoordinator Manuel Bompard.

Tubiana hatte in einem Meinungsbeitrag mit anderen Persönlichkeiten in „Le Monde“ daran erinnert, dass die Wähler dem Linksbündnis „keine absolute Mehrheit und damit kein Mandat zur Umsetzung ihres gesamten Programms“ gegeben hatten. Sie plädierte dafür, sich auf Prioritäten zu verständigen, für die es eine Mehrheit gebe. LFI lehnt das ab. Die grüne Parteivorsitzende Marine Tondelier forderte die Linkspartei am Dienstag auf, die Gespräche wieder aufzunehmen. Die Franzosen „wollen uns regieren und nicht uns zerreißen sehen“, sagte sie. Wenn die Linksparteien sich nicht schneller besserten, „werden sie es uns niemals verzeihen“, so Tondelier.

Auch im Präsidentenlager herrscht Unfrieden. Das Vertrauen Attals in Präsident Macron sei am Nullpunkt, heißt es aus Attals Umkreis. Der 35-Jährige hat sich am Samstag zum neuen Fraktionsvorsitzenden der Präsidentenpartei Renaissance wählen lassen. Er plädierte für einen kompletten Neuanfang.

Die ehemalige Premierministerin Elisabeth Borne und Innenminister Gérald Darmanin verzichteten zwar auf ihre Kandidatur, nahmen Attal aber kritisch ins Visier. Darmanin hat Attal vorgeworfen, dass es ihm nur um den Posten ginge, aber „nicht über Inhalte und über den Kurs“ gesprochen wurde. Darmanin ist bestrebt, eine Mitte-rechts-Mehrheit zu schmieden, und schließt aus, mit der Linkspartei und den Grünen zusammenzuarbeiten. Die Grünen hätten gewalttätige Proteste gegen große Wasserspeicher für Landwirte gebilligt und sich damit disqualifiziert, so Darmanin. Um das 16 Hektar große Wasserspeicherbecken von Sainte-Soline in Westfrankreich waren die Demonstrationen eskaliert und 24 Polizisten verletzt worden.



Laurence Tubiana



Innovation macht Schule

Unternehmen gesucht!



Inspirierend – trendy – neu: Zukunftsperspektiven für Organisationen zu entwickeln ist eine wichtige Fähigkeit. Wie werden neue Produkte generiert? Welche Dienstleistungen entstehen durch das Denken abseits des Bekannten?

Werden Sie Partner eines bundesweiten Schulprojekts, und rufen Sie einen Innovationspreis aus! Gemeinsam mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung fördern Sie nicht nur die Medienkompetenz von Schülerinnen und Schülern, Sie wecken auch den Unternehmergeist. Entwickeln Sie im Rahmen von Kreativworkshops gemeinsam Ideen, und finden Sie heraus, was die Zukunft von morgen will.

Als F.A.Z. unterstützen wir Sie mit unserer langjährigen Erfahrung:

- ☑ Über 40 Jahre Bildungskompetenz der F.A.Z.
- ☑ Hohe Reichweiten durch die Kommunikation in F.A.Z. und F.A.S.
- ☑ Konzeption und Organisation unter Einbeziehung des großen F.A.Z.-Lehrernetzwerks

Wir freuen uns über Ihre Kontaktaufnahme:

Lana Huerkamp @ l.huerkamp@faz.de ☎ +49 69 75 91-25 29

Jetzt Partner werden!

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLANDS Schulen

Erdbebenopfer waren „selbst schuld“

rüb. ROM. Ein Berufungsgericht in L'Aquila in der Region Abruzzen hat ein Skandalurteil von 2022 bestätigt und sieben Studenten, die beim verheerenden Erdbeben vom 6. April 2009 ums Leben gekommen waren, faktisch die Verantwortung für deren eigenen Tod zugeschoben. In dem Urteil heißt es, die sieben jungen Leute, die zu den 308 Todesopfern des Bebens gehörten, trügen wegen ihres „leichtsinnigen Verhaltens“ ursächliche Verantwortung für ihren Tod unter den Trümmern des eingestürzten Studentenwohnheims. Statt nach ersten schweren Erdstößen um 23 Uhr sowie gegen ein Uhr morgens das Wohnheim zu verlassen, seien sie in ihren Zimmern geblieben und so Opfer des Erdstoßes um 3.32 Uhr mit einer Stärke von 5,8 geworden.

Die Angehörigen der Opfer, die mit einer Zivilklage gegen die italienische Regierung und namentlich die staatliche Kommission für Großrisiken Schadenersatz zu erstreiten suchen, müssen nun auch die Prozesskosten für das Berufungsverfahren in Höhe von 13.700 Euro tragen, zusätzlich zu den Prozesskosten von 11.000 Euro in der ersten Instanz. Die Gruppe der Angehörigen will das Urteil in dritter und letzter Instanz nun vor dem Kassationsgericht in Rom anfechten.

Eine Delegation der Kommission für Großrisiken hatte bei einem Aufenthalt in L'Aquila am 31. März 2009 versichert, ungeachtet fortgesetzter Schwarmbeben bestehe keine Gefahr. Berichtigt blieb die Aussage des damaligen Vizechefs des Zivilschutzes, Bernardo De Bernardinis, der den Leuten riet, „ein Glas Montepulciano zu trinken“, statt sich Sorgen vor einem Beben zu machen. Die sieben Mitglieder der Delegation wurden in erster Instanz zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt, die Strafen wurden in zweiter und dritter Instanz aber aufgehoben. Allein De Bernardinis wurde letztinstanzlich zu zwei Jahren Gefängnis auf Bewährung verurteilt. Die Richter im Zivilverfahren der Angehörigen der sieben Studenten wollten keinen „kausalen Zusammenhang“ mit den beruhigenden Worten der Kommissionsmitglieder und dem Verhalten der jungen Menschen erkennen.

Sergio Bianchi, Vater des damals 22 Jahre alten Biotechnologiestudenten Nicola Bianchi, zeigte sich in einem Gespräch mit dem „Corriere della Sera“ wutentbrannt über das Urteil. Seine Aussage, wonach ihm sein Sohn bei einem Telefonat am Vorabend des Bebens von den beruhigenden Worten der Kommission berichtet habe, habe das Gericht nicht zugelassen, weil er sich nicht selbst in L'Aquila aufgehalten habe. „Eines weiß ich genau“, sagte Bianchi. „Ich war einer der Ersten, der damals die Kommission für Hochrisiken angeprangert hat. Mit diesem Urteil lassen sie mich dafür büßen.“ Die damalige Präsidentin der Provinz L'Aquila, Stefania Pezzopane, sagte nach dem Urteil: „Ich bin sprachlos. Der Staat spricht den Staat frei.“



Teuer und gefährlich: Rettungseinsätze – hier eine Übung im Chiemgau – sind oft der Fahrlässigkeit von Bergsteigern und Mountainbikern geschuldet.

Foto dpa

Verantwortungslos, aber versichert

Bergwanderer missachten oft Warnungen und müssen gerettet werden. Soll man sie dafür zahlen lassen?

Von **Stephanie Geiger, München**

Das Ziel hätte eine sehr gute Note verdient, die Umsetzung war jedoch ungenügend. Eine Schülergruppe wollte Anfang Juli mit dem Fahrrad von Furth in Niederbayern an die Adria radeln und damit Geld sammeln für Sternstunden, die Benefizaktion des Bayerischen Rundfunks. Behinderte und kranke Kinder sollten damit unterstützt werden.

Im Zillertal war jedoch Ende der Reise für die elf Gymnasiasten, zwei Lehrkräfte und fünf weitere Erwachsene. Nachdem die Gruppe ihre Räder etwa 700 Höhenmeter zum 2662 Meter hohen Heilig-Geist-Jöchl getragen hatte, setzte der Tourenleiter einen Notruf ab. Mit einem Polizeihubschrauber wurde die achtzehnköpfige Gruppe daraufhin vom Berg geflogen. Allein sechs Stunden waren die Bergretter am nächsten Tag damit beschäftigt, die Fahrräder ins Tal zu bringen.

Das häufig unterschätzte Problem in diesem Sommer: der schneereiche Winter. Vielfach erschweren Altschneefelder noch immer den Auf- und Abstieg beziehungs-

weise werden zu einer echten Gefahr für Bergsteiger. Der Deutsche Alpenverein (DAV) rät deshalb regelmäßig zu sorgfältiger Tourenplanung und großer Vorsicht. Nach wie vor liege in den Nördlichen Kalkalpen für die Jahreszeit „überdurchschnittlich viel Schnee“, war dem DAV-Bergbericht für das erste Juliwochenende zu entnehmen. Und fast wortgleich hieß es eine Woche später: Auch wenn sich der Altschnee langsam zurückziehe, liege „in hoch gelegenen nordsideigen Karren und auf Karstplateaus für die Jahreszeit oft noch viel Schnee“.

Mountainbiker, die vom Berg geholt werden müssen, weil sie wie die Schülergruppe aus Furth entweder die Verhältnisse unterschätzen oder wie kürzlich ein E-Biker am Tegernsee sich angeleitet von einem Navigationsgerät so weit in steiles, ausgesetztes Gelände begeben, bis es nicht mehr weitergeht. Wanderer, die Warnungen von Hüttenwirten mit dem Hinweis beantworten, sie würden die Bergrettung rufen, wenn es nicht mehr weitergehe. Und wieder andere, die trotz Gewitterwarnung in einen Klettersteig einsteigen und dann bei Blitz und Donner die Retter alarmieren. Fälle wie diese haben in Österreich wieder die Diskussion über Strafen für fahrlässiges Verhalten am Berg entfacht. Die Forderung: fahrlässige Alpinisten bestrafen.

In die Diskussion eingeschaltet hat sich auch der Tiroler Landeshauptmann Anton Mattle, seit seiner Jugend als Bergretter aktiv und über viele Jahre stellvertretender Landesleiter bei der Bergrettung Tirol. Laut Mattle war das vergangene Jahr das einatzstärkste Jahr in der Geschichte der Tiroler Bergrettung. Damit nicht genug,

Die Einsätze der Bergrettung seien nicht nur mehr, sondern auch herausfordernder geworden. Deshalb steht für ihn fest: „Die Missachtung von Warnungen und Sperren in den Bergen gehört geahndet und bestraft. Wer mit seinem Verhalten sich und andere bewusst gefährdet, muss auch die Konsequenzen für das eigene Handeln tragen. Die Hilfsbereitschaft unserer Einsatzorganisationen und der vielen Ehrenamtlichen ist keine Selbstverständlichkeit. Deshalb braucht es für grobe Fahrlässigkeit in den Bergen finanzielle und rechtliche Konsequenzen.“ Mattle verweist in diesem Zusammenhang auf Italien, wo es für Fahrlässigkeit im alpinen Raum Strafen gibt.

Werden Strafen Bergsportler zu mehr Umsicht und Vorsicht anhalten? „Wir brauchen am Berg nicht noch mehr Strafen. Rechtliche Möglichkeiten, Fehlverhalten zu ahnden, gibt es auch jetzt schon“, sagt Stefan Beulke. Der Rechtsanwalt und Bergführer ist Vorstandsmitglied im Bayerischen Kuratorium für Alpine Sicherheit. Selbst wenn es weitere Möglichkeiten gibt, bleiben doch einige Fragen offen: Was ist richtiges Verhalten? Was ist falsches Verhalten? Was ist fahrlässig oder grob fahrlässig? Wie viel Risiko ist akzeptabel, wer darf welches Risiko eingehen?

Auch die Bergwacht Bayern sieht keine Notwendigkeit für zusätzliche gesetzliche Regelungen. „Einen zwingenden Handlungsdruck von unserer Seite sehen wir gegenwärtig nicht. Wer den Notruf wählt, tut dies, weil er sich subjektiv in einer Not-situation befindet. Wodurch diese entstanden ist, sollte uns alle in erster Linie interessieren, um daraus zu lernen“, sagt Roland Ampenberger von der Bergwacht

Bayern. Die Frage der Rettung ist für den Bergwachtmann vor allem ein Versicherungsthema. „Wer nicht versichert ist und keine Verletzung hat, aber Hilfe benötigt, muss die Kosten selbst tragen. Wenn eine entsprechende Versicherung besteht, übernimmt diese die Kosten im Rahmen ihrer Regelungen.“

Eine Hubschrauberrettung kann schnell einmal mehrere Tausend Euro kosten. 8500 Euro musste eine junge Frau zahlen, weil sie wegen Glätte und der einbrechenden Dunkelheit nicht mehr weitergehen wollte und im November 2021 gemeinsam mit ihrem Partner die Rettung rief. Die junge Frau verklagte daraufhin ihren Bergkameraden, den sie dafür verantwortlich machte, sie in diese missliche Situation gebracht zu haben, und wollte von ihm die Kosten ersetzt haben. Das Gericht sah das jedoch anders.

Ob eine Versicherung Menschen dazu verleitet, eher einmal die Rettung zu holen? Darüber sind sich die Alpinexperten uneinig. Allerdings stellen sich einige von ihnen durchaus die Frage, ob statt zusätzlicher Strafen nicht besser die Versicherungsbedingungen entsprechend geändert werden sollten und bei Fahrlässigkeit wie einer unzureichenden Tourenplanung Konsequenzen etwa in Form einer Beteiligung an den entstandenen Kosten drohen müssten – ähnlich wie bei Alkohol am Steuer.

Der E-Biker auf Abwegen am Tegernsee sagte einem Bericht zufolge jedenfalls ohne Umschweife, dass die Kosten, die ihm für den Einsatz in Rechnung gestellt würden, kein Problem wären. Für derartige Fälle habe er ja schließlich eine Versicherung abgeschlossen.

Schüler wegen Mordvorwurf vor Gericht

rso. STUTTGART. Der 18 Jahre alte Schüler aus dem baden-württembergischen St. Leon-Rot (Rhein-Neckar-Kreis), der im Januar seine ehemalige Freundin in einem Aufenthaltsraum eines Gymnasiums erstochen haben soll, muss sich seit Dienstag wegen Mordes vor dem Landgericht in Heidelberg verantworten. Weil der Angeklagte bei einer früheren, 2023 begangenen und jetzt mitangeklagten Tat nicht volljährig war, wird der Fall vor einer Jugendstrafkammer ohne Öffentlichkeit verhandelt.

Am 25. Januar 2023 hatte der Angeklagte die junge Frau mit einem Messer tödlich verletzt. Nach der Tat war er zu einer aufsehenerregenden Flucht nach Niedersachsen aufgebrochen: Nach etwa 380 Kilometern endete sie in Seesen am Harz, wo der Angeklagte mit seinem Fiesta frontal auf einen BMW fuhr. Der BMW-Fahrer erlitt ein Schädel-Hirn-Trauma. Angeklagt ist der Achtzehnjährige wegen Mordes in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung. Außerdem wirft ihm die Staatsanwaltschaft Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte sowie die Teilnahme an einem verbotenen Kraftfahrzeugrennen vor.

Festnahme im Mordfall Nimani

reb. DÜSSELDORF. Gut vier Monate nach den tödlichen Schüssen auf den früheren Profiboxer Besar Nimani in Bielefeld haben Zielfahnder des Landeskriminalamts Nordrhein-Westfalen einen der beiden gesuchten Männer festnehmen können. Der 33 Jahre alte Hüseyin A. habe mit Hilfe der belgischen Sicherheitsbehörden in Brüssel gestellt werden können, teilten Polizei und Staatsanwaltschaft am Dienstag mit. Gegen den ebenfalls 33 Jahre alten zweiten Tatverdächtigen Ayman Dawoud K. läuft die Fotofahndung weiter.

Fahrspuren nur für Athleten

mic. PARIS. Die Olympia-Fahrspuren für Athleten und ihre Delegationen bei den Sommerspielen in Paris sind seit Montag geöffnet. Es handelt sich um reservierte Schnellstraßengassen auf dem Pariser Ring Périphérique und den wichtigsten Autobahnen von den Pariser Flughäfen zu den Olympia-Stätten. Wer als gewöhnlicher Verkehrsteilnehmer auf dieser Spur fährt, dem drohen Geldbußen in Höhe von 135 Euro. Die Olympia-Spur, die mit einer kurzen Unterebrechung bis zum 11. September für Athleten und die Delegationen reserviert ist, dient als Experiment. Olympia soll die von der sozialistischen Bürgermeisterin Anne Hidalgo geplante Verkehrsreform beschleunigen. Ziel ist es, die Fahrspuren auf dem Pariser Ring dauerhaft zu verringern und eine Fahrspur nur für öffentlichen Nahverkehr und Fahrgemeinschaften zu reservieren.

Kurze Meldungen

Depp verliebt sich

Auch nach dem juristischen Schlagabtausch mit seiner früheren Ehefrau Amber Heard scheint Johnny Depp den Glauben an die Liebe noch nicht verloren zu haben. Der 61 Jahre alte Hollywoodstar ist, wie die „Daily Mail“ in Erfahrung brachte, frisch verliebt. Depps Begleiterin heißt Yulia Vlasova, arbeitet als Model und betreibt einen Schönheitssalon in Prag. Die 28 Jahre alte gebürtige Russin soll Depp schon vor zwei Jahren bei einem Filmfestival in Prag kennengelernt haben. Damals erholte Depp sich von einem Verleumdungsprozess gegen Heard, die ihm in einem Artikel körperlichen und seelischen Missbrauch vorgeworfen hatte. Eine Jury sprach ihm mehr als zehn Millionen Dollar Schadenersatz zu. ch.

Kardashian blamiert sich

Bei der Hochzeit des indischen Milliardärssohns Anant Ambani mit der Pharmaerbin Radhika Merchant hat Kim Kardashian angeblich wenig Fingerspitzengefühl bewiesen. Mit ihren roten Tops und Röcken, den traditionellen Lehengas, welche die Kalifornierin am Wochenende während der Feier in Mumbai trug, soll sie Merchant brüskiert haben. Nach indischem Brauch, warfen viele Nutzer der Amerikanerin in sozialen Medien vor, sei die Farbe Rot der Braut vorbehalten. Die 43 Jahre alte Kardashian war mit ihrer Schwester Khloé nach Indien gereist. ch.

„Taylor Swift lässt sich nie einschüchtern“

Taylor-Swift-Fan Johanna Uhrmeister über die Sängerin als Vorbild, 1000 Euro für Konzerte und Excel-Tabellen für den Vorverkauf

Frau Uhrmeister, wo haben Sie zum ersten Mal von Taylor Swift gehört?

Ich kenne sie ungefähr seit 2008. Ich habe sie damals in Teenie-Zeitschriften gesehen, weil sie mit den ganzen Disney-Stars wie Miley Cyrus und den Jonas Brothers rumgegangen hat. Und weil ich fand, dass sie cool aussah, habe ich dann in ihre Musik reingehört, die mochte ich sehr.

Wann wurden Sie zum Fan?

Eigentlich habe ich immer nur die Musik gehört und war nie so richtig Fan-Fan. Seit 2013 bin ich auf Tumblr. Da habe ich dann andere Fans und viel mehr Videos, Behind-the-Scenes-Inhalte von Taylor und auch sie als Person kennengelernt. Es gibt dazu ein Fan-Zitat: „I found Taylor because of the music but I stayed because of her character“ – „Ich habe Taylor über ihre Musik entdeckt und bin wegen ihrer Charakter geblieben“. Das finde ich immer noch sehr treffend.

Was fasziniert Sie an ihrem Charakter?

Sie veröffentlicht nicht nur Musik, sie ist auch eine Businesswoman und will die Musikindustrie verändern und verbessern. Die Rechte an ihren ersten sechs Alben hat ihr altes Label nicht an sie, sondern an Scooter Braun verkauft. Das war ihr ganzes Lebenswerk, das sie selbst geschrieben hat. Sie hat sich nicht unterkriegen lassen, sondern ihr Label gewechselt und nimmt die alten Alben neu auf. Taylor ist ein Vorbild darin, dass man sich nicht von irgendwelchen Männern hinter den Kulissen und von großen Firmen einschüchtern lassen muss, sondern seinen Weg gehen kann.

Was gefällt Ihnen besonders an ihrer Musik?

Am meisten mag ich sie als Songschreiberin. Anfangs waren die Lieder noch sehr Country, also eine Geschichte mit Anfang, Mitte und Ende, das mochte ich sehr. Ihr Schreibstil ist sehr poetisch, da muss man oft zweimal nachdenken, was sie meint.

Ist Taylor Swift ein Vorbild für Sie?

Ich würde sagen, ja, aber ich schätze, ich habe nicht den Tatendrang und die Energie, die Taylor an den Tag legt.



Wie Taylor Swift: Johanna Uhrmeister in einem lilafarbenen Kleid vor dem Konzert in Zürich. Auch die Sängerin trägt schon so ein Modell. Foto privat

Taylor Swift hat während ihrer Karriere schon oft Kritik einstecken müssen. Eine Zeit lang war sie weg vom Fenster. Sie sind mit ihr erwachsen geworden, die 34 Jahre alte Sängerin ist nur sieben Jahre älter als Sie. Welche Kritik haben Sie als Fan besonders oft gehört?

Das Häufigste war immer: „Die schreibt nur über ihre Beziehungen.“ Und meisten Leute in der Musikindustrie schreiben über Liebe und Beziehungen, die wenigsten nur über Politik. Taylor hat auf jedem Album mindestens fünf Lieder, in denen es um andere Themen geht. Ich finde es sexistisch, dass Ed Sheeran oder Bruno Mars über ihre Beziehungen schreiben dürfen, aber sie nicht. Selbst die Singles handeln nicht alle nur von Liebe.

Die Tickets für ihre aktuelle „The Eras Tour“ sind sehr teuer, die Merchandise-Artikel auch. Taylor Swift ist durch die Tour zur Milliardärin aufgestiegen, ihre Anhänger geben für den Konzertbesuch inklusive Übernachtung, Anfahrt und Outfit zum Teil Tausende von Euros aus. Was sagen Sie zu dem Vorwurf, das sei vor allem Geldmacherei? Werden die Fans ausgenutzt?

Es kann jeder selbst entscheiden, wofür er sein Geld ausgibt. Du musst etwas nicht kaufen, wenn es dir zu teuer ist. Und ja, das ist viel Geld. Aber wenn man sich einmal im Vergleich andere Stars ihres Kalibers anguckt, bewegen sich die Preise im Normalbereich oder sind sogar günstiger. Für eine Show von dreieinhalb Stunden finde ich 70 bis 250 Euro okay. Außerdem nimmt sie nicht nur, sie gibt auch.

Taylor interagiert viel mit den Fans, sie hat immer gesagt, sie ist sich sehr bewusst, was sie ihnen zu verdanken hat. Auf Myspace hat sie damals immer viel mit Fans geschrieben, später dann auch auf Tumblr, und ist ihnen auch gefolgt, hat Ratschläge gegeben und Komplimente verteilt. Bei früheren Alben hat sie Fans zu sich nach Hause eingeladen und ihnen die neuen Lieder vor allen anderen vorgespielt. Und das für sie kostenlos. „Meet and Greets“ sind für Fans immer kostenlos. Während der Corona-Pandemie hat Taylor viel Geld gespendet, auch an Fans, und jetzt gerade spendet sie während jedes Tourstopps Geld, zum Beispiel an Tafeln, und sie hat ihren Mitarbeitern große Bonusbeträge gezahlt.

Wie viel haben Sie für Ihre sechs Konzerte ausgegeben?

Ungefähr 1000 Euro. Ich habe es nachgerechnet, das sind ungefähr 166 Euro pro Konzert. Ich habe die Konzerte extra so gewählt, dass ich sonst wenig Kosten habe. Nach Gelsenkirchen fahre ich mit dem Deutschlandticket, in Hamburg kann ich bei meinem besten Freund schlafen. Die Eltern einer Freundin wohnen an der Schweizer Grenze. Nur in London machen wir eine Woche Urlaub, da habe ich ja auch Geburtstag.

Wie haben Sie sich das finanziert?

Ich hatte schon vorher gespart, weil ich wusste, dass Taylor irgendwann auf Tour geht. Im Frühling habe ich einen Nebenjob angefangen und werde unterstützt von meinen Eltern, davon konnte ich mir

etwas zurücklegen. Für mich ist das schon viel Geld. Aber Taylor Swift ist das, was mir im Leben am meisten Spaß macht, deswegen war es mir das wert.

Haben Sie ein schlechtes Gewissen, weil Sie anderen einen Platz wegnehmen mit Ihren vielen Konzertkarten?

Nein. Ich bin schon so lange Fan von Taylor, und ich habe es geschafft, die Tickets zu bekommen. Ich habe mir vor dem Verkauf eine Excel-Tabelle angelegt mit allen Zugangscodes, Mailadressen und Zeiten, wo und wann der Verkauf für welche Stadt startet. Und ich habe ganz viele Freundinnen um Hilfe gebeten. Natürlich hatte ich dabei auch Glück, aber das war schon viel Aufwand. Außerdem denke ich mir, ich bringe Energie mit, ich fühle jedes Konzert, ich kenne die Lieder und gehe immer mit verschiedenen Freundinnen hin.

Ist Taylor Swift für Sie ein Hobby oder eine Leidenschaft?

Ihre Lieder begleiten mich schon so lange. Ich höre sie jeden Tag, auf der Arbeit und in der Universität kann ich mich dann besonders gut konzentrieren. Und ich habe viele Leute dadurch kennengelernt, die enge Freundinnen geworden sind. Manchmal verbringe ich auch einfach einen Abend damit, mir die Surprise Songs, die ein fester Bestandteil der Eras-Tour-Konzerte ist, anzusehen, das macht mich glücklich. Ich würde sagen, es ist mehr als ein Hobby.

Die Fragen stellte **Julia Fietz**.



Die Herausforderung

Von Reinhard Müller

Vereinigungen, die den Strafgesetzen zuwiderlaufen, sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind laut Grundgesetz verboten. Wer gegen Juden hetzt, Muslime herabwürdigt oder Völkermord verherrlicht, macht sich nicht nur strafbar, sondern muss auch damit rechnen, dass der freiheitliche Staat Organisationen und Publikationen mit solchen Inhalten sanktioniert. Dass ein Verbot einer tragfähigen Begründung bedarf und verhältnismäßig sein muss, sollte sich von selbst verstehen. Nicht alles aus dem bunten Strauß, den Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) für das recht öffentlichkeitswirksam durchgezogene Verbot der Zeitschrift „Compact“ präsentiert, wirkt überzeugend. „Verschwörungstheoretische Inhalte“, „Widerstands- und Revolutionsrhetorik“ oder „verzerrende und manipulative Darstellungen“ mögen – auch rechtlich – angreifbar sein, sind aber kaum Verbotgründe. Die Befürchtung, dass sich Leser aufwiegeln lassen, und die Rolle des Organs als „zentraler Akteur bei der Vernetzung der ‚Neuen Rechten‘“ sind wohl eher politische Hauptvorwürfe.

Auch ein Verbot (einer Partei oder eines Vereins) ändert nichts daran, dass die Auseinandersetzung weiterhin vor allem politisch geführt werden muss. Straftaten müssen verfolgt werden; aber die Meinung muss grundsätzlich frei bleiben. Das bleibt eine Herausforderung.

Kindisch

Von Nikolas Busse

Es ist keine kluge Politik, wenn eines inhaltlichen Zerwürfnisses die europäischen Institutionen zu beschädigen. Nichts anderes ist es, wenn nicht nur einige Mitgliedstaaten, sondern sogar die EU-Kommission nur noch Beamte auf die informellen Ministertreffen der ungarischen Ratspräsidentschaft schicken will. Diese Treffen dienen dem Meinungsaustausch der politischen Verantwortlichen; sind sie nicht dabei, dann wird nicht allzu viel dabei herkommen. Man kann nur hoffen, dass diese Blockade-Spiele nicht auf die formellen Ministerräte übergreifen. Da geht es nämlich um die Gesetzgebung.

Das Ganze wirkt einigermaßen kindisch. Die Außen- und Sicherheitspolitik ist in der EU nicht vernetzt. Orbán kann nach Moskau, Peking oder zu Trump fahren, so wie jeder der anderen 26 Staats- und Regierungschefs auch; als Scholz und Macron mit Putin telefonierten, wurde ihnen auch nicht vorgeworfen, dass sie kein formales Mandat dafür hätten. Man hat in Brüssel deutlich gemacht, dass Orbán nicht für die EU sprach, als er bei Putin war. Das war rechtlich korrekt und politisch ausreichend. Man muss sich nicht ständig an der ungarischen Außenseiterposition in der Ukrainefrage abarbeiten. Aber vielleicht geht es gar nicht primär um die, sondern darum, dass diese Woche im EU-Parlament eine Kommissionspräsidentin gewählt werden soll.

Jetzt kommen die Rechnungen

Zum 70. Geburtstag der ehemaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel

Von Eckart Lohse, Berlin

Am 25. September wird der Kunsthistoriker Horst Bredekamp eine Rede im Leibniz-Saal der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften halten. Er wird das zu Ehren von Angela Merkel tun, die am Mittwoch das siebte Lebensjahrzehnt vollendet. Das Besondere an der Veranstaltung ist der Gastgeber: Friedrich Merz. Der CDU-Vorsitzende hat zu der Veranstaltung eingeladen und gesagt: „Wir freuen uns darauf.“

Das Verhältnis zwischen Merkel und Merz war zerrüttet, seit sie ihm 2002 den Vorsitz der Unionsfraktion im Bundestag abgenommen hatte. Doch dieser Streit zwischen den beiden annähernd gleichaltrigen Christdemokraten, der nun zumindest oberflächlich beigelegt werden soll, war nur die Spitze eines Eisbergs. Nach dem Ende der Ära Kohl machten sich in der CDU einige Männer Hoffnungen, nach einem (möglichst kurzen) sozialdemokratischen Intermezzo das Erbe des Kanzlers der Einheit anzutreten. Nicht nur der von Kohl ausgetretene Wolfgang Schäuble. Auch der deutlich jüngere, konservative Hesse Roland Koch, der es geschafft hatte, mit einer Unterschriftenaktion gegen die von Rot-Grün beschlossene doppelte Staatsbürgerschaft die Landtagswahl zu gewinnen.

Dann kamen die CDU-Spendenaffäre – und Angela Merkel. Als die Ostdeutsche unter dem Parteivorsitzenden Schäuble Generalsekretärin wurde, hatten das die nach der Macht lechzenden westdeutschen Christdemokraten noch akzeptiert. Als Merkel die Spendenaffäre nutzte, um Kohl vom Sockel zu stürzen, ahnte mancher, dass sie mehr als nur eine Episode der Parteigeschichte werden könnte. Als sie 2000 zur Vorsitzenden gewählt wurde, verstärkte sich diese Ahnung. Zwei Jahre später war die Überzeugung, eine junge Frau aus Ostdeutschland könne nicht Kanzlerkandidatin werden, in der CDU noch stark genug, um zu verhindern, dass Merkel antritt.

Aber bei der überraschend vorgezogenen Wahl 2005 konnten auch die ihr gegenüber Skeptischen ihre Kandidatur nicht mehr verhindern. Wenn auch knapper als erwartet, so holte Merkel für die CDU das Kanzleramt zurück und sicherte für 16 Jahre Macht und Ämter.

Angela Merkel war nicht mit einer fertigen Agenda für eine Verschiebung der CDU in die linke Mitte in die Bundesrepublik gekommen. Vielmehr kam die über dreieinhalb Jahrzehnte in der DDR sozialisierte Physikerin ohne inhaltlichen Masterplan. Ihr Ziel war es, sich und Deutschland zu zeigen, dass sie in der Bundesrepublik genauso trittsicher und machtpolitisch erfolgreich ist wie ihre westdeutschen Landsleute. Gerade in der männlich geprägten westdeutschen CDU war das eine enorme Herausforderung.

Welche Bedeutung dieses Ziel von Anfang an hatte, verbergte Merkel mit einer ungeheuren Disziplin bis kurz vor Ende ihrer Kanzlerschaft. Als sie 2021 die letzte Rede am Tag der Deutschen Einheit in der Funktion der Regierungschefin hielt, lüftete sie dieses Geheimnis. Sie verriet, dass sie sich als Ostdeutsche auch nach 16 Jahren im wichtigsten politischen Amt des Landes nicht als vollwertige Bundes-

deutsche anerkannt fühle. Nie zuvor hatte sie ihre Landsleute und vor allem die vor ihr sitzenden, weitgehend westdeutschen Spitzenpolitiker so tief in ihre Seele blicken lassen. Zwei Jahre später wiederholte sie diese Klage als Altkanzlerin in einem Fernsehinterview, damit niemand denke, es habe sich um einen einmaligen Ausbruch gehandelt.

Schon im ersten politischen Amt, dem der Frauenministerin, führte Merkel ihre enorme Beweglichkeit vor. Wie eine Slamläuferin, die alles tut, um nicht über eine der Torstangen zu stürzen. Das liberale Abtreibungsrecht der DDR musste mit der bundesdeutschen Regelung zusammengebracht werden. Merkel, die durchaus ihre Meinung im Streit über den Paragraphen 218 hatte, erzählte später, wie sie versucht habe, sich wenig festzuhalten, um nicht angreifbar zu sein.

Die spektakulärste Wende fuhr die bereits wiedergewählte und seit sechs Jah-

ren Deutschland regierende Kanzlerin 2011. Sie, die Physikerin und Anhängerin der Atomstromerzeugung, die dem Lobbyverband Deutsches Atomforum anlässlich von dessen fünfzigjährigem Bestehen eine Geburtstagsrede gehalten, die gerade noch die Laufzeit der deutschen Kernkraftwerke verlängert hatte, führte das Land in den Ausstieg. Nicht weil sie ihre Haltung zur Kernkraft geändert hätte, sondern weil einflussreiche CDU- und CSU-Politiker Druck und die politische Linke mächtig Stimmung gegen die Kernkraft machten.

Auf anderen Feldern war es ähnlich. Angela Merkel war nicht naiv dem russischen Diktator Putin gegenüber und schon gar nicht aus ideologischen Gründen prussisch, wie Teile ihres sozialdemokratischen Koalitionspartners. Die Nord-Stream-Leitungen ließ sie bauen, weil die Wirtschaft Geld verdienen wollte und die Deutschen billiges Gas haben wollten. Die Bundeswehr wurde dramatisch vernachlässigt, weil die Deutschen Aufrüstung nicht mögen. Selbst in der Flüchtlingspolitik glaubte sie, mit ihrem liberalen Kurs die Mehrheit auf ihrer Seite zu haben. Erst als sie merkte, dass die Begeisterung schwand und ihr das besonders von der CSU, aber auch von CDU-Parteifreunden deutlich gemacht wurde, musste sie feststellen, dass sie die Stimmung falsch eingeschätzt hatte. Da war sie schon so lange an der Macht, dass sie bockig reagierte. Sie verkündete, Deutschland nicht mehr als „mein Land“ zu betrachten, sollte ihre Politik des „freundlichen Gesichts“ gegenüber den Migranten auf Ablehnung stoßen.

Der unbedingte Wille, in Deutschland zu bestehen, hatte zur Folge, dass sie den tatsächlichen oder empfundenen Mehrheitswillen dem Risiko vorzog. Bloß nicht scheitern! Ihren Landsleuten hat sie damit manchen Dienst erwiesen. Die Wirtschaft war stabil, die Arbeitslosigkeit niedrig, der Euro gerettet, Konflikte mit Russland oder China hielt sie in Grenzen. Viele fühlten sich wohl in diesem vermeintlich ewigen Frieden und Wohlstand. Jetzt kommen die Rechnungen auf den Tisch: Deutschland muss viel nachholen, um unabhängiger zu werden von russischer Energie, dem militärischen Schutz aus Amerika und von chinesischer Technologie. Das wird dauern.



„Wir schaffen das“: Selfie mit einem Flüchtling, September 2015 Foto dpa



Roberta METSOLA Foto Reuters

Wahl mit Rekordergebnis

Gleich im ersten Wahlgang wurde Roberta Metsola am Dienstag als Präsidentin des Europäischen Parlaments wiedergewählt – mit dem besten Ergebnis seit Einführung der Direktwahl 1979. Die Konservative aus Malta wurde breit unterstützt, von den Grünen bis zur rechten EKR-Fraktion. Sie sei in der Lage, „Brücken zu bauen und Gemeinsamkeiten zwischen den politischen Lagern zu finden“, sagte Nicola Procaccini, der Fraktionsvorsitzende und Statthalter Giorgia Melonis im Parlament. Zu der pflegt Metsola, die nach Landtradition fließend Italienisch und perfekt Englisch spricht, ein gutes Verhältnis.

Aber zu wem pflegt sie das eigentlich nicht? Die 45 Jahre alte Politikerin ist im Parlament dafür bekannt, dass ihre Tür immer offen steht. Auch gewöhnliche Abgeordnete saßen schon drei-, viermal in ihrem Büro – und es gibt mehr als 700 Mandatsträger. Metsola verfügt zudem über die Gabe, dass sie sich Namen und Gesichter merken kann. Wenn man sie irgendwo trifft, im Flugzeug oder auf dem Gang, grüßt sie immer zuerst. Abgeordnete gefällt zudem über die Gabe, dass sie sich Namen und Gesichter merken kann. Wenn man sie irgendwo trifft, im Flugzeug oder auf dem Gang, grüßt sie immer zuerst. Abgeordnete gefällt zudem über die Gabe, dass sie sich Namen und Gesichter merken kann. Wenn man sie irgendwo trifft, im Flugzeug oder auf dem Gang, grüßt sie immer zuerst.

All das erklärt, warum ihr nun die besondere Ehre einer zweiten Amtszeit zukommt. Das gab es vorher nur einmal, für Martin Schulz. Der deutsche SPD-Politiker war auch der mächtigste aller Präsidenten, weil er nebenbei für die Sozialdemokraten politische Kompromisse schmiedete. Angelegt ist das in der institutionellen Rolle aber nicht. Der oder die Vorsitzende soll integrieren und die Positionen der Mehrheit nach außen vertreten.

Politisches Spielraum gibt es nur sehr früh, wenn die Fraktionen noch nicht Haltung bezogen haben. Metsola nutzte das, als der Krieg Russlands gegen die Ukraine begann. Ein paar Tage später wendete sich schon der ukrainische Präsident in einer Videoansprache an die Abgeordneten. Sie selbst fuhr kurz darauf als eine der ersten Politikerinnen nach Kiew. In der Folge stand das Parlament stets mit großer Mehrheit an der Seite der Ukraine.

Als im Juni die EU-Spitzenposten verteilt wurden, stand Metsola nie zur Disposition. Ungewiss ist lediglich, wer ihr nach der Hälfte der Legislaturperiode nachfolgen wird. Die Sozialdemokraten wollen das schon jetzt festlegen, die EVP will es sich offenhalten. Erwartet wird, dass Metsola 2027 als Spitzenkandidatin bei der Parlamentswahl in Malta antritt. Schon bei der Europawahl bekam sie 80 Prozent aller Vorzugsstimmen für ihre Partei und ein Drittel aller insgesamt abgegebenen Stimmen – auch ein Rekord. Jetzt bereitet sie den nächsten Schritt auf der Karriereleiter vor.

THOMAS GUTSCHKER

Fremde Federn: Robert von Steinrück, Valerie Riedesel, Carolin Sadrozinski, Thomas de Maizière, Klaus Mertes

Der 20. Juli geht uns alle an

Am 20. Juli 2024 jährt sich zum 80. Mal der Umsturzversuch der Männer und Frauen aus dem Widerstand gegen Hitler und das nationalsozialistische Unrechtsregime. Sie wollten Krieg und Terrorherrschaft der Nazis beenden und den Weg für einen freiheitlichen Rechtsstaat in Deutschland bereiten. Dafür überwand sie jene Widersprüche, die Staat und Gesellschaft polarisiert und damit der nationalsozialistischen Machtergreifung den Weg bereitet hatten. Dafür setzten sie ihr Leben und die Existenz ihrer Familien ein. Ihr Widerstand damals verpflichtet uns heute alle, für Demokratie und Rechtsstaat einzustehen.

Unser Land ist eine streitbare Demokratie. Wir sind in ihr als Bürgerinnen und Bürger frei, stark und keineswegs ohnmächtig. Wir können heute durch parlamentarische Opposition, demokratische Teilhabe und friedliche Proteste Missstände benennen, Veränderungen fordern und gestalten und auch für unsere Rechte vor Gericht streiten. Wir können für unsere Überzeugungen eintreten und uns gesellschaftspolitisch engagieren. Dazu gehört Mut, aber wir müssen weder unser Leben einsetzen noch ein vergleichbar hohes persönliches Risiko

eingehen wie die Männer und Frauen des Widerstands. Das Grundgesetz gewährt uns dann ein Recht auf Widerstand, wenn die Verfassungsordnung bedroht und „andere Abhilfe nicht möglich“ ist.

Opposition gegen die gewählte Regierung und gegen Mehrheitsentscheidungen innerhalb der rechtsstaatlichen Demokratie kann und darf daher nicht mit Widerstand gegen eine totalitäre Diktatur gleichgesetzt oder verwechselt werden.

Deshalb weisen wir den Versuch von rechten wie linken und auch von religiös motivierten Populisten und Extremisten zurück, den Begriff des Widerstandes gegen unsere freiheitliche Demokratie zu instrumentalisieren. Dieser Versuch widerspricht dem Ziel der Männer und Frauen des Widerstands. Sie leisteten Widerstand, um Rechtsstaatlichkeit und Freiheit wiederherzustellen.

Die Männer und Frauen des Widerstands kamen aus der Arbeiterschaft, dem Bürgertum, dem Adel. Sie waren Kommunisten und Konservative, Sozialdemokraten und Liberale, Gewerkschafter und Militärs, engagierte Christen und Menschen, die schlicht aus Anstand und ethischer Überzeugung handelten und bereit waren, ihr

Leben zu riskieren. Unter den Bedingungen der Diktatur fanden sie über die Grenzen ihrer Milieus, ihrer politischen Lager und ihrer Überzeugungen zusammen und handelten gemeinsam: für die Wiederherstellung von Recht, Würde und Menschlichkeit und um Deutschland eine freiheitlich-demokratische Zukunft in einem friedlichen Europa zu ermöglichen.

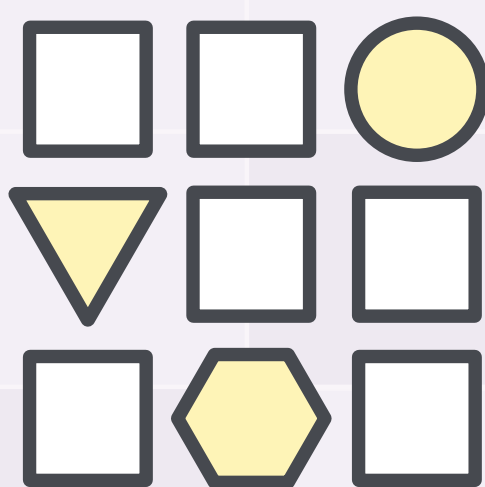
Sie waren Menschen und fehlbar – und keine makellosen Helden. Nicht wenige von ihnen hatten zuvor selbst Schuld auf sich geladen. Doch sie besaßen den Mut zur Umkehr. Unter höchstem persönlichen Einsatz und in dem Bewusstsein, auch Freiheit und Existenz ihrer Familien aufs Spiel zu setzen, unternahmen sie den Versuch, unser Land von einer totalitären Diktatur zu befreien, der Vernichtung der Juden und der Ermordung anderer Bevölkerungsgruppen Einhalt zu gebieten und einen verbrecherischen Krieg zu beenden. Ihr Mut, selbstlos und in Einheit miteinander zu handeln, zeigt uns, wie wir heute Differenzen und neue, zunehmend unüberwindbar erscheinende Spaltungen in unserer Gesellschaft überwinden können. Sie standen einander die Möglichkeit zum Anders- und Umdenken zu. Wer sich auf sie berufen möchte, kann nicht

bloß selbstgerecht über das Denken und Verhalten anderer urteilen; er muss stattdessen zum Dialog bereit sein und sein eigenes Denken und Verhalten beständig an den Kriterien des Anstands und des Rechts messen.

Das Vermächtnis der Männer und Frauen aus dem Widerstand wird lebendig, wenn wir Verantwortung in Staat und Gesellschaft übernehmen. Sonst bleibt es bloß historische Erinnerung, die verblasst. Die Demokratie ist darauf angewiesen, dass wir unsere Handlungsspielräume nutzen. Andernfalls verkümmert sie. Rückzug in Pessimismus, Unmut, Politikverdrossenheit, Empörung und Einrichten in der Opferrolle schwächen die Demokratie. Sie lebt von unserem Engagement in Familie und Beruf, in Gemeinde und Vereinen, im Ehrenamt und im Hauptamt. Dazu gehört beides – sowohl für Streit und Dialog offen zu sein als auch Kompromisse auszuhandeln und auszuhalten. Das ist herausfordernd.

Der Widerstand gegen das nationalsozialistische Unrechtsregime hat die Kraft, uns an unsere Verantwortung für die Demokratie zu erinnern. Deshalb geht der 20. Juli 1944 uns alle an.

Die Autoren sprechen für die „Stiftung 20. Juli“.



Piktorama —
Das fesselnde Logikspiel
für kluge Köpfe.

Täglich kostenfrei spielen unter: faz.net/piktorama

Das neue Online-Spiel der F.A.Z.

Feuilleton

Es ist vierzehn Jahre her, dass Trojan sich absetzte, hinaus in die Nacht fuhr, hinter sich fünf Leichen, zwei davon seine ermordeten Mitstreiter beim Raubüberfall auf einen Geldtransporter, die anderen drei von ihm erschossen – in Selbstverteidigung gegen andere Dunkel-männer, die hinter Trojans Beute her waren. Thomas Arslans „Im Schatten“ ist der schönste Kriminalfilm des jüngeren deutschen Kinos, weil er die Klassiker zu erkennen gab, deren Prinzipien er folgte, allen voran die Gangsterfilme von Jean-Pierre Melville, dem französischen Genre-Großmeister, der wiederum seine Inspiration aus Hollywoods Schwarzer Serie der Vierzigerjahre gezogen und zwanzig Jahre später einen Film Noir begründet hatte, der ganz Stil war und den Akteuren kein Wort zu viel abnötigte, weil ihre Manierismen beredter waren als jedes Gespräch. Genau so hat Arslan dann auch Mišel Matičević ins Bild gesetzt, den Darsteller des Trojan. Und weil es so schön war, tun beide es nun noch einmal, in Arslans neuem Film „Verbrannte Erde“. Darin kehrt Trojan zurück nach Berlin, um zwölf Handlungsjahre gealtert, doch immer noch mit denselben Regeln wie damals im Gepäck.

Thomas Arslan, immer auch sein eigener Drehbuchautor, hatte sie 2009 anlässlich der Dreharbeiten zu „Im Schatten“ als Charakterkizze zu seiner Hauptfigur so festgehalten: „Möglichst nur klassische Jobs: Bargeld, Gemälde, Juwelen, Schmuck, Uhren.“ Das steht da als Erstes. Und als Letztes: „Beweglich bleiben. Sich nicht an Besitz klammern. Nicht zu viel von Sesshaftigkeit träumen.“ Damit ist auch die Geschichte von „Verbrannte Erde“ eigentlich bereits vollumfänglich erzählt. Und doch brauchte es nicht nur den sensationellen Vorgängerfilm, sondern auch mindestens sieben Drehbuchfassungen, bis Arslan 2023 die Fortsetzung drehen konnte. Herausgekommen ist einmal mehr ein Regiestreich eines Genregenie.

Wollte Thomas Arslan, der zwischen durch einen Western („Gold“) und ein Familienpsychodrama („Helle Nächte“) gedreht hat, endlich wieder einmal einen Film Noir machen, wurde er nach der Frankfurter Vorpremiere gefragt. „Na klar“, antwortete er nur, wortkarg wie sein Trojan, und mehr war ja auch gar nicht zu sagen. Denn es wurde zuvor im Film alles gezeigt: durch einen Strom von Einstellungsaufnahmen aus einem Berlin, das weder Nostalgiegesehenische befriedigt, noch Zukunftshoffnungen bereitstellt, sondern in der Unwirtlichkeit des architektonischen Gegenwartspopanz Hauptstadt eine Kulisse der Kälte bietet, die selbst einen so kühlen Kopf wie Trojan frösteln lässt. Film Noir – das ist die Desillusionierung unserer Erwartungen an eine prästabilierte scheinende Welt. Beweglich bleiben.

Er wollte ja auch gar nicht nach Berlin zurück, dieser Trojan. Dort war in „Im Schatten“ alles aus dem Ruder gelaufen, und so findet ihn „Verbrannte Erde“ ganz woanders, in Essen, wo er angeht, was er im Vorgängerfilm noch verschmäht hatte, als sein Fehler es ihm nahegelegt hatte: einen Uhrendiebstahl. Wer führt heute noch große Bargeldbestände durch die Gegend? Also räumt Trojan ein Privathaus

Man musste die übrigen Gäste von Maybrit Illner dafür bewundern, dass sie die Fassung wahrten angesichts der Ungeheuerlichkeiten, die Sahara Wagenknecht in der vergangenen Woche in der ZDF-Talkshow von sich gab. „Viele zivile Opfer in der Ukraine entstehen auch dadurch, dass Raketen abgefangen werden und die Trümmerteile in zivile Gebiete fallen“, sagte sie und bezog sich dabei auf das kurz zuvor zerstörte Kinderkrankenhaus in Kiew: „Auch bei dem Kinderkrankenhaus waren die ersten Meldungen, dass das auch herunterfallende Trümmerteile waren.“ Nach vertrautem Muster legte sich Wagenknecht nicht fest, die Botschaft wurde dennoch transportiert: Schuld an den zivilen Opfern ist die Ukraine selbst. Was impliziert auch heißt: Dagegen, dass Russland mit Raketen die Infrastruktur des Landes zerbombt, sollte sich die Ukraine besser nicht wehren. Und der Westen ihr keine Waffen liefern.

Es war ein Glück, dass Illner auch Gäste eingeladen hatte, die Wagenknecht gewachsen waren. Besonders tat sich die Militärexpertin Claudia Major hervor. Ruhig, aber bestimmt stellte sie fest, dass sich die von Wagenknecht zitierten Meldungen als unwahr erwiesen hatten, was Wagenknecht wiederum mit Allgemeinplätzen in Zweifel zu stellen suchte. „Ich kenne die Situation nicht, ich weiß nur, dass im Krieg von allen Seiten gelogen wird. Es kann sein, dass die Russen lügen, es kann sein, dass die Ukrainer lügen.“

Mit nonchalanter Menschenverachtung tat sich Wagenknecht auch hervor, als der Grünen-Parteivorsitzende Omid Nouripour auf Verschleppungen, Vergewaltigungen und Folter durch russische Soldaten zu sprechen kam. „Das sind alles Verbrechen, die in einem Krieg geschehen“, sagte sie leichthin. Wagenknechts Vorgehen hat Methode. Und die ist infam.

Am Ende der Sendung sah Wagenknecht schlecht wie selten aus: ihre Zahlen zu Rüstungsausgaben als falsch entlarvt, ihre Kenntnisse in Militärfragen als mangelhaft, ihr Pazifismus als hohl und ihr Blick auf die ukrainischen Opfer als zynisch. Die Waffenverteilung in der Debatte spiegelte in gewisser Weise die Gefechtslage in der Ukraine wider: Mit defensivem Argumentationspräzisionsgerät ging Major gegen die Zweifelsstreubombenwerfer



Thomas Arslan geht es um die Infragestellung der Grundfesten eines kriminellen Alltags: Mišel Matičević als Trojan in „Verbrannte Erde“.

Foto Reinhold Vorschneider/Schramm Film

Regiestreich eines Genregenie

Beweglich bleiben, sich nicht an Besitz klammern, nicht zu viel von Sesshaftigkeit träumen – das sind die Arbeitsmaximen eines Profikriminellen, wie ihn Thomas Arslans „Verbrannte Erde“ im Kino meisterhaft vorführt. Und die eigenen des Regisseurs.

aus, wird aber um den Lohn für seine Beute betrogen, und da er in zwölf Handlungsjahren auch woanders prinzipientreu geblieben ist, also nicht sesshaft wurde, nimmt er seine alten Kontakte in Berlin wieder auf.

Nicht dass uns irgendein Akteur außer ihm schon bekannt wäre; es braucht nicht die Kenntnis von „Im Schatten“, um „Verbrannte Erde“ zu sehen. Sie erzeugt aber noch mehr Bewunderung. Wie Arslan seine Schauspieler – neben Matičević sind vor allem zu nennen Marie Leuenberger, Tim Seyfi und Bilge Bingül als Trojans Mitstreiter bei einem neuen Coup sowie Alexander Fehling als Handlanger des Auftraggebers – durch winzige Gesten klarmachen lässt, wie vertraut sich deren Figuren bereits sind (oder nie werden), das hat seinen Ursprung auch schon in der Spielweise von „Im Schatten“. Aber das Verblüffende daran, auch nun wieder in

„Verbrannte Erde“, ist, dass die Augenblicksaufnahmen Berlins von absoluter Zeitlosigkeit sind, sobald diese Szenarien belebt werden. Gerade weil da so zurückgenommen agiert zu werden scheint, was in Wahrheit aber nur Ausdruck einer schauspielerischen Präzision ist, in der noch der kleinste Handgriff für „Handwerkskünste“ steht, die leider anthropologische Konstanten sind: des Planens, des Raubens – und nicht zuletzt des Tötens, wie man in der sowohl grausamsten als auch grandiossten Szene von „Verbrannte Erde“ sehen kann, die gar nicht ausgespielt werden muss, um bereits das in der Vorstellung zu vermitteln, was später durch einen Schockmoment dann doch noch optisch eingelöst wird.

„Was die Leute voneinander verbergen, ist fast immer interessanter als das, was sie sich zeigen“, hat Arslan einmal formuliert,

und er löst es ausgerechnet im Kino, der ureigensten Kunstform des Zeigens, ein, indem er die innere Erregung seiner Figuren verbirgt. Fehling als die Nemesis im Film ist ganz Schurke, von dem man, obwohl er nichts erklärt, eine sadistische Prägung vorgeführt bekommt, die einen pervertieren Mehrwert aus jenen doch eigentlich rein geschäftlichen Interessen krimineller Handlungen zieht, wie Trojan sie versteht. Und diese Lust am Leid anderer kontaminiert auch die Sachlichkeit Trojans, sodass man gespannt sein darf, wie diese Figur sich im von Arslan schon in Aussicht gestellten dritten Teil entwickeln wird. Es wird hoffentlich nicht wieder vierzehn Jahre darauf zu warten sein.

Andererseits haben die zahlreichen Drehbucharbeiten beim Warten auf Finanzierung gewiss zum Eindruck einer Schlackenlosigkeit beigetragen, die im

deutschen Kino keine Parallel kennt. Gegenüber der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung hat Arslan erzählt, dass der Beginn des neuen Films in Essen seine Ursache nicht nur darin hat, dass es sich um die Stadt seiner Jugend handelt, sondern auch, dass es später in „Verbrannte Erde“ beim Raubzug um Caspar David Friedrichs Gemälde „Frau vor untergehender Sonne“ geht. Das hängt normalerweise im Essener Folkwang-Museum, aber dafür bekam der Regisseur keine Drehgenehmigung. Also taucht das Bild nun im Film erst spät als McGuffin in Berlin auf, blendend gewählt im Hype des Friedrich-Jubiläumsjahrs, und doch auch wunderbar paradox, denn just diese Leihgabe hat die derzeit laufende riesige Friedrich-Schau in der Alten Nationalgalerie nicht bekommen. Das Museum, in dem Trojan und sein Team das Bild erbeuten, ist aber auch gar nicht auf der Museumsinsel. Berlin, wie „Verbrannte Erde“ es zeigt, ist etwas konsequent anderes als die Schaueite der Stadt. Nicht an Besitz klammern.

Damit setzt der 1962 geborene Arslan seine 1991 mit einer filmischen Begehung des innerstädtischen Mauerstreifens begonnenen Berlin-Dokumentationen fort, die zum Gestaltungsprinzip der Mehrzahl seiner seit 1997 entstandenen Spielfilme wurden. In einer noch bis zum 4. August im Neuen Berliner Kunstverein zu sehenden kleinen Ausstellung zu Arslans Raumfassung sind neben Projektionen aus seinem Werk auch bei der Location-Suche entstandene Fotos zu sehen, die die späteren Kadrierungen vorwegnehmen. „Anonyme Orte“ nennt der Regisseur diese von ihm bevorzugten Schauplätze. Nicht zu viel Sesshaftigkeit. Sie sind Trojan angemessen, der seinen Nichtnamen ja dem erfolgreichsten Versteckspiel der Geschichte verdankt. ANDREAS PLATTHAUS

deutschen Friedenssehnsucht entgegenkommt und die Lieferung von Taurus-Raketen an die Ukraine infrage stellt. Nicht nur Kiesewetter dürfte sich fragen, wie sein Parteivorsitzender mit künftigen Ausfällen von Wagenknecht umgehen wird, falls die CDU tatsächlich mit dem Euro-Parlament eingezogen ist, als er Hinweis darauf, dass in den Ländern nicht über die Sicherheitspolitik entschieden wird, wird dann nicht reichen.

Bleibt die Frage, ob jene recht haben, die Illner und Verantwortliche anderer Talkshows dafür kritisieren, dass sie Wagenknecht in ihre Sendungen eingeladen haben und diese dort ihre Irrlehren vor einem Millionenpublikum ausbreiten konnte. Diese Überlegung übersieht, dass Talkshows dem Genre der politischen Unterhaltung zuzurechnen sind. Sie brauchen Personal, das abweichende Meinungen eloquent vertritt – umso mehr, wenn die Haltungen der übrigen Gäste sehr nahe beieinander liegen. Talkshows sollen zudem nicht bestimmte politische Meinungen machen, sondern vielmehr die politischen Meinungsbildung befördern. Den Zuschauer vor bestimmten Einstellungen schützen zu wollen entspringt dagegen einer volkspädagogischen Geisteshaltung, die den Verdross vieler erst schürt, gerade in Zeiten, in denen das Versagen der Regierung auf vielen Gebieten offensichtlich ist. Es ist nicht zuletzt den Antirhetorikern Olaf Scholz und seiner Vorgängerin Angela Merkel vorzuwerfen, dass sie die Unlust an Debatten zum Markenzeichen der Exekutive gemacht haben.

Damit hängt womöglich zusammen, dass immer wieder schlecht vorbereitete und rhetorisch schwache Vertreter der Regierung in die Talkshows geschickt werden. Besonders krass war die Niederlage, die ausgerechnet der Ostbeauftragte Carsten Schneider im Januar in einer Debatte über Protestbewegungen mit der gut vorbereiteten Wagenknecht in der Talkshow „Hart, aber fair“ erlitt.

Im übrigen würde eine Ausgrenzung aus den Talkshows wenig nützen, da es längst effektive Kanäle politischer Kommunikation außerhalb des klassischen Fernsehens gibt. Es hilft nichts: Demokraten müssen mit guten Argumenten überzeugen, die sie verständlich vortragen. Die jüngste Illner-Sendung hat gezeigt, dass das geht. MATTHIAS ALEXANDER

Inflation der Infamie

Mit Zweifelsstreubomben gegen die Wahrheit: Warum Wagenknechts Unterstützung für Putins Propaganda vor allem im Osten verfängt.

vor, die Wagenknecht aus Putins Propagandafabrik bezogen hat. Majors Erfolg war allerdings durchschlagender als jener der Ukrainer gegen die Russen. Zumindest unter Zuschauern, die bei Sinnen sind. Doch Wagenknecht selbst scheint mit ihrer Performance bei Illner durchaus zufrieden gewesen zu sein, wie Äußerungen auf X nahelegen, in denen sie sich über die Transatlantiker mokierte, mit denen sie es zu tun gehabt habe. Was nur den Schluss zulässt, dass Wagenknecht sich sicher ist, mit ihrer antiamerikanisch grundierten Argumentation bei der eigenen Klientel durchzudringen.

Tatsächlich ist frappant, wie fruchtbar der Boden insbesondere in Ostdeutschland ist, auf den Wagenknechts putinophile Saat fällt. Es fehlt nicht an Erklärungsansätzen für den Hang vieler Ostdeutscher, nachsichtig bis blind gegenüber der gnadenlosen Kriegstreiberei des russischen Präsidenten zu sein. Bei manchen wirkt offenbar die Legende von der Völkerfreundschaft nach, die zwischen der DDR und der Sowjetunion offiziell gepflegt und hier und da nicht nur als Popanz empfunden, sondern tatsächlich gelebt wurde.

Biographische Brüche wirken bis heute nach

Manches in dieser zumeist durch Fremdheit bestimmten Beziehung zwischen den Soldaten der Besatzungsmacht und der einheimischen Bevölkerung wird im Nachhinein idealisiert, was sich in die gerade angesagte, nachträgliche Idyllisierung des Lebens in der DDR einfügt. Es ist ein Lied, das nicht nur die Alten im Osten singen. Auch der Mythos des unbezwingbaren Russlands, mit dem man sich besser nicht anlegt, ist aus naheliegenden Gründen im Osten stärker als im Westen.

Dann sind da konkrete wirtschaftliche Verluste: Betriebe, die bis kurz nach der Wende florierende Wirtschafts-

beziehungen in die Sowjetunion unterhielten, fielen dem großen Umbruch zum Opfer, aus Sicht vieler Ostdeutscher unnötigerweise. Drei Jahrzehnte später wiederholte sich das Szenario in abgewandelter Form: vor allem im Osten haben sich Firmen durch die Sanktionen gegen Russland wegen des Überfalls auf die Ukraine in ihrer Existenzgrundlage getroffen. In der Ära Merkel waren entsprechende industrielle Strukturen vor allem in der Energiewirtschaft nach aufgebaut worden.

Stärker in die Breite wirken psychologische Effekte: Die biographischen Brüche, die viele Ostdeutsche im Zuge der Wiedervereinigung erlitten haben und deren Ausmaß im Westen nie wirklich begriffen wurde, hallen nach. Dirk Oschmann hat in seinem Bestseller über den Osten die Konsequenzen dieser Erfahrungen, die sich bis heute etwa in Form schlechterer Karrierechancen fortsetzen, in weiten Teilen plausibel analysiert. Sie lassen sich leicht mit der Erzählung von der angeblichen Zurücksetzung, die Russland seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion durch den Westen erfahren hat, verbinden. Auf diese Weise entsteht ein paralleles Opfernarrativ von Russland und Ostdeutschland – eine Art Stockholm-Syndrom, das aber erst nach Ende der Geiselnahme einsetzte.

Deshalb dürfte auch der Umstand, dass im Westen zuverlässig für Empörung sorgt, wer freundlich über Russland spricht, manche Polemik noch befeuern. Das ist auch ein Grund, warum die AfD in das gleiche Horn stößt wie das BSW. Für Nachgeben gegenüber Putin zu sein bedeutet immer auch, gegen die verhassten etablierten Parteien zu sein, die sich bemerkenswert rasch und geschlossen zu einer klaren Haltung im Ukrainekrieg aufgerafft haben (Rolf Mützenich und Konsorten einmal außer Acht gelassen).

Dem Einwand, sie seien bereit, die Ukraine zu opfern, begegnen BSW und AfD mit dem Argument, sie sprächen für

den angeblich großen Teil der ukrainischen Bevölkerung, der sich nach Frieden sehne und den Kampf ablehne, was sich an der hohen Zahl von jungen Männern unter den Flüchtlingen nach Deutschland zeige. Aus dieser Unwahrheit ergibt sich eine absurd-niederträchtige Schlussfolgerung: Die AfD-Vorsitzende Alice Weidel fordere die Bundestagsabgeordnete, die Waffenlieferungen an die Ukraine befürworten, unlängst im ZDF-Sommerinterview dazu auf, selbst an die Front zu ziehen. Ganz ähnlich äußerte sich Fabio De Masi, der gerade als Spitzenkandidat des BSW ins Europaparlament eingezogen ist, als er meinte, dass der CDU-Bundestagsabgeordnete Roderich Kiesewetter seine Söhne an die Front schicken solle.

Die Antirhetoriker Olaf Scholz und Angela Merkel

Dass die Bejahung der Putin'schen Amoralität und die Aneignung seiner offenkundigen Propagandalügen durch AfD und BSW bei vielen Menschen verfängt oder sie zumindest nicht verschreckt, ist auch an der hohen Zustimmung für beide Parteien in Umfragen abzulesen. In Ostdeutschland addieren sich ihre Stimmenanteile teilweise auf annähernd 50 Prozent, im gesamten Land immerhin auf 27 Prozent.

Die CDU steht angesichts der anstehenden Wahlen in drei ostdeutschen Bundesländern vor einer heiklen Aufgabe. In Thüringen und Brandenburg flirtet sie schon offen mit dem BSW, weil diese Konstellation nach Lage der Dinge die einzige Mehrheitsbildung ohne Beteiligung der AfD verheißt. Nun ist der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer schon länger durch Appeasement gegenüber Russland aufgefallen. Neu und überraschend aber ist, dass Friedrich Merz seinen Parteifreunden Geleitschutz gewährt, indem er der ost-



Unter drei?

Von Hannes Hintermeier

Als die Bayerische Staatsregierung vor vier Wochen die bisherigen Pläne für das Konzerthaus im Münchner Werksviertel kippte (F.A.Z. vom 12. Juni), war trotz der angepeilten Halbierung der Kosten, einer Verzögerung von zehn bis zwölf Jahren und bis dahin doch wieder steigender Kosten die Erleichterung spürbar – dann eben kleiner, andere Fassade, Hauptsache, es wird gebaut. Zu groß war die Befürchtung während der von Ministerpräsident Söder verordneten „Denkpause“ geworden, dass gar nicht gebaut würde. Ganz Bayern befriedet? Ein Widerstandsnest gibt es, und zwar an Ort und Stelle selbst, im Werksviertel. Das gehört dem Pfanni-Erben Werner Eckart. Er entwickelt das Gelände, und er ist nicht erfreut über den Neuplanungsbeschluss. Um das zu kommunizieren, luden Eckart und sein Geschäftsführer Timo Schneckenburger vergangene Woche eine Handvoll Journalisten zum Hintergrundgespräch, darunter auch den Autor dieser Zeilen, in die Zentrale seiner Firma Otec – mit Panoramablick auf Ostbahnhof und Werksviertel. Hier soll das Konzerthaus als ikonisches Ankergebäude stehen, auch als Geste des Münchners Werner Eckart gegenüber seiner Heimat. Wäre es ihm um Gewinnmaximierung gegangen – an Bewerbern, die marktübliche Preise zahlen müssten und könnten, fehlt es offenkundig nicht. Stattdessen: ein Erbpachtvertrag mit dem Freistaat, der pro Jahr 600.000 Euro Pachtzins zahlt. Peanuts. Das Hintergrundgespräch war als „unter drei“ ausgewiesen, das bedeutet für Journalisten, das daraus weder zitiert noch der Urheber genannt werden darf. Das muss zuerst dem „Münchner Merkur“ entfallen sein und danach der „Süddeutschen Zeitung“, die ihren Artikel mit „Klageandrohung zum Konzerthaus“ überschrieb. Die Firma Otec bleibt dabei, keine Zitate freizugeben; gestern teilte sie mit, „der Gesprächsfaden mit der Staatsregierung“ sei wieder aufgenommen worden. Der Unternehmer Eckart, ein jovialer Altbayer, so viel darf man hintergründig verraten, ist wütend und entsetzt. Zu dieser Gefühlslage mag beitragen, dass es im Oktober 2023, nach der Landtagswahl, eine ganztägige Präsentation der Planung gab, die bis dahin 35 Millionen Euro verschlungen hatte. Öffentlich gemacht wurde diese Präsentation nie, vielleicht weil an ihrem Ende feststand: Alles ist bis ins Detail durchgeplant, dem Baubeginn steht nichts im Weg. Acht Monate später wird das Projekt politisch gekippt. Eckart denkt nach, wie er mit diesem „Vertragsbruch“ umgehen soll. Zwei Varianten sind in Prüfung. Erstens: Die Otec meint, den am 2. Dezember 2016 geschlossenen Erbbaurechtsvertrag 2026 kündigen zu können, weil der Freistaat bis dahin seiner Pflicht nicht nachgekommen sein wird zu bauen. Zweitens: eine Klage gegen den Freistaat wegen Verzugs der Vertragserfüllung. Wie lange so ein Verfahren wohl dauern würde? Eckart glaubt nicht mehr daran, Bayern wolle überhaupt im Werksviertel bauen. Diese Einschätzung würde sich in die in Deutschland grassierende Haltung (F.A.Z. vom 13. Juli) fügen, mit Kosten-Blendgranaten Symbolpolitik zu betreiben und darüber das Bauen zu vergessen.

Die amerikanische Publizistin Masha Gessen ist in Moskau in Abwesenheit zu acht Jahren Gefängnis verurteilt worden. Die LGBTQ-Aktivistin, die mit ihrer Familie 1981 aus der damaligen Sowjetunion in die Vereinigten Staaten emigrierte, gilt als langjährige Kritikerin Putins. Bereits im vergangenen Jahr wurde Gessen in Russland zur Fahndung ausgeschrieben, nachdem sie über Massaker in der ukrainischen Stadt Butscha im März 2022 berichtet hatte. Jetzt erfolgte die Verurteilung wegen wissenschaftlicher Verbreitung von Falschinformationen über den Einsatz der russischen Armee. Als ihr im vorigen Jahr der Hannah-Arendt-Preis verliehen werden sollte, löste die Autorin eine heftige Kontroverse aus, weil sie in einem kurz zuvor publizierten Essay Israels Vorgehen in Gaza mit der Liquidierung jüdischer Ghettos durch die Nationalsozialisten verglichen hatte. F.A.Z.

Vom göttlichen Ziegelsteinwurf getroffen

Einer der bedeutendsten literarischen Chronisten des zwanzigsten Jahrhunderts ist wiederzuentdecken: Zur neuen Werkausgabe von Manès Sperber.

Wenn zuweilen das Werk ehemaliger namhafter Autoren, die irgendwann in Vergessenheit gerieten, von Verlagen wieder aufgegriffen und neu publiziert wird, verweist man gern auf eine plötzliche Aktualität dieses Werks in der Gegenwart. Das ist in manchen Fällen stimmig, in anderen etwas weit hergeholt. Bei Manès Sperber, dessen Werk der Wiener Verlag Sonderzahl jetzt in einer dreibändigen umfangreichen Auswahl wieder vorlegt, lässt sich sagen, dass die Aktualität seines Werks latent immer gegeben war, sodass im Nachhinein unverständlich erscheint, warum etwa die Romantrilogie „Wie eine Träne im Ozean“ jahrzehntelang nur antiquarisch zu bekommen war. Unverständlich schon deshalb, weil Sperber eines der großen Themen des zwanzigsten Jahrhunderts (und vielleicht auch des 21.), die Verführbarkeit des Intellektuellen durch geschlossene Weltbilder und deren totalitäre Konsequenzen, sowohl in dieser Romantrilogie als auch in seiner zwanzig Jahre später erschienenen Autobiographie „All das Vergangene“ so ausführlich dargestellt hat wie kein anderer seiner Zeitgenossen, auch nicht der Weggenosse und Freund Arthur Koestler.

1905 im ostgalizischen, heute westukrainischen Zabolot, einem typischen jüdischen Shtetl, in eine relativ wohlhabende jüdische Familie geboren, mit der er 1916 vor dem Krieg nach Wien fliehen musste, fiel Sperber früh – nach eigenen Aussagen als Dreizehnjähriger – nicht nur vom strengen chassidischen Glauben des Vaters, sondern von jeglichem religiösen Glauben ab, was ihn später nicht hinderte, sich über den Begriff der Auserwähltheit Gedanken zu machen: „Nur wenige Nichtjuden haben je begriffen, dass das jüdische Leid nicht etwa trotz, sondern vor allem wegen der Auserwähltheit zu unserem Schicksal geworden ist. Indem Gott mit uns ein Bündnis schloss, warf er den göttlichen Ziegelstein seiner Gnade auf uns. Seither tragen wir die erdrückende Last der Auserwähltheit wie einen Fluch und sollen ihn doch dreimal am Tag wie einen Segen preisen.“ Diese Sätze sind exemplarisch dafür, dass Sperber, der vor allem in der Romantrilogie den ganzen Schrecken seiner Zeit sehr konkret und detailliert schildert, zugleich ein großer Ironiker war. Ironie zieht sich durchs ganze Werk, speist sich allerdings nicht aus der überlegenen Distanz des Beobachters, sondern entspringt dem Zorn darüber, dass die Dinge so sind, wie sie sind.

In Wien machte der junge Sperber mit Alfred Adler, dem Begründer der Indivi-

dualpsychologie, eine der entscheidenden Bekanntschaften seines Lebens und wurde zu so etwas wie dessen Meisterschüler. Er zog auf Anregung Adlers 1927 nach Berlin, um in der dortigen Gesellschaft für Individualpsychologie zu wirken. In Berlin trat Sperber allerdings auch in die KPD ein, die er 1937 angesichts der Moskauer Prozesse wieder verlassen sollte. Die langjährigen Zweifel hatten endlich über die Loyalität gesiegt. Bei anderen dauerte es noch zwei Jahre länger, bis zum Hitler-Stalin-Pakt.

Diese Zeit, von der Arbeit in der erst legalen, dann illegalen KPD bis zur Zeit kurz nach Kriegsende, bildet den Stoff der großen Romantrilogie, die einer der Gründe für die Verleihung des Bucherpreises an Sperber im Jahr 1975 war. Entgegen mancher Darstellungen ist die Trilogie keineswegs vor allem aus der Perspektive des jungen Kommunisten Dojno Faber erzählt, sondern so multiperspektivisch, wie es die große Anzahl der Figuren und Schauplätze verlangt. Selbst nur kurz auftretende Akteure werden oft mit einer kleinen Biographie versehen und so mit eigenem Leben, statt nur eine Funktion für die Handlung zu erfüllen.

Stichwort „Handlung“. Auf den ersten Blick scheint Sperber linear zu erzählen, auf den zweiten erweist sich das als Irrtum. Zwar kann man die Trilogie durchaus der Epik zurechnen und sie, wie etwa Böll es tat, mit Tolstois „Krieg und Frieden“ vergleichen. Diese Epik ist allerdings frei von jeder Behäbigkeit. Sieht man genauer hin, wird offenbar, dass Sperbers Erzählen eine Abfolge von Schlaglichtern ist, die keineswegs nahtlos ineinandergreifen. Das Ganze folgt eher einer filmischen Technik, und ihr lebensgeschichtlicher Hintergrund wird von Sperber in seiner Autobiographie auch erklärt: Der französische Dichter Edmond Fleg, so lesen wir da, „beklage sich (...) darüber, dass jedes Kapitel, jede Episode gleichsam in der Mitte beginne. Ich (...) erklärte mit dem Einfluss der Filmkunst die Neigung des modernen Romanciers, seine Leser gleichsam mit Fallschirmen mitten in einer ihnen unbekanntem Landschaft, in einer unvorhergesehenen Situation landen zu lassen.“ Sperber führt dieses Vorgehen in seinem Fall auf die häufigen Besuche im Wiener Nestroy-Kino zurück, dessen verbilligte Nachmittagsvorstellungen – Sperbers Familie war nach der Flucht verarmt – er einmal wöchentlich von seinem kargen Taschengeld besuchte.

Seine Romantrilogie setzt diese „Fallschirmtechnik“ von der ersten Seite an



Er frönte der „Neigung des modernen Romanciers, seine Leser gleichsam mit Fallschirmen mitten in einer ihnen unbekanntem Landschaft, in einer unvorhergesehenen Situation landen lassen“: Manès Sperber
Foto Wolfgang Haurt

Manès Sperber:
„Ausgewählte Werke“.
Bd. 1: „All das Vergangene ...“.
Hrsg. von Wolfgang Müller-Funk.
Sonderzahl Verlag, Wien 2023.
691 S., geb., 44,- €.

Manès Sperber:
„Ausgewählte Werke“.
Bd. 2: „Wie eine Träne im Ozean“.
Hrsg. von Wolfgang Müller-Funk.
Sonderzahl Verlag, Wien 2024.
870 S., geb., 49,- €.

Manès Sperber:
„Ausgewählte Werke“.
Bd. 3: „Zur Analyse der Tyrannis“.
Hrsg. von Wolfgang Müller-Funk.
Sonderzahl Verlag, Wien 2024.
558 S., geb., 44,- €.

Zuspitzen der Verhältnisse

Sylvia Sasse sondiert künstlerische Varianten subversiver Affirmation

Vor knapp einem Vierteljahrhundert standen während der Festwochen auf dem Wiener Opernplatz einige Container, in die dann zwölf Teilnehmer einer Art Asyl-Big-Brother-Show einzogen. Es wurde eine Website eingerichtet, auf der das Publikum wie bei der Fernsehshow österreichweit votieren konnte, wer die Container, in denen Kameras installiert waren, zu verlassen hatte, um dann, so die Ankündigung, abgeschoben zu werden.

Christoph Schlingensiefel, der diese Aktion unter dem Titel „Bitte liebt Österreich!“ initiierte und moderierend begleitete, übernahm bei seiner Kommentierung und auch bei den angebrachten Plakaten einschlägige Slogans der FPÖ, die damals wie heute eine rechtsnationale ausländerfeindliche Politik verfolgte. Er nahm die Parolen der Partei beim Wort und übersetzte sie in eine Aktion, die konkrete Handlungen ankündigte und vermeintlich auch umsetzte. Zu keinem Zeitpunkt distanzierte sich Schlingensiefel von den martialischen Zitaten, ja fügte ihnen noch deutlich weitergehende Sprüche hinzu. Ausgestattet mit einem Megafon, machte er sich vermeintlich zu einem Sprachrohr der Rechten und provozierte heftige Reaktionen aus allen politischen Lagern. Auf seine Strategie angesprochen, gab er die Maxime an: Widerstand ist zwecklos, Widersprüchlichkeit ist gefragt. Zu Letzterer gehörte auch, dass das Publikum offenkundig erhebliche Schwierigkeiten hatte, zwischen Affirmation und Kritik zu unterscheiden, sofern es nicht Informationen zur Aktion hatte.

Christoph Schlingensiefel ist nicht der erste und wird auch nicht der letzte Künstler sein, der sich bei dezidiert politischen Arbeiten dieser Strategie der, wie

Sylvia Sasse es nennt, subversiven Affirmation bedient. In ihrem erhellenden Buch rekonstruiert sie die Theorie und Geschichte dieser künstlerischen Praxis. Die subversive Affirmation ist eine Form der Kritik, die eine bis zur Ununterscheidbarkeit reichende Mimesis an den kritisierten Gegenstand praktiziert, dessen Logik auf- und übernimmt und einzig durch Arten von Überbietung des ins Visier genommenen Programms Distanz markiert. Auf den ersten Blick sieht es so aus, als würden die Aktionen den verlautbarten Vorgaben Genüge tun, ja diese sogar übererfüllen, wie etwa bei freiwilligen Arbeitseinsätzen in sozialistischen Ländern. Diese sogenannten Subtopniks waren bei verschiedenen Künstlergruppen ungemein beliebt, um kritische Distanz zum Regime zu markieren. Man nahm die ideologischen Appelle beim Wort, säuberte Felsen, schrubzte etwa die Uferpromenade in Odessa oder bepflanzte eine „Allee der Avantgarde“ mit Bäumen.

Viele der Beispiele in Sasses Buch stammen aus sozialistischen Ländern, und das nicht zuletzt aus politischen Gründen. Wenn Stalin zwischen zwei Formen von Kritik und Selbstkritik unterschied, nämlich einer echten, zugleich willkommenen, welche die Gesellschaft voranbringe, und einer bloß in Anführungszeichen, die in

Wahrheit konterrevolutionär sei, dann gestattete ihm das fortan, jede dem Regime nicht genehme Kritik als eine der zweiten Kategorie zu verfolgen. Die Praktiken der subversiven Affirmation stellten dann ihrerseits eine riskante Fortsetzung dieser machtbewehrten Unterscheidung mit anderen Mitteln dar.

Sylvia Sasse führt durch ein Dickicht von Strategien und macht dabei Ähnliches unähnlich. „Kritische Mimikry“ (Bhabha), „Positivität der Negativität“ (Lyotard), „subversive Mimesis“ und „entstellende Angleichung“ (Adorno), „affirmative Sabotage“ (Spivak), „negative Affirmation“ (Brock), „mimetische Verschlimmerung“ (Foster) oder die „Identitätskorrektur“ der Künstlergruppe „The Yes Men“ sind nur einige Schlagworte für Praktiken, die auf den ersten Blick schwer zu unterscheiden sind und doch sehr unterschiedlichen Intentionen folgen.

„Man muss die versteinerten Verhältnisse dadurch zum Tanzen zwingen, dass man ihnen ihre eigene Melodie vorsingt.“ Dieses Zitat aus Marx' „Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie“ ist dabei so etwas wie ein gemeinsames Motto der verschiedenen Strategien, das zugleich ihren kleinsten gemeinsamen Nenner bildet. In welcher Weise die „versteinerten Verhältnisse“ konkret zu verändern wären, bleibt dabei offen und liegt auch jenseits des Horizonts der Kritik, die sich an den bestehenden Verhältnissen arbeitet. Entscheidend ist aber die Markierung einer wenn auch nur winzigen Distanz. Die Unterschiede, das ist die fragile Basis solcher Kritik, liegen nämlich oft nicht in der Praxis, sondern in der Intention.

BERND STIEGLER

Sylvia Sasse:
„Subversive Affirmation“.
Diaphanes Verlag, Zürich 2024.
336 S., Abb., br., 24,- €.



konsequent um. Nur so gelingt es, den enormen Figurenreichtum und den ständigen Schauplatzwechsel zu bewältigen. Damit nicht genug. An einer entscheidenden Stelle seiner Autobiographie schreibt Sperber: „Neben der Frage der Gewalt hat die selbstgewählte Verblendung nie aufgehört, mich zu beklemmen.“ Das ist der große Rahmen. Im Roman selbst werden diese Termini (Gewalt, Verblendung) bis in die feinsten Nuancen mit Leben erfüllt.

Exemplarisch zeigen das etwa die rund hundert Seiten, die im dritten Teil der Trilogie vom Partisanenkampf in Jugoslawien berichtet. Auf ihnen wird die Gewalt in allen ihren Intensitätsgraden und zugleich die Notwendigkeit und der Irrsinn dieses Kampfes vorgeführt. Ein Bauer erklärt es einem Partisanenführer so: „Zuerst sind die Deutschen gekommen, man hat uns erklärt, jetzt ist alles gut, man hat das serbische Joch von uns genommen ... Dann sind neue Gendarmen gekommen, alles kroatische Brüder, hurra! und haben begonnen, gegen die Serben zu wüten ... Und dann kamen die Tschetniki und begannen, gegen die Kroaten zu wüten. Gott sei Dank mussten sie bald weg, weil die Italiener kamen. Und dann sind die echten Befreier gekommen, die Ustaschi. Sie haben die Velacer Serben ausgerottet. Dann ist Tito gekommen. Dann sind die Ustaschi natürlich zurückgekommen und haben Rache genommen. Und jetzt ... stellen dich mit deinen Partisanen ein. (...) Wenn du aber nicht stark bist und nach einigen Tagen wieder wegrinnen müsstest, dann lass uns die Ustaschi, lass uns in Ruh! Es gibt so viele Dörfer und Städte,

die auch drankommen wollen. Befreit Banjaluka, Sarajewo, Belgrad, Paris, Berlin – die ganze Welt, aber hab Erbarmen mit uns, lass uns endlich Atem schöpfen!“

In anderen Strängen der Trilogie führt Sperber sehr detailliert vor, was illegale Arbeit für die KPD hieß, dabei natürlich aus eigener Erfahrung schöpfend. Eine Arbeit, die bei manchen Protagonisten früh vom Zweifel begleitet wird, schon zur Zeit der von Moskau verordneten Sozialfaschismusthese. Bekanntlich verfolgt jede Kirche entschlossener als jeden Feind die Abweichler aus den eigenen Reihen. Und die Gläubigen halten wider alle Vernunft (auch der eigenen) am Dogma von der Unfehlbarkeit der Führung und des Führers fest. Gleich auf den ersten Seiten wird dieser Generalbass der Trilogie in einem Dialog zwischen zwei Akteuren, Faber und dem Jungrevolutionär Josmar, angeschlagen: „Und das Wichtigste: wie man Tatsachen feststellt, auch solche, die zu den Resolutionen, Einschätzungen und zur Generallinie nicht passen. – Die Tatsachen passen immer zur Generallinie, warf Josmar ein. – Immer, das gibt es nicht. Außer für die Gläubigen. Gott strafe die Gläubigen, die sich, statt zur Kirche zu gehen, einer revolutionären Partei anschließen, um aus ihr eine Kirche zu machen.“

Die Trilogie ist voller solcher dialogischen Auseinandersetzungen, und doch ist sie weit davon entfernt, zu einem Thesenroman zu werden, in dem sich die Protagonisten Standpunkte um die Ohren hauen. Das liegt daran, dass Sperber eine und zugleich viele Geschichten zu erzählen hat, nämlich die der dunkelsten anderthalb

Jahrzehnte des zwanzigsten Jahrhunderts. Seine Figuren sind keine Repräsentanten bestimmter Meinungen und Haltungen, dazu war Sperber ein viel zu guter Schriftsteller. Etliche sind zwar nach historischen Vorbildern gezeichnet, nirgends geht das aber eins zu eins auf. Exemplarisch lässt sich das am Baron von Stetten zeigen, dem Porträt Alfred Adlers, und seinem Verhältnis zu Dojno Faber, dem literarischen Alter Ego Sperbers. Während es zwischen Adler und seinem Meisterschüler in den frühen Dreißigerjahren zu einem Bruch kam, der zu Lebzeiten Adlers nicht mehr zu kitten war, gibt es im Roman zwischen Stetten und Faber eine Wiederannäherung. Der Baron von Stetten, im Roman nicht Psychologe, sondern Historiker, trifft übrigens im Gespräch mit einem Prälaten die bezogen auf unsere Gegenwart aktuellste Feststellung in diesem Epos: „daß ein Gran Meisterschüler ist als eine Tonne Meinung“.

Das Überraschendste an den mehr als sechshundert Seiten Autobiographie und der noch etwas umfangreicheren Romantrilogie ist, um die heutige Werbesprache im Buchgeschäft zu gebrauchen (was der Verlag nicht tut), dass sie „fesselnd“ sind, „einen Sog entwickeln“ und in der Tat ein Pageturner sind. Wer dann noch zum dritten Band, „Zur Analyse der Tyrannis“, greift, der die essayistischen Texte sammelt, wird feststellen, dass Manès Sperber, 1984 in seiner Wahlheimat Paris gestorben, nicht nur ein sehr guter Schriftsteller, sondern einer der wichtigsten Intellektuellen des zwanzigsten Jahrhunderts war. JOCHEN SCHIMMANG

Die Ungleichgültigen

Jhumpa Lahiri bebildert in „Das Wiedersehen“ Rassismus in Rom

Die Spanische Treppe hat viel gesehen, vom Blitzlicht bis zum Selfie-Stick, von der Boheme im Caffè Greco bis zu den Boutiquen großer Modelabels. Alltägliches Leben kennt sie kaum. Davon wissen aber die vielen anderen römischen Treppen, die in dieser unwendlichen „Scheißstadt“ zwei Straßen miteinander verbinden. „Nachts wirkt die Treppe wie ein antikes Amphitheater, mit den Jugendlichen, die in Gruppen im Freien sitzen, um irgendeiner Tragödie beizuwohnen, nur dass sie selbst das Theaterstück sind.“

Über die Stufen dieser Treppe irgendwo am Tiber ziehen „die Mutter“, „das Mädchen“ und „die Witwe“, Figuren ohne eigene Namen. In anderen, treppenfremden Geschichten treten mal eine P. oder eine L. auf. Mit diesem Kniff erzeugt Jhumpa Lahiri in ihrer Erzählung „Das Wiedersehen“ formal eine interessante Schwebel: Die Porträts, die Schicksale sind ebenso typisch wie individuell. Sprachlich geht das einher mit einem klaren, schnörkellosen Stil, der am Ton der realistischen Prosa aus dem neunzehnten Jahrhundert geschult ist und keinerlei Konzessionen an Wendungen der Moderne macht. Autorin wie Übersetzerin überzeugen beide in der Gestaltung von Zeitlosigkeit.

Der deutsche Untertitel „Römische Geschichten“ ist wie der italienische Originaltitel, „Racconti romani“, eine Hommage an Alberto Moravias „Römische Erzählungen“. Wie dieser Autor fängt Lahiri Diskriminierungen und Ressentiments ein, im Unterschied zu ihm repräsentieren ihre Figuren jedoch nicht ausschließlich die unteren Schichten. Eine Universitätsprofessorin, eine „moretta“, muss in einem Restaurant hören, wie ein

Kind sagt: „Die andere mag ich nicht, sie ist hässlich und gemein“, als es sie und ihre italienische Freundin erblickt, und selbst die Freundin findet in der Situation keine Widerworte. Wieder und wieder fängt Lahiri den tagtäglichen Rassismus ein, der mal in plumpen Briefen artikuliert wird, mal mit Pistolenschüssen oder ausgeschlagenen Zähnen.



Jhumpa Lahiri

Foto Imago

Jhumpa Lahiri:
„Das Wiedersehen“.
Römische Geschichten.
Aus dem Italienischen von Julika Brandestini.
Rowohlt Verlag, Hamburg 2024.
256 S., geb., 24,- €.



Das gelingt ihr eindrucksvoll, allerdings erzielt sie auf der inhaltlichen Ebene die maximale Schwebel nur in einer einzigen Geschichte: „Das Mädchen“ beschreibt eine Außenseiterin, der ihre Eltern sagen „Bedecke dich“, auch wenn sie gern einmal in einem See schwimmen würde. Die Eltern erlauben ihr nicht, bei „einer unbekanntem Familie zu bleiben“, und sie denkt schließlich: „Besser gar nicht eingeladen werden.“ So träumt sie von einem eigenen Weg, der ihr individuelle Freiheit einräumt: „Tatsächlich hätte das Mädchen Lust, länger auf der Treppe zu verweilen, nein, immer auf der Treppe zu sein, im Hinuntergehen mit ihren Klassenkameradinnen, sich als Teil dieses Rudels zu fühlen“, und genau deshalb „tut es ihr leid, die letzte Stufe zu erreichen, wie von den anderen zu lösen und alleine weiterzugehen“. Gleichzeitig liegt es nicht in ihrem Charakter, gegen ihre Eltern aufzubegehren. Hier lässt Lahiri offen, wo der eigene Rückzug beginnt, wo die Ausgrenzung durch die anderen.

Die übrigen Erzählungen stellen Figuren vor, die diskriminiert werden oder persönliche Brüche erleben: ein Coming-out, die Midlife-Crisis, den Tod eines Kindes. Lahiri kommt diesen Erfahrungen detailreich nahe, bekräftigt aber nur die bohrende, schmerzvolle Gewissheit: Rassismus existiert, selbst wenn die Kinder „die Sprache so gut beherrschten, als wären sie nicht unsere eigenen“, selbst wenn die Eltern hoffen, dass die Tochter „studiere, die Universität besuche und dann fortgehe, fort von ihnen“. „Das Mädchen“ bewegt, weil es keine Gewissheit kennt. CHRISTIANE PÖHLMANN

100 Prozent MAGA

Der Erwählte: Donald Trump nominiert einen Ex-Kritiker als Vize

Von Frauke Steffens, New York

Von seinen kritischen Tönen gegen Donald Trump will J.D. Vance schon lange nichts mehr wissen. Der 39 Jahre alte Senator aus Ohio ist ja jetzt auch dessen „running mate“ und würde bei einem Wahlsieg Trumps Vize. Er habe sich, wie viele Angehörige der „Eliten“, in seiner Kritik an Trump einst von „Stilfragen“ leiten lassen, sagte Vance vergangene Woche – lange vorbei, auch wenn das Internet nichts vergisst.

Der Jurist hatte Trump am Anfang von dessen Präsidentschaft on- und offline gescholten. Ihm missfielen zum Beispiel Tweets über Trumps mutmaßlich „serielle Sexualstraftaten“, und er kritisierte dessen Verharmlosung der Neonazi-Gewalt in Charlottesville 2017. Seinerzeit schrieb Vance im Magazin „The Atlantic“, Trump sei „kulturelles Heroin“, und fragte sich in einer privaten Unterhaltung, ob der Immobilienunternehmer aus Queens „Amerikas Hitler“ sei. Seine alten kritischen Tweets hat Vance schon vor Jahren gelöscht, als er in den Senat wollte; inzwischen steht er fest an Trumps Seite.

Bis heute glauben manche, dass Vance besonders qualifiziert dafür sei, die weiße Arbeiterklasse zu verstehen, hatte er doch Ruhm erlangt, als er 2016 in dem Buch „Hillbilly Elegy“ seine Familie und vermeintliche soziale Verlierer in den Appalachen porträtierte. Doch auch damals war schon klar, dass Vance nur einen kleinen Ausschnitt der Realität präsentierte, den er durch seine politische Brille sah: Arme Menschen in der strukturschwachen Region seien letztlich selbst an ihrem Schicksal schuld, schließlich habe auch er es geschafft, sich „am eigenen Kragen“ aus der Armut zu ziehen, geradewegs an die Yale-Universität und zum Doktor der Rechtswissenschaften.

Laut J.D. Vance existiere sie nicht, schrieb die Historikerin Elizabeth Cate damals in ihrem Buch „What you are getting wrong about Appalachia“. Linke, queere und nicht weiße Bewohner der Region habe Vance einfach unter den Tisch fallen lassen, ebenso wie eine außerordentlich stolze Tradition der Arbeiterbewegung und viele strukturelle Probleme, die das liberale Glücks-Narrativ ad absurdum führten.

Vance, inzwischen ein überzeugter Anhänger von MAGA („Make America Great Again“), gelangte mithilfe des rechten Milliardärs Peter Thiel in den Senat. Die „moralische Erneuerung“, die er sich für Regionen wie Appalachia vorstellt, deckt sich mit vielen nationalistischen Programmpunkten, wie sie in Trumps politischer Plattform oder dem „Project 2025“ der Heritage Foundation formuliert sind.

Kurzzeitig spekulierten manche Beobachter, Trump könnte nun, geschockt ob der politischen Gewalt, die sich am vergangenen Wochenende gegen ihn selbst richtete, eine Art versöhnlichen Kurs einschlagen, der über Rhetorik hinausgeht. Mit der Wahl seines Vizekandidaten erteilt er solchen Vorstellungen eine Absage. Vance verteidigt Trump gegen alle Kritik und singt dessen Lied des „Deep State“ und angeblich korrupter Medien, die den Kandidaten politisch erliegen wollten.

Für den Mordversuch an Trump gab Vance der Biden-Kampagne die Schuld, die Trump unberechtigt als Faschisten darstelle. Das Überleben des amerikanischen Staates hänge von Trumps Sieg ab, erklärte er kürzlich – das ist die beherrschte, apokalyptisch anmutende Rhetorik der MAGA-Anhänger. Damit dürfte Trump, wenig überraschend, ideologisch auf Kurs bleiben. Dass er sich am Rande des Parteitag mit Konkurrent Robert F. Kennedy Jr. traf, um seine Version „nationaler Einheit“ zu diskutieren, spricht nicht dagegen. Denn die Republikaner loten damit nur aus, wie sie vielleicht doch noch Wähler des Verschönerungsphantasien verbreitenden Kennedy gewinnen können. „Einheit“ bedeutet vor allem die Einheit der MAGA-Welt. Und in der wird auch weiterhin gelten: Wer nicht für uns ist, der ist gegen uns.

Preise für Kuhn und Bakurin

Hans Peter Kuhn erhält den Kunstpreis des Landes Schleswig-Holstein. Kuhn ist für seine Licht- und Klanginstallationen und seine Theaterarbeiten für Regisseure wie Robert Wilson und Luc Bondy bekannt. Der mit 20.000 Euro dotierte Preis wird alle zwei Jahre verliehen. Der Förderpreis von 5000 Euro geht an die Medienkünstlerin Eugenia Bakurin. F.A.Z.

Im Rausch der Erleichterung, dass der Bankrott seines Operettenstaates abgewendet worden ist, beginnt der pontevedrinische Botschafter in Glyndebourne neuer Inszenierung von Franz Lehárs Meisterwerk „Die lustige Witwe“ in Paris bereits, großspurige Visionen für die Projekte zu entwerfen, die sich nun zum Glanz des Vaterlandes mit den geretteten Millionen der verwitweten Hanna Glawari realisieren lassen könnten. Warum nicht ein Opernhaus?, fantasiert der beliebte Bariton-Veteran Thomas Allen. Sein Baron Zeta hat auch schon das Kürzel für die neue staatliche Einrichtung parat: PNO für Pontevedrinische Nationaloper. Das reimt sich auf ENO. Jeder, der die gegenwärtigen Nöte des klassischen Musikbetriebs auf den britischen Inseln kennt, versteht die Anspielung auf die um ihr Überleben ringende English National Opera. Sie steht mit ihren Ängsten nicht allein.

Wie die anderen Landhausoper, die dem englischen Wetter mit einem Sommerangebot von Oper mit Picknick in elysischem Rahmen trotzen, erhält Glyndebourne keine öffentlichen Gelder. Anders verhielt es sich mit der Glyndebourne Touring Company. Mit Unterstützung des Arts Council, der die Verteilung des staatlichen Kulturerbes verantwortet, brachte sie jeden Herbst nicht nur Opern in wirtschaftsschwächere Regionen, sondern auch lokale Bildungsinitiativen. Das hätte eigentlich im Einklang mit der Direktive der gerade abgewählten konservativen Regierung stehen müssen, die immer knapper werdenden Fördergelder im Rahmen der Angleichung der Lebensverhältnisse verstärkt in sozioökonomisch benachteiligte Landesteile zu leiten. Der Arts Council fasste es anders auf. Aus einem ideologischen Affekt gegen alles, was den Kulturbeamten als elitär erscheint, nahmen sie die klassische Musik, allen voran die Oper, bei der Umverteilung des geschrumpften Etats besonders ins Visier.

Die Glyndebourne Touring Company war von den Einsparungen derart betroffen, dass das Mutterhaus sich gezwungen sah, das Öffentlichkeitsprogramm einzustellen. Andere subventionierte Häuser haben ähnliche finanzielle Einbußen erlitten, die genau das Gegenteil von dem bewirken, was den Kulturbeamten aufgetragen wurde. Eine Metropole wie Liverpool, die trotz eines großen Einzugsbereiches kein eigenes Opernhaus besitzt, ist eine opernfreie Zone, seitdem die in Cardiff ansässige Welsh National Opera, die früher regelmäßig dort zu Gast war, ihr Tourenprogramm reduzieren musste. Die Folge dieser Einschränkungen ist, dass der Oper die Aura der Exklusivität nun noch stärker anhaftet. Das gilt besonders für die privatwirtschaftlichen Sommerfestspiele, obwohl sie sich in Schulen, Gefängnissen und anderen gemeinschaftlichen Projekten engagieren. Die klassische Musikwelt hoffte, dass die als Kulturministerin vorgesehene Labour-Politikerin Thangam Debbonaire, einst Cellistin beim Royal Liverpool Philharmonic Orchestra, nach dem Regierungswechsel Linderung schaffen werde. Sie ist in ihrem Wahlkreis jedoch den Grünen unterlegen.

In Glyndebourne machen sich die Verluste der Touring Opera und die Nachwehen von Corona in dem wohl noch während der Pandemie konzipierten Angebot dieses Sommers bemerkbar. Man geht mit nur zwei, statt drei Neuinszenierungen von populären Werken – mehr als zwanzig Aufführungen von Georges Bizets „Carmen“ und fast ebenso viele der „Lustigen Witwe“ sowie Wiederaufnahmen von Publikumsfolgen, darunter Nikolaus Lehn-

Ladies, Gentlemen, ich wünsche Ihnen einen recht angenehmen Weltuntergang“, heißt es in Adam McKays prominent besetzter Filmsatire „Don't look up“ aus dem Jahr 2021, die man als Parabel auf den Klimawandel lesen kann. Der österreichische Dramatiker Jura Soyfer drückt Ähnliches um einiges direkter aus: „Gott, wird das an Plantsch geben.“

Liest man das erste Bild seines 1936 entstandenen Stückes „Der Weltuntergang oder Die Welt steht auf kein' Fall mehr lang“, in dem die Sonne den Tanz der Planeten dirigiert, fühlt man ein nahes Ende mit Schrecken: Das kosmische System ist in Dissonanz geraten, schuld ist die Erde und vor allem deren Bewohner. Es wird beschlossen, dass der Komet Konrad, eigentlich auf dem Weg zu einem Rendezvous mit einer Sternschnuppe, die Ordnung durch einen Aufprall auf die Erde wiederherstellen soll. Der Mars ordnet an: „Prall mit aller Wucht auf die Erde auf! Es bringt einen Tippel – aber an der Erschütterung gehen garantiert alle Erdmensen zugrund!“ Und so endet dieses erste surrealistische Bild, sprachlich zwischen dem Dadaismus eines Schwitters und der Neuen Sachlichkeit eines Tucholskys mäandierend, mit dem Plantsch-Ausspruch des armen Konrads „im Absauen“, so die Regieanweisung.

Dass Soyfer sein Stück trotzdem hoffnungsvoll enden lässt, wirkt 1936 rückblickend wie ein verzweifelter Wunsch nach einem Happy End: Konrad verliebt sich in die Erde, weil er sie „so ein bisschen kennengelernt“ hat – er spricht „Das Lied von der Erde“, mit den humanistischen Zeilen: „Von Schönheit hell umflammt ist diese Erde, / Und ihre Zukunft ist herrlich und groß!“

Das ist typisch für den heute nahezu vergessenen Dramatiker Soyfer. Als Mitglied der KPÖ, der Kommunistischen Partei Österreichs, ging es seinem Theater stets darum, performative Aufforderungen zum aktiven Protest zu inszenieren – ganz ähnlich wie in Brechts epischem Theater, nur humorvoller.



Charismatische Bühnenpräsenz: Danielle de Niese singt und tanzt die lustige Witwe Hanna Glawari.

Foto: Tristram Kenyon/Glyndebourne Productions Ltd.

Wiener Schmelz in britischer Landschaft

Englands sommerliche Opernfestspiele leiden unter der elitenfeindlichen Sparpolitik – und schwelgen virtuos in Lehár, Rachmaninow und Puccini.

Von Gina Thomas, Glyndebourne

hoffs grandiose Interpretation von Wagners „Tristan und Isolde“ aus dem Jahr 2003 – offensichtlich auf Nummer sicher. Rivalen wie Garsington und die Grange Park Opera, die weniger Fixkosten haben, sind risikofreudiger.

Die „Lustige Witwe“ ist Glyndebournes erste szenische Realisierung einer Operette. Zu Beginn der Neunzigerjahre, als das Festival in Sussex wegen der Bauarbeiten für das neue Opernhaus ausfiel, dirigierte Franz Welser-Möst in London eine konzertante Aufführung mit einem Text von Tom Stoppard. Der Dramatiker ersetzte die gesprochenen Dialoge durch eine von dem Schauspieler Dirk Bogarde mit köstlicher Ironie vorgetragene Erzählung wie aus der Erinnerung des Kanakliten Nje-

gus. An deren Stelle trat nun ein neuer geheimer englischer Text von Stephen Plaice und Marcia Bellamy mit in die Länge gezogenen Witzleien über Steuerparadiese, Sex, Glyndebourne und die Mängel des Brexit. Die Regie von Cal McCrystal, die opulente Belle-Époque-Ausstattung Gary McCanns und die synchronisierten Tanzbewegungen in Carrie-Anne Ingrouilles Choreographie als Kombination aus Slapstick und Hollywood-Musical-Spektakel verneigen sich vor Cecil Beaton's stilisierten Kostüm- und Bildentwürfen für den Film von „My Fair Lady“. Die reicht bis hin zu geschwungenen Botschaftstreppe, die Graf Danilo bei seinem ersten Auftritt nach einer trunkenen Nacht bei Maxims mit akrobatischem Aplomb von oben herunterpurzelt. Wenn er seinen Soff dann unterm Schreibtisch ausschläft, weiß Hanna Glawari genau, wer da liegt.

Danilos Schnarchen ist dem Mädchen vom Lande aus dem jugendlichen Getümmel mit dem Grafen im heimatischen Heuboden vertraut. Als lustige Witwe überspielt Danielle de Niese stimmliche Mängel mit charismatischer Bühnenpräsenz und energiegelbem Tanz. Der mexikanische Bariton Germán Olvera versieht Danilo mit lebemännischer Eleganz.

Noch bevor die Handlung mit dem auf eine Leinwand projizierten Vorspann im Stil alter Filme eingeleitet wird, bringt Tom Eddens zum Pagen degradierten Njegos das entzückte Publikum mit klamottigen Witz in Schwung. Er bekommt auch eine eigene Gesangsnummer mit mehreren Zugaben. Lehár hat das Lied für die Londoner Erstaufführung von 1907 geschrieben, die den letzten Akt, wie auch hier in der neuen Fassung der Partitur, ins Maxim verlegt, wo die ihre Beine schwin-

Das die im „Weltuntergang“ erhoffte Zukunft ein paar Jahre später aufs Äußerste gefährdet sein würde, konnte er bereits ahnen, aber nicht mehr erleben – Soyfer, 1912 in Charkow (Ukraine) geboren, stirbt 1939 im KZ Buchenwald an Typhus. In die Gefangenschaft kam er durch eine Verwechslung mit dem Kommunisten Franz Marek, aber als man bemerkte, dass Soyfer kritische Theaterstücke geschrieben hatte, behielt man ihn trotzdem in Haft; er wurde dann aufgrund einer Amnestie kurzzeitig wieder freigelassen, wollte auf Skiern fliehen, wurde dann aber wieder verhaftet, ins KZ Dachau gebracht und von dort ins KZ Buchenwald, wo er erkrankte – die nahende Rettung durch ein Affidavit seiner in die USA emigrierten Eltern kam zu spät.

Zurück zu seinem vergessenen Stück „Der Weltuntergang“. Ein episodenhaft daherkommendes, absurdes Szenengefüge in elf Bildern. Zwischen dem Plan und der Verhinderung der Erdzerstörung stehen Bilder, die manchmal wie eine Revue anmuten, dann wieder wie ein Stück politisches Zeitkabarett daherkommen, aber literarisch immer originell komponiert sind. Wir begegnen einer frühen Führerparodie, einer Blaupause für Chaplins „Der große Diktator“. Ein bisschen steht auch Karl Krauss' „Die letzten Tage der Menschheit“ Pate.

Dass im vorletzten Bild die US-Millionärsfamilie Rockford, die denkt, durch ein Weltraumschiff für Reiche gerettet zu werden, erfahren muss, dass sie einem Schwindler auf den Leim gegangen sind, könnte alleine eine wunderbare Hochstaplergeschichte Walter Serners oder auch Erich Kästners sein, durchdrungen ist sie in der streckenweise bewussten Anarchie und Alberheit auch von den Marx-Brothers. Der Untertitel, „Die Welt steht auf kein' Fall mehr lang“, ist wiederum Nestroys „Kometenlied“ aus „Lumpazivagabundus“ entliehen und stellt das Stück somit auch in die Tradition des Alt-Wiener Volkstheaters.

So reich dieses Stück ist, so kurz ist es auch – gerade einmal zwanzig Seiten umfasst Soyfers Text. Auch seine anderen vier Dramen sind nicht viel länger. Alle eint eine humorvolle Spielart von Weltflucht. In „Vineta“ (1937) ist es ein versunkenes Reich, das vor Diktaturen warnen soll, in „Astoria“ (1937) ist es der erfundene, titelgebende Gedankenstaat. In „Der Lechner-Edi schaut ins Paradies“ (1936) reist die Titelperson durch die Zeiten zu Galvani und Galilei, um die Erfindung der Elektrizität rückgängig zu machen, da sie der Grund seiner Arbeitslosigkeit sei. In diesem Stück gibt es übrigens auch einen sprechenden Motor, einer KI-Kritik avant la lettre sozusagen. Und im letzten Stück, „Broadway-Melodie 1492“ (1937) wird in der Historie die Gegenwart entdeckt und vielleicht am konkretesten vor dem Faschismus gewarnt.

„Der Weltuntergang“ wird im Frühsommer 1936 uraufgeführt und bereits



Einem Tucholsky ebenbürtig: der österreichische Theaterautor Jura Soyfer, fotografiert um 1935

Foto: Ullstein

gende Hanna Glawari im Grisettenlied an die Stelle von Soraya Mafis leuchtend singender Valencienne tritt. Die Botschaftergattin setzt ihren Ruf als anständige Frau für den etwas farblosen Michael McDermott in der Rolle Camille de Rosillons aufs Spiel. Beim Stelldichein des Paares im Pavillon versetzt der Liebhaber das Publikum mit einem Schattenspiel in schallendes Gelächter, bei dem er es in jeder erdenklichen Stellung mit einer für Valencienne einstehenden Puppe treibt, während ihr Mann entsetzt durchs Fenster schießt. Mit fast achtzig Jahren gibt Thomas Allen eine Meisterklasse in Musikalität und komischem Timing. John Wilson führt das London Philharmonic Orchestra mit leichtfüßigem Raffinement durch die sprudelnde Partitur und transportiert einen großzügigen Schlag Wiener Schmelz in die südeuropäische Hügelandschaft.

Am Rande von London gab die Grange Park Opera auf dem hübsch verwilderten Anwesen West Horsley Place dem Bassbariton Bryn Terfel mit zwei kontrastierenden Einaktern, „Aleko“ und „Gianni Schicchi“, eine Bühne. Die als Examensarbeit vorgelegte Tragödie, mit der Sergej Rachmaninow dem Moskauer Konservatorium zeigen wollte, was er mit seinen neunzehn Jahren alles konnte, und Giacomo Puccinis komisches Glanzstück haben gemeinsam, dass sie auf den Werken von großen Dichtern basieren, Puschkin und Dante, und zwei von Terfel grandios verkörperte Außenseiter in den Fokus nehmen. Doch liegen die Opern Welten auseinander. Die Zigeunerfrage von „Aleko“ durch die Verwandlung der Gruppe um die freiheitsliebende Zemfira in eine punkige Komme geschickt umgehend, bringt der Regisseur Stephen Medcalf die zwei Welten in einem zeitgenössischen Bühnenbild von Jamie Vartan zusammen. Mit geringfügigen Veränderungen dient es den Aussteigern und dem bürgerlichen Florentiner Buoso Donati als Behausung. In „Aleko“ sind die Wände der zweistöckigen Wohnung mit Graffiti bemalt. Im modernen Komfort von Donatis Apartment verdecken Bilder von Florenz die Schmierereien.

Untermalt von den ominösen Klängen des BBC Concert Orchestra unter der Leitung von Gianluca Marciano, gibt Terfels die Bühne dominierender Aleko eine schmollende Figur ab. Alles steuert auf die verhängnisvolle Eruption seiner Eifersucht hin, die Ailish Tynans feurige Zemfira durch ihre Untreue provoziert. Ihr Vater lässt in der von Robert Winslade Anderson einfühlsam vorgetragenen Bass-Arie bereits das böse Ende ahnen, wenn die Rage, die in Alekos wehmütiger Kavatine über die verflorsene Liebe lauert, ihn übermannt.

In Gestalt des Gianni Schicchi schlendert der in Bauernschläue schwelgende Terfel Kaugummi kauend in roter Motorradklut in die Wohnung des gerade verstorbenen Donati, als gehöre sie ihm bereits. Bevor er seinen großen Streich spielt, der ihm bei Dante einen Platz in der Hölle einbringt, entsorgt er den Kaugummi an einem Möbel. Luis Gomes, der in „Aleko“ den Liebhaber Zemfiras darbot, glänzt auch hier in der Hymne auf Florenz, die eigentlich ein Loblied auf die beflügelnde Kraft frischer Talente ist, mit jugendlich leuchtendem Tenor. Im Graben und auf der Bühne liefern Marciano und Medcalf mit der Besetzung ein entzückendes Ensemblewerk. Die wunderbar ironischen Streichertöne, die sich über die Heuchelei der raffigieren Verwandtschaft mokieren, bleiben lange im Ohr.

am 11. Juli 1936 wieder abgesetzt; in Soyfers Todesjahr aber wird der „Weltuntergang“ im New Yorker Blackbox Theatre vor 1000 Besuchern aufgeführt und über einen Monat lang gespielt.

Auch in London und Buenos Aires werden seine Stücke ab 1939 aufgeführt. In Österreich und Deutschland lässt Soyfers Wiederentdeckung bis heute auf sich warten. 1974 wurden die Stücke gesammelt von der englischen Exilorganisation Young Austria veröffentlicht, 1975 erlebte die Soyfer-Rezeption Aufschwung durch eine Lesung des kongenialen Helmut Qualtinger im Wiener Audimax. Oft sind es übrigens auch einen sprechenden Motor, einer KI-Kritik avant la lettre sozusagen. Und im letzten Stück, „Broadway-Melodie 1492“ (1937) wird in der Historie die Gegenwart entdeckt und vielleicht am konkretesten vor dem Faschismus gewarnt.

„Der Weltuntergang“ wird im Frühsommer 1936 uraufgeführt und bereits

Gerade der „Weltuntergang“ schreit nach einer breitenwirksamen Wiederentdeckung. Das Stück sollte in unseren krisenvollen Zeiten wieder und wieder gespielt werden – es stecken so viel Sprach- und Spielfutter für Schauspieler darin, so viel Assoziations- und Setzungsmöglichkeiten für Regieteams, so viel bösartige Freude am Untergang. Bei den diesjährigen Salzburger Festspielen wird das Stück in einer szenischen Lesung im Mozarteum zu erleben sein. Da kann man dann überprüfen, wie ernst der „Plantsch“ ist, der uns allen droht. BORIS MOLTZKI

Die Idee der F.A.Z.-Reihe „Spielplanänderung“ aufgreifend, präsentieren die Salzburger Festspiele am 17. und 18. August unter dem Titel „Vergessenen Stücke“ österreichische Dramatik, die aus dem Kanon gefallen ist.

Mehr Informationen unter: www.salzburgerfestspiele.at/p/vergessene-stuecke-2024

Fürst Pückler würde das Herz bluten

In Branitz wird gerade das größte Modellprojekt zur Erhaltung von historischen Gärten realisiert. Es ist weit über die nationalen Grenzen hinweg richtungsweisend.

Das kreischende Geräusch PS-starker Motorsägen ist in den historischen Parkanlagen Deutschlands immer öfter zu hören. Der Klimawandel setzt den alten Beständen massiv zu. Reihenweise werden kranke oder bereits abgestorbene Baumriesen gefällt, die bisweilen noch im Kaiserreich gepflanzt worden sind und zwei Weltkriege überlebt haben. In den staatlichen Gärten Sachsens mussten 2019 neun Bäume niedergelegt werden, 2023 waren es bereits 390. Auch in der heute 620 Hektar umfassenden Branitzer Parklandschaft bei Cottbus hat die Stiftung Fürst-Pückler-Museum in den letzten Jahren genau gezählt. In ihrem Besitz befinden sich etwa 25.000 Park- und 5.000 Waldbäume. Jährlich werden durchschnittlich zwischen 40 und 50 Exemplare aller Altersstufen entfernt. Im klimatischen Annus horribilis 2011, das durch Wetterextreme gekennzeichnet war, mussten jedoch 510 Eichen gefällt werden! Auch wenn die schlimmsten Schäden den gut 400.000 Besuchern, die über das Jahr den Park mit seinen dreißig Gebäuden, acht Seen und fast drei Dutzend Brücken in der Regel besuchen, noch verborgen bleiben, lässt die Zukunft nichts Gutes ahnen. Das Problem, wie mit den Baumbeständen im historischen Kontext umzugehen ist, verschärft sich nicht von Generation zu Generation, sondern von Jahr zu Jahr.

Fürst Hermann von Pückler-Muskau würde das Herz bluten, wenn er um den Zustand seiner geliebten Bäume wüsste. 1845 hatte der exzentrische Gartengestalter seine ererbte Standesherrschaft Muskau in der Oberlausitz verkaufen müssen; die aufwendige Anlage des dortigen Parks hatte ihn in finanzielle Nöte gebracht. Doch die ökonomische Krise bedeutete nicht das Ende seiner Gartenleidenschaft. Zum Glück besaß er noch das Gut Branitz, bescheiden aber als gewaltige Muskauer Gartenreich, aber ein willkommener Ort, um einen romantisch

inspirierten Schlosspark zu schaffen. Allerdings waren die Voraussetzungen ungünstiger: Es erwarteten ihn ein sandiger Boden und eine leere, wasserlose Feldflur. Pückler, der von einer „Oasis in der Wüste“ träumte, ließ sich nicht entmutigen. Aber ihm zerrann seine Lebenszeit unter den Händen: Der 1785 Geborene war inzwischen sechzig Jahre alt.

Nichtsdestotrotz wurden zukunftsfröhliche Modellierungen des Terrains vorgenommen, dank des hohen Grundwasserstands zahlreiche Seen und Wasserläufe angelegt und mehr als 100.000 Gehölze gepflanzt. Um rasch einen Eindruck von den Raumdispositionen zu bekommen, ließ Pückler zur Verwunderung mancher Zeitgenossen acht, zwölf, ja fünfzehn Meter hohe Bäume auf einem riesigen, von Pferden gezogenen Karren aus der Umgebung herbeischaffen. Die Großbaumverpflanzung hatten die gartenbegeisterten Engländer vorgemacht, Pückler hatte sie bereits in Muskau ausprobiert, doch jetzt wurden systematisch mehrere Hundert Exemplare aus einem weiten Umkreis herangeholt. Bevor sie an ihren definitiven Platz verpflanzt wurden, verbrachten sie zur Adaptation wenige Jahre in der 1846 gegründeten „Baumuniversität“, einer Schule für erwachsene Bäume in der Schlossgärtnerei. Linden, Buchen und Eichen, Eschen, Erlen, Kastanien und Birken, aber auch Robinien und Pappeln wurden dann im Park so gesetzt, dass sie entweder als Solitär oder in Gruppen ihre Wirkung entfalten, den Raum strukturieren und die Blicke der Betrachter lenken.

Verwendung fanden alle Baumarten, die im gemäßigten Klima gedeihen konnten. Die Baumuniversität kultivierte auch nach Pücklers Tod bis in das 20. Jahrhundert Bäume, die sich an den kargen Boden der Lausitz angepasst hatten und für den historischen Park nachgezogen wurden. Nach 1945 war sie als Teil einer Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft stillgelegt, wurde 2011 aber durch die Pü-



Spektakuläres Gartenkunstwerk trotz dem Wandel von Klima und Zeit: Blick auf das von einem weitläufigen Landschaftsgarten umgebene Schloss Branitz.

Foto: Imago

ckler-Stiftung, die gleich nach der Wende gegründet worden war, am Originalstandort wiedereröffnet. Nun hieß es, die dramatischen Folgen der Klimaerwärmung zu bedenken. Das Augenmerk liegt seit her auf jungen, anpassungsfähigen Bäumen, die sich im Sandboden gut entwickeln und die zur Nachpflanzung herangezogen werden. Aber die alten Bäume im Park leiden weiter unter extremer Hitze und anhaltender Trockenheit. Sie sind anfälliger für Krankheiten und Schädlinge. Alternative Baumarten, die den Folgen des Klimawandels besser trotzen können, sind deshalb ein wichtiges Thema. Statt der deutschen Stieleiche (Quercus robur) ist wohl eher die submediterrane Zerreiche (Quercus cerris) zukunftsfähig. So wurden in der Pflanzsaison 2022/2023 tatsächlich 130 Bäume aus der eigenen Baumschule in Branitz neu gepflanzt, darunter 30 exotische Sorten. Ihre An-

wuchsquote im Park beträgt 90 bis 95%; von einem solchen Wert konnte Pückler einst nur träumen.

Im Jahr 2021 begann mit der Neuen Branitzer Bauniversität im Außenpark der historischen Gartenlandschaft eine neue Ära. Eine ehemalige Großgärtnerei wurde zunächst zurückgebaut, um auf fast dreizehn Hektaren eine nachhaltige Kulturlandschaft zu schaffen, die der Gehölzvermehrung und -aufzucht dienen soll. In einem ersten Schritt werden Gewächshäuser, Baumschulquartiere, Anzuchtflächen, Versuchspflanzungen, Regenwasserretention und eine Genbank für historische Sorten angelegt. Mit fünf-einhalb Millionen Euro aus öffentlichen Mitteln bis 2025 gefördert, wird hier das größte Modellprojekt zur Erhaltung von historischen Gärten angesichts der Klimaerwärmung in Deutschland realisiert. Es ist weit über die nationalen Grenzen

hinweg richtungsweisend. Die neue Baumschule kann Gehölze identifizieren und kultivieren, die mit den sich rapide ändernden klimatischen Bedingungen besser zurechtkommen. Schon sind vergleichbare Vorhaben in Potsdam und Schwetzingen in Aussicht.

Ziel ist es, „Zukunftsbäume in Zeiten von Dürre, Hitze und extremen Wetterereignissen“ ausfindig zu machen, die Branitz als grünes Refugium für die nächsten Generationen sichern. Zugleich gilt es, das Erscheinungsbild des Gartendenkmals zu bewahren. Wuchs, Blattform und Anordnung müssen mit den historischen Bild des Parks übereinstimmen, das Fürst Pückler erschaffen hat.

Die eigentliche Herausforderung besteht hier darin, Klima- und Umweltschutz, veränderte Nutzungsbedingungen sowie Garten- und Denkmalpflege zusammenzuführen. Es wird künftig nicht

mehr genügen, sich allein auf die originalen Gehölzarten zu konzentrieren. Alternativen aus vergleichbaren Klimaregionen werden Eingang finden müssen; wenn dies keinen Erfolg zeitigt, sind neue klimaresiliente Arten zu pflanzen. Dies bedeutet keineswegs den Verlust des historischen Wertes des Gartendenkmals. Denn dessen spezifische Materialität, genauer dessen Lebendigkeit impliziert notwendigerweise, dass über die Zeiten hinweg kein historischer Idealzustand konserviert oder reproduziert werden kann, sondern das natürliche Kunstwerk unter steter Auseinandersetzung mit den sich verändernden ökologischen und sozialen Rahmenbedingungen weiterentwickelt werden muss. Nur so kann die Gartendenkmalpflege den Anspruch erfüllen, den Pückler ihr mit auf den Weg gab: „Es ist die Freiheit der Bäume, nach der wir uns sehnen.“ STEFAN REBENICH

Ein Löffel Pathos, zwei Gramm Weisheit, eine Prise Quatsch

Bei Abschlussreden an amerikanischen Universitäten teilen Prominente ihre Lebenslektionen. Sie pendeln zwischen Borniertheit und Inspiration

Die Koffeinsucht ist behandlungswürdig, die letzte durchgeschlafene Nacht ewig her. Graue Haare wachsen dort, wo vorher braune waren, und die Augenringe kann keine Schminke der Welt mehr überdecken. Willkommen im Leben eines Uniabsolventen. Während einem mit achtzehn Jahren alle Wege offenstehen und man unbedarft durchs Leben stolpern kann, stehen einem – Hilfe! – mit Mitte, Ende zwanzig immer noch alle Wege offen, und das Stolpern hält an. Das Bedürfnis nach Leitung steigt exponentiell mit der Nähe zur dreißig, das Potential für einen Nervenzusammenbruch auch. Die kollektive Quarter-Life-Crisis bahnt sich mit den letzten Klausuren an.

Nach Monaten harter Arbeit findet der Absolvent seine Belohnung in formvollendeter Nüchternheit im Briefkasten. Bitte schön, das Zeugnis, auf Wiedersehen, fröhliches Erwachsenwerden. Diese chaotischen Gefühle, die Studenten auf der ganzen Welt verbinden, verlaufen in Deutschland im spröden Nirwana der

Post. Ein Ritual zum Abschluss dieses Lebensabschnitts sieht der deutschuniversitäre Kalender nicht vor. Instagram-Sozialisierte begeben sich deshalb in den amerikanischen Unikosmos.

Den Ehrendoktor gibt es gratis

Die Shownation fährt jedes Jahr alles auf, was ihren Absolventen Rang, Namen und vor allem Pathos zu bieten hat. Die Ehrendoktorwürde gibt es gratis dazu. Mittel- und Höhepunkt, da gut in Reels und Youtube-Videos vermarktable, bildet die *Commencement Speech*. Die altherwürdige Tradition lässt sich schwer übersetzen, die Suchmaschine definiert sie als (Fest-)Rede vor Universitätsabsolventen.

Die Dekane laden den ein, der für Aufmerksamkeit sorgt. Die Ehrendoktorwürde gibt es gratis dazu. Ein Bezug zur Institution, deren Talar er nun tragen darf, ist nicht zwingend notwendig. Es genügen mehr oder weniger kluge Worte, die Inspiration vermitteln und den

Übergang zur nächsten Lebensphase offiziell besiegeln.

Während in den Vereinigten Staaten im August das neue akademische Jahr beginnt und Tausende hierzulande ihren Abschluss machen, sei Letzteren angeraten, einmal genauer hinzuhören. Denn auch wenn Commencement Speeches selten kontrovers sind, in der Regel allgemeingültig und im Grunde inhaltsleer, wärmen sie die geschundene Absolventenseele und zeichnen ein Gesellschaftsbild, aus dem der zum Denken erzogene Student seine eigenen Schlüsse ziehen kann.

Vier Reden zeigen, was man in einer Commencement Speech alles so sagen kann, zwei von 2024, eine von 2022, eine von 2016. Ein Footballspieler, ein Comedian, eine Sängerin, eine First Lady: Frauen gehören hinter den Herd (Harrison Butler). Verliert niemals euren Humor (Jerry Seinfeld). Verluste sind immer auch ein Gewinn (Taylor Swift). Helft euch gegenseitig, wir funktionieren nur als Gemeinschaft (Michelle Obama).

Um den Blutdruck in die Höhe zu treiben und adrenalingeladen die nächsten anderthalb Stunden durchzuhalten, empfiehlt es sich, mit Harrison Butler zu starten. Der Achtundzwanzigjährige spielt für die Kansas City Chiefs, ist verheiratet, zwei Kinder. Ausschnitte seiner Rede vor dem katholischen Benedictine College gingen sofort viral. Die inbrünstig vorgetragenen, halbsbrecherischen Rückwärtssalti in die Fünfziger beindrucken durch ein Ausmaß an Selbstgerechtigkeit, dass die Zuhörerinnen sich am Morgenkaffee verschluckt. Butler kramt erzkonservative Klischees aus der Mottenkiste, dass einem das Grausen kommt – und fragt sich ernsthaft, was einen guten, was einen schlechten Katholiken ausmacht. Ersterer hinterfrage nichts, was ihn die Kirche lehre, Letzterer spreche sich für Abtreibung (Mord an Babys!), künstliche Befruchtung (... Babys?) und Genderideologie (Mädchen ungleich Rosa, Jungen ungleich Blau?) aus. Butler holt zum Rundumschlag gegen moderne Frauen aus. Teufelische Lügen seien das, diese Aussichten auf Beförderungen und Karriere. Ihre Bestimmung sei die Rolle der Hausfrau und Mutter.

Vor lauter Rührung über die eigene Weisheit kämpft Butler mit den Tränen. Er schildert, die Stimme bricht, wie seine Frau Isabelle ihre Karriereträume aufgeben habe für ihn, der mit so vielen Talenten gesegnet sei. Man ahnt es: Isabelles Lebensinhalt sind Kinder und Haushalt.

Das Adrenalin im Zuschauerblut ist nun hoch, die Laune niedrig. Auf der Suche nach Leichtigkeit wendet man sich Comedian Jerry Seinfeld zu. Der Siebzehnjährige trug seine Rede im April den Absolventen der Duke University vor. Seine goldenen Ratschläge seien kurz, sagt er zu Beginn: Strengt euch an, immer euer Job nicht erfüllend sein sollte, dann geht einfach. Seid der Typ, der in der Mittagspause verschwindet und nie zurückkehrt. Verliert niemals euren Humor.

Abbiegung zu Frankenstein

Den Absolventen bleibt eine lange Aufzählung des seinfeldschen Lebenslaufes erspart, keine Selbstverständlichkeit, wer einen verbalen Wikipedia-Eintrag hören will, tippe Oprah und Commencement Speech in die Suchmaschine. Dafür springt der Comedian verwirrend schnell von Thema zu Thema, ergänzt seine Lebenslektionen um weitere, erklärt sie, erklärt sie nicht, biegt ab zu Frankenstein und KI, fährt eine Kurve über seine Liebe zu Bienen und kommt zu dem Schluss, dass die Welt am Ende des Lebens der Absolventen eine bessere sein wird – und, passenderweise, immer noch verwirrend.

Nach vierzig Minuten Redezeit aus dem Jahr 2024 ist das Notizbuch gefüllt von Ausrufezeichen (Butker) und Fragezeichen (Seinfeld). Letztere, philosophiert der innere Sprachwissenschaftler, sind im Grunde eine Allegorie, ebenso auf Seinfelds Rede wie auf das Leben. Man schmunzelt, lacht, hört den Ratschlägen der Älteren zu, kratzt sich verwirrt am Kopf, sucht den Sinn, dreht sich um sich selbst, sieht den Sinn, verliert ihn wieder.

Zwei Jahre vor Seinfeld bekommt Sängerin Taylor Swift die Ehrendoktorwürde der New York University verliehen und hält eine Rede vor dem vollgepackten Yankee-Stadion. Swift hat ihre öffentliche Rolle als große Schwester ihrer Fans perfektioniert, erzählt selbstironisch aus ihrem Leben, betont, dass sie sich nicht anmaße, ungefragt und von oben herab Ratschläge zu geben. Stattdessen wolle sie „Life Hacks“ weitergeben, die sie gern am Beginn ihrer Karriere gewusst hätte. Die Liste ist erstaunlich kurz und enthält im Grunde die gleichen Punkte wie Seinfelds. Last los, das Leben ist schwer genug. Seid enthusiastisch, schämt euch nicht dafür, Dinge zu versuchen. Fehler und Verluste sind unvermeidbar, ihr werdet euch davon erholen. Vielleicht die wichtigste Lebenslektion aus Swifts Rede, eine viel genutzte Phrase, die so viel bedeutet, wie sie nicht bedeutet: Wir schaffen das. Das Leben ist chaotisch und unvorhersehbar. Wir schaffen das.

Michelle Obama hält ihre 23. und letzte Commencement Speech als First Lady vor dem City College New York im Jahr 2016. Bekanntlich schürt Donald Trump zu dieser Zeit erfolgreich inneramerikanische Grabenkämpfe, redet von Mauern gegen Migranten. Die First Lady spricht mit den Absolventen, nicht zu ihnen, bis auf wenige Nebensätze macht sie sich selbst nicht zum Thema. Vielen Festrednern bei den Abschlussfeiern ist merklich bewusst, dass der Student an der Universität größtenteils allein kämpfen muss, sie sprechen zur Menge, als würden sie mit Einzelpersonen reden.

Bei Obama stehen die Studenten als Gemeinschaft im Mittelpunkt. Dass es im Leben nicht auf Familie, Herkunft und Vermögen ankommt, sondern auf Talent, Ehrgeiz und Engagement. Das Ganze würzt Obama mit einer kräftigen Portion Nationalbewusstsein (Amerika, Melting Pot, Amerika, Freiheitsstatue, Amerika). Die Kraft der Unterschiede sei es, die zusammen- und weiterbringe, solange sich jeder ein offenes, optimistisches Herz bewahre. Außerdem der Blick und die Hilfe für diejenigen, die es „noch“ nicht so weit gebracht haben. Zum Schluss gibt die First Lady den Absolventen noch mit auf den

Weg, dass sie sich niemals für die Kämpfe schämen dürfen, die sie im Leben überwinden haben. Steht wieder auf, macht weiter. Ihr könnt das.

Was kann der abschlussfeierlose Absolvent nun aus seiner Videositzung mitnehmen? An erster Stelle wohl Optimismus. Die Angst vor Fehlern muss ihn nicht zurückhalten, Perfektionismus auch nicht. Den Wert der Gemeinschaft. Annehmen, was das Leben einem beschert. All das klingt seelenwärmend und pathetisch. Die Commencement Speeches wirken zeitlos, auch nach zehn Jahren lassen sich ihre Worte noch auf die Gegenwart beziehen.

Ihr schafft das schon!

Würde ChatGPT den Auftrag erhalten, eine Commencement Speech zu schreiben, fänden sich darin wohl drei Viertel der hier vorgestellten Lebenslektionen wieder. Dazu unterscheiden sich Commencement Speeches kaum von Posts in den sozialen Medien, unterlegt mit motivierenden Naturbildern und garniert mit Postkartensprüchen. Die Lektionen derer, die etwas „erreicht“ haben im Leben, gehen zum einen Ohr hinein, zum anderen hinaus, letztlich ähneln sie sich alle und enthalten keine wirklich neuen Tipps für ein gelungenes Leben.

Somit passt eine solche Rede vor allem in die Gegenwart des Abschlussmachens und Zeugnisserhaltens. Der Mittzwanziger, der verängstigt und verwirrt vor seinem neuen Lebensabschnitt steht, hört ermutigende Worte, die vor ihm schon Generationen von Studenten auf den Weg bekommen haben. Vielleicht orientiert er sich eine Weile an ihnen, vielleicht vergisst er sie auf der Stelle wieder. Zum Verabschiedungsritual passen sie allemal, denn wer will in diesem Moment schon eine Vorlesung über die Probleme der Welt hören. Ein „Ihr schafft das“, womöglich von einem persönlichen Vorbild, ist viel mehr wert, viel beruhigender, wenn die Quarter-Life-Crisis überhandzunehmen droht. Sich weniger allein zu fühlen, auch dabei hilft die Commencement Speech, denn sie nimmt alle ins Gebet und besiegelt gleichzeitig das Ende der gemeinsamen Zeit. JULIA FIETZ

Ehemalige ärztliche Kolleginnen und Kollegen aus der Universitätsmedizin Mainz trauern um

Prof. Dr. med. Hans Köhler

*08.10.1941 †03.07.2024

Em. Ordinarius für Innere Medizin und Nephrologie, Universität des Saarlandes

In tiefer Anteilnahme und im Gedenken an einen plötzlich und unerwartet verstorbenen, hochgeschätzten und geliebten Kollegen, klinisch und wissenschaftlich engagierten Arzt sowie prägenden Lehrer, der uns allen wegen seiner menschlichen Wärme und Herzlichkeit in Erinnerung bleiben wird.

Wolfgang Dippold, Hubert Dumann, Guido Gerken, Thomas Hütteroth, Elke Jäger, Erich Keidl, Hans Keim, Reinhard Klingel, Alexander Knuth, Borwin Lütj, Elisabeth Märker-Hermann, Michael Manns, Martin Marx, Werner Mayet, Ulrike und Thomas Philipp, Thomas Poralla, Annette und Manfred Weber, Thomas Wölfel, Hartmut Zschiedrich

Wie Daten Spionage erleichtern

Bewegungsprofile von Mitarbeitern deutscher Sicherheitsbehörden

Ausländische Geheimdienste können Standortdaten von Navigations-, Dating- oder Wetterapps nutzen, um die Tagesabläufe von Mitarbeitern deutscher Sicherheitsbehörden nachzuzeichnen. Das zeigt eine Recherche des Bayerischen Rundfunks (BR) und von „netzpolitik.org“. Das Reporter-Team erstellte mithilfe frei verkäuflicher Standortdaten eines Datenhändlers Bewegungsprofile von Mitarbeitern aus Bundesministerien, der Bundeswehr, Geheimdiensten und Rüstungsunternehmen. In vielen Fällen hätten die Profile Rückschlüsse auf Wohnort, Familienverhältnisse und sogar Arztbesuche zugelassen.

Verteidigungs- und Innenministerium reagierten nach Angaben des BR wenig überrascht: Dass fremde Nachrichtendienste kommerziell gehandelte Daten zu Spionagezwecken einsetzen, sei bekannt. Die Mitarbeiter würden regelmäßig für diese Gefahren sensibilisiert. Der Grünenpolitiker Konstantin von Notz, der dem Parlamentarischen Kontrollgremium vorsitzt, stuft den Handel mit Standortdaten als relevantes Sicherheitsproblem ein. Im Interview mit dem BR und „netzpolitik.org“ sagte er: „Wenn man weiß, wie Menschen sich verhalten und bewegen, dann sind sie ausspionierbar.“ Feindlich gesinnte Staaten könnten diese Daten zu Spionagezwecken nutzen, so von Notz. Sein Stellvertreter Roderich Kiesewetter (CDU) bezeichnete die kommerziell gehandelten Daten im BR als Einfallstor für Spionage durch ausländische Nachrichtendienste oder Kriminelle.

Datenschutzler warnen schon lange vor dem Missbrauchspotential frei verkäuflicher Standortdaten. In einer im Mai erschienenen Untersuchung der Denkfabrik „Interface“ berichten die Forscher, Onlinehändler verkauften Datensätze teilweise exklusiv zugeschnitten an Nachrichtendienste. Aber auch andere Daten interessieren die Geheimdienste: „Dazu zählen zum Beispiel Dateien mit hochsensiblen Informationen wie Wohnadressen, Gesundheitsinformationen, politische Überzeugungen, Interessenprofile oder Religionszugehörigkeit.“

Rechtlich sei es nicht einfach, dagegen vorzugehen, sagt die Datenrechtswissenschaftlerin Louisa Specht-Riemenschneider, die im September ihr Amt als Bundesdatenschutzbeauftragte antritt, der F.A.Z. „Datenmarktplätze nehmen häufig eine Maklerrolle ein, das heißt, sie vermitteln den Kontakt zwischen Datenverkäufer und Datenkäufer. Sie verarbeiten aber nicht selbst Daten.“ Die Datenschutzgrundverordnung ist in diesen Fällen deshalb nicht anwendbar. Specht-Riemenschneider meint, es sei sinnvoller, wenn der Gesetzgeber Maklerfunktionen auch behördlich durchsetzbar gestalten würde.

Ob der Bundesnachrichtendienst (BND) ebenfalls kommerziell gehandelte Datensätze nutzt, ist nicht bekannt. Verfassungsrechtler warnen jedoch vor erheblichen Grundrechtseingriffen, die bei dem Datenkauf zu befürchten wären. Eine geplante Überarbeitung des BND-Gesetzes sieht daher vor, gesetzliche Richtlinien für die Informationsbeschaffung aus kommerziellen Datenbanken festzulegen. ANNA NOWACZYK

Unvereinbar

RBB setzt „El Hotzo“ ab

Der Rundfunk Berlin-Brandenburg beendet die Zusammenarbeit mit dem Autor Sebastian Hotz alias „El Hotzo“ beim Jugendsender „Fritz“, wie es heißt, „bis auf Weiteres“. Er moderierte die Sendung „Theoretisch cool“ nicht mehr. Damit reagiere man auf die von Hotz nach dem Attentat auf Donald Trump veröffentlichten Posts auf der Plattform X. „Seine Äußerungen dort sind mit den Werten, für die der RBB einsteht, nicht vereinbar“, sagte die Programmredirektorin Katrin Günther. „Wir beenden daher die Zusammenarbeit ab sofort bis auf Weiteres und haben den Autor entsprechend unterrichtet.“ Hotz, der Gagschreiber beim „ZDF Magazin Royale“ war und als Moderator beim RBB wirkte, hatte auf X gefragt, was der „letzte Bus“ und Donald Trump gemeinsam hätten. Antwort: „Leider knapp verpasst“. Die zweite Bemerkung lautete: „Ich finde es absolut fantastisch, wenn Faschisten sterben.“ Nach heftiger Kritik hatte Hotz die Einträge gelöscht und nachgeschoben: „Absolut niemand zwingt einen, Mitleid mit Faschisten zu haben, man kann es ohne die geringste Konsequenz einfach lassen.“ miha.

Höcke-Taler und Trump-Münze

Die Bundesinnenministerin hat das Magazin „Compact“ verboten, weil dort zum Sturz der verfassungsmäßigen Ordnung aufgerufen worden sei. Wie sah das genau aus? Und welche Wendung nahm der Chefredakteur Jürgen Elsässer?



Macht es wie Trump: „Compact“-Chef Jürgen Elsässer bei der Razzia Foto Reuters

Gemeinwesen ausmacht. Dazu passend war der Jubel über Donald Trump bei „Compact“ bis zum vorläufig letzten Erscheinen des Blatts groß. „Ein Bild für die Ewigkeit“ habe Trump nach dem Attentat abgegeben, als er verletzt und mit gereckter Faust den Schauplatz des Anschlags verließ. „Dieser Moment“ habe sich „schon jetzt in unser kollektives Gedächtnis eingebrannt – weil er so unfassbar ist! Weil wir sonst nur irgendwelche Memmen-Politiker sehen, die zwar eine große Klappe haben, aber – pardon – keine Eier! Keinen – noch mal pardon – Arsch in der Hose!“

Wer für das Attentat verantwortlich sei, das weiß „Compact“ wie alle rechtslastigen Verschwörungstheoretiker dieser Tage (F.A.Z. vom 15. Juli) selbstverständlich auch: „Wie JFK und Robert F. Kennedy“ wolle Trump „einen Kalten Krieg beenden – und wie Martin Luther King die Spaltung der Bürger überwinden. Und wie in den genannten Fällen versucht der Tiefe Staat, ihn auszuschalten. (...) Sobald sich Widerstand in einer Person, in einem Hoffnungsträger manifestiert, wird er vom Tiefen Staat gemordet. Das vermittelt dem Stimmvieh: Die Interessen der Machthaber sind nicht ver-

handelbar. Dazu zählt auch (ökonomisch lohnende) Kriegspolitik. Wer Frieden fördert, lebt gefährlich!“

Und weil all dies so ist, hat „Compact“ für seine Fans nicht nur die versilberte „Drushba-Münze“ zur deutsch-russischen Freundschaft im Angebot, sondern auch – ganz frisch – die „Helden-Medaille aus reinem Silber“ zum Schnäppchenpreis von 74,95 Euro. Zum selben Preis wieder lieferbar war der „Höcke-Taler“. Gratis hingegen war die Teilnahme an einer Petition, deren Ziel lautet: „Max Kraus muss Mitglied der AfD-Delegation im EU-Parlament sein“. Bis zur Schließung der Website hatte der Aufruf 17.849 Unterstützer.

So ganz vollständig war die Razzia gegen „Compact“ dann offenbar doch nicht. Die Polizei durchsuchte am frühen Dienstagmorgen Räumlichkeiten in Brandenburg, Hessen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und in Falkensee bei Berlin, die Tätigkeiten der „Compact“-Magazin GmbH wurden untersagt. Die Website des Magazins verschwand erst am späten Vormittag, auf die Seite des damit verbundenen „Compact-Shops“ sind wir auch danach noch gekommen, ebenso wie zu Sendungen von Compact TV auf Youtube.

Im „Compact-Shop“ kann man sich selbstverständlich auch mit den Schriften des Chefredakteurs und Mitgründers Jürgen Elsässer eindecken, etwa mit seiner Autobiographie „Ich bin Deutscher: Wie ein Linker zum Patriot wurde“. „Links“ war der 1957 geborene Elsässer in seinen jüngeren Tagen in der Tat – ganz links außen. Er war beim Kommunistischen Bund und schrieb von Mitte der Siebzigerjahre an für Blätter wie „Arbeiterkampf“, „Bahamas“, „Jungle World“, „junge Welt“, „konkret“ und „Neues Deutschland“. 2010 gründete er „Compact“ (Auflage zuletzt: 40.000 Exemplare) und hatte die Wende vom Antideutschen ins übersteigerte Nationaldeutsche vollzogen, dem Antiamerikanismus blieb er treu, ebenso der Verbrüderung mit Autokraten, etwa dem iranischen und dem russischen Regime. Bis in die frühen Zweitausenderjahre passte er bestens in die Linke (und zu Oskar Lafontaine), heute ist er Gewährsmann der neuen Rechten und der AfD. Seinem Profil nach wäre er auch gut in der Partei von Sahra Wagenknecht aufgehoben.

In den Augen der von „Compact“ unterstützten AfD ist die Schließung des Magazins ein „Schlag gegen die Pressefreiheit“, wie die Parteichefs Alice Weidel und Tino Chrupalla sagten. Für die AfD bedeutet das Verbot auch einen Rückschlag im Wahlkampf in Brandenburg. Dort hatte die AfD „Compact“ für eine Bühne, die im Wahlkampf 17-mal aufgebaut werden sollte, einen sechsstelligen Betrag bekommen lassen. MICHAEL HANFELD

Im Bett mit dem Präsidenten und der Mafia

Thomas Maier erzählt in der launigen Dokuserie „Mafia-Spies“ vom Stelldichein zwischen Gangstern und CIA

Eine wahrlich wilde Story erzählt der amerikanische Journalist Thomas Maier in der Dokumentation „Mafia Spies“ – jene über die Zusammenarbeit der CIA und der amerikanischen Mafia während des Kalten Krieges nämlich. „Die ganze Geschichte klingt wie das Drehbuch zu einem James-Bond-Film“, schrieb der Journalist Jack Anderson 1971 in der „Washington Post“ über das, was ihm der einstige Kleinkriminelle Johnny Roselli in den Notizblock diktieren hatte. Genauso hat der Journalist und Autor Thomas Maier seine ausgesprochen unterhaltsame sechsteilige Dokumentarserie konstruiert, in der Roselli zur Schlüsselfigur wird und deren Ereignisse den Ruf der CIA empfindlich beschädigten und für ein langjähriges Misstrauen gegenüber amerikanischen Regierungsinstitutionen sorgten.

Maier zeichnet mit Zeitzeugen und Experten nach, wie die CIA Anfang der Sechzigerjahre gemeinsame Sache mit dem Chicagoer Mafiapaten Sam Giancana machte, um sich Fidel Castros zu entledigen. Der hatte es sich nach seiner Machtübernahme 1959 und einem anfänglichen Jubelempfang in New York mit den Amerikanern verdorben, als er sich nicht von der CIA kaufen lassen wollte (und später den Schulterchluss mit den Sowjets probte). Als Castro in Havanna die Kasinos schloss und die amerikanische Mafia ihres dortigen Einkommens beraubte, braute sich ein irres Komplott zusammen, dessen Details erst in 2017 veröffentlichten Geheimunterlagen der amerikanischen Regierung zugänglich wurden. Sie dienen Maier und seinen Gesprächspartnern als Grundlage.

Maier, der die gleichnamige Buchvorlage verfasste und dessen vorheriges Werk „Masters of Sex“ als vielfach preisgekrönte TV-Serie adaptiert wurde, enthüllt ein komplexes Netzwerk, das sich Anfang der Sechzigerjahre zwischen Miami, Chicago und Hollywood etabliert. Roselli wird zum Kontaktpunkt zwischen den Exilkubanern, die Castro stürzen wollen, Sam Giancana, der den Mob in Chicago anführt, und Frank Sinatra, der einen Draht zu dem neu gewählten Präsidenten Kennedy hat. Bald wird klar, dass in den verschiedenen Verbindungen dieser Figuren für jeden eine Reihe von Vorteilen zu erzielen sind, die in der Ausschaltung Fidel Castros kulminieren.

Freilich steht bald jeder der Akteure auch bei einem anderen in der Schuld.

Was klingt wie eine Verschwörungstheorie, entfaltet Maier mit beachtlichem Rechercheaufwand und der Hilfe von Buchautoren, Historikern, Hollywoodgrößen und Zeitzeugen. Kennedys Vorliebe für die Bond-Romane Ian Flemings spielt hier ebenso eine Rolle wie das berühmte Temperament von Sam Giancana



Wenn die CIA mal ratlos ist. Foto Paramount+

na und die Zockermentalität der Figuren – auch abseits der viel frequentierten Kasinos. Regisseur Tom Donahue inszeniert diesen Politthriller als rasante Farce im Retrospektiv der Bond-Filme, mit Splitscreens und grafischen Einschüben, einem jazzigen Soundtrack und einer Ausstattung, in der Fedora-Hüte, flote Autos, Sonnenbrillen und reichlich wabernder Zigarettenrauch nicht fehlen. Neben dem Haupterzählstrang aus nachgestellten Szenen, die es dem Zuschauer erleichtern, in dem enormen Ensemble der Akteure nicht den Überblick zu verlieren, sind eine Reihe historischer Aufnahmen zu sehen, und manche von Maiers Zeitzeugen wirken amüsanterweise selbst wie Filmfiguren.

Das kommt dieser ziemlich vollgepackten Serie zugute: Schöne Frauen, mächtige Männer, coole Clubs, Luxushotels, düstere Machenschaften, pikante Affären und Verrat werden gekonnt zu einer Geschichte auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges verflochten, wie sie sich Ian Fle-

ming nicht lebendiger hätte ausdenken können. In einer Szene wird der Mauerbau in Berlin mit einer Bettzene zwischen Kennedy und seiner Mätresse Judy Campbell gegengeschnitten, mit der auch Sam Giancana eine Affäre hat – weil er weiß, dass sie mit Kennedy schläft. Dessen Bruder und Justizminister Robert Kennedy hat inzwischen das FBI auf die Chicagoer Mafia angesetzt, und für Giancana wird Campbell zu einem willkommenen Druckmittel gegen den Mann, dem er nach eigener Meinung mit Chicagoer Wählerstimmen ins Amt verhalf. Die erotische Dreierkonstellation sei „eine Sache nationaler Sicherheit“ gewesen, sagt der Geheimdiensthistoriker und Pulitzer-preisgekrönte Journalist Tim Weiner in einer der Episoden. Man müsse sich das mal vorstellen, so Weiner: ein amerikanische Präsident, der durch die Mafia erpresst werden könnte!

Wäre all dies wie Maiers „Masters of Sex“ über die Sexforscher William Masters und Virginia Johnson als fiktionalisierte Serie inszeniert, wäre es leichter, das Ganze leicht ins Reich der Phantasie zu verweisen. Was im Hinblick auf die aktuelle Popularität politischer Verschwörungstheorien problematisch wäre. Es ist klug von Maier, der ebenso wie sein Koautor Ron Marasco selbst mehrfach zu Wort kommt, das zu vermeiden.

Stattdessen holt Maier so viele Experten vor die Kamera, legt so viele Fakten auf den Tisch, dass einem schwindig werden kann. Bisweilen wird Maiers Rechercheleiter der Serie jedoch auch zum Verhängnis. Auf einige Exkurse hätte man verzichten können: zum Beispiel den zur Affärenaffinität mächtiger Männer im Lauf der Menschheitsgeschichte. Dieser soll offenbar den Frauenhelden Kennedy in einen größeren Kontext zum Verhältnis von Sex und Macht einordnen, anstatt ihn zu skandalisieren. Maier hält weise Abstand von Spekulationen über das Kennedy-Attentat. Aber wie so oft in zeitgenössischen Streamingserien hätten es eine oder zwei Episoden weniger auch getan.

Das all die Eifersüchtelei, Geheimnisträumerei und Betrügerei zwischen Politik, Entertainment, Unterwelt und Geheimdiensten sich zu einem atemberaubenden Dilettantismus vermengen, der die Dinge an den Rand der Katastrophe treibt, ist der Clou dieser Geschichte. Eine Zeitge-

scheite, in der den politischen Profis ums Haar das Ruder entgleitet, als ein paar Hitzköpfe mit ganz und gar persönlichen Interessen in die Ränke des Kalten Krieges eingreifen. Ob die in „Mafia Spies“ kunstvoll ausgeleuchteten Ereignisse im Schatten tatsächlich zur misslungenen Invasion der Schweiz begeben, zum dreizehntägigen Säbelraseln zwischen den USA und den Sowjets über die kubanischen Raketenbasen und dem Kennedy-Attentat beitragen oder diese nur dramatisch unterfüttern, das stellt die Serie zur Diskussion frei. Doch am Schluss atmet man beinahe auf, dass trotz des gewaltsamen Endes vieler der hier versammelten Figuren der Rest der Menschheit noch einmal davongekommen ist. NINA REHFELD

Mafia Spies ist auf Paramount+ zu sehen.

Avignon ist nicht entvölkert

Angabe über fehlendes Publikum fragwürdig

Von Mark Zitzmann, Paris

Das Festival d'Avignon hat Zwischenbilanz gezogen und erste Perspektiven fürs nächste Jahr vorgestellt. Tiago Rodrigues, der Intendant der Theaterfestspiele, die noch bis zum 21. Juli laufen, kündigte für 2025 das Arabische als Gastsprache an. Nach dem Englischen 2023 und dem Spanischen in diesem Jahr ist so eine weitere Weltsprache *langue invitée* des größten Theaterfestivals der Welt: Das bedeutet, dass zahlreiche Produktionen im betreffenden Idiom mit französischen Übertiteln gespielt werden.

Auch wenn diese Entscheidung schon vor der Auflösung von Frankreichs Nationalversammlung mitsamt nachfolgenden Wahlen getroffen worden war, entbehrt sie vor dem Hintergrund des Anstiegs der Abgeordnetenzahl des Rassemblement National nicht der Pikanterie: Die rechtsextreme Bewegung ist notorisch fremdenfeindlich und hetzt mit Vorliebe gegen Muslime. Der Präsident des Pariser Institut du monde arabe, Jack Lang, strich die Bedeutung des Arabischen als Kultursprache heraus. Ohne die Vermittlung dieses Idioms, so der frühere Kulturminister, „wären uns große Teile der griechischen Philosophie sowie das Wissen über Medizin und Mathematik, das arabische Gelehrte vor allem aus dem Griechischen übersetzt haben, unbekannt geblieben“.

Anfang letzter Woche hatte eine Senatorin in der Tageszeitung „Le Figaro“ einen Besucherschwund in der ersten Festivalwoche beklagt, der je nach Truppe beziehungsweise Theater bis zu minus 50 Prozent betrage. „Die Auswirkungen der Olympischen und Paralympischen Spiele auf das Festival wurden schlecht antizipiert, und die Auflösung der Nationalversammlung sowie der nachfolgende Wahlkampf führten am Ende dazu, dass die Besucherzahlen in der ersten Woche des Off-Festivals geopfert wurden, in einer Zeit, in der die Kompanien bereits seit etlichen Jahren wirtschaftlich geschwächt sind“, sagte die Sozialistin Karine Daniel.

Tatsächlich war das In-Festival wegen der am 26. Juli beginnenden Olympischen Spiele um eine Woche vorverschoben worden, das Off-Festival begann vier Tage später. Doch die Informationen, die die F.A.Z. gesammelt hat, scheinen den trüben Befund stark zu relativieren. Das Rathaus von Avignon spricht von einer „exzellenten Auslastung für Theater, Läden, Hotels, Fremdenzimmer und Restaurants“. Das Fremdenverkehrsamt konzediert für die Zeit zwischen 1. und 10. Juli einen Besucherrückgang um 12 Prozent, aber nur an seinem spezifischen Festivalschalter – an den allgemeinen Kontoren habe genau derselbe Trübel geherrscht wie im Vorjahr: Im Schnitt drängten sich dort 3760 Informationssuchende pro Tag.

Das Festival d'Avignon verzeichnete seinerseits eine Auslastung von 92 Prozent für die erste Spielwoche und von 97 Prozent für die zweite. Das Off-Festival hat auf Anfragen nicht geantwortet; dort scheint der Besucherrückgang Anfang Juli substanzial gewesen zu sein. Eine „Entvölkerung“ der Festspiele zu beklagen, wie die Senatorin es tat, wirkt in jedem Fall überzogen.

10.7.–27.10.2024

KÜNSTLERINNEN ZWISCHEN FRANKFURT UND PARIS

STÄDEL FRAUEN

Spahns Maskenmails

Mails aus dem Gesundheitsministerium zeigen, dass Jens Spahn in der Pandemie gegen eine Empfehlung seiner Fachabteilung den Preis für Maskenkäufe stark erhöht hat.

Von Christian Geinitz, Berlin

Der ehemalige Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) hat in der Frühphase der Corona-Pandemie den Preis für Schutzmasken stark angehoben – gegen eine Empfehlung seiner eigenen Fachabteilung. Das geht aus internen E-Mails des Ministeriums hervor, die der F.A.Z. vorliegen. Im März 2020 schlug der zuständige Abteilungsleiter im Ministerium aus seiner Markt- und Fachkenntnis heraus drei Euro netto je Maske vor. Das sei „ordentlich“, schrieb er. Spahn entschied sich aber nur einen Tag später für 4,50 Euro je Stück, also für ein Plus von 50 Prozent. Bei 262 Millionen so eingekauften Masken musste der Steuerzahler in der Folge brutto fast 470 Millionen Euro mehr zahlen als ursprünglich vorgesehen.

Damals ging es um die Konditionen für das sogenannte Open-House-Verfahren. Für diesen am 27. März 2020 begonnenen „offenen“ Beschaffungsweg konnte jeder Lieferant einen Vertrag zum Festpreis von 4,50 Euro je FFP2- oder KN95-Maske erhalten, und zwar in beliebiger Stückzahl. Voraussetzung war, dass der Händler die Ware keinen Tag später als bis zum Stichtag 30. April bereitstellen musste. Auf diese Weise wollte die Bundesregierung in der Notzeit ausreichende und berechenbare Mengen sicherstellen.

Allerdings lief das Verfahren mit viel zu vielen Zusagen und teilweise minderer Maskenqualität völlig aus dem Ruder. Deshalb sah sich das Ministerium gezwungen, die Frist zu verkürzen, Verträge zu kündigen und Rechnungen nicht zu bezahlen. Dagegen haben zahlreiche Lieferanten geklagt. Einige bekamen kürzlich vor dem Oberlandesgericht Köln recht, der Streitwert der noch anhängigen Verfahren beträgt 2,3 Milliarden Euro.

Am Abend des 24. März gegen 21 Uhr, drei Tage vor Beginn des Schnellverfahrens, schrieb der verantwortliche Leiter der Zentralabteilung Z im Gesundheitsministerium, Ingo B., an das für die Schutzausrüstung zuständige Team seines Hauses: „Dank der super Arbeit“ sei man „im Grunde morgen startbereit“. Dann folgt die entscheidende Passage. Er habe „dem Chef versprochen [...], morgen früh einen attraktiven Preis vorzuschlagen“, schreibt B. und nennt diesen auch: „3,00 € FFP2 sind ordentlich = 3,57 dann im Ankauf“. Der letztgenannte Bruttowert umfasst die Mehrwertsteuer von 19 Prozent.

B. ist zu diesem Zeitpunkt offenbar überzeugt, dass dieses Angebot trotz der angespannten Marktlage für die Geschäftspartner ausreichend „attraktiv“ sein wird, um möglichst viele Masken anzuliefern. „Wir [möchten] ja viele Angebote haben“, begründet B. seine Preisvorstellung. Daraus ergebe sich auch die Lieferfrist, bei der man sich „jetzt erst einmal auf eine Laufzeit bis 30. April 2020“ festlegen sollte. Die genannten Konditionen erscheinen „mir vor dem Hintergrund der bisherigen Erfahrungen vertretbar“, stellt der Abteilungsleiter klar, der bis heute im

Mails aus dem Gesundheitsministerium zur Preisfestsetzung für Maskenkäufe. Namen von der F.A.Z. geschwärzt. Foto F.A.Z.

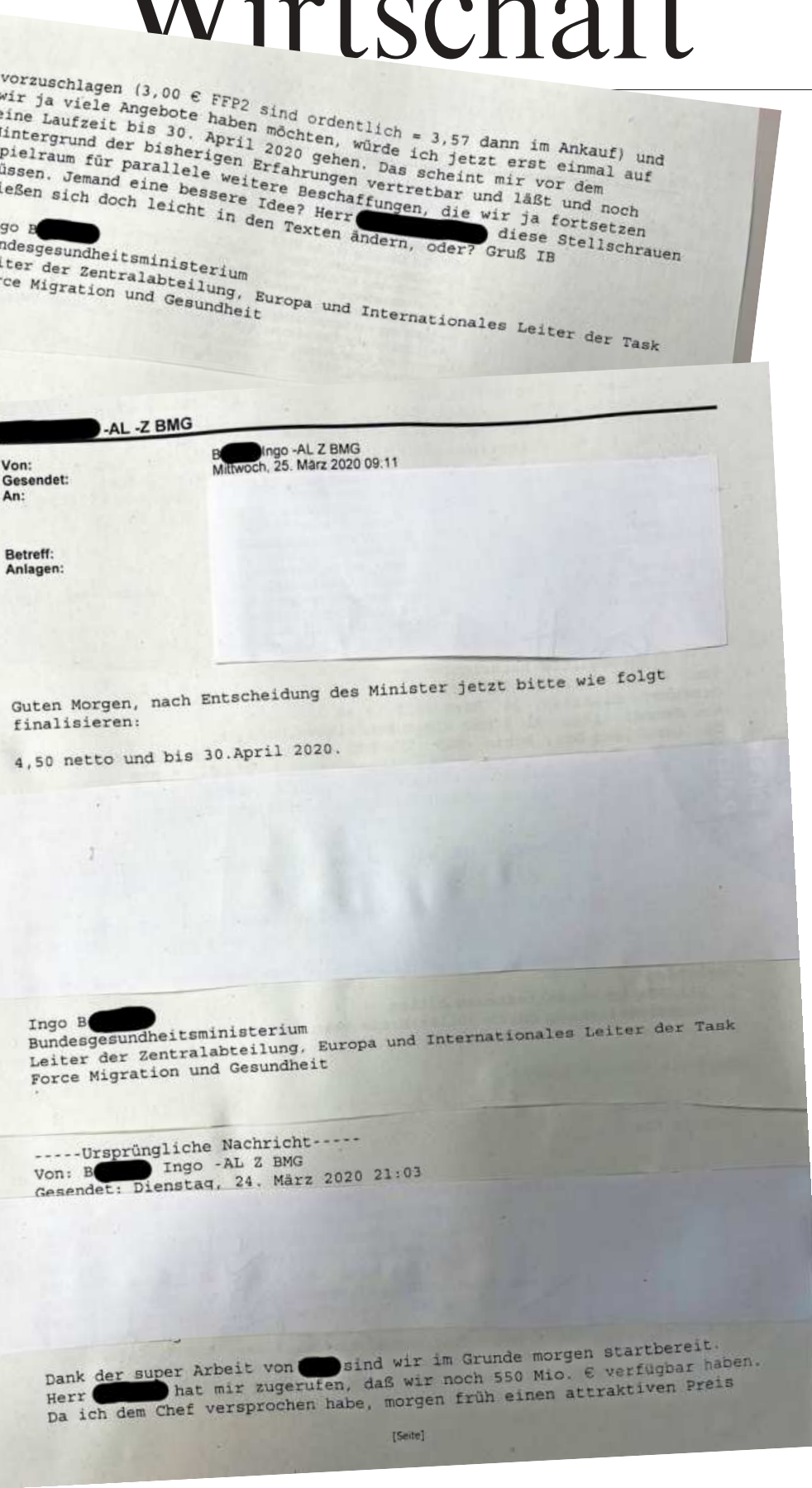
Amt ist und inzwischen für Spahns Nachfolger Karl Lauterbach (SPD) arbeitet. In der Mail fragt B. noch in die Runde seiner Ministeriumskollegen: „Jemand eine bessere Idee?“

Ein entscheidender Akteur hatte tatsächlich eine andere, aber nicht unbedingt bessere Idee, nämlich Jens Spahn an der Spitze des Hauses. Am 25. März um kurz nach 9 Uhr schrieb B. an den Verteiler: „Guten Morgen, nach Entscheidung des Minister[s] jetzt bitte wie folgt finalisieren: 4,50 netto und bis 30. April 2020.“ Damit war der um 1,50 Euro geringere Stückpreis innerhalb von nur zwölf Stunden Makulatur. Der Bruttowert einschließlich 0,86 Euro Mehrwertsteuer, den die Lieferanten dem Ministerium in Rechnung stellen durften, erreichte jetzt 5,36 Euro je Maske, 1,79 Euro mehr als von B. am Tag zuvor vorgeschlagen.

Gesundheitsminister Lauterbach hatte im Gespräch mit der F.A.Z. vergangene Woche den Verdacht geäußert, der „damalige Minister“ sei für die Festlegung des hohen Preises verantwortlich. „Dazu werden die Akten jetzt ebenfalls gesichert, archiviert und ausgewertet“, sagte er und kündigte an, eine Sonderbeauftragte einzusetzen. Die Mails aus dem Ministerium untermauern nun diesen Verdacht.

Nach Angaben des Bundesrechnungshofs, der die Maskenkäufe aus dem Frühjahr 2020 kürzlich kritisch untersuchte, wurden über das offene Verfahren 262 Millionen „Partikelfiltrierende Halbmasken“ (PH) vom Standard FFP2 oder KN95 bezogen. Dafür wurden einschließlich der Mehrwertsteuer 1,4 Milliarden Euro aufgebracht. Wäre B.s Vorschlag zum Zuge gekommen, wären es rund 935 Millionen gewesen, 467 Millionen Euro weniger.

Aus dem Mail-Schriftwechsel geht auch hervor, wie sehr alle Beteiligten im Ministerium die Kosten unterschätzten. B. schrieb in der ersten Mail mit Bezug auf einen Mitarbeiter im Haushaltsreferat, es seien für den Einkauf „noch 550 Mio. € verfügbar“. Mit diesem wenigen Geld hätte man nach dem ursprünglichen Preis kei-



ne 155 Millionen Masken kaufen können, nach Spahns Entscheidung hätte die Summe sogar nur für 103 Millionen gereicht.

B. stellt in seiner ersten Nachricht auch klar, dass sich das Ministerium nicht auf ein einziges Verfahren verlassen wolle. Die für Open House gewählten Bedingungen ließen „Spielraum für weitere Beschaffungen, die wir ja fortsetzen müssen“. Tatsächlich machte das offene Verfahren nach Angaben des Rechnungshofs kaum 16 Prozent aller fast 1,7 Milliarden beschaffenen PH-Masken aus. Daneben gab es noch fünf weitere Beschaffungswege, von denen die Produktion in Deutschland die mit Abstand wichtigste war.

Spahn wies die Zweifel an der damaligen Praxis gegenüber der F.A.Z. zurück. Die Bundesregierung habe rückschauend im Oktober 2020 die Preise aus dem Open-House-Verfahren (OHV) als angemessen bezeichnet, sagte sein Sprecher am Dienstag. Der Markt sei angespannt gewesen, man habe auch die Anlieferung nach Deutschland berücksichtigen müssen. „Ende April 2020 lag der in einer Preistestprobe ermittelte Preis bei 6,35 Euro netto und damit deutlich über den genannten 4,50 Euro“, so der Sprecher. „Aus der Erinnerung kann Herr Spahn sagen, dass in mehrstündigen Beratungen mit der Fachebene unter Abwägung aller Aspekte der Preis so festgesetzt worden ist.“

Ein Sprecher des jetzigen Ministers Lauterbach bestätigt das: „Die Preise im OHV wurden vom Ministerium nach sorg-

fältiger Abwägung auch unter Berücksichtigung der zum damaligen Zeitpunkt auf dem Markt gehandelten Preise festgelegt.“ Man habe sich an den „weitgehend ausgeschöpften Markt- und Logistikkapazitäten“ orientiert. „Die im OHV festgesetzten Preise erscheinen der Bundesregierung eingedenk der damaligen weltweit außerordentlich angespannten Marktsituation auch in der Rückschau als angemessen.“

Ganz anders sieht es Lauterbachs Koalitionspartner, die Bundestagsfraktion der Grünen. Sie beziffert die Maskenmehrausgaben noch deutlich höher als die F.A.Z.-Berechnung. Zu Spahns Zeiten bildeten die Grünen die Opposition. „Hier hat ein einzelner Minister mal eben gegen den Rat seiner eigenen Fachleute fast eine Milliarde mehr ausgegeben, ohne dass das Parlament oder der Finanzminister intervenieren konnten“, sagte die grüne Haushalts- und Gesundheitspolitikerin Paula Piechotta. „Auch in der Krise müssen grundlegende Kontrollmechanismen funktionieren, alles andere führt ins finanzielle Verderben für den Steuerzahler.“ Ihr Fraktionskollege Janosch Dahmen kritisierte: „Die E-Mails belegen, dass ohne sachlichen Grund und gegen den ausdrücklichen Rat des Ministeriums in wenigen Sekunden über 1,5 Milliarden Euro Steuergeld zusätzlich durch Spahn verschwendet wurden: Diese E-Mail wird wohl als teuerste Verschwendungsnachricht in der Nachkriegsgeschichte eingehen.“ Das Geld fehle „jetzt im Gesundheitswesen an allen Ecken und Enden“.

„Entkernt“ werden die Klimaziele und sektorbezogene Jahresemissionsmengen gibt es zwar weiterhin. Aber bei etwaigen Verfehlungen und Sanktionen wird nicht mehr auf das vergangene Jahr zurückgeschaut, sondern auf den künftigen Gesamtausstoß aller Sektoren. „Der Weg, der strukturell zur Treibhausgasneutralität führen soll, ist abgeschafft“, monierte Rechtsanwalt Klinger. Das widerspreche der zentralen Vorgabe des Bundesverfassungsgerichts im Klimabeschluss. Dazu gehörten „konkrete Orientierung“ und „erforderlicher Planungsdruck“, um die Klimaziele zu erreichen. Doch nach dem novellierten Gesetz seien bis zum Jahr 2030 „keine relevanten Klimaschutzmaßnahmen mehr zu beschließen“. „Damit sollen sowohl der aktuellen als auch der nächsten Bundesregierung Maßnahmen

Verfassungsbeschwerde gegen neues Klimaschutzgesetz

Umweltschützer rügen „Entkernung“ der Klimaschutzverpflichtungen zulasten der jungen Generation

gel. BERLIN. An diesem Mittwoch tritt das novellierte Bundes-Klimaschutzgesetz (KSG) in Kraft, das Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier am Montag unterzeichnet hatte. Noch am selben Tag werden Umweltschützer die erste von mehreren angekündigten Verfassungsbeschwerden gegen das aus ihrer Sicht „entkernte“ Gesetz einreichen. Die mehr als 200 Seiten umfassende Beschwerde sei auf dem Weg nach Karlsruhe, kündigte Rechtsanwalt Remo Klinger am Dienstag in Berlin für die Deutsche Umwelthilfe (DUH) an. Die Umweltschutzorganisation zieht gemeinsam mit einem knappen Dutzend junger Klimaaktivisten vor das Bundesverfassungsgericht. Die meisten von ihnen gehören zu den Klägern, die 2019 den Klimabeschluss des Bundesverfassungsgerichts gegen die damalige Gesetzesfassung erstritten.

Das KSG wurde daraufhin verschärft. Mit der umstrittenen Novelle wird der Klimaschutz nun, je nach Lesart, flexibler gestaltet beziehungsweise abgeschwächt. Die Ziele des Klimaschutzgesetzes würden konterkariert, obwohl die Gefahren durch den Klimawandel zugenommen hätten, rügt die DUH. Mit der Verfassungsbeschwerde wollen die Klimaschützer erreichen, dass das Bundesverfassungsgericht die Bundesregierung dazu verpflichtet, „die Aufweichung des Klimaschutzgesetzes rückgängig zu machen und das Gesetz an entscheidenden Stellen zu verbessern“. Ziel des KSG ist es, ausreichend ambitionierte Vorgaben zur Einhaltung des Pariser Klimaschutzabkommens zu machen und sicherzustellen, dass diese auch erreicht werden.

Bislang galten für jeden Sektor, etwa Verkehr, Gebäude oder Energiewirt-

schaft, konkrete jährliche CO₂-Obergrenzen. Jährliche Minderungsziele und sektorbezogene Jahresemissionsmengen gibt es zwar weiterhin. Aber bei etwaigen Verfehlungen und Sanktionen wird nicht mehr auf das vergangene Jahr zurückgeschaut, sondern auf den künftigen Gesamtausstoß aller Sektoren. „Der Weg, der strukturell zur Treibhausgasneutralität führen soll, ist abgeschafft“, monierte Rechtsanwalt Klinger. Das widerspreche der zentralen Vorgabe des Bundesverfassungsgerichts im Klimabeschluss. Dazu gehörten „konkrete Orientierung“ und „erforderlicher Planungsdruck“, um die Klimaziele zu erreichen. Doch nach dem novellierten Gesetz seien bis zum Jahr 2030 „keine relevanten Klimaschutzmaßnahmen mehr zu beschließen“. „Damit sollen sowohl der aktuellen als auch der nächsten Bundesregierung Maßnahmen

erspart werden“, rügt der Prozessbevollmächtigte der DUH. Das sei verfassungswidrig, weil dann in Zukunft weitaus drastischere Maßnahmen erforderlich sein würden, die zulasten der Freiheit junger Menschen und künftiger Generationen gingen.

Umweltverbände hatten vor Gericht wiederholt recht für ihren Standpunkt bekommen, dass die Ampelkoalition Vorgaben des KSG zu Sofortprogrammen für den Klimaschutz missachtet habe. Die Urteile sind aber noch nicht rechtskräftig. Die Umweltschützer sind überzeugt, dass die Klagen trotz der Novelle des KSG weiterhin Bestand haben. Anfang des Monats hat die DUH eine weitere Klimaklage zur Veröffentlichung des Klimaschutzberichts eingereicht, den die Regierung bis Ende Juni hätte vorlegen müssen.



Mondpreise trotz Warnung

Von Christian Geinitz

In der Corona-Zeit spielte Geld keine Rolle, Stichwort Wumms und Bazooka. Einige Milliarden wurden gar nicht gebraucht, aber das ist besser, als wenn sie gefehlt hätten. Ähnliches gilt für die Beschaffung der Schutzmasken. Sie waren damals so knapp, dass sie durch Selbstgepähtes oder durch den Versuch ersetzt wurden, altes Material in der Mikrowelle wieder einsatzfähig zu machen.

Dass die Verantwortlichen aus Angst vor dem Mangel zu viel Schutzausrüstung bestellten, kann man verstehen, Besservisserei aus heutiger Sicht führt zu nichts. „Jede Epoche ist unmittelbar zu Gott“, hat der Historiker Leopold von Ranke einmal gesagt, Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) formulierte es für die Rückschau auf die Pandemie so: „Wir werden einander viel verzeihen müssen.“

Gleichwohl bedeutet großzügiges Handeln in Not nicht, dass die Regierung alle Vernunft und Vorsicht fahren lassen darf. Im Gegenteil muss die Leitung in Zeiten der Gefahr, wie jeder Militärführer weiß, besonders sorgfältig vorgehen, um die Kräfte richtig einzusetzen. Und sie sollte sich auf ihre Fachleute verlassen

(können), ob sie nun Offiziere oder Abteilungsleiter heißen. Das aber hat Spahn seinerzeit offenbar nicht getan, wie ein interner Mailwechsel zeigt: Über Nacht erhöhte der Minister den als „ordentlich“ bezeichneten Preisvorschlag seiner Fachabteilung um die Hälfte und belastete damit den Steuerzahler um fast 470 Millionen Euro zusätzlich.

Entweder arbeiteten damals die Experten samt auswärtiger Anwälte und Berater nicht verlässlich. Dann fragt man sich, warum führende Köpfe auch unter dem Nachfolger Karl Lauterbach (SPD) noch im Amt sind. Oder der damalige Minister Jens Spahn hat entgegen besserer Empfehlungen gehandelt – zum Schaden der Steuerzahler. Dass der geringere Preis ausgereicht hätte, zeigt die damals bald einsetzende Überflutung mit Angeboten zu den Mondpreisen. Daraufhin kündigte das Ministerium viele Verträge, was ihm bis heute weitere Milliardenrisiken eingetragen hat. Es ist gut, dass Lauterbach Aufklärung verspricht. Die wünscht man sich übrigens auch zur übertriebenen Impfstoffbeschaffung, die nicht zuletzt auf sein Konto ging.

Bedrohte Harmonie

Von Bernd Freytag

Selbst für einen Zwei-Meter-Mann wie Alexander Schweitzer sind die Fußstapfen seiner Vorgängerin groß. Nicht weil Malu Dreyer als Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz alles richtig gemacht hätte, diese Bilanz verbietet sich mit Blick auf die Toten der Flut im Ahrtal. Dennoch besaß Dreyer bis zum Schluss ein selten gewordenes Vertrauen. Auch nach elf Jahren im Amt attestierten ihr 61 Prozent der Rheinland-Pfälzer, sie sei eine gute Ministerpräsidentin.

Für ihre Partei war die 63 Jahre alte Juristin der viel zitierte Glücksfall. Als kümmernde Landesmutter hat sie zweimal ihre Landtagswahlen gewonnen – jeweils deutlich vor den Christdemokraten. Dreyer und der umtriebige SPD-Vorsitzende Roger Lewentz haben es geschafft, die Reihen der SPD geschlossen zu halten, auf die Mitte fokussiert. Je schriller die Töne in der Politik wurden – im Bund, in Europa, in der Welt –, desto mehr haben die Rheinland-Pfälzer Dreyers Politikstil geschätzt. In einem Land, in dem immer mehr gejamert wurde, hat sie, die doch seit Langem an MS erkrankt ist, nicht gejammert.

Die Ampel, im Bund eine bedauernde Erscheinung, funktioniert in Mainz. Das liegt zum einen an der Landes-FDP, die sich traditionell näher bei Installateuren als Investoren verortet. Es liegt aber auch an den kleintönen Grünen, die es angesichts ihrer schwachen Wahlergebnisse vorgezogen haben, nicht aufzufallen. In die Karten gespielt hat der Regierung die Harmoniebedürftigkeit der Rheinland-Pfälzer. Streit honorieren sie nicht: Seit 1988, als die Christdemokraten gegen ihren Ministerpräsidenten Bernhard Vogel putschten, hat die SPD jede Landtagswahl gewonnen. Rheinland-Pfälzer mögen keine Experimente.

Dreyers Nachfolger Schweitzer startet allerdings unter anderen Vorzeichen. Die Toten der Ahrflut haben dem Kümmererimage der Landesregierung schweren Schaden zugefügt. Die schlechte Ampel-Stimmung im Bund schwappt nach Rheinland-Pfalz. In Umfragen liegen die Sozialdemokraten mehr als 10 Punkte hinter den Christdemokraten.

Der Wirtschaft geht es im Bundesvergleich weder besonders schlecht noch besonders gut. Die Arbeitslosigkeit immerhin ist niedrig, zudem hängt das Land nicht an der Autoindustrie. Für die Transformation der Wirtschaft haben sich überraschend neue Perspektiven aufgetan: Das Land will den großen Erfolg des Mainzer Impfstoffentwicklers Biontech nutzen, um zum internationalen

Biotechnologiestandort zu werden. Die Voraussetzungen sind nicht schlecht, wie das geplante Medikamentenwerk des Pharmariesen Eli Lilly in Alzey zeigt. Mit Boehringer Ingelheim und Abbvie – der ehemaligen Pharmasparte der BASF – besitzt das Land zwei große Pharmastandorte. Dazu gibt es eine Branchenballung an den Landesgrenzen: in Mannheim Roche, in Darmstadt Merck, in Frankfurt Sanofi. Gute Universitäten, wenig Extremismus (in der Europawahl hat die AfD in Mainz nur 6 Prozent der Wähler erreicht), auch das zieht ausländisches Kapital an.

In Rheinland-Pfalz tun sich neue Perspektiven für die Wirtschaft auf. Aber es gibt Altlasten.

Den hohen Ansprüchen an ihre Bildungspolitik ist die Landesregierung dennoch nicht gerecht geworden. In Mainz fehlt eine internationale Schule. Auf der anderen Seite der Skala stimmt ebenfalls vieles nicht: die Gräfenau-Grundschule in Ludwigshafen hatte für Schlagzeilen gesorgt, weil mehr als ein Drittel der Erstklässler ihre Klasse wiederholen müssen. Eine Umfrage unter Fachkräften von Kindertagesstätten zeigt, wie groß die Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit auch dort ist. Die Betreuung sei „besorgniserregend.“

Die Grundmisere des Landes ist nach wie vor ungelöst, die hohe Verschuldung der Gemeinden. Zweimal schon hat das Landesverfassungsgericht die Ausstattung der Kommunen als verfassungswidrig klassifiziert. Eine Neufinanzierung hat den erhofften Umschwung nicht gebracht. Der Ärger in den Gemeinden ist groß, ein kompletter Gemeinderat ist ebenso zurückgetreten wie die Oberbürgermeisterin von Ludwigshafen. Die kommunale Selbstverwaltung steht auf der Kippe. Das Land hat zwar Städte und Gemeinden teilweise entschuldet, ihnen zugleich aber weitere Aufgaben aufgeladen: von der Flüchtlingshilfe bis zur Vollzeitbetreuung von Grundschulkindern.

Um die Schulden zu übernehmen, hat die Landesregierung zudem die Schuldenbremse ausgehebelt. Mit Unterstützung von CDU und Freien Wähler hat sie eigens die Verfassung geändert, um auf dem Papier eine Neuverschuldung zu vermeiden. Noch einmal wird das nicht gelingen. Mit der Harmonie könnte es also bald vorbei sein, auch in Rheinland-Pfalz.

EMISSIONSHANDEL WIRKT

So stark sind die Emissionen noch nie zurückgegangen, seit der Handel mit Zertifikaten besteht.

Wirtschaft, Seite 16

EINSATZ FÜR SOZIALPARTNERSCHAFT

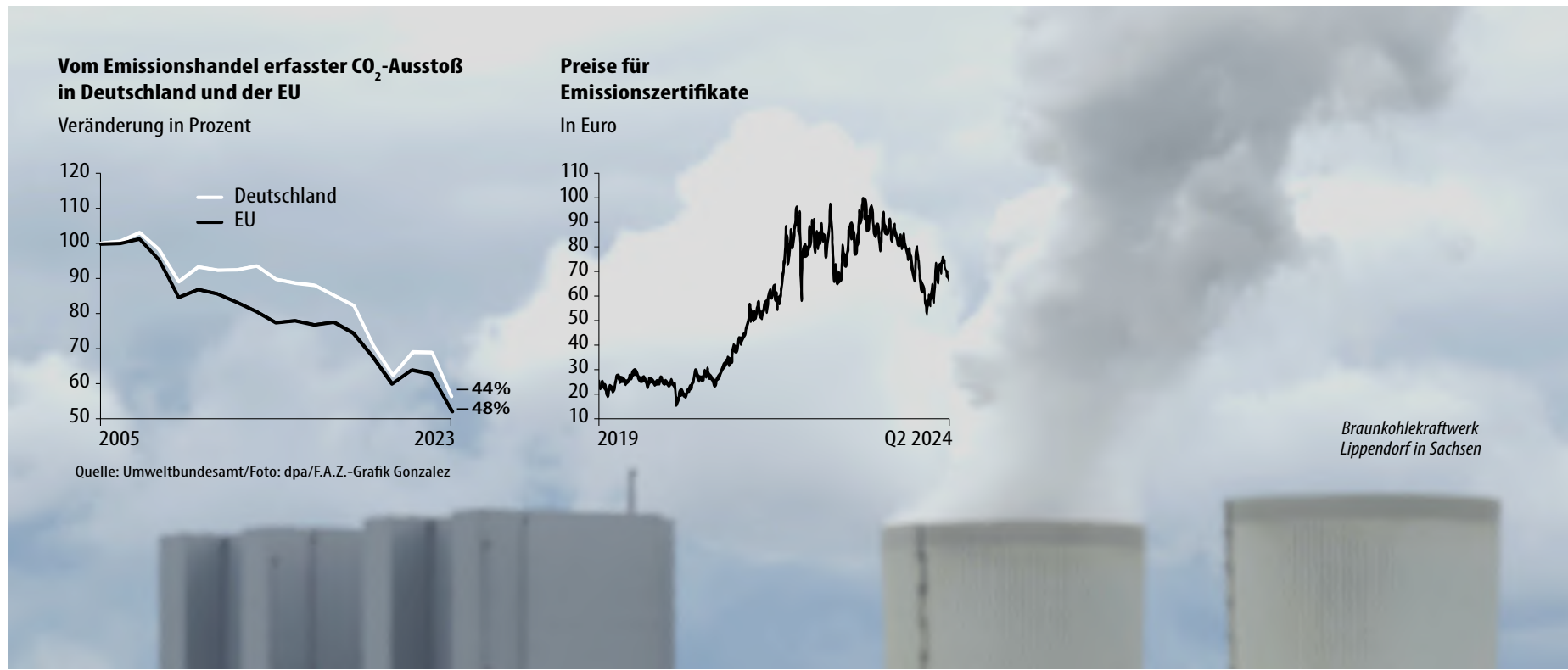
In der Chemie erhalten künftig Gewerkschafter einen freien Tag mehr. Was bewegt Arbeitgeber?

Wirtschaft, Seite 17

DREI TECH-RIESEN FÜR TRUMP

Der republikanische Kandidat für die Präsidentschaftswahl kann sich auf einige Unternehmer verlassen.

Unternehmen, Seite 22



Rekorderlöse aus Emissionshandel

Der CO₂-Ausstoß von Kraftwerken und Industrie ist 2023 so stark zurückgegangen wie noch nie seit Einführung des Handelssystems.

Von Hanna Decker, Frankfurt

Er ist das zentrale marktbasierende Instrument zum Klimaschutz in Europa, und er entwickelt sich immer mehr zur Erfolgsgeschichte: der europäische Emissionshandel (ETS). Das bestätigen neue Zahlen des Umweltbundesamtes (UBA) vom Dienstag. Die in Deutschland vom ETS erfassten Emissionen sind demnach im Jahr 2023 um etwa 18 Prozent im Vergleich zum Vorjahr auf 289 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente zurückgegangen. Es handelte sich um den stärksten Rückgang seit der Einführung des Handelssystems. Zugleich hat der Bund mit der Versteigerung von Zertifikaten mehr als 18 Milliarden Euro ein-

genommen, so viel wie noch nie. Die Erlöse flossen zur Gänze in den Klima- und Transformationsfonds, mit dem unter anderem der Einbau neuer Heizungen, die Elektromobilität und die Wasserstoffwirtschaft gefördert werden. Im gesamten europäischen Emissionshandel sanken die Emissionen im vergangenen Jahr um 17 Prozent.

Seit 2005 müssen sich Fluggesellschaften sowie Betreiber großer Industrieanlagen und Kraftwerke in Europa für jede ausgestoßene Tonne Kohlenstoffdioxid mit handelbaren Zertifikaten eindecken. Diese Unternehmen sind in Deutschland für 46 Prozent aller Emissionen verantwortlich. Die Anzahl der Zertifikate ist politisch festgelegt und wird regelmäßig reduziert, sodass CO₂ in den erfassten Sektoren zu einem knappen Gut wird und Unternehmen einen Anreiz haben, in Klimaschutz zu investieren.

In der Energiewirtschaft gelingt das besonders gut. 2023 sind die Emissionen auf 188 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente und damit auf das niedrigste Niveau seit 2005 gefallen (minus 22 Prozent). „Der erhebliche Rückgang der Emissionen im Energiesektor ist ein großer Schritt zur Erreichung unserer Klimaschutzziele“, sagte UBA-Präsident Dirk Messner.

Insgesamt wurde weniger Energie verbraucht und mehr Strom aus erneuerbaren

Energien produziert. Zudem geht es mit dem marktbasierenden Kohleausstieg voran: Die Bruttostromerzeugung aus Braunkohle ging um 25 und die aus Steinkohle um 36 Prozent zurück: Sie fiel auf den niedrigsten Stand seit etwa 50 beziehungsweise 70 Jahren. Längst ist die Windenergie an Land zum wichtigsten Energieträger in der Stromerzeugung geworden. Die sieben schmutzigen Kohlekraftwerke gehören RWE (Neurath, Niederaußem, Weisweiler) und LEAG (Jämschwalde, Boxberg 3 und 4, Schwarze Pumpe, Lippendorf).

Auch in der energieintensiven Industrie hat der Emissionshandel im vergangenen Jahr den CO₂-Ausstoß gedrückt, jedoch nur knapp halb so stark wie in der Energiewirtschaft. Die Emissionen der knapp 850 Anlagen fielen um 10 Prozent auf 101 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente. Als Grund gibt das Umweltbundesamt an, dass die meisten Branchen weniger produzierten und so weniger Energie verbrauchten. Für die meisten Emissionen sind weiterhin die Eisen- und Stahlindustrie sowie Raffinerien verantwortlich, darunter die Stahlwerke von Thyssenkrupp und HKM in Duisburg, das Roheisenwerk der Rogesa im saarländischen Dillingen und das Stahlwerk in Salzgitter.

Einzig die Emissionen der im Emissionshandel erfassten innersuropäischen

Luftfahrt sind leicht gestiegen, liegen mit 7,6 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten aber weiter unter dem Niveau der Zeit vor der Corona-Pandemie.

Seit der Einführung des Emissionshandels im Jahr 2005 haben die Emissionen europaweit sich nahezu halbiert. In Deutschland betrug das Minus 44 Prozent. Besonders stark war der Rückgang seit 2018. Das hat auch mit den stark gestiegenen Preisen der Zertifikate zu tun. Nachdem sie jahrelang zwischen 4 und 8 Euro schwankten, entzog die Politik dem Kohlenstoffmarkt Zertifikate, was dazu beitrug, die Preise auf etwa 25 Euro steigen zu lassen. Derzeit kostet eine Tonne CO₂-Äquivalent etwa 68 Euro.

Das Umweltbundesamt geht davon aus, dass die ETS-Preise weiter steigen werden. „Um einen Ausgleich für die privaten Haushalte sicherzustellen, sollte die Politik jetzt zügig das im Koalitionsvertrag vereinbarte Klimageld kombiniert mit spezifischen Förderprogrammen für vulnerable Haushalte einführen“, forderte Jürgen Landgrebe vom UBA am Dienstag. So könne der Emissionshandel „ambitionierten Klimaschutz und Sozialverträglichkeit vereinen“. Das Klimageld ist Teil des Koalitionsvertrags von SPD, Grünen und FDP. Allerdings wehren die Liberalen sich mit Verweis auf Haushaltszwänge gegen dessen Einführung.

Rechnungsprüfer: EU verfehlt Ziele für grünen Wasserstoff klar

Kommission hat keine solide Analyse gemacht

hmk. BRÜSSEL. Die EU wird ihre in der Wasserstoffstrategie ausgerufenen ehrgeizigen Ausbauziele für 2030 voraussichtlich klar verfehlen. Das geht aus einem neuen Bericht des Europäischen Rechnungshofs hervor. Das gelte sowohl für die Nachfrage als auch das Angebot nach erneuerbarem Wasserstoff, sagte das verantwortliche Rechnungshofmitglied Stef Blok. „Die voraussichtliche Nachfrage wird bis 2030 nicht einmal 10 Millionen Tonnen erreichen, von den angestrebten 20 Millionen Tonnen ganz zu schweigen“, sagte Blok. Auch auf der Angebotsseite habe die Europäische Kommission mit jeweils 10 Millionen Tonnen für die heimische Erzeugung und den Import von erneuerbarem Wasserstoff viel zu ehrgeizige Ziele festgelegt.

Die Ziele hätten nicht auf einer soliden Analyse beruht, sondern seien von politischem Willen geleitet gewesen, urteilen die Prüfer. „Die Industriepolitik der EU für erneuerbaren Wasserstoff muss einem Realitätscheck unterzogen werden“, forderte Blok. Die vor vier Jahren vorgelegte Wasserstoffstrategie müsse grundlegend überarbeitet werden. Ziele zu setzen sei immer mit einer gewissen Unsicherheit behaftet, gestand Blok ein. Die Kommission habe es jedoch versäumt, sich umfassend mit den Mitgliedstaaten über ihre Pläne und die bereitgestellten Mittel auszutauschen. Zu Fachleuten und Unternehmen habe es ebenfalls viel zu wenig Kontakt gegeben.

Erneuerbarer Wasserstoff gilt als ein zentraler Bestandteil der Energiewende. Er wird zum einen als Rohstoff für

die Chemie benötigt, soll zum anderen aber in der energieintensiven Produktion von Stahl und Eisen, Zement oder Düngemitteln fossile Brennstoffe wie Kohle als Energieträger ersetzen. Für die Kommission ist Wasserstoff zudem ein wichtiges Instrument, um die Abhängigkeit der EU von den – zuletzt wieder gestiegenen – Lieferungen von Erdgas aus Russland zu verringern.

Die Rechnungsprüfer halten der EU-Kommission zugute, dass sie innerhalb von kurzer Zeit nach der Vorlage ihrer Wasserstoffstrategie die meisten nötigen Rechtsakte vorgelegt habe. Der Rechtsrahmen sei fast vollständig und habe die Sicherheit geschaffen, die für einen neu entstehenden Markt entscheidend sei. Es habe aber etwa viel zu lange gedauert festzulegen, was genau unter erneuerbarem Wasserstoff zu verstehen ist. Auch deshalb seien Investitionsentscheidungen verschoben worden. Grundsätzlich leide der Erfolg der Strategie daran, dass das Henne-Ei-Problem nicht gelöst sei: Projektentwickler schoben Entscheidungen auf, weil das Angebot von der Nachfrage abhängt und umgekehrt.

Die Kommission habe weder einen vollständigen Überblick über den Finanzierungsbedarf noch über die bereitstehenden Mittel, heißt es in dem Bericht weiter. Die von den Prüfern auf 18,8 Milliarden Euro für den Finanzrahmen 2021 bis 2027 geschätzten EUMittel seien auf diverse Programme verteilt. Immerhin sei die Planung von Wasserstoffprojekten in Ländern mit hohem Anteil an Industriezweigen wie Deutschland weit fortgeschritten.

Bezahlkarte dauert noch länger

Vergabekammer lässt noch mehr nachprüfen

dpa. HAMBURG/KARLSRUHE. Die bundesweite Einführung einer Bezahlkarte für Flüchtlinge verzögert sich. Grund sind Einsprüche von Unternehmen im Ausschreibungsverfahren, wie das zuständige Unternehmen Dataport in Hamburg mitteilte. „Die Zuschlagserteilung war für gestern geplant, kann aber jetzt nicht erfolgen, weil wir noch ein paar Nachprüfungsverfahren vor der Vergabekammer Baden-Württemberg haben“, sagte eine Sprecherin. Damit laufe das Vergabeverfahren für den Dienstleister der Bezahlkarte noch. Zuvor hatte die „Bild“-Zeitung

darüber berichtet. Der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann hofft, dass die Karte noch vor den Wahlen in drei ostdeutschen Bundesländern im kommenden September eingeführt wird. „Die Verzögerung hat ja mit der politischen Debatte nichts zu tun“, sagte der Grünen-Politiker. Dataport war mit dem Ausschreibungsverfahren für das geplante länderübergreifende bargeldlose System beauftragt worden. 14 von 16 Bundesländern hatten sich Ende Januar darauf verständigt. Bayern und Mecklenburg-Vorpommern gehen eigene Wege.

RECHT UND STEUERN

Anschub für den Arbeitsschutz

Gewalt und Belästigung am Arbeitsplatz müssen präventiv bekämpft werden. Deutschland hinkt hinterher.

Von Eva Hoher und Vanessa von Wulfen

Im Kampf gegen Gewalt und Mobbing am Arbeitsplatz ist ein Paradigmenwechsel zu verzeichnen. Angestoßen wird er durch das Übereinkommen 190 der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) gegen Gewalt und Belästigung in der Arbeitswelt. Im Juni ist das Übereinkommen in Deutschland in Kraft getreten. Arbeitgeber sind danach in der Verantwortung, Gewalt und Mobbing präventiv zu verhindern, statt lediglich auf Beschwerden von Betroffenen zu reagieren. Es ist deshalb sehr zu begrüßen, dass Deutschland das Übereinkommen ratifiziert hat. Nun muss es mit Leben erfüllt werden. Dafür sind auch gesetzliche Anpassungen erforderlich.

Gewalt und Belästigung am Arbeitsplatz sind gravierende Probleme. Sie belasten die Beschäftigten körperlich und psychisch. Krankheitsausfälle, innerer Rückzug bis hin zu Eigenkündigungen sind nur einige der Folgen. Eine Studie der IAO bestätigte 2022, dass im Durchschnitt 20 Prozent der Beschäftigten Gewalt und Belästigung am Arbeitsplatz erleben. In einzelnen Branchen wie der Pflege ist nach einer neueren Studie der Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege (BGW) mehr als jede zweite Beschäftigte von sexueller Belästigung oder Gewalt betroffen. Meistens ging sie von Patienten oder zu betreuenden Klienten aus. Doch die Beschäftigten melden solche Vorfälle oft nicht. In vielen Berufen wird Gewalt als „Teil des Jobs“ angesehen. Angesichts der sozialen und gesellschaftlichen Folgen dieser Missstände ist ein Kulturwandel also dringend erforderlich.

Die bisher in Deutschland verbreitete Herangehensweise ist unzureichend. Sie



Arbeitgeber müssen Mobbing verhindern.

Foto Vario

verortet Belästigung vor allem im Antidiskriminierungsrecht (Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz, AGG). Damit wird zwar anerkannt, dass es gerade bei sexualisierter Belästigung um strukturelle Probleme von Hierarchien und Macht ausübung geht. Der Ansatz dieses Gesetzes hat allerdings auch Grenzen. Es wird nur relativ allgemein eine Präventionspflicht der Arbeitgeber formuliert. Konkret befasst sich das AGG vor allem mit der Situation der einzelnen Person nach einer Belästigung. Belästigte Beschäftigte, vor allem in prekären Arbeitsverhältnissen, verfügen aber selten über die Rechtskenntnis oder das Sicherheitsnetz, um sich beim Arbeitgeber zu beschweren. Sofern sie es tun, müssen sie zudem befürchten, dass ihnen nicht geglaubt wird. Auch hat nur etwa die Hälfte aller Unternehmen die nach § 13 AGG erforderliche Beschwerdestelle eingerichtet und im Betrieb bekannt gemacht.

Hier bietet nun das IAO-Übereinkommen 190 einen neuen Ansatz. Es schafft Klarheit, was die Notwendigkeit und Möglichkeit der Prävention angeht. So be-

steht nun kein Zweifel mehr daran, dass Gewalt und Belästigung Fragen von Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz sind, also solche des Arbeitsschutzes. Das Arbeitsschutzrecht ist präventiv und partizipativ ausgerichtet. Es soll helfen, Gefährdungen möglichst schon vor der Verwirklichung der Gefahr zu erkennen und zu vermeiden. Dieser Zugriff behandelt Gewalt und Belästigung als abwendbar und integriert das Problem in Handlungskonzepte, die den Unternehmen bekannt sind – besonders die Gefährdungsbeurteilung. Das IAO-Übereinkommen könnte insofern den entscheidenden Paradigmenwechsel vom reaktiven zum präventiven Schutz anstoßen.

Ärgerlicherweise beschränkt sich das deutsche Umsetzungsgesetz darauf, das Übereinkommen als solches in Kraft zu setzen. Bei der Ratifizierung meinte die Bundesregierung, dass „zur Erfüllung der Anforderungen des Übereinkommens keine Ergänzungen der nationalen Gesetzgebung erforderlich sind“. Sie versäumte damit zum einen die nötige Anpassung des Begriffs der sexuellen Beläs-

tigung im AGG. Damit hat die Regierung die Chance verpasst, das was bisher meist als „Mobbing“ bezeichnet wurde und was im Übereinkommen nun explizit als „Belästigung“ definiert ist, sichtbar ins deutsche Arbeitsrecht zu übernehmen. Vor allem aber versteckte die Ampelkoalition den Paradigmenwechsel, den das Übereinkommen bringt: Gerade das deutsche Arbeitsschutzgesetz (das psychische Gefährdungen grundsätzlich bereits erfasst) müsste explizit um die Risiken und Gefährdungen ergänzt werden, die Gewalt und Belästigung mit sich bringen: Arbeitgeber sind dafür verantwortlich, eine gewalt- und belästigungsfreie Arbeitsumwelt zu gewährleisten.

Dies wäre auch das nötige Signal an die Praxisakteure – neben den Arbeitgebern, Betriebsräten und arbeitsmedizinischen Fachkräften vor allem die Berufsgenossenschaften und Unfallkassen. Diese müssten konkrete branchen- und bereichsspezifische Handlungshilfen entwickeln, um etwa zu zeigen, wie bauliche, technische oder organisatorische Maßnahmen Gewalt und Belästigung verhindern helfen können. Dies gilt vor allem für jene Branchen, in denen – wie in der Pflegebranche – die Gefahr von Gewalt und Belästigung der Beschäftigten allgegenwärtig ist, in denen sich also die Frage, ob gehandelt werden muss, gar nicht mehr stellt. Dazu zählen Bereiche mit viel Kundenkontakt, wie im Personenverkehr oder im Handel, Tätigkeiten in der Landwirtschaft oder Hausmeisterdienste, wo in isolierten Arbeitsumgebungen oder in den späten Nacht- oder frühen Morgenstunden gearbeitet wird. Besonders anfällig sind auch Bereiche, in denen mit schwierigen Personengruppen umgegangen werden muss oder in denen Konflikte eskalieren können, wo Beschäftigte Menschen zu kontrollieren haben. Die Kampagne #GewaltAngehörigen, die Gewalt gegen Rettungskräfte thematisiert, ist ein gutes Beispiel dafür, wie das nötige Problembewusstsein gefördert werden kann. Doch um den „inkluisiven, integrierten und geschlechterorientierten Ansatz“ des Übereinkommens überall mit Leben zu erfüllen, ist es noch ein weiter Weg.

Die Autorinnen sind Lehrstuhlinhaberinnen für Arbeitsrecht beziehungsweise akademische Mitarbeiterinnen an der Europa-Universität Viadrina.

KapMuG-Reform eröffnet ein neues Schlachtfeld

Die neue Herausgabepflicht für Beweismittel führt zu Mehrbelastungen in Musterprozessen für Anleger

Musterverfahren in Schadenersatzprozessen wegen falscher, irreführender oder unterlassener öffentlicher Kapitalmarktinformationen sollen künftig schneller und effizienter geführt werden. Mit diesem Ziel hat der Bundestag Mitte Juni die Reform des Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetzes (KapMuG) beschlossen. Gerade noch rechtzeitig, bevor das bis dato befristete KapMuG Ende August ausläuft. Ob die Reform die Erwartung erfüllen kann, dass geschädigte Anleger schneller zu ihrem Recht kommen und die Gerichte weniger durch die Verfahren belastet werden, erscheint jedoch sehr fraglich.

Ein Novum ist die vom Rechtsausschuss des Bundestages ergänzte Regelung, Beweismittel im Besitz der Gegenseite oder von Dritten offen zu legen. Diese aus dem Kartellschadensrecht entlehnte Vorgabe könnte auf ein Beweismittelverfahren („Discovery“) hinauslaufen, welches dem deutschen Zivilprozessrecht grundsätzlich fremd ist. Damit eröffnet der Gesetzgeber ein prozessuales Schlachtfeld, auf dem sich die Parteien ausgiebig über die Reichweite der Herausgabepflicht, die genaue Bezeichnung der Dokumente und die Erforderlichkeit für ihre Prozessführung streiten dürften. Der Mehraufwand, den diese Neuerung für Parteien und Gerichte bringt, wird erheblich sein.

Auch der Kreis der möglichen Musterverfahren wird erweitert. Das KapMuG wird künftig auch für Ansprüche wegen falscher oder irreführender Aussagen im Fall von Kryptoinvestments, Ratings und Abschlussprüfervermerken anwendbar sein.

Das KapMuG-Verfahren zeichnet sich dadurch aus, dass Tatsachen- und Rechtsfragen, die sich in mehreren individuellen Ausgangsverfahren vor den Landgerichten gleichermaßen stellen, auf Antrag von mindestens zehn Klägern in einem Musterverfahren vor dem Oberlandesgericht einheitlich entschieden und sodann in die

Ausgangsverfahren übernommen werden. Bislang werden während des Musterverfahrens alle Ausgangsverfahren ausgesetzt und alle Kläger zum Musterverfahren beigelegt. Damit sollen Ausgangs- und Musterverfahren miteinander verzahnt, Doppelarbeit vermieden und eine einheitliche Rechtsprechung gewährleistet werden.

Doch hat genau dieses Prozedere nach Ansicht des Gesetzgebers zur Komplexität und Langwierigkeit der Musterprozesse geführt. Künftig sollen nur die Ausgangsverfahren der Antragsteller im Musterverfahren ausgesetzt werden. Alle anderen Ausgangsverfahren werden nur dann ausgesetzt, sofern es die jeweiligen Kläger beantragen und ihre Klage voraussichtlich vom Ausgang des Musterprozesses abhängt. Der Gesetzgeber will damit offenkundig verhindern, dass ein von einer möglicherweise kleinen Klägergruppe eingeleitetes Musterverfahren alle anderen Klagen blockiert.

Damit gibt das Reformgesetz die zentrale Verzahnung zwischen den Ausgangsverfahren und dem Musterverfahren auf und ebnet den Weg für parallele Prozesse. So können neben dem Musterverfahren unter Umständen zahlreiche Individualklagen, von Inkassodienstleistern nach Abtretung von Individualansprüchen betriebene Massenklagen mit Erfolgsbeteiligung sowie Verbandsklagen von Verbraucherverbänden geführt werden. Die Justiz wird dadurch mit Mehrarbeit und die beklagten Unternehmen werden mit höheren Prozess- und Kostenrisiken belastet. Außerdem ist damit zu rechnen, dass Gerichte Entscheidungen in Parallelverfahren „abwarten“ oder unterschiedliche Sachentscheidungen über dieselben Kernfragen ergehen. Von einer gegliückten Reform kann leider nicht die Rede sein.

BURKHARD SCHNEIDER
SUNNY KAPOOR

Die Autoren sind Rechtsanwältinnen in der Kanzlei Clifford Chance.

Frau Scharpwinkel, Chemieunternehmen belohnen ihre Arbeitnehmer künftig mit einem freien Tag, wenn diese der Gewerkschaft angehören. So steht es im Tarifabschluss. Ist es jetzt Aufgabe der Unternehmen, die Gewerkschaft zu stärken?

Wir haben in unserem Tarifabschluss mit der IG BCE vereinbart, dass wir das Engagement der Gewerkschaftsmitglieder für die Sozialpartnerschaft honorieren wollen. Denn Gewerkschaftsmitglieder leisten dieses ja in ihrer Freizeit. Interesse an einer starken Sozialpartnerschaft haben aber auch wir Arbeitgeber. Außerdem ist diese Regelung Teil eines größeren Kompromisspakets. Dazu gehört auch, dass wir die von der IG BCE zuvor gekündigte Schlichtungsvereinbarung für Tarifkonflikte verlängern. Beide Seiten haben sich damit ganz klar zu unserer bewährten, konsensorientierten Chemie-Sozialpartnerschaft bekannt.

Der neue Bonus ist also keine verdeckte Gewerkschaftsfinanzierung, sondern ein Obolus der Unternehmen zur Stärkung eines friedvollen Interessenausgleichs?

Ja. Wir drücken damit unsere Wertschätzung für genau dieses Engagement aus, das die Mitglieder der IG BCE unter den Beschäftigten ja tatsächlich leisten.

Aber es gab zuvor doch deutliche Bedenken von Arbeitgebern gegen diese Tarifforderung. Oder haben die Beobachter da etwas missverstanden?

Nein, es gibt gute Gründe gegen einen Bonus. Und tatsächlich haben wir in der Tarifrunde sehr intensiv darüber verhandelt, mit welcher konkreten Lösung wir am ehesten auf diese Forderung der Gewerkschaft eingehen können. Da wurde zunächst über Modelle einer zusätzlichen Gesundheitsversicherung für Gewerkschaftsmitglieder diskutiert. Die haben wir dann aber verworfen, weil sie in der Umsetzung zu komplex gewesen wäre.

Womöglich hätte man sich fragen können, ob Gewerkschaftsarbeit etwa krank macht, wenn es eine solche Zusatzversicherung nur für Mitglieder gibt.

Das ist dann doch eine sehr gewagte Interpretation. Aber auf jeden Fall trifft es zu, dass sich die nun gefundene Regelung mit dem zusätzlichen freien Tag pro Jahr nicht nur administrativ viel einfacher umsetzen lässt. Sie hat auch inhaltlich einen direkten Bezug zu sozialpartnerschaftlichem Engagement.

Neben gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten braucht man für die Sozialpartnerschaft aber auch Unternehmen, die Tarifverträge und Arbeitgeberverbände attraktiv finden. Wo bleibt die Bonusregelung für solche Unternehmen?

Unternehmen haben ein großes Interesse an Planungssicherheit und einem berechenbaren, vertrauensvollen Prozess des Interessenausgleichs. Diese Vorteile bietet gerade unsere Chemie-Sozialpartnerschaft. Daneben habe ich einen weiteren wichtigen Punkt aus unserem aktuellen Tarifabschluss ja schon genannt: Die Verlängerung der gemeinsamen Schlichtungsvereinbarung stellt auch formal sicher, dass es dieses hohe Maß an Berechenbarkeit weiterhin geben wird. Und wir haben mit der IG BCE außerdem den Einstieg in die Modernisierung unserer Tarifverträge beschlossen. Auf diesem Weg machen wir die Anwendung unseres Tarifrechts einfacher und damit auch ein Stück attraktiver.

Auf Arbeitnehmerseite gelten Tarifverträge rechtlich gesehen ohnehin nur für Gewerkschaftsmitglieder. Warum ist es überhaupt so, dass Unternehmen auch die anderen Mitarbeiter nach Tarif bezahlen? Etwa mit dem Hintergedanken, dass sie damit die Gewerkschaft schwächen können?

Der entscheidende Punkt ist das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“. Alles andere würde Unfrieden in den Belegschaften säen, den kein Unternehmen gebrauchen kann. Außerdem steht es Arbeitgebern ja zunächst einmal gar nicht zu, von den einzelnen Beschäftigten Auskunft darüber zu verlangen, ob sie in der Gewerkschaft sind oder nicht.

Und warum ist der jetzt beschlossene Bonus mit dem freien Tag dann trotzdem kein Problem?

Wichtig ist vor allem, dass sich damit das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ wahren lässt. Zudem muss der Umfang der Bonusregelung verhältnismäßig sein: Er muss in einem erklärbaren



Elektrisch beheizter Steamcracker-Ofen auf dem Gelände von BASF

Foto Lucas Bümmel

„Wir honorieren Einsatz für Sozialpartnerschaft“

Chemiebeschäftigte erhalten künftig einen freien Extratag vom Arbeitgeber, falls sie in der Gewerkschaft sind. Arbeitgeberpräsidentin Katja Scharpwinkel sagt, warum sie dies im neuen Tarifabschluss trotz Bedenken mitbeschlossen hat.

Verhältnis zu dem Aufwand stehen, den Gewerkschaftsmitglieder durch ihr ehrenamtliches Engagement haben.

Und wie können Sie nun sicherstellen, dass Arbeitgeber diese Tarifregelung tatsächlich als Bonus gewähren und nicht doch wieder den einfachen Weg nehmen, allen einen freien Tag mehr zu geben?

Im Tarifabschluss haben wir verbindlich festgelegt, dass Gewerkschaftsmitglieder einen freien Tag mehr erhalten als andere Arbeitnehmer, wenn sie ihre aktive Mitgliedschaft nachweisen. Zugleich gibt es die andere Form von Verbindlichkeit, die im Rahmen einer guten Sozialpartnerschaft gilt: Wenn die Beteiligten eine solche Regelung vereinbaren, dann gehört es sich nicht, sie in der Umsetzung zu hintertreiben.

Könnte Ihr Modell denn auch zum Vorbild für Sozialpartnerschaft in anderen Branchen werden?

Es gehört sich ebenso wenig, den Tarifparteien anderer Branchen Ratschläge zu

erteilen. Einen Hinweis kann ich aber trotzdem geben: Wie gut sich so ein Modell im Einzelfall eignen könnte, hängt auch davon ab, inwieweit Tarifparteien einer Branche schon vorher durch sozialpartnerschaftliches Vertrauen verbunden sind. In einem Klima, das durch Konflikt bestimmt ist, würde unser Weg kaum funktionieren.

Können Sie sich vorstellen, dass die Chemie-Sozialpartner ihr Bonusmodell in künftigen Tarifrunden noch ausbauen?

Das sehe ich nicht. Wir haben mit der IG BCE klar vereinbart, dass die zu diesem Thema erhobenen Forderungen mit dem aktuellen Tarifabschluss erledigt sind. Jenseits davon bleibt es aber beiderseits eine wichtige Aufgabe, an der Stärkung und Festigung unserer Sozialpartnerschaft zu arbeiten.

Die Bedingungen für die deutsche Chemieindustrie haben sich zuletzt durch Energiepreisschübe und hohe Anforderungen des Klimaschutzes verschlechtert.

Oder sehen auch Sie inzwischen den Aufschwung, von dem die IG BCE schon vor dem Tarifabschluss gesprochen hat?

In unserer Branche werden derzeit leider noch zu viele Investitionsentscheidungen gegen den Standort Deutschland getroffen. Den Unternehmen mangelt es an Zuversicht, dass sich unter den hiesigen Standortbedingungen zum Beispiel im Hinblick auf Energiekosten und Bürokratie eine langfristig wettbewerbsfähige Produktion organisieren lässt. Dieses Grundproblem reicht über die üblichen Konjunkturzyklen hinaus. Die Bundesregierung und auf europäischer Ebene auch die künftige EU-Kommission müssen sich stärker der Lösung dieser grundlegenden Probleme zuwenden. Wir bauen darauf, dass die Wachstumsinitiative der Bundesregierung jetzt schnell umgesetzt wird.

Sie sind nicht nur neue Chemiearbeitgeberpräsidentin, sondern auch Vorstandsmitglied von BASF. Wie gut können Sie weniger großen Chemieunternehmen vermitteln, dass auch deren Interessen im Arbeitgeberverband gut aufgehoben sind?

Meine Aufgabe im Verband ist es, Unternehmen jeder Größenordnung zu vertreten. Glücklicherweise habe ich den Vorteil, auch selbst schon für mittelständische Unternehmen gearbeitet zu haben, deren Perspektive ist mir also keineswegs fremd. Gerade in diesen strukturell schwierigen Zeiten halte ich es aber auch für ein gutes Signal an die ganze Branche mit ihrer sozialpartnerschaftlichen Tradition, dass BASF auf diesem Feld weiter Verantwortung übernimmt.

Wie stark ist diese sozialpartnerschaftlichen Tradition derzeit in Gefahr?

Zunächst einmal bin ich froh, dass sie in unserer Branche so gefestigt und gestaltungsfähig ist. Das ist ja nicht ganz selbstverständlich, wenn wir in unserer Gesellschaft zugleich Tendenzen sehen, zunehmend demokratische Werte und Institutionen infrage zu stellen. Umso mehr sehen wir unsere Rolle darin, mit konsensorientierter Sozialpartnerschaft einen Kontrapunkt zu setzen gegen Konflikt und Polarisierung. Ich finde, das verdient Aufmerksamkeit auch über den Radius unserer Branchentarifpolitik hinaus.

Das Gespräch führte **Dietrich Creutzburg**.

Zur Person

Die promovierte Chemikerin Katja Scharpwinkel ist seit April neue Präsidentin des Bundesarbeitgeberverbands Chemie (BAVC). Dieser vertritt 1700 Chemie- und Pharmaunternehmen und gestaltet zusammen mit der Gewerkschaft Bergbau, Chemie Energie (IG BCE) die Tarifverträge für 585.000 Beschäftigte. Mit ihrem im Juni erzielten Tarifabschluss haben beide eine viel beachtete, aber auch umstrittene Bonusregelung für Gewerkschaftsmitglieder eingeführt. Im Hauptberuf ist Scharpwinkel, die aus Hagen stammt, seit dem Frühjahr Vorstandsmitglied und Arbeitsdirektorin des Chemieriesen BASF. Für diesen ist sie seit fast 15 Jahren in leitenden Funktionen tätig. Die Zusammenarbeit von Arbeitgebern und Gewerkschaft in der Branche ist traditionell durch eine betont konstruktive Sozialpartnerschaft geprägt.



Katja Scharpwinkel

Foto BASF

Metall-Tarifparteien streiten über Gewerkschaftsbonus

IG-Metall-Chefin Benner: „Wer sich in der Gewerkschaft engagiert, hat Vorteile verdient“ / Arbeitgeber erzürnt

dc. BERLIN. Mit ihrem Tarifabschluss von Ende Juni hatten die Sozialpartner der Chemieindustrie erstmals eine Bonusregelung für Gewerkschaftsmitglieder vereinbart. Wer einen Mitgliedsausweis der IG Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) hat, soll dafür künftig vom Arbeitgeber einen zusätzlichen freien Tag pro Jahr erhalten. Mittlerweile löst diese umstrittene Vereinbarung auch unter Gewerkschaftern anderer Branchen Begehrlichkeiten aus – allen voran in der Metall- und Elektroindustrie, deren neue Tarifrunde im September beginnt.

„Ohne Gewerkschaftsmitglieder und ihr Engagement gibt es letztlich keine Tarifverträge und damit keine Gerechtigkeit in den Betrieben“, teilte die IG-Metall-Vorsitzende Christiane Benner dazu am Dienstag auf Anfrage mit. „Für ihren

Einsatz in einer Gewerkschaft und damit in den Unternehmen haben Mitglieder Vorteile verdient.“ Solche Vorteile seien „ein Bekenntnis zur sozialpartnerschaftlichen Tarifbindung“, erklärte sie.

Schon am Freitagabend hatte Benner mit ähnlichen Äußerungen auf einer Bezirkskonferenz in Ludwigsburg bei Stuttgart scharfe Kritik der Metallarbeiter ausgeübt. „Die Gewerkschaft will offensichtlich auf Kosten der Arbeitgeber Mitglieder werben, anstatt partnerschaftlich mit uns nach sinnvollen Lösungen für die enormen Herausforderungen unserer Zeit zu suchen“, machte der Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbands Südwestmetall, Oliver Barta, seinem Ärger Luft. Nicht zuletzt konterkarierte der Ruf nach einem solchen Gewerkschaftsbonus „die angestrebte Erhöhung der Tarifbindung,

denn dies wird noch mehr Arbeitgeber zur Abkehr vom Flächentarif bewegen“.

Neben der Ablehnung in der Sache verstärkte noch ein zweiter Aspekt den Ärger im Lager der Metallarbeiter: Ihre offizielle Tarifforderung hatte die IG Metall erst wenige Tage zuvor durch einen Vorstandsbeschluss offiziell festgezurrt. Nun vermittelte sich der Eindruck, dass Benner diese Forderung nachträglich erweitern wolle. Barta sprach von einer „unprofessionellen Salamiaktik“, die tarifpolitischen Vertrauen zerstöre.

Wie Benners Vorstoß einzuordnen sei, war in der Tat nicht gleich klar. Ihre Äußerungen in Ludwigsburg waren anfangs nur durch einen Bericht der „Stuttgarter Zeitung“ verbürgt und wurden erst später auf Nachfrage von der IG Metall als im Kern zutreffend bestätigt. Zutreffend ist dem-

nach aber auch, dass Benner und der IG-Metall-Vorstand inzwischen einen Brief an Gesamtmetall – den Dachverband der Metallarbeiter – geschrieben haben, um mit diesem Gespräche über das Thema Gewerkschaftsbonus in Gang zu setzen.

Als nachträgliche Revision ihrer Tarifforderung will die Gewerkschaft den Vorstoß indes eher nicht verstanden wissen. Benner erklärte die Initiative am Dienstag so: „Nach dem Abschluss der IG BCE haben uns viele Kolleginnen und Kollegen angesprochen auszuloten, ob und wo auch die Metallarbeiter inzwischen zu Mitgliederboni bereit sind.“ Gesamtmetall äußerte am Dienstag auf Anfrage zunächst nur, dass darüber derzeit in den Verbandsorganen auszuloten werde. Es gebe aber sehr viel Kritik und Ablehnung gegen solche Instrumente.

Kosten der Disinflation treffen Deutschland mehr als andere

Bundesbank und IWF warnen vor Preisrisiken

pwe. FRANKFURT. Der Inflationsschock der vergangenen Jahre hat die privaten Haushalte im Euroraum schwer belastet. Ebenso wenig aber mögen es die Bürger, wenn das Wirtschaftswachstum nachlässt, weil Notenbanken mit höheren Zinsen die Inflation bekämpfen. Eine Analyse der Deutschen Bundesbank zeigt nun, dass die Euro-Europäer unter diesem zweiten Effekt zuletzt relativ wenig gelitten haben. Die Deutschen aber hat es stärker getroffen als die Italiener, die Spanier oder die Franzosen.

Die volkswirtschaftlichen Kosten der Disinflation – der abgeschwächten Inflation – sind nach der Analyse im Monatsbericht Juli in den vergangenen Jahren geringer ausgefallen als nach früheren Inflationsepisoden. Die Bundesbank bestätigt insoweit das Bild, dass die Notenbanken nach dem Inflationsschock – zumindest bislang – eine sanftere Landung hingelegt haben. Als Kosten schätzen die Ökonomen die Wachstumsverluste, die sich als Folge der Zinssteigerungen ergeben haben, verglichen mit dem langfristigen Wachstumstrend. Diese Kosten lagen nach den Berechnungen in den Vereinigten Staaten und im Euroraum deutlich niedriger als gewöhnlich.

Innerhalb des Euroraums fallen die Wachstumsverluste indes in unterschiedlichem Ausmaß an. Für Deutschland ergeben sich deutlich höhere Verluste als für Italien, Spanien und Frankreich. Die Bundesbank begründet das damit, dass die deutsche Wirtschaft in den vergangenen Jahren stärker als andere vom Einbruch des Industriegeschäfts und von der schwachen weltwirtschaftlichen Nachfrage getroffen worden sei. Spanien, Italien und Frankreich könnten als Mittelmeeranrainer auch besonders davon profitiert haben, dass es nach der Corona-Pandemie viele zum Urlaub in die Sonne drängte.

Trotz dieser Unterschiede zeichnet die Bundesbank wie auch andere Notenbanker insgesamt das Bild einer sanfteren Landung. In dieser Analyse aber zeigen sich Risse. Der Internationale Währungsfonds (IWF) etwa warnt vor neuen Inflationsrisiken, die zu Verwerfungen in der Weltwirtschaft führen könnten. In einer aktualisierten Wirtschaftsprognose betonten die IWF-Ökonomen am Dienstag, dass der Preisanstieg für Dienstleistungen sich nicht verlangsamt. Aufwärtsrisiken für die Inflation können sich nach der Analyse auch aus neuen und eskalierenden Handelskonflikten ergeben.

Die robuste Inflation der Dienstleistungspreise gibt es nach der Analyse vor allem in den Vereinigten Staaten. Aber auch im Euroraum und in Deutschland hat der Preisanstieg für Dienste zuletzt dazu geführt, dass die allgemeine Inflationsrate langsamer als erwartet gesunken ist. „Falls die Inflation der Waren nicht weiter nachlässt, können steigende Dienstleistungspreise und Löhne die allgemeine Inflation höher als erwünscht halten“, schreibt der Chefvolkswirt des

IWF, Pierre-Olivier Gourinchas: „Das ist ein bedeutendes Risiko für das Szenario einer sanfteren Landung.“

Der Währungsfonds ist unter anderem besorgt, dass mit „für noch längere Zeit“ hohen Zinsen in den Vereinigten Staaten der Dollar weiter aufwertet, was die Kapitalflüsse stören und geplante geldpolitische Lockerungen zulasten des Wirtschaftswachstums verhindern könne. Dahinter steht die Vermutung, dass Schwellen- und Entwicklungsländer ihre Leitzinsen unerwünscht hochhalten, um eine Kapitalflucht in den Dollar zu verhindern.

Die Inflationswarnung des IWF wird von der Bundesbank geteilt. Der Preisauftrieb bei Dienstleistungen erweise sich als „außerordentlich hartnäckig“, heißt es im Monatsbericht Juli. Im Euroraum stiegen die Dienstleistungspreise im Juni um gut 4 Prozent gegenüber Vorjahresmonat und in den Vereinigten Staaten um 5 Prozent. Ein wesentlicher Faktor dafür ist nach Analyse der Bundesbank das andauernde starke Lohnwachstum, das vor allem im arbeitsintensiven Dienstleistungsbereich auf die Preise durchwirkt. Im Euroraum schlage das hohe Lohnwachstum fast vollständig auf die Lohnstückkosten durch, heißt es. Eine nur langsam nachlassende Lohndynamik dürfte eine zügige Rückkehr zur Preisstabilität erschweren, warnen die Bundesbankökonominnen.

Morgen im Reiseblatt



Heile Welt
Sommerserie, vierter Teil: Der Lieper Winkel auf Usedom ist ein stiller Kosmos voller überwältigender Natur. Hier ist das Leben manchmal hart, aber oft auch sehr schön.

Versteckte Welt

Paris jenseits des olympischen Rummels: Ein Spaziergang quer durch die Hauptstadt

Verunkelte Welt
Geometrie unter dem Lavafeld: Pompeji aus der Perspektive der Vögel

In den Wirtschaftsprognosen des IWF sind diese Risiken nicht einkalkuliert. Der Fonds erwartet wie im Frühjahr ein Wachstum der Weltwirtschaft in diesem Jahr von 3,2 Prozent, das sich im kommenden Jahr minimal auf 3,3 Prozent beschleunigen soll. Die Inflation soll sich global von 6,7 Prozent im vergangenen Jahr auf 5,9 Prozent in diesem Jahr abschwächen. Die Wachstumsaussichten für China und Indien schätzt der Fonds mit 5 und 7 Prozent in diesem Jahr deutlich besser ein als zuvor. Für die meisten Industriestaaten bleiben die Prognosen indes unverändert. Deutschland prognostiziert der IWF ein Wachstum von 0,2 Prozent in diesem und eine Beschleunigung auf 1,3 Prozent im kommenden Jahr.

Der versteinerte Bundeshaushalt

Schularick: Wir bleiben verwundbar und erpressbar

mas. BERLIN. Dass Deutschland mehr tun muss für seine Verteidigungsfähigkeit, für den Klimaschutz, zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit seiner Wirtschaft ist nicht erst seit gestern eine weitverbreitete Erkenntnis. Doch fällt es der Koalition sichtlich schwer, bei den Ausgaben des Bundes diese Schwerpunkte spürbar zu stärken. Im Finanzministerium beklagt man eine relativ große „Versteinerung“ des Bundeshaushalts. Moritz Schularick, Präsident des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel, nennt den Haushaltsentwurf 2025 und die Wachstumsinitiative einen Minimalkompromiss: „Angesichts der globalen geopolitischen Lage und der anhaltenden Spannungen bleibt Deutschland und damit auch Europa sicherheitspolitisch verwundbar und von einem möglichen Präsidenten Trump erpressbar.“ Ökonomisch beruhe der Haushaltsentwurf auf sehr optimistischen Annahmen zu den Effekten der Wachstumsinitiative. „Die tatsächlichen Impulse dieses ‚Wachstumspaketens‘ dürften gering bleiben“, sagte Schularick.

Das Kieler Institut hat den Etat 2024 unter die Lupe genommen. Das Ergebnis klingt ernüchternd. „Der empirische Befund über die Verwendung knapper Steuergelder durch den Bund zeigt, dass die Ausgaben für äußere und innere Sicherheit sowie zur Förderung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands noch keine politische Priorisierung erfahren haben“, heißt es im Ausgabenmonitor 2024. Die Ausgaben in den Bereichen Soziales und Finanzhilfen hätten weiter an Gewicht gewonnen, schreiben Claus-Friedrich Laaser und Astrid Rosenschon. Die Forscher mahnen – ganz im Sinne von Finanzminister Christian Lindner (FDP) –, auf zusätzliche Belastungen der Steuerzahler zu verzichten. Deutschland habe unter den Industrieländern schon die zweithöchste Steuer- und Abgabenlast. Nach ihrer Einschätzung

gibt es noch beträchtliche Sparpotentiale. Deren Nutzung sollte gegenüber einer Aufweitung der Schuldenbremse Vorrang haben.

Die Autoren gehen davon aus, dass der Bund in diesem Jahr 598,2 Milliarden Euro ausgeben wird. Der Nachtragshaushalt ist dabei noch nicht berücksichtigt, dürfte aber nichts Grundsätzliches an den Erkenntnissen ändern. Die Sozialausgaben und Kosten für die Umverteilungsbürokratie beziffern die Ökonomen auf 212 Milliarden Euro. Weil der Bundeshaushalt in den Krisenjahren aufgelüht wurde, ist der Anteil der Sozialausgaben an den Gesamtausgaben des Bundes in diesem Jahr niedriger als von 2019 bis 2023. Aussagefähiger sei deshalb, dass die Sozialausgaben fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts erreichten. Das sei mehr als in den Jahren 2000, 2015 und 2019 bis 2023.

Die klassischen Staatsausgaben haben an Bedeutung verloren. Die Ausgaben für innere und äußere Sicherheit werden mit 11,4 Prozent des Haushalts veranschlagt. Das sind 2,7 Prozentpunkte mehr als im Jahr 2000, das von der Verteilung der „Friedensdividende“ geprägt war. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt betragen die reinen Verteidigungsausgaben 1,5 Prozent. Nach der NATO-Rechenmethode hält Deutschland 2024 das Zweiprozentziel ein, berichten die Autoren. Zum Vergleich: Die Ausgaben des Bundes mit wirtschaftsförderndem oder wertschöpfendem Charakter schätzen sie auf 1,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. „Was bisher über den Haushaltsentwurf 2025 bekannt ist, lässt leider keine höhere Priorisierung der derzeit drängendsten Aufgaben erkennen: eine Stärkung des Wachstums durch höhere Ausgaben für Bildung, Forschung und Infrastruktur und vor allem sehr viel höhere Ausgaben für die deutsche Verteidigung“, urteilt der IWF-Präsident Schularick.

BRIEFE AN DIE HERAUSGEBER

Spenden für die Bundeswehr

Zum Kommentar „Pistorius schlägt Alarm“ von Berthold Kohler (F.A.Z. vom 9. Juli): Es beschäftigt mich schon lange, dass die Bundeswehr seit vielen Jahren für ihre eigentliche Aufgabe, die Verteidigung unseres Landes, dramatisch unterfinanziert ist. Das war aus meiner Sicht, neben der überstürzten Abschaffung der Wehrpflicht, schon eine der wesentlichen Fehlhaltungen der Regierung Merkel. Das schuldenfinanzierte „Sondervermögen“ von Bundeskanzler Scholz ist zur Schadensbegrenzung aus meiner Sicht richtig (absolute Ausnahme bei der Schuldenbremse!), wird aber leider dazu missbraucht, zu kaschieren, dass wir die jährlichen zwei Prozent vom Haushalt immer noch nicht schaffen. Da unsere Regierungen die richtige Prioritätensetzung – Schutz nach außen durch starkes Militär, Schutz nach innen vor allem durch politische Bildung – offensichtlich nicht mehr hinkriegen, müssen wir nach meiner Überzeugung als Bürger ein Signal setzen.

Ich bin Jahrgang 1958, in der Bundesrepublik aufgewachsen, habe meinen Wehrdienst mit Überzeugung geleistet, und mir ist ausgesprochen klar, dass ich aufgrund meiner Lebenszeit und -situation (Westen!) zu den privilegiertesten Menschen in der deutschen Geschichte gehöre. Bestimmt gibt es in unserem Land sehr viele Menschen, denen der Wert unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung bewusst ist und die finanziell in der Lage sind, ihre Dankbarkeit für unsere Freiheit mit einer freiwilligen

Spende konkret zum Ausdruck zu bringen. Ich verspreche mir von einer solchen Aktion weniger eine nachhaltige militärische Wirkung als vielmehr ein Signal der Ermutigung für die Männer und Frauen, die im Kriegsfall für uns den Kopf hinhalten müssen, ein Signal für die Beschäftigungspolitik in Parlament und Regierung – und nicht zuletzt ein Signal für die Putins und Xis dieser Welt, die die westlichen Demokratien nur für verwehlich und dekadent halten.

Leider bin ich für die Organisation einer solchen Aktion nicht die richtige Person. Vielleicht gibt es aber Mitbürger, die sich mit den rechtlichen Fragen (Verein? Stiftung? Einmalige Aktion?) und der nötigen Öffentlichkeitsarbeit (Social Media? Crowdfunding? Öffentlich-rechtliche Medien? Zeitungen?) besser auskennen und bereit sind, Zeit und Expertise für diesen Zweck zu opfern. Es müsste verhindert werden, dass die Politik eine solche Aktion als Entschuldigung benutzt, um ihre Verantwortung für die Verteidigungsfähigkeit noch weiter zu vernachlässigen. Wichtig wäre auch, einen Weg zu finden, dass die Mittel wirklich die Kampfkraft der Bundeswehr stärken (Waffen, Munition, Ausbildung) und nicht in irgendwelchen Bürokratien versickern. Ich wäre jedenfalls der Erste, mich in eine entsprechende Spendenliste einzutragen und eine derartige Bürgerinitiative aktiv zu unterstützen.

PHILIP MARTIN GECK, POHLHEIM

Nicht ins Paradies geworfen

Zu „Bedürftigkeit ist kein Staatsziel“ (F.A.Z. vom 11. Juli): Der sehr über Ihre Zeitung hinaus empfehlenswerte Kommentar von Reinhard Müller erinnert mich an ein Gespräch mit dem damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker.

Als ich ihn wieder einmal sorgenvoll auf unseren immer schneller wachsen-

den Sozialhaushalt ansprach, entgegnete er: „Ja, ja, die Menschen haben vergessen, dass wir in die Welt geworfen worden sind, nicht ins Paradies!“ Ein Satz, um an den Spiegel geklebt zu werden.

BERND SCHULTZ, VILLA GRISEBACH, BERLIN

Konsumenteninteressen berücksichtigen

Zu „Ein Schutz, den niemand will“ (F.A.Z. vom 5. Juli): Die Entscheidung der EU-Kommission, auf den Import von chinesischen E-Autos vorläufige Strafzölle zu erheben, ist oft auf Zustimmung, aber etwa in der deutschen Automobilindustrie auch auf Kritik gestoßen. Befürchtet werden entsprechende chinesische Gegenmaßnahmen. Den meisten Stellungnahmen fehlt ein gesamtwirtschaftlicher beziehungsweise wohlfahrtsökonomischer Ansatz. Berücksichtigt wird durchgängig nur das partielle Produzenteninteresse.

Zu einer umfassenden Betrachtungsweise gehören aber auch die Belange und Interessen der sonstigen Wirtschaftsakteure, insbesondere der Käufer von E-Autos. Sie waren bisher mit einem eher beschränkten, teuren Angebot der deutschen wie der übrigen EU-Industrie konfrontiert, das mittlere

und vor allem kleinere Fahrzeuge zu Preisen unter 20.000 Euro weitgehend ausspart und sich auf kostspielige größere Fahrzeuge beschränkte. Dadurch, aber natürlich auch durch den Wegfall der Kaufhilfe in Deutschland, blieb die Nachfrage sehr überschaubar. Auf diesem Hintergrund wäre es wünschenswert, wenn die EU-Kommission bei derartigen Entscheidungen gleichermaßen oder sogar vorrangig die Konsumenteninteressen berücksichtigen würde. Wohlfahrtsökonomisch betrachtet wäre das sehr viel zielführender als das bloße Abstellen auf partielle Produzentenbelange. Aber für Letztere kämpft eine starke Lobby in Brüssel, während die Verbraucherbelange oft nachrangig bleiben.

DR. JUR. ARNOLD WALLRAFF, PRÄSIDENT DES BUNDESAMTS FÜR WIRTSCHAFT UND AUSFUHRKONTROLLE A. D., ALTFER

Geht es nicht weniger grauslich?

Zu der Karikatur auf der Seite „Staat und Recht“ in der F.A.Z. vom 11. Juli: Ich bin ein seit vielen Jahren treuer Abonnent der F.A.Z. und mit Ihrer Zeitung, Ihrer Qualität sehr zufrieden. Was mich jedoch von Beginn an äusserst gestört und irritiert hat, sind die, ich kann es nicht anders sagen, widerlichen und verstörenden Tierkarikaturen

von Greser & Lenz auf der Seite von Staat und Recht. Muss das wirklich sein? Denken Sie nicht, dass man die Artikel auf dieser Seite auch weniger grauslich illustrieren könnte, wenn es schon unbedingt sein muss?

HERBERT MAYRHOFER, WENIGZELL, ÖSTERREICH

Verantwortung für die Bahn

Zu dem Artikel „Auf falschem Gleis“ (F.A.Z. vom 13. Juli) über den Zustand der Bahn: Wie immer gut informiert, hebt Corinna Budras Einzelheiten ans Licht, die beigetragen haben zur aktuellen, desaströsen Verfassung der Bahn. Primäre Ursache war die über Jahrzehnte gegen alle Bedenken von Experten verfolgte Mobilitätspolitik der Bundesregierung, die dem Straßenverkehr eine prioritäre Rolle zuordnete. Die Bundesverkehrswegepläne bewiesen es.

Die Priorität des Straßenverkehrs diente der Bundesregierung zugleich als Alibi, sich immer weiter aus der Verantwortung für „ihre“ Bahn zurückziehen. Da passte es gut, dass der fachlich inkompetente, vormalige Chef des Bundeskanzleramtes, Ronald Pofalla, Chef des Bahnnetzes wurde. Von ihm war Widerspruch gegen die praktizierte Mobilitätspolitik und deren Folgen für die Bahn kaum zu erwarten. War er doch im Bundeskanzleramt gestaltender Begleiter dieser folgenreichen Mobilitätspolitik. Und der von Airbus als Chef zur Bahn wechselnde Hartmut Mehndorn, der Totengräber des aussichtsreichen Transrapid, hat dann, ganz im Einvernehmen mit der Bun-

desregierung, versucht, die Wirtschaftlichkeit der Bahn durch rigorose Leistungsbeschränkungen zu erreichen. Ohne Erfolg!

Eine sich aus ihrer Verantwortung für „ihre“ Bahn zurückziehende Bundesregierung hat den aktuellen Notstand der Bahn herbeigeführt, zumindest jedoch billigend in Kauf genommen. Ebenso wie die Fachleute aus dem Bundesverkehrsministerium, denen der allmählich heranwachsende Misstand nicht verborgen geblieben sein kann. Die aktuelle Bundesregierung ist nun endlich auf dem Wege, ihr Verhältnis zur Bahn zu korrigieren. Sie wird die Hoffnung begraben müssen, die Bahn zu einem verlustfreien Wirtschaftsunternehmen zu entwickeln.

Sie wird sich zu ihrer Verantwortung für die Bahn bekennen und der Bahn im nächsten Bundesverkehrswegeplan die ihr zustehende prioritäre Rolle einräumen müssen. Dann wird die deutsche Bahn irgendwann so pünktlich werden, dass die schweizerische Bahn ihr bei Verspätungen nicht weiter den Eintritt in ihr gut unterhaltenes, gut organisiertes Netz verweigert.

HANS LAFRENZ, HAMBURG

Fast jeder Gründer eines halbwegs erfolgreichen Start-ups kann zum Thema Fachkräfteeinwanderung eine Gruselgeschichte erzählen. Auch Magdalena Oehl hat eine. Die Gründerin der Juristenstellenplattform Talent Rocket hatte nach langer Suche einen perfekt passenden Softwareentwickler in Indien gefunden. Der Arbeitsvertrag sei schon unterschrieben gewesen. Doch Oehl hatte die Rechnung ohne die deutschen Behörden gemacht. Mehr als sieben Monate habe der Visaprozess gedauert. „In der Zeit waren Freunde und Kollegen von ihm längst in andere Länder gezogen. Das ist total abschreckend“, sagt Oehl. Der Visaprozess sei „ungenügend digitalisiert“ und „superlangsam“. Mit „Engelsungen“ hätten sie auf den Entwickler eingeredet, damit er nicht abspringt. Oehl hatte Erfolg damit. Aber immer und überall sei so eine individuelle Behandlung schwer möglich, mutmaßt sie.

Derartige Geschichten passen schwer zu einem Land, in dem viele Unternehmen schon heute händierend nach hoch qualifizierten Mitarbeitern suchen. Der demographische Wandel wird das Problem noch verschärfen.

Um dagegenzuhalten, plant die Bundesregierung als Teil ihrer Wachstumsinitiative einen Steuerabschlag für ausländische Fachkräfte. Zugewanderte Fachkräfte sollen unter bestimmten Voraussetzungen in den ersten drei Jahren 30, 20 und zehn Prozent des Bruttolohns steuerfrei erhalten. Ein Sturm der Entrüstung ließ nicht lange auf sich warten. „Dieser Vorschlag ist rücksichtslos gegenüber den einheimischen Beschäftigten“, sagte die Vorsitzende des BSW, Saira Wagenknecht. Sie war nicht die Einzige. Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) kritisierte die geplanten Steuererleichterungen. „Das müssen wir uns noch mal genauer anschauen“, sagte er dem Deutschlandfunk. Er sei mit diesem Vorhaben nicht furchtbar glücklich, „weil es zu Missverständnissen führen kann“.

In der deutschen Start-up-Szene herrscht dagegen Jubelstimmung. Die Steuerentlastung stelle einen „wichtigen Schritt dar, um Deutschland als attraktiven Standort für internationale Talente zu positionieren“, sagt Christoph Stresing, Geschäftsführer des Deutschen Start-up-Verbands. Der Fachkräftemangel sei im Start-up-Sektor besonders kritisch. „Innovative Wachstumsunternehmen sind auf die besten Köpfe angewiesen, um neue Technologien und Geschäftsmodelle zu entwickeln und umzusetzen.“ Darüber hinaus sei die deutsche Technologiebranche ohnehin sehr international und auf Programmierer aus aller Welt angewiesen. Aktuell müssten 70 Prozent der Start-ups hierzulande auf Wachstum verzichten, weil Fachkräfte fehlten, sagt Stresing.

Johannes Reck, Gründer und Chef des Berliner Reise-Start-ups Getyourguide, bezeichnet die von der Regierung geplanten Anreize als „elementar wichtig“ für das Wirtschaftswachstum. „Es geht um Berufsgruppen, die wir in Deutschland einfach nicht in ausreichender Zahl haben“, sagt er. 90 Prozent der Softwareentwickler von Getyourguide kämen aus dem Ausland. „Du kannst die Leute nicht so schnell ausbilden, es braucht auch Berufserfahrung.“

Die Debatte um die steuerlichen Anreize bringt Reck deshalb auf die Palme. Deutschland stehe nun mal im Wettbewerb mit anderen Standorten, die teils steuerliche Anreize bieten würden oder



Auf der ganzen Welt begehrt: Indische Softwareentwickler arbeiten in der Stadt Kochi im Südwesten des Landes.

Foto Reuters

„Ohne Anreize sind wir nicht wettbewerbsfähig“

Der geplante Steuerrabatt für ausländische Fachkräfte ist heftig umstritten. Gründer in Deutschland aber bejubeln den Schritt – und fordern weitere.

Von Maximilian Sachse, Frankfurt

wie die Vereinigten Staaten, London und teils auch Paris schlicht mit einem höheren Gehaltsniveau aufwarteten. „Ohne Anreize sind wir nicht wettbewerbsfähig“, sagt Reck. „Wir sollten ausländischen Fachkräften den roten Teppich auslegen.“ Die vermeintliche soziale Ungerechtigkeit durch die temporäre Besserstellung ausländischer Arbeitskräfte würde Reck im Gegenzug für mehr Wirtschaftswachstum in Kauf nehmen. Davon profitierten schließlich alle. Zudem würden selbst Softwareentwickler in der niedrigsten Gehaltsstufe bei Getyourguide den Spitzensteuersatz zahlen, also auch nach den Steuerrabatten viel zum Gemeinwohl beitragen.

Gleichwohl sehen die Gründer auch andere Stellschrauben für die Politik. „Die steuerlichen Anreize sind ein Puzzleteil,

lösen aber alleine nicht das Problem“, sagt Oehl. Es gehe vor allem um den Abbau von Bürokratie, etwa in den Visaverfahren. Manchmal würden schon einfache Dinge helfen, dass zum Beispiel alle Formulare in Behörden auch auf Englisch verfügbar sind. Oehl wünscht sich auch eine freundlichere Willkommenskultur für ausländische Fachkräfte, gesamtgesellschaftlich und in Unternehmen. Zum Beispiel könne Englisch als Unternehmenssprache eingeführt werden.

Getyourguide beschäftigt ein eigenes Team in der Personalabteilung, das sich nur um die Umsiedlung ausländischer Fachkräfte nach Berlin kümmert, einschließlich der Suche nach einem Kitaplatz. „Das machen wir ja nicht aus Spaß, sondern weil wir die Leute brauchen“, sagt Reck. Auch ihm ist klar, dass die

steuerlichen Anreize nur ein erster Schritt sind. Es gehe ferner um die Sprachbarriere, gute Schulen, Kitas, Wohnraum. Doch viele dieser Probleme seien Zehn-Jahres-Projekte. Die steuerlichen Anreize würden sofort helfen. „Das Netto Gehalt bleibt das wichtigste Kriterium bei der Entscheidung, in welches Land eine Fachkraft geht“, sagt Reck.

Er hat gerade Gaurav Agarwal in sein Unternehmen geholt, der zuvor in Führungsrollen für die amerikanischen Konzerne Netflix und Meta tätig war. Agarwal arbeitet schon für Getyourguide, aber noch aus den Vereinigten Staaten. Die Termine beim deutschen Konsulat in San Francisco sind für viele Monate ausgebucht. Es kann eben wirklich fast jeder Gründer eine Gruselgeschichte zum Thema Fachkräfteeinwanderung erzählen.

Bastei Lübbe ist in Jubellaune

Buchverlag freut sich über starkes Wachstum

dpa. KÖLN. Nach einem sehr guten Geschäftsjahr setzt der Buchverlag Bastei Lübbe verstärkt auf soziale Medien, um Leser an sich zu binden. Die sogenannten Community-Verlagsmarken, in denen Bastei Lübbe auf Plattformen wie Facebook, Instagram und Book Talk präsent ist und Leser eigene Rezensionen veröffentlichen können, werden ausgebaut, sagt Verlagschef Soheil Dastiyari in Köln. Die Community-Verlagsmarken, in deren Büchern es häufig um Herzschmerz geht, richten sich an unterschiedlichen Altersgruppen aus: One ist für 14- bis 20-Jährige, Lyx für 16- bis 26-Jährige und Pola, das im Herbst mit den ersten Buchtiteln starten soll, nimmt 25- bis 40-Jährige in den Blick. Alle drei „Imprints“, wie eine Verlagsmarke auch genannt wird, richten sich schwerpunktmäßig an Frauen. „Das ist naheliegend, schließlich ist der Buchmarkt sehr weiblich geprägt“, erklärt Dastiyari. „Die meisten Bücher werden von Frauen gekauft.“

Bei diesen Marken sind Community-Treffen wichtig, ob Lesereisen, Buchmessen oder weitere Eventformate. Bei Lyx werden mitunter Hunderte oder Tausende Teilnehmerinnen erwartet. Dadurch soll eine besondere Bindung der Leserinnen zu der Marke erzeugt werden. „Die Bereitschaft der Community ist hoch, auch Bücher von bislang unbekanntem Autorinnen zu kaufen – weil die Marke für eine besondere Qualität steht und gewisse Erwartung bezieht.“ Man erschließe sich junge Leserschaften, die beim Einkaufsverhalten relativ treu seien.

Der Weg der aktiven Communitys, der Ausbau des digitalen Geschäfts und der Fokus auf populäre Unterhaltung hätten sich als „nachhaltig performant und unbremst potentialträchtig“ erwiesen, sagt Verlagschef Dastiyari. „Die aktuellen Zahlen sind ein starker Beleg für die hohe Leistungsfähigkeit unserer diversifizierten Geschäftsstrategie und unserer avisierten Wachstumsmöglichkeiten.“ Bastei Lübbe hatte im vergangenen Geschäftsjahr konzernweit 323 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. „Das Wachstum ist überproportional: Im vergangenen Geschäftsjahr haben diese Verlagsmarken schon 35 Prozent unseres Umsatzes ausgemacht und damit 2 Prozentpunkte mehr als im Jahr zuvor.“ Für die Zukunft rechne er mit einem weiter anziehenden Geschäft. Der Verlag veröffentlichte Zahlen für sein Ende März ausgelaufenes Geschäftsjahr 2023/24, in dem er die eigenen Erwartungen übertreffen konnte: Der Umsatz stieg Firmenangaben zufolge im Geschäftsjahr 2023/24 um 10,3 Prozent auf 110,3 Millionen Euro. Das Betriebsergebnis (Ebit) konnte auf 14 Millionen Euro fast verdoppelt werden. Zuvor hatte das Management einen Umsatz von bis zu 105 Millionen Euro und ein Ebit von bis zu 13,5 Millionen Euro prognostiziert. Das Unternehmen ist börsennotiert, der Aktienkurs vervierfachte sich in den vergangenen vier Jahren in etwa.

Der Digitalumsatz von Bastei Lübbe ist leicht gestiegen. Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2023/24 erwirtschafteten E-Books und Audiobooks zusammen 32,4 Millionen. Das sind 0,9 Millionen Euro mehr als im Geschäftsjahr davor. „Wir setzen den Fokus auf populäre Unterhaltung. Das ist zeitgemäß und findet einen guten Platz in heutigen Medienmix“, sagt Dastiyari. In der Lyx-Verlagsmarke gilt die „Save Me“-Romanreihe von Mona Kasten als ein großer Erfolg, der inzwischen für Amazon Prime als „Maxton Hall“-Serie verfilmt wurde.

Zehntausende gegen Amazon

Sammelklage wegen angeblich unzulässiger Werbung

gel. BERLIN. Mehr als 50.000 Amazon-Prime-Kunden haben sich bislang der Sammelklage der Verbraucherzentrale Sachsen gegen den Onlinekonzern wegen angeblich unzulässiger Werbung des Streamingdienstes Amazon Prime Video angeschlossen. In weniger als acht Wochen hätten sich 50.123 Abonnenten der Verbandsklage in das Klageregister beim Bundesamt für Justiz eingetragen, teilte die Verbraucherzentrale am Dienstag mit. Die Sammelklage gegen Amazon wegen des Werbestreits ist nach Angaben der sächsischen Verbraucherschützer die erste ihrer Art in Europa. Bei etwa 17 Millionen potentiell Betroffenen gehe es um ein Gesamtvolumen von bis zu 610 Millionen Euro im Jahr.

Nutzer von Amazon Prime Video konnten ursprünglich bestimmte Filme und Serien werbefrei anschauen. Anfang Februar hatte Amazon dann aber die Werbequote für seinen Streamingdienst erhöht. Das Unternehmen kündigte die Änderung durch eine E-Mail an. Um das ursprüngliche Angebot weiter nutzen zu können, mussten die Amazon-Prime-Mitglieder ein Zusatzabonnement in Höhe von knapp drei Euro monatlich abschließen; sonst müssten sie nunmehr häufigere Werbeunterbrechungen hinnehmen.

Die Verbraucherschützer rügten, Amazon dürfe seine Prime-Video-Kunden nicht einfach vor vollendete Tatsachen stellen. Das eigenmächtige Vorgehen des Unternehmens sei eine Missachtung von Verbraucherrecht. Es handle sich um eine erhebliche Vertragsänderung; in einem solchen Fall müssten die Nutzer ausdrücklich zustimmen. Die Verbraucherzentrale Sachsen fordert eine Rückerstattung der zusätzlich geleisteten Zahlungen für alle Prime-Kunden. Unerheblich

sei, ob die Nutzer das Zusatzabonnement für werbefreies Streaming abgeschlossen hätten oder nicht. Prime-Nutzer könnten sich der Sammelklage in jedem Fall anschließen, sofern sie vor dem 5. Februar ein Abo bei Amazon Prime gehabt hätten. Für ein Jahr läge die Entschädigung, die man für die Verbraucher erstreiten wolle, bei 35,88 Euro. Da das Verfahren voraussichtlich mehrere Jahre dauere, könne die Entschädigungssumme entsprechend anwachsen.

Mit einer separaten Sammelklage geht auch der Verbraucherzentrale Bundesverband (VZBV) wegen der veränderten Werbepraxis bei Amazon Prime gegen das Onlineunternehmen vor. Dabei handle es sich um eine versteckte Preiserhöhung, rügt der VZBV. Denn Prime-Video-Inhalte ohne zusätzliche Werbung bekämen die Kunden nur noch für zusätzliches Geld. Die Sammelklage zielt darauf, dass das Unternehmen ähnliche Versuche vertraglicher Veränderungen zulasten der Kunden künftig unterlasse.

Amazon verteidigte sein Vorgehen bei dem Streamingangebot. Dieses enthalte in begrenztem Umfang Werbung, „um weiterhin attraktive Inhalte für Prime-Mitglieder anbieten zu können und diese Investitionen über einen langen Zeitraum weiter zu erhöhen“, sagte ein Unternehmenssprecher gegenüber der F.A.Z. Er verwies auf eine ähnliche Werbepraxis bei anderen Prime-Video-Inhalten in Deutschland, etwa bei Live-Sport. Amazon habe die Prime-Kunden „im Voraus transparent und im Einklang mit den rechtlichen Bestimmungen informiert“, hob der Sprecher hervor. Außerdem biete man eine werbefreie Option für Nutzer, und alle Kunden hätten das Recht, ihre Mitgliedschaft jederzeit zu kündigen.

MENSCHEN UND WIRTSCHAFT

Der Netzwerker

Die Generalsanierung des Streckennetzes der Deutschen Bahn hängt an Berthold Huber. Der Manager hat auf alles eine Antwort – hoffentlich die richtige.

Berthold Huber hat eine Schwäche für Sprachbilder. Das marode deutsche Schienennetz wird in der Erzählung des Infrastrukturvorstands der Deutschen Bahn häufig zu einem Hotel, bei dem die Heizung ausgefallen ist. Jedenfalls in 80 der 100 Zimmer. Da würde man ja auch nicht auf die Idee kommen, erst einmal zehn neue Zimmer zu bauen, um das Gebäude wieder auf Vordermann zu bringen. Erst einmal muss alle Kraft auf die Reparatur gelenkt werden.

Das Bild hat Huber in den vergangenen zwei Jahren häufiger bemüht, um der Öffentlichkeit zu erklären, warum die Bahn jetzt ihr Schienennetz generalsaniert, anstatt die Milliarden des Staates in den Ausbau zu stecken. Erst einmal das Gebäude grunderneuern, dann können weitere Stockwerke obendrauf. Rund 40 „Hochleistungskorridore“ will der Konzern bis 2030 auf Vordermann bringen. Darunter muss sich der genervte Bahnkunde jene Streckenabschnitte in dem 34.000 Kilometer langen Netz vorstellen, die am stärksten beansprucht werden. Gleise, Weichen, Oberleitungen, Bahnhöfe – alles wird neu gemacht.

Am Montag hat die Deutsche Bahn mit dem ersten Abschnitt begonnen, und zwar gleich mit der – Achtung, nächstes Sprachbild – Aorta, also der Hauptschlagader des kranken Körpers. Auch Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP) nutzt dieses Bild gerne, das macht die Bestimmung der Urhebererschaft schwierig. Jedenfalls ist keine Strecke in Deutschland wichtiger als die Riedbahn zwischen Frankfurt und Mannheim, und kaum eine ist so störanfällig. Durchschnittlich eine ungeplante Störung am Tag zählt die Bahn inzwischen. Es sind Störungen, die auf das gesamte Streckennetz, mithin auf den ganzen Körper

ausstrahlen – und wenn man das zu Ende denkt, auch auf den kaputten Heizungskeller des Hotels.

Huber versteckt sich nicht hinter den Sprachbildern, er nutzt sie, um einer verärgerten Öffentlichkeit klarzumachen, wie ernst die Lage ist. In Talkshows, auf Diskussionsveranstaltungen, in Interviews. Das Gefühl für Sprache ist Huber in die Wiege gelegt, er stammt aus einer Juristendynastie, die zur bundesrepublikanischen Bildungselite gehört. Sein Onkel ist der ehemalige Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche, Wolfgang Huber. Seine Familie sei voller Professoren, so erzählte es der Bahn-Manager einmal im Interview. „Einer klüger als der andere.“

Huber selbst ging einen anderen, pragmatischeren Weg: Der studierte Politikwissenschaftler arbeitete in den Neunzigerjahren erst als Unternehmensberater, bevor er 1997 zum Staatskonzern wechselte. Jahrelang war er im Vorstand zuständig für den Fernverkehr, der jetzt ausbaden muss, was in der Infrastruktur schieflaufen ist. Vor zweieinhalb Jahren hat der 60 Jahre alte Huber auf dem Schleudersitz im Bahn-Vorstand Platz genommen.

Menschen, die ihm zum ersten Mal begegnen, sind verblüfft von seiner schonungslosen Offenheit, die etwas Entwaffnendes hat. Kritik fällt schwerer bei Menschen, die selbst die größten Kritiker sind, auch wenn damit nicht geodungen Selbstkritik gemeint ist. Die Gründe für die Misere sind etwas für Geschichtsbücher, für die Huber, nebenbei bemerkt, auch ein Faible hat. Zum Ende seiner Karriere geht es ihm jedoch vor allem um Beseitigung der Misere. Das Schienennetz sei „zu alt, zu voll, zu kaputt“, sagte er gerne zum Entree. Wer es genauer wissen will, dem betet er die Kernaussagen des „Netz-



Berthold Huber

Foto Lucas Büttel

zustandsberichtes“ in der gewünschten Detailtiefe herunter und lässt auch die Passagen nicht aus, die Teilen des Netzes die Note „mangelhaft“ geben.

Das ist ein gewagtes Unterfangen, schließlich drängt sich irgendwann unweigerlich die Frage auf, ob überhaupt noch die Sicherheit der Bahn-Kunden gewährleistet werden kann. Doch im hochregulierten Eisenbahnerland kostet eine schlechte Infrastruktur kein Menschenle-

ben, sondern Pünktlichkeit. Und da hat es zuletzt einige Einbußen gegeben.

Die schonungslose Offenheit folgt einem knallharten Kalkül. Sie ist das einzige Mittel der Bahn, um eine schwerfällige und zugleich sprunghafte Politik zu dauerhaftem Beistand zu bewegen. Bundesverkehrsminister Wissing ist dabei das geringste Problem, im Gegenteil: In dem FDP-Politiker hat das Bahn-Management ihren beharrlichsten Fürsprecher gefun-

Aufsicht rügt Bilanz der Deutschen Bank

ham. FRANKFURT. Die Deutsche Bank hat abermals Ärger mit der Finanzaufsicht. Die deutsche Bankenaufsicht Bafin rügte auf der eigenen Homepage am Dienstag einen Fehler im Jahresabschluss der Deutschen Bank von 2019 – also gut vier Jahre nach dessen Veröffentlichung. Die Deutsche Bank habe im Anhang zur Bilanz nicht ausreichend dargestellt, wie und warum sie in den USA nach einer Serie von Jahresverlusten in den Folgejahren wieder Jahresgewinne erreichen wolle, erklärte die Behörde. Das wäre nach ihrer Ansicht aber nötig gewesen, weil die Deutsche Bank Steuergutschriften (latente Steuern) über fast 2,08 Milliarden Euro angesammelt und in der Bilanz als Vermögen aktiviert hatte. Diese Steuergutschriften wären aber nur dann etwas wert, wenn die Deutsche Bank sie auch nutzen und mit Steuerlasten aus künftigen Gewinnen in den USA verrechnen könnte.

Wie die Bafin ausführt, fiel der Fehler bei einer Stichprobe noch den Prüfern der Deutschen Prüfstelle für Rechnungslegung (DPR) auf, deren Aufgaben 2022 die Bafin übernommen hatte. Folgen für die Deutsche Bank hat er wohl nicht. Zumindest ist in der Bafin-Mitteilung davon nicht die Rede.

„Die Bafin deutet nicht darauf hin, dass der Jahresabschluss 2019 der Deutschen Bank inkorrekt ist, und es sind keine Anpassungen oder andere Maßnahmen erforderlich“, sagte ein Sprecher der Deutschen Bank. Man bleibe der Auffassung, dass der Abschluss 2019 dem internationalen Bilanzstandard (IFRS) entspreche.

Der Bilanz-Vorfall reiht sich ein in anderen Ärger, den die Bank mit ihren Aufsichtern hat. Meist stehen unzureichende Geldwäschekontrollen im Fokus. Dafür haben die Bafin, aber auch die amerikanische Bankenaufsicht in Reaktion auf mutmaßliche Geldwäsche in der Danske Bank schon vor Jahren „Sonderaufpasser“ in die Deutsche Bank entsandt.

„Zeichen einer Trendwende“

Deutsche Gründer erhalten wieder mehr Kapital

dpa/maxs. FRANKFURT. Start-ups in Deutschland haben nach der Finanzierungsphase der vergangenen Jahre wieder etwas mehr Geld von Investoren bekommen. Im ersten Halbjahr flossen rund 3,4 Milliarden Euro Wagniskapital. Im ersten Halbjahr 2023 waren es noch knapp 3,1 Milliarden Euro gewesen. Das zeigt eine Studie der Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsgesellschaft EY. Die Autoren sprechen von „Zeichen einer Trendwende“. Noch in den beiden ersten Halbjahren 2022 und 2023 waren die Investitionen in Start-ups deutlich gesunken.

Besonders junge Softwareunternehmen legten nun zu. Sie sammelten von Januar bis Juni 1,1 Milliarden Euro ein, 45 Prozent mehr als im ersten Halbjahr 2023. Aber auch in Hardware-Start-ups floss mit 435 Millionen Euro deutlich mehr Kapital. Wegen einiger sehr großer Finanzierungsrunden betrug das Plus gegenüber dem Vorjahreszeitraum hier 257 Prozent.

Zuletzt hatten die Gründungen nach deutlichen Rückgängen wieder zugenommen. Im ersten Halbjahr 2024 entstanden nach einer Analyse des Start-up-Verbands 1384 Unternehmen. Das waren 15 Prozent mehr als noch im zweiten Halbjahr 2023 und 7 Prozent mehr als vor einem Jahr. Als Grund nennen die Autoren der Analyse den Hochlauf der Künstlichen Intelligenz.

Trotz des Aufwärtstrends hat die Finanzierungslage sich längst nicht für al-

le Start-ups verbessert. So sank die Zahl der Finanzierungsrunden auf 367, fast ein Fünftel weniger binnen Jahresfrist.

„Von einem generellen Aufatmen in der deutschen Start-up-Szene kann noch keine Rede sein“, sagte EY-Partner Thomas Prüver. Während es etwas mehr mittelgroße und auch große Finanzierungsrunden von mehr als 100 Millionen Euro gab, sei die Zahl der kleinen Deals mit weniger als 10 Millionen Euro eingebrochen. Es sei „alarmierend, dass es für ganz junge Start-ups offenbar immer schwieriger wird, an frisches Geld zu kommen“. Gerade in der Anfangsphase seien Geldspritzen essenziell. „Wir sind noch nicht über den Berg“, sagt Franziska Teubert, Geschäftsführerin des Start-up-Verbands.

Start-ups sind für ihr Wachstum auf Investoren angewiesen. Große Fonds und Konzerne beteiligen sich mit Wagniskapital an jungen Unternehmen und hoffen, dass deren Ideen sich durchsetzen. In der Corona-Pandemie hatten Start-ups einen Aufschwung erlebt. Sie profitierten davon, dass die Zinsen niedrig waren und die Digitalisierung einen Schub bekam – im Finanzgeschäft, im Onlinehandel oder im Geschäft mit Essenslieferungen. Im Jahr 2021 flossen allein in den ersten sechs Monaten fast 7,6 Milliarden Euro an Start-ups.

Doch mit dem Zinsanstieg folgte die Krise. Viele Start-ups strichen Stellen, andere wurden übernommen. 2023 bra-

chen die Wagniskapitalinvestitionen nach der EY-Analyse um 39 Prozent ein. Nun scheint zumindest das Schlimmste überwunden. Doch Geldgeber wollten immer noch einen klaren Weg zu Profitabilität sehen, sagt Prüver.

Unter den Bundesländern blieb Berlin im ersten Halbjahr an der Spitze, musste aber Federn lassen. Die Investitionen in Start-ups dort sanken um ein Viertel auf knapp 1,1 Milliarden Euro. Ein Grund: Es floss weniger Geld in den Onlinehandel. In dem Segment ist Berlin traditionell stark vertreten. Start-ups aus Nordrhein-Westfalen holten dagegen auf. Sie erhielten nach EY-Angaben in den ersten sechs Monaten 822 Millionen Euro, 653 Millionen mehr als im Vorjahreszeitraum. Dahinter stehen große Finanzierungsrunden, vorneweg des KI-Übersetzungsdienstes DeepL (277 Millionen Euro) und des Halbleiterunternehmens Black Semiconductor (254 Millionen Euro). Platz drei belegte Bayern mit 577 Millionen Euro, ein Minus von rund einem Drittel.

Die aktuellen Zahlen zeigen nach Einschätzung von Prüver, dass zahlreiche Regionen in der Vergangenheit daran gearbeitet hätten, ihr wirtschaftliches Profil um innovative Jungunternehmen zu erweitern. „Dass zunehmend auch sehr große Deals in anderen Bundesländern stattfinden, ist eine gute Nachricht für das deutsche Start-up-Ökosystem“, sagte der EY-Fachmann.

Kurze Meldungen

Adidas erhöht Prognose

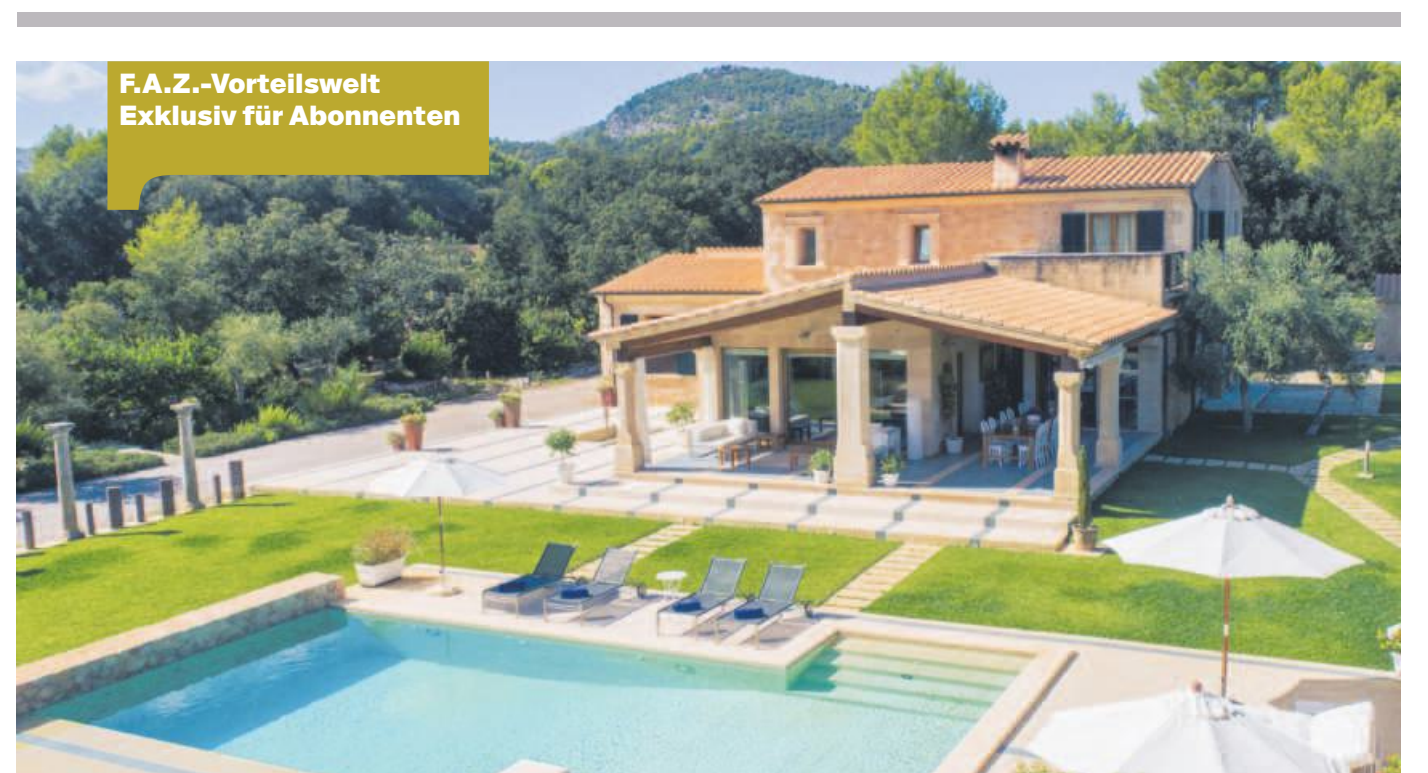
Adidas erholt sich unter der Führung von Björn Gulden schneller als gedacht und steuert in diesem Jahr operativ auf einen Milliarden Gewinn zu. Der fränkische Sportartikelhersteller schraubte die Prognose für das Betriebsergebnis am Dienstagabend um 300 Millionen Euro auf rund 1 Milliarde Euro nach oben. Zuletzt hatte Adidas vor drei Jahren mehr als eine Milliarde Euro verdient. Der Umsatz werde 2024 um fast 10 Prozent zulegen, erklärte das Unternehmen. Bisher hatte Adidas – hinter dem Marktführer Nike die Nummer zwei auf dem weltweiten Sportartikelmarkt – mittlere bis hohe einstellige Zuwachsraten in Aussicht gestellt. Es ist das zweite Mal in drei Monaten, dass Adidas seine Erwartungen erhöht hat. Die neue Prognose liegt doppelt so hoch wie die, mit der Gulden in sein zweites Jahr gegangen war. Die rosigeren Aussichten ließen die Adidas-Aktie im Frankfurter Parkehandel ins Plus drehen. Am frühen Abend legte sie um 2,7 Prozent auf 237,30 Euro zu. Reuters

Weltbild leidet weiter

Nach der Insolvenz des Versandhändlers Weltbild haben weitere Firmen aus der Augsburger Unternehmensgruppe ebenfalls einen Insolvenzantrag gestellt. Das Amtsgericht Augsburg teilte mit, dass verschiedene Gesellschaften zuletzt entsprechende Anträge eingereicht hätten. Mehrere Medien hatten zuvor darüber berichtet. Eine Unternehmenssprecherin schloss zudem Insolvenzanträge der bisher noch nicht betroffenen Töchter nicht aus: „Anträge für weitere Tochtergesellschaften in der Gruppe werden aktuell geprüft“, sagte sie. Zu den nunmehr ebenfalls von Insolvenzanträgen betroffenen Unternehmen zählen laut dem Portal Insolvenzbekanntmachungen die Buchhändler Jokers und Buecher.de, der Rucksackanbieter Fitz & Huxley und der Kinderartikelhändler Tausendkind. Anfang Juni dieses Jahres hatte zunächst der Onlinehändler Weltbild, der neben dem Versandhandel auch noch bundesweit 14 Filialen betreibt, einen Insolvenzantrag gestellt. dpa

Richemont hält sich stabil

Dank eines widerstandsfähigen Schmuckgeschäfts hat sich der Schweizer Richemont-Konzern im Frühjahrsquartal besser geschlagen als andere große Luxusgüterhersteller. Der Umsatz des Herstellers von Cartier-Ringen und -Ketten sowie Uhren der Marken IWC oder A. Lange & Söhne stieg in Lokalwährungen von April bis Juni um ein Prozent auf 5,27 Milliarden Euro, wie Richemont am Dienstag mitteilte. In einem von der Nachfrageflaute im Schlüsselmarkt China und vergleichsweise hohen Zinsen gekennzeichneten Umfeld legte das Schmuckgeschäft um 4 Prozent zu, während der Umsatz mit Zeitmessern um 13 Prozent schrumpfte. Zu Wochenbeginn hatte der weltgrößte Luxusuhrenhersteller Swatch für das Halbjahr einen Umsatzrückgang von 10,7 Prozent verbucht, während der Umsatz des britischen Modehauses Burberry im Frühjahr um ein Fünftel schrumpfte. Mit Cartier, Van Cleef & Arpels und Buccellati ist Richemont Weltmarktführer bei Schmuck. Reuters

F.A.Z.-Vorteilswelt
Exklusiv für Abonnenten

Mit Fincallorca einen Traumurlaub genießen

Wir verlosen einen Gutschein im Wert von 1.000 € für eine Finca auf Mallorca aus dem Sortiment von fincallorca.de.

Traumbuchten, leckere Tapas und spanische Lebensfreude: Nicht umsonst gilt Mallorca als die Lieblingsinsel der Deutschen. Bei mediterranem Klima genießen Urlauberinnen und Urlauber hier ihre schönsten Tage des Jahres. Entdecken Sie zauberhafte Buchten und Strände mit türkisblauem Wasser, gemütliche Cafés in idyllischen Dörfern oder beeindruckende Aussichten von schroffen Steilküsten – Mallorca ist eine Trauminsel für Jung und Alt, Groß und Klein. Maximale Privatsphäre und Abgeschiedenheit finden Urlauber bei einem Finca-Aufenthalt mit fincallorca.de. Weit weg vom Trubel der Hotelanlagen können Sie aus mehr als 1.400 Häusern auf der Insel wählen und den Urlaub ganz in Ihrem eigenen Rhythmus verbringen.

Gleich im Onlineservice anmelden und Angebot sichern.*
vorteilswelt.faz.net

In Kooperation mit: [fincallorca](https://fincallorca.de)

* Sie sind noch nicht registriert? Unter faz.net/online-service erhalten Sie alle Informationen, die Sie für Ihre Erstanmeldung benötigen. Teilnahmeschluss des Gewinnspiels ist der 4. August 2024. Die Teilnahme ist ausschließlich über die F.A.Z.-Vorteilswelt unter vorteilswelt.faz.net möglich. Mitarbeiter der Frankfurter Allgemeinen Zeitung GmbH und der beteiligten Kooperationspartner sowie deren Angehörige sind teilnahme-, aber nicht gewinnberechtigt. Keine Barabgeltung. Eigene An- und Abreise. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



Köln Messe-Expertise in São Paulo: Ende Juni debütierte das Erfolgsmodell Gamescom in Brasilien.

Foto dpa

Gamescom erweitert Fokus

Köln steuert wieder auf eine Rekordmesse zu. Überschattet wird das Spektakel von schlechter Stimmung in der Branche.

Von Gregor Brunner, Frankfurt

Gerade noch feierte die Koelnmesse das erfolgreiche Debüt der Gamescom in São Paulo. Mehr als 100.000 Besucher strömten Ende Juni nach Brasilien, um Neuheiten der Videospielebranche zu begutachten. Nun richten sich die Blicke der Koelnmesse und des mitverantwortlichen Game-Verbandes wieder auf Köln, wo Ende August die Stammmesse und die größte Publikumsveranstaltung der Welt in Sachen Videospiele stattfinden soll.

Im vergangenen Jahr besuchten über 320.000 Spieler und andere Interessierte die Messe in Köln, auf der 1227 Aussteller ihre Stände aufgebaut hatten. Tim Endres, der Leiter der Gamescom bei der Koelnmesse, ist zuversichtlich, dass es in diesem Jahr eine noch größere Veranstaltung wird. „Die Branche kehrt erneut und verstärkt zur Gamescom zurück“, sagte er während einer Onlinepressekonferenz

am Dienstag. Schon jetzt hätten sich zehn Prozent mehr Aussteller angemeldet als zum gleichen Zeitpunkt 2023.

Felix Falk, Geschäftsführer des deutschen Branchenverbandes Game, nannte es „nicht selbstverständlich, dass solche Events stattfinden“. Er verweist einerseits auf den Wegfall der Leitmesse Electronic Entertainment Expo (E3) in Los Angeles, der Ende vergangenen Jahres verkündet wurde. Sie wurde von Entwicklern und Verlegern vornehmlich für Ankündigungen und Vorschauen genutzt, mittlerweile aber durch Onlinepräsentationen und Direktvermarktung ersetzt.

Andererseits spielt Falk damit auf die Entlassungswelle in der Branche an, die seit 2022 anhält. Das unabhängige Blog „Game Industry Layoffs“ geht davon aus, dass im laufenden Jahr 10.800 Branchenmitarbeiter ihre Stellen verloren haben – nach rund 10.500 im gesamten vergangenen Jahr. Jüngstes Beispiel aus Deutschland ist das Essener Entwicklerstudio Piranha Bytes, aktiv seit 1997 und bekannt für Rollenspielerien wie „Gothic“ und „Elex“. Zwar ist unklar, ob das Studio fortbesteht – noch existiert eine Anschrift in Gladbeck. Im Zuge der Umstrukturierung des schwedischen Mutterunternehmens Embracer verloren allerdings 35 Mitarbeiter ihre Stellen, und laut der Nachrichtenseite „Gameswirtschaft“ suche man nach einem Käufer für das Studio, dessen Internetseite nur noch das Unternehmenslogo zeigt.

Legt man die Stellenstreichungen zugrunde, kann man von einer mittelschweren Krise in der Branche ausgehen. Auch wenn laut den Branchenanalysten von Newzoo der Umsatz der Videospielebranche im vergangenen Jahr global um 0,6 Prozent auf rund 184 Milliarden Dollar gewachsen ist. Von den größeren Herstellern und Verlegern wie Microsoft werden üblicherweise steigende Produktionskosten und zu lange Entwicklungszeiten genannt, wenn Studios geschlossen werden.

Gerade für größere Verleger hagelt es jedoch Kritik, da die vergangenen Jahre von Zukäufen und Konsolidierung geprägt waren. Viele der aufgekauften Entwicklerstudios sind nun von Sparmaßnahmen der neuen Eigentümer betroffen. Auch kommerzieller und kritischer Erfolg schützt vor einer Schließung nicht, wie das japanische Studio Tango Gameworks mit seinem Überraschungserfolg „Hi-Fi Rush“ aus dem Jahr 2023 feststellen musste. Das zu Microsoft gehörige Studio schloss trotz guter Verkaufszahlen und Fan-wie Kritikerlob Mitte Juni 2024 seine Türen.

Trotz schlechter Stimmung werden die Hallen dennoch gefüllt, mitunter auch wegen einer Erweiterung der Gamescom um Bereiche, wo keine Spiele gezeigt werden. Schon länger gibt es Hallen, in denen Händler Fanartikel anbieten, Influencer-Veranstaltungen abhalten und ein Kostümwettbewerb lockt. Außerdem nutzen viele vermeintlich fachfremde Aussteller die Messe, um sich als Arbeitgeber oder Studienort zu präsentieren: etwa das Rüs-

tungsunternehmen Rheinmetall, die KfW und der Süßwarenhersteller Ritter Sport.

Neu ist eine Halle für Sammelkarten und Brettspiele. Beides artverwandte Themen, wo es unter den Besuchern große Schnittmengen in den Interessen geben dürfte. Ebenso wurde Influencern – Internetpersönlichkeiten, die auf sozialen Medien ihr Geld mit Werbung verdienen – ein größerer Raum für ihre Veranstaltungen eingeräumt.

Einen gewissen Raum wird auch die Politik einnehmen. Eröffnen soll die Messe wie im vergangenen Jahr Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP) und die SPD-Ko-Bundesvorsitzende Saskia Esken. Das Verhältnis der Branche zur Politik ist im Moment angespannt. Ewiger Streitpunkt ist die Förderung für Spieleprojekte aus Deutschland. Hierzulande werden zwar mit Videospiele-Software und Hardware mehr als 9 Milliarden Euro umgesetzt, nur ein kleiner Bruchteil davon verbleibt allerdings am Ort. Seit 2019 besteht deshalb eine Bundesförderung für den Industriezweig. Mitte Juli wurde aber bekannt, dass das entsprechende Referat im Wirtschaftsministerium mit einem weiteren für Kultur- und Kreativwirtschaft zusammengelegt wird. Geplant war für dieses Jahr ein Fördertopf von 33 Millionen Euro, über dessen Verbleib seither Unklarheit herrscht.

FTI-Kunden müssen bis Herbst auf Entschädigung warten

60.000 Reisende während der Insolvenz im Urlaub

dpa. BERLIN. Nach der Pleite des Reiseveranstalters FTI sollen betroffene Pauschalreisende in den kommenden Monaten ihre Entschädigung erhalten. „Bis zum Herbst soll die Mehrzahl der Erstattungen geleistet sein“, sagte eine Sprecherin des Deutschen Reiseversicherungsfonds, über den Pauschalreisen abgesichert sind. „Der Erstattungsprozess befindet sich in Vorbereitung und wird demnächst starten.“ Einen genauen Termin für den Beginn der Auszahlungen nannte die Sprecherin nicht.

Nach Auswertung der Buchungs- und Reisedaten des insolventen Unternehmens gehe es insgesamt um 250.000 Pauschalreisen, die storniert wurden, hieß es. Hinzu kämen 60.000 Pauschalreisende, die bei der Insolvenz bereits mit FTI im Urlaub waren. Zahlungen, die Betroffene vor Ort leisten mussten, um bereits begonnene Reisen fortzusetzen, könnten nun ebenfalls erstattet werden. Zur Höhe der insgesamt fälligen Entschädigungssumme machte der Fonds auf Nachfrage keine Angaben.

Der Reiseversicherungsfonds hatte nach der FTI-Pleite andere Veranstalter wie TUI und DER Touristik beauftragt, gestrandete FTI-Urlauber zu betreuen, damit sie ihren Urlaub fortset-

zen konnten. Die überwiegende Zahl der Reisenden habe ihre Reise dadurch wie geplant zu Ende führen können, hieß es. Die dafür fälligen Kosten überweise der Fonds direkt an den jeweiligen Veranstalter.

FTI, bisher drittgrößter deutscher Veranstalter nach TUI und DER Touristik, hatte Anfang Juni Insolvenz angemeldet und kurz danach alle bereits gebuchten Reisen storniert. Über den Deutschen Reiseversicherungsfonds sind bei Pauschalreisen bereits geleistete Zahlungen gegen eine Insolvenz des Veranstalters abgesichert. Der Schutz gilt nicht für einzeln gebuchte Reisebausteine wie reine Hotelbuchungen. Auch für einzeln gebuchte Flüge oder Mietwagen gibt es keine Erstattung aus dem Fonds.

Der von der deutschen Touristikwirtschaft organisierte und vom Bundesjustizministerium beaufsichtigte Fonds war nach der Insolvenz des Reisekonzerns Thomas Cook im September 2019 gegründet worden. Er soll sich bei einer Pleite eines Reiseanbieters um die Erstattung der Vorauszahlungen der Kunden, gegebenenfalls den Rücktransport gestrandeter Urlauber sowie deren Unterbringung bis zum Rücktransport kümmern.



Wenn plötzlich Reiseanbieter wie FTI insolvent gehen, ist guter Rat teuer. Foto dpa

Ambienta baut Deutschland aus

Investor mit neuem Partner und neuen Europafonds

smo. FRANKFURT. Der italienische Finanzinvestor Ambienta baut seine Präsenz in Deutschland aus und bereitet außerdem zwei neue europäische Fonds vor, einer davon milliarden-schwer. Das kündigte Gründungspartner und Chefinvestor Mauro Roversi gegenüber der F.A.Z. an. Ambienta, der in Deutschland seit 2015 präsent ist, sieht sich als europäischer Investor, der auf den Schwerpunkt Umwelt und Nachhaltigkeit schon setzte, bevor das in den vergangenen Jahren Kapitalmarktmode wurde.

Im Münchener Büro hat nach den Angaben Linus Lenhard als zweiter Partner angeheuert, neben Hans Haderer, dem Leiter der DACH-Region (Deutschland/Österreich/Schweiz). Der Nachname ist in der Private-Equity-Branche nicht unbekannt: Lenhards Bruder Rainer, ein früherer Goldman-Sachs-Banker, arbeitet seit 2019 für die skandinavische Gesellschaft Nordic Capital und leitet dort das DACH-Geschäft. Linus Lenhard kommt vom Private-Equity-Haus Agic Capital. Für Ambienta hatte er 2012 bis 2015 schon als Investmentmanager gearbeitet. Ambienta betrieb sein

Deutschlandgeschäft zunächst von Düsseldorf aus, mit Nico Helling als erstem hiesigen Partner. Ihm folgte im Jahr 2020 Haderer.

Ambienta speist seine Investitionen momentan aus seinem vierten Fonds, der mit 1,55 Milliarden Euro ausgestattet ist, zweieinhalbmal so viel wie der Vorgängerfonds. Er dürfte 2026 beinahe ausinvestiert sein, sagte Roversi. „Wir erwarten vierzehn, fünfzehn Deals für den Ambienta IV.“ Im Jahr 2026 solle das Fundraising – die Einwerbung von Geldzusagen – für den Folgefonds V beginnen. „Er sollte höher als 2 Milliarden ausfallen“, sagte Roversi. Der Topf dürfte so viele Transaktionen speisen wie der laufende Fonds: „Da würde ich an derselben Anzahl Deals festhalten.“ Der durchschnittliche Einsatz von Eigenkapital („Ticket“) fällt mit mehr als 100 Millionen Euro entsprechend höher aus, wie Roversi sagte. Schon im Jahr zuvor, 2025, soll ein auf kleinere bis mittlere Unternehmen ausgerichteter Fonds – im Branchenjargon: Midcap-Fonds – Geldzusagen einsammeln. Er werde 300 bis 400 Millionen Euro umfassen, kündigte Roversi an.

Höhere Risiken drücken Gewinn der Bank of America

Morgan Stanley profitiert von sprudelnden Einnahmen in der Investmentberatung

ham. FRANKFURT. Die Bank of America hat als Einzige der drei großen US-Banken einen Gewinnrückgang im zweiten Quartal gegenüber dem Vorjahresquartal hinnehmen müssen. Morgan Stanley, die Nummer vier der Banken, steigerte hingegen ihren Gewinn aus dem zweiten Quartal 2023 in Höhe von 2,2 Milliarden Dollar nun deutlich auf 3,1 Milliarden Dollar. Morgan Stanley profitierte dabei von überaus stark sprudelnden Einnahmen im Investmentberatungsgeschäft, wo die Bank 51 Prozent mehr einnahm als im Vorjahresquartal.

Die Bank of America (Bofa) verdiente mit ihrer starken Aufstellung sowohl im Privatkundengeschäft als auch Investmentgeschäft zwischen Anfang April und Ende Juni 6,9 Milliarden Dollar. Nach einem Nettogewinn im ersten Quartal von 6,7 Milliarden Dollar nahm in der Bofa anders als bei den Konkurrenten J.P. Morgan und Citigroup im Jahresverlauf die Gewinndynamik zu. Allerdings kam die in Charlotte im Bundesstaat North Carolina beheimatete Bofa über den Gewinn des Vorjahresquartals von 7,4 Milliarden Dollar nicht hinaus. Das ist insofern erstaunlich, als im zweiten Quartal 2023 in den USA eine Regionalbankenkrise tobte, in vielen Banken die Risiken zunahmen und das Investmentberatungsgeschäft fast zum Erliegen kam. J.P. Morgans Chief Jamie Dimon sprach von einer niedrigen Basis, die zu schlagen gewesen sei.

Doch die Bofa scheiterte daran, vor allem weil die Risikoversorge von 1,1 auf 1,5 Milliarden Dollar stieg. Mit 1,3 Milliarden Dollar entfiel unverändert der Löwenanteil auf Konsumenten, bei denen die Rückzahlung der Kreditkartenschulden unsicherer geworden ist. Außerdem ging Bofas Nettozinsüberschuss um 3 Prozent zurück. Gebühren für Investmentberatung und Geldanlage machten diesen Rückgang zwar wett, die Gesamterträge stiegen um ein Prozent. Aber die



Eine Filiale der Bank of America in New York

Foto Bloomberg

Bofa reiht sich damit ein in schon veröffentlichte, eher gemischte Bankbilanzen.

Die mit der Bofa wegen ihrer breiten Aufstellung im Investmentbanking und Privatkundengeschäft am ehesten vergleichbare J.P. Morgan hat nach einem Nettogewinn im zweiten Quartal von 18,2 Milliarden Dollar nun im ersten Halbjahr 2024 rund 31,5 Milliarden Dollar verdient. Die Nummer drei im US-Bankgeschäft, Citigroup, bringt es nach einem Quartalsgewinn von 3,2 Milliarden Dollar nun auf 6,6 Milliarden Dollar Nettogewinn im Halbjahr. Goldman Sachs, die wegen ihrer Konzentration auf das Investmentbanking und die Vermögensverwaltung Morgan Stanley am ähnlichsten ist, hat im ersten Quartal 2024 rund 4,1 Milliarden Dollar

netto verdient, sodass sich ihr Gewinn nach Steuern zum Halbjahr auf 7,2 Milliarden Dollar summiert.

US-Banken profitieren in diesem Jahr von einem anziehenden Beratungsgeschäft rund um Unternehmensverkäufe und Übernahmen (M&A) und Börsengänge. Die Bofa etwa erlöste in der Investmentberatung 29 Prozent, J.P. Morgan sogar 50 Prozent mehr. Goldman enttäuschte etwas mit 21 Prozent mehr an Gebühreneinnahmen.

Nachdem die kurzfristigen Leitzinsen von der Notenbank Fed in den Jahren 2022 und 2023 kräftig erhöht wurden, rechneten Anfang 2024 viele Börsianer mit bis zu sieben Leitzinssenkungen. Doch 2024 hielt die Fed die Zinsen bisher

stabil. Atypisch sind die Zinsen für kurze Laufzeiten in den USA immer noch höher als die für langfristige, was Banken das Geschäft erschwert. Daher zeigten sich Anleger über den in der Bofa gesunkenen und bei J.P. Morgan kaum gestiegenen Zinsüberschuss beunruhigt, während sie sich am Montag vom deutlich gestiegenen Zinsüberschuss von Goldman begeistert zeigte und die Goldman-Aktie auf Rekordkurs getrieben hatten.

Greg Hertrich, der die Analyse des US-Bankensektors bei Nomura in New York verantwortet, sagte der F.A.Z.: „Ich erwarte, dass sich die seit Langem inverse Zinskurve bis zum Jahresende 2025 umkehrt, also normalisiert. Das würde einlagenstarken Banken im Zinsgeschäft helfen, denn ihre Nettozinsmargen sind historisch niedrig bei derzeit etwa 250 Basispunkten.“ Der Wettbewerb um Einlagen werde Banken aber weiterhin zwingen, ihren Sparern recht hohe Zinsen zu bieten, meint Hertrich. „Deshalb werden sich die Zinsmargen im Fall einer nicht mehr inversen Zinskurve zwar erhöhen, aber kaum über 300 Basispunkte hinaus. Mehr als 350 Basispunkte Nettozinsmarge halte ich für sehr unwahrscheinlich.“

Gleichzeitig verschiebt sich bei der Risikoversorge die Gefahr von Kreditausfällen von Gewerbeimmobilien hin zu Kreditkartenschulden. Sowohl J.P. Morgan als auch Bofa und Goldman nannten Konsumenten als größte Treiber für die Risikoversorge. Hertrich sieht das gelassen: „Die Fed hat einen guten Job gemacht“, sagt der Bankanalyst von Nomura. Die Notenbank habe mit Zinserhöhungen das Wirtschaftswachstum etwas gebremst, ohne den Arbeitsmarkt zu sehr zu schwächen und verschuldete Konsumenten zu stark in Schieflage zu bringen. „Bei einer Arbeitslosenrate von 4 Prozent müssen die Banken nun wenig Ausfälle auf Kreditkartenschulden befürchten“, meint Hertrich. (Kommentar Seite 22.)

Depot will sich selbst sanieren

Deko-Filialist beantragt Schutzschirmverfahren

joja. DÜSSELDORF. Der angeschlagene Möbeldhändler und Dekospezialist Depot hat ein Insolvenzverfahren in Eigenverwaltung beantragt. Die hinter den Depot-Filialen stehende Gries Deco Company aus dem unterfränkischen Niedernberg wollte damit das Unternehmen „im Schulterschluss insbesondere mit der Vermieter- und Lieferantenbasis nachhaltig auf die neuen Marktgegebenheiten“ ausrichten, wie es in einer Mitteilung der Gries Deco Company am Dienstag hieß. Das Amtsgericht Aschaffenburg habe das Schutzschirmverfahren bereits genehmigt.

Schon zum Anfang des Jahres hatte sich der Inhaber Christian Gries von der Geschäftsführung getrennt und war wieder selbst an die Spitze gerückt. Mithilfe eines Restrukturierungsfachmanns sollte die Kette nach Verlustjahren wieder auf Kurs gebracht werden. So war der Umsatz im Jahr 2023 auf 330 Millionen Euro gesunken, vor den Coronajahren waren es mehr als 410 Millionen. Unterm Strich standen Verluste. Die Sanierung soll mit dem Schutzschirmverfahren beschlossen werden. Mit Sven Tischendorf und Alexander Höpfner

seien zwei „marktbekannte und insbesondere auch im Einzelhandelssektor sehr erfahrene Schutzschirmexperten“ in die Geschäftsführung berufen worden, hieß es von dem Unternehmen. „Der Weg des Schutzschirmverfahrens wurde sehr gut vorbereitet und bewusst gewählt“, sagte Gries. Nun würden die nächsten Schritte mit Mitarbeitern, Vermietern, Lieferanten und Geschäftspartnern besprochen.

Dabei geht es etwa um die Zukunft der Filialen, ein Insolvenzverfahren gibt die Möglichkeit, Mietverträge außerordentlich zu kündigen. Der Geschäftsbetrieb läuft weiter, auch die Löhne werden im Schutzschirmverfahren von der Bundesagentur für Arbeit für drei Monate übernommen. Hierzulande arbeiteten zuletzt 4400 Menschen für das Unternehmen.

Depot betreibt mehr als 300 Filialen in Deutschland und ist zudem in Österreich und der Schweiz aktiv. Gries, der das Unternehmen in dritter Generation führt, hat Depot schon mehrfach verwendet und wieder gekauft. So gehörte das Unternehmen einst der Schweizer Migros-Gruppe, 2019 übernahm Gries Depot wieder komplett.

Worauf es bei 5 G jetzt ankommt

Huawei muss aus dem Mobilfunknetz in Deutschland verschwinden. Doch die Antennen der Chinesen bleiben stehen. Aber am Ende zählt die Software.

Von Jonas Jansen, Düsseldorf

Es ist eine bedeutende Einigung nach langen Verhandlungen, die die Bundesregierung und die deutschen Mobilfunknetzbetreiber in der vergangenen Woche getroffen haben: Die Technik der chinesischen Unternehmen Huawei und ZTE soll an kritischen Stellen aus dem deutschen Mobilfunknetz verbannt werden. Bis Ende 2026 müssen die Bauteile der beiden Unternehmen komplett aus dem Kernnetz verschwinden. In einer zweiten Stufe sollen bis Ende 2029 auch die Netzwerkmanagementsysteme frei von chinesischen Komponenten sein. Doch die Antennen bleiben stehen. Sie sind von dem Verbot nicht betroffen, weil sie als unkritischer Teil des Netzes gelten. Dort werden Daten übertragen, nicht verarbeitet.

Deutsche Telekom, Vodafone und Telefónica betonen nun, dass die Regelung für sie technisch herausfordernd sein werde und Investitionen erfordere. Doch dürften die Netzbetreiber mit der Einigung gut leben können. Die Vorgaben sind weit weniger scharf, als sie noch vor einigen Monaten skizziert wurden. Das Verbot von Huawei im Kernnetz ist besonders leicht umzusetzen. In diesem kritischen Bereich der Infrastruktur setzen die Telekommunikationskonzerne schon seit Jahren auf die Netzwerkausrüster Ericsson aus Schweden und Nokia aus Finnland, gerade im Ausbau der neuesten 5-G-Mobilfunktechnologie.

Chinesische Anbieter bis zum Jahr 2029 komplett aus dem Netz zu entfernen liegt für die Telekommunikationskonzerne im normalen Ausbau- und Erneuerungszyklus von Netztechnik, der gemeinhin acht bis zehn Jahre dauert. Am Mittwoch vor fünf Jahren hatte Vodafone die ersten 5G-Antennen angeschaltet. Auch Telekom und Telefónica drückten schnell auf Tempo. Inzwischen kommen die drei Anbieter auf eine Netzabdeckung von weit mehr als 90 Prozent der Bevölkerung. Gerade im Vergleich zum Ausbau von LTE läuft der 5G-Ausbau hierzulande zügig.

Mit der Einigung dürfte auch verhindert werden, dass die Mobilfunkkonzerne



Dürfen stehen bleiben: Huawei-Antennen auf dem Postgebäude im bayerischen Mindelheim

Foto Picture Alliance

auf Schadenersatz klagen. Das wäre für die Politik ein mögliches Problem geworden, hätte das Bundesinnenministerium in Sachen Huawei und ZTE eine Anordnung erteilt. Dann hätten die Konzerne ihren Aktionären erklären müssen, warum sie für Milliardenbeträge Funktürme austauschen, ohne eine Gegenleistung zu bekommen. Die Gefahr wäre noch größer gewesen, wenn die Zeiträume für den Ausbau enger gesteckt wären. Dagegen hatten sich die Netzbetreiber stets deutlich gewehrt. Sie fürchteten „durchs Land wandernde Funklöcher“ und verwiesen auf ähnliche Schwierigkeiten in den Vereinigten Staaten und in Großbritannien, die schon vor einigen Jahren ein Huawei-Verbot angeordnet hatten. Gerade wenn sich Kunden von Funkzelle zu Funkzelle bewegen, wird befürchtet, dass Telefonate abbrechen könnten. In Großbritannien wurde deshalb die Ausbaugeschwindigkeit in Amerika koordiniert die Kommunikationsbehörde FCC gar ein Erstattungsprogramm, das die Kosten für den Ausbau unterstützen soll. Im Januar konstatierte die FCC eine „mangelnde Finanzierung“.

Das Grundproblem der Antennen ist, dass sie – abhängig vom Hersteller –

nicht besonders gut miteinander kommunizieren. Deshalb verbauen die Mobiltelefonanbieter in bestimmten Regionen vor allem Antennen eines Herstellers. Man kann deshalb nicht einfach eine Huawei-LTE-Antenne durch eine Ericsson-5G-Antenne ersetzen.

Bislang setzen alle drei Netzbetreiber zumindest teilweise auf Huawei. Im Netz der Telekom sind die meisten Teile der Chinesen verbaut, dort beträgt der Anteil etwas mehr als die Hälfte.

Einen schnellen Austausch erschwert auch, dass Handwerker und Techniker knapp sind. Jede Antenne, die verändert wird, muss zudem von der Bundesnetzagentur abermals geprüft werden. Je nach Technik, die verbaut ist, ändert sich etwa das Gewicht. Es geht also auch um die Statik der Antennen. All diese Punkte dürften die Mobilfunknetzbetreiber in ihren zahlreichen Gesprächen mit den Ministerien angebracht haben. Offenbar ist die Politik ihnen entgegengekommen.

Umso wichtiger dürfte jetzt die Ausgestaltung der geplanten „Allianz für offene Schnittstellen“ werden, die Teil der Vereinbarung ist. Bislang waren die Systeme der Netzwerkausrüster für die Mobilfunknetzbetreiber geschlossen. Zur

Antenne gehörte die Softwaresteuerung dazu. Mit der Allianz sollen nun die Schnittstellen geöffnet und so andere Anbieter wie Juniper oder Cisco aus Amerika zugelassen werden. Oder Software-Eigenentwicklungen etwa von der Telekom selbst.

Das ist der Plan. Denn nicht in den Antennen, die auf die Dächer geschraubt sind, sondern in der Software, dem Steuerungsprogramm, steckt die Intelligenz – und die von der Regierung befürchtete Möglichkeit der Spionage. „Wir reden hier von sehr komplexen Systemen mit einer Vielzahl von bisher nicht offengelegten Softwareschnittstellen in den einzelnen Komponenten des Mobilfunknetzes“, heißt es von der Telekom dazu.

Eine Software, die über eine offene Schnittstelle Antennen steuern kann, gibt es nicht. Solche Programme müssen erst einmal entwickelt werden, vielleicht von den Mobiltelefonanbietern selbst. Nicht nur Huawei, sondern auch Ericsson und Nokia müssen dafür ihre Schnittstellen öffnen. Was zu mehr Wettbewerb für die Netzwerkausrüster führt, ist für die Mobilfunkbetreiber eine Chance: Mehr Anbietervielfalt könnte die Preise des Netzwerks senken.

Die Bierproduktion auf der Welt sinkt

Hopfenpflanzer investieren in Bewässerung

FRANKFURT. Die Brauereien rund um die Welt sind zwar glimpflicher durch die Pandemie gekommen als zeitweise befürchtet. Doch der langfristig sachte Abwärtstrend scheint ungebrochen, wie aktuelle Zahlen zeigen: Die Bierproduktion ging im vergangenen Jahr wieder um 0,9 Prozent auf 1,88 Milliarden Hektoliter zurück. Das geht aus dem Bericht des weltgrößten Hopfenhändlers Barth Haas hervor. Damit setzt sich die langfristige Entwicklung fort: Vor zehn Jahren hatte der Weltbierausstoß seinen Zenit erreicht. Damals wurden rund um die Welt 1,97 Milliarden Hektoliter gebraut. Seither ist die Produktion fast jedes Jahr gesunken, insgesamt um mittlerweile knapp 5 Prozent. Von dem Einbruch während der Pandemie hat sich die Branche zwar wieder erholt, der langfristige Trend – angetrieben auch durch steigendes Gesundheitsbewusstsein und eine alternde Bevölkerung in traditionell wichtigen Biernationen – ist aber kaum aufzuhalten. In Deutschland sinkt der Bierkonsum schon seit 40 Jahren.

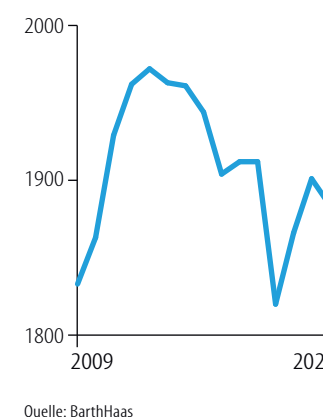
Weniger Bier gebraut wurde im vergangenen Jahr in Amerika, Asien und in Europa, insbesondere in den beiden größten Biernationen der Welt, China und den USA. In China schrumpfte der Ausstoß nur leicht um 0,4 Prozent auf 359 Millionen Hektoliter, in den USA sank der Ausstoß deutlich um 5,6 Prozent auf 193 Millionen Hektoliter. Auch in vielen Ländern Europas haben die Brauereien weniger Bier gebraut: In Großbritannien sank die Produktion um 8,9 Prozent, in Polen um 5,3 Prozent, und auch in Deutschland ging es mit einem Minus von 3,3 Prozent noch überproportional abwärts. In vielen Ländern belasteten hohe Kosten für Energie, Rohstoffe und Fachkräfte die Geschäfte der Brauereien, sagte Peter Hintermeier, Geschäftsführer von Barth Haas. Etwas mehr Bier gebraut wurde in Brasilien und Mexiko, zudem in Indien, Australien und Afrika, allerdings in den drei letztgenannten Fällen auf einem niedrigen Niveau.

Gemessen am Bierausstoß liegt Deutschland unverändert auf Platz fünf in der Rangliste der größten Bierproduzenten – hinter China, den USA, Brasilien und Mexiko. In der Rangliste der größten Bierkonzerne der Welt liegen die deutschen Brauer aber weit abge-

schlagen auf den hinteren Plätzen. Unter den 20 größten Brauereigruppen findet sich kein einziges deutsches Unternehmen. Die vier größten Brauereigruppen – AB Inbev, Heineken, CR Snow und Carlsberg – brauen zusammen mehr als die Hälfte des auf der Welt getrunkenen Bieres. Zum Marktführer AB Inbev gehören die global vertriebenen Marken Budweiser, Corona und Stella Artois; in Deutschland gehören Marken wie Beck's, Franziskaner, Hasseröder und Löwenbräu dazu. Die Mitarbeiter an den vier deutschen Standorten des Konzerns fürchten schon länger, dass AB Inbev seine deutschen Traditionsmarken vernachlässigt und stattdessen auf die globalen Zuggpferde setzt. Tatsächlich produziert AB Inbev seine global vertriebene mexikanische Biermarke Corona seit einigen Wochen erstmals auch in Deutschland am traditionellen Hasseröder-Standort in Wernigerode, wo Kapazitäten frei waren, weil der Absatz von Hasseröder in den vergangenen Jahren zurückgegangen war. Auf den Plätzen hinter AB Inbev folgen in der Rangliste der niederländische Heineken-Konzern und die chinesische Gruppe CR Snow, die mit „Snow“ die global meistverkaufte Biermarke produziert, die im Westen aber nahezu unbekannt ist.

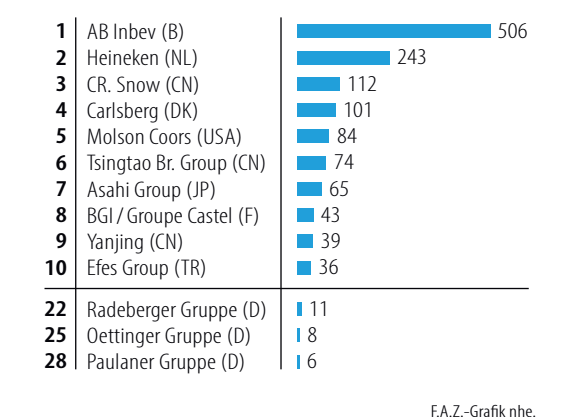
Die Anbaufläche für Hopfen ging 2023 das zweite Jahr in Folge zurück. Sie entspricht grob der Größe des Bodensees. Weil Hopfenbauer in Amerika ihre Flächen zuletzt stärker reduziert haben als in Deutschland, ist Deutschland mittlerweile wieder der größte Hopfenproduzent der Welt – mit einem Weltmarktanteil von rund 34 Prozent. Um langfristig den Ertrag zu sichern, wollen die deutschen Hopfenbauer in den Ausbau der Bewässerung investieren. Anders als in Amerika, wo nahezu alle Hopfenärten bewässert werden, sind es in Deutschland erst rund 20 Prozent. Geplant ist dafür auch der Bau von Rückhaltebecken, um genug Wasser in trockenen Sommern zur Verfügung zu haben. Richtig ärgerlich für die Hopfenbranche – und für einzelne Anbieter auch bedrohlich – ist, dass die EU rückwirkend Rückstandshöchstmengen für Pflanzenschutzmittel geändert hat, so dass mancher eingelagerte Hopfen – obwohl legal produziert – nicht mehr verkauft werden darf.

Globaler Bierausstoß in Millionen Hektoliter



Quelle: Barth Haas

Die größten Brauereien der Welt Bierausstoß, in Millionen Hektoliter



FA.Z-Grafik ihe.

FIRMENINDEX Seite Carlsberg 21 Deutsche Bank 19 Gries Deco Company 20 J.P. Morgan 20 Nokia 21 Sport2000 19 Amazon 18 Citigroup 20 CR Snow 21 Embracer 20 Heineken 21 HKM 16 Kaspersky 22 Leasing 22 Piranha Bytes 20 Tango Gameworks 20 Telefónica 21 Ambienta 20 Danske Bank 19 Ericsson 21 Huawei 21 Mercedes-Benz 22 Rogesa 16 Thyssenkrupp 16 Bank of America 20 Decathlon 19 EY 19 Hugo Boss 22 Microsoft 20 RWE 16 VHV 16 Volkswagen 23 Bastei Lübbe 18 Deutsche Bahn 19 FTI 20 Intersport 19 Morgan Stanley 20 Salzgitter 16 Vodafone 21

Die F.A.Z.-Wetterinformationen

im Internet: www.faz.net/wetter

Advertisement for Frankfurter Allgemeine ARCHIV. Includes text: 'Erfolg entsteht durch Wissen. Ob im Beruf, in der Politik oder im Leben: Erfolgreiche Entscheidungen basieren auf verlässlichen Informationen, Erfahrungen und Bewertungen.' and website www.faz-archiv.de.

Städte Wetter Deutschland

Table of weather forecasts for various German cities including Aachen, Berlin, Hamburg, Frankfurt, München, etc., with columns for 17.07., 18.07., and 19.07.

Weather forecast map of Germany with icons for sun, clouds, and rain. Includes text: 'Vorhersage für heute' and 'Vorhersage: Im Norden überwiegen anfangs Wolken, und vereinzelt gibt es Schauer.' Also includes 'Biowetter' section.

Wetter in Deutschland heute

Summary of current weather conditions across different regions of Germany, such as 'Bremen, Niedersachsen, Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern'.

World weather map showing forecasts for major cities across Europe, Africa, Asia, and Australia. Includes sections for 'Städte Wetter Afrika', 'Städte Wetter Nordamerika', 'Städte Wetter Lateinamerika', 'Städte Wetter Naher Osten', and 'Städte Wetter in Europa'.



Drei Großspender für Trump

Tesla-Chef Elon Musk will offenbar mehr als 100 Millionen Dollar im Wahlkampf um das Präsidentenamt ausgeben. Auch viele seiner Weggefährten stehen Trump zur Seite.

Von Roland Lindner, New York

Am Wochenende hat es Elon Musk offiziell gemacht: Donald Trump habe seine „volle Unterstützung“ im laufenden Präsidentenwahlkampf, verkündete der Vorstandschef des Elektroautoherstellers Tesla auf der ihm gehörenden Plattform X. Dies kam kurz nach dem Attentat auf Trump, und Musk schrieb bewundernd, Amerika habe seit langer Zeit keinen Kandidaten für das Präsidentenamt mehr gehabt, der so „tough“ sei.

Wie sich nun herausstellt, will Musk es nicht bei schmeichelnden Worten für Trump belassen, sondern auch seinen gewaltigen Reichtum nutzen, um seinem bevorzugten Kandidaten zu helfen. Nach einem Bericht des „Wall Street Journal“ will er bis zur Wahl im November 45 Millionen Dollar im Monat an eine kürzlich gegründete Organisation spenden, die sich im Wahlkampf für Trump einsetzt. Das hieße, er würde weit mehr als 100 Millionen Dollar ausgeben, um Trump zurück ins Weiße Haus zu verhelfen – auch für amerikanische Verhältnisse eine gewaltige Summe.

Die bislang größte bekannte Spende im laufenden Wahlkampf kam von Timothy Mellon aus der Bankiersfamilie Mellon, der unlängst 50 Millionen Dollar zugunsten von Trumps Kampagne gab. Diese Gönner bringen Trump, der mit Blick auf Wahlkampfspenden lange gegenüber seinem Rivale Joe Biden zurücklag, auch finanziell in eine immer bessere Position. Für den amtierenden Präsidenten ist das umso schmerzlicher, als es um seine Kandidatur nach einer missglückten Fernsehdebatte mit Trump noch immer Zweifel gibt. Medienberichten zufolge haben einige Großspender sogar gesagt, sie würden ihre Zuwendungen einfrieren, falls Biden der Kandidat der Demokraten bleibt.

Trump weiß nicht nur Musk selbst auf seiner Seite, sondern auch einen Kreis enger Weggefährten um den Tesla-Chef. Der wortgewaltigste davon ist David Sacks, ein Unternehmer und Investor, der wie Musk ursprünglich aus Südafrika kommt. Musk und Sacks kennen sich seit Langem, sie gehören beide zur sogenannten Paypal-Mafia, also dem Netzwerk von Gründern und früheren Führungskräften aus den Anfangsjahren des Bezahldienstes, die später auch mit anderen Unternehmen erfolgreich waren. Sowohl Musk als auch Sacks haben sich in den vergangenen Jahren politisch umorientiert. Musk hat nach eigener Aussage 2016 für Hillary Clinton und 2020 für Joe Biden gestimmt, Sacks hat Clintons Wahlkampf finanziell unterstützt und sich nach dem Sturm aufs Kapitol im Januar 2021 noch deutlich von Trump distanziert. Er sagte damals, Trump habe sich „selbst disqualifiziert“, jemals wieder für ein nationales politisches Amt zu kandidieren. Nun aber schlägt er ganz andere Töne an. Nach dem Attentat am Samstag bejubelte er Trump als „Helden“, am Montagabend hatte er sogar einen prominenten Rednerplatz auf dem Parteitag der Republikaner in Milwaukee. Vor wenigen Wochen hat er in seiner Villa in San Francisco schon ein Abendessen mit Trump veranstaltet, um Spenden für ihn zu sammeln. Er ist auch einer der Moderatoren des in der Technologiebranche weithin gehörten Podcasts „All-In“, Trump war hier kürzlich zu Gast. Sacks hat auch schon den jetzt von Trump zum Kandida-



Joe Lonsdale ist Gründer von 8VC, Mitgründer von Palantir und Unterstützer von Donald Trump.
Foto Bloomberg



Der frühere US-Präsident Donald Trump tritt abermals als Kandidat an.
Foto AFP



Der Chef des amerikanischen Automobilherstellers Tesla: Elon Musk.
Foto Reuters



David Sacks ist früherer operativer Chef des Bezahldienstes Paypal und heute Vorstandsvorsitzender des sozialen Netzwerks Yammer.
Foto Picture Alliance

ten für das Amt des Vizepräsidenten ernannt J.D. Vance finanziell unterstützt – und am Montag dessen Ernennung ausdrücklich begrüßt.

Ein anderer prominenter Trump-Anhänger aus Musks Dunstkreis ist Joe Lonsdale. Er gehört nach einem Bericht der „New York Times“ zu den treibenden

Kräften der Organisation, an die Musks Wahlkampfspenden fließen sollen. Sie heißt America Pac, und sie ist ein sogenanntes Super Pac, also ein politisches Aktionskomitee, das Kandidaten unterstützt, ohne direkt zu deren Kampagnenteam zu gehören. Lonsdale hat kürzlich in einem Gastbeitrag für den „Econo-

mist“ geschrieben, Trump sei der einzige Kandidat im Rennen, der „Regierungskompetenz“ zurückbringen könne. Auch Lonsdale kennt Musk schon aus Paypal-Tagen, er machte dort 2002 ein kurzes Praktikum, bevor der Bezahldienst an Ebay verkauft wurde. Er war dann einer der Mitgründer

des Softwareunternehmens Palantir, heute ist er vor allem als Investor aktiv. Er hat Musk auch dazu ermutigt, vor knapp zwei Jahren die mittlerweile in X umbenannte Onlineplattform Twitter zu kaufen. Zu seinen Mitgründern bei Palantir gehörte Peter Thiel, der deutschstämmige Investor, der auch zur Paypal-Mafia gezählt wird. Er hat Trump schon 2016 im Wahlkampf unterstützt und ist damals auch auf dem Parteitag der Republikaner aufgetreten, hält sich aber im diesjährigen Wahlkampf zurück. Er hat gesagt, er werde zwar wohl widerwillig Trump wählen, aber keine Spenden an ihn fließen lassen.

David Sacks hat seinen Auftritt auf dem Parteitag genutzt, um Joe Biden scharf und auch hämisch zu kritisieren. Biden sei „das Symbol eines Amerika im Verfall“. Das Land brauche einen Präsidenten der „stark und klug“ sei und nicht „schläfrig und senil“. Im Weißen Haus müsse jemand sitzen, der zupacken könne, auch wenn eine Krise ausbreche, nachdem es für Biden Zeit zum Schlafen sei. Mit „verschwenderischen und unnötigen Regierungsprogrammen“ habe Biden zudem die schlimmste Inflation seit Jahrzehnten verursacht. Besonders heftig attackierte Sacks den US-Präsidenten mit Blick auf Russlands Invasion in der Ukraine. Er warf ihm vor, er habe diesen Krieg mit Gesprächen über eine Erweiterung der NATO „proviziert“, und Hunderte von Milliarden an Steuergeldern, die zur Unterstützung der Ukraine ausgegeben worden seien, hätten sich „in Rauch aufgelöst“. Sacks hat sich in der Vergangenheit wiederholt über den Krieg in der Ukraine geäußert und dabei Sympathien für die russische Seite erkennen lassen.

Die Technologieszene steht traditionell der Demokratischen Partei nahe, Mitarbeiter von Techunternehmen spenden an sie noch immer deutlich mehr als an Republikaner. Das macht die deutliche Hinwendung von Musk & Co. zu Trump umso bemerkenswerter. Und David Sacks ist offenbar der Auffassung, Teil einer breiteren Bewegung zu sein. Kürzlich schrieb er auf der Plattform X: „Trump hat viele Unterstützer im Silicon Valley. Viele haben nur Angst, das zuzugeben.“ Auch in Musks Umfeld gibt es freilich noch immer Unterstützer von Biden und der Demokraten Partei. Einer der prominentesten ist Reid Hoffman, ein Investor und einer der Mitgründer des Karrierenetzwerks LinkedIn. Auch er zählt zur Paypal-Mafia und kennt Musk seit Langem.

Musks politisches Engagement könnte sich mit einer direkten Verbindung ins Weiße Haus auszahlen, sollte Trump tatsächlich gewählt werden. Das „Wall Street Journal“ schrieb unlängst, Trump habe mit dem Tesla-Chef über eine mögliche beratende Rolle in der Regierung gesprochen, falls er die Wahl gewinne. Es sei über eine formelle Position auf Gebieten wie Wirtschafts- oder Einwanderungspolitik gesprochen worden. Schon heute gibt es offenbar einen regen Austausch zwischen den beiden Männern. Auf der Hauptversammlung von Tesla im Juni sagte Musk, Trump rufe ihn öfters „aus heiterem Himmel“ an.

Vorfreude auf Trump

Von Hanno Mußler

Die erfolgsverwöhnten US-Banken haben für das zweite Quartal 2024 gemischte Bilanzen vorgelegt. Wenn es einen hohen Gewinnzuwachs gab wie bei J.P. Morgan, ist dieser auf ein einmaliges Geschäft mit dem Kreditkartenanbieter Visa zurückzuführen. Fast alle Banken mussten mehr für ausfallgefährdete Kreditkartenschulden zurückerlegen, nur Goldman Sachs ist hier eine Ausnahme. Diese Bank hat ihren teuren Ausflug in das breite Privatkundengeschäft weitgehend beendet und im Vorjahresquartal hohe Abschreibungen geleistet. Nun konzentriert sich Goldman auf die außerhalb Deutschlands anziehende Investmentberatung. Doch auch Goldman zeigt Schatten: Obwohl die Bank bei vielen Unternehmensverkäufen und Börsengängen beratend tätig war, nahm sie mit Gebühren „nur“ 21 Prozent mehr ein, Rivale J.P. Morgan dagegen satte 50 Prozent. Trotz kaum wachsender Gewinne haben aber fast alle US-Banken, darunter neben den genannten auch Bank of America und Citi, gerade ihre Quartalsdividenden erhöht. Auch Rückkäufe eigener Aktien behalten sie sich vor. Das erfreut die Aktionäre, denn neben Ertrag und Kursstützung winken höhere Eigenkapitalrenditen. Die Bankaufseher dagegen müssen besorgt sein. Sie sind daran interessiert, dass das Eigenkapital der Banken hoch ist, denn es dient als Puffer für künftige Verluste. Wenn Banken Eigenkapital auskehren, ist das also nicht im Sinne der Finanzstabilität. Denn die Verlustpuffer schrumpfen.

Mit Blick auf die Börse erscheint klar, wer zunehmend am längeren Hebel sitzt: die Bankaktionäre und eben nicht die Bankaufseher. Trotz nachlassender Gewinnrenditen sind viele US-Bankaktien gerade auf Rekordkurse gestiegen. Das hat womöglich auch mit Politik zu tun: In einem Jahr soll eigentlich die Endstufe der Eigenkapitalregeln in Kraft treten, die nach der Finanzkrise als „Basel III“ international vereinbart wurden. Sie sehen etwa vor, dass Großbanken ihre Risiken nicht mehr nach eigenen internen Modellen, sondern nach Standardverfahren berechnen und mit Kapital unterlegen müssen. Je wahrscheinlicher aber eine Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten erscheint, desto mehr können Anleger darauf setzen, dass die USA solche Regeln gar nicht einführen werden. Noch mag der Börsenjubel verfrüht sein. Aber klar ist wohl: Die Bankenaufseher in der Fed würden unter Trump an Stand verlieren.

Kaspersky auf dem Rückzug

AFP. MOSKAU. Die russische Softwarefirma Kaspersky hat nach der Verhängung von US-Sanktionen gegen die Führungsspitze und einem Verbot ihrer Programme den Rückzug aus den USA angekündigt. Ab dem 20. Juli werde Kaspersky seine Aktivitäten in den USA „schrittweise reduzieren und die dortigen Arbeitsplätze abbauen“, erklärte das Unternehmen am Dienstag. Der Schritt folge auf die Entscheidung des US-Handelsministeriums, den Verkauf und Vertrieb von Kaspersky-Produkten in den USA zu verbieten. Die Aussichten, in den USA Geschäfte zu machen, seien „nicht mehr tragfähig“.

Das US-Handelsministerium hatte am 20. Juni erklärt, das russische Unternehmen dürfe seine Software nicht mehr in den USA oder an US-Bürger in anderen Teilen der Welt verkaufen oder Updates für bereits verwendete Programme bereitstellen. Für den Übergang wurde Kaspersky eine Frist bis zum 29. September eingeräumt. Parallel zum Verbot der Software wurden Sanktionen gegen zwölf führende Mitarbeiter der Firma verhängt.

Als Grund für die Entscheidung nannte Washington eine Nähe des Unternehmens zu russischen Behörden – ein Vorwurf, den die internationale erfolgreiche russische IT-Firma stets zurückgewiesen hatte. Das Unternehmen, das nach eigenen Angaben 400 Millionen Nutzer hat, wurde 1997 von Jewgeni Kaspersky gegründet. Als Reaktion auf Kritik hatte das Softwareunternehmen 2020 alle Daten seiner westlichen Kunden in Rechenzentren in der Schweiz verlagert.

Mercedes in Bedrängnis

Anleger fordern Hunderte Millionen Euro

ols. STUTTGART. Der Automobilhersteller Mercedes-Benz muss sich weiterhin mit den Altlasten des Dieselskandals auseinandersetzen. Vor dem Oberlandesgericht Stuttgart ging das Musterverfahren zu Schadenersatzklagen von Anlegern weiter. Die mündliche Verhandlung vor dem 20. Zivilsenat zeigte auf, mit welchen Tücken solch ein Verfahren verbunden ist. Das Oberlandesgericht hatte einen Privatanleger als Musterkläger ausgewählt, an dessen Fall der Sachverhalt in den nächsten Jahren aufgearbeitet werden soll.

Ein Knackpunkt dabei ist, dass die Anwälte des Klägers keinen Einblick in das Unternehmen haben und deshalb teilweise ihre Behauptungen nicht sauber begründen können. Die Investoren werfen Mercedes-Benz in der Anfang 2020 eingereichten Klage vor, kapitalmarktrechtliche Pflichten verletzt zu haben. Das Unternehmen habe die Verwendung von illegalen Abgasreinigungseinrichtungen zur Abgasreinigung in seinen Dieselfahrzeugen sowie die hiermit verbundenen Risiken und Kosten dem Kapitalmarkt verschwiegen und die Investoren über die wahren Umstände getäuscht. Zwischen Mitte 2012 und Mitte 2018 sei der Aktienkurs der Daimler AG, deren Rechtsnachfolgerin die heutige Mercedes-Benz Group AG ist, von mehr als 90 Euro auf unter 60 Euro gefallen. Die Anleger hätten deshalb Daimler-Aktien zu teuer erworben.

Die Anwaltskanzlei Tilp vertritt den Musterkläger. Hunderte private und institutionelle Investoren fordern zusam-

mengenommen ihren Angaben zufolge etwa 900 Millionen Euro. Mit dem Kapitalanleger-Musterverfahren (KapMuG) schafft das Oberlandesgericht eine Entscheidungsgrundlage für eine Vielzahl individueller Klagen. Ob es in dem Verfahren zu einer Beweisaufnahme kommt und der aktuelle Mercedes-Chef Ola Källenius als Zeuge gehört wird, ist noch offen. Das Unternehmen wies die Vorwürfe abermals zurück. „Die Ansprüche sind aus unserer Sicht unbegründet.“ Man vertrete unverändert die Auffassung, dass man die kapitalmarktrechtlichen Publizitätspflichten eingehalten habe.

Mercedes musste sich in der Vergangenheit mit Abgasvorwürfen auseinandersetzen. Das Kraftfahrt-Bundesamt (KBA) hatte 2018 und 2019 für insgesamt mehrere Hunderttausend Fahrzeuge des Herstellers Rückrufbescheide wegen einer unzulässigen Abgas-technik erlassen. Seitdem klagen auch immer wieder Kunden individuell gegen Mercedes. Bereits 2019 hatte die Staatsanwaltschaft Stuttgart ihre Ermittlungen im Dieselskandal beendet und die Akten geschlossen. Für Daimler wurde es teuer. Das Unternehmen musste ein Bußgeld in Höhe von 870 Millionen Euro zahlen. Als Ursache für die Abweichungen beim Stickstoffoxid-ausstoß der zugelassenen Modelle sah die Staatsanwaltschaft eine „fahrlässige Aufsichtspflichtverletzung auf Abteilungsleiterbene“. Ermittlungen gegen Vorstandsmitglieder oder einstige Spitzenmanager hatte es nicht gegeben.

In Krisenzeiten sinkt die Lust auf Mode

Bekleidungsunternehmen Hugo Boss senkt Jahresprognose

ben. RAVENSBURG. Angesichts manigfaltiger Krisen verlieren modebewusste Kunden die Lust an schicken Anzügen, Blusen, Hosen und Jackets. Diese Erfahrung macht gerade der Bekleidungshersteller Hugo Boss. Der Max-Konzern hat in der Nacht zu Dienstag seine Jahresprognose nach unten korrigiert und sich für 2024 niedrigere Ziele gesetzt. Das Unternehmen erwartet nun nur noch ein Umsatzplus zwischen 1 und 4 Prozent auf 4,20 bis 4,35 Milliarden Euro – eigentlich wollte der baden-württembergische Konzern 4,30 bis 4,45 Milliarden Euro erwirtschaften. Der operative Gewinn (Ebit) könnte nach den neuesten Prognosen sogar sinken: Hugo Boss geht für das Gesamtjahr 2024 von einer Ergebnisentwicklung aus, die zwischen minus 15 und plus 5 Prozent liegt, was einem Korridor zwischen 350 und 430 Millionen Euro entspricht. Hugo Boss hatte den Gewinn eigentlich um 5 bis 15 Prozent steigern wollen.

„Wir haben den Krieg in der Ukraine, den Gazakonflikt im Nahen Osten oder auch in für uns sehr wichtigen Ländern wie Großbritannien und Frankreich entscheidende Wahlen, das beschäftigt die Menschen und wirkt sich auf das Konsumklima aus“, erklärt eine Hugo-Boss-Sprecherin. „Und auch auf dem chinesischen Markt nimmt die wirtschaftliche Erholung nicht so Fahrt auf, wie wir das erwartet haben.“ Eine Ausnahme bildete der wichtigste Markt des Unternehmens, die Vereinigten Staaten. Dort stiegen die Erlöse von Hugo Boss um rund 5 Prozent, während die Umsätze in der Großregion Europa um 2 Prozent und in der Region Asien-Pazifik um 4 Prozent sanken.

Insgesamt ging der Umsatz des Unternehmens im zweiten Quartal 2024 im Vergleich zum Vorjahr um ein Prozent auf 1,015 Milliarden Euro zurück, der operative Gewinn sank um mehr als 40 Prozent auf 70 Millionen Euro, was einer operativen Umsatzrendite (Ebit) von 6,9 Prozent entspricht. Das Unternehmen führt den Ergebnisrückgang auf die insgesamt schwächere Umsatzdynamik, zusätzliche Marketinginvestitionen und höhere Aufwendungen im stationären Einzelhandel zurück. „Wir befinden uns in einer Phase erheblicher globaler makroökonomischer Unsicherheit, die sich auch auf unsere

Performance im zweiten Quartal ausgewirkt hat“, zitiert das Unternehmen Hugo-Boss-Chef Daniel Grieder.

Die Zahlen drückten die Aktien des Modekonzerns auf den tiefsten Stand seit mehr als drei Jahren. Am Vormittag notierten die Papiere als schwächster M-Dax-Wert 8,5 Prozent tiefer bei 36,95 Euro. Daraus resultiert ein Jahresverlust von rund 45 Prozent. Vor einem Jahr waren die Anteilsscheine noch doppelt so viel wert. Die Experten der Investmentbank Oddo BHF stufte die Hugo-Boss-Aktie nach der Prognose senkung auf „Neutral“ ab.



Vor allem für edle Herrenanzüge bekannt: Hugo Boss

Foto Reuters



Haircut in Kiew

Von Andreas Mihm

Das Überleben der Ukraine in ihrem Abwehrkampf gegen Russland hängt an der Hilfe des Westens. Die Notwendigkeiten gehen weit über dringend benötigte Flugabwehr, Raketen und Panzer hinaus. Auch Kiews Staatshaushalt hängt wegen der desolaten Wirtschaftslage an Geldtransfers aus Amerika und der EU. Weil private Geldgeber sich wegen der Kriegsrisiken zurückhalten, sind staatliche und halbstaatliche aus dem Westen der letzte Rückhalt für das bedrängte Land. Deshalb wäre es einem skeptischer werdenden Publikum im Westen nur schwer vermittelbar, wenn man in Kiew ausgerechnet diese Hilfen dazu nutzen würde, um Zins- und Tilgungszahlungen auf Kredite in Milliardenhöhe an private Gläubiger zu leisten. Doch am 1. August endet die von Blackrock & Co. gewährte zweijährige Zahlungsfrist. Kiew sollte alles dafür tun, einen förmlichen Zahlungsausfall zu verhindern, der Kapitalgeber nachhaltig verprellt. Denn die Ukraine wird private Geldgeber dringend benötigen, wenn es – hoffentlich bald, nach einem akzeptablen Ende des Krieges – darum gehen wird, das Land wieder aufzubauen. Am Ende wird es in den Verhandlungen darum gehen, wie groß der „Haircut“ ausfällt. Einen Verzicht von 20 Prozent ihrer Forderungen hatten die Gläubiger freiwillig geboten. Das ist zu wenig. Der von Kiew verlangte Schuldenschnitt von nominal 60 Prozent erscheint realistisch. Er liegt auch näher an den Kursen, mit denen der Markt ukrainische Bonds bewertet.

EZB sieht mehr Firmenkredite

Reuters. FRANKFURT. Die Kreditnachfrage der Unternehmen wird nach einer Umfrage der Europäischen Zentralbank (EZB) unter Geldhäusern in der Eurozone voraussichtlich im Sommer erstmals seit Längerem wieder zulegen. Sollte sich diese Erwartung der Banken für das dritte Jahrviertel bestätigen, wäre dies der erste Anstieg der Firmenkreditnachfrage seit dem Sommerquartal 2022, teilte die EZB am Dienstag zu den Ergebnissen ihrer vierteljährlichen Kreditumfrage unter Banken mit. Insgesamt werde für die zweite Jahreshälfte ein moderater Anstieg der Kreditnachfrage in den meisten Wirtschaftszweigen erwartet. Ausnahmen blieben die Bauwirtschaft und der Gewerbeimmobiliensektor. Im zweiten Quartal schwächte sich die Nachfrage der Firmen nach Krediten wie schon im Auftaktquartal des Jahres ab. Aus Sicht von Bert Colijn, Volkswirt des Bankhauses ING, zeigt die EZB-Erhebung nur eine bescheidene Verbesserung der Kreditnachfrage an. Die Vergabestandards der Banken seien weiterhin streng. „Für die EZB sollte die Umfrage daher darauf hinweisen, dass es noch viel Spielraum gibt, den Fuß von der Bremse zu nehmen, bevor es wieder zu einer deutlichen Belebung der Kreditvergabe kommt.“

Die Börse

Dax in Punkten	Bundesanleihe Rendite 10 Jahre
19200	2,85
18800	2,70
18400	2,55
18000	2,40
17600	2,25
17.4.24	17.4.24
16.7.24	16.7.24

	15.7.24	16.7.24
F.A.Z.-Index	2631,84	2620,41
Dax	18590,89	18518,03
M-Dax	25688,25	25576,74
Tec-Dax	3384,60	3375,31
Euro Stoxx 50	4983,11	4947,83
F.A.Z.-Euro-Index	161,97	161,42
Dow Jones	40211,72	40954,48
Nasdaq Index	18472,57	18509,34
Bund-Future	131,87	132,52
Tagesgeld Frankfurt	3,73 %	3,73 %
Bundesanl.-Rendite 10 J.	2,45 %	2,41 %
F.A.Z.-Renten-Rend. 10 J.	2,52 %	2,43 %
US-Staatsanl.-Rend. 10 J.	4,23 %	4,16 %
Gold, Spot (\$/Unze)	2422,45	2468,35
Rohöl (London \$/Barrel)	84,88	83,81
1 Euro in Dollar	1,0907	1,0902
1 Euro in Pfund	0,8405	0,8406
1 Euro in Franken	0,9755	0,9761
1 Euro in Yen	172,34	172,65

Alle Werte Stand: 22:07 Uhr

Dispozinsen der Banken zwischen 3,8 und 17 Prozent

Dispozinsen seit 15 Jahren
Durchschnittszins in Deutschland, in Prozent



* bis 10.000 Euro, darüber 10,813% / Quelle: Biallo
Foto dpa, Bearbeitung F.A.Z./F.A.Z.-Grafik Hewlett

Die 10 Banken mit den bundesweit höchsten Dispozinsen in Prozent

VR-Bank Landsberg-Ammersee	17,0
Volksbank Nordharz	16,5
VR Bank Weimar	16,3
Sparkasse Wolfach	16,1
Volksbank eG Alfeld, Bad Gandersheim etc.	16,0
Kreissparkasse Heinsberg	15,8
Raiffeisen-Bank Eschweiler	15,8
Raiffeisenbank Westeifel	15,8
Raiffeisenbank Grübingen	15,8
Raiffeisenbank Aresing-Gerolsbach	15,7

Die 10 Banken mit den bundesweit niedrigsten Dispozinsen in Prozent

Volksbank Zuffenhausen	8,0
Raiffeisenbank Kirtorf	7,9
Volksbank Ober-Mörlen	7,8
Kreissparkasse Saale-Orla	7,6
Ethikbank	7,5
C24	7,5
Salzlandsparkasse	6,3
Volksbank Gera Jena Rudolstadt	5,7
Kreissparkasse Gotha	4,9
GLS Bank*	3,8



Die höchsten Dispozinsen seit der Finanzkrise

Während die Leitzinsen der EZB sinken, sind die Zinsen der Banken fürs Überziehen des Girokontos gestiegen. Nicht nur kleine Banken schlagen ganz schön zu.

Von Christian Siedenbiedel, Frankfurt

Bis zu 17 Prozent Zinsen verlangen Deutschlands Banken für das Überziehen des Girokontos im Rahmen des Dispositionskredits (Dispo). Im Durchschnitt zahlen Bankkunden mittlerweile 12,31 Prozent Dispozinsen pro Jahr. Das ist der höchste Wert seit der Finanzkrise 2008, wie das Verbraucherportal Biallo aufgrund eines aktuellen Zinsvergleichs berichtet. Noch vor einem Jahr habe der Durchschnitt bei 11,6 Prozent gelegen, vor zwei Jahren kostete ein Dispokredit im Schnitt noch knapp unter zehn Prozent. „Obwohl die Kapitalmarktzinsen seit Herbst 2023 spürbar gesunken sind, haben die meisten Banken und Sparkassen ihre Dispozinsen in den vergangenen Monaten weiter nach oben geschraubt“, sagt Sebastian Schick von Biallo. Die FMH-Finanzberatung, die gleichfalls die Zinsen vergleicht, kommt im Schnitt auf 12,13 Prozent, die Stiftung Warentest auf 12,06 Prozent.

Zweistellige Zinssätze – davon können Sparer nur träumen, und auch die aktuellen Zinssätze für Baudarlehen oder Konsumkredite liegen weit darunter. Zwei Argumente führen die Banken ins Feld, warum gerade die Dispozinsen so aus dem Rahmen fallen: Zum einen sei der Dispositionskredit von seiner Konstruktion her nur zur Überbrückung vorübergehender Liquiditätsgapsspeise gedacht. Und zum anderen finde bei der Kreditvergabe keine Bonitätsprüfung statt. Die Höhe der Dispozinsen erkläre sich also aus einer Art „Risikoaufschlag“.

Besonders hohe Dispozinsen findet man laut Vergleich bei einigen kleineren Instituten; es gibt aber durchaus auch große Banken mit zweistelligen Zinssätzen. Im Biallo-Ranking gab oben finden sich die VR Bank Landsberg-Ammersee mit 17 Prozent, die Volksbank Nordharz mit 16,5 und die VR Bank Weimar mit 16,3 Prozent. Von den großen Banken tauchen im Vergleich beispielsweise die Deutsche Bank mit 13,45 Prozent und die Postbank mit 12,89 Prozent auf. Niedrige Dispozinsen haben hingegen die GLS Bank mit 3,8 Prozent, die Kreissparkasse Gotha mit 4,9 und die Volksbank Gera Jena Rudolstadt mit 5,7 Prozent.

Zum Teil unterscheiden die Banken in ihren Konditionen dabei noch mal zwischen den „Dispozinsen“ für die Überziehung des Girokontos innerhalb des vereinbarten Dispositionsrahmens und den „Überziehungszinsen“ für geduldeten Kontouberziehungen über diesen Rahmen hinaus. Bei diesen Überziehungszinsen im engeren Sinne liegt der höchste Zinssatz sogar bei stolzen 21 Prozent. Er wird bei der Volksbank Nordharz fällig. Immerhin sieben Institute in dem Vergleich verlangen mehr als 18 Prozent.

Je nach Region gibt es dabei noch Unterschiede hinsichtlich des Niveaus der Dispozinsen. Unter den Bundesländern kommt Nordrhein-Westfalen mit 13,2 Prozent auf den ersten Platz, gefolgt von Niedersachsen mit 13,04, dem Saarland mit 12,83 und Bremen mit 12,82 Prozent. Etwas niedriger, wenn auch nicht viel, sind die Dispozinsen beispielsweise in Thüringen mit 11,2 Prozent.

„Schon vor dem jüngsten Preisanstieg war der Dispokredit eine kostspielige Angelegenheit“, kommentierte die Stiftung Warentest die Entwicklung. Und die Verbraucherzentrale Hamburg kritisiert: „Seit Jahren zahlen Verbraucher für ihre Dispositionskredite Zinssätze, die nicht angemessen sind.“ Die Organisation Finanzwende, die von dem früheren Grünen-Abgeordneten Gerhard Schick gegründet wurde, hat wiederholt den großen Abstand zwischen Sparzinsen und Dispozinsen der Banken kritisiert.

An politischen Forderungen nach einer Deckelung der Dispozinsen mangelt es seit Jahren nicht – sie wurden aber immer wieder mit dem Argument des drohenden „Zinssozialismus“ zurückgewiesen. Wo sollte der Staat eine Obergrenze festlegen? Wäre da nicht auch jeder Wert wieder willkürlich? Der Gesetzgeber hat stattdessen andere Regelungen getroffen, die Übertreibungen auf dem Gebiet auf marktwirtschaftlichere Weise begrenzen sollen. Unter anderem müssen Banken ihre Kunden anschreiben, wenn diese ihren Dispokredit längere Zeit zu großen Teilen ausgeschöpft haben, und ihnen eine günstigeren Ratenkredit zum Ablösen des Dispokredits anbieten. Zudem sind die Banken jetzt per Gesetz verpflichtet, ihren Dispozinssatz auf der Internetseite zu veröffentlichen.

In der Corona-Krise hatte eine Reihe von Banken und Sparkassen die Dispozinsen deutlich gesenkt. Angeführt von der Frankfurter Sparkasse hatten manche diese im Frühjahr 2020 halbiert, um ihren Bestandskunden in der Krise eine gewisse Erleichterung zu verschaffen. Im Saarland fand diese Initiative mit dem früheren Bundesfinanzminister Oskar Lafontaine einen prominenten Fürsprecher. Nach und nach aber kehrten die meisten Institute ungefähr zu ihren alten Zinssätzen zurück oder übertrafen diese sogar. Die Taunusparkasse in Bad Homburg beispielsweise hatte ihre Dispozinsen in der Krise von 9,93 Prozent auf knapp 5 Prozent gesenkt. Sie behielt die niedrigen Zinssätze vergleichsweise lange bei. Mittlerweile aber ist sie laut Preisanstieg je nach Kontomodell wieder bei 9,87 oder sogar 11,87 Prozent angelangt.

Die Parteien der Ampelkoalition hatten vor der Bundestagswahl teilweise politische Eingriffe bei den Dispozinsen in Aussicht gestellt – diese Pläne wurden aber zumindest bislang nicht umgesetzt. Insbesondere die Grünen hatten angekündigt, sich im Falle einer möglichen Regierungsbeteiligung dafür einzusetzen, dass die Dispozinsen gedeckelt würden. Der Grünen-Bundestagsabgeordnete Stefan Schmidt hatte die Einschätzung vertreten, ein angemessener Zinssatz könnte bei 6 Prozent liegen. Die SPD hatte eine Obergrenze von sechs Prozentpunkten oberhalb eines schwankenden Referenzzinssatzes ins Spiel gebracht. Dafür könne man den von der Bundesbank festgelegten Basiszinssatz nehmen, hieß es – oder den jeweils niedrigsten Zinssatz für Ratenkredite. Im vorigen Sommer hatte es noch einmal einen Vorstoß der Verbraucherminister der Länder gegeben.

Für Verbraucher ergibt sich bei diesem Thema die Schwierigkeit, dass die Dispozinsen nur Teil eines Kostenpakets sind, das mit dem Girokonto verbunden ist. Es gibt Banken, bei denen die Dispozinsen niedrig sind, dafür fallen die Kontoführungsgebühren oder sonstige mit dem Konto verbundene Entgelte höher aus als anderswo, und umgekehrt. Je nachdem wie oft ein Bankkunde den Dispokredit in Anspruch nimmt, kann das Kalkül, welches Girokonto für ihn am günstigsten ist, unterschiedlich aussehen. Die Stiftung Warentest hat einmal die Devisen ausgegeben, als Privatperson ohne große Sonderposten solle man alles in allem nicht mehr als 60 Euro im Jahr fürs Girokonto zahlen. Wer das Konto überzieht, ist allerdings schnell über dieser Grenze.

Viele Leute jedenfalls haben einige Scheu davor, das Girokonto zu wechseln. Sie halten es für umständlich und mit Risiken verbunden, alle Zahlungen und Eingänge auf eine neue Bankverbindung umzustellen. Das zeigen beispielsweise Umfragen von TNS Emnid. Es gibt zwar Hilfen für den Kontowechsel; aber völlig abwegig ist diese Annahme trotzdem nicht, wie Erfahrungen zeigen. Zudem spielen auch noch ganz andere Kriterien für die Frage, wo jemand sein Girokonto hat, eine Rolle: die Entfernung des nächsten Geldautomaten etwa, die Gewohnheit oder persönliche Kontakte. Weil aber die Leute ungerne das Girokonto wechseln und zudem die Kosten aus Kontoführungsgebühren, Dispozinsen und sonstigen Entgelten für einen konkreten Einzelfall gar nicht so leicht zu überblicken sind, sorgt offenbar bei den Dispozinsen, anders als beispielsweise bei den Bauzinsen, der Wettbewerb nicht so leicht für niedrigere Zinssätze.

Finanzwende kritisiert Behörde

arp. FRANKFURT. Der Verein Finanzwende hat die Politik aufgefordert, stärker gegen die Finanzkriminalität vorzugehen. Es gehe darum, gegen den Einfluss der Finanzlobby vorzugehen und gestohlene Steuermilliarden von den Banken zurückzuholen, forderte Anne Brorhülker, die neue Geschäftsführerin des Vereins, die zuvor als Oberstaatsanwältin in Köln eine führende Rolle bei der Aufklärung von Cum-ex-Verfahren spielte. Bei Cum-ex-Geschäften wurden Aktien mit und ohne Ausschüttungsanspruch rund um den Dividendenstichtag zwischen Beteiligten hin- und hergeschoben. Am Ende erstatteten Finanzämter bisweilen mehrfach nicht gezahlte Kapitalertragsteuern. Verwandt sind die Cum-cum-Geschäfte, deren Steuer-schaden Finanzwende auf 28,5 Milliarden Euro und damit ein Vielfaches von Cum-ex beziffert. „Seit 2015 ist unzweifelhaft klar, dass die Geschäfte steuerrechtlich nicht in Ordnung sind“, sagte Brorhülker laut einer Mitteilung. „Wo ist denn das Geld, welche Bank musste zahlen?“ Das Nichtzahlen der Behörden schade dem Vertrauen in den Rechtsstaat, so die ehemalige Oberstaatsanwältin.

Wie Versicherer mit Extremwetter umgehen

Eine Versicherung setzt auf Warnungen, die andere auf schnelle Schadensabwicklung und KI

arp. MÜNCHEN. Am vergangenen Wochenende war es wieder so weit. In einigen Orten in Süddeutschland fiel so starker Hagel, dass selbst der Winterdienst ausrücken musste. Die Hagelkörner haben an zahlreichen Autos wieder Dellen verursacht. Hagel wird zu einem zu Problem. Die Kosten für Schäden durch Naturgefahren beliefen sich laut dem Gesamtverband der deutschen Versicherungswirtschaft im vergangenen Jahr auf 5,7 Milliarden Euro. Das sind 1,7 Milliarden Euro mehr als im Jahr 2022. Grund dafür sind vor allem schwere und teure Hagelschäden an Kraftfahrzeugen, die mit 2 Milliarden Euro zu Buche schlugen. Nicht nur die Frequenz macht den Versicherern zu schaffen, sondern auch die drastisch gestiegenen Reparaturkosten. Den Angaben des GDV zufolge lag der Schadendurchschnitt für Sturm- und Hagelschäden in der Kraftfahrtversicherung bei 4100 Euro, was den dritthöchsten Wert nach 1984 mit 4700 Euro und 2021 mit 4300 Euro darstellt.

Angesichts dieser Preissprünge fällt es derzeit fast allen Kfz-Versicherern schwer, profitabel zu arbeiten. Die Schaden-Kosten-Quote lag im vergangenen Jahr bei 110 Prozent. Das heißt, für jeden Euro Prämieinnahmen mussten die Verbände 1,10 Euro aufwenden, um

Schäden zu erstatten. Auch in diesem Jahr werden die Kfz-Versicherer wohl noch unprofitabel sein, trotz teils deutlich gestiegener Beiträge für die Kunden.

Für Lucie Bakker ist der beste Schaden, der gar nicht erst entsteht. Die Allianz-Managerin bietet ihren Kunden einen Warndienst an, der auf die Straße genau über bevorstehende Unwetter informiert. Über einen Link in der Textnachricht lassen sich eventuell doch entstandene Schäden dann auch gleich melden. Bakker, im Vorstand der Allianz Versicherungs-AG für Schadensabwicklung zuständig, hatte es anfangs gar nicht so leicht, dieses Angebot bei Deutschlands größtem Versicherer durchzusetzen. Es gab Befürchtungen, dass Autofahrer ihr Auto extra nach draußen fahren, um auch Altschäden ersetzt zu bekommen, erzählt sie.

Kunden der VHV würde das nichts nützen. Deutschlands drittgrößter Kfz-Versicherer bringt nach schweren Hagelereignissen einen Scanner direkt zum Kunden. „Das bietet ihnen immense Vorteile“, sagt Stefanie Aigner, die Leiterin der Schaden der VHV am Standort München und zugleich Chefin der Kfz-Sachverständigenorganisation. Nach größeren Hagelereignissen mit vielen Schadenfällen in einer Region wird der Scanner

aufgebaut. Dem Gerät bedienen sich andere Versicherungen, räumt Aigner ein, die Einbettung in die gesamte Schadenabwicklung biete aber bisher nur VHV.

„Die Kunden erwarten nach Terminvereinbarung nicht nur der Hagelschaden, sondern alle relevanten Ansprechpartner“, schildert Aigner. Während das Auto des Kunden untersucht wird, kann dieser einen Kaffee trinken. Nach der Schadenfeststellung kann er sich von dem Mitarbeiter einer Partnerwerkstatt der Versicherung direkt beraten lassen und einen Termin vereinbaren. Oder er verzichtet auf eine Reparatur und bekommt vor Ort die Schadenssumme gleich ausgezahlt oder überwiesen.

Aigner geht es vor allem um eine hohe Kundenzufriedenheit. Gleichwohl gebe es auch Vorteile für den Versicherer. „Wir erhalten validierte Daten über Hagelschäden. Denn die Scanner sind deutlich genauer, als es ein einzelner Sachverständiger sein kann, der die durch Hagel verursachten Dellen nur schätzt“, sagt Aigner. Hinzu komme, dass der Scanner mit KI gekoppelt sei. „Jeder Hagelsturm hinterlässt ein anderes Schadensbild. So können wir als Versicherung sicher sein, auch nur die Schäden zu begleichen, die bei dem Unwetter auch tatsächlich entstanden sind, und nicht andere Dellen“,

so die Versicherungsmanagerin. Zudem verringere die Technik die Bearbeitungszeit der Schadenfälle drastisch. Denn auch ohne Hagel hätten die Sachbearbeiter und Sachverständigen genug zu tun. Laut Aigner gilt es bei der VHV jährlich rund 500.000 Schadenfälle zu bearbeiten, also 6500 pro Tag oder 800 pro Stunde.

Den Hagelscanner leaset die VHV lediglich, darum kann Aigner keine genauen Angaben über die Kosten der eingesetzten Technik machen. Dass der Aufwand sich aber lohnt, steht für sie außer Frage. Die Hagelsaison reicht von Mai bis September, mitunter auch bis in den Oktober hinein. Im vergangenen Jahr zählte die VHV rund 30.000 Schadenfälle wegen extremen Wetters, zumeist Hagel.

Dabei macht der Versicherer aus Hannover durchaus regionale Schwerpunkte aus. Im vergangenen Jahr lagen sie insbesondere in Süddeutschland und in kleinerem Umfang in Rheinland-Pfalz und Nordhessen. Von einer Warn-SMS bei herannahendem Unwetter, so wie sie die Allianz anbietet, hält Aigner weniger. „Natürlich haben wir uns das angeschaut. Aber ich denke, es gibt bereits gute kostenlose Warn-Apps“, sagt sie. Persönlich setzt sie auf die Warn-App Nina, die auch von der Frankfurter Feuerwehr empfohlen wird.

GLÄUBIGER MÜSSEN ZAHLEN

Die Ukraine bereitet ihre Geldgeber darauf vor, dass sie nachschießen müssen.

Finanzen, Seite 25

DIE RÜCKKEHR DER ZERTIFIKATE

Eine Anlageform, die so gefragt ist wie zuletzt vor der internationalen Finanzkrise.

Finanzen, Seite 25

„DER SPORT IST OFT SEHR GRAUSAM“

Ralph Denk, Teamchef von Red Bull-Bora-Hansgrohe, über das Tour-Aus von Primoz Roglic.

Sport, Seite 27

NACH DER EM-NIEDERLAGE

Englands Nationaltrainer Gareth Southgate macht den Weg frei für einen Nachfolger.

Sport, Seite 28

Dax, M-Dax und Tec-Dax

Table with columns for Dax, M-Dax, and Tec-Dax indices, including weekly and monthly changes, and a list of constituent companies with their stock prices and changes.

Table showing the Dax index performance from 2017 to 2024, with columns for year, index value, and percentage change.

Table showing the M-Dax index performance from 2017 to 2024, with columns for year, index value, and percentage change.

Table showing the Tec-Dax index performance from 2017 to 2024, with columns for year, index value, and percentage change.

Table showing the Aktien-Indizes (Stock Indices) for various countries and sectors, including DAX, M-DAX, and Tec-DAX.

Table showing the Euro Stoxx 50 and Stoxx Europe 50 indices, including weekly and monthly changes.

Table showing the Aktien-Indizes (Stock Indices) for various countries and sectors, including DAX, M-DAX, and Tec-DAX.

Börsenkennzahlen von Bloomberg. Alle Angaben ohne Gewähr. K.A. = keine Angaben. ... auch im Tec-Dax enthalten. ... auch im Euro Stoxx 50 enthalten.

Internationale Finanzmärkte

Table with columns for international markets, including Dax, M-Dax, and Tec-Dax, and a list of constituent companies with their stock prices and changes.

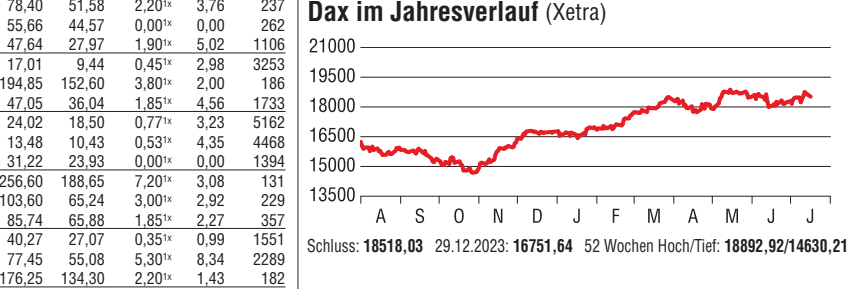


Table showing the Dax index performance from 2017 to 2024, with columns for year, index value, and percentage change.

Table showing the M-Dax index performance from 2017 to 2024, with columns for year, index value, and percentage change.

Table showing the Tec-Dax index performance from 2017 to 2024, with columns for year, index value, and percentage change.

Table showing the Aktien-Indizes (Stock Indices) for various countries and sectors, including DAX, M-DAX, and Tec-DAX.

Table showing the Euro Stoxx 50 and Stoxx Europe 50 indices, including weekly and monthly changes.

Table showing the Aktien-Indizes (Stock Indices) for various countries and sectors, including DAX, M-DAX, and Tec-DAX.

Table showing the Euro Stoxx 50 and Stoxx Europe 50 indices, including weekly and monthly changes.

Table showing the Aktien-Indizes (Stock Indices) for various countries and sectors, including DAX, M-DAX, and Tec-DAX.

Table showing the Aktien-Indizes (Stock Indices) for various countries and sectors, including DAX, M-DAX, and Tec-DAX.

Börsenkennzahlen von Bloomberg. Alle Angaben ohne Gewähr. K.A. = keine Angaben. ... auch im Tec-Dax enthalten. ... auch im Euro Stoxx 50 enthalten.

ANZEIGE

Advertisement for 'Demokratie aktiv gestalten' featuring a book cover and a QR code. The text includes 'Frankfurter Allgemeine Buch' and 'www.fazbuch.de'.

Table showing the Deutsche Börsen (German Stock Exchange) performance, including a list of constituent companies with their stock prices and changes.

Table showing the Europäische Börsen (European Stock Exchange) performance, including a list of constituent companies with their stock prices and changes.

Table showing the Übersee Börsen (Overseas Stock Exchange) performance, including a list of constituent companies with their stock prices and changes.

Table showing the Dow Jones Industrial Average performance, including a list of constituent companies with their stock prices and changes.

Table showing the New York Stock Exchange performance, including a list of constituent companies with their stock prices and changes.

Table showing the Zinsen, Renditen, Terminkontrakte, and EZB-Zinsen (Interest Rates, Yields, Forward Contracts, and ECB Interest Rates).

Table showing the Renten-Indizes (Bond Indices) performance, including a list of constituent companies with their stock prices and changes.

Table showing the Leitzinsen im Ausland (Foreign Prime Rates) performance, including a list of constituent companies with their stock prices and changes.

Börsenkennzahlen von Bloomberg. Alle Angaben ohne Gewähr. K.A. = keine Angaben. ... auch im Tec-Dax enthalten. ... auch im Euro Stoxx 50 enthalten.

Frankfurter Allgemeine Zeitung. Alle Angaben ohne Gewähr. K.A. = keine Angaben. ... auch im Tec-Dax enthalten. ... auch im Euro Stoxx 50 enthalten.

Nach Russlands Überfall auf die Ukraine hatten private Gläubiger Kiew im Sommer 2022 eine Unterbrechung des Kapital- und Zinsdienstes gewährt. Zwei Jahre später strapaziert der mit unverminderter Härte geführte Krieg die Finanzen der Ukraine arg. Auch die Geduld der Geldgeber hat ein Ende. Das Moratorium endet am 1. August, in zwei Wochen. Eine weitere Aussetzung des Schuldendienstes dürfte Kiew bis Dezember Einsparungen in Höhe von 4,6 Milliarden Dollar beschern. Doch zu welchem Preis? Und was passiert, wenn es bis zum 1. August zu keiner Einigung über die ausstehenden Zins- und Tilgungsleistungen in Höhe von 23,3 Milliarden Dollar kommt?

Dennis Shen, Ukraineexperte der Ratingagentur Scope, sagt: Entweder nehme die Ukraine ihren Schuldendienst wieder auf, oder sie könnte in Verhandlungen mit den Gläubigern den Einsatz erhöhen, indem sie fällige Kuponzahlungen nicht leistet und damit möglicherweise einen Zahlungsausfall auslöst. Es sei jedoch „weder im Interesse der Ukraine noch im Interesse ihrer Gläubiger, dass die Ukraine einseitig ihren Schuldendienst einstellt“, sagt Scope-Direktor Shen. Das Land brauche die Gläubiger zur Finanzierung des Krieges und des Wiederaufbaus. „Daher wird in der begrenzten verbleibenden Zeit ein großer Druck bestehen, entweder bis zum 1. August eine Einigung über eine zeitnahe Umschuldung zu erzielen oder sich zumindest formell auf eine Verlängerung des Schuldendienststopps zu einigen, um Raum für weitere Gespräche zu schaffen.“

Ratingagenturen wie Standard & Poor's, Fitch oder Moody's haben die Ukraine bereits im Frühjahr endgültig auf Ramschniveau abgestempelt – mit negativem Ausblick. Scope hat es wenig anders gehalten. Vor dem Hintergrund sagt Gunter Deuber, Chefvolkswirt der österreichischen Raiffeisenbank International (RBI), deren Tochterbank die größte ausländische in der Ukraine ist: „Eine Umstrukturierung wäre sicher sinnvoll, da die Ukraine langfristig Zugang zu Markt braucht; eine Nichteinigung wäre sicher eher negativ für die Ukraine.“

Kiew verlangt 60 Prozent Abschlag

Verhandlungen über eine Restrukturierung der Forderungen in Höhe von einem Achtel des ukrainischen Bruttoinlandsproduktes von zuletzt 178 Milliarden Dollar waren im Juni zu keinem Ergebnis gekommen. „Starke Armeen müssen von starken Volkswirtschaften unterstützt werden, um Kriege zu gewinnen“, erklärte Finanzminister Sergij Martschenko und warb um weitere Unterstützung: „Eine rechtzeitige Umschuldung ist ein entscheidender Bestandteil dieser Unterstützung.“

Doch die bekannt gewordenen Positionen liegen weit auseinander. Während die Ukraine den Gläubigern einen Forderungsverzicht von 60 Prozent abringen will, sind die nur zu einem Schuldenschnitt von 20 Prozent bereit. Hinter den Gläubigern stehen große internationale Investmenthäuser wie Blackrock, Amundi, Pimco oder Fidelity.

Zu Kiews Angebot gehört, alte Anleihen gegen neue mit einer Laufzeit bis 2040 einzutauschen, wobei diese in den ersten anderthalb Jahren mit 1 Prozent verzinst würden, ehe der Zinssatz schrittweise auf 6 Prozent steigen würde, was den Gläubigern zu wenig ist. Anleihen könnten mit einer öffentlichen Garantie unterlegt werden. Im Gespräch sind Zahlungen, die mit der Entwicklung der Wirtschaft und der Steuereinnahmen der Ukraine wachsen. Das gilt bereits für an das BIP-Wachstum gekoppelte Kredite in Höhe von 2,6 Milliarden Dollar aus einer Umschuldung aus dem Jahre 2015, eine Folge der russischen Annexion der Krim.

Der ukrainische Finanzminister sieht seine Position durch den Internationalen Währungsfonds (IWF) gestützt. Dessen laufendes Hilfspaket über neue Kredittranchen im Umfang von 15,6 Milliarden



An Schuldentilgung ist derzeit nicht zu denken: Kiew im Juli nach einem russischen Raketenangriff

Foto dpa

Kiew's Gläubiger müssen zahlen

Der Abwehrkampf gegen Russland kostet viel Geld. Die Ukraine verlangt deshalb von privaten Anleihezeichnern einen Nachlass in Milliardenhöhe.

Von Andreas Mihm, Wien

Dollar hängt auch von der Schuldentragfähigkeit des Landes ab – es sollte in der Lage sein, Zins und Tilgung fristgerecht zahlen zu können. IWF-Leiter Gavin Gray würdigte Kiews neuen Plan für den Schuldenschnitt bei privaten Geldgebern öffentlich mit dem Hinweis, er passe zum Hilfsprogramm.

„Für die Fortsetzung des IWF-Programms ist es zwingend, dass die Schuldentragfähigkeit gegeben ist“, sagt auch RBI-Mann Deuber. Da der private Sektor von dem Programm profitiere, hielt er einen „Haircut“, also eine gleichmäßige Kürzung der nominalen Schulden, für sinnvoll. „Das Erreichen dieser Ziele erfordert erhebliche Abschnitte auf die Eurobond-Wertpapiere, sei es zeitnah in diesem Jahr oder bis 2027“, schrieb die Ratingagentur Scope unlängst. Die privaten Gläubiger lehnen das offenkundig nicht ab, zweifeln aber wohl daran, ob sich aus dem IWF-Vorgaben der von Kiew gewollte Einschnitt der Höhe nach begründen lässt.

Westliche Regierungen drängen auf ein größeres Engagement der privaten

Gläubiger. „Es ist wichtig, dass die Ukraine und die internationalen Anleihegläubiger schnell eine gerechte Einigung über die Parameter der Umstrukturierung finden, die für das Ziel der Wiederherstellung der Schuldentragfähigkeit der Ukraine unerlässlich ist“, sagte ein Sprecher der EU-Kommission der Plattform Euractiv. Die Beteiligten hätten sich verpflichtet, „eine zufriedenstellende und geordnete Umstrukturierungsvereinbarung zu finden, bevor die Aussetzung des Schuldendienstes mit internationalen Anleihegläubigern ausläuft“.

Angespannte Finanzlage

Staatliche Gläubiger der Ukraine im Pariser Club (Deutschland, Kanada, Frankreich, Japan, Großbritannien, die USA) hatten bereits im vorigen Dezember die im Vorjahr beschlossene Aussetzung des Schuldendienstes bis zum Ende des IWF-Programms ausgedehnt und Kiew so eine Atempause bis März 2027 verschafft. Sie hatten weitere bilaterale Gläubiger „er-

mutigt, sich mit der Ukraine rasch auf eine mindestens so günstige Schuldenbehandlung zu einigen“.

Die Finanzsituation in Kiew ist angespannt, auch weil das Wachstum wegen der fortgesetzten russischen Angriffe auf die Energieinfrastruktur schwächelt und Steuermehreinnahmen begrenzt. Deshalb wird über Steuererhöhungen nachgedacht. Der IWF hat seine Wachstumsprognose um einen halben Punkt auf 2,5 bis 3,5 Prozent gesenkt. Die Devisenreserven sind seit dem Frühjahr von knapp 44 Milliarden auf 38 Milliarden Dollar gesunken. Die Militärausgaben verzweifachten sich von 3,2 Prozent des BIP im Jahr 2021 auf 37 Prozent im vorigen Jahr.

Westliche Regierungen finanzieren nicht nur Militärausgaben der Ukraine direkt, sondern auch den Staatshaushalt, der wegen des Kriegs eine steigende Verschuldung aufweist. Hatte der Anteil der Schulden am BIP vor dem Krieg 48,9 Prozent betragen, so lag er im vorigen Jahr trotz Zuschüssen in zweistelliger Milliardenhöhe bei 84,4 Prozent der (stark geschrumpften) Wirtschaftskraft. Für dieses Jahr erwartet der Währungsfonds ein Defizit in Höhe von 94 Prozent des BIP und von 97 Prozent im kommenden.

An den Märkten hat man sich schon auf negative Nachrichten eingestellt. Unter den Schwellenländerbonds notieren Ukraineanleihen mit großen Abschlägen am schlechtesten. Offenbar wird dort antizipiert, dass die Zahlungen auf kurze Sicht so oder so nicht wieder aufgenommen werden. Spekuliert wird, dass bei einem Zahlungsausfall Hedgefonds Papiere erwerben und Kiew auf Zahlung verklagen könnten. Gerichtsort wäre London, weil die Bonds britisches Recht unterlägen, hebt die NGO „Debt Justice“ hervor. Geschäftsführerin Heidi Chow verlangte im „Guardian“, die neue Regierung könne ein Gesetz verabschieden, „in dem klargestellt wird, dass kein Kreditgeber das Land verklagen kann, solange der Krieg weitergeht“.

Zertifikate sind gefragt wie zuletzt vor der Lehman-Krise

Branchenverband reagiert auf Pläne der Bafin

dmoH. FRANKFURT. Das Geschäft mit Zertifikaten ist derzeit so rege wie seit 16 Jahren nicht mehr. Im Mai wurde mit 123 Milliarden Euro im Absatz ein Marktvolumen erreicht wie zuletzt im Jahr 2008. Auf den Aufschwung damals folgte die für viele Privatanleger finanziell schmerzvolle Insolvenz des Zertifikate-Emitenten Lehman Brothers. So etwas soll sich nicht wiederholen.

Daher hatte der Präsident der Finanzaufsicht Bafin, Mark Branson, auf der Jahrespressekonferenz im Mai auf Nachfrage kundgetan, die Bafin sei dabei, sich ein genaueres Bild davon zu verschaffen, ob Produktangebot, Beratung und Verkauf von Zertifikaten „im Einklang mit den Interessen der Verbraucher“ seien (F.A.Z. vom 15. Mai). Nach Lehman hatten viele Bankkunden behauptet, ihnen sei gar nicht bewusst gewesen, was sie da kauften.

Aktuell kaufen die Anleger vor allem Zinszertifikate in Filialen der Sparkassen und der Volks- und Raiffeisenbanken. Der Anleger erhält für eine bestimmte Laufzeit einen bestimmten Zins. Das ist eine ziemlich unspekta-

kuläre Angelegenheit. Damit das deutlich wird, hat der Verband für strukturierte Wertpapiere (BSW) nun Festzins- und Stufenzinsanleihen als neue Kategorie eingeführt und am Dienstag öffentlich gemacht. In der Mai-Statistik lagen „Strukturierte Anleihen“ mit gut 58 Milliarden Euro im Marktvolumen weit vorne.

Bevor zu viel Phantasie in der Finanzaufsicht aufkommt, was sich unter „strukturiert“ denn alles für komplizierte und für den Anleger teure Konstrukte befinden könnten, sollen die nächsten Statistiken zeigen, dass es sich dabei vor allem um banale Zinsprodukte handelt, die seit dem Zinsanstieg vor zwei Jahren wieder sehr gefragt sind. „Als einfach verständliche und transparent gestaltete Bausteine für die Vermögensanlage für alle Anleger mit einem hohen Sicherheitsbedürfnis erhalten diese Produkte ab sofort eine separate Darstellung innerhalb unseres umfangreichen Angebots“, sagte der geschäftsführende BSW-Vorstand Christian Vollmuth. Die Bafin äußert sich zu ihrem laufenden Verfahren im Zertifikatevertrieb nicht.

Erben und Verschenken wie nie Steuerlich veranlagte Beträge erreichen Höchststand

KNA. WIESBADEN. Die Deutschen vererben und verschenken immer mehr. Das beschert dem Staat wachsende Einnahmen durch Erbschaft- und Schenkungsteuern. Wie das Statistische Bundesamt am Dienstag in Wiesbaden mitteilte, haben die Finanzverwaltungen 2023 Vermögensübertragungen durch Erbschaften und Schenkungen in Höhe von 121,5 Milliarden Euro veranlagt. Das steuerlich berücksichtigte geerbte und geschenkte Vermögen stieg damit gegenüber dem Vorjahr um 19,8 Prozent auf einen neuen Höchstwert. Die festgesetzte Erbschaft- und Schenkungsteuer erhöhte sich zugleich um 3,9 Prozent auf 11,8 Milliarden Euro. Dabei entfielen auf die Erbschaftsteuer 7,7 Milliarden Euro (minus 4,5 Prozent) und auf die Schenkungsteuer 4,1 Milliarden Euro (plus 24,9 Prozent).

Das Bundesamt wies darauf hin, dass die Statistik keine Informationen über alle Vermögensübertragungen liefere. Die meisten Erbschaften, Vermächtnisse und Schenkungen lägen

innerhalb der Freibeträge, sodass in der Regel keine Steuer festgesetzt werde. Auch Betriebsvermögen bleiben weitgehend steuerfrei. Wirtschaftsforscher gehen davon aus, dass in Deutschland jährlich über 400 Milliarden Euro vererbt werden.

Die höheren Summen bei der Erbschaft- und Schenkungsteuer beruhen nach Angaben der Statistiker insbesondere auf einem Anstieg von übertragenem Betriebsvermögen auf 29,8 Milliarden Euro (plus 81,3 Prozent). Außerdem wurden 2023 Anteile an Kapitalgesellschaften in Höhe von 10,3 Milliarden Euro (plus 19,5 Prozent) und Grundvermögen (unbebaute und bebauete Grundstücke) von 45,6 Milliarden Euro (plus 18,2 Prozent) veranlagt. Das restliche übrige Vermögen (zum Beispiel Bankguthaben, Wertpapiere, Anteile und Genusscheine) stieg im Vergleich zum Vorjahr auf 37,2 Milliarden Euro (plus 7,6 Prozent). Das übertragene land- und forstwirtschaftliche Vermögen von 1,5 Milliarden Euro blieb im Vorjahresvergleich unverändert.

Börsenfachleute pessimistischer ZEW-Umfrage erstmals seit einem Jahr negativer

Reuters. BERLIN. Börsenprofis blicken nach einer langen Phase wachsender Zuversicht wieder pessimistischer auf die deutsche Konjunktur. Das Barometer für die Erwartungen in den kommenden sechs Monaten sank im Juli um 5,7 Punkte auf 41,8 Zähler, wie das Mannheimer Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) am Dienstag zu seiner Umfrage unter 158 Analysten und Anlegern mitteilte.

Damit erhält die Stimmung nach elf Anstiegen des ZEW-Index in Folge einen Dämpfer. Von der Nachrichtenagentur Reuters befragte Ökonomen hatten für Juli nur mit einem Rückgang auf 42,3 Punkte gerechnet. Die Erwartungen der Finanzmarktexperten an die Konjunkturentwicklung in der Eurozone fielen in der Juli-Umfrage ebenfalls. Der Indikator sank um 7,6

auf 43,7 Punkte. „Wir erwarten, dass das BIP-Wachstum in der Eurozone im dritten Quartal bei etwa 0,3 Prozent zum Vorquartal bleibt und im vierten Quartal 0,4 Prozent erreicht“, sagte Riccardo Amaro vom Analysehaus Oxford Economics.

„Grundsätzlich gebe es gute Gründe für Zuversicht“, sagte Michael Herzum von Union Investment. „Die Realeinkommen entwickeln sich gut, und Kredite werden wieder erschwinglicher. Beides spricht für konjunkturellen Aufwind.“ Dennoch werde es nicht dazu kommen, betonte Thomas Gitzel, Chefvolkswirt der VP Bank: „Die Luft ist raus. Das ist die Botschaft der ZEW-Konjunkturerwartungen.“ Das verarbeitende Gewerbe sei angeschlagen. Der private Konsum werde die laue Entwicklung nicht abfedern können.

Milliardenschaden nach Beryl


arp. FRANKFURT. Der erste größere Hurrikan der diesjährigen Saison, Beryl, hat einen versicherten Schaden von mehreren Milliarden Dollar angerichtet. Nach Einschätzung von Experten von Moody's RMS beläuft sich der Schaden allein in Texas, wo der Hurrikan Anfang Juli mit Windgeschwindigkeiten von rund 130 Kilometern in der Stunde auf Land getroffen ist, zwischen 2,5 und 4,5 Milliarden Dollar. Die wahrscheinlichste Schadenssumme liegt den Experten zufolge bei 3,7 Milliarden Dollar. Zuvor war Beryl, der sich auf seiner Zughänge durch die Karibik abgeschwächt hatte, über Jamaika und die Kleinen Antillen hinweggezogen, wo er einen versicherten Schaden von rund 1,5 Milliarden Dollar angerichtet hatte. Mexiko, das der Sturm ebenfalls streifte, meldete aber nur geringe Schäden. Die Experten rechnen aufgrund der hohen Meerestemperaturen mit einer überaus aktiven Hurrikan-Saison, die von Anfang Juni bis Ende November andauert. Das war auch im vergangenen Jahr der Fall. Allerdings verlief die Hurrikan-Saison für die Versicherer glimpflich, da viele Stürme in wenig bewohnten Gebieten auf Land stießen. Naturkatastrophen haben 2023 einen versicherten Schaden von 100 Milliarden Dollar verursacht.

Sanierung kann sich rentieren

dpa-AFX. BERLIN. Wer sein Einfamilienhaus bis 2045 saniert, spart trotz Investitionsausgaben langfristig Geld. Das ist das Ergebnis einer Wirtschaftlichkeitsrechnung der Prognos AG im Auftrag des WWF Deutschland. Zwar würden die anfänglichen Ausgaben je nach Maßnahme zunächst steigen, auf lange Sicht sei eine Modernisierung aber kosteneffizienter. So könnte schon eine Teilsanierung wie etwa eine Dachdämmung oder ein Fenstertausch zu Einsparungen führen. Bis Mitte 2045 will man auch im Gebäudesektor klimaneutral sein, doch die Sanierungsrate liege derzeit nur bei etwa 0,7 Prozent im Jahr, weit entfernt vom angestrebten Ziel von über zwei Prozent. Auch ohne den Einsatz einer klimafreundlichen Heizanlage würde sich eine Sanierung lohnen. So liegen die Gesamtkosten in einem Fallbeispiel der Studie für ein Einfamilienhaus mit Gasheizung ohne Sanierung bis 2045 bei gut 89.000 Euro. Wird es nach den Effizienzhausstandards EH 70 oder EH 55 saniert und zusätzlich eine Wärmepumpe installiert, sinken die Energiekosten auf rund 65.000 Euro. Wer den Gaskessel ohne Sanierung mit einer Wärmepumpe ersetzt, spart gerade mal knapp 1000 Euro.

Keine Kfz-Steuer von den Erben

dpa-AFX. MÜNSTER. Ist die Erbfolge nach dem Tod einer Autobeisitzerin noch nicht geklärt, darf das Hauptzollamt die fällige Kfz-Steuer bei möglichen Erben noch nicht einziehen. Darauf weist das Finanzgericht Münster nach Beschlüssen hin, die am Dienstag veröffentlicht wurden. Bei dem Streit geht es um die Enkel einer 2022 verstorbenen Großmutter. Sie hatte mehrere Autos. Weil neben zwei Enkelinnen auch ein Sohn der Frau Ansprüche als Erbe gestellt hatte, setzte das Amtsgericht einen Nachlasspfleger zur Klärung ein. Das Hauptzollamt aber forderte die Enkelinnen auf, die bereits vor dem Tod der Großmutter festgesetzte Kraftfahrzeugsteuer für Zeiträume nach deren Ableben zu bezahlen. Die Enkelinnen stellten Anträge auf Aussetzung der Zahlung. Diesen Antrag lehnte das Hauptzollamt wiederum ab – zu Unrecht, wie das Finanzgericht nun entschieden hat. Die Begründung lautet, es bestünden ernste Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Entscheidung. Die Erfolge sei ungeklärt. Ob die Frauen Alleinerben seien, sei noch offen. Die Ansprüche des Hauptzollamtes müssen laut Finanzgericht an den Nachlasspfleger gerichtet werden.

07/2024 Ausschüttung 2024 

grundbesitz Fokus Deutschland

Für den Offenen Immobilienfonds grundbesitz Fokus Deutschland werden am 17. Juli 2024

0,55 Euro pro Anteil


an die Anleger der Anteilklasse RC ausgeschüttet. Für die Anleger der Anteilklasse IC beträgt die Ausschüttung 0,80 Euro. Die gesamte Ausschüttungssumme des Fonds beläuft sich auf rund 10,6 Mio. Euro.

Der einkommensteuerfreie Anteil für Privatanleger liegt bei 60%. Somit sind in der Anteilklasse RC 0,33 Euro steuerfrei und 0,22 Euro unterliegen der Einkommensteuer, sofern kein Freistellungsantrag vorliegt bzw. der Sparer-Pauschbetrag überstiegen wird. Die steuerliche Behandlung der Fondserträge sowie Hinweise zum Investmentsteuergesetz sind den steuerlichen Hinweisen im Jahresbericht zu entnehmen. Zahlstelle ist die Deutsche Bank AG.

Wiederanlage

Bei der Wiederanlage der Ausschüttung – auch für den Fall, dass die depotführende Stelle eine automatische Wiederanlage anbietet – besteht für den Anleger grundsätzlich die Möglichkeit, auf den jeweiligen Ausgabepreis einen Wiederanlageerstatt von 3% zu erhalten. Dieser gilt bis zum 20. September 2024. Es wird empfohlen, dass sich der Anleger hierzu mit seiner depotführenden Stelle in Verbindung setzt.

ISIN Anteilklasse RC: DE0009807081
ISIN Anteilklasse IC: DE0009807099

07/2024 Ausschüttung 2024 

grundbesitz global

Für den Offenen Immobilienfonds grundbesitz global werden am 17. Juli 2024

0,55 Euro pro Anteil

an die Anleger der Anteilklasse RC ausgeschüttet. Für die Anleger der Anteilklasse IC beträgt die Ausschüttung 0,65 Euro. Die gesamte Ausschüttungssumme des Fonds beläuft sich auf rund 42,7 Mio. Euro.

Der einkommensteuerfreie Anteil für Privatanleger liegt bei 80%. Somit sind in der Anteilklasse RC 0,44 Euro steuerfrei und 0,11 Euro unterliegen der Einkommensteuer, sofern kein Freistellungsantrag vorliegt bzw. der Sparer-Pauschbetrag überstiegen wird. Die steuerliche Behandlung der Fondserträge sowie Hinweise zum Investmentsteuergesetz sind den steuerlichen Hinweisen im Jahresbericht zu entnehmen. Zahlstelle ist die Deutsche Bank AG.

Wiederanlage

Bei der Wiederanlage der Ausschüttung – auch für den Fall, dass die depotführende Stelle eine automatische Wiederanlage anbietet – besteht für den Anleger grundsätzlich die Möglichkeit, auf den jeweiligen Ausgabepreis einen Wiederanlageerstatt von 3% zu erhalten. Dieser gilt bis zum 20. September 2024. Es wird empfohlen, dass sich der Anleger hierzu mit seiner depotführenden Stelle in Verbindung setzt.

ISIN Anteilklasse RC: DE0009807057
ISIN Anteilklasse IC: DE000A0NCT95

ANZEIGE

Name: 16.07.2024 Whrg. Ausg./Rückk. Perf. 1 Monat *Preis vom Vortag / letzter verfügbar

Nachhaltigkeits-Fonds (ESG) ARETE ETHIK INVEST info@arete-ethik.ch; www.arete-ethik.ch PRIME VAL Growth A € 145,33 0,49 PRIME VAL Income A € 129,45 0,69

.Deka Investments www.deka.de | Tel. 069 / 7147-652 DBA ausgewogen € 131,33 / 126,28 1,82 DBA dynamisch € 121,11 / 116,45 2,04 DBA konservativ € 106,38 / 104,27 1,24

Metzler Asset Management GmbH RWS-Aktient Nachh € 114,98 / 109,50 2,09

ODDO BHF Asset Management Etk-PolarisBd DRw € 93,73 / 91,00 0,92 Etk-PolSDyn DRw € 119,06 / 115,59 1,59

ÖKOWORLD Telefon +49 2103 28410 Growing Mixts 2.0 € 276,68 / 263,50 3,38 KiMa € 119,12 / 113,45 -0,75

C&P Funds (Creutz & Partners) C&P Funds Classix € 102,50 / 102,50 -0,53 C&P Funds Detox € 51,77 / 51,77 0,17

Union Investment www.union-investment.de Tel. 069 589 98-6060 PrivatFonds: Nachh € 55,77 / 55,77 1,83 UniNachh AktEu A € 75,44 / 71,85 0,39

Alte Leipziger Trust Euro Short Term € 41,46 / 41,05 0,79 Aktien Deutschland € 130,04 / 123,85 0,38 AL Trust Euro Relax € 51,64 / 50,14 0,62

AXXION www.axxion.lu / info@axxion.lu MAS Val-Priv Inv P € 355,94 / 338,99 0,17 MII Act-Europa A € 346,75 / 330,24 0,19

BNP PARIBAS ASSET MANAGEMENT Aqua € 223,91 / 0,64 China Equity € 133,81 -0,55

BNP Paribas Funds AridEka CF € 95,98 / 91,18 0,31 BasisStrat Flex CF € 124,38 / 119,88 2,11

C&P Funds (Creutz & Partners) C&P Funds Classix € 102,50 / 102,50 -0,53 C&P Funds Detox € 51,77 / 51,77 0,17

Table with 10 columns: Titel, ISIN, Preis, Performance in %, Lfd. Kosten %

Alle dargestellten Investmentfonds sind Teilnehmer am Fonds Service, sortiert nach 3-Jahresperformance, berechnet nach BVI Methode. Laufende Kosten % = Anteil der Verwaltungskosten eines Fonds, hoher Prozentsatz = hoher Kostenanteil.

Table with 10 columns: Titel, ISIN, Preis, Performance in %, Lfd. Kosten %

Table with 10 columns: Titel, ISIN, Preis, Performance in %, Lfd. Kosten %

Table with 10 columns: Titel, ISIN, Preis, Performance in %, Lfd. Kosten %

Table with 10 columns: Titel, ISIN, Preis, Performance in %, Lfd. Kosten %

Tägliche Veröffentlichung der Anteilspreise von Qualitätsfonds - mitgeteilt von Infront Financial Technology GmbH

Table with 2 columns: Fundname, Preis

IPConcept Die Fonds-Designer ME Fonds PERGAMONFE 1001 / 953,09 0,44

Union Investment www.union-investment.de Tel. 069 589 98-6060

Table with 2 columns: Fundname, Preis

Table with 2 columns: Fundname, Preis

KanAm Grund www.kanam-grund.de info@kanam-grund.de | Tel. 069-7104110

Table with 2 columns: Fundname, Preis

Table with 2 columns: Fundname, Preis

Table with 2 columns: Fundname, Preis

LRI Invest S.A. NW Global Strategy € 126,39 / 126,39 2,07

Table with 2 columns: Fundname, Preis

Table with 2 columns: Fundname, Preis

GUINNESS GLOBAL INVESTORS www.guinnessgl.com/info@guinnessgl.com

MEAG www.meag.com privatnleger@meag.com

Table with 2 columns: Fundname, Preis

Table with 2 columns: Fundname, Preis

Table with 2 columns: Fundname, Preis

www.hal-privatbank.com ERBA Invest OP € 32,37 / 30,83 -0,19

Table with 2 columns: Fundname, Preis

Table with 2 columns: Fundname, Preis

www.hwb-fonds.com | info@hwb-fonds.com Tel +49 651 1704 301 | +352 48 30 48 30

NOBIS LiLux Convert € 261,92 / 254,29 1,18

Table with 2 columns: Fundname, Preis

Table with 2 columns: Fundname, Preis

Table with 2 columns: Fundname, Preis

ODDO BHF Asset Management Basis-Fonds I Nach € 144,70 / 144,70 0,40

Table with 2 columns: Fundname, Preis

Table with 2 columns: Fundname, Preis

Table with 2 columns: Fundname, Preis

UBS Funds Services Lux S.A. UBS (L) EM Eq P AA S- € 134,42 6,13

Table with 2 columns: Fundname, Preis

Table with 2 columns: Fundname, Preis

Table with 2 columns: Fundname, Preis

IFM Independent Fund Management AG ACATIS FV Akt.Gl. € 300,09 / 285,80 2,35

Table with 2 columns: Fundname, Preis

Table with 2 columns: Fundname, Preis

Table with 2 columns: Fundname, Preis

INKA Intern. Kapitalanlagegesellschaft APO High Yld Spez € 996,7 / 942,1 9,19

Table with 2 columns: Fundname, Preis

Table with 2 columns: Fundname, Preis

Table with 2 columns: Fundname, Preis

UBS (L) GCB AD T2 € 194,12 / 188,47 0,99

Table with 2 columns: Fundname, Preis

Table with 2 columns: Fundname, Preis



F.A.Z. Einspruch — Wir feiern 75 Jahre Grundgesetz

Testen Sie Ihr Wissen und sichern Sie sich die Frankfurter Allgemeine Einspruch 4 Wochen gratis. Zudem erhalten Sie die Chance auf ein unvergessliches Erlebnis.

Wir verlosen 3 x 2 Tickets für die exklusive Liveaufzeichnung unseres Einspruch-Podcasts in der Humboldt-Universität zu Berlin, inklusive einer Führung durch unser F.A.Z.-Hauptstadt-Büro.

Jetzt teilnehmen und gewinnen: faz.net/quiz-einspruch

Advertisement for 'Quarterly' magazine featuring a woman's face and the headline 'Wollen wir alle 120 werden?'.

Wollen wir alle 120 werden?

Ihre Meinung ist gefragt. Viele träumen von einem langen, gesunden Leben – ohne Demenz und körperliche Gebrechen.

Nehmen Sie an unserer Umfrage teil, und sichern Sie sich die aktuelle Ausgabe gratis als Dankeschön!

Jetzt teilnehmen: faz.net/faq-umfrage

BGH entscheidet gegen Kind

Der Unternehmer ist nicht mehr Geschäftsführer von Hannover 96 – aber so ganz lässt er nicht los.

Von Christian Otto, Hannover

Das Urteil zu seinen Lasten nahm Martin Kind aus der Ferne wahr. Der Unternehmer und Fußballförderer muss gehorchen, dass sich die Reise zum Bundesgerichtshof (BGH) nach Karlsruhe für ihn nicht lohnen konnte. Wie erwartet ist der BGH zu dem Urteil gekommen, dass die Abberufung von Kind als Geschäftsführer der Hannover 96 Management GmbH rechtens war. Die Entscheidung beendet einen zweijährigen Streit zwischen Kapitalseite und Stammverein und bringt Hannover 96 unter Druck. Damit der Zweitligaklub kurz vor dem Saisonstart Anfang August handlungsfähig bleibt, muss zeitnah ein neuer Geschäftsführer gefunden werden.

Das juristische Säbelgerassel rund um die Zuständigkeiten bei Hannover 96 beinhaltet eine Mischung aus Komik und Tragik. Der mittlerweile 80 Jahre alte Kind war 1997 zunächst als Präsident angetreten, um den Verein aufzupäppeln und zu entwickeln. Unter seiner Regie ist ein Firmengeflecht entstanden, über dessen Inhalte, Vorteile und Tücken selbst das höchste deutsche Gericht lange nachdenken musste. In diesem konkreten Fall ist entschieden worden: Kind hatte sich zu Unrecht an Urteile des Landgerichtes Hannover und des Oberlandesgerichtes Celle geklammert. Die Vereinsführung von Hannover 96 ist in ihrer Auffassung bestätigt worden, dass Kind an der sensiblen Nahtstelle zwischen Geldgebern und Vereinsmitgliedern nicht mehr tragbar sei. Er wird ab sofort von etwas ferngehalten, das unter seiner Obhut aufgebaut worden ist.

Wie reagiert ein Macher wie Kind auf diese juristische Niederlage und Zäsur? Mit einer Demission oder dem Hissen einer weißen Flagge war nicht zu rechnen. Minuten nach der Urteilsverkündung des BGH ließ der Unterlegene eine Pressemitteilung verschicken, die ver-

Herr Denk, mit Ihrem neuen Mehrheits-eigner Red Bull sind Sie und Ihr Team, das nun Red Bull-Bora-hansgrohe heißt, mit großen Erwartungen in diese Tour de France gegangen. Primoz Roglic sollte um den Sieg fahren. Doch er ist nach zwei Stürzen ausgeschieden, und mit Alexander Vlasov hatten Sie schon vorher einen weiteren starken Bergfahrer und Helfer verloren. Sie stehen mit leeren Händen da, manche sehen einen Scherbenhaufen. Sie auch? Nein, einen Scherbenhaufen sehe ich nicht. Aber es ist wie oft im Leben: Wenn man es besonders gut machen will, dann klappt es nicht. Im Sport, besonders im Radsport, ist nicht alles planbar. Ich würde viel besorgter sein, wenn wir sagen müssten, wir sind regelrecht abgehängt worden, aber so war es nicht. Bis Primoz die Tour verlassen musste nach seinem zweiten Sturz, hatte er eine gute Leistung gezeigt. Er ist auf Platz vier ausgeschieden und war nur ein paar Sekunden hinter dem Podium. Von einem Scherbenhaufen würde ich da nicht sprechen.

Roglic machte aber nicht den Eindruck, als könne er mit Pogacar und Vingegaard mithalten, vielleicht noch mit Evenepoel. Wie haben Sie das gesehen? Pogacar und Vingegaard fahren auf einem sehr, sehr hohen Niveau. Wenn man wie wir ins Rennen geht und will die Tour gewinnen und trifft dann auf solche Ausnahmefahrer, dann ist das eben so. Wenn wir Dritter geworden wären, wäre es auch weitergegangen. Und jetzt geht es auch weiter. Der Sport ist oft sehr, sehr grausam. Mir hat der Bora-Gründer Willi Brückbauer dieser Tage gesagt, ein Business zu leiten ist viel einfacher als einen Sportbetrieb, und da hat er in einer gewissen Weise recht. Ein Unternehmen zu leiten ist auch schwer, aber da kann man viel skalieren und planen und umsetzen, mit Fleiß kommt man da schon weit. Auch wir waren sehr fleißig vor der Tour. Aber wenn dann zwei wichtige Leute durch Stürze ausscheiden, ist der Plan nicht mehr zu retten.

Ist Roglic zu brav, zu introvertiert für den Zirkus Tour de France, vielleicht auch noch zu verletzt nach seiner fürchterlichen Niederlage gegen Pogacar bei der Tour 2020?

Als zu brav würde ich ihn nicht beschreiben. Er ist ein mega Kämpfer. Er hat in seiner Karriere schon viele Rückschläge aushalten müssen und ist immer wieder zurückgekommen. Ich bin überzeugt, dass er auch jetzt wieder zurückkommt. Er hat in der Vorbereitung auf die Tour das schwere Critérium du Dauphiné gewonnen und den Auftakt der Baskenland-Rundfahrt auch. Das ist natürlich nicht vergleichbar



Vom Gericht in Schranken gewiesen:

Aber Martin Kind möchte bei Hannover 96 weiter mitmischen.

Foto dpa

deutlichen soll, an welchen Stellen Kind an der Macht bleibt. Er kündigt an, in den Aufsichtsrat der Hannover 96 GmbH & Co. KGaA zu wechseln, und erinnert daran, dass er in mehreren anderen Gesellschaften im 96-Konstrukt Geschäftsführer bleibt. Insgesamt besteht laut der Mitteilung der Wunsch, konstruktiv für eine Weiterentwicklung von Hannover 96 zusammenzuarbeiten.

Die Vorwürfe, die das Vorstandsteam von Hannover 96 mit Sebastian Kramer an der Spitze gegen Kind richtet, klingen bis heute deftig. Nach fast drei Jahrzehnten in der Verantwortung – in den letz-

ten Jahren mit einer spät erwachten Opposition konfrontiert – wird Kind beschuldigt, seine Pflichten als Geschäftsführer verletzt und Informationen sowie Zahlungen zurückgehalten zu haben. Es lässt sich nicht verbergen, dass der mächtige Mann im Laufe der Jahre immer weniger Lust darauf hatte, sich bei grundlegenden Entscheidungen mit ehrenamtlichen Vereinsvertretern abzustimmen. Kind vertritt die Auffassung: Wer einem Fußballverein das nötige Geld für eine Teilnahme am Profisport gibt, muss auch das Sagen haben.

Diese Logik lässt sich nur schwer mit der 50+1-Regel vereinbaren, die dafür sorgt, dass die Entscheidungshoheit in Profiklubs auf der Vereinsseite bleibt. Das Tauziehen bei Hannover 96, das vor Gericht, hinter den Kulissen und in den Medien ausgetragen wird, besitzt bundesweiten Unterhaltungswert. Denn über allem schwebt die Frage, ob Kind mit seinem Urteil einen gänzlichen Rückzug von Kind eingeleitet hat. Als Hörakustikerunternehmer hat er den Großteil der Verantwortung an seinen Sohn Alexander weitergereicht. Seinem jüngeren Sohn Matthias ließ er die Anteile als Mehrheitsgesellschafter von Hannover 96 übertragen.

bleibt maßgeblich mit der Frage verbunden, was die DFL zulässt. Bayer Leverkusen, der VfL Wolfsburg und die TSG Hoffenheim profitieren weiterhin von Ausnahmeregelungen. In allen anderen Vereinen der ersten und zweiten Bundesliga schreibt die 50+1-Regel vor, dass Investoren nicht das letzte Wort haben dürfen – so auch in Hannover.

Wer bei Hannover 96 zukünftig das Sagen bei großen und wichtigen Themen hat, muss sich erst noch zeigen. Kurzfristig betrachtet, benötigt die Hannover 96 Management GmbH einen neuen starken Mann, um zum Beispiel Verträge für Neuzugänge und Spielverkäufe unterschreiben zu können. Langfristig wichtiger ist die Frage, ob der BGH mit seinem Urteil einen gänzlichen Rückzug von Kind eingeleitet hat. Als Hörakustikerunternehmer hat er den Großteil der Verantwortung an seinen Sohn Alexander weitergereicht. Seinem jüngeren Sohn Matthias ließ er die Anteile als Mehrheitsgesellschafter von Hannover 96 übertragen.

„Der Sport ist oft sehr grausam“

Ralph Denk, Teamchef von Red Bull-Bora-hansgrohe, über das bittere Tour-Aus von Primoz Roglic, die Rolle des Kapitäns im Radsport, außergewöhnliche Erscheinungen – und den Nachwuchs.



Ralph Denk

mit der Tour de France, aber das waren durchaus gute Ergebnisse in diesem Jahr.

Ist Roglic noch der richtige Mann für die Tour 2025? Er ist dann 35. Ergibt es Sinn, weiter auf ihn zu setzen?

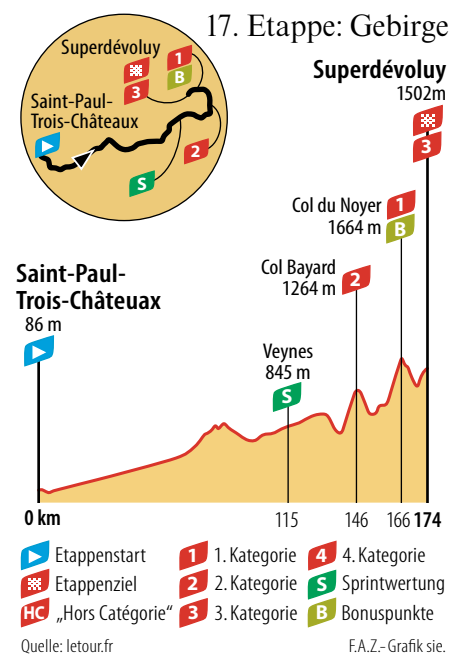
Es ist viel zu früh, darauf eine Antwort zu geben. Mit der Tour de France geht demnächst ja nur die erste Saisonhälfte zu Ende. Dann schauen wir mal, was im Sommer und Herbst noch kommt. Mit der Tour de France 2025 werden wir uns dann im Anschluss befassen. Sie ist noch weit weg.

Was sagt man bei Red Bull zu diesem missglückten Tour-Auftritt zu Beginn des Engagements?



Blutig und geschlagen: Primoz Roglic verlässt vorzeitig die Tour. Foto AP

Klar hat man sich das bei Red Bull auch anders vorgestellt. Aber dort engagiert man sich ja schon lange im Sport und hat viel Erfahrung auch in anderen Sportarten. Man weiß, dass vieles planbar ist im Sport, aber eben nicht alles. Im Radsport ist es oftmals doppelt hart, weil die Tour de France über einen Zeitraum von drei Wochen geht und man keine Möglichkeit hat, Fahrer einzuwechseln, wenn sich welche verletzen. Wenn sich beim Fußball einer verletzt, dann kommt halt der nächste aufs Feld, und man hofft, dass der ähnlich gut ist. Wenn wir im Radsport den Kapitän verlieren, dann ist er weg und es gibt keinen Ersatz. Das ist sehr bitter für jedes Team, nicht nur für unser.



Wie geht es weiter? Wenn man die Klasse von Pogacar und Vingegaard sieht, dahinter den jungen Evenepoel, da muss einem doch angst und bange werden als Teamchef, der sich zum Ziel gesetzt hat, die Tour zu gewinnen.

Wir haben gesagt, dass wir die Tour mittelfristig gewinnen wollen. Aber uns ist natürlich auch bewusst, dass dies gegen diese außergewöhnlichen Fahrer sehr schwierig ist. Wir halten es dennoch nach wie vor nicht für komplett unmöglich.

Wie beurteilen Sie die Leistung von Pogacar? Ist das noch von diesem Stern?

Er ist ein außergewöhnlicher Rennfahrer. Sehr beeindruckend. Er hat sehr gute Chancen, nach dem Giro nun auch die Tour zu gewinnen. Solche Ausnahmerscheinungen hat es im Sport schon immer gegeben.

Wie geht es weiter mit Red Bull-Bora-hansgrohe? Wo sehen Sie die Perspektiven? Reicht es, alles allein mit Sturzpech zu erklären? Welche Lehren können Sie aus dieser Tour ziehen?

Es ist schwierig, wirkliche Lehren daraus zu ziehen. Stürze wird es immer geben. Vielleicht kann man darüber diskutieren, ob man noch mehr Manpower braucht, noch stärkere Helfer, die Roglic noch besser beschützen, noch besser vorn halten. Für die aktuelle Situation gibt es aber natürlich auch Gründe. Wenn man die Kaderwerte und das finanzielle Volumen der Teams bei der aktuellen Tour vergleicht, sind wir nicht annähernd auf Augenhöhe mit Pogacars und Vingegaards Mannschaften. Das wird mit Red Bull jetzt peu à peu in die richtige Richtung gehen, aber das geht nicht von heute auf morgen.

Wird sich in Ihrem Fahrerpool viel ändern zur neuen Saison. Gehen Sie auf Einkaufstour?

Es wird Transfers geben. Wir werden dabei nicht nur, aber hauptsächlich auf junge Fahrer setzen. Natürlich brauchen wir an der einen oder anderen Stelle auch viel Erfahrung, aber prinzipiell werden wir versuchen, jungen Rennfahrern eine Chance zu geben. Wir werden auch in die eigenen Reihen schauen. Wir haben mit Florian Lipowitz aktuell einen sehr talentierten deutschen Fahrer. Mal schauen, wie weit er es bringen kann. Klar ist, dass wir jetzt keine Pläne umschreiben und alles infrage stellen werden. Es läuft gerade nicht nach Plan. Aber unser Kartennaus ist sehr stabil aufgestellt. Wir werden konzentriert weiterarbeiten.

Das Gespräch führte Michael Eder.

Sieg mit Schwung und Schatten

DFB-Frauen gewinnen 4:0 gegen Österreich

mah. HANNOVER. Die Probe aufs Exempel ist gelungen. Fünf Tage vor der Abreise zu den Olympischen Spielen in Paris löste das Frauenteam des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) die letzte Pflichtaufgabe in der Heimat erfolgreich. Gegen Österreich kam die Auswahl von Horst Hrubesch in Hannover im abschließenden Qualifikationsspiel für die Europameisterschaft im Sommer 2025 zu einem ungefährdeten 4:0. Damit behauptete sie den ersten Platz in der Gruppe A. Das Ergebnis, so die Hoffnung des Bundestrainers, könnte den positiven Nebeneffekt bringen, dass er sich auf das Selbstvertrauen seiner Spielerinnen positiv auswirkt, die insgesamt hoffen, in Frankreich an ihren Gold-Coup von 2016 in Rio de Janeiro anknüpfen zu können. Die Verletzung von Lena Oberdorf, die nach einem Zweikampf in der 69. Minute schreiend auf dem Rasen liegen blieb, anschließend ihr rechtes Bein nicht mehr belasten konnte und von Betreuern gestützt in die Kabine humpelte, versah den Sieg mit einem Schatten.

Das Ticket für die kommende EM in der Schweiz hatten die Deutschen zuvor bereits gelöst, während es für ihre drittplatzierten Gegnerinnen aus der Alpenrepublik mit Blick auf das Tabellenklastement so oder so nichts mehr zu gewinnen gab.

Zum Unterhaltungswert des Nachbarschaftsduells, das vor 43.953 Zuschauern über die Bühne ging, trug bei, dass das von Kapitänin Giulia Gwinn angeführte Ensemble eine offensive Herangehensweise wählte, damit es nicht nur bei der Ankündigung der „Wiedergutmachung“ für die Niederlage in Island (0:3) blieb. Hrubeschs Aufstellung für die Generalprobe beinhaltete eine Überraschung: Er setzte Merle Frohms, die bisherige Stammtorhüterin, auf die Bank. An ihrer Stelle nominierte er Ann-Kathrin Berger. Für die 33-Jährige war es erst das zehnte Länderspiel ihrer Karriere, in der sie aber zuletzt mit dem Wechsel vom FC Chelsea in die Women's Soccer League nach New York verdeutlicht hatte, dass ihr Ehrgeiz noch längst nicht gestillt ist. Das wenige, was nach dem Führungstreffer von Klara Bühl (11. Minute) zu halten war, wehrte Berger souverän ab. In Abwesenheit der angeschlagenen Alexandra Popp blieb die Chancenverwertung ein weiteres Mal zunächst ein Manko der Deutschen, ehe Jule Brand nach einem langen Pass von Berger das 2:0 gelang (39.). Dieser sehenswerte Wirkungstreffer brach den Behauptungswillen der Österreicherinnen: Lea Schüller sorgte mit dem 3:0 (53.) für klare Verhältnisse, Bühl traf zum Endstand (90.+3).

Neidisch auf Båstad

Das Hamburger Tennisturnier bangt um Zverev

HAMBURG. Es gibt Schlagzeilen, die bei Tennisfans kollektive Schnappatmung auslösen. Am Wochenende gab es so eine, die die Spielerorganisation ATP veröffentlichte: „Nadal gegen Borg in Båstad“. Das klingt so schön, um wahr sein zu können. Unmöglich – oder doch nicht? Die ATP hatte vorsorglich einen Hinweis in ihrer Schlagzeile angefügt: „Kein Druckfehler.“

Also tatsächlich, Rafael Nadal gegen Björn Borg im Jahr 2024! Und so konnten sich die Fans einen Moment lang ihrer Phantasie hingeben und sich dieses Gigantenduell zwischen dem Sandplatzkönig der Neuzeit, Nadal, und jenem der 1970er Jahre, Borg, in herrlichen Farben vorstellen. Bis sie die Meldung weiterlasen. Man hätte es ahnen können. Natürlich stand da nicht der inzwischen 68 Jahre alte ehemalige Popstar des Tennissports auf dem Platz, sondern Leo Borg, sein 21 Jahre alter Sohn. Trotzdem überschlugen sich die schwedischen Medien seit Tagen, Nadal gegen Borg war die Sportnachricht im Land und weit darüber hinaus. Auch Nadal selbst amüsierte sich: „Ich habe Björn sofort eine SMS geschickt, als ich die Auslosung gesehen habe.“ Dann machte er kurzen Prozess mit dem Jungspund und gewann das Match 6:3, 6:4.

Dem malerischen Küstendörfchen Båstad im Süden Schwedens mit seinen 5000 Einwohnern ist der ganz große Tennis-Coup gelungen. Der 22-malige Grand-Slam-Sieger und inzwischen 38-jährige Nadal schaut 19 Jahre nach seinem letzten Auftritt auf seiner Abschiedstour noch einmal in Båstad vorbei, um sich für die Olympischen Spiele in Paris in Form zu bringen.

Und gut 480 Kilometer südlich von Båstad, in der Millionenmetropole Hamburg, schaut man mit Wehmut auf die schwedische Idylle. Denn schließlich hätte man den spanischen Superstar auch gerne am Hamburger Rothenbaum den Tennisfans präsentiert und für Aufsehen gesorgt. Stattdessen ist nun der Hamburger Alexander Zverev bei seinem Heimspiel und als Titelverteidiger das alleinige Zugpferd des Traditionsturniers. Doch dieses Zugpferd lahm. Das in Wimbledon verletzte Knie schmerzt immer noch. Der Welttranglistenvierte trainierte am Montag zwei Stunden hinter verschlossenen Türen mit einer dicken Kniebandage und bat dann, erst am Mittwoch antreten zu müssen. Um 14 Uhr trifft er nun auf den niederländischen Qualifikanten Jesper de Jong. Obwohl schon seit zwei Wo-

chen Tickets für den Dienstag mit Zverevs Auftaktmatch erworben wurden.

Zverev spielt auf Zeit. 24 Stunden mehr, um seinem Knochenmarkdem samt Kapselzerrung weitere Besserung zu verschaffen. Ob das reicht und Zverev spielen kann, ist sehr fraglich. „Wäre es jedes andere Turnier, würde ich es nicht versuchen“, betonte der 27-Jährige bereits am Samstag. Und so geht das Zittern der neuen Veranstalter in Hamburg weiter. Bis 2028 ist die spanische Agentur Tennium am Rothenbaum eingestiegen. Und recht vollummdig hatte das Unternehmen den „Beginn einer neuen Ära“ beim Traditionsturnier angekündigt. Wie die aussieht? Eigentlich wie immer. „Das Gesicht des Turniers ist Sascha Zverev. Er ist derzeit der heißeste Spieler auf der Tour“, meinte Firmenchef Kristoff Puelinckx bei der Verkündung des Startfeldes. Ob das tatsächlich auf Zverev zutrifft, darüber lässt sich eifrig streiten. Und sein Gesicht droht man in Hamburg nun direkt zum Start dieser neuen Ära zu verlieren.

Ginge es bei den konkurrierenden Tennisturnieren in dieser Woche zu wie beim Eurovision Song Contest, dann stünde längst fest: Schweden, zwölf Punkte! Båstad hat als 250er-Turnier der niedrigsten Kategorie neben Nadal auch Jannik Sinner, Andrej Rublev und Casper Ruud verpflichtet können – die Nummer zwei, sechs und acht der Welt. Die Schweiz, die den ESC in diesem Jahr ja tatsächlich gewonnen hat, bekäme für ihr 250er-Turnier in Gstaad satte acht Jurypunkte auf Platz zwei. Neben den Publikumsmagneten Stefanos Tsitsipas (Nummer zwölf der Welt) und Altmeister Stan Wawrinka spielen dort sogar die deutschen Davis-Cup-Profis Jan-Lennard Struff und Yannick Hanfmann – statt in Hamburg.

Dabei ist die Hansestadt als 500er-Turnier eigentlich das attraktivste in diesem Trio. Mehr Weltranglistenspieler, mehr Preisgeld. Dennoch ist das Feld enttäuschend besetzt. Geradezu mau wäre es, sollte Zverev noch absagen müssen. Dann blieben Hamburg mit Holger Rune und Sebastian Baez nur zwei Top-20-Spieler übrig, niemand aus den Top Ten. Und dazu ein Gros an Sandplatzspezialisten, die dem breiten Publikum eher unbekannt sind. Während Nadal gegen Borg die Herzen der Tennis-Romantiker in Båstad höherschlagen lässt, muss man in Hamburg aufpassen, dass es nicht am Ende heißt: Deutschland, null Punkte! PETRA PHILIPPSEN

In Kürze

Etappensieg für Philipsen

Phil Bauhaus hat auf der letzten Sprint-Etappe der 111. Tour de France knapp den Sieg verfehlt. Der 30-Jährige belegte in Nîmes Platz zwei hinter dem nun dreimaligen Etappensieger Jasper Philipsen aus Belgien. Pascal Ackermann fuhr auf Platz sechs. Der dreimalige Etappensieger Biniam Girmay stürzte 1,5 Kilometer vor dem Ziel. Der im Grünen Trikot Führende in der Rangliste der besten Sprinter habe dabei zwar Prellungen an Schulter, Ellbogen und am Knie erlitten, jedoch keine Brüche und könne die Tour fortsetzen, wie sein Team am Abend bekanntgab. dpa

Musiala in EM-Elf berufen

Der 21 Jahre alte Jamal Musiala steht als einziger deutscher Nationalspieler in der EM-Elf der Europäischen Fußball-Union. Neben dem Offensivspieler des FC Bayern München wurden von den Technischen Beobachtern des Verbandes sechs Spieler von Europameister Spanien, darunter die zusätzlich als

bester Spieler sowie bester Jungprofi ausgezeichneten Rodri und Lamine Yamal, zwei Franzosen sowie je ein Engländer und ein Schweizer berufen. dpa

Mainz 05 geht in Berufung

Fußball-Bundesligaklub FSV Mainz 05 wird Berufung einlegen, nachdem das Arbeitsgericht Mainz die fristlose Kündigung von Fußball-Profi Anwar El Ghazi wegen dessen propalästinsischer Instagram-Posts für unwirksam erklärt hat. Der Verein kündigte an, vor das Landesarbeitsgericht Rheinland-Pfalz zu ziehen, sobald die schriftliche Urteilsbegründung vorliege. dpa

Großer Empfang für Mbappé

Fußballstar Kylian Mbappé ist bei seiner offiziellen Vorstellung als Neuzugang von Real Madrid vor 85.000 Fans im Estadio Santiago Bernabéu empfangen worden. Der 25-Jährige hatte zuvor an der Seite von Real Madrids Präsident Florentino Pérez einen Vertrag bis Sommer 2029 unterschrieben. dpa



Appell an die Selbstkontrolle

Von Christoph Becker

Pädagogischer Erfolg stellt sich im Großen und Ganzen meist ein, wenn ein paar simple Maximen eingehalten werden. Gleiche Regeln für alle, zum Beispiel, und, um Erich Kästner mal ins Spiel zu bringen: Es gibt nichts Gutes, außer man tut es. Es wäre deshalb schon reichlich inkonsequent, wenn eine Regel, die für Fabian gilt, nicht auch für Farschid, Florian, Franz und Friederike gelten würde. Dass der Deutsche Fußball-Bund (DFB) nun also nach der EM keine 48 Stunden brauchte, um bekannt zu geben, dass die sogenannte Kapitänsregel nach ihrer Einführung in den deutschen Europameisterschaftsstadien zwischen Hamburg und München nun auch auf allen Amateurplätzen von Anklam bis Zweibrücken gelten wird, sollte niemanden überraschen.

Auch unter Amateuren dürfen nur noch Kapitäne mit dem Referee diskutieren.

Bei der EM hatte sich doch recht schnell der Eindruck breitgemacht, die Europäische Fußball-Union UEFA habe Schiedsrichtern und Zuschauern mit der Ansage, es habe nunmehr nur der Kapitän einer Mannschaft das Recht mit dem Schiedsrichter zu kommunizieren, urplötzlich und völlig unerwartet einen Lifehack geschenkt: Mit diesem simplen Trick lassen sich die nervigsten Diskussionen in null Komma nichts beenden. Und tatsächlich, von kleineren Ausnahmen abgesehen, verlief die EM dies betreffend sowohl in der Vorrunde als auch in den K.-o.-Spiele fast so diszipliniert wie ein internationales Rugby-Turnier. Bekanntermaßen gelten die Ei passenden Cousins seit jeher als Vorbilder, was Achtung der mitspielenden Gegnerschaft und Disziplin gegenüber dem Schiedsrichter angeht (auf dem Platz, wohlgermerkt).

Allein: Aus einem erfolgreich gestalteten Turnier unter Profis den durchschlagenden Erfolg der Durchsetzung bis in die Kreisklassen hinunter vorhersagen zu wollen, ist ein paar Tage nach Abpfiff des Endspiels von Berlin dann doch ein bisschen gewagt. Die UEFA hatte ihren EM-Schiedsrichtern eine Schulung gegönnt, der DFB gibt unumwunden zu, dass es die in den Amateurligen schon ob der schieren Masse nicht geben kann. Die Schiedsrichter auf Deutschlands Amateurplätzen werden sich um die Um- und Durchsetzung der Regel selbst kümmern müssen. Das dürfte hier und da ein Kraftakt werden. Das könnte hier und da auch mal scheitern. Viel wird auch davon abhängen, wie viel Unterstützung die Schiedsrichter von Trainern und Zuschauern bekommen. Deren Hilfe vorausgesetzt, ist die Hoffnung, die DFB-Vizepräsident Zimmermann formuliert („auf Sicht deutliche Beruhigung“), nicht vermessend. Denn hinter der Kapitänsregel steckt letztlich nicht viel mehr als der Appell an die eigene Vernunft und Selbstkontrolle. Im Grunde also Selbstverständlichkeiten. Auch wenn es manchmal wie ein Lifehack vorkommt.

Stürmer-Transfer in Stuttgart

jaeh. FRANKFURT. Der Bundesliga-Zweite der vergangenen Saison hat einen neuen Angreifer: Ermedin Demirovic schließt sich dem VfB Stuttgart an. Der bosnische Nationalstürmer, der für den FC Augsburg zuletzt als Kapitän mit 15 Liga-Treffern und neun Vorlagen großen Anteil am Klassenverbleib hatte, unterschreibt beim schwäbischen Fußballverein einen Vertrag bis ins Jahr 2028. Berichten zufolge bezahlt der VfB für die Dienste Demirovics eine Ablöse von 21 Millionen Euro plus fünf Millionen Euro an möglichen Bonuszahlungen, was den 26-Jährigen zum Rekordtransfer der Stuttgarter werden ließe. Beim Champions-League-Teilnehmer soll Demirovic den wohl bevorstehenden Abgang von Serhou Guirassy kompensieren, der sich dem VfB anschließen will. Nach Auffälligkeiten beim Medizincheck verzögerte sich dieser Transfer zuletzt allerdings.

Monarchen unter sich: König Felipe IV. (l.) hält ein Trikot mit der Aufschrift „Könige Europas“ hoch.
Foto dpa/Picture Alliance



Außer sich vor Freude: Nico Williams singt und tanzt auf dem bis zum Bersten mit Fans gefüllten Cibeles-Platz in Madrid.
Foto dpa

Triumphzug der Könige Europas

Hunderttausende feiern auf Madrids Straßen den Europameister. Die Spanier kündigen schon an: „Das ist nur der Anfang.“

Von Hans-Christian Rößler, Madrid

Die Hocker und Leitern wie beim Umzug der Heiligen Drei Könige waren nicht nötig, um einen Blick auf den Pokal zu erhaschen. Aber am Madrider Kolumbus-Platz war es fast so voll wie am Vorabend des Dreikönigtags im Januar. Mit reichlich Verspätung bahnte sich der Triumphzug seinen Weg ins Herz der spanischen Hauptstadt. Vorsichtshalber gleich auf Englisch stand auf dem roten Mannschaftsbus mit offenem Verdeck „It's only the beginning“ (Das ist nur der Anfang). Und auf den T-Shirts der Spieler prangte in Großbuchstaben „Reyes de Europa“ (Könige Europas), dazu groß die Zahl vier. Zum vierten Mal hat Spanien die Europameisterschaft gewonnen. „Jetzt nehmen wir die WM in Angriff“, hatte Nico Williams schon in Berlin selbstbewusst angekündigt. Der Cibeles-Platz vor dem Rathaus war überfüllt. Der Sommerwind trug den Jubel vor der Bühne in die Sommerhitze, und die Innenstadt klang wie ein großes Stadion.

Nach der verspäteten Landung in Madrid hatte die „Furia Roja“ ihren ersten Termin im Zarzuela-Palast. Nachdem in Berlin nur König Felipe und seine Tochter Sofia dabei waren, trat die Königsfamilie dieses Mal vollzählig an: der König mit roter Krawatte, Letizia im roten Kleid und Kronprinzessin Leonor und ihre jüngere Schwester zu weißen Jeans das rote Trikot der Nationalmannschaft mit der Nummer 10 von Torschützenkönig Dani Olmo darauf. Die Spieler revanchierten sich bei der königlichen Familie mit dem Trikot mit der Aufschrift „Könige von Europa“. Danach

ging es noch in den Moncloa-Palast, dem Amtssitz von Ministerpräsident Pedro Sánchez, bevor das Defilee begann; seit Stunden warteten die Fans geduldig in der Sommerhitze. Der Regierungschef lobte den Teamgeist der Mannschaft, in der die Spanier zwei Lieblinge hatten. Am Abend des Finales in Madrid hatten beim Public Viewing am Kolumbus-Platz zahlreiche Fans das rote Trikot mit der Nummer 19 übergestreift. Lamine Yamal war ihr Held des Turniers, auch wenn der Stehzehnjährige in Berlin nur die Vorarbeit zum ersten Tor leistete, das Nico Williams schoss. Dabei streitet Spanien seit Tagen über die Aufnahme von 6000 minderjährigen Migranten, die auf den Kanaren gestrandet sind. Doch jetzt dominiert nur

der Stolz auf die beiden Spieler, deren Eltern aus Afrika kommen; Vater und Mutter von Nico Williams hatten die Sahara durchquert. Mit 46 Prozent ist Lamine Yamal laut einer Umfrage der Zeitung „El País“ der Lieblingsspieler der Spanier, an zweiter Stelle folgt mit knapp 24 Prozent Nico Williams. Achtzig Prozent sind der Ansicht, dass die multikulturelle Gesellschaft ihre Nationalmannschaft besser gemacht hat. Nach der Rückkehr aus Berlin galt der Jubel aber allen oben auf dem Deck des Busses; stundenlang hatten die Fans an den Straßenrändern auf dem Weg vom Moncloa-Palast ins Stadtzentrum gewartet, um sie einen Augenblick lang zu feiern. Am Cibeles-Platz heizte ein DJ die Stimmung an, auch die Sängerin Isabel Aaiún trat kurz vor Mitternacht im

roten Trikot zusammen mit der tanzen den Mannschaft auf. Ihr Song war für viele Spanier zur heimlichen Hymne des Turniers geworden. „Ich bin ein wildes Fohlen, das auf Reisen geht, um das Spiel zu gewinnen“, hieß es in der EM-Version ihres Lieds. Nach 37 Tagen war die Mannschaft nach einer durchgeführten Nacht in ihrem Hotel unweit des Checkpoint Charlie in Berlin von ihrer großen Reise zurückgekehrt – die meiste Zeit hatten sie ganz unspektakulär in Donauessingen verbracht und dazwischen alle ihre Spiele gewonnen. Gegen zwei Uhr morgens ging in Berlin die Party los, die erst in Madrid in der Nacht zum Dienstag zu Ende ging. Die Feier am Cibeles-Platz war für viele ein Heimspiel. Besonders für die Spieler von Real Madrid. Atlético

feiert traditionell am Neptun-Brunnen, nicht weit entfernt, gegenüber dem Prado-Museum. Wenn Real gewinnt, schmückt ein Spieler die griechische Göttin Kybele, die auf einem von Löwen gezogenen Wagen thront, mit einem Schal mit den Insignien des Vereins. Ein anderer hält über ihr Haupt den Pokal. Dieses Jahr wiederholte sich das Ritual gleich zweimal: nach dem Gewinn der spanischen Liga und der Champions League – damals noch mit Toni Kroos, bevor er in Madrid aufhörte. Am Montagabend stellte Kapitän Alvaro Morata dann auf der Bühne am Cibeles-Platz bis gegen Mitternacht das gesamte Team vor. Anders als in Deutschland erhielt Marc Cucurella diesmal so viel Applaus wie wenige andere. Als Ehrengast hatte die Mannschaft zudem die elf Jahre alte María eingeladen. Das Mädchen mit dem kalten Kopf leidet am Ewing-Sarkom, einem bösartigen Knochenkrebs. „Wir spielen Fußball, und du zeigst uns jeden Tag, was es wirklich bedeutet, im Leben zu kämpfen und was es heißt, ein Superheld zu sein“, sagte Kapitän Morata. Anfangs gab es Spekulationen, ob noch ein weiterer neuer spanischer König am Cibeles-Platz dabei sein würde: Tennisprofi Carlos Alcaraz. Der zweite Wimbledon-Sieg des Spaniers war am Sonntag allerdings fast untergegangen. Das spanische Königshaus war dort nicht vertreten, obwohl die Sportzeitung „Marca“ den Tennisstar am Montag ebenso zum König ausrief: „Carlos II., rey de tenis“. Aber Alcaraz wollte nur noch nach Hause, nach Murcia im Südosten Spaniens.

Als stolzer Engländer war es die Ehre meines Lebens, für England zu spielen und England zu managen. Es hat mir alles bedeutet, und ich habe alles gegeben.“ Mit diesen Worten beginnt Gareth Southgate sein Statement, das der englische Fußball-Verband (FA) am Dienstagmittag veröffentlicht hat und das mit den Worten schließt: „Danke England – für alles.“ Southgate gibt darin seinen Rücktritt als Trainer der englischen Nationalmannschaft bekannt. Am Ende des Jahres wäre sein Vertrag ausgelaufen, nun macht er schon jetzt den Weg frei für seinen Nachfolger. Große Namen waren schon unmittelbar nach der Niederlage gegen Spanien am Sonntagabend im EM-Finale aufgetaucht. Darunter: der Deutsche Thomas Tuchel, bis zum Sommer beim FC Bayern München unter Vertrag; Graham Potter, der ehemalige Trainer des FC Chelsea; Eddie Howe, derzeit Trainer von Newcastle United.

Im Herbst 2016 hatte Southgate die Verantwortung für Englands Nationalteam übernommen und es zurückgeführt auf einige der größten Bühnen des Fußballs. Seit der Weltmeisterschaft 1966 hat England keinen großen Titel mehr gewonnen. Nach zwei Niederlagen in zwei EM-Finals in Serie aber stand nun auch die Frage im Raum, ob es mit ihm an der Seitenlinie wirklich ein Happy End geben könne. Nur rund 37 Stunden nach dem Abpfiff des Endspiels in Berlin hat Southgate eine Antwort darauf gefunden: Das 102. Spiel als Nationaltrainer war sein letztes. Mit ihm geht auch sein Ko-Trainer Steve Holland. „In den letzten acht Jahren haben sie die englische Nationalmannschaft verändert und unver-

End – ohne Happy

Gareth Southgate führte England zurück auf die größten Bühnen des Fußballs. Nun macht er den Weg frei für einen Nachfolger. Einige träumen schon von Jürgen Klopp.

Von Michael Wittershagen, Frankfurt



„Es hat mir alles bedeutet“: Gareth Southgate

Foto AP

gessliche Erinnerungen geschaffen für jeden, der die Three Lions liebt“, wird Mark Bullingham, der Hauptgeschäftsführer des FA, in einer Stellungnahme zitiert: „Gareth hat das Unmögliche möglich gemacht und ein starkes Fundament für zukünftige Erfolge gelegt.“ Southgate war mit seinem Team bei dieser EM durch ein Wechselbad der Gefühle gegangen. Sie wurden heftig kritisiert, von Experten und Fans, manche warfen sogar Bierbecher nach dem Trainer, andere piffen ihn aus – und trotzdem schaffte es England bis ins Endspiel. Southgate schien die richtigen Schlüsse aus der Vergangenheit gezogen zu haben, er fand einen Weg aus dem Elfmeter-Trauma dieser Fußball-Nation, er gab in der K.-o.-Phase, in der England mehrmals vor dem Aus stand, die richtigen Impulse von der Bank. In den 50 Jahren zwischen dem WM-Titel 1966 und dem Beginn der Southgate-Jahre 2016 hatte England nur sieben K.-o.-Spiele bei 25 Turnieren gewonnen, mit Southgate gewannen sie in acht Jahren neun dieser Partien. „Die Mannschaft, die wir nach Deutschland mitgenommen haben, ist voller aufregender junger Talente, sie kann den Pokal gewinnen, von dem wir alle träumen“, sagt Southgate in seinem Abschiedsstatement. Kritiker aber glauben, dass der Zeitpunkt schon jetzt perfekt gewesen wäre, dass Southgate aber nicht die richtigen Entscheidungen getroffen habe. So wird kritisiert, dass er Jack Grealish nicht für diese EM nominiert hatte, denn auch wenn sich der Angreifer von Manchester City zuletzt nicht in Bestform zeigte, kenne er den Druck und das Gefühl, in großen Spielen zu bestehen. Dass Harry

Kane, Jude Bellingham, Phil Foden und andere von Verletzungen und Energieverlusten geplagt waren, dass sie von Southgate aber trotzdem kaum Pausen erhielten und auch im Finale von Beginn an auf dem Platz standen, ist für einige nicht nur ein Resultat der überbordenden Belastung im Profifußball, sondern auch ein Zeichen dafür, dass es Southgate an einem Plan B fehlte. Wie viel Druck am Ende auch auf dem Verhältnis zwischen Mannschaft und Trainer lag, konnte jeder erkennen, der in der zweiten Halbzeit des Finals gegen Spanien auf Bellingham schaute und sah, wie er nach dem 0:1 von Southgate forderte, etwas zu unternehmen. Einige, etwa der ehemalige Nationalspieler und heutige Fernsehexperte Gary Lineker, träumen bereits von der größtmöglichen Lösung als Englands Nationaltrainer: von Jürgen Klopp, der sich nach seinem vorzeitigen, selbstbestimmten Aus in Liverpool eine Pause vom Fußball nimmt, zuletzt viel Padel gespielt hat, aber auch beim EM-Finale in Berlin im Stadion war. Der „Guardian“ schreibt: „Er ist vielleicht eine Nummer zu groß für den Job. Aber er wäre absolut perfekt.“ Und weiter: „Klopp ist, wie Southgate, ein Kulturschaffender, ein Prozessmacher. Er hat die Wärme und das Charisma, um die Bühne wieder aufzuladen. Er ist wie Southgates kühlerer, größerer, viel erfolgreicherer Cousin.“ Anfang September trifft England nach dem Abstieg in die Gruppe B der Nations League auf Irland und Finnland. Bullingham hat bereits am Dienstag deutlich gemacht, dass der FA zunächst auch mit einem Interimstrainer arbeiten werde, sofern die große Lösung noch nicht zu realisieren sei.

Es scheint ein Wundermittel zu sein. „Endlich ein weiterer Baustein in der Endometriose-Therapie“, „Endlich kann ich meinen Sohn wieder die Treppe hochtragen“, „Endlich habe ich 'ne Alternative zu den ganzen Tabletten“: So zitiert derzeit eine Plakatkampagne Schauspieler, Musiker und Influencer. „Endlich müssen Patienten nicht mehr illegal anbauen“, sagt eine Apothekerin, und Ex-Nationaltorwart René Adler erklärt: „Endlich Aufklärung statt Vorurteile.“

Es geht um Cannabis. Seit 2017 war es im Einzelfall auf Rezept erstattungsfähig, verschrieben werden konnte es wie alle Betäubungsmittel im begründeten Einzelfall in einem Verfahren, das deutlich aufwendiger war als für nicht psychoaktive Arzneimittel. Seit der im April in Kraft getretenen Liberalisierung von zu Konsumzwecken genutztem Cannabis ist auch die Verschreibung zu medizinischen Zwecken vereinfacht. Sie erfolgt über ein normales elektronisches Rezept. „Der medizinische Gebrauch von Cannabis hat sich als therapeutische Option bei der Versorgung insbesondere von chronisch Kranken oder ansonsten austherapierten Patientinnen und Patienten etabliert“, schrieb die Bundesregierung in ihrer Gesetzesbegründung, es handele sich um ein „Spannungsfeld zwischen Arzneimittel und Suchtstoff“.

Der Markt boomt seitdem, offenbar auch, da die Droge sonst kaum erhältlich ist. Der nun erlaubte Eigenanbau dürfte bislang keine große Rolle spielen, der Anbau in Cannabis-Clubs startet erst langsam. Ein Cannabis-Händler namens „Cantourage“ meldete kürzlich, dass sich der Umsatz im April 2024 im Vergleich zum Vorjahresmonat knapp verdreifacht habe. Gegenüber NTV erklärte der Medizinalcannabis-Großhändler Cannamedical, ab April habe sich der deutsche Markt annähernd verdoppelt – und ein Onlinedienstleister gab an, die Patientenzahl habe sich im April im Vergleich zum Vorjahresdurchschnitt gut verzehnfacht.

„Wir beobachten, dass es auf einmal Onlineplattformen gibt, auf denen man, wenn man genug Dinge wie Schlafstörungen, Depressionen angibt, sofort ein Rezept ausgestellt bekommt – ohne einmal einen Arzt persönlich gesehen zu haben“, erklärte die SPD-Politikerin Carmen Wege gegenüber NTV. Das sei nicht die Absicht des Gesetzgebers gewesen. Nach einer „Blütenauswahl“ folgen binnen weniger Tage Privat Rezept und Lieferung aus einer Versandapotheke, wie der „Tagespiegel“ jüngst berichtete.

Möglich ist dies etwa über eine Website des Rechtsanwalts Can Ansay, der auch Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen und andere Rezepte online anbietet – und dessen Mutter ihre Approbation als Ärztin verloren hat, da sie sich durch ihre Beteiligung an automatisierten Verfahren als berufsunwürdig erwies. Ansay hat seinen Firmensitz inzwischen nach Malta verlegt. Sein Motto: „Cannabis + Rezept einfach, schnell & günstig erhalten“. Ansay erklärt, bereits 2022 „die erste online Cannabis-Therapie ohne Arztbesuch eingeführt“ zu haben. Bis März 2024 habe es rund 40 Aufträge pro Tag gegeben, nun sei die Zahl vierstellig, das Angebot „wie ein Pizzaservice“. Ansay sagt, über kurze, im Rahmen des Bestellprozesses eingebundene Texte würden Patienten zu Therapieoptionen und Cannabissorten „umfassend aufgeklärt“. Optional: ein Arzt-Videochat.

Zwar ist rechtlich nicht ganz klar, ab welchem Verarbeitungsschritt Cannabis zum rezeptpflichtigen Arzneimittel wird, dennoch sind die Angebote auch strafrechtlich heikel. Für irreführende Arzneimittel-Werbung droht Geldstrafe oder bis zu ein Jahr Haft. Wer falsche Angaben macht, um Cannabis auf Rezept zu erhalten, kann laut Medizinalcannabissgesetz



Eine großangelegte Kampagne wirbt derzeit prominent für medizinisches Cannabis.

Foto Felix Kaspar Rosic

Im Rausch der Rezepte

Onlinehändler bieten Cannabis als medizinische Therapie an, der Markt boomt. Psychiater warnen vor den Folgen, und Anwälte kritisieren eine aktuelle landesweite Werbekampagne.

Von Hinnerk Feldwisch-Drentrup

eine Geldstrafe oder bis zu drei Jahre Haft erhalten. Auch Beihilfe kann strafbar sein. Außerdem darf für rezeptpflichtige Medikamente laut Heilmittelwerbegesetz nicht öffentlich geworben werden. Wie ist dies mit marktschreierischen Websites und der Kampagne „Initiative Endlich“ kompatibel, die offiziell von einem Verein betrieben wird, hinter der aber zwei mit Cannabis handelnde Pharmafirmen stecken?

Das zuständige Berliner Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGESO) erklärt, es sehe in der Kampagne keine Verstöße etwa gegen das Heilmittelwerbegesetz. Die Initiative nenne kein konkretes Arzneimittel mit einem Handelsnamen, daher fehle ein Produktbezug. Auch eine Absatzförderungsabsicht liege nicht vor. Es könne als Informationskampagne verstanden werden, analog zu jenen zu Impfungen oder Vorsorgeuntersuchungen.

Rechtsanwalt Morton Douglas von der Kanzlei Friedrich Graf von Westphalen kann das nicht nachvollziehen. „Wenn man sich ansieht, was das LAGESO sonst beanstandet, müsste es sofort aktiv werden.“ Laut der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs sei es irrelevant, ob ein ganz konkretes Produkt oder eine Wirkstoffgruppe wie Medizinalcannabis benannt werde. Auch wenn jemand für

den Wirkstoff Sildenafil und nicht für das Produkt Viagra werbe, sei es Werbung für ein verschreibungspflichtiges Arzneimittel. Die Kampagne der „Initiative Endlich“ komme unschuldig daher, doch da sie zu Cannabis-Anbietern verlinkt, die teils illegal agierten, verlasse sie den Boden der seriösen Aufklärung und öffne „das Tor zum illegalen Bezug“.

Dass ein Plakat behauptet, Cannabis eigne sich zur Endometriose-Therapie, sei irreführend, wenn es keine verlässlichen Studien gebe. Zwar werden auf Anfrage einzelne Studien genannt, doch in der Leitlinie zur Behandlung der Krankheit findet sich Cannabis nicht als Option. „Wenn Novartis oder Roche so werben würden, würde es sofort durch Mitbewerber unterbunden werden“, sagt Douglas. Für die Apothekerkammer Nordrhein hat er wegen Verstößen gegen das Heilmittelwerbegesetz beim Landgericht Hamburg Klage gegen Ansay eingereicht. Auf dessen Website stehe klar der Absatz im Vordergrund. „Solche Konstrukte“ bewegten sich „nahe am strafrechtlichen Bereich“.

Gleichfalls kritisch blickt der Rechtsanwalt Alexander Strobel von der Zentrale zur Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs auf die „Initiative Endlich“ wie auf die Angebote Ansays, gegen den man Ge-

richtsverfahren geführt hat, solange dessen Sitz im Inland war. Bei der Initiative sieht er einen möglichen Verstoß gegen die Werbeverbote für verschreibungspflichtige Arzneimittel sowie Arzneimittel, die psychotrope Wirkstoffe mit der Gefahr der Abhängigkeit enthalten. Durch die Verlinkungen der „Initiative Endlich“ auf ihrer Website handele es sich um Absatzwerbung, womöglich auch um illegal getarnte Werbung. Gleiches gelte für eine Website der Firma Four 20 Pharma, diese hat die Initiative mitfinanziert. Die Website listet Krankheitsbilder wie ADHS auf und erklärt, wie man mittels eines Kooperationspartners „Cannabis-Patient:in“ werden könne.

Die Werbekampagne der Initiative reihe sich ein in „eine ganze Reihe von problematischen Vertriebswegen für Cannabis“, sagt der Suchtmediziner Mathias Luderer von der Uniklinik Frankfurt. Konsumenten fehle der Zugang zu „legalem Gras“ – bequemer als der Eigenanbau sei der Bezug von medizinischem Cannabis. Mit der Legalisierung hätten Firmen eine ausgeklügelte Logistik geschaffen, bei der es dem Anschein nach um die Behandlung von Krankheiten gehe. Für positive Wirkungen von Cannabis gebe es bei körperlichen Erkrankungen jedoch nur „eine ganz

geringe Evidenz“, etwa bei bestimmten Schmerzen – bei psychischen Krankheiten hingegen so gut wie keine. Trotzdem werde es breit vertrieben. Dabei erhöhe Cannabis das Risiko für Depressionen, Psychosen, Suizid, Schlaganfall und Infarkte. Es widerspreche dem ärztlichen Ethos, Cannabis auf Rezept zu bewerben, ohne Alternativen zu prüfen.

Ansay erklärt, nicht illegal zu handeln – um verbotene Werbung handele es sich nicht. Die Kunden hätten bereits Interesse, er wecke es nicht erst. Die Hamburger Verbraucherschutz- und Sozialbehörden sehen auf Anfrage keinen Grund, aktiv zu werden. Four 20 Pharma sagt, ihre Website solle Stigmata entgegenwirken, ein Produktbezug werde nicht hergestellt. Die Firma führt einzelne Studien an, die positive Ergebnisse etwa zur ADHS-Therapie enthielten. Dabei rät die wissenschaftliche Leitlinie zu ADHS explizit von der Nutzung von Cannabis ab. Die Firma und ein Sprecher der Initiative erklären, legal zu handeln – auch diese wolle entstigmatisieren und aufklären. Dabei gibt sie in einem „Factsheet“ an, in 75 Prozent der dokumentierten Fälle sei es durch Cannabisarznei zu einer Symptomverbesserung gekommen, obwohl das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte – die Initiative bezieht sich auf dessen Erhebung – bestreitet, dass diese die Wirksamkeit und Sicherheit der Mittel belegen könne. Es handele sich nicht um ein Wirkungsverprechen, sagt der Sprecher. Doch werde die Initiative die Aussage nun „nochmal prüfen“ – wie auch jene zur Endometriose.

Wer entstigmatisieren wolle, müsse keine Anbieter verlinken, sagt Luderer. Seiner Ansicht nach werde Cannabis als Medikament beworben. Wenn die „sehr problematische“ Kampagne nicht bereits illegal sei, dann bestehende eine Gesetzeslücke. Dass Behörden auch bei den Cannabis-Online-dienstleistern nicht eingreifen, sei fatal. „Ärzte werden benutzt, um Cannabis für Freizeitkonsumenten zugänglich zu machen.“ Stattdessen sollten Therapieangebote ausgebaut werden, um Cannabis-Konsum zu verhindern.

Der Großteil des neuen Markts läuft dabei nicht auf Kassenkosten, auch wenn Onlineportale auch hierzu beraten. Während laut dem Verband der Cannabis-versorgenden Apotheken bis März etwa die Hälfte der Rezepte von Kassen erstattet wurden, sei der Anteil der Privatrezepte auf 80 Prozent gestiegen – je nach Apotheke sei deren Zahl um 30 bis 50 Prozent gestiegen. Bei Allgemeinen Ortskrankenkassen sind laut deren Bundesverband zuletzt jährlich rund 10.000 Anträge eingegangen und rund zwei Drittel genehmigt worden.

Die Teillegalisierung mache sich bemerkbar. Zwar könnten noch keine Zahlen genannt werden, doch sei die Qualität der Anträge und damit die Bewilligungsquote gesunken. „Insbesondere bei Cannabisblüten stellen wir Qualitätsmängel bei den Anträgen fest“, sagt eine Sprecherin. Da die Anforderungen für die Kostenersatzung unverändert seien, rechne der Verband nicht mit einer Zunahme der Bewilligungen. Größere Auswirkungen werde jedoch eine geplante Änderung der Arzneimittel-Richtlinie mit sich bringen: Der Gesetzgeber hat den Gemeinsamen Bundesausschuss beauftragt, Facharztgruppen zu bestimmen, die Medizinalcannabis genehmigungsfrei auf Kassenkosten verschreiben dürfen. Diesen Donnerstag will der Ausschuss hierüber entscheiden.

Das Bundesgesundheitsministerium erklärt, es beobachte die Lage aufmerksam. Die Verschreibungen setzten „eine sorgfältige Indikationsstellung“ voraus, Ärzte dürften „einer missbräuchlichen Verwendung ihrer Verschreibung keinen Vorschub leisten“. Doch für die Aufsicht seien die Ärztekammern und Länder zuständig, hierzu sei es nicht berechtigt.



Zeitigkeit

Von Ulf von Rauchhaupt

Bald ist wieder Weihnachten. Klar, für wen jetzt der Urlaub begonnen hat, wer es sich vielleicht gerade erst auf seinem Badehandtuch bequem gemacht oder das erste Gipfelkreuz noch vor sich hat, der wird diese Ansage mit Kopfschütteln quittieren. Aber vergesse keiner: Sobald die Ferien vorbei sind, gilt das Wort unseres alten Gymnasialdirektors: „Was bis Weihnachten nicht geschafft ist, passiert das ganze Schuljahr nicht.“ Dann jagt ein Termin den anderen – und, schwups, grüßen an der Supermarktkasse die Schoko-Nikoläuse. Und das wird in diesem Jahr schneller gehen als im vorangegangenen – jedenfalls gefühlt und für die meisten, wie jetzt wissenschaftlich erwiesen wurde: Psychologen um Ruth Ogden von der Liverpool John Moores University haben in England und dem Irak entsprechende Umfragen veranstaltet und in „Plos One“ ausgewertet: Demnach hatten 76 Prozent der Briten im Dezember 2022 angegeben, den Eindruck zu haben, jenes Weihnachten sei für sie schneller gekommen als das im Jahr zuvor. Das Entsprechende galt für 70 Prozent der Iraker im Hinblick auf den Ramadan. Und diese Zeitwahrnehmung beschleunigte sich keineswegs mit fortschreitendem Lebensalter. Das Phänomen war zudem in beiden Ländern umso ausgeprägter, je freudiger die Befragten dem jeweiligen Fest entgegenzusehen, und es korrelierte mit einer höheren Aufmerksamkeit für das Verfließen der Zeit: Mehr Blicke auf Uhr und Kalender ließen die Zeit sogar noch rascher eilen – also anders, als man etwa Wartezeiten wahrnimmt. Überhaupt scheinen es die positiven Emotionen zu sein, die mit dem Eindruck eines schnelleren Verfliegens der Zeit einhergehen. Aber es ist eben ein Eindruck, der natürlich täuscht. Andere Forscher haben in „PNAS“ gerade quantifiziert, wie sehr der Klimawandel – genauer die Umverteilung der terrestrischen Wassermassen infolge des Abtauens des Polareises – die Erdrotation bremst. Schon 36 Nanosekunden länger sind heute die Tage, als sie es noch im Jahr 2000 waren, und am Ende des Jahrhunderts wird der Effekt der Gletscherschmelze den des Mondes, der die Erdrotation ebenfalls bremst, übersteigen haben. In physikalischen Einheiten gemessen, haben wir zukünftig also jedes Jahr sogar etwas mehr Zeit bis Weihnachten. Eine damit einhergehende positive Emotion will sich nicht recht einstellen.

Gesunde Darmtätigkeit

Zu einem gesunden Leben gehört eine normale Darmtätigkeit. Forscher des Institute for Systems Biology in Seattle haben untersucht, wie die Frequenz des Stuhlgangs mit der Gesundheit zusammenhängt. Für die Studie in „Cell Reports Medicine“ haben sie 1425 Erwachsene befragt, Blutbilder und Stuhlproben analysiert. Am gesündesten waren die Probanden, die ein- bis zweimal am Tag Stuhlgang hatten. Ihr Blutbild war unauffällig und sie litten seltener an psychischen Erkrankungen. Sie wiesen mehr Darmbakterien auf, die mit Gesundheit assoziiert sind. Im normalen bis seltenen Bereich lagen jene, die mindestens dreimal die Woche Stuhlgang hatten. Sie gaben jedoch häufiger depressive Symptome an. Menschen, die unter Obstipation litten, also seltener als zweimal in der Woche abführten, litten häufiger unter Nierenschäden. Bei ihnen verbleibt die Nahrung sozusagen zu lange im Verdauungstrakt. Es kommt zur Fermentation von Proteinen durch Darmbakterien. Dabei entstehen Metabolite wie Indoxylsulfat, die mit einer schlechten Organfunktion etwa der Nieren einhergehen. Obstipation war zudem assoziiert mit Entzündungen, Ängsten und Depressionen. Generell haben junge Menschen, Frauen und Schlanke etwas seltener Stuhlgang. kuro

Gesucht werden: Hunderttausend „gläserne Patienten“

Die Genommedizin startet mit einem Modellprojekt durch, für das der Bund schon vor Jahren eigens ein Gesetz erlassen hat

Nach vier Jahren Vorbereitung und Beflügelung von Gesetzen zur Digitalisierung und zur Weiterentwicklung des Gesundheitswesens startet Deutschland in diesen Tagen in eine neue medizinische Ära: Die sogenannte Genommedizin soll endgültig Fuß fassen. Sieben Großkliniken und sechs zertifizierte Genomrechenzentren im Land werden unter der Aufsicht des Bundesinstituts für Arzneimittel und Medizinprodukte bis Ende dieses Jahrzehnts das Erbmaterial von jährlich gut zwanzigtausend Patienten mit Krebs oder seltenen Erkrankungen sammeln, auswerten und einer möglichst maßgeschneiderten Therapie zugrunde legen.

Offiziell handelt es sich um ein „Modellvorhaben“, das heißt: Nicht jeder Patient wird davon profitieren können. Im Grunde aber ist es ein Mammutprojekt, das die Krankenkassen bis zum Ende der Laufzeit viele Millionen Euro kosten wird und das genau das zeigen soll: dass künftig genetische Analysen es jedem schwerkranken Mensch erlauben sollen, eine

möglichst individuell abgestimmte Behandlung zu erhalten.

Vor vielen Jahren hatte dieses Szenario noch Bürgerschreck-Potential. Der „gläserne Patient“ war gewissermaßen Inbegriff einer digital getriebenen Medizin, die den Körper jedes Bürgers informationell ausschlachtet. Längst aber ist aus der Forschung klar: Nur mit Big Data, das heißt mit möglichst vielen genetischen, physiologischen und klinischen Daten der Patienten, ist ein Fortschritt in vielen Disziplinen überhaupt noch vorstellbar.

Die Grundlage dafür liefert unsere Biologie. Aus der Fülle an Informationen, die in der Basensequenz der Gene steckt, lassen sich einerseits Veranlagungen ablesen. Andererseits kann man aus dem Muster der im Lauf des Lebens angehäuften Erbgutveränderungen – der Mutationen – in den Zellen wertvolle Informationen ableiten, welche Therapien (mit möglichst geringen Nebenwirkungen) besonders erfolgversprechend sind. Durchgesetzt hat sich diese Erkenntnis

aus der Genomforschung schon recht früh nach der Entzifferung des ersten menschlichen Genoms vor mehr als zwanzig Jahren. Und in klinischen Versuchen war die Genomentzifferung auch schon an einigen Kliniken punktuell angewendet worden. Damit sich das Verfahren aber auch in der Gesundheitsbranche und -politik als vielversprechender neuer Weg etablierte, brauchte es



Ausschnitt einer Genomsequenz Foto dpa

viele Jahre. Dabei geholfen haben der technologische Fortschritt und der Preisverfall der Automaten.

Die erste Genomsequenzierung dauerte noch Jahre und verschlang drei Milliarden Euro. Heute kann das Erbgut eines jeden Menschen innerhalb von Tagen für wenige Hundert Euro komplett sequenziert werden. Und der Plan, es jedem Patienten anzubieten, bei dem dies medizinisch sinnvoll ist, ist inzwischen in der Nationalen Strategie für Genommedizin quasi ministeriell verankert.

Zu klären und abzustimmen war dafür allerdings einiges. Nicht zuletzt die Frage des Datenschutzes. Am Robert-Koch-Institut in Berlin werden nun alle im Modellvorhaben gesammelten Patientendaten zusammengeführt und pseudonymisiert – spricht: namentlich unkenntlich gemacht. Sollten bei einer Genomanalyse auffällige Befunde auftauchen, die mit der eigentlichen Diagnose nichts zu tun haben, von denen die Patienten aber profitieren, können die Betroffenen ermit-

telt und informiert werden. Voraussetzung dafür: Sie müssen zustimmen. Wie überhaupt die Freiwilligkeit – auch bei der Nutzung zu Forschungszwecken – für jede Datennutzung elementar ist.

Wie genau die Genommedizin dann im klinischen Alltag aussehen könnte, lässt sich in einer aktuellen Studie in „Nature Machine Intelligence“ nachlesen. Darin zeigen US-Krebsforscher der University of Pittsburgh, wie sich mit dem kombinierten Einsatz von Genomsequenzierung und Künstlicher Intelligenz eine Art individualisierte Digitalonkologie zu etablieren beginnt. Sämtliche Mutationen, die das Wachstum der Tumorzellen antreiben, werden identifiziert. In einem zweiten Schritt werden die aus Datenbanken abgeleiteten und maschinell erlernten Reparaturwege dazu genutzt, die jeweils erfolgversprechendste Therapieoption zu ermitteln. In deutschen Kliniken geht es freilich zuerst einmal darum, einen Einstieg zu schaffen und Vertrauen zu gewinnen. JOACHIM MÜLLER-JUNG

DEM KREBS DAVONLAUFEN

Wie sich gezielte Bewegung nach einer Tumorthherapie für die Patienten auszahlt, ist von Medizinern durch Auswertung vieler klinischer Studien ermittelt worden.

Seite N2

CARL ZUCKMAYER UND KLAUS HARPPRECHT ZUM 20. JULI

Als wär's kein Stück von uns: Zwei unvollendete Texte zum fünfundzwanzigsten Jahrestag des Attentats dokumentieren die Schwierigkeiten des Gedenkens.

Seite N3

EIN BEWUSSTSEIN VON DEM, WAS FEHLT

Fünfundzwanzig Jahre nach Beginn der Bologna-Reform zieht eine Gruppe von Studenten kritisch Bilanz.

Seite N4

Mittleres Monster

Das Schwarze Loch in Omega Centauri

Im Zentrum des 18.000 Lichtjahre entfernten Kugelsternhaufens Omega Centauri befindet sich offenbar ein Schwarzes Loch. Mit einer Masse von mindestens 8200 Sonnenmassen sei es das zweitgrößte Schwarze Loch der Milchstraße und das schwerste in unserer „Nachbarschaft“, berichten Forscher vom Max-Planck-Institut für Astronomie in Heidelberg in der Zeitschrift „Nature“. Mit der Nummer eins, dem vier Millionen Sonnen schweren Objekt Sagittarius A* im Zentrum der Galaxis (Entfernung 27.000 Lichtjahre), kann es zwar nicht konkurrieren. Dennoch ist der Fund für die Astronomen sehr bedeutsam. Denn das Schwarze Loch in Omega Centauri fällt genau in die Lücke zwischen den höchstens 150 Sonnenmassen schweren stellaren Schwarzen Löchern, die bei der Explosion von Riesensternen entstehen, und den „superschweren“ Löchern wie Sagittarius A*. Dass es solche mittelschweren Schwarzen Löcher gibt, wird schon lange vermutet. Sie gelten als Zwischenstufe in der Entwicklung Schwarzer Löcher.

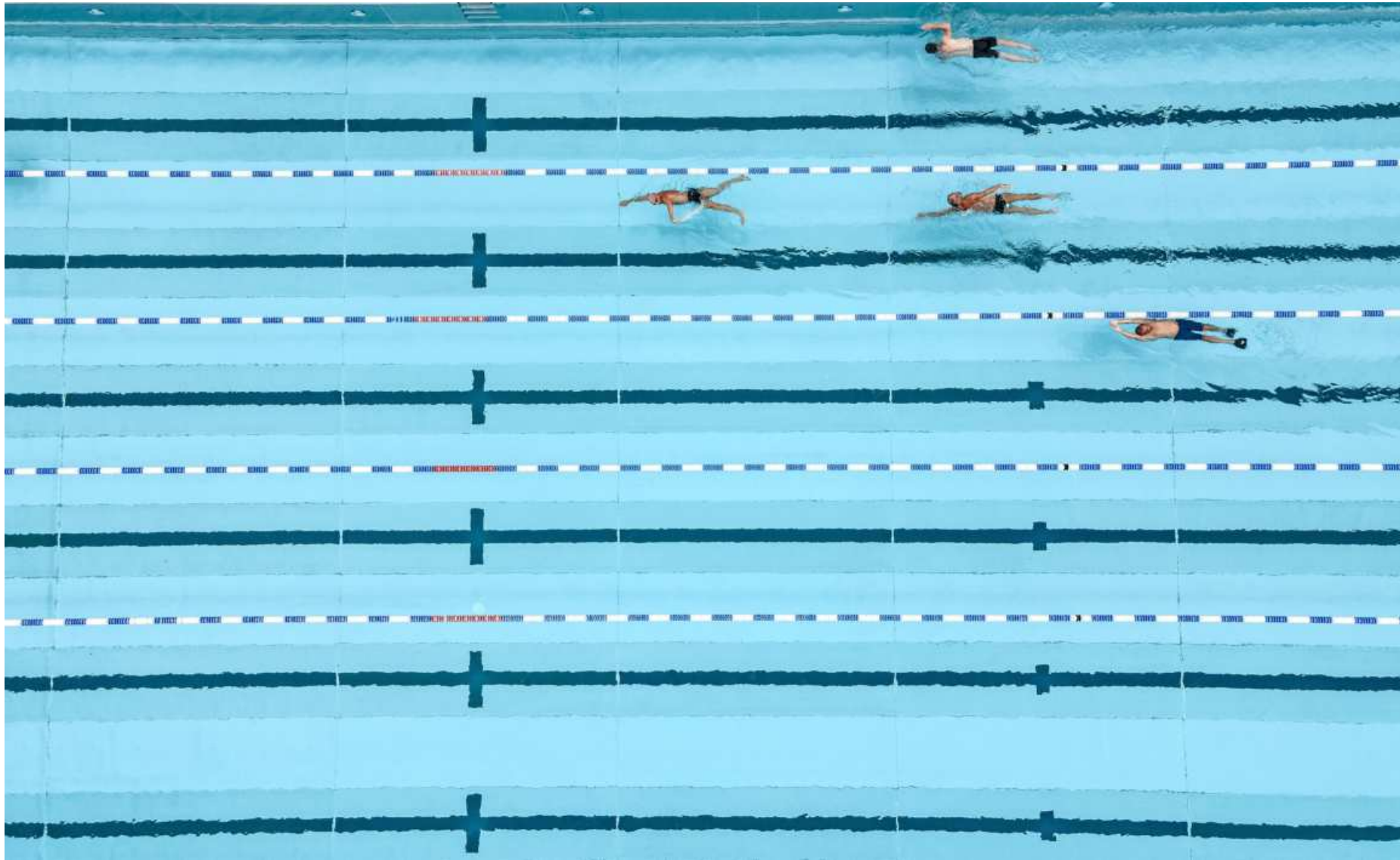
Omega Centauri gilt schon länger als mögliche Heimatstätte Schwarzer Löcher. Rund zehn Millionen Sterne umschwärmen in diesem 300 Lichtjahre großen Sternhaufen wie ein Bienenschwarm ein dichtes Zentrum. In der Milchstraße ist er der mit Abstand größte, massen- und sternreichste Kugelsternhaufen. Vermutlich war Omega Centauri einst der Kern einer Galaxie, die irgendwann von der Milchstraße kannibalisiert wurde. Enthält der Sternhaufen damit auch, wie viele Galaxienkerne, ein massereiches Schwarzes Loch? Bislang lieferte die Suche danach keine klare Antwort.

Der Befund von Maximilian Häberle und seinen Kollegen dürfte viele Zweifler überzeugen. Die Forscher hatten mehr als 500 Aufnahmen des Weltraumteleskops Hubble ausgewertet. Die meisten Bilder waren zwar für die Kalibrierung der Instrumente erstellt worden, erwiesen sich aber als idealer Datensatz, um die Bewegungen von nicht weniger als 1,4 Millionen Sternen im Inneren von Omega Centauri zu verfolgen. Dabei suchten die Wissenschaftler gezielt nach solchen Sternen, die ungewöhnlich schnell durch den Haufen flitzen.

Sie fanden schließlich sieben Sterne, die sich eigentlich nicht mehr im Zentrum aufhalten dürften – denn sie bewegen sich so schnell, dass sie ohne die zusätzliche Anziehungskraft eines massiven Zentralobjekts den Haufen längst verlassen hätten. Da jedoch auf den Bildern kein derartiges massereiches Objekt zu erkennen ist, bleibt als Erklärung nur ein Schwarzes Loch – ein Objekt, so massereich, dass es kein Licht und keine andere elektromagnetische Strahlung aussendet. Der schnellste Stern der Gruppe rast mit mindestens 113 Kilometern pro Sekunde weit schneller als die Fluchtgeschwindigkeit von 62 Kilometern pro Sekunde, mit der ein Stern ohne Schwarzes Loch den Haufen verlassen würde. Anhand der Hubble-Bilder konnten die Forscher nur die Bewegung der Sterne in der Ebene der Himmelskugel feststellen, nicht aber deren wahre Geschwindigkeit im Raum. Die ermittelte Masse des Schwarzen Lochs ist damit nur eine untere Grenze.

Es ist das zweite Mal, dass Astronomen die Existenz eines Schwarzen Lochs aus den Bewegungen einzelner Sterne in seiner Umgebung ableiten konnten. Das erste Mal gelang das bei Sagittarius A*. Solange die wahre Bewegung der Sterne im Raum aber unbekannt ist, ist das Resultat noch nicht endgültig belegt. Erst mit der dreidimensionalen Bewegung und den daraus ermittelten Sternbahnen kann die wahre Masse des Lochs ermittelt und seine Existenz zweifelsfrei bestätigt werden. „Wir haben bereits ein genehmigtes Beobachtungsprogramm, um diese Beobachtungen mit dem James-Webb-Weltraumteleskop durchzuführen“, sagt Häberle. Der Astronom hält die Entdeckung aber bereits jetzt für gesichert: „Wir haben diverse andere Szenarien überprüft, die als alternative Erklärung für die Beobachtung der schnellen Sterne infrage kommen, aber konnten all diese Szenarien ausschließen.“

Die Theorie, dass der Kugelsternhaufen tatsächlich der Überrest einer kannibalierten Galaxie ist, wird durch den Fund ebenfalls gestützt. Die Verschmelzung mit der Milchstraße hat in diesem Szenario das Wachstum des Schwarzen Lochs gestoppt und so verhindert, dass es in die Liga der supermassereichen Schwarzen Löcher aufsteigen konnte. Mittelschwere Schwarze Löcher existieren also tatsächlich – und sind wahrscheinlich die Bausteine, aus denen sich sukzessive auch die Millionen und Milliarden Sonnenmassen schweren Giganten in den Galaxienzentren bildeten. JAN HATTENBACH



Schwimmen gehört zu den vielen anderen, mäßig belastenden Sportarten, die auch Krebspatienten nach einer Therapie regelmäßig empfohlen werden.

Foto Ben Kilb

Schon vor dreißig Jahren haben Epidemiologen den günstigen Effekt körperlicher Bewegung, den Nutzen regelmäßiger sportlicher Aktivität, zur Vermeidung von Krebs nachweisen können. Wer beständig Sport treibt, erkrankt seltener an einem bösartigen Tumor. Je früher Personen im Leben damit beginnen, desto niedriger ist das Krebsrisiko. Bei Profisportlern und Olympioniken ist der Effekt besonders ausgeprägt, sie erkranken selten an Krebs. Umgekehrt ist eine vorwiegend sitzende Lebensweise in Beruf und Privatleben mit einem erhöhten Krebsrisiko verknüpft.

In Deutschland erkranken in jedem Jahr etwa eine halbe Million Menschen an Krebs. Die Hälfte aller Patienten kann geheilt werden, bei vielen anderen gelingt es, die Krankheit auf Jahre in Schach zu halten. Zwei Drittel der Betroffenen leben länger als fünf Jahre. Krebs wird zur chronischen Erkrankung.

Und auch ihnen hilft Sport. Viele Betroffene leiden akut oder chronisch an den Folgen der Krankheit oder der Therapie. Bewegung beeinflusst eine Reihe physiologischer Prozesse, darunter die Aktivität von zirkulierenden Immunzellen, den Stoffwechsel und die Ausschüttung von Hormonen. Sporttreiben zeitigt eine Fülle günstiger Effekte bei Tumorpatienten, wie Wissenschaftler mehrerer Forschungseinrichtungen von Freerk Baumann von der Arbeitsgemeinschaft Onkologische Bewegungsmedizin im „Deutschen Ärzteblatt“ berichten. Die Forscher haben die bisher publizierten wissenschaftlichen Untersuchungen zur Bewegungstherapie bei Krebspatienten analysiert. Die Evidenz erscheint eindeutig. Bewegung hilft nicht nur, den Krebs zu vermeiden, sie ist auch ein nützlicher Baustein der Therapie.

Krebspatienten klagen über ein typisches Spektrum von Begleitsymptomen, zum Teil unabhängig von der Art der Tumorerkrankung. Dazu zählen oft Ängstlichkeit und Depression, Schlafstörungen, Muskelschwäche und das noch immer rätselhafte Fatigue-Syndrom. Als Fatigue-Syndrom bezeichnen Ärzte eine physische, emotionale und kognitive Erschöpfung, die in keinem Verhältnis zu vorangegangenen Belastungen steht. Die

Die Flucht nach vorne

Gezielte Bewegung hilft bei der Behandlung von Tumoren oft weit über die Therapie hinaus. Wie effektiv Sport bei Frauen und Männern ist, haben Krebsmediziner systematisch ausgewertet.

Von Stephan Sahn

Mehrzahl aller Tumorpatienten berichtet über diese Erschöpfung, in einigen Studien sind dies vier von fünf Betroffenen. Bei einem Teil von ihnen bilden sich die Symptome wieder zurück, bei jedem dritten Patienten halten sie lange an. Nicht selten leiden die Betroffenen noch immer, selbst wenn die zugrunde liegende Tumorerkrankung längst geheilt und kein bösartiges Gewebe im Körper nachweisbar ist.

Zu den unerwünschten Nebenerscheinungen einer Krebstherapie zählen auch die für eine Tumorerkrankung spezifischen Spätfolgen, wie ein sekundäres Ödem der Lymphe bei Frauen nach Operation eines Brustkrebses oder eine Harninkontinenz, die nicht selten bei Männern nach Behandlungen von Tumoren der Prostata und bei Frauen nach Operationen der Karzinome der Gebärmutter und der Eierstöcke auftritt.

Das Forscherteam von Freerk Baumann hat eine Fülle von Studien ausgewertet und einen günstigen Effekt einer Bewegungstherapie bestätigt. Wobei die Mechanismen der Wirkung meist nicht bekannt sind. Schon leichtere und mittlere Belastungen durch unterschiedliche Bewegungsformen können Depression und Angststörungen verbessern. Wissenschaftler vermuten, dass die günstige Wirkung durch einen Anstieg der Konzentration des Nervenwachstumsfaktors

BDNF („brain derived neurotropic factor“) bedingt ist, der durch körperliche Aktivität vermittelt wird. Dieses Molekül zeitigt vielfältige Effekte, darunter auch bei der Regulation der Ausschüttung von Neurotransmittern in den Synapsen des Gehirns.

Ausdauer- oder Krafttraining, auch ihre Kombination, reduzieren das lästige Fatigue-Syndrom während und nach einer Krebstherapie. In annähernd achtzig vergleichenden Studien, in denen die Patienten zufällig einer Gruppe zugeteilt wurden (kein Training versus strukturiertes Training), konnten Forscher eine Steigerung der Lebensqualität belegen. Auch das quälende Lymphödem nach Operation eines Brustkrebses wird durch körperliche Aktivität signifikant reduziert. Generell verbessert Sporttherapie die subjektive Einschätzung der physischen Leistungsfähigkeit.

Bei Patienten mit Prostatakarzinom kann das Risiko einer Harninkontinenz durch Training des Schließmuskels um etwa 25 Prozent gesenkt werden. Ausdauertraining und Kraftsport in Verbindung mit einem Impact-Training – Stoß- und Druckbewegungen – stabilisieren die Knochen und schützen vor Frakturen.

Krebs ist eine Erkrankung des höheren Lebensalters, in dem die Knochengesundheit insbesondere bei Frauen durch

Ausdünnung der Knochensubstanz ohnehin gefährdet ist. Eine Reihe von Chemotherapeutika schädigen das Herz. Eine Bewegungstherapie mit Ausdauerbelastung vermag dem entgegenzuwirken, indem sie die Fitness des Herz-Kreislauf-Systems stärkt.

Eine gezielte Bewegungstherapie gilt als sicher. Sportverletzungen bei Tumorpatienten sind selten. Trotzdem: Nach Ansicht der Autoren sollten Krebspatienten mit Symptomen vor Beginn einer Bewegungstherapie sportmedizinisch untersucht und beraten werden. Es gibt nur wenige Kriterien, bei deren Vorliegen eine Sporttherapie als gefährlich gilt, etwa eine ausgeprägte Blutarmut mit Werten für das Hämoglobin unter acht Gramm pro Deziliter, sehr niedrige Werte der für die Blutgerinnung verantwortlichen Blutplättchen (Thrombozyten) oder eine frische Infektion, wie sie unter einer Chemotherapie häufiger auftritt.

Die wissenschaftliche Evidenz für den Nutzen einer Bewegungstherapie scheint also überwältigend. Dennoch gibt es Einschränkungen, auf die die Autoren hinweisen. Denn Krebs ist nicht gleich Krebs. Erkenntnisse, die bei einer Gruppe von Patienten mit einem spezifischen Tumor gewonnen wurden, lassen sich nicht einfach auf andere Patienten übertragen. Zudem existiert nicht für jede Gruppe von Patienten eine eigene Studie, die Symptome sind vielfältig. Naturgemäß lassen sich in den Studien zwar Patienten mit und ohne gezielte körperliche Aktivität nach zufälliger Zuteilung vergleichen, aber es gibt keine Verblindung, wie sie bei Arzneimittelprüfungen mit Vergleich zu einer Placebo-Gruppe vorgeschrieben ist. Schließlich weisen die Autoren auch darauf hin, dass es sich bei den Studienteilnehmern um eine Auslese von Patienten mit günstigerem oder leichterem Verlauf gehandelt haben könnte. Denn diese Personen sind vermutlich eher motiviert, an einer Studie zur Überprüfung des Effekts einer Sporttherapie teilzunehmen.

Ungeachtet dieser Einschränkungen zeigen sich die Wissenschaftler von den positiven Effekten körperlicher Aktivität bei Krebspatienten überzeugt. Es lohnt sich, dem Krebs und seinen Folgen zu entlaufen.

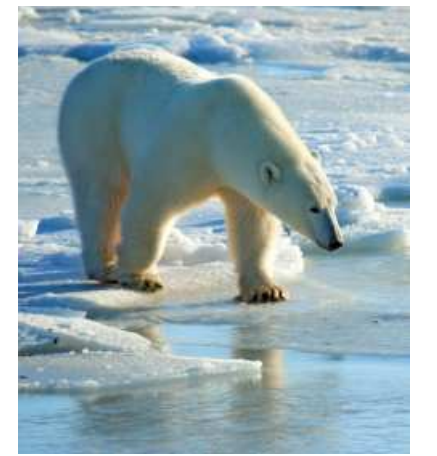
Wissen in Kürze

Höhlen auf dem Mond

Die Oberfläche des Mondes besteht nicht nur aus Kratern, Felsen und Bergen. Es könnte auch eine Art Höhlensystem mit größeren Kavernen existieren, die durch den Einsturz von Röhren entstanden ist, durch die einst Lava geflossen ist. Eine amerikanisch-italienische Forschergruppe hat nun offenbar erstmals einen Beleg für diese These im Mare Tranquillitatis gefunden, als sie ältere Radaraufnahmen des amerikanischen Lunar Reconnaissance Orbiters analysierten. Wie Lorenzo Bruzzone von der Universität di Trento und seine Kollegen in „Nature Astronomy“ schreiben, identifizierten sie darauf eine hundert Meter breite Grube mit steilen Wänden, die in 130 bis 170 Meter Tiefe in einen bis zu 80 Meter langen und rund 45 Meter breiten Kanal mündet. Die Höhlen könnten künftigen Astronauten Schutz bieten. mli

Markierte Männchen

Im Wissen über Eisbären klafft eine Lücke. Während Forscher die Bewegungsmuster ausgewachsener Weibchen seit 50 Jahren mit Funkhalsbändern dokumentieren, ist das bei Jungtieren und männlichen Eisbären nicht möglich. Die Jungen wachsen zu schnell, ein Halsband könnte sie verletzen. Bei den Männchen hält es nicht, da ihr Hals dicker ist als der Kopf. Forscher um den Biologen Tyler Ross von der York University in Kanada haben nun drei Prototypen für alternative, satellitengestützte Sender an Eisbären in freier Wildbahn getestet. Am zuverlässigsten hielt ein Prototyp, bei dem man Fellbüchse durch zehn Öffnungen zieht und ihn so befestigt. Er blieb im Schnitt 58 Tage am Bären, schreiben die Forscher in „Animal Biotelemetry“. Das Team unter-



Eisbär: Der Nacken ist breiter als der Kopf. Foto: Ki Miller/Polar Bear International

sucht nun mehr Details an Zootieren. In Zukunft wollen die Wissenschaftler Bären mit dem Sender nicht nur besser erforschen, sondern auch Tiere in Siedlungsnähe überwachen. hell

Uruururvorfahr

Der Mensch ist stammesgeschichtlich mit Rose und Apfelbaum verwandt – allerdings auch mit der Küchenschabe, dem Syphiliserreger und dem Hausschwamm. Denn sämtliche Lebewesen der Erde teilen sich die biochemische Grundausstattung. Wann aber lebte dann der letzte universelle gemeinsame Vorfahr allen heutigen Lebens? Seit einiger Zeit versuchen Forscher, dies durch geschickte Vergleiche von Genomen und Ermittlung von Mutationsraten herauszufinden. Jetzt hat ein Team um Edmund Moody von der University of Bristol in „Nature Ecology & Evolution“ die bisher aufwendigste Studie dazu vorgelegt. Demnach lebte der Ahn von allem, ein Einzeller, der Wasserstoff und Kohlendioxid verstoffwechselte, vor 4,2 Milliarden Jahren – 400 Millionen Jahre früher, als bisherige Analysen ergaben, und nur 400 Millionen Jahre nach Bildung der Erde. Die Forscher fanden Hinweise darauf, dass die Urbazille keineswegs allein, sondern bereits Teil eines Ökosystems war: Sie verfügte nämlich über ein rudimentäres Immunsystem zur Virusabwehr. UVR

Mit dem Rad zur Arbeit

Wie man zur Arbeit kommt, wirkt sich auf die Gesundheit aus. Wer mit dem Fahrrad fährt oder zu Fuß geht, ist statistisch gesünder als jene, die Auto, Bus oder Bahn fahren. Das zeigt eine Langzeitstudie in „BMJ Public Health“. Forscher der University of Glasgow haben anhand der Scottish Longitudinal Study Daten von 82.300 Erwachsenen aus den Jahren 2001 bis 2018 analysiert. 1363 fuhren Rad, etwa 11.500 waren Fußgänger, und rund 69.500 bewegten sich „inaktiv“ zur Arbeit. Letztere wurden häufiger wegen Herz-Kreislauf-Erkrankungen behandelt, sie bekamen öfter Medikamente gegen psychische Erkrankungen verschrieben, hatten ein höheres Risiko für Krebserkrankungen – und dafür, im Studienzeitraum zu sterben. Am gesündesten waren die Radfahrer, die ein 47 Prozent niedrigeres Sterberisiko aufwiesen. Jedoch wurden verhältnismäßig doppelt so viele von ihnen im Krankenhaus wegen Verkehrsunfällen behandelt. kuro

Eine Bremse für den Klimawandel

Pflanzen speichern mehr Kohlenstoff aus der Atmosphäre als bisher angenommen

Bei der Photosynthese entziehen Pflanzen der Atmosphäre bekanntlich Kohlendioxid und geben dabei Sauerstoff an die Lufthülle ab. Wälder werden auf diese Weise zu den „grünen Lungen“ eines Landes. Und pflanzte man nur genügend neue Bäume an, würden sie den stetigen Anstieg der CO₂-Konzentration in der Atmosphäre bremsen, so die simple Vorstellung. Allerdings stehen die Atmosphärenwissenschaftler vor einem Problem: Sie wissen nämlich nur sehr grob, wie viel Kohlenstoff alle Landpflanzen weltweit tatsächlich pro Jahr aus der Luft aufnehmen. Die angenommenen Werte schwanken erheblich – fast um den Faktor zwei. Eine internationale Forschergruppe hat nun einen viel genaueren Wert ermittelt. Bei ihren Berechnungen nutzten sie einen ungewöhnlichen Marker: die bei oberirdischen Atomwaffenversuchen freigesetzte Radioaktivität.

Obwohl Kernwaffentests in der Atmosphäre schon seit 1963 verboten sind, lassen sich deren Auswirkungen noch heute feststellen. Die Konzentration mancher Radioisotope in der Lufthülle liegt immer noch deutlich über den natürlichen Werten, die vor dem ersten Atombombentest in der Wüste Neu-Mexikos im Jahre 1945

gemessen wurden. Das gilt unter anderem auch für das Kohlenstoffisotop C-14. Wegen der vielen oberirdischen Versuche in den zwei Jahrzehnten nach 1945 stieg dessen Konzentration um fast das Doppelte an. Wegen seiner Halbwertszeit von mehr als 5700 Jahren ist auch heute immer noch wesentlich mehr C-14 in der Luft vorhanden als in der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts.



Renaturierung in Kenia

Foto Frank Röth

Wenn Pflanzen Kohlenstoff aufnehmen, spielt es keine Rolle, in welcher Isotopenzusammensetzung das Element vorliegt. Der Kohlenstoff dient den Pflanzen zum Wachstum, allerdings wird im Laufe der Zeit ein Teil davon wieder abgegeben, beispielsweise wenn im Herbst auf der Nordhalbkugel das Laub von den Bäumen fällt. Wenn es sich mit der Zeit zersetzt, wird ein Teil des darin enthaltenen Kohlenstoffs wieder frei, der Rest wandert in den Boden. Was vom ursprünglich aufgenommenen Kohlenstoff in den Pflanzen und im Boden verbleibt, wird in den Klimamodellen als „Nettoprimärproduktion“ (NPP) bezeichnet. Weil es bisher kein genaues Modell des Kohlenstoffbudgets der irdischen Biosphäre gibt, schwanken die NPP-Werte erheblich, zwischen 43 und 76 Milliarden Tonnen pro Jahr.

Die Forschergruppe um Heather Graven vom Imperial College in London hat die im Zuge der oberirdischen Kernwaffentests erhöhte C-14-Konzentration dazu benutzt, das komplette Kohlenstoffbudget der Biosphäre zu berechnen. In diese Berechnungen gingen Messungen der C-14-Konzentration in der Stratosphäre, in der Troposphäre sowie in den Ozeanen ein. Solche Messungen finden

seit mehr als einem halben Jahrhundert regelmäßig statt. Um ihre Kalkulationen nicht durch die erheblichen Schwankungen der C-14-Konzentration in der Atmosphäre während der Phase der oberirdischen Atombombenversuche zu verfälschen, verwendete die Gruppe nur die Werte, die während einer Periode relativ stabiler Konzentration zwischen 1963 und 1967 erfasst wurden.

Es stellte sich heraus, dass die Pflanzen jährlich weltweit netto mehr Kohlenstoff aufnehmen als bisher angenommen, nämlich mehr als 80 Milliarden Tonnen, schreiben die Forscher im Greven in der Zeitschrift „Science“. Auf den ersten Blick scheinen die Landpflanzen also tatsächlich als Senke für das anthropogene CO₂ zu wirken.

Allerdings hat sich bei den Berechnungen auch herausgestellt, dass noch immer nicht genau modelliert werden kann, wie viel Kohlenstoff wieder in die Atmosphäre zurückfließt. Die Studienautoren wollen deshalb ihre Ergebnisse keineswegs als Entwarnung verstanden wissen und merken an, dass das Wiederaufforsten und das Pflanzen neuer Bäume möglicherweise nur eine eingeschränkte Bremse für den Klimawandel ist. HORST RADEMACHER

Die Vorsehung hat Hitler aufgebraucht

In Marbach liegen Entwürfe Carl Zuckmayers für ein Drama über den 20. Juli. Modellhaft sollten Hingerichtete über Volksvergötzung und Kollektivschuld hinausdenken.

Als 1969 der fünfundzwanzigste Jahrestag des Stauffenberg-Attentats begann, hatte die Stiftung „Hilfswerk 20. Juli 1944“ den Dramatiker Carl Zuckmayer eingeladen, bei der offiziellen Feierstunde im Ehrenhof des Bendlerblocks in Berlin (West) die Gedenkrede zu halten. Zuckmayer gehörte zu den Dritten Reich verbotenen Schriftstellern, war mit verschiedenen Angehörigen des Widerstands befreundet gewesen und hatte – noch im amerikanischen Exil – mit „Des Teufels General“ ein Drama verfasst, das seit seiner Zürcher Uraufführung 1946 nachhaltigen Einfluss auf die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in Westdeutschland entfalteten.

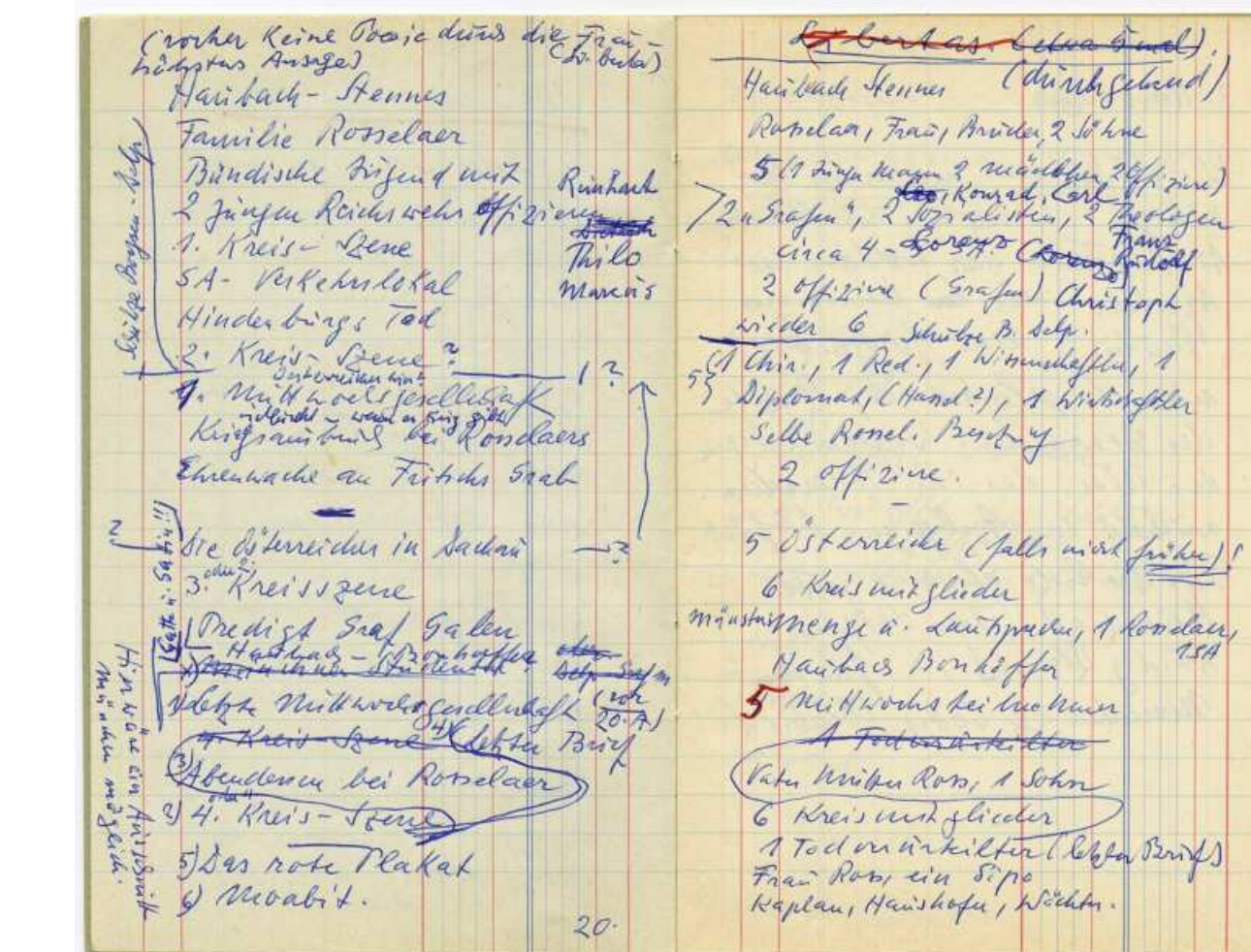
Der Erfolg dieses Stücks erklärt sich aus dem hohen Identifikationspotential, welches die Hauptfigur dem deutschen Publikum der Nachkriegszeit bot: Luftwaffengeneral Harras, den der Dichter – in Anlehnung an seinen Freund Ernst Udet – als in Schuld verstrickten, zugleich aber dem NS-System gegenüber innerlich fremden Charakter entwarf. Harras, beauftragt, Sabotage in der Rüstungsproduktion aufzuklären, verzichtet am Ende der Ermittlungen darauf, den hierfür verantwortlichen Ingenieur Oderbruch anzuzeigen, und wählt den Freitod. Mit Oderbruch bot Zuckmayer wiederum, wie der niederländische Historiker Ger van Roon schrieb, „die geistige Verkörperung der Widerstandsbeziehung“ dar.

Als Saboteur erfuhr Oderbruch jedoch vom deutschen Publikum der Nachkriegszeit weitestgehende Ablehnung – entgegen der Intention des Autors, der dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus hatte ein Denkmal setzen wollen und das Drama schließlich auch seinen für diesen Widerstand gestorbenen Freunden Theodor Haubach, Wilhelm Leuschner und Graf Helmuth von Moltke widmete. Die Erfahrungen mit der Rezeption des eigenen Stücks werden Zuckmayer 1969 deutlich vor Augen gestanden haben. Van Roon, der an der Gedenkfeier in Berlin teilnahm und Zuckmayer dort persönlich begegnete, kam zu dem Schluss: „Was Zuckmayer vorhatte mit der Oderbruch-Figur, hat er in späteren Jahren in seiner Gedenkrede ‚Memento zum 20. Juli 1969‘ zum Ausdruck gebracht.“

Offensichtlich war van Roon nicht bekannt, was wohl nur ein engerer Kreis von Freunden des Schriftstellers wusste: Zuckmayer hatte mit seiner Rede an umfangreiche Arbeiten zu einem Drama über die Kreise des deutschen Widerstands anknüpfen können, an dem er spätestens seit März 1966 gearbeitet hatte. Das Scheitern dieses Vorhabens stürzte ihn zur Jahreswende 1968/1969 in eine Krise: „So ein Versinken habe ich nie gekannt“, bekundete er im Juli 1969 in einem Brief an den Feuilletonchef der „Zeit“, Rudolf Walter Leonhardt: Er sei „in diesem Winter zu dem Entschluss“ gekommen, „das Stückes schreiben aufzugeben, das sein vorläufig, vielleicht auch ganz“, und habe „einen dramatischen Plan, der mich zwei Jahre beschäftigt hat“, verworfen. Zuckmayer setzte hinzu: „vermutlich zu meinem Besten“.

Entwürfe zu diesem Drama befinden sich heute im Deutschen Literaturarchiv Marbach: eine aufschlussreiche Quelle zur literarischen Rezeption des deutschen Widerstands in der Bonner Republik, und dies trotz ihres fragmentarischen Charakters. Was erhalten ist, reicht von Aufzeichnungen zur Geschichte des Widerstands, die Zuckmayers Recherchen dokumentieren, über Dialogskizzen und Dispositionen möglicher Szenenfolgen bis zu grundsätzlichen Reflexionen, in denen der Autor sich Rechenschaft über die inhaltliche Programmatik wie die dramatischen Gestaltungsprinzipien des geplanten Stückes ablegte.

Die Entwürfe möglicher Szenenfolgen variieren – in jedem Fall aber plante Zuckmayer „24 Dialogszenen, sogar vielleicht mehr, zwischen kurzen und längeren komponiert“. Das überlieferte Material spiegelt die Absicht des Autors, weniger einen historischen Handlungsverlauf nachzubilden als vielmehr exemplarisch unterschiedliche Personenkreise und Typen zu porträtieren, in denen der Widerstand gegen den Nationalsozialismus Gestalt gewinnt. Neben Dialogen der Angehörigen des Kreisauer Kreises stehen solche der Widerstandskämpfer mit ihrer Ehepartnerinnen, aber auch Gespräche zwischen Ver-



„Kaplan, Haushofer, Wächter“: Entwurf möglicher Szenenfolgen in einem Notizheft Zuckmayers

treten des Volks, wie Angehörigen der „Bündischen Jugend“ oder in der von Zuckmayer entworfenen prototypischen Arbeiterfamilie Rosselaer. Andere Szenen setzen die Widerstandskämpfer in Situationen von Haft und Konzentrationslager ins Licht.

Ausführliche Entwürfe widmete Zuckmayer der Berliner „Mittwochsgesellschaft“, Mitglieder der 1863 gegründeten „freien Gesellschaft zur wissenschaftlichen Unterhaltung“ waren am aktiven Widerstand beteiligt, was nach dem 20. Juli zur Auflösung des Gesprächskreises durch die Gestapo führte. Hervor stechen zudem zwei Dialoge, in denen das Verhältnis von Christentum und Sozialismus vor dem Hintergrund des nationalsozialistischen Zivilisationsbruchs erörtert wird: zwischen dem evangelischen Theologen Dietrich Bonhoeffer und dem Sozialdemokraten Theodor Haubach sowie zwischen dem Jesuitenpater Alfred Delp und dem der KPJ nahestehenden Luftwaffenoffizier Harro Schulze-Boysen.

Zuckmayer legte das Stück an als „letzten Akt einer Tragödie, deren Peripetie schon stattgefunden hat, bevor es beginnt“. Die sich in ihm vollziehende „Katastrophe“ sei „die furchtbarste, die einem Volke und jedem einzelnen seiner Bürger geschehen kann: die Tyrannei“. Dementsprechend handele es sich bei den Figuren um „eine Vielzahl von Helden, die den Versuch machen, der Tyrannei zu widerstehen und sie zu stürzen“. Hinter diesem handlungsleitenden Konflikt sieht Zuckmayer einen „Widerstreit göttlicher und teuflischer Kräfte“ stehen, „zwischen denen sich der Mensch seit Urbeginn zu entscheiden hat“.

Entsprechende theologische oder dämonologische Hintergründigkeiten hatten bereits Zuckmayers erstes Nachkriegsstück geprägt, wie dessen Titel „Des Teufels General“ offenlegte. Bedenkt man ferner, dass Zuckmayer mit seinem 1950 uraufgeführten „Gesang im Feuerofen“ das Schicksal einer 1943 von der deutschen Heerespolizei in den Savoyer Alpen ermordeten Résistance-Gruppe in die biblische Tradition der Männer im Feuerofen aus dem Buch Daniel eintrug, wird die metaphysische Deutung der zeitgeschichtlichen Ereignisse als eine Kontinuitätslinie seiner dramatischen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus deutlich.

Sie verbindet ihn mit weiteren Literaturschaffenden seiner Zeit wie Albrecht Goes und insbesondere mit seiner Kollegin und Freundin Gertrud von Le Fort. Just von dieser hatte er

sich im Rahmen der Arbeit an seiner 1966 erschienenen Autobiographie „Als wär's ein Stück von mir“ die Zusage ihres in den Nachkriegsjahren in der Schweiz gehaltenen Vortrags „Unser Weg durch die Nacht“ erbeten, auf den er in seinen Erinnerungen Bezug nehmen wollte: „Diese Schrift hat mich damals ungeheuer beeindruckt: es war die erste und einzige, in der das deutsche Schicksal auch metaphysisch, nicht nur politisch und psychologisch betrachtet wurde, und die Einwirkungen außer menschlicher Mächte, übergeordneter Gewalten, göttlicher und teuflischer, darin erkannt.“ Es scheint ein solcher Zugang zum Stoff gewesen zu sein, der Zuckmayer auch für sein Widerstandsrama vorschwebte.

Vor diesem Hintergrund nimmt es nicht wunder, dass das Fragment neben der antiken Tragödie an die Gattung des mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Märtyrerdramas anknüpft. Ein Mitglied des Kreisauer Kreises lässt Zuckmayer diesen Bezug explizit machen: „Wir sind keine Verräter. Wir sind – Nothelfer“, worauf sein Gesprächspartner entgegnete: „Und die haben den Märtyrertod erlitten.“ Noch viel mehr legt sich diese Interpretation durch den Schluss nahe, der von Zuckmayer als „Kerzenprozession“ entworfen wurde und das Schicksal der Akteure als Passion markiert. Es spricht dort „eine der Frauen“, die „für all die Frauen“ steht, „deren Männer im Kampf gegen die Tyrannei ihr Leben geopfert“ haben. Ein hierfür vorgesehener in Versform gehaltener Text bringt deutlich den Opfer- wie Vermächtnischarakter ihres Todes zum Ausdruck: „Weil er in diesen / höllischen Minuten, / Auf die er vorbereitet war, / Und die er herausgefordert hatte, / Nicht um sein Leben kämpfte, / Aber für das Leben – / Nicht seinem Tod wehren konnte / Aber dem Tod, / Leben / hat er uns hinterlassen, / Er und die Seinen.“

Dabei sollte Zuckmayers Entscheidung für eine metaphysische Deutung im Zusammenhang mit der geschichtspolitischen Programmatik betrachtet werden, die in seinen Texten der Exilzeit – seit seiner 1938 veröffentlichten autobiographischen Skizze „Pro domo“ – angelegt ist und die dann auch für „Des Teufels General“ maßgeblich wurde: die Betonung der Existenz eines „anderen Deutschland“ und die Verwahrung gegen eine Kollektivschuld. Dies mag ein Entwurf für die Einleitung zum Drama verdeutli-

chen: „Sie setzten ihr Leben ein, um Deutschland von seiner Tyrannei zu befreien, um die Welt von einem fortschreitenden Übel zu reinigen, um ihr Land und Volk vom Untergang zu retten.“ Hier verbindet sich die martyrologische Deutung des Schicksals der Widerstandskämpfer mit dem nicht weniger religiös aufgeladenen Begriff der Reinigung. Zudem – und noch mehr im Folgenden – spielt Zuckmayer hier jedoch mit dem (in seinem Spätwerk mit hin präsenten) Motiv der Stellvertretung, sofern das Verdienst der Märtyrer die Schuld anderer Teile des Volkes aufhebt: „Dass sie dort lebten und starben und wie sie dachten und handelten, fällt heute schwerer ins Gewicht als das Versagen all derer, die sich der Niedertracht und der Schande willfährig ergaben oder welche die Flut der Gemeinheit und der Rohheit, von der sie verschlungen wurden, nicht erkannten und nicht wahrhaben wollten.“

Die metaphysische Deutung des historischen Stoffes führt in der Anlage des Stückes zum Bruch mit dramatischen Konventionen: So löst Zuckmayer die klassische Strukturierung des Figurentableaus in Protagonisten und Antagonisten auf zugunsten der Auseinandersetzung der – zudem nicht mehr in Haupt- und Nebenrollen zu ordnenden – Figuren mit einem Gegenspieler, der „unsichtbar immer gegenwärtig“ ist. Zuckmayer wollte dementsprechend „kein dokumentarisches Stück“ schreiben, „obwohl nichts vorkommt, das nicht geschehen ist, gedacht oder gesprochen wurde“. Er beanspruchte folglich nicht, konkrete „Personen, die wirklich gelebt haben und getötet worden sind“, zu porträtieren: „Es werden in jeder auftretenden Gestalt nur Züge solcher Personen, die das Modell bilden, zusammengefasst.“ Als Beispiel solcher „Modelle des Denkens, Empfindens und Handelns der dramatischen Personen“ nennt er seine Freunde Carlo Mierendorff und Theodor Haubach.

Letzteren lässt er im oben erwähnten Dialog mit Bonhoeffer das geistige Fundament einer möglichen Gesellschaftsordnung nach Hitler ergründen: „Es muss eine feste, zwischen uns erarbeitete, Grundlage da sein, – geistiger Art, aber nicht theoretischer Natur. Mit anderen Worten: ein Glaube, der dem fanatischen Irrglauben der Gegenwart überlegen ist. Das kann nicht aus einem Parteiprogramm entstehen. Es darf aber auch kein gestaltloser Nebel sein. Keine Mystik. Keine Rückkehr zu salbungsvollen Sprüchen. Die Vorsehung ist von Hitler aufge-

braucht, das Irrationale ist zur Entschuldigung für Gewaltverbrechen geworden. Wir brauchen Thesen, die so grundsätzlich sind und so verständlich, wie die Zehn Gebote, – auch für die Evolution des Sozialismus.“ Auf Bonhoeffers Rückfrage, ob er „an einen klar konzipierten Gedankenbund von Christentum und Sozialismus“ denke, bekundet Haubach, es gehe ihm um eine „neue Scholastik“: „Ich denke an eine philosophisch untermauerte Staatsmoral, die der platonischen durch die Konzeption der Evangelien überlegen ist. Ich denke an ein beweisbares Christentum, an einen durch den Verstand überzeugenden Glauben.“

Hier, wie an vielen weiteren Stellen, lässt sich plausibel machen, dass Zuckmayer zentrale gedankliche Figuren seines Dramenentwurfs in die Gedenkrede von 1969 übertrug, also jener zur Vorarbeit für diese wurde. Denn in Dialogen wie dem hier zitierten zeichnet der Dramatiker nach, was der Gedenkreder beschor: „ein Spannungsfeld zwischen verschiedenen gelagerten und geladenen Energien, die doch eine gemeinsame Kraftquelle und eine gemeinsame Mitte besaßen“. „In einem Grundprinzip waren sie alle verbunden: Deutschland musste wieder ein freier Rechtsstaat werden.“

Der Anspruch des Autors, Modelle beziehungsweise Personifikationen weltanschaulicher Konzepte anstelle von individuellen Charakteren zu beschreiben, hatte wiederum Folgen für die Erwartungen an eine mögliche Inszenierung: Er wolle „in diesem Stück nicht durch Schauspieler Menschen darstellen lassen, die ich selbst gekannt habe“, oder solche, die „heute Lebenden noch in Erinnerung sind“, sondern „Dialoge von Schauspielern sprechen lassen, die nicht nachweislich so geführt wurden, aber eine Entsprechung dessen bedeuten, was diese Menschen dachten, empfanden, planten, hofften und lebten“. Die Dialoge „enthüllen weniger die besonderen Eigenschaften oder Motive der einzelnen Personen als den gesamten Aufriss ihrer geistigen Haltung und politischen Zielsetzung“. So, wie der Autor selbst „auf persönliche Charakteristika, auch auf die dramatische Pointierung von Einzelschicksalen, mit wenigen Ausnahmen“ verzichtete, „soll auch in der Realisierung auf dem Theater nicht versucht werden, die individuellen Züge herauszuarbeiten“.

Die Frage, weshalb Zuckmayer die Arbeit an dem Stück abbrach, kann – zumindest nach der aktuellen Quellenlage – nur hypothetisch beantwortet werden. Beigetragen haben gewiss Bedenken, die ihm ein Freund seiner späteren Jahre, der reformierte Schweizer Theologe Karl Barth vorgetragen hatte. Im Oktober 1968 schilderte Zuckmayer Barth wiederum „teils innere, teils handwerkliche“ Zweifel, die ihn bereits im Sommer beinahe veranlasst hätten, „das Ganze abzubrechen und mich – endlich! – wieder der reinen Heiterkeit zu verschreiben“. Nun aber lägen „die Dialoge bereit, wie Tonreihen oder Akkorde, die noch nicht in Sätze gliedert oder harmonisiert sind. Jetzt gilt es zu komponieren.“

Letztlich mag Zuckmayer an den von ihm selbst gesetzten Maßstäben, an denen sich die Komposition hätte messen lassen müssen, gescheitert sein. Mit der Verbindung aus Heldenepos und metaphysischem Konflikt hätte Zuckmayer an eine reiche dramatische Tradition anknüpfen können – zumal in dem er seine Protagonisten als Märtyrer ins Licht setzte. Wie jedoch soll eine Figur als Märtyrer oder Held überzeugen, wenn sie zugleich – bar „persönlicher Charakteristik“ und „dramatischer Pointierung von Einzelschicksalen“ – als reine Personifikation eines weltanschaulichen Konzepts herzuhalten hat?

Zu diesem Grundkonflikt scheinen sich dann – in der zweiten Hälfte des Jahres 1969 – weitere sekundäre, aber nicht minder widerstreitende Ansprüche hinzugesellt zu haben. Wie Zuckmayer nämlich an Barth schrieb, war es die Niederschlagung des Prager Frühlings, die ihn darin bestärkte, gegen den Zweifel anzuarbeiten: „den Versuch zu einer Klärung möglicher Grundlagen (zu einer humanen und sozialen Gesellschaft, zu einem Konzept der ‚Freiheit des Christenmenschen‘, der nach Luther auch ein ‚dienstbarer Knecht aller Dinge‘ ist) doch zu wagen“. Zugleich denke er: „So Gott wirklich will, könnte es mir gelingen, auch in diesen strengen und herben Stoff noch einen Funken von Humor, einen Schimmer von Heiterkeit hineinzuzaubern.“

Nehmen wir an, dass Zuckmayer die grundlegende Spannung zwischen transzendenzbezogenem Märtyrerdrama und der Inszenierung von weltanschaulichen Konzepten überwunden hätte: Selbst dann hätte die zusätzliche Inanspruchnahme als humanistisches Manifest aus tagespolitischem Anlass (ganz abgesehen von einer Integration humoristisch-heiterer Elemente) das dramatische Vorhaben überfrachtet. Dass Zuckmayer für seine öffentliche Würdigung des deutschen Widerstands letztlich die Form der Gedenkrede wählte, kann daher auch als Lösung ebendieses Problems verstanden werden. TILMAN ASMUS FISCHER

Elitenlob als Schullektüre

Ungedrucktes zum 20. Juli von Klaus Harpprecht

Im März 1969 erhielten Personen des öffentlichen Lebens den Rundbrief einer „Aktionsgemeinschaft 20. Juli 1944“, die sich in München zur Vorbereitung auf den fünfundzwanzigsten Jahrestag des Attentats auf Hitler gegründet hatte und mit dem „Hilfswerk 20. Juli 1944“ in Verbindung stand, einer Stiftung mit dem Zweck der Versorgung der Hinterbliebenen der Widerständler. Die Aktionen, die der kleinen Gemeinschaft um den Verleger Gottfried Müller vorschwebten, waren publizistischer Natur: Anzeigen und Artikel in der Presse. Man wollte „dem zunehmenden Vergessen der deutschen Opposition gegen Hitler in der Öffentlichkeit entgegenwirken“. Das schrieb Helmut Krausnick, Direktor des Instituts für Zeitgeschichte, am 10. März 1969 an Klaus Harpprecht, dem er das ehrgeizigste Vorhaben der Gedenkkampagne antrug: Eine Broschüre sollte in einer Auflage von 100.000 Stück gedruckt werden, zwecks kostenloser Verteilung an Universitäten und Schulen.

Harpprecht, von Krausnick als „weithin bekannter Journalist“ angesprochen, „dessen politische Haltung wie sprachliche Fähigkeiten wir schätzen“, sagte zu; Ende März wurde als Abgabedatum der 20. Juli vereinbart. Der Autor lieferte sechs Tage vor dem Termin und erhielt ein Honorar von 1500 Mark. Ein Vorabdruck in der Wochenzeitung „Das Parlament“ kam nicht zustande; am 15. Juli sagte das von der Bundeszentrale für politische Bildung herausgegebene Blatt ab. Am Gedenktag richtete das Hilfswerk 20. Juli 1944 eine Gedenkstunde im Bendlerblock aus, deren Hauptredner der Schriftsteller Carl Zuckmayer war. Krausnick schrieb am Abend des 20. Juli einen Brief an Harpprecht, weil er beim Radiohören eine unerfreuliche Überraschung erlebt hatte: Der Sender Freies Berlin hatte eine gekürzte Fassung von Harpprechts Essay gesendet.

Die Broschüre ist nie gedruckt worden, obwohl das Bundesinnenministerium im Oktober 1969 einen Druckkostenzuschuss von 20.000 Mark bewilligte und die beauftragte Druckerei im Frühjahr 1970 einen Bürstenabzug herstellte. Im Juli-Heft der „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“ hat Rainer Volk das Typoskript mit dem Titel „Schwieriges Gedenkblatt“ jetzt aus Harpprechts Nachlass im Archiv der Akademie der Künste zu Berlin ediert und der Edition einen instruktiven Kommentar zu den geschichtspolitischen Kontexten vorangestellt. Harpprechts Vergegenwärtigung des 20. Juli gibt im Appell an die Deutschen, sich an drei Akteuren ein Beispiel zu nehmen, die in Harpprechts Stilisierung zu einem Modus reinen Handelns vorgedrungen waren, angeblich befreit von den Bedingungen, die verschwörerische Aktivitäten zwangsläufig zwiespältig erscheinen lassen: Stauffenberg als der „Täter“, Helmut James Graf von Moltke mit „kristallklaren Konzepten für eine Sozialverfassung des nach-nazistischen Deutschlands“ als der „Denker“ und Generalmajor Hans Oster, der 1940 die Niederlande und Belgien vor dem deutschen Angriff gewarnt hatte, als der sogenannte „Verräter“. Als Modell zum Verständnis Osters rief Harpprecht seinen Lesern „die Figur des Oderbruch“ aus Zuckmayers Stück „Des Teufels General“ in Erinnerung.

Am 2. Oktober 1971 fragte Harpprecht bei Krausnick nach: „Was ist eigentlich aus meinem Manuskript zum 20. Juli geworden? Ich habe es nirgendwo publiziert gesehen.“ Der IZ-Direktor antwortete kleinlaut und „streng vertraulich“, dass die Aktionsgemeinschaft sich leider nicht gegen die vom Hilfswerk „geäußerten Bedenken (konservativer Natur)“ habe durchsetzen können. Anlass für solche Bedenken hatte Harpprechts den Gedenkrede, aber auch Teilen der Forschung um Jahrzehnte zurückkommende Feststellung geboten, die Wehrmacht habe „ihren Schild nicht blank gehalten“. Bezeichnend für den politischen Eigensinn Harpprechts, dem vielleicht eine Empfehlung seines Mentors Eugen Gerstenmaier, des am 31. Januar 1969 zurückgetretenen christdemokratischen Bundestagspräsidenten, den Auftrag verschafft hatte, ist aber auch das Lob für Moltkes „Sozialisierungs-Programm“ im Kontrast zum „moderierten Kapitalismus der Bonner Führungspartei“ CDU und zur „marktwirtschaftlichen Ideologie“ der „konzentrierten Aktion“ des SPD-Wirtschaftsministers Karl Schiller.

Liest man das „Schwierige Gedenkblatt“, ist das Urteil unabwieslich, dass die Form von Harpprechts Text ihn ungeeignet für die Aufgabe machte, etwas gegen die zeitliche Unwissenheit zu tun. In der Einleitung verbreitet sich Harpprecht so geist- wie voraussetzungsreich über die revolutionären Erfahrungen anderer Nationen, um dann den Topos vom Unglück der unpolitischen Deutschen zu erneuern. Zwar wird hier schon vor dem Machtwechsel der Septemberwahl 1969 „der ausgreifende Realismus Willy Brandts“ gerühmt, dessen Redenschreiber Harpprecht 1972 wurde, aber einer Geschichtsschreibung, die mehr Demokratie hätte wagen wollen, lieferte er keine Vorlage. In Übereinstimmung mit der Denkschrift Marion Gräfin Dönhofs, deren Biographie er 2008 vorlegte, postulierte er, eine Geschichte „revolutionärer Bewegungen in Deutschland“ könne sich nie „auf eine volonté générale“ beziehen, „wohl aber“ auf eine „volonté d'une élite“. PATRICK BAHNERS

Auskunft aus München

Was war das Anstößige an der „Munich History Lecture“ von Wulf Kansteiner? Das fragten wir an dieser Stelle am 22. Mai. Der aus Dortmund gebürtige Historiker, der lange in den Vereinigten Staaten unterrichtete und seit 2014 Professor für Memory Studies und Geschichtstheorie an der Universität Aarhus ist, hatte in der Vortragsreihe der Fakultät für Geschichte und Kunstwissenschaften der Ludwig-Maximilians-Universität München am 29. Januar unter dem Titel „Ethik und Erinnerung: Das Ringen um das Holocaust-Gedächtnis“ gesprochen. Das Publikum des folgenden Vortrags in der Reihe, den am 13. Mai Norbert Frei zum nah beinahe nachbarten Thema „Zweierlei An-

fechtungen. Über die deutsche „Erinnerungskultur“ und ihre Feinde“ hielt, wurde zur Begrüßung von der Dekanin, der Musikwissenschaftlerin Alexandra Kertz-Welzel, darüber unterrichtet, dass die Fakultät Frei eingeladen habe, weil der Vortragsabend im Wintersemester „sicherlich anders“ verlaufen sei, „als wir alle uns das wünschten“.

Auf die schriftliche Bitte um Auskunft, worauf sich diese Unzufriedenheit bezogen habe, erhielt die F.A.Z. zunächst keine Antwort. Auch die Frage, ob es vorgesehen sei, Kansteiners Vortrag in das von der Gerda-Henkel-Stiftung unterhaltene Online-Archiv der „Munich History Lectures“ einzustellen, blieb unbeantwortet. Nach mehrfacher Nachfrage ist uns nun am 4. Juli, sieben Wochen nach unserer Anfrage, eine Antwort der Dekanin zu gegangen.

„Die Unzufriedenheit bezog sich auf die fehlende Zeit zur Diskussion (der Vortrag war weitaus länger als vorgesehen und vereinbart) und auf Zusätzungen im Vortrag, wie sie im Leserbrief in der F.A.Z. vom 2. Juli skizziert worden sind.“ In diesem Brief an die Herausgeber schilderte die Erlanger Rechtshistorikerin Julia Klaus ihre Eindrücke des Abends mit Kansteiner: Insgesamt hätten sich dessen Ausführungen zur Erinnerungskultur im Rahmen dessen bewegt, was man in einem streitbaren wissenschaftlichen Diskurs erwarten dürfe; mit einem Satz, der Anregung, Israel solle im Krieg um Gaza von der DDR lernen, wie man eine Mauer errichte, habe Kansteiner aber offenbar einen Großteil des Publikums vor den Kopf gestoben.

Vorerst, teilt die Dekanin mit, wird Kansteiners Vorlesung nicht online gestellt werden. F.A.Z.

Halbbildung mit System

Fünfundzwanzig Jahre Bologna und kein bisschen weiser: Eine Gruppe von Studenten präsentiert zum Jubiläum der Reform eine kritische Bilanz.

Das fünfundzwanzigjährige Jubiläum der Bologna-Reform vor Kurzem weitgehend geräuschlos über die Bühne ging, muss man nicht als Erfolg bewerten. Mit Blick auf die Zahlen hat die Reform ihre Ziele verfehlt: Der Bachelor als erster berufsbefähigender Studienabschluss wird von der Unternehmenswelt nicht für voll genommen. Alles drängt in den Master. Die Regelstudienzeit ist nicht kürzer, sondern länger geworden. Die Abbruchquote bleibt hoch. Das Akkreditierungssystem, das mit Bologna heranwuchs, verschlingt Unsummen an Zeit und Geld. Die Zahl der ausländischen Studien an deutschen Hochschulen ist zwar gestiegen, aber die der deutschen Studenten mit Auslandserfahrung bleibt trotz nachträglich eingebauter Mobilitätsfenster hinter den Erwartungen zurück.

Positiv ist zu veruchen, dass der weit überwiegende Teil der im Ausland erbrachten Studienleistungen heute anerkannt wird, trotzdem ist der europäische Hochschulraum noch nicht so einheitlich, wie man sich das vorstellt. Nicht alles davon geht direkt auf Bologna zurück, aber alles steht damit in Verbindung. Das Verstummen der Kritik liegt also eher daran, dass Bologna Routine geworden ist. Studenten, die damit groß geworden sind, kennen es nicht anders.

Der größte Vorbehalt gegenüber der Reform war immer, dass sie das Studium in kleinteilige Module presst, um Studenten möglichst schnell und reibungslos an den Arbeitsmarkt weiterzureichen. Bildung wurde nicht mehr als Selbstzweck, sondern als ökonomische Ressource verstanden, um den Arbeitsmarkt mit Humankapital auszustatten und Europa für den globalen Wettbewerb zu rüsten. Wissensbasierte Ökonomie sagte man damals, die EU sollte die weltbeste davon werden. Das wurde als alternativlos beschrieben, obwohl es klaren Interessen folgte, etwa dem der Europäischen Kommission, in der Bildungspolitik mitzumischen. Die neuen Schlagwörter lauteten Mobilität und Berufsfähigkeit für schnell wechselnde Kompetenzfelder, später ergänzt um ethische Facetten wie Diversität und Inklusion, die den Verwertungsdruck übertrüben. Die Bildung verschwand aus dem Wertekanon der Hochschulleitbilder. Der Konsum von Mineralwasser in den Seminaren stieg beträchtlich.

Man muss das Magisterstudium, in dem Freiheit oft nur ein Vorwand war, Studenten sich selbst zu überlassen, nicht verklären, um sich mit der neuen Realität nicht abzufinden. Es gibt auch unter heutigen Studenten ein Gefühl für das, was im neuen System fehlt, was damit zu tun hat, dass Studenten immer noch alte Bücher lesen, etwa die „Theorie der Halbbildung“, in der Theodor W. Adorno schon 1959 die Halbbildung als Signatur der Zeit beschrieb.

An der Universität Frankfurt, dem Gründungsort der Kritischen Theorie, hatte sich schon zum zwanzigsten Jahrestag der Reform eine Gruppe von Studenten gebildet, die das Bologna-System in einem autonomen Tutorium mit dem Titel „Organisierte Halbbildung“ untersuchen wollte. Bologna macht Halbbildung zum System, so die Hypothese. Man nahm es als Bestätigung, dass sich zu dem Seminar kaum Teilnehmer meldeten, denn es gab dafür keine Leistungspunkte, und wer sich dennoch dafür interessierte, so mutmaßte man, dem fehlte im engen Bologna-Takt die Zeit. Die Vermutung sollte sich bestätigen, als man bundesweit dazu aufrief, Texte aller Art zu Bologna einzusenden. Der Rücklauf war so gewaltig, dass man sich entschloss, einen Teil davon in einen Sammelband zusammenzufügen, der Ende August im Transcript Verlag erscheinen soll. Die Herausgeber heißen Clara Gutjahr, Lisa Marie Münster, Lukas Geisler, David Morley und Moritz Richter. Sie sind alle Sozial- oder Geisteswissenschaftler, hätten Mediziner oder Physiker mitgeschrieben, wäre wohl ein anderes Buch herausgekommen.

Der Band will die studentischen Erfahrungen mit der Reform dokumentieren. Dafür nimmt man sich das Studium wie ein ethnographisches Objekt vor: Was ist die Hochschule für ein Ort? Welche politischen Pläne verbergen sich hinter dem Studium? Was machen wir hier überhaupt? Man erfährt, wie es ist, als alleinerziehende Studentin das

Leben in Modulen zu planen, warum das Schummeln eine zwar nicht ehrenwerte, aber doch logische Begleiterscheinung von Bologna sei, die erst den Freiraum für die eigentlichen Interessen schaffe. Warum die Bologna-Modell-Hochschule Lüneburg die sozialen Leistungspunkte, die sie in einem Wohnheim auf dem Campus einführen wollte, doch wieder zurücknahm. Warum der *Student Life Circle*, der mit Bologna über die Hochschulen kam, eine Helikopterwelt ist, in der man sich in einem höheren Sinn nur verirren kann. Oder warum die Leistungspunkte die Bildungserfahrung vernichten, weil bei allem, was vermesen wird, die Zahl das Interesse am Gegenstand absorbiert.

Emanzipation, heißt es in einem Beitrag, sei nur möglich, wenn dafür ein Raum zur Verfügung steht, der frei von Verwertungszwang und Anpassungsdruck ist. Nun beruht natürlich auch dieser Raum auf gesellschaftlicher Arbeit, und wenn den Beiträgen etwas fehlt, dann ist es das Bewusstsein, dass die Universität eine Übereinkunft mit allen ist, die dem Arbeitszwang unterworfen sind. An manchen Stellen lässt man sich von Fassaden blenden. Dem Kapitalismus und dem Neoliberalismus wird der Prozess gemacht, ohne Rücksicht darauf, dass die unternehmerische Hochschule doch nur eine Teilrealität geworden ist. Aber das ist kein Einwand im Ganzen.

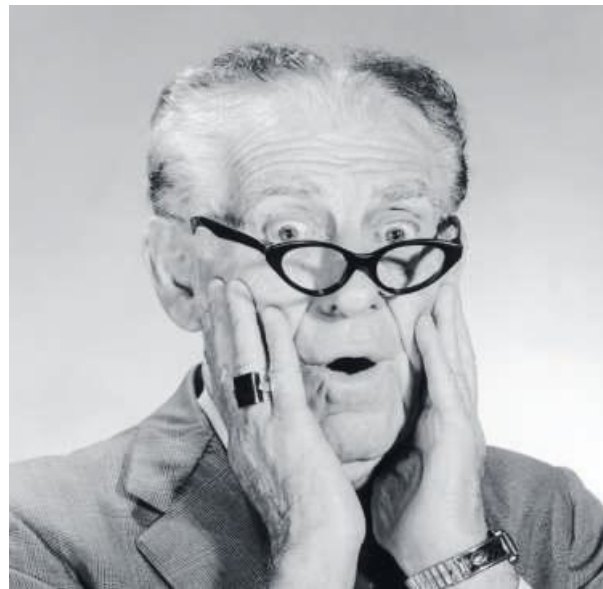
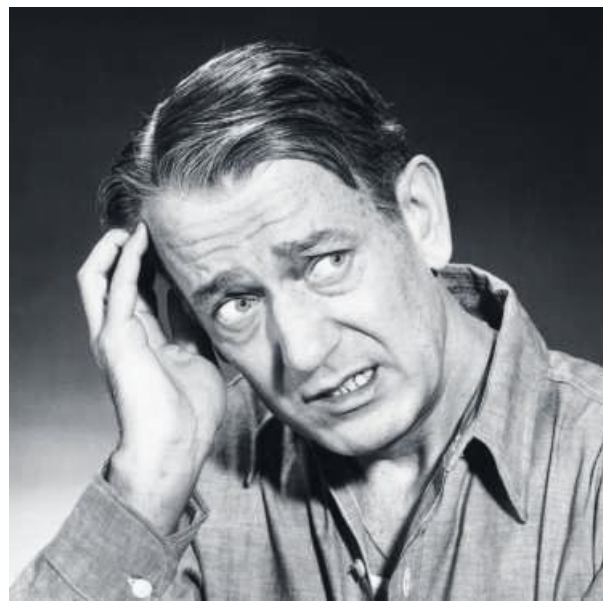
„Gebildet wird man nicht durch das, was man ‚aus sich selbst macht‘, sondern einzig in der Hingabe an die Sache, in der intellektuellen Arbeit sowohl wie in der ihrer selbst bewussten Praxis“, schreibt Lisa Marie Münster mit Adorno und Horkheimer. Und: „Wer ein Theaterstück zur Hälfte aufgeführt, realisiert nicht die Hälfte seines Gehaltes, sondern lässt es sinnbefreit verklingen.“ Sätze, die keinen Widerspruch dulden. Oder sind es nur gelehrt Schablonen, mit denen man die Wirklichkeit auf Distanz hält?

Der Campus der Frankfurter Goethe-Universität ist an Julitagen ein sommerliches Idyll. Kleine Menschengruppen schlendern gemächlich über die goldfarbenen Wiesen vor dem Hauptportal. Im Café in der Rotunde ist der Geräuschpegel hoch. Willkommen in der gnadenlos durchgetakteten Bologna-Welt. „Suchen Sie einmal in der Prüfungszeit einen Platz in der Bibliothek“, sagt Lisa Marie Münster. Seit einiger Zeit gebe es dort Parkscheibenhuren, die man einstellen muss, wenn man sich von seinem Platz entfernt. Strafzettel gibt es noch nicht. Oder die Karrieremessen, die alle zwei Wochen im großen Hörsaalgebäude stattfinden. Künftige Wirtschaftsprüfer und Consultants werden dort heftig umworben, Schriftsteller oder Bibliothekare eher nicht. „Der Druck zur Integration in die Arbeitswelt ist von Beginn an zu spüren“, sagt Moritz Richter. Der Career Service nerve mit ständigen Angeboten, Pflichtpraktika seien in jedem Bachelor zu absolvieren, ob man sie brauchen könne oder nicht, oder Kurse über das Studium und die Arbeitswelt. Es ist nicht so, dass Moritz Richter den Sinn dieser Dinge bezweifelt, es ist das Gefühl, dass das Studium als eigener Lebensabschnitt nicht ernst genommen wird.

Ein letzter Versuch: Bei der letzten „Studierendenbefragung in Deutschland“ aus dem Jahr 2021 äußerte sich die deutliche Mehrheit der Studenten zufrieden mit ihren Studienbedingungen. Falsches Bewusstsein? Identifikation mit dem Aggressor? Wissen diese Leute nicht, wie unglücklich sie eigentlich sind? Lisa Marie Münster drückt es etwas netter aus: Es werde den Studierenden nicht erzählt, dass das Studium in seiner heutigen Form nicht alternativlos sei. Die meisten dächten gar nicht darüber nach. Man meint, alles getan zu haben, wenn man seine Punkte auf dem Studienkonto hat. Sparkassenmentalität.

Wie könne es sein, fragt Münster, dass den psychosozialen Beratungsstellen an den Universitäten die Türen eingerannt würden, wenn doch alle so zufrieden seien? „Das studentische Individuum ist heute fragmentiert in Kompetenzen“, heißt es in dem Buch. „Es lernt entlang von Modulen, Leistungspunkten und Prüfungen.“ Soll heißen: Es hat die modulare Struktur verinnerlicht und meint nichts anderes mehr zu wollen. Und was will es wirklich? In den Beiträgen ist viel vom System die Rede, dem neuen und dem alten, die man beide hinter sich lassen will. Das Neue deutet sich, wie so oft, nur schemenhaft an. Man könnte fordern, die Akkreditierung abzuschaffen oder die Module. Aber so weit wagt man sich nicht hervor. Man wolle die Studierenden erst einmal dazu bringen, das Studium, so, wie es ist, nicht einfach hinzunehmen, sagt Lisa Marie Münster. Immerhin beruhigend, dass es das nach einem Vierteljahrhundert Bologna noch gibt.

THOMAS THIEL



Hinter jedem Gefühl steht ein Problem, das gelöst werden will. So sieht es zumindest die Affektomik.

Fotos Bridgeman

Die Kartierung der Gefühle

Eine interdisziplinäre Gruppe von Wissenschaftlern bringt Ordnung in die Erforschung affektiver Phänomene

Je unübersichtlicher ein Forschungsfeld, je rasanter der Zuwachs an Publikationen, desto dringender wird der Wunsch nach Ordnung und Übersicht. Eine Antwort auf diese Herausforderung sind die Omiks. Die Silbe „omik“, an ein Forschungsgebiet angehängt, weist darauf hin, dass es hier um etwas Umfassendes, Zusammenhängendes geht und man den Anspruch hegt, es auch als solches zu untersuchen und zu verstehen. Die Genomik, die sich der Gesamtheit der Gene einer Zelle widmet, war 1986 das erste derartige Projekt, es folgten die Proteomik (für die Gesamtheit der Proteine), die Transkriptomik (für die in einer Zelle hergestellten RNA-Moleküle) und die Metabolomik (für die Gesamtheit der kleinsten Moleküle eines Organismus oder Gewebes und ihre Rolle im Stoffwechsel). Inzwischen gibt es über hundert Omiks, von der Astrobiomik (Gesamtheit biologischer Moleküle im Weltraum) bis zur Zoonomik (Studium der molekularen Basis von Zoonosen).

Eine internationale Forschungsgruppe hat sich nun der Aufgabe gewidmet, Ordnung in die Erforschung der Gefühle zu bringen. Dazu hat sie das Affektom aus der Taufe gehoben, die zugehörige Disziplin, so sie sich etabliert, dürfte dann Affektomik heißen. Das Human Affectome Project startete 2015 mit dem Ziel, eine Taxonomie der Gefühlswelt aufzustellen und diese, wo möglich, mit den Erkenntnissen der Neurowissenschaften zusammenzubringen. Denn anders als beim Genom oder Proteom geht es beim Affektom auch um die Erste-Person-Perspektive, darum, wie und warum Gefühle sich anfühlen.

Hinter dem Projekt steht eine gemeinnützige Organisation namens Neuroqualia, der wiederum der kanadische Ingenieur und Krebsforscher Leroy Lowe vorsteht. Lowe hatte schon das Halifax

Project geleitet, bei dem über 350 Forscherinnen und Forscher dem Einfluss geringer Dosen unterschiedlicher Chemikalienmischungen auf die Entstehung von Krebs nachgingen. Stand bei diesem Projekt ein allgemeines Modell der Krebsentstehung auf der Agenda, zielte das neue Projekt auf ein ebenso umfassendes Modell der Emotionen.

Forschende aus Neurowissenschaften, Psychologie, Soziologie, Linguistik und verwandten Disziplinen waren aufgerufen, sich an dem Projekt zu beteiligen. Der Abschlussbericht, *Capstone Paper* genannt, ist gerade in „Neuroscience and Biobehavioral Reviews“ erschienen. Es ist ein erstaunlicher Text: Als Autorinnen und Autoren sind 173 Projektbeteiligte aus 23 Ländern aufgeführt, zitiert wird alles, was Rang und Namen hat. Tatsächlich sind die Literaturverweise so zahlreich, dass man den eigentlichen Text dazwischen suchen muss. Grundlage der Untersuchungen war ein „teleologisches Prinzip“, ist dort zu lesen, man hat also die Frage in den Mittelpunkt gestellt, wo zu affektive Phänomene gut sind.

Affektive Phänomene sind sowohl die empfundenen Gefühle als auch die körperlichen Prozesse, die ihnen zugrunde liegen. Diese affektiven Phänomene, so die Autoren, existieren letztlich, damit ein Organismus überleben kann. Sie lassen sich in zwei Klassen einteilen: Die einen bewerten Stimuli oder Situationen, die anderen bewerten, wie der Körper auf diese reagiert. Beide lassen sich als Algorithmen beschreiben, die ausgeführt werden, um Probleme zu lösen, die dem Wohlbefinden des Organismus im Weg stehen. Bei diesen Problemen kann es sich um Bedrohungen handeln, um Hindernisse, Verluste, fehlendes Wissen oder auch um moralische oder ästhetische Bedenken. Wichtige Begriffe, von *affective computing* bis *unconscious emotions*,

werden in Tabellenform beschrieben und im Projekt verortet.

Dieser Text ist so abstrakt geraten, wie man es erwarten muss, wenn sich viele Forscher aus ganz unterschiedlichen Disziplinen auf einen Wortlaut einigen müssen. „Die Autorinnen und Autoren haben unglaublich viel zusammengetragen“, konstatiert der Osnabrücker Philosoph und Emotionsforscher Achim Stephan. „Es bleibt aber die Frage: Was macht man denn jetzt damit?“

Doch das *Capstone Paper* ist auch nur der Abschlussbericht. Vorher entstanden zwölf Forschungsarbeiten, die ebenfalls in „Neuroscience and Biobehavioral Reviews“ erschienen sind. Um einen Überblick über „die Emotionen“ zu bekommen, suchte eine Gruppe von Forschern zu Beginn des Projekts erst einmal in 4,5 Millionen englischsprachigen Büchern nach Wörtern für Gefühle. Sie fanden 3664, die sie in zwölf Kategorien einsortierten, von „Acting“ bis „Social“. Zu diesen Kategorien wurden dann Arbeitsgruppen eingerichtet, die am Ende ihre Ergebnisse publizierten.

„Der Abschlussbericht gibt eine konzeptuelle Begründung des Vorgehens. Um die Forschung zu übersetzen, zum Beispiel in den Alltag der Behandlung von Patienten, sind die Einzelarbeiten wichtiger“, konstatiert Matthias Schroeter, Professor für Psychiatrie und Psychotherapie am Universitätsklinikum Leipzig und Leiter der Forschungsgruppe Kognitive Neuropsychiatrie am Max-Planck-Institut für Kognition und Neurowissenschaften in Leipzig. Er hat bei gleich drei Teilprojekten des Unternehmens mitgearbeitet: einem über Emotionen, die auf zukünftige Ereignisse gerichtet sind, einem über Emotionen, die sich auf das Selbst richten, und einem über die Grundlagen von sozialen Gefühlen. Und er ist begeistert. „Es gibt in-

zwischen wirklich sehr viele Publikationen zu unseren Themen. Das ist schwer zu überschauen, hat aber den Vorteil, dass man jetzt systematische Literaturstudien machen kann“, berichtet der Forscher. „Wir haben in Publikationen nach Schlüsselwörtern für Emotionen gesucht und auch nach den Hirnregionen, die damit in Verbindung stehen. Das haben wir zum Beispiel für ‚Hoffnung‘, ‚Optimismus‘ und ‚soziale Kognition‘ gemacht.“

Aus diesen Einzelkomponenten kann man dann eine Karte der wesentlichen Gefühle und der damit verbundenen Hirnregionen erstellen. Das hat nicht nur eine Bedeutung für die Grundlagenforschung, das ist auch wichtig für das Verständnis von Krankheiten. „Wenn ein Patient etwa einen Schlaganfall erleidet oder ein Schädel-Hirn-Trauma, könne man nun aus diesen Hirnkarten oder Hirnatlanten vorhersagen, was sich in seinem Verhalten und seinen Emotionen verändern werde. „Dann kann man die Patienten beraten, wie sie damit umgehen können, und entscheiden, wie man mit Therapien ansetzt“, so Schroeter.

Bestehende Arbeiten aus ganz unterschiedlichen Gebieten, von (tier-)experimentellen Methoden über bildgebende Verfahren bis zur qualitativen Beschreibung von Gefühlen, analysieren und zueinander in Beziehung setzen: Damit könnte eine zukünftige Affektomik dazu beitragen, besser zu verstehen, wie Menschen ihr Verhalten über ihre Gefühle regulieren. Die Forschung zum Affektom dürfte trotz Abschlussbericht erst am Anfang stehen. Wie ist es etwa mit Emotionen und Emotionswörtern in anderen Kulturen? „Da muss man jetzt noch viel mehr Diversität einbeziehen“, sagt Schroeter. Doch das aktuelle Ergebnis sieht er positiv: „Es ist wirklich ein konzeptueller Fortschritt, dass es das Affektom jetzt gibt.“ MANUELA LENZEN

Lateinstunde im gelehrten Wirtshaus

Spielend lernen wir: Rhetorikunterricht im Schultheater der Jesuiten

Theater an der Schule zu spielen war früher Sache von freiwilligen Arbeitsgemeinschaften. Heute ist das Unterrichtsfach Darstellendes Spiel fast überall verpflichtender Teil der Ausbildung, weil es Auftreten, artikuliertes Sprechen, körperlichen Ausdruck einübt. An den Universitäten werden künftige Lehrkräfte im gleichnamigen Studiengang „DS“ auf die Vermittlung solcher Fähigkeiten vorbereitet. Damit greift man letztlich auf Traditionen der Frühen Neuzeit zurück. An den Gymnasien der Jesuiten war Schultheater fester Bestandteil für die lateinische Sprachlehre und Rhetorik. Auf den elementaren Unterricht der Grammatica folgten die Syntax minor und major, dann Humanitas und Rhetorica, flankiert von praktischen Übungen auf der Bühne in Dialog, Actio und Pronuntiatio.

Das Motto für diese Pädagogik könnte „Ludendo discimus“ lauten, also: Spielend lernen wir. So steht es auf dem Titelkupfer zum illustrierten lateinisch-deutsch-französischen Anfängerbüchlein „Primitiva Latinae Linguae, Germanice explicata, Gallice accomodata, et Figuris illustrata“ (1730). Zu sehen ist die stilisierte Darstellung eines jesuitischen Lehrers, der seine recht klein ge-

zeichneten Zöglinge in typischen Schülermänteln oder „Schalunen“ (von scholana) wie in Bilderwörterbüchern mit lateinischen Vokabeln vertraut macht. In den höheren Jahrgängen durften die schon vor der Universität als Studiosi bezeichneten Schüler diese Sprachkenntnisse dann auf der Bühne anwenden. Von den 7650 dokumentierten Schultheaterstücken der Jesuiten ist heute fast keines mehr bekannt oder greifbar. Umso mehr ist jetzt die Edition eines kleinen Wirtshausstücks zu begrüßen, das der Münchner Jesuitenpater und Rhetoriklehrer Anton Claus 1730 zur Aufführung brachte. Es ist in zwei Handschriften überliefert und erschien 1750 in den „Exercitationes theatrales“, also in den Übungsstücken für den Rhetorikunterricht.

„Tonsiastus“ ist der Titel dieses lustigen Dramas und zugleich der Name seines geizigen und zugleich gelehrten Wirts. Dieser Beutelschneider, so könnte man Tonsiastus übersetzen, belehrt unaufföhrlich seinen Kellner Dromulus (Wieselflink) und seinen Hausknecht Stasimus (Eckensteher) über lateinische Perioden und Stilfiguren und lädt am Ende die drei Studenten Syntapsus Blictri (Hohlkopf-Sinnfrei), Calepodius (Holz-

schuh) und Mirmillus (Fechter) zu einem grotesk überteuerten und vorausbezahlenden Essen ein. Der Kunsthistoriker Christian Hecht hat diesen schrägen Text jetzt erstmals in einer zweisprachigen Ausgabe aus dem Lateinischen übersetzt und eingehend kommentiert (Friedenauer Presse, Matthes & Seitz, Berlin 2024). Dazu gehören auch Nachweise, dass der Wirt fast alle seine umständlich zergliederten Satzbeispiele aus klassischen Reden, meist von Cicero, übernimmt. Das Publikum wird die zuvor im Unterricht mühsam studierten Exempla natürlich wiedererkennen und sich über deren komische Zerlegung auf der Wirtshausbühne köstlich amüsieren haben. Wenn Tonsiastus beispielsweise seinen Knecht anweist, Feuer zu machen, fragt er diesen geizig, ob er schon „den im Aschebett schlafenden Vulcanus erweckt“ habe. Dann erläutert er diese tropische Redefigur als Kombination aus Metonymie und Allegorie. „Valete, Domini Studiosi, valete.“

Anton Claus darf sich mit den Studiosi in seinem Publikum freuen, wenn so der „caupus doctus“, der gelehrte Wirt, vorgeführt und lächerlich gemacht wird. Er hat zwar im jesuitischen Grammatik-

unterricht selbst eine erstaunliche Eloquenz erlangt, ist aber zu den höheren Klassen der Humanitas und Rhetorik nie aufgestiegen. Der Wirt ist ein so defizitärer Angeber wie 250 Jahre später der ziemlich abgemeldete Staatsschauspieler Bruscon in Thomas Bernhards „Theatermacher“. Im Wirtshaus der „Zwerggemeinde“ Utzbach versucht dieser Bruscon seine Menschheitskomödie „Das Rad der Geschichte“ aufzuführen. Doch die „Kulturlosigkeit“ des einfältigen Dorfpublikums ist auf dieses „Jahrhundertwerk“ so wenig wie die dritrangigen Akteure vorbereitet. In diesem Metatheater geht fast alles schief. Während Bruscons Schauspiel als „Anstrengungsmechanismus“ pädagogisch ins Leere läuft, erreicht Anton Claus mit seinem „Tonsiastus“ das didaktische Ziel, die Anwendbarkeit sprachlicher Tropen und Figuren zu demonstrieren und zugleich vor lächerlich übertriebenem Sprachschmuck zu warnen. Ein Simplicissimus sei der gelehrte Wirt, meint der in gewandtem Latein parlende Kellner, ein Ausbund an Torheit. Als Tonsiastus das hört, mag er es nicht für Ironie halten, weil er gar nicht weiß, was das ist. ALEXANDER KOSENINA



Wer sich traut, gewinnt: Mut zur Innovation

Auf der zweiten Innovative Leaders Konferenz des F.A.Z.-Instituts diskutierten führende Unternehmen und Experten über die Voraussetzungen für die erfolgreiche Implementierung von Innovationen: Mindset, Mut und die nötige Dosis lösungsorientierten Pragmatismus. Gastgeber war Technologieriese Bosch, der die Teilnehmer auf seinem Forschungscampus in Renningen begrüßte.

Innovationen sollen die Welt für Menschen besser machen.“ Schon Firmengründer Robert Bosch vertrat dieses Credo. Die offene Haltung, die der Technologiekonzern gegenüber zukunfts zugewandter Forschung und Entwicklung an den Tag legt, ist nicht neu – aber aktueller denn je. Wenn Entscheider und Führungskräfte über Innovationskultur diskutieren, geht es längst nicht mehr um das Ob, sondern um das Wie: Wie etablieren Unternehmen Strukturen, die Innovation übergreifend fördern? Wie stellt sich das Management für eine Transformation auf? Wie lassen sich Talente finden, und wie lässt sich Expertise aufbauen? Und wie kommuniziert man die eigene Innovation schließlich so, dass sie zu einem positiven Zukunftsnarrativ wird?

Wachstum durch Innovation

Auf der 2. Innovative Leaders Konferenz, die das F.A.Z.-Institut auf Einladung von Bosch am Renninger Forschungscampus abhielt, sprachen führende Persönlichkeiten unterschiedlicher Branchen vor rund 300 Gästen über die Herausforderungen und Chancen einer innovativen Unternehmensführung. Denn, so wird schnell klar: Wissensbasierte Gesellschaften brauchen Innovationen, damit sie weiterwachsen können. Gerade vor dem Hintergrund des demographischen Wandels und mit dem Ziel der Dekarbonisierung der Industrien im Rücken sind kluge Ideen und mutige Entscheidungen gefragt.

Risiko und Disruption

„Wir leben in turbulenten Zeiten“, betonte Boschs Forschungsleiter Prof. Dr. Thomas Kropf in seiner Keynote. „AI, Klimawandel, Elektrifizierung und der War for Talents begleiten uns täglich – nichts ist mehr so vorhersehbar wie noch vor wenigen Jahrzehnten.“ In Deutschland ist Bosch zwar Patentführer. Aber zuletzt habe China mit Anmeldungen im Bereich generativer KI die gesamte restliche Welt überholt. „Wir müssen hier dringend Fahrt aufnehmen!“ In Renningen arbeite die Konzernforschung „am Scharnier zwischen Entwicklung und Produktport-



An der Konferenz am Bosch-Forschungscampus in Renningen nahmen rund 300 Entscheidungsträger und Innovationsführer teil. Die Journalistin Cecilia Knodt (vorne links) moderierte die Veranstaltung.



Die Opening Keynote hielt Prof. Dr. Thomas Kropf, Forschungschef bei Bosch.

„Wir müssen den Mut haben, Innovationen von Anfang an zu schützen und wachsen zu lassen.“

Prof. Dr. Thomas Kropf



Philip Reichardt vom IW Junior (links) mit Lehrer Patrick Nitzschke und den Schülerinnen Nora Holtmann und Julia Höfler

folio“. Denn – das sei eine große Herausforderung – die Distanz zwischen Innovation und aktuellem Kerngeschäft werde größer. „Aber man muss den Mut haben, in diese Lücke zu schauen sowie das, was dort entsteht, zu schützen und wachsen zu lassen.“ Bosch folgt dem klaren Auftrag, über inkrementelle Innovation hinaus zu denken und zu handeln: Risiko und Disruption sind keine Ausschlusskriterien für Ideen – im Gegenteil. Künstliche Intelligenz übrigens, davon ist Kropf überzeugt, habe heute den Charakter einer Basistechnologie. Keines der Forschungsvorhaben, denen sich seine Research Teams widmen, baue nicht auf KI auf. 20 Prozent des Ebits kämen bereits aus Produkten und Anwendungen, die auf smarten Systemen basieren.

Offenheit und Verantwortung im Generationenvertrag

Neben Kropf gehörten Persönlichkeiten wie der Vorsitzende der Geschäftsführung von Bosch, Dr. Stefan Hartung, und Burkhard Eling, CEO von Dachser, zu den Speakern. Eling zeigte, wie ein global agierendes Familienunternehmen Innovation im Sinne des Generationenvertrags im gesamten Konzern fördert. Hartung sprach über den Innovationsstandort Deutschland, über Regulation und die Dringlichkeit voranzugehen. Mut, Risikobereitschaft, eine neugierige, nicht ideologische Offenheit gegenüber Technologien – der Ruf danach zog sich wie ein roter Faden durch die 2. Innovative Leaders Konferenz.

Next-Gen Innovative Leaders

Allerdings, hieß es später auch auf den Panels: Technologie allein reicht nicht. Was zähle, seien die Anwendungen. Dazu passt die Erfahrung, die Philip Reichardt, Geschäftsführer am Institut der deutschen Wirtschaft Junior, an Schulen macht: Mit dem Ziel, junge Menschen für eine Karriere als Unternehmer zu begeistern, lässt er sie Firmen gründen – die Geschäftsideen der Schüler zählten immer auf Alltagssituationen ein, oft gehe es um Nachhaltigkeit und gesellschaftliche Verantwortung – und nicht zuletzt um Mut.

Shocks are Chances – das richtige Mindset für Innovation

Panel: Gerade in Krisenzeiten dürfen Unternehmen nicht stillstehen. Es braucht heterogene Teams, Mut und Vitalität.

Seinen österreichischen Pass habe er schon längst auf dem Handy, sagt Michael Reinartz, Innovationschef von Vodafone in Deutschland. Auch hierzulande soll die digitale Identität in den nächsten zwei Jahren zum Standard werden. „Es muss unser Ziel sein, Dokumente wie Personalausweis und Führerschein möglichst schnell auf das Smartphone zu bringen.“ Grundlage für solche Innovationen ist neben technischen Möglichkeiten vor allem die richtige Einstellung – in der Gesellschaft, aber auch in der Wirtschaft. „Innovation Mindset – Wie Unternehmen Innovationen in ihrer DNA verankern können“, so der Titel des Opening Panels der 2. Innovative Leadership Konferenz, auf dem Reinartz mit Dr. Ulrike Tagscherer von der Robotikfirma Kuka und Christina Rouvray von meta-IFIF sowie mit Nils Müller, CEO und Founder des Trendforschungsinstituts Trendone, über die Voraussetzungen für eine gute Innovationskultur diskutierte.

In Krisen antizyklisch denken

Was es brauche, so Trendforscher Müller, damit Innovationen sich entfalten

können, sei ein Ökosystem aus Investoren, Akademikern, Vordenkern und Unternehmen: ein Netzwerk, in dem es möglich ist, mutige Entscheidungen zu treffen. Auch auf die Gefahr hin, damit nicht unmittelbar den gewünschten Erfolg zu erzielen. „Wir neigen dazu, die kurzfristigen Entwicklungen zu über- und dafür die langfristigen zu unterschätzen“, sagt Müller. Dabei sei Innovation gerade in Zeiten der Krise wichtig – wer seine Anstrengungen hier zurückfahre, werde im globalen Wettbewerb nicht bestehen. Müllers Credo: „Antizyklisch innovieren!“ Bei Trendone beschäftigt er Scouts aus mehr als 80 Nationen, die Tendenzen und Trends auf der ganzen Welt aufspüren und daraus Potentiale und Wachstumspfade für Unternehmen ableiten.

„Innovation beginnt immer damit, den Status quo zu hinterfragen“, betont Vodafone-Mann Reinartz. Aus seiner Sicht wird die Art und Weise, wie Menschen mit smarten KI-Assistenten umgehen, in den nächsten Jahren eine wachsende Rolle spielen. Auch wenn Apples Vision Pro und Humanes AI Pin für die Handfläche nicht bei der Masse ange-



Auf dem Panel (v.l.n.r.): Nils Müller, Dr. Ulrike Tagscherer, Moderatorin Cecilia Knodt, Christina Rouvray und Michael Reinartz

kommen seien – „Themen wie die sprachbasierte Bedienung des Smartphones werden uns weiter begleiten“, meint Reinartz. Er rechnet in diesem Zusammenhang mit einem Bedeutungsverlust einzelner Apps. Generative KI werde die Technologien bündeln und die Bedienung noch einfacher und intuitiver machen. Konkrete Innovationsbemühungen gibt es bei Vodafone – trotz allgemeinem Sparkurs im Konzern – etwa bei der Simplifizierung des Kundenservices, aber auch bei Industrieprojekten wie der KI-gesteuerten Wartung kritischer Infrastruktur durch Drohnen.

Vielfalt fördert Innovationsgeist

Grundsätzlich ist sich das Panel einig: Innovation funktioniert mit dem richtigen Mindset, mit Vitalität und Mut. Mut zu scheitern. Aber auch Mut und Offenheit beim Recruiting. „Bei der Personalsuche sollten Führungskräfte nicht das eigene Spiegelbild reproduzieren“, rät Christina Rouvray. Denn: Einen entscheidenden Beitrag, sind sie und ihre Mitredner überzeugt, können heterogene Teams leisten. Rouvray leitet das

vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderte Metavorhaben „Innovative Frauen im Fokus“ und weiß: „Viele Unternehmen sind in ihrer Kultur nicht so aufgestellt, dass Frauen sichtbar sind, ihnen wird keine Innovationskraft zugeschrieben – das ist ein Problem.“ Tatsächlich zeigen Studien, dass Unternehmen, in denen vielfältige Teams zusammenarbeiten, sowohl innovativer als auch wirtschaftlich erfolgreicher sind. Bei Vodafone seien 60 Prozent des Innovationsteams weiblich, so Reinartz, beim Leadership liege die Quote bei 50/50.

Neben dem Geschlecht können weitere Diversitätsparameter die Innovationskraft von Teams steigern. „Bei Kuka haben wir dazu Regeln festgelegt“, erklärt Dr. Ulrike Tagscherer. Der Robotikhersteller bringt in seinen Teams möglichst verschiedene Geschlechter, Altersgruppen und Nationalitäten, aber auch Mitarbeiter mit unterschiedlichen Unternehmens-Backgrounds zusammen. So entstehe das Rauschen, vor dessen Hintergrund Innovationen nur möglich seien, so Tagscherer. „Wenn alle gleich sind, entsteht nichts Neues.“

Künstliche Intelligenz als Errungenschaft der Menschheit

Talk: Dr. Stefan Hartung, Vorsitzender der Bosch-Geschäftsführung, über Chat GPT, neue Antriebstechnologien und die richtige Dosis an Regularien

Mit rund 4200 angemeldeten Patenten im vergangenen Jahr und rund 1800 Experten in der Zentralen Forschung und Vorausentwicklung gilt Bosch als der Innovationsführer in Deutschland. Kein anderes Unternehmen hat 2023 in Deutschland so viele Neuerfindungen eingereicht wie die Stuttgarter. Bei Bosch, so beschreibt es der Konzern gerne, treffe Forschung auf Anwendung. „Wir forschen an den Technologien von morgen – und übermorgen.“ Ob es ihn da nicht ärgere, dass die neusten großen KI-Modelle nicht aus Deutschland kommen, fragt Patrick Bernau, Ressortleiter Wirtschaft der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung, den Vorsitzenden der Bosch-Geschäftsführung Dr. Stefan Hartung im Talk „Wie Innovation gelingt – und was sie hemmt“. Zunächst einmal liege die Zukunft der Menschheit nicht allein in Deutschland. Errungenschaften wie ChatGPT, die dann auch noch für alle zugänglich gemacht werden, sehe er mit Begeisterung, sagt Hartung. Unabhängig davon, wo sie herkommen.

Gute Voraussetzungen für Innovation

Im nächsten Schritt gelte es jedoch sehr wohl, innovative Ideen auch „in die Welt hinauszubringen“. Gerade bei mechanischen Produkten brauche es Menschen in Fabriken, „die Dinge auch bauen, und das in hoher Qualität“. Diese beiden Hälften, so Hartung, müssen zusammenkommen – und dafür biete man am Forschungs- und Ausbildungsstandort Deutschland gute Voraussetzungen. Die Herausforderung bestünde eher darin, die richtigen Umfelder, etwa in Form von Wohnraum und Infrastruktur, für talentierte Innovateure zu schaffen.



Dr. Stefan Hartung (links), Vorsitzender der Geschäftsführung bei Bosch, im Talk mit Patrick Bernau, Ressortleiter Wirtschaft bei der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung

Kein Entweder-oder bei der Antriebstechnologie

Trotzdem, räumt Bernau ein, könne es nicht sein, dass man hierzulande „weniger Stress“ hätte, wenn man sich der E-Mobilität früher gewidmet hätte? Immerhin ist Bosch der weltweit größte Automobilzulieferer. „Wir haben als Bosch immer gesagt, dass wir technologieoffen agieren“, betont Hartung. Natürlich bedeute das auch, dass man breit investieren muss, obwohl sich nicht alle Technologien gleichermaßen durchsetzen. Doch die Überzeugung bleibt: Die Frage nach der Antriebstechnologie der Zukunft wird sich nicht mit Entweder-oder beantworten lassen. Vielmehr werde es auf dem Weg zur angestrebten Klimaneutralität verschiedene Anwendungen und Technologien geben. „Die Kraft der Innovation und

des Markts wird die Balance bestimmen“, so Hartung. Das Ziel dürfe es übrigens nicht sein, allein Deutschland CO₂-frei zu machen. „Der Klimawandel ist eine weltweite Aufgabe.“

Neuen Technologien, insbesondere der KI, traue Hartung dabei viel zu. „Die Systeme werden auf jeden Fall Fähigkeiten bekommen, die in Einzelfällen weit über die des Menschen hinausgehen.“ Vor dem Hintergrund der historischen Angstvorstellung, eine KI könne ein Selbstbewusstsein entwickeln, ergibt eine wie durch den AI EU Act verabschiedete Regulierung aus seiner Sicht Sinn. Allerdings: „Wir müssen verhindern, dass zu früh, also bereits bei den Erfindungen, reguliert wird. Sonst werden wir als Deutschland beim nächsten Schritt der Digitalisierung – und das wird der flächendeckende Einsatz von KI sein – zurückfallen.“

Innovation und Ethik: Zwischen Fortschritt und Vertrauen

Panel: Regularien geben Sicherheit bei der Entwicklung neuer Technologien – wenn sie in Balance zu erfinderischer Freiheit stehen.

Mit dem Artificial Intelligence Act hat die EU-Kommission im Mai das weltweit erste umfassende Gesetz zum Umgang mit Künstlicher Intelligenz verabschiedet. Gestaffelt nach Risikokategorien soll es den Einsatz von KI in Forschung und Wirtschaft regeln – im Fokus stehen dabei unter anderem Transparenz und der Schutz vor Missbrauch. „Der AI Act als Standard für den europäischen Raum setzt ein Zeichen“, sagt Dr. Sarah Becker, Partnerin und Leiterin des Bereichs Digital Ethics und Corporate Digital Responsibility bei Deloitte. Das sei per se gut, weil es Sicherheit gebe. Immerhin hätten einer Umfrage ihrer Beratung zufolge 79 Prozent aller Unternehmen ethische Bedenken in Bezug auf die Implementierung von Künstlicher Intelligenz in ihre Geschäftsbereiche. Nur 15 Prozent hätten konkrete Instrumente, um mit diesen Bedenken umzugehen.

„Die Frage“, so Becker, „muss also sein: Wie schaffen wir die Balance zwischen Innovationskraft und den nötigen Kontrollmechanismen?“ Darüber diskutierte Becker mit Dr. Simon Lucas, Global Digital Ethics Lead bei Merck, und Dr. Matthias Müller, Executive Vice President Research & Development bei Schott, sowie mit Peter Rößner, CEO von H2Apex, einem Unternehmen, das sich mit Wasserstoff der grünen Energiewende widmet. Einführung und Moderation übernahm F.A.Z.-Wirtschaftsredakteurin Sarah Huemer: „Technologisch ist vieles möglich. Aber was wollen wir eigentlich? Wie weit darf Technologie in unseren Alltag eingreifen – wie weit Forschung gehen?“

Auf dem Panel herrscht Einigkeit: Ethik darf nicht als etwas Gesehen werden, das Innovation abwürgt. Er bemü-



Es diskutierten (v. l. n. r.): Peter Rößner, Dr. Sarah J. Becker, Dr. Simon Lucas, Dr. Matthias Müller

he gerne die Metapher der Bremse im Auto, sagt Merck-Mann Lucas. „Nur wenn ich eine gut funktionierende Bremse habe, kann ich auch richtig schnell fahren.“

Sicherheit für heikle Forschungsgebiete

Ähnlich sei es bei der Entwicklung neuer Technologien: Dort, wo Forscher sich darauf verlassen können, dass es einen Rahmen gibt, in dem sie geschützt sind, können sie Gas geben. Das sei gerade bei Unternehmen wie Merck wichtig, die sich mit regulatorisch unzureichend abgedeckten Themen wie Stammzellforschung und Reproduktionsmedizin befassen. Auch beim Einsatz biometrischer Daten oder von Gentechnik ergä-

ben sich riesige ethische Spannungsfelder, die schließlich auch an den rechtlichen Rahmen grenzen.

Für Müller von Schott ist es zudem wichtig, die Mitarbeiter beim Thema Innovation miteinzunehmen. „KI wird den Menschen nicht ersetzen – Angst muss man nicht vor der Maschine haben, sondern vor demjenigen, der sie unzulässig nutzt.“ Deshalb sei ein hoher Grad an Freiheit beim Einsatz neuer Technologien im Unternehmen so wichtig. Wasserstoff-Experte Rößner ist überzeugt: „Die Frage nach der Kompetenz in Sachen KI wird uns nicht mehr gestellt. Wenn wir diesen Status kombinieren mit ethischer und ökologischer Verantwortung, können wir in Deutschland eine Vorreiterrolle einnehmen.“

„Deutsche Zurückhaltung in Sachen Innovation stellt zusätzliche Anforderungen“



FleishmanHillard unterstützt Organisationen dabei, Innovationen zu kommunizieren. Im Interview erklären die Kommunikationsexperten Christine Dingler und Enno Hennrichs, welche Herausforderungen und Chancen damit einhergehen.

Innovationskommunikation ist ein weites Feld. Mit welchen Themen beschäftigen Sie sich derzeit? Enno Hennrichs: Wir befinden uns in einer Zeit immer kürzer werdender Innovationszyklen und einer verschärften Wettbewerbssituation. Unternehmen sind also angehalten, ihre Position im Markt zu behaupten und ihre Innovationsfähigkeit reputationswirksam nach außen zu kommunizieren – nicht zuletzt, um in Zeiten des Fachkräftemangels und im Sinne von Employer Branding Talente für sich zu gewinnen. Diese Entwicklungen haben aktuell einen Anstieg strategischer Beratungsmandate und Reputationsprojekte im Bereich Executive Positioning und Thought Leadership, aber auch bei der Markteinführung von Produkten, insbesondere für Unternehmen aus der verarbeitenden Industrie, dem Gesundheits- und Technologiesektor, zur Folge.

Was sind dabei die größten Herausforderungen? Christine Dingler: Kommunikationsverantwortliche haben die Aufgabe, Innovationen, ihre Vorteile und die etwaigen Risiken glaubwürdig und transparent zu vermitteln. Erfolgreiche Innovationskommunikation nimmt immer Bezug auf den aktuellen

kulturellen Kontext, um die Bedeutung von neuen Produkten und Services zu verdeutlichen. Innovationen zu ihrem kommunikativen Erfolg zu verhelfen ist insbesondere hierzulande kein Selbstläufer: Neben einem hoch regulatorischen Umfeld in Europa sind wir insbesondere in Deutschland nicht zu Unrecht für unsere Zurückhaltung in Sachen Innovationen bekannt. Die German Angst stellt zusätzliche Anforderungen an die Kommunikationsabteilungen: Im internationalen Vergleich braucht es hier mehr Edukation, damit Innovationen kommunikativ zünden. Innovationen rufen in der Regel zwei Reaktionen hervor: Entweder wird ihr Nutzen negiert, oder die Gefahren werden ins Zentrum gestellt. Es geht darum, Veränderungen in Sachen Mindset herbeizuführen und positive Zukunftsnarrative ins Zentrum der Kommunikation zu stellen.

Können Sie an einem konkreten Beispiel beschreiben, wie sich mit Innovationskommunikation ein positiver Blick auf Neues erreichen lässt? Hennrichs: Als 2016 der kalifornische Chiphersteller NVIDIA zur Europakonferenz einlud, hatte der Firmengründer etwas im Gepäck, das weit außerhalb der Vorstellungskraft vieler Menschen lag: Roboter, selbstfahrende Autos und Drohnen, die eigenständig durch die Luft navigieren. Als einer der ersten großen Hardwarekonzerne setzte das Unternehmen von Jen-Hsun Huang auf Künstliche Intelligenz. Seine Metapher für KI – „das Gehirn für Maschinen“ – wurde ein Medienschlager und die Künstliche Intelligenz zu NVIDIAs großem Wettbewerbsvorteil. Diese Metapher half dabei, das Unvorstellbare greifbar zu machen. Was passiert, wenn Maschinen wie wir Menschen denken können? Innovationskommuni-

kation und positive Zukunftsgeschichten können den Unterschied zwischen Erfolg und Misserfolg ausmachen. Und sie tragen dazu bei, dass potentielle Kund:innen Innovationen wahrnehmen, verstehen, ihren Mehrwert erkennen, anstatt im Status quo zu verharren. Heute ist NVIDIA einer der KI-Vorreiter und gehört zu den wertvollsten Unternehmen der Welt.

Mit welchen Stakeholdern haben Sie es zu tun, und was ist dabei zu beachten? Dingler: Entscheidungsträger:innen in Politik und Wirtschaft sind neben der breiten Öffentlichkeit und ihren Interessensvertreter:innen die relevantesten Zielgruppen. Je nach Spezifikation der Innovation werden diese Adressatengruppen dann durch entsprechende Fachgruppen ergänzt: Im Gesundheitssektor spielen beispielsweise Ärzt:innen, Entscheider:innen in den Krankenhäusern und Patient:innenorganisationen eine besondere Rolle. Grundsätzlich gibt es keine „One size fits all“-Lösung. Das heißt, es ist elementar wichtig, die Bedürfnisse, Sorgen und Erwartungen der jeweiligen Zielgruppen zu kennen und mit entsprechenden Maßnahmen zu begegnen. Kommunikation nach dem Gießkannenprinzip funktioniert an dieser Stelle nicht. Innovationskommunikation ist deshalb ein kommunikativ herausforderndes Feld, weil sie in letzter Konsequenz immer einen Erkenntnisgewinn herbeiführt. Denken wir an das Tesla-Werk in Grünheide, die Einführung der mRNA-Impfstoffe, den Ausbau der Windenergie, die Einführung von Carsharing oder die vermehrte Remote-Arbeit mittels Microsoft Teams: Die diversen Standpunkte, Interessen und Wissensstände in einer heterogenen Debatte zu einem Konsens zu führen ist die Königsdisziplin.

Impressum Anzeigensonderveröffentlichung der F.A.Z.-Institut für Management-, Markt- und Medieninformationen GmbH, Pariser Straße 1, 60486 Frankfurt am Main

Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt: Hannes Ludwig, Gregor Vischer (Geschäftsführung), Lucie Birghoffer (Konzeption)

Redaktionelle Umsetzung: Julia Bröder; Fotos: Jonas Ratermann

Zugunsten der Lesbarkeit wird in dieser Publikation zum Teil das generische Maskulinum verwendet. Entsprechende Personenbezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter.

Druck: Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH, Kurhessenstraße 4-6, 64546 Mörfelden-Walldorf; Presse Druck Potsdam GmbH, Friedrich-Engels-Straße 24, 14473 Potsdam; Süddeutscher Verlag Zeitungsdruck GmbH, Zamdorfer Straße 40, 81677 München

DANKE

an unsere Sponsoren

Gastgeber



Mitveranstalter



Partner



Innovative LEADERS
LEADING INNOVATIONS
www.innovative-leaders.de

Auf Wachstumskurs: Tradition trifft Transformation

Die MAFA stellt seit 1911 traditionell Kurbelwellen her. Mit neuer Ausrichtung steuert das Unternehmen weiter auf Rekordumsätze zu.

Kunden und Bedarf wären vorhanden. Der allgemeine Strukturwandel in der Automobilbranche sei bei den meisten Zulieferern im Premiumbereich noch nicht angekommen, sagt Konrad Grimm, Geschäftsführer der Maschinenfabrik Alfing Kessler, des weltweit größten Herstellers von Großkurbelwellen für Verbrennungsmotoren mit Sitz im baden-württembergischen Aalen. Trotzdem: In den über mehr als ein Jahrhundert gewachsenen Geschäftsbereich investiere er nur noch, wenn er „mit den Maschinen auch andere, zukunftsfähige Bauteile herstellen“ könne. Als kapitalintensives und zukunftsorientiertes Unternehmen denke und plane man über Zeiträume von mehr als zehn Jahren hinweg und treffe strukturelle wie investive Entscheidungen nur mit einem entsprechend vorausschauenden Blick in die Zukunft.

Neue Märkte erschließen

Grimm möchte für die MAFA eine langfristige erfolgreiche Ausrichtung erreichen. Für 2024 rechnet er mit einem Umsatz von mehr als 325 Millionen Euro und damit einem weiteren Rekord in der Firmengeschichte. Im Fokus für zusätzliche Kapazitätserhöhungen steht die Konzentration auf die wichtigsten Wachstumsmärkte: Energie, Mining, C&I und Defence. Statt Kurbelwellen entstehen in den Produktionsstätten beispielsweise Schienenweichenherzstücke für die Bahn, Antriebswellen für Elektromotoren, Extruderschnecken für die Kunststoffindustrie, Kolbenkompressoren- und Pumpenwellen für Bergbau und Chemieindustrie oder Propeller und Flügel für Marineschiffe. „Mit den neuen Produkten, gewonnen



Konrad Grimm, Geschäftsführer der Maschinenfabrik Alfing Kessler (MAFA)

durch unsere Transformationsaktivitäten, erwarten wir zusätzliche Umsatzzuwächse aus neuen Märkten“, betont Grimm. Über das Joint Venture „ALFU“ in China strebt die MAFA die dortige Marktführerschaft an.

Um die Transformation einzuleiten, war zum einen der Umbau des Maschinenparks sowie der Prozesse und der Organisationsstruktur nötig. „Die größte Herausforderung aber war, die Bereitschaft und Offenheit der Beschäftigten zu gewinnen sowie das notwendige Know-how für neue Produkte, Kunden und Märkte zu etablieren“, so Grimm. Es sei wichtig gewesen, bei dem Strategiewechsel von einem traditionellen Technologieführer von Kurbelwellen hin zur Innovationsführerschaft von hochpräzisen Bauteilen alle Beteiligten mit ins Boot zu holen. Einmalig ist das unter anderem mithilfe eines Lean-Management-Projekts, das

in der gesamten Organisation etabliert wurde: Die MAFA setzt auf eine Unternehmensphilosophie, die darauf abzielt, Prozesse effizienter zu gestalten und Verschwendung zu reduzieren, um so Leistungsfähigkeit und Kundenzufriedenheit zu steigern. Das Prinzip sieht vor, im ganzen Unternehmen eine Kultur der ständigen Weiterentwicklung zu etablieren sowie alle Mitarbeitenden aktiv in die Verbesserungsprozesse einzubeziehen. „Kommunikation, Transparenz, Kundenorientierung und unsere Unternehmenskultur konnten so deutlich verbessert werden“, betont Grimm. Eine gute Grundlage für die strategischen Ziele bis 2030: Neben der Innovationsführerschaft und der Etablierung von Differenzierungsmerkmalen in der Branche stehen die Themen Klimaneutralität, Digitalisierung und Arbeitgeberattraktivität sowie eine Profitabilitätssteigerung auf der Agenda.

Medizintechnik aus Aachen: Heartbeat made in Germany

Mit unterstützenden Herzpumpen erzielt Abiomed medizinische und wirtschaftliche Erfolge – und bereitet die Expansion vor.

Claire aus Leuven in Belgien war die erste Patientin, die mit einer Impella-Herzpumpe behandelt wurde – sicherlich einer der wichtigsten Meilensteine in der Geschichte seiner Firma, betont Mitgründer Dirk Michels. „Denn Patienten und Patientinnen stehen immer an erster Stelle unserer Ziele und Entscheidungen.“ Der Erfolg, den er und Ko-Gründer Dr. Thorsten Sieß mit ihrer Technologie erzielten, kam nicht ganz ohne Rückschläge. „Sie brauchen die richtigen Partner an Ihrer Seite, um mit ausreichendem Kapital und einer gemeinsamen Vision die kostenintensive Zeit der Entwicklung, der medizinischen Erprobung und Zulassung erfolgreich zu meistern, bis sie zum ersten Mal Geld verdienen“, betont Michels. „Das hat uns mehr als zwölf Jahre gekostet und auch eine Insolvenz beschert.“

Seit 2005 gehört die in Aachen beheimatete Firma Impella zu Abiomed, einem US-amerikanischen Med-Tech-Unternehmen mit Hauptsitz in Danvers bei Boston. Die Gründer konnten ihr Produkt unter den neuen Rahmenbedingungen weiterentwickeln und 2012 den Break Even erreichen. Produktion und Forschung fanden fortan an beiden Standorten statt, die Amerikaner kümmerten sich zudem um die Erschließung des US-Markts. Mit Erfolg: 2022 kaufte mit Johnson & Johnson ein Big Player Abiomed und ebnete so den Weg für die weitere Expansion. Bisher profitieren vor allem Patienten und Patientinnen aus den USA von der Impella-Herzpumpe, geplant ist der verstärkte Einsatz in Europa, aber auch in Asien.

Eine wichtige Grundlage dafür bieten die Ergebnisse der randomisierten und unabhängigen Studie „DanGer“, die über zehn Jahre an 360 Patienten und Pa-



Dirk Michels, Senior Vice President of Global Supply Chain and International Operations bei Abiomed

tientinnen durchgeführt wurde und deren Ergebnisse zeigen, dass die Impella-Pumpe einen nachweislichen Einfluss auf die positive Überlebensrate von Herzinfarktpatienten und -patientinnen hat. „Bisher haben wir mehr als 300.000 Menschen weltweit behandeln können, und wir wollen weiter dafür sorgen, dass die Behandlung mit der „Impella“ zum Therapiestandard für die Herzregeneration wird“, so Michels. „Die Studie DanGer hat uns den Proof of Concept und kräftigen Rückenwind für unsere Vision gegeben.“

Nachhaltig investieren

Bis 2027 sollen in Aachen über 100 Millionen Euro in Gebäudeerweiterungen investiert und damit die Forschungs- und Produktionskapazitäten mehr als verdoppelt sowie modern und energie-

effizient aufgestellt werden. Photovoltaik etwa soll die Transformation hin zu einem nachhaltig agierenden Medizintechnikhersteller möglich machen. Ebenfalls arbeiten die Aachener an Alternativen – und dennoch den hohen Hygienestandards der Branche entsprechend – Verpackungen. Das würde auch den Krankenhäusern helfen, ihr Volumen an Abfällen zu reduzieren.

Das erklärte Ziel von Abiomed: die „Erfolgsgeschichte made in Germany“ weiterführen und Innovationsführer bleiben.

Claire aus Leuven ermöglicht die Impella-Herzpumpe seit 25 Jahren ein aktives Leben. Im Sommer kommt sie wieder zum Feiern nach Aachen. „Das sind Erlebnisse, die mich menschlich unglaublich motivieren und antreiben“, sagt Michels.

„In der Logistik zählt der Faktor Mensch“



Der Logistikdienstleister Dachser setzt aktuell darauf, sein globales Netzwerk zu erweitern und zu integrieren. CEO Burkhard Eling will den Konzern mit Innovationen in die Zukunft führen.

Die anhaltend schwache Weltkonjunktur führt dazu, dass die transportierten Mengen an Gütern – und damit Ihr Umsatz – zurückgehen. Sind die fetten Jahre für Sie vorbei?

Die Logistik hat als Folge der Coronapandemie mit ihren globalen Lieferengpässen eine zweijährige Sonderkonjunktur erlebt. Im vergangenen Jahr sind wir – wie alle relevanten Wettbewerber auch – zur Normalität zurückgekehrt. Die Transportkapazitäten in der weltweiten Luft- und Seefracht haben sich stark erhöht, die Lager in Europa waren gut gefüllt, und es wurden generell vermehrt Services statt Güter konsumiert. Dennoch, und auch das muss man festhalten, liegt heute unser Umsatz um 25 Prozent höher als 2019, dem letzten Jahr vor der Krise.

Wie sind Sie mit den Herausforderungen der letzten Jahre umgegangen? Wir haben die Entspannung der Lieferketten genutzt, um Verbesserungen bei Produktivität, Auslastung und Qualität umzusetzen. Zudem haben wir antizyklisch agiert und unser weltweites Logistiknetzwerk mit gezielten Zukäufen erweitert. Die Zukäufe 2023 und 2024 entsprechen einem gesamten Umsatzvolumen von über einer Milliarde Euro. Sie sehen, wir haben bereits die Weichen für weiteres Wachstum gestellt.

Was tun Sie noch, um sich als Logistikkonzern fit für die Zukunft zu machen? Das Kerngeschäft von Dachser ist es,

Menschen, Ressourcen und Systeme für den weltweiten Transport und die Lagerung von Gütern zu verknüpfen, sprich cyber-sozio-physische Netzwerke zu bilden. Genauso gehen wir auch bei Innovationen vor. Diese sind einerseits stets in unserem Netzwerk, unserem Wissen und Erfahrungsschatz verankert und zahlen wiederum auf dessen Weiterentwicklung ein. Andererseits entstehen Innovationen im Zusammenspiel mit Mitarbeitenden, Kunden und Forschungspartnern. Ein Paradebeispiel ist unser Digitaler Zwilling @ILO, mit dem wir mit dem Fraunhofer IML im Oktober 2023 den Deutschen Logistik-Preis gewonnen haben. In agilen Teams haben wir gemeinsam sieben Jahre lang an der Technologie geforscht, die die Abläufe in unseren Umschlaglagern transparent macht und beschleunigt. Jetzt haben wir den Roll-out in Europa gestartet. Über spezielle KI-basierte Algorithmen werden alle Packstücke, aber auch Flurförderzeuge lokalisiert und vermessen. Einzelne Prozessabläufe zwischen Wareneingang und Wareneingang beschleunigen sich dort in einer Spanne von 15 bis 35 Prozent. Nahverkehrsfahrzeuge können morgens schneller mit der Wareneingangslieferung starten – das bringt den Fahrerinnen und Fahrern wertvolle Zeit im Berufsverkehr.

Welche weiteren digitalen Technologien haben Sie bereits implementiert, und was planen Sie?

Wir haben unsere Digitalisierungsstrategie auf drei Kernbereiche ausgerichtet. Erstens, die konsequente und wertbringende Digitalisierung der Geschäftsprozesse. Zweitens, die stetige Modernisierung unserer eigenen Kernsysteme für Transport und Warehousing sowie die sichere Integration von Fremdsystemen. Drittens gilt es, alle Mitarbeitenden mit auf die Reise zu nehmen und eine positive Digitalisierungskultur im Unternehmen zu schaffen. Digitalisierung und Automatisierung müssen, davon bin ich überzeugt, immer die Menschen in ihrer Arbeit unterstützen. Denn in der Logistik kommt es letztlich immer auf den Faktor Mensch an.

Welche Kompetenzen brauchen Sie für Ihre Teams, und wie gewinnen Sie diese vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels für sich?

Die Stärke unserer Organisation liegt vor allem in unserem Netzwerk von Menschen, die die Leidenschaft für die Logistik teilen: und das auf allen Ebenen, vom Management bis zu den Auszubildenden. Nehmen wir nur den immer drängenderen Fahrermangel. Aktuell sind in unserer Branche 70.000 Stellen nicht besetzt. Als eines der ersten Unternehmen hatten wir uns schon 2014 dieser Herausforderung gestellt und mit der Gründung der „DACHSER Service und Ausbildungs GmbH“ eine eigene Qualifizierungsoffensive gestartet. Dachser ist heute der größte Ausbildungsbetrieb für Berufskraftfahrer in Deutschland. Klar aber ist: Selbst wenn wir pro Jahr mehrere Hundert Berufskraftfahrende ausbilden könnten, allein werden wir das Problem nicht lösen. Wir als Branche müssen es schaffen, unseren Fahrerinnen und Fahrern die richtigen Rahmenbedingungen zu bieten und die Wertschätzung zukommen zu lassen, die dieser Beruf und die Personen, die ihn ausüben, verdienen.

Neben der Digitalisierung haben Sie zuletzt signifikant in den Ausbau Ihrer Netze investiert. Was heißt das konkret? Unsere langfristige Vision als Unternehmen ist es, der weltweit integrierte Logistikdienstleister zu sein. Deshalb streben wir stets danach, unser eigenes Logistiknetzwerk in Europa und weltweit zu vervollständigen und zu integrieren.

Die Fähigkeit, solche Netzwerke zu bilden – Assets, Services und Menschen zu einer Einheit zu formen –, ist Kern unserer Stärke und die Basis unserer Leistungserbringung. Das ist der Schlüssel, um unseren Kunden ein Höchstmaß an Qualität und Zuverlässigkeit für ihre Supply Chains bieten zu können. Unser Netzwerk bildet ein hochstandardisiertes und tief integriertes cyber-sozio-physisches System, das uns mit weitem Abstand differenziert von den neuen Plattformanbietern, die sich überwiegend im digitalen Raum bewegen. Kern unserer Netzwerke sind dabei unsere Niederlassungen, die wie Unternehmer im Unternehmen wirken. Sie sind nah am Markt und den Kundenbedürfnissen. Es ist diese Art der Netzwerkstruktur, die eine ganz eigene Innovationsdynamik entfaltet – und das in allen Dimensionen und Richtungen: Innovationen sind immer netzgerichtet – aus dem Netz und in das Netz zurück. Einerseits bringen unsere Mitarbeiter

ihre Ideen über unser Innovationsprogramm Idea2net ein. Aus diesen entstehen – oft angereichert mit den neuesten Technologien – die Innovationen in unserem Unternehmen. Andererseits können wir aufgrund unserer hohen Standardisierung Impulse aus dem Unternehmen schnell in die Fläche tragen. Ein perfektes Beispiel dafür ist der bereits erwähnte digitale Zwilling @ILO.

Im Zusammenhang mit dem Transport auf der Straße, in der Luft und See spielt das Thema Nachhaltigkeit eine wichtige Rolle. Welche Aktivitäten und Innovationen verfolgt Dachser hier? Klimaschutz ist in all seinen Dimensionen zu einem festen Bestandteil unserer Unternehmensstrategie und -steuerung geworden, wir wollen hier ein Impulsgeber für die Logistikbranche sein. Damit werden wir als Familienunternehmen unserer Verantwortung und unserem eigenen Selbstverständnis gerecht: Wir tragen eine integrative Verantwortung für Gesellschaft und Umwelt. Der Fokus unserer Klimaschutzstrategie liegt dabei auf der Ausarbeitung und Umsetzung verschiedener Maßnahmen in vier Handlungsfeldern: Energie- und Prozesseffizienz, Forschung und Innovationen sowie im gesellschaftlichen Engagement außerhalb des Dachser-Geschäftsmodells. Kurzfristig wollen wir unsere selbst verursachten Emissionen so weit wie möglich reduzieren und auch auf die Emissionen von Transportpartnern einwirken. Gleichzeitig passen wir das Geschäftsmodell an die neuen Marktanforderungen der Kunden und die gesetzlichen Rahmenbedingungen an. So werden Nachhaltigkeit und Klimaschutz immer auch als integraler Bestandteil der Unternehmenskultur wahrnehmbar.

Können Sie ein Beispiel nennen?

Eine Highlight-Initiative, die ich gerne erwähnen will, ist „DACHSER Emission-Free Delivery“. Hier beliefern wir aktuell definierte Innenstadtegebiete in 13 europäischen Metropolregionen lokal emissionsfrei – über vollelektrische Lkw und Pedelecs. Elf weitere Städte werden bis Ende 2025 folgen. Zudem testen wir an drei sogenannten E-Mobility-Standorten in Deutschland schwerpunktmäßig emissionsfreie Lkw für den Fernverkehr sowie die notwendige Ladeinfrastruktur.

„Data Governance stärken“



Jürgen Lessnich ist Vorstand der M&L AG in Frankfurt am Main. Die Strategieberatung hilft Unternehmen, sich für die Zukunft fit zu machen und Innovationen voranzutreiben. Digitale Lösungen und die Analyse von Big Data stehen dabei im Fokus.

Herr Lessnich, die meisten Ihrer Kunden müssen sich den Herausforderungen disruptiver Märkte stellen. Mit welchen Fragen kommen sie zu Ihnen?

Das können einerseits ganz konkrete Probleme wie zu aufwendige manuelle Prozesse sein, die existieren, weil Systeme nicht miteinander sprechen. Das können aber auch kennzahlgetriebene Problemstellungen sein, wenn beispielsweise Umsatz- und Einsparungsziele nicht erreicht werden. Aber es geht natürlich auch darum, unsere Kunden bei ihren Innovationsbemühungen zu unterstützen. Und ihnen zu zeigen, wie ihnen ein kontinuierlicher Innovationsprozess einen Mehrwert und damit einen Wettbewerbsvorteil bieten kann.

Seit März 2024 bieten Sie mit Mara ML eine eigene KI an, die sich für Ihre Kunden individualisieren lässt. Können Sie Mara ML genauer erklären? Mara ML hat die Aufgabe, unsere Kunden und Website-Besucher schnell, kompetent und umfassend über unsere Dienstleistung und unser Unternehmen zu informieren. Unsere Mara ML versteht nicht nur, was gefragt wird, sie interagiert mit dem

User und versteht auch, was er meint. Mara ML basiert auf dem Open AI trainierten Large Language Model (LLM) GPT-4. Das Sprachmodell in Kombination mit einer Wissensdatenbank, welche alle öffentlich verfügbaren Informationen zu unserem Unternehmen enthält, bildet dabei den Kern der Lösung. Mara ML ist also ein Berater im digitalen Raum, ein Chatbot mit generativer KI. Die Vorteile für unsere Kunden, einen eigenen, individuellen KI-Chatbot umzusetzen, liegen dabei auf der Hand: 24/7 personalisierte Beratung und Verfügbarkeit, mehr Service und weniger Kosten für Personal, individuelle Produktempfehlungen sowie höhere Qualität und passgenauere Antworten.

Welche Rolle wird Künstliche Intelligenz für Unternehmen aus Ihrer Sicht in Zukunft spielen?

Aktuelle Studien zeigen, dass Deutschland beim Thema KI leider immer noch ein Nachzügler im internationalen Vergleich ist. Auch ist das Vertrauen der Deutschen in KI-Ergebnisse mit 30 Prozent viel geringer, als es zum Beispiel in den USA oder Frankreich mit knapp 50 Prozent der Fall ist. Dennoch wollen viele Unternehmen in Deutschland das Potential von KI nutzen. Ob das gelingt, hängt von der Datengenauigkeit und Datenverfügbarkeit im Unternehmen ab. Solange es hier noch Probleme gibt, werden die Fehlerhäufigkeit und die Vertrauenswürdigkeit von KI-Modellen verhindern, ihr volles Potential auszuschöpfen. Halluzinationen und Fehlinterpretationen sind die Folge, die fehlerhafte Entscheidungen mit sich bringen. Die Stärkung der eigenen „Data Governance“ und Datenintegration sind die Grundlagen für eine erfolgreiche Umsetzung.

Wie stellen Sie sicher, dass Sie dafür gut aufgestellt sind?

Wir verfolgen natürlich die internationalen Technologieentwicklungen und Märkte. Entscheidend ist auch, dass wir die richtigen Personen mit im Team haben und ihnen ausreichend Kapazitäten und Freiräume geben. Neben einem Innovationsmanager haben wir ein sehr gut aufgestelltes Data-Analytics-Team, das sich vorwiegend um neue Technologien wie KI, aber auch XAI, also die Erklärbarkeit Künstlicher Intelligenzen, kümmert.

KI Innovation AWARD 2024

KI im Aufwind

Die Gewinner des zweiten KI Awards zeigen, wie sich Künstliche Intelligenz wegweisend einsetzen lässt. Das Panel im Rahmen der Preisverleihung stellt klar: KI-Technologien definieren den Wettbewerb neu. Die Expertise muss dringend ausgebaut werden.

Im zweiten Jahr seiner Ausrichtung sind beim KI Innovation Award, den das F.A.Z.-Institut zusammen mit dem KI Bundesverband auslobt, 175 Bewerbungen eingegangen – mehr als doppelt so viele wie bei der Premiere 2023. Aber nicht nur die Menge der Einreichungen habe sie beeindruckt, bemerkt die Jury. Auch die Qualität der Skripte sowie die Tragfähigkeit der vorgestellten Anwendungen sei herausragend gewesen: Use Cases aus Bereichen wie Chemische Analyse, Biotech und Medizintechnologie, aus der Prozessoptimierung oder dem Quanten-Computing hätten gezeigt, wie man KI-Implementierungsstrategien erfolgreich umsetzen und damit Großes bewirken kann, sagt Petra Finke, Chief Digitalization Officer bei Dekra.

Auf dem Panel zum Award diskutierte Finke mit ihren Jurykollegen die Frage, inwiefern KI-Technologien den Wettbewerb neu definieren. Auch hier zeigte sich, wie wichtig ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen rechtlichen und ethischen Standards sowie der nötigen Freiheit ist. Oftmals bremse die Regulierung „ganz viele tolle Anwendungen aus, die gar nicht kritisch sind“, betont Bosch-Forschungschef Prof. Dr. Thomas Kropf. Sein Appell an Unternehmen jeder Größenordnung: „Holen Sie sich Wissen in die Organisation.“ Das kann in Form von spezialisierten Mitarbeitern sein, durch Reverse Mentoring, aber auch durch die Zusammenarbeit mit Start-ups. „Die Kompetenz, Entscheidungen über relevante KI-Anwendungen zu treffen, ist dafür dringend aufzubauen“, sagt Dr. Tanja Emmerling, Partnerin im Digital Tech Team beim High-Tech Gründerfonds. Offenbar hat Deutschland hier noch viel zu tun, auch bei den Investitionen. Eine gute Balance zwischen Regulierung und Pragmatismus könnte hier ein entscheidendes Qualitätsmerkmal im Wettbewerb sein, meint Petra Finke, CDO und Vorstandsmitglied bei DEKRA. Es sei Aufgabe von Unternehmen, Dateninfrastrukturen zu schaffen, die es auch kleineren Firmen ermöglichen, KI einzusetzen und sich miteinander zu vernetzen. „Wir brauchen eine gesunde Offenheit, ohne dabei den Datenschutz aus den Augen zu verlieren.“

Im rechtlichen Bereich etwa hat sich bereits deutlich gezeigt, welchen Einfluss Technologie haben kann. „Mit Künstlicher Intelligenz können Sie bei großen Investigations riesige Datenmengen innerhalb kurzer Zeit reviewen“, erklärt Dr. Simone Kämpfer, Partnerin



Vom Start-up bis zum Großkonzern: Die Gewinner des KI Awards 2024 überzeugen mit innovativen Technologien und Anwendungen.



Es diskutierten (v.l.n.r.): Prof. Dr. Thomas Kropf, Prof. Dr. Thorsten Posselt, Petra Finke, Eduard Singer, Dr. Tanja Emmerling, Dr. Vanessa Just, Patrick Bernau, Dr. Simone Kämpfer

bei der Kanzlei Freshfields Bruckhaus Deringer. Sie kann sich vorstellen, dass der Einsatz von KI zum Beispiel bei der Aufklärung von Geldwäsche Pflicht wird. „Wenn Sie hier Ihre Prozesse nicht im Griff haben, können Sie im Wettbewerb nicht bestehen“, betont Kämpfer die Dringlichkeit.

Patrick Bernau, Leiter des Wirtschaftsressorts bei der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung, sieht im Status quo eine zweite Chance für Deutschland. Zwar stammten die großen intelligenten Sprachmodelle nicht von hier. Auf was es jedoch als Nächstes ankomme, seien darauf basierende Anwendungen. Daraus ließe sich der Erfolg ableiten. Gut sei man hier, findet Fraunhofer-Institutsleiter Prof. Dr. Thorsten Posselt, beispielsweise beim autonomen Fahren und im Bereich Gesundheit. Ein Thema, das im Zusammenhang mit dem demographischen Wandel immer virulenter werde. Ein Grund auch, warum die Veranstalter des KI Awards in diesem Jahr die Sonderkategorie „KI Health“ einführen – und mit FUSE-AI die Macher einer wegweisenden Anwendung in der Krebserkennung auszeichnen.

Sieger der Kategorie Super Lightweight:



Als Ausgründung der Universität Münster widmet sich ChemInnovation seit 2022 der Automatisierung chemischer Analytik durch Künstliche Intelligenz. Eine eigenständige, hochleistungsfähige und robuste Software klärt molekulare Strukturen in einer bisher ungekannten Geschwindigkeit auf. Vorteile ergeben sich dadurch beispielsweise bei der Herstellung von Medikamenten. Aber auch in der Duftstoff-, Erdöl-, Spezialitäten- oder Lebensmittelchemie hat die Technologie das Potential, die Analyse von sogenannten Massenspektren sowie die Bestimmung von zugehörigen Molekülgruppen um den Faktor 8 bis 20 zu beschleunigen. Komplexe Fragestellungen lassen sich so mithilfe maschinellen Lernens lösen, und die Effizienz im Labor steigt.

Sieger der Kategorie Lightweight:



Die KI-Lösung von Quantagonia aus Frankfurt vereint klassisches mit Quanten-Computing. Die Plattform ermöglicht es, traditionelle Code-Modelle automatisch in quantentaugliche Codes zu überführen. Diese Übersetzungsfunktion erlaubt es den Anwendern, maximale Rechenkapazitäten effizient zu nutzen, ohne sich mit der Komplexität der Technologie und Algorithmik auseinandersetzen zu müssen. Neben der User-Freundlichkeit zeichnet sich die Technologie der 2021 gegründeten Quantagonia GmbH durch ihre Unabhängigkeit von spezifischer Hardware aus, was eine flexible Nutzung von Rechenressourcen ermöglicht.

Sieger der Kategorie Middleweight:



Das 2020 gegründete Biotech-Start-up Cambrium mit Sitz in Berlin entwickelt Proteine auf Basis von Künstlicher Intelligenz. Grundlage für die Technologie sind mehrere Machine-Learning-Modelle sowie ein kuratierter, teils firmeneigener Datenbestand. Die generative KI scannt diesen „Proteinatlas“ auf die besten Kandidaten, die dann durch eine Kombination aus einer digitalen Zwillings-Technologie mit der Molekularbiologie noch optimiert werden. Innerhalb kurzer Zeit hat Cambrium es geschafft, ein eigenes Produkt auf den Markt zu bringen: NovaColl™ ist ein humanidentisches Kollagen, das mit Hefezellen hergestellt wird und so ohne tierische Produkte auskommt.

Sieger der Kategorie Heavyweight:



ControlExpert aus Langenfeld ist spezialisiert auf die End-to-End-Schadenabwicklung bei Autounfällen. Das 2002 gegründete Unternehmen zeichnet sich dadurch aus, dass es konsequent manuelle Prozesse im Kfz-Schadenmanagement digitalisiert und beschleunigt, mit dem klaren Ziel, Schadenaufwände zu reduzieren und die Zufriedenheit von Autofahrern zu erhöhen. Mit dem „Green Repair Prozess“ entwickelte ControlExpert eine Methode, die mittels Künstlicher Intelligenz eine fallbasierte, objektive und individuelle Entscheidungsunterstützung für Instandsetzungen nach einem Unfall bietet. Anhand von Bilderkennung und Datenanalyse findet die KI heraus, ob ein Bauteil repariert werden kann, ob ein Austausch sinnvoller ist und mit welchen ökonomischen und ökologischen Auswirkungen beides einhergeht.

Sieger der Kategorie Super Heavyweight:



Als Deutschlands größter Verkehrsflughafen steht der Frankfurt Airport täglich vor großen Herausforderungen bei der Be- und Entladung von rund 1000 Flugzeugen. Um die Komplexität der Personalplanung zu adressieren und die Disposition mittels Künstlicher Intelligenz zu automatisieren, startete die Fraport AG 2023 einen Proof of Concept. Dabei setzt sie auf eine skalierbare Reinforcement-Lösung aus dem Bereich des maschinellen Lernens: ein Verfahren, bei dem der eigens programmierte KI-Agent „IDA“ (kurz für Intelligent Dispatching Agent) in einer hoch entwickelten Simulationsumgebung trainiert wird und sich dadurch an Veränderungen wie Verspätungen, Ausfälle oder kurzfristige Planänderungen anpassen kann.

Sieger der Kategorie KI Health:



Die 2019 gegründete FUSE-AI GmbH steht für Künstliche Intelligenz in der Radiologie. Das Unternehmen entwickelt medizinische KI-Software, die MRT-Aufnahmen analysiert und Radiologen so bei der Krebsdiagnose unterstützt. Mit Prostate.Carcinoma.ai hat FUSE-AI ein Produkt auf den Markt gebracht, das speziell bei der Erkennung von Prostatakrebs Vorteile schafft: Es liefert schnell und effizient qualitativ hochwertige Ergebnisse und sorgt so dafür, dass die nötigen Kapazitäten in den Praxen geschaffen werden. Prostate.Carcinoma.ai funktioniert als lizenziertes Plug-in und kann damit niedrigschwellig in bestehende radiologische Workflows integriert werden.

Bezahlkarte kommt später als geplant

WIESBADEN Das Vergabeverfahren für eine bundesweit gültige Bezahlkarte für Asylbewerber ist ins Stocken geraten. Ministerpräsident Boris Rhein (CDU) hatte sich vor zehn Tagen optimistisch gezeigt, dass noch im Juli der Auftrag an ein Unternehmen erteilt werden könne. Doch nun hat einer der unterlegenen Bieter nach Auskunft des koordinierenden IT-Dienstleisters Dataport die Rechtmäßigkeit des Verfahrens prüfen lassen und verzögert damit die Entscheidung – um Wochen, wenn nicht Monate.

Der Bieter hat einen sogenannten Nachprüfungsantrag gestellt, über den die Vergabekammer nun binnen fünf Wochen entscheiden muss. Doch auch dagegen könnte der unterlegene Bewerber mit einer sofortigen Beschwerde beim Oberlandesgericht Karlsruhe juristisch vorgehen – und damit den Vergabeprozess weiter verzögern. Erst wenn der Auftrag an den potentiellen Anbieter der Bezahlkarte erteilt ist, kann das Vorhaben in Ländern und Kommunen in die Tat umgesetzt werden. Aus der hessischen Staatskanzlei heißt es dazu, man könne und dürfe sich nicht zu einem laufenden Verfahren äußern.

Ende Januar hatten sich 14 von 16 Bundesländern, darunter Hessen, auf ein gemeinsames Vergabeverfahren für die Bezahlkarte geeinigt. Die Karte soll Bargeldauszahlungen an Asylbewerber ersetzen und vor allem Überweisungen ins Ausland an Schleuser unmöglich machen. mg.



Die aktuellsten Meldungen aus der Region auf www.faz.net/rmz

135-Millionen-Projekt

Das Großvorhaben am Eschborner Rathausplatz ist beschlossene Sache. Das Rathaus wird saniert, Bücherei und Stadthalle werden neu gebaut.

RHEIN-MAIN, SEITE 2

Fliegermord im Wald

1944 sprang die Besatzung eines von der Flak getroffenen amerikanischen Bombers über Frankfurt ab – und wurde dann umgebracht.

DIE DREI, SEITE 3

Leitungen in der Luft

Das Bauunternehmen SWR lässt Wärme, Strom und Gas fließen. Meistens unterirdisch – doch es gibt auch spektakuläre Ausnahmen.

WIRTSCHAFT, SEITE 6

Die Probe ist das Ziel

Musik ist die Muttersprache von Ari Benjamin Meyer – auch, wenn er, wie jetzt in der Kunsthalle Mainz, als Bildender Künstler auftritt.

KULTUR, SEITE 12

Wetter

Mal scheint die Sonne, mal ist es bewölkt, es bleibt aber trocken. Die Temperaturen steigen nachmittags auf bis zu 27 Grad.

Temperaturen Montag	Min.	Max.
Flughafen Frankfurt	12°	31°
Feldberg im Taunus	13°	23°
Niederschlag Montag 0 bis 24 Uhr		
Flughafen Frankfurt	2,1 mm	

Sprachfehler

Der wohlgemeinte Hinweis darauf, dass die Gesprächspartnerin jeden dritten Satz mit dem Füllwort „genau“ einleitet, sorgt für Verunsicherung. „Gehe ich dir damit etwa auf die Nerven?“ Exakt! ler.



Senckenberg hat seine Anakonda wieder: Restauratorin Kathrin Sündermann (links) und Museumsdirektorin Brigitte Franzen sind zufrieden.

Foto Frank Rumpenhorst

Frankfurts berühmtestes Großmaul ist zurück

Der Vorhang ist gelüftet und der Star zurück auf seiner Bühne: Die „Mona Lisa des Senckenberg-Museums“, das berühmte Anakonda-Exponat, kann wieder besichtigt werden. Mehr als ein Jahr lang wurde das Präparat der Würgeschlange, die ein Wasserschwein verschlingt, restauriert. Nun ist das Ausstellungsstück ins Museum zurückgekehrt; am Dienstag wurde es feierlich enthüllt. Das 100 Jahre alte Exponat – die Senckenberg-Gesellschaft zahlte damals 100 Mark dafür – wurde von Fachleuten des Museums in Zusammenarbeit mit Experten aus anderen Frankfurter Institutionen untersucht

und ausgebaut. Mit einem Röntgengerät des Zoos wurden Innenansichten des Exponats angefertigt, wie Zoodirektorin Christina Geiger berichtet. Erst dann habe die Wiederherstellungsarbeit beginnen können, erläutert Restauratorin Kathrin Sündermann. Es sei viel Arbeit gewesen, da die Anakonda zahlreiche Schäden gehabt habe. Auch das Wasserschwein habe in den vergangenen Jahrzehnten gelitten. „Das Capybara war ja fast nackt“, sagt Sündermann. Ihr Kollege Udo Becker habe „jedes Haar am Schwein einzeln angeklebt“. Bei den Arbeiten haben die Beteiligten viel über das

Präparat herausgefunden, auch über die schon früher vorgenommenen Veränderungen. „Zwei bis vier Überarbeitungen können sicher belegt werden, ich gehe aber von weit mehr aus“, sagt Sündermann. Doch nicht jedes Geheimnis des Exponats und seiner Herstellung konnte während der Arbeiten gelüftet werden – es ließ sich auch nicht klären, ob das Capybara einen Kopf hat, der tief im Schlund der Schlange steckt. „Das war selbst auf den Röntgenaufnahmen nicht zu erkennen“, sagt Senckenberg-Museumsdirektorin Brigitte Franzen. Vielleicht lasse sich das bei der nächsten Res-

tauration feststellen. Doch bis dahin wird noch viel Zeit vergehen – zumindest hoffen das die Fachleute: Man habe das Exponat schließlich für die nächsten 100 Jahre im Senckenberg-Museum fit machen wollen. Nun sei erst einmal die Freude groß, dass man den Besuchern die Anakonda neu präsentieren könne. Dafür wurde auch die Umgebung des Exponats neu gestaltet. Während der Arbeiten an dem Präparat konnten die Museumsfreunde Frankfurts berühmtester Schlange und ihren Restauratoren Fragen schicken. Eine der häufigsten lautete: „Wann kommst du wieder?“ lott.

Werden in Hessen tatsächlich 200 Lehrerstellen gekürzt? Darüber ist eine Debatte entbrannt. Während die Grünen und die hessischen Stadt- und Kreiselternebeiräte klagen, dass die Stellen wegfallen sollen und die Landesregierung damit wortbrüchig geworden sei, rechtfertigt sich das Kultusministerium. Die Darstellung sei falsch: Es handle sich um Stellen, die infolge einer mehr als 20 Jahre alten Regelung zweckgebunden gewesen seien und nun nicht mehr benötigt würden. Insgesamt gebe es nicht weniger Lehrerstellen in Hessen, sondern, im Vergleich zum Vorjahr, sogar fast 600 mehr.

Die Kritik stammt von der Grünen-Landtagsfraktion. Deren bildungspolitischer Sprecher Daniel May hatte bereits am 20. Juni schriftlich mitgeteilt, dass die Hessische Landesregierung „den Rotstift“ ansetze und mehr als 200 Lehrerstellen streiche. In der Plenardebatte am vergangenen Donnerstag wurde das Thema noch einmal aufgegriffen und gewann an Aufmerksamkeit. Die hessischen Kreis- und Stadtelternebeiräte äußern sich in einer Mitteilung empört: „Diese Einsparungen sind ein klarer Bruch der Wahlversprechen und gefährden die Bildung und damit die Zukunft unserer Kinder.“

Sie verweisen auf den Koalitionsvertrag, wonach mehr Lehrerstellen an allen Schulen geschaffen werden sollen. „Die Kürzungsvorgaben von Finanzminister Alexander Lorz stehen im krassen Widerspruch zu dessen Versprechen“, meinen die Elternvertreter. Unter dem neuen Kultusminister Armin Schwarz (beide CDU) würden nun sogar Stellen gestrichen und die Rahmenbedingungen verschlechtert. Zu Beginn der Sommerferien werde diese Entscheidung „durchgedrückt“, denn Proteste seien nun schwerer zu mobilisieren, weil Lehrer, Schüler und Eltern die freie Zeit herbeisehnten.

Das Kultusministerium widerspricht der Darstellung. Die Aussage, dass Stellen im Bildungswesen gekürzt würden, sei falsch. Die angeblich gestrichenen rund 200 Stellen, die im Nachtragshaushalt wegfielen, bezögen sich auf nicht benötigte Stellen, die aufgrund des Arbeitszeitkontos für Lehrkräfte und Sozialpädagogen entstanden sind. Nach einer Verordnung aus dem Jahr 2002 mussten sie zwischen dem 35. und 50. Lebensjahr

Heftiger Streit um Stellen für Lehrer

RHEIN-MAIN Elternvertreter sind empört: Das Land streiche 200 Lehrerstellen. Falsch, sagt das Kultusministerium. Es seien sogar 600 neue Stellen entstanden.

Von Rainer Schulze



Arithmetik: Sind es mehr Lehrerstellen oder weniger?

Foto dpa

eine Pflichtstunde mehr Unterricht erteilen, was bis zum Schuljahr 2007/2008 galt. Diese zusätzlich angesparten Stunden konnten sie sich auszahlen lassen oder abbauen, entweder durch Reduzierung der wöchentlichen Pflichtstundenzahl oder auch durch Freistellung vor dem Ruhestand, erläutert das Kultusministerium. Da die Reduzierung der Pflichtstunden einen geringeren Unterrichtseinsatz nach sich zog und der Unterricht dennoch abgedeckt werden musste, wurden zusätzliche Stellen für die Kompensation gewährt und im Haushalt zweckgebunden zur Verfügung gestellt. Ein Teil dieser Stellen wird nun nach Auskunft des Ministeriums nicht mehr benötigt.

Insgesamt seien nicht weniger, sondern mehr Stellen entstanden – und zwar fast 600 netto. Im Haushaltsjahr 2024 seien im Vergleich zum Haushaltsjahr 2023 genau 592,5 neue Stellen für Lehrkräfte geschaffen worden. Darunter seien 100 Stellen, die im Nachtragshaushalt 2024 im Rahmen des Sofortprogramms der Landesregierung für den Ausbau des Deutschunterrichts um eine Stunde in der zweiten Jahrgangsstufe vom kommenden Schuljahr an vorgesehen sind. „Den Schülerinnen und Schülern in Hessen kommt ein erneuter Anstieg der Stellen für Lehrkräfte zugute“, teilt das Kultusministerium mit.

Die Kreis- und Stadtelternebeiräte machen noch auf ein weiteres Thema aufmerksam: Besorgniserregend seien auch die Diskussionen um die Streichung des Ausflugstickets für Schulen, das erst 2023 auf Initiative hessischer Eltern vom Kultus- und Wirtschaftsministerium eingeführt worden sei. Lorz habe damals die Bedeutung dieses Tickets für einkommensschwache Familien hervorgehoben. Im Koalitionsvertrag sei die Verstärkung des Ausflugstickets bekennen, fordern die Elternvertreter.

Die Kreis- und Stadtelternebeiräte fordern Lorz und Schwarz dazu auf, in die Bildung zu investieren: „Hessen darf an Bildung nicht sparen! Wir fordern ein Sofortprogramm gegen Lehrkräftemangel.“ Die Landesregierung müsse zu ihrem Wahlversprechen stehen, dass die wichtigste Bank die Schulbank sei.



Bei den Fakten bleiben

Von Rainer Schulze

Wollte die Hessische Landesregierung klammheimlich 200 Lehrerstellen streichen und die schlechte Botschaft kurz vor den Sommerferien verstecken? Diesen Eindruck erwecken die Grünen im Landtag und die Stadt- und Kreiselternebeiräte. Sie holen das ganz große Kaliber hervor und sprechen von „Wortbruch“. Die Landesregierung habe ihr Wahlversprechen gebrochen, die Lehrerstellen deutlich aufzustocken. Aber stimmt das auch?

Die Kritiker sollten verbal abrüsten und bei den Fakten bleiben. Das Kultusministerium kann plausibel erklären, um welche Stellen es sich handelt, woher sie stammen und warum sie auslaufen. Die Stellen waren infolge einer alten Regelung eingeführt worden, um Überstunden auszugleichen. Diese Regel ist inzwischen ausgelaufen, die Stellen werden für diesen Zweck nicht mehr benötigt.

Es ist Teil der normalen Haushaltsarithmetik, dass sie entfallen. Denn Stellen, die zweckgebunden sind, kann man nicht leicht hin umwidmen, umschichten und entfristen. Die Opposition wäre vermutlich die Erste, die sich dann über Missachtung ihrer Beteiligungsrechte beschweren würde.

Hinzu kommt: Es sind gar nicht 200 Stellen weniger – sondern im Saldo sogar 600 Lehrposten mehr entstanden. Und zwar netto. Der Verlust wurde also dreifach kompensiert. Natürlich lässt sich leicht fordern, dass es auch 800 Stellen mehr sein dürfen. Aber man muss das Lehrpersonal finanzieren können und für die zusätzlichen Stellen auch Bewerber finden.

Letzteres dürfte erst in einigen Jahren keine Schwierigkeit mehr sein, denn die Studienplätze an den Universitäten für das Lehramt sind ausgebaut worden und inzwischen auch weitgehend besetzt. Läuft alles wie geplant, können sich die Schulen in wenigen Jahren über eine Absolventenflut freuen.

Bis dahin müssen viele Schulen allerdings noch mühsam die Llöcher im Kollegium stopfen. Vielerorts fehlen Lehrkräfte. Die Landesregierung sollte alle Wege nutzen, um den Bedarf schneller zu decken. Sie sollte den Quereinstieg weiter erleichtern und Pensionäre zurück an die Schulen holen. An manchen Stellen hat sie damit schon begonnen. Aber gerade beim Quereinstieg sollten die Spielräume größer sein.

Wie will man es sonst einem gut qualifizierten Bewerber schmackhaft machen, in den Lehrberuf zu wechseln, wenn er in den ersten Jahren mit geringen Anwärterbezügen über die Runden kommen muss? Die Vorstellung, dass das Lehramt schon attraktiv genug ist, um finanzielle Nachteile auszugleichen, ist naiv.

Prozess wegen Entführungsplan

FRANKFURT Ein 61 Jahre alter Mann muss sich als mutmaßliches Mitglied der Terrorgruppe „Vereinte Patrioten“ wegen der geplanten Entführung von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) vor dem Oberlandesgericht Frankfurt verantworten. Der Prozess soll am 30. August beginnen. Dem Mann aus dem Kreis Bergstraße wird die Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens und die Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung vorgeworfen. Fünf weitere mutmaßliche Mitglieder der Gruppe müssen sich bereits seit mehr als einem Jahr vor dem Oberlandesgericht Koblenz verantworten. Der nun in Frankfurt angeklagte Mann soll an Treffen der Vereinigung teilgenommen und „an der Konkretisierung der Tatpläne maßgeblich mitgearbeitet“ haben. Er sitzt seit Oktober 2023 in Untersuchungshaft. lhe.

„Vergabe erfolgt nur nach Preis“

Gewerkschaft Verdi zu Wachmänner-Affäre

FRANKFURT/WIESBADEN In der Wiesbadener Wachmänner-Affäre meldet sich nun auch die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi zu Wort. Der im hessischen Landesverband für das Sicherheitsgewerbe zuständige Gewerkschaftssekretär Guido Jurck fordert Aufklärung vom Frankfurter Ordnungsamt. Er schlägt zudem vor, dass der Staat künftig eigenes Sicherheitspersonal einsetzen solle, anstatt „profitorientierte private Dienstleister zu engagieren“.

In Wiesbaden sollen Wachmänner mit mutmaßlich gefälschten oder fehlenden Bewacher-Ausweisen bei Veranstaltungen im Kurhaus und dem Rhein-Main-Congress-Centrum eingesetzt worden sein. Weil diese gegenüber der Marketinggesellschaft nicht korrekt abgerechnet worden sein sollen, ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen den Geschäftsführer der Wiesbaden Congress & Marketing GmbH, Martin Michel, und den Prokuristen Simon Rottloff (SPD) wegen des Verdachts auf Untreue. Zudem wird gegen einen Mitarbeiter des Ordnungsamtes und in Frankfurt gegen ein privates Sicherheitsunternehmen ermittelt.

Das Frankfurter Ordnungsamt ist nach eigenen Angaben im April vergangenen Jahres vom Wiesbadener Ordnungsamt über die Vorwürfe informiert worden und hat die Unterlagen des Frankfurter Sicherheitsunternehmens angefordert. Aufgrund des Umfangs der Unterlagen dauerten die Überprüfungen weiter an, hatte ein Sprecher des Ordnungsamtes in Frankfurt mitgeteilt.

„Der Vorfall wirft wieder einmal ein Schlaglicht auf die Branche. Das Gewerbe ist geprägt davon, dass die Auftragsvergabe mit dem einzigen Zuschlagskriterium ‚niedrigster Preis‘ erfolgt, während meist keine Tariftreue eingefordert wird“, kommentiert Jurck die Affäre. Er gibt zu bedenken, dass nur Arbeitgeber, die auskömmlichen Lohn zahlen, für qualifizierte Mitarbeiter interessant seien.

„Wann endlich werden die Kontrollen der Sicherheitsbranche verschärft und insbesondere bei Veranstaltungen die schwarzen Schafe ausgesiebt?“, fragt Jurck. Vom Frankfurter Ordnungsamt will er wissen, ob es „geeignete Maßnahmen“ ergriffen habe, um die „schwerwiegenden Vorwürfe“ aufzuklären. Zudem möchte er wissen, ob das Sicherheitsunternehmen weiterhin für die Städte Wiesbaden und Frankfurt tätig sei. Der Gewerkschaftssekretär plädiert dafür, eine Generalunternehmerhaftung einzuführen, dann stehe der Auftraggeber in der Verantwortung.

Die Anwälte von Michel und Rottloff hatten die Vorwürfe in einer Stellungnahme zurückgewiesen und mitgeteilt, dass sie eine zügige Einstellung der beiden Ermittlungsverfahren erwarteten. Die Wiesbadener Staatsanwaltschaft hat unterdessen am Montag auf Nachfrage mitgeteilt, dass die Ermittlungen andauern. „Derzeit ist noch nicht absehbar, wann mit einem Abschluss des Verfahrens gerechnet werden kann“, sagte ein Sprecher der Staatsanwaltschaft.



Das Rathaus bleibt: In Eschborn werden Stadthalle und Bücherei abgerissen und neu gebaut. Erst im zweiten Schritt wird der Platz umgestaltet.

Foto Michael Braunschädel

Adnan Shaikh (CDU) ist schon der dritte Bürgermeister und der vierte Baudezernent in Eschborn, der sich mit dem Großprojekt am Rathausplatz auseinandersetzt. Er klingt erleichtert: Seit Tag eins im Amt habe ihn das jetzt begleitet. Aber nicht nur er dürfte froh sein, dass die Sache endlich politisch beschlossen ist und angepackt werden kann. „Das ist ein Projekt, das auch von der Stadtgesellschaft intensiv mitverfolgt wurde“, sagt Shaikh.

Kein Wunder, denn der Rathausplatz ist das Zentrum des städtischen Lebens, hier gibt es immer etwas zu erledigen. Behördengänge, Bücherei, Veranstaltungen und Vereinstreffen, offener Bücherschrank, Supermarkt und Eiscafé befinden sich am südlichen Ende der Stadt, wo der Westerbach, der unter der Innenstadt hindurchfließt, wieder auftaucht. Abends sitzen hier Jugendliche zusammen, tagsüber herrscht geschäftiges Treiben.

Lange sei die Renovierung der Stadthalle hinausgezögert worden, berichtet Shaikh, einige Veranstaltungen hätten dort aus baulichen Gründen schon nicht mehr stattfinden können. Nun wird die Stadthalle nicht nur renoviert, sondern ganz neu gebaut, ebenso die Bücherei. Bislang befinden sie sich in einem großen, gemeinsamen Gebäude, an das im Laufe der Jahre architektonisch mehr oder weniger passend angestückt wurde. Das ist nicht nur für die Mitarbeiter keine schöne – oft viel zu heiße oder kalte – Arbeitsumgebung, auch die Besucher finden sich im labyrinthischen Inneren nur schwer zurecht.

Das soll nun anders werden. Künftig werden die Baukörper separat stehen, mit ihren Fassaden aber zusammenpassen. Hier sind Klinkersteine angedacht, wie sie auch das danebenstehende Gebäude prägen, in dem der Rewe untergebracht ist. Die günstigste Lösung ist das nicht, aber die schönste und vermutlich nachhaltigste. Die Gebäude sollen sogar eine Zertifizierung der Deutschen Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen (DGNB) erreichen. Bei solchen Gebäu-

135 Millionen Euro für die Stadtmitte

ESCHBORN Das Großprojekt am Rathausplatz ist beschlossene Sache. Dort soll das Rathaus saniert und erweitert werden, Bücherei und Stadthalle werden komplett neu gebaut.

Von Andrea Diener

den wird im Bau wie im späteren Betrieb auf effiziente Ressourcenverwendung geachtet, dafür gibt es auch Förderung.

Vom Rathaus aus dem Jahr 1966 bleibt der Kern erhalten, es wird saniert und erweitert. Im Erdgeschoss sollen transparente Flächen alles etwas einladender und übersichtlicher machen, als es momentan ist, ein begrünter Lichthof bildet eine Oase vor der Wartezone.

Leicht gemacht hat man sich die Entscheidung nicht, viele Planungen und Beratungen gingen dem Beschluss voraus. Nach einem Bürgerentscheid zum Erhalt des Rathauses im Jahre 2012 wurde noch im gleichen Jahr ein Sonderbauausschuss ins Leben gerufen. Dieser trug in 14 Sitzungen und zwei Bereisungen zahlreiche Ideen zusammen.

Im Jahr 2014 wurde entschieden, dass die alte Stadthalle sowie das Parkdeck und die Gebäude am Stadtpfad abgerissen werden sollten, um einer neuen Stadthalle Platz zu machen. Das Rathaus hingegen

bleibt in seiner Substanz erhalten, soll aber um ein Bürgerbüro sowie zusätzliche Flächen für die Verwaltung erweitert werden. Außerdem ist eine energetische Sanierung seit Langem dringend notwendig, und barrierefrei sind weder Platz noch Gebäude.

Der Umgang mit der Bücherei wurde damals bewusst ausgespart und dem Architektenwettbewerb überlassen, der zwischen 2020 und 2022 stattfand. Schließlich entschied sich die Stadtverordnetenversammlung einstimmig für einen Neubau, der über dem Westerbach errichtet werden soll.

Im Sommer 2023 organisierte die Stadt zudem mehrere Werkstattgespräche, in denen die Bürger und Nutzer der Gebäude Einwände und Vorschläge einbringen konnten. Da passierte noch einmal viel, vor allem mit der Raumbestaltung. Die Stadthalle soll keine Empore und keine Vollküche mehr haben, dafür mehr Raum hinter und neben der Bühne. Die Toiletten wurden ins Erdgeschoss verlegt. Die

Mitarbeiter der Bibliothek wünschen sich zwei Büroräume und bekommen diese auch, ebenso ein Lager, in dem sich zum Beispiel Stühle für Lesungen unterbringen lassen. Die Bürger dachten pragmatisch und fragten nach Kaffeeverorgung. Auch diese wird es geben. Im Rathaus wird nun untersucht, ob sich offene Arbeitsflächen statt Einzel- und Doppelbüros verwirklichen lassen, da viele inzwischen zumindest teilweise im Homeoffice arbeiten. Außerdem wünschten sich die Mitarbeiter ein kleines Café.

Die Bürger hatten vor allem Anregungen für den künftigen Rathausplatz und seine Aufenthaltsqualität. Mehr Schatten und mehr Bäume solle er bekommen, überdachte Abstellmöglichkeiten für Räder und Sitzgelegenheiten. Alle Seiten wünschen sich auch einen ansprechenden Zugang zum Westerbach. Diese Vorschläge werden geprüft, wenn die Freiraumgestaltung an der Reihe ist. Sicher ist bisher nur, dass der brutalistische Brunnen stehen bleibt. Dazu wird die etwas unstrukturierte Grünzone beseitigt, dafür Bäume auf dem Platz gepflanzt.

Auch aus den Reihen der Stadtverordneten kamen viele Rückfragen, etwa hinsichtlich der Nachhaltigkeit. „Dieser Beschluss ist einer der folgenreichsten in der jüngeren Stadtgeschichte“, sagt Bürgermeister Shaikh. „Deshalb war es mir wichtig, dass die Stadtverordnetenversammlung umfassend über alle Facetten des Projekts direkt durch die Fachplaner informiert wird.“

Lange warb Shaikh für die große, aber auch teure Lösung. Der Magistrat hatte schon zugestimmt. Am vergangenen Donnerstag wurde der aktuelle Planungsstand dann auch der Stadtverordnetenversammlung zur Abstimmung vorgelegt und mehrheitlich beschlossen. 135 Millionen Euro wird die Rathauserweiterung samt Neubau von Stadthalle und Bibliothek voraussichtlich kosten. Während der Bauzeit, so beschlossen die Stadtverordneten auch, wird ein Ausweichquartier für Bücherei und Rathaus gemietet. Es befindet sich auf dem Techem-Gelände an der Hauptstraße 89.

„Bürokratiedschungel“ für Cannabisklubs

FRANKFURT Bisher nur fünf Anträge für Anbaulizenzen in Hessen / Vereine beklagen zu späte und knappe Informationen

„Wir haben die vergangenen Wochen im Dunkeln getappt“, sagt Danyaal Maurer vom Frankfurter Cannabisklub „069 Cannabis Connection“. Seit nunmehr zwei Wochen können die sogenannten Cannabis Social Clubs Anbaulizenzen beantragen. An welche Behörde sie sich dafür wenden müssen und was sie für eine Lizenz benötigen, wurde in Hessen aber erst kurz vor dem 1. Juli bekannt, dem Stichtag für die Regelungen zum Eigenanbau in Anbauvereinigungen.

Maurer und sein Vorstandskollege Bilal Heck sind darüber frustriert. Es sei eine Sache, nicht zu wissen, welche Behörde zuständig sei, sagt Maurer. So wenige Informationen über nötige Unterlagen oder den Ablauf zu bekommen, wieder etwas anderes. Die Vereine hätten sich überhaupt nicht richtig auf den 1. Juli vorbereiten können, klagt er. So sei beispielsweise eine Steuernummer nötig, das dauere acht bis zwölf Wochen. „Hätte man das vorher gewusst, hätte man sich natürlich vorher darum kümmern können.“

Dass es einen gewissen „Hemmschuh“ gibt, findet auch Arne Löffel vom Rüsselsheimer und Frankfurter Cannabisklub „Bembel Buds“. Um eine Anbaulizenz überhaupt beantragen zu können, brauchen die Geschäftsführer der Vereine ein Führungszeugnis. Das können die Klubs

Löffel zufolge aber jetzt erst beantragen. „Und bis das dann da ist, dauert das auch noch einmal“, sagt er. Dass die Zuständigkeiten erst so spät bekannt gegeben worden seien, sei „etwas unglücklich“.

Die Vereine müssen die Behörden zudem über die Mitgliederzahl, die Lage des Grundstücks, die Größe der Anbauflächen und Gewächshäuser sowie die jährlich geplante Anbau- und Abgabemenge informieren. Gerade für Vereine mit wenigen finanziellen Rücklagen sei das eine Herausforderung, sagt Maurer. „Die Vereine müssen das Risiko eingehen, einen Mietvertrag abzuschließen, bevor sie überhaupt eine Lizenz haben. Es kann ja auch sein, dass sie die wegen einer Formalität oder so nicht bekommen. Und was dann?“

Beim Regierungspräsidium Darmstadt, das die zentrale Genehmigungsbehörde für alle Anbauvereinigungen in Hessen ist, sind bislang keine Genehmigungen abgelehnt worden – aber auch keine erteilt, heißt es auf Anfrage. Insgesamt fünf prüffähige Anträge seien bisher eingegangen. Die geringe Zahl führt Heck auf die späten Informationen über die Anträge für Sicherheits- sowie Jugendschutzkonzepte zurück.

Nicht nur die Vereine, sondern auch die Mitglieder müssen einige Kriterien erfüllen: Sie müssen volljährig sein, mindestens

sechs Monate in Deutschland wohnen und dem Verein für mindestens drei Monate beitreten. Das soll laut Bundesgesundheitsministerium dem Drogenmissbrauch vorbeugen. Außerdem sollen die Mitglieder aktiv am Anbau mitwirken. Löffel träumt von Kooperationen mit cannabis-

freundlichen Gastronomen und einem regionalen Vereinsleben. Schon 413 Interessenten gebe es für eine Mitgliedschaft im „Bembel Buds“. Weil ein Cannabisklub aus maximal 500 Mitgliedern bestehen darf, ist es laut Löffel nicht mehr weit bis zur Gründung eines zweiten Vereins.



Noch nicht möglich: der Anbau von Hanf in Klubs.

Foto dpa



Neuer Platz mit altem Kern

Von Andrea Diener

Es ist nicht die beste Zeit, um Großprojekte zu bauen. Überall steigen die Kosten, und auch Eschborn konnte den Zahlen, die für den Umbau des Rathausplatzes kalkuliert waren, förmlich beim Explodieren zuschauen. 2018 rechnete man noch mit heute fast putzig anmutenden 57 Millionen. 75 Millionen sollte es dann aber wirklich nicht übersteigen. 87 Millionen waren es vor zwei Jahren. Im vergangenen Herbst kursierte schon eine Schätzung von 123 Millionen. Trotz mehrerer Einsparungen sind es nun 135 Millionen Euro, mit denen Eschborn seine Stadtmitte aufpolieren will.

An den immensen Kosten sind die Eschborner Bürger aber auch nicht ganz unschuldig. Hätte eine Bürgerentscheid nicht dafür votiert, das Rathaus zumindest im Kern zu erhalten und zu sanieren, hätte man die Angelegenheit schlichtweg abgerissen und von Grund auf neu geplant. Das ist nun nicht möglich. Die Architekten müssen um einen Kern aus dem Jahr 1966 herumplanen, der in Sachen Haustechnik, Dämmung und Barrierefreiheit nicht dem heutigen Standard entspricht. Zudem stecken Altbauten, auch wenn sie noch gar nicht so alt scheinen, gern voller Überraschungen. Von der alten Fassade wird man am Ende ohnehin nichts mehr sehen, die Architekten sehen zum Platz hin eine einheitliche Klinkerfront vor.

Immerhin strebt man nun eine besonders hohe Nachhaltigkeitszertifizierung an, was bedeutet, dass sich die Stadt über ebenfalls besonders hohe Fördergelder freuen kann. Gebaut wird auch nicht aus Pappe, sondern mit einer Verklammerung, die allgemein dazu neigt, gut zu altern. Stadthalle und Bücherei schließlich kommen der Bevölkerung direkt zugute, hier spielt sich gesellschaftliches Leben ab. Wie lebendig es da zugehen kann, sieht man an der neuen Bücherei in Hofheim, um die herum immer etwas los ist. Auch wenn man in Eschborn angesichts der Summe schlucken mag: Städtisches Geld wurde schon deutlich schlechter investiert.

Fliegerbombe im Wald gesprengt

RÜDESHEIM Auf dem Rüdeshheimer Niederwald ist am Dienstag eine 125 Kilogramm schwere Fliegerbombe aus dem Zweiten Weltkrieg von den Experten des Kampfmittelräumdienstes gesprengt worden. Die Bombe war am Montag bei Sondierarbeiten in dem felsigen Waldstück entdeckt worden, in dem noch mehr dieser militärischen Hinterlassenschaften vermutet werden. Weil am Montag nur einer von zwei Zündern entschärft werden konnte, blieb nur die Sprengung. Dazu wurde die Sicherheitszone auf rund einen Kilometer um die Fundstelle ausgedehnt.

Gesperrt wurden die rechtsrheinische Bahnstrecke, die Uferstraße B 42 und die Rheinschiffahrt. Um den Explosionsdruck zu dämpfen, war die Bombe mit 20 Tonnen Sand und einer Wasserblase mit 20.000 Liter Wasser abgedeckt worden. Die Föhre Bingen-Rüdeshheim blieb in Betrieb, ebenso die Seilbahn zum Niederwaldendenkmal. Das Jagdschloss Niederwald war als einziges Gebäude evakuiert worden. obo.

Einreiseverbot für Sellner gefordert

MARBURG Die Stadt Marburg will einen Auftritt des Rechtsextremen Martin Sellner verhindern und fordert ein Einreiseverbot für den Österreicher. In den sozialen Netzwerken hatte der Kopf der österreichischen „Identitären Bewegung“ eine Lesereise zu seinem Buch „Remigration: Ein Vorschlag“ angekündigt. Am 29. Juli will er demnach in Marburg auftreten, einen Ort nannte er nicht.

Die Marburger Stadtverordnetenversammlung hat erklärt, dass sie „mit allem Nachdruck“ missbilligt, dass Sellner in der Stadt Thesen zur Vertreibung eines Teils der Einwohner propagieren wolle. Man unterstütze deshalb alle Bestrebungen, ihm die Einreise nach Deutschland zu untersagen. ajue.

In Darmstadt rechne man damit, innerhalb von drei Monaten die Lizenzen auszustellen. Einige Vereine müssten noch ihre Anlagen bauen, weshalb „Bembel Buds“ und „069 Cannabis Connection“ nicht vor Dezember mit einer legal erzeugten Ernte rechnen. Maurer und Heck wollen, je nachdem, wie schnell sie ihre Lizenz erhalten, im Februar 2025 das erste Cannabis an ihre Mitglieder ausgeben.

Doch bevor das geschehen kann, müssen noch offene Fragen geklärt werden. Noch immer sei vieles unklar, so Löffel. Was geschehe etwa mit Pflanzen, die von Schimmelpilz befallen sind und deshalb nicht abgabefähig sind? Er frage sich auch, ob nitrathaltiges Abwasser aus den Gewächshäusern einfach dem Grundwasser zugeführt werden könne. Löffel findet es „völlig in Ordnung“, dass alles ein bisschen länger dauert. Auch für die Vereine sei es „learning by doing“. Ähnlich sehen das auch die Gründer von „069 Cannabis Connection“. Zwar müssten sie sich noch vielen Herausforderungen stellen. „Aber wir haben es nicht anders erwartet in Deutschland. Uns war klar, dass wir uns durch einen Bürokratiedschungel schlagen müssen“, sagt Maurer. Stören tut sie das nicht. Denn die beiden hätten „total viel Spaß an der Sache“. nitz.



Bombenkrieg: Scheinwerfer der deutschen Flugabwehr leuchten den Himmel über Frankfurt aus. Die alliierten Luftangriffe des Jahres 1944 zerstörten weite Teile der Stadt, Tausende Zivilisten kamen ums Leben.

Das kleine, in der Senke der Nidda gelegene Waldstück ist heute ein idyllischer Ausflugsort, beliebt zum Spaziergehen, Hundeführungen und Joggen. Kaum jemand weiß, was sich im Ginnheimer Wäldchen vor knapp 80 Jahren abspielte, als im Luftkrieg über Deutschland am 21. November 1944 ein B-17-Bomber der amerikanischen Luftwaffe abgeschossen worden war.

Der Pilot der Maschine, Lieutenant Arthur Chance, gab später in einem Bericht an das Air-Force-Hauptquartier in Washington an, dass sein Flugzeug einem amerikanischen Verband angehört habe, der die Leuna-Ölraffinerie bei Merseburg angegriffen und bombardiert habe. Seine B-17 sei von der deutschen Flugabwehr getroffen worden. Weil er glaubte, das Flugzeug nicht mehr in der Luft halten zu können, habe er der Crew beim Rückflug den Befehl zum Fallschirmabsprung gegeben, wonach tatsächlich zwei Besatzungsangehörige abgesprungen seien.

Doch kurz darauf konnte Lieutenant Chance die Maschine wieder stabilisieren, worauf er den Ausstiegsbefehl widerrufen. Die B-17 flog weiter Richtung Heimatflughafen in England und erreichte Frankfurt, wo sie erneut von der deutschen Flak getroffen wurde. Einer der Flügel brannte, wodurch das Flugzeug nicht mehr beherrschbar war und der Pilot sich gezwungen sah, der restlichen Besatzung den Notausstieg zu befehlen. Während die sieben verbliebenen Besatzungsmitglieder an ihren Fallschirmen zu Boden schwebten, explodierte der Bomber in der Luft.

Der in der Altstadt aufgewachsene Gustav „Gus“ Lerch hat das abstürzende Flugzeug und die am Fallschirm herabsinkenden amerikanischen Soldaten mit eigenen Augen gesehen. Damals war er ein Teenager. Viele Jahre später hat er die Details dieses Absturzes und das Schicksal der Mannschaft aufzuklären versucht und korrespondierte dafür mit amerikanischen Militärinstitutionen und Mitgliedern der Crew. Die umfassenden Ergebnisse seiner akribischen Recherchen bewahrt das Institut für Stadtgeschichte auf.

Mindestens zwei, wahrscheinlich sogar drei der über Ginnheim abgesprungenen Besatzungsmitglieder wurden nach ihrer Landung von Deutschen umgebracht. Diese Fliegermorde, wohl die einzigen auf Frankfurter Gebiet, sind wenig bekannt, aber nicht vollkommen vergessen. Als die F.A.Z. im März in einem Bericht über das Durchgangslager (Dulag West) im Grüneburgpark fälschlicherweise erwähnte, in Frankfurt habe es keine Fliegermorde gegeben, meldeten sich mehrere Leser beim Autor.

Christopher Pfannmüller etwa berichtete, dass seine Großmutter und Urgroßmutter im Familienkreis von einem Mord an einem abgesprungenen amerikanischen Soldaten erzählt hätten. Ein in Ginnheim wohnender deutscher Sol-

Fliegermord im Wäldchen

FRANKFURT Von der deutschen Flak getroffen, sprang die Besatzung eines amerikanischen Bombers im November 1944 an Fallschirmen über Frankfurt ab. Zwei, vermutlich sogar drei der Soldaten wurden völkerrechtswidrig umgebracht.

Von Hans Riebsamen

dat, angeblich der NSDAP-Ortsgruppenleiter, sei mit vielen anderen Schauspielern ins Ginnheimer Wäldchen geeilt und habe den amerikanischen Soldaten, der sich ergeben habe, erschossen.

Pfarrer Rudolphi von der katholischen Gemeinde Sancta Familia in Ginnheim, dessen Aufzeichnungen in einem von Hans Weitensteiner herausgegebenen Buch über katholisches Gemeindeleben im sogenannten Dritten Reich und während der ersten Nachkriegsjahre abgedruckt sind, schreibt ebenfalls über den Fliegermord von Ginnheim. Sieben Fallschirmspringer seien damals erstaunlich langsam nach

unten geschwebt. Einer sei im Ginnheimer Wäldchen gelandet, wo er sich einen Schuss in den Hinterkopf beigebracht und noch stundenlang stöhnend gelegen habe, bis er gestorben sei.

Dieser Stelle in seiner Chronik hat Pfarrer Rudolphi einen handgeschriebenen Zettel beigeheftet, auf dem stand: „So schrieb ich damals. Aber den Schuss brachte sich nicht der Soldat bei. Den Schuss feuerte heimtückisch der Ortsgruppenleiter ab. Am Tag danach lag in meinem Briefkasten ein Brief: ‚Das bezahlst du!‘“ Womöglich hat Rudolphi dem sterbenden Soldaten im Ginnheimer Wäldchen beigegeben. Jedenfalls scheint er den Unwillen des besagten

Ortsgruppenleiters erregt zu haben, der in ihm womöglich einen unwillkommenen Zeugen seiner Mordtat sah.

Es war nicht der einzige Mord. Nach den Erkenntnissen des Bombenkriegshistoriker Gustav Lerch wurden an jenem 21. November 1944 zwei weitere amerikanische Besatzungsmitglieder bei Ginnheim gefangen genommen: Lieutenant William Couch und Sergeant Tony Martin. Beide seien von deutschen Sicherheitskräften verhaftet und an zwei verschiedene Orte, die etwa 100 Meter voneinander entfernt gewesen seien, gebracht worden, so Lerch. Plötzlich seien zwei NSDAP-Funktionäre aufgetaucht, hätten die Polizisten gezwungen, ihnen

die beiden Flieger zu übergeben, und hätten diese danach an Ort und Stelle erschossen.

Die Namen der beiden Mörder sind bekannt: Wilhelm Heene, der Ortsgruppenleiter von Hausen, und Wilhelm Matthäi, ein Funktionär des Reichsarbeitsdienstes. Beide mussten sich nach dem Ende des Krieges im Herbst 1945 vor einem amerikanischen Kriegsgesicht in Ludwigsburg verantworten, beide wurden zum Tode verurteilt und hingerichtet. Zahlreiche deutsche Zeugen berichteten von den Mordtaten Heenes und Matthäis. Von dem Prozess gibt es sogar Fotos, die ohne nähere Angaben über die aufgenommenen Personen und über den Fotografen in

der Akte von Gustav Lerch über den Fliegermord-Fall liegen.

Nach den Erinnerungen von Christopher Pfannmüller musste seine Urgroßmutter als Zeugin vor Gericht aussagen. Allerdings fand in der Familienerzählung der Prozess in Frankfurt statt. Als Beleg für die Hinrichtung habe seine Urgroßmutter noch jahrelang einen Ausschnitt der amerikanischen Soldatenzeitung „Stars and Stripes“ aufbewahrt, auf dem ein Foto von einem Mann mit aufgerissenen Augen zu sehen gewesen sei, dem der Henker gerade eine Schlinge um den Hals gelegt habe.

Im Zusammenhang mit dem Fliegermord von Ginnheim wurden laut Lerch nicht nur die beiden erwähnten Mörder Heene und Matthäi hingerichtet. Es habe irgendwann ein drittes Todesurteil gegeben, nämlich gegen einen Mann namens Clemens Wiegandt, der auch ein Ortsgruppenleiter gewesen und im Januar 1946 in Bruchsal gehängt worden sei.

Lerch vermutete, dass das Militärgericht Wiegandt einen Mord an Sergeant Shirley Moss angelastet hatte. Moss, der damals ebenfalls mit dem Fallschirm bei Frankfurt gelandet war, wurde von den amerikanischen Luftstreitkräften als vermisst gemeldet. Genaueres über sein Schicksal war nicht herauszufinden.

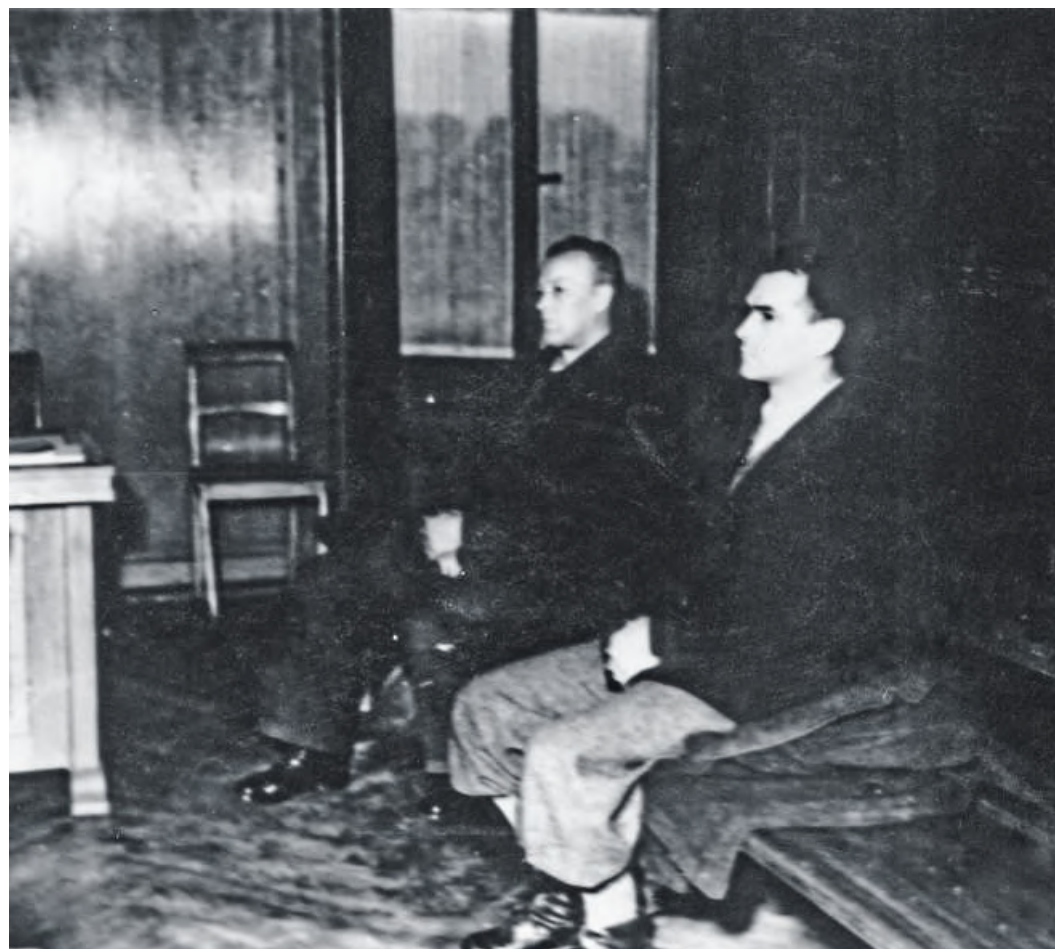
Die Geschehnisse vom November in Ginnheim waren kein Einzelfall. Fliegermorde, wie die völkerrechtswidrige Tötung abgeschossener oder notgelandeter alliierter Flugzeugbesatzungen in der Endphase des Zweiten Weltkrieges genannt werden, fanden gehäuft in Hessen, im Ruhrgebiet und um Wolfsburg statt. Die Täter waren in den meisten der mehr als 300 bekannten Fällen lokale Funktionäre der NSDAP oder Angehörige der Kriminalpolizei oder der Gestapo. Doch auch Angehörige der Zivilbevölkerung, die unter den verheerenden Bomberangriffen litt, brachten abgestürzte Flieger um.

So wurden am 26. August 1944 in Rüsselsheim sechs amerikanische Soldaten ermordet und zwei weitere schwer verletzt. Die Amerikaner waren zuvor über Norddeutschland abgeschossen worden und sollten mit dem Zug in das Durchgangslager in Oberursel gebracht werden. Weil in Rüsselsheim die Gleisanlagen zerstört waren, sollten die Kriegsgefangenen unter Bewachung zu Fuß die Stadt durchqueren und an einer anderen Stelle wieder einen Zug besteigen. Just an jenem Tag erlebt Rüsselsheim einen starken Bombenangriff, bei dem 198 Menschen starben, darunter 177 Zwangsarbeiter, die in keinem der Bunker hatten Schutz suchen dürfen.

In der aufgeheizten Stimmung nach dem Bombardement traf die Gruppe der amerikanischen Flieger auf eine wütende Menge, die auf die Kriegsgefangenen einschlug. Die begleitenden deutschen Soldaten machten keinen Versuch, den Mob zu stoppen. Der Lynchmord in Rüsselsheim war der erste Fall, bei dem deutsche Zivilisten vor Gericht gestellt wurden. Dieses sprach Todesurteile und lange Haftstrafen aus.



Abgeschossen: Seinen Fallschirm in den Armen, wird ein bei Hofheim abgesprungenen amerikanischer Flieger abgeführt (Foto links). Für die Ginnheimer Fliegermorde mussten sich die NSDAP-Funktionäre Wilhelm Heene (Foto rechts, hinten) und Wilhelm Matthäi vor Gericht verantworten.



Fotos ISG Frankfurt

Keine Illusionen über Hitler

Ausstellung zeigt frühen Widerstand

Es werde schon nicht so schlimm kommen. Die NSDAP werde gezähmt, sie werde sich mit den etablierten Kräften arrangieren. So hofften viele, als Reichspräsident Hindenburg am 30. Januar 1933 Adolf Hitler zum Kanzler ernannte. Aber nicht alle machten sich Illusionen – und manchen war schon Jahre zuvor klar gewesen, welche Gefahr mit dem Nationalsozialismus heranwuchs. Und sie versuchten, dem etwas entgegenzusetzen. An sie erinnert nun eine Ausstellung des „Studienkreises Deutscher Widerstand 1933–1945“ in der Wandelhalle der Frankfurter Paulskirche.

„Ich wusste, was ich tat“, lautet der Titel der kleinen, aus 18 Tafeln bestehenden Wanderschau über den frühen Widerstand gegen die Nazis. Anlass ist der bevorstehende 80. Jahrestag des Stauffenberg-Attentats, allerdings geht es nicht um den 20. Juli 1944, sondern um den Widerstand, der schon in der Weimarer Republik gegen die völkisch-nationalistische Bewegung und danach gegen die Etablierung des NS geleistet wurde, wie Stadtrat Christian Setzpfand (Die Grünen) am Montag bei der Ausstellungseröffnung sagte.

Thomas Altmeyer vom Studienkreis Deutscher Widerstand verwies auf den titelgebenden Satz, der von dem Mathematiker und Publizisten Emil Julius Gumbel stammt, der 1922 das Buch „Vier Jahre politischer Mord“ veröffentlicht und darin die Ignoranz der Justiz gegenüber rechtsextremen Republikgegnern aufgezeigt hatte. Das vollständige Zitat beginnt mit: „Ich gehöre nicht zu jenen Unschuldslämmern, die vom bösen Wolf Hitler des Landes vertrieben wurden.“ Er habe lange versucht, das zu verhindern, was auf den 30. Januar 1933 zulief. „Ich war nicht überrascht, dass sie mir alle Rechte nahmen, als sie an die Macht kamen. Ich wusste, was ich tat.“

Wie Gumbel widersetzten sich Männer und Frauen aus den Gewerkschaften, den Kirchen, den sozialdemokratischen, sozialistischen und kommunistischen Parteien sowie anderen Organisationen dem erstarkenden Nationalsozialismus. In fünf Kapiteln zeichnet die Ausstellung die Entwicklung nach, von den Straßen- und Saalkämpfen der Weimarer Republik über die gescheiterten Anstrengungen, eine Einheitsfront zu bilden, bis zum Widerstand im Verborgenen und im Exil.

Außer den Stellwänden und zwei Medienstationen bietet die Ausstellung fünf Kästen mit Karteikarten. Diese befassen sich mit den Biographien von Menschen im Widerstand. Eine von ihnen ist die Frankfurter Gewerkschafterin und Sozialdemokratin Tony Sender. Von 1920 bis 1933 setzte sie sich als Reichstagsabgeordnete, zunächst für die USPD, später für die SPD, gegen die völkischen Ideologen ein. Als die Nazis an die Macht 1933 an die Macht kamen, musste sie fliehen.

Die Ausstellung ist noch bis 26. Juli zu sehen. Am Sonntag, 21. Juli, 11 Uhr, findet in der Paulskirche, eine Gedenkstunde zum 20. Juli 1944 statt. Wer daran teilnehmen will, kann bis Donnerstag, 18. Juli, in der Bürgerberatung in der Neuen Altstadt, Hinter dem Lämmchen 6, Einlasskarten abholen.



Kameras und neues Grün: Das Ende der Kaiserstraße am Hauptbahnhof hat sich in den vergangenen Monaten verändert. Dazu werden die Bürger befragt.

Foto Jasper Hill

Tische auf Parkplätzen und Farbe auf der Straße

Der Kaisersack heißt jetzt Kaisertor, aber auch sonst hat sich manches am Hauptbahnhof geändert. Und die Bürger können dazu ihre Meinung sagen.

Von Bernhard Biener

Das Ende der Kaiserstraße am Hauptbahnhof ist für viele Besucher der Anfang ihrer Begegnung mit Frankfurt. Weil dieser erste Eindruck nicht der beste war und ist, hat sich die Stadt zuletzt vor allem wegen der Fußball-Europameisterschaft bemüht, dem Eingang ins Bahnhofsviertel eine ansehnlichere Gestalt zu geben. Jetzt will sie von den Bürgern in einer Onlineumfrage wissen, was sie von den Veränderungen halten. Zu finden ist diese über die Internetadresse www ffm.de/kaisertor.

Zunächst stand die Sicherheit im Mittelpunkt: Im Herbst hat Oberbürgermeister Mike Josef (SPD) die Waffenverbotszone durchgesetzt, und die Polizei hat neue Videokameras aufgestellt. Daher fragt die Stadt nicht nur danach, wie wichtig den Bürgern Geschäfte, Kultur, Gastronomie, Wochenmarkt und Grün sind, sondern auch der Schutz vor Kriminalität und die Sauberkeit.

Eine weitere Änderung hatte erst einmal keine praktischen Folgen, nämlich die Umbenennung des Kaisersacks in Kaisertor. Im offiziellen Straßenverzeichnis der Stadt Frankfurt gibt es weder das eine noch das andere. Die Suche nach dem Kaisersack im Onlinekartendienst führt zu einem Taschenladen, der zwar im Bahnhofsviertel, aber an der Münchener Straße liegt.

Die Umbenennung des Kaisersacks zum wohlklingenderen Kaisertor zieht jedenfalls keine Adressenänderung für Anwohner nach sich. Historisch ist die Bezeichnung Kaisersack nicht. In der F.A.Z. tauchte sie erstmals 1982 auf – schon damals in Zusammenhang mit einer Polizeikontrolle wegen aggressiver Bettelei. Gerechtfertigt war sie, seit die Kaiserstraße vor 50 Jahren zur Sackgas-



Kein offizieller Straßennamen: Der Kaisersack heißt jetzt Kaisertor. Foto Jasper Hill

se wurde und der Abschnitt zwischen Moselstraße und der Straße Am Hauptbahnhof zwar Fußgängerzone genannt wurde, aber keine echte war.

Dieser Straßenabschnitt ist in diesem Frühjahr zur Parkverbotszone erklärt worden. Einige Parkplätze wurden der

Außengastronomie für Sitzplätze angeboten, auf anderen Fahrradbügel und Pflanzkübel aufgestellt. Von der Einfahrt in den Straßenstummel hält das viele Autofahrer dennoch nicht ab. E-Scooter dürfen nur noch auf ausgewiesenen Flächen abgestellt werden. Mehrere Contai-

ner mit gastronomischem Angebot sollen den Teil, der für Fußgänger vorgesehen ist, weiter beleben. Außerdem soll der Kaisermarkt, der dienstags und donnerstags an der unteren Kaiserstraße abgehalten wird, erweitert werden.

Aufsehen und Nachfragen rief im April die farbige Gestaltung der Straßenfläche hervor, die den insbesondere den EM-Besuchern den Weg zur Innenstadt und touristischen Zielen weisen sollte. Gekostet haben die farbigen Pfeile genau 23.481,81 Euro, wie Planungsdezernent Marcus Gwechenberger (SPD) jüngst in einer Antwort auf eine Frage von Haluk Yildiz (BIG) im Stadtparlament geantwortet hat. Auf Dauer ausgelegt sind sie nicht: Die Farbe werde durch Abnutzung oder durch den Umbau zur echten Fußgängerzone verschwinden, so der Stadtrat. Voraussetzung für Letzteres ist die Entwidmung des Straßenabschnitts. Die Formalitäten dazu sind nach Angaben der Stadt bereits eingeleitet.

In der bis zum 24. August laufenden Onlinebefragung können die Bürger sagen, ob sie die Bemalung als Verbesserung empfinden. Nach ihrer Meinung zum Parkverbot und den E-Scooter-Regeln werden sie ebenfalls gefragt. „Unser Ziel ist es, zu erfahren, welche Funktionen, Nutzungen und optischen Verbesserungen für den Bereich des Kaisertors von den Bürgerinnen und Bürgern als sinnvoll und zukünftig wünschenswert wahrgenommen werden“, sagt die für Bürgerbeteiligung zuständige Stadträtin Eileen O’Sullivan (Volt). Mitarbeiter der Stabsstelle Bürgerbeteiligung werden zudem mit Tablet-Computern im Viertel unterwegs sein und Meinungen einholen. Für den Herbst sind Workshops mit verschiedenen Zielgruppen geplant.

Anstieg um bis zu 630 Prozent

IHK kritisiert neue Gebührensatzung

Zum 1. Juli sind die Sondernutzungsgebühren neu festgelegt worden – und dabei nach Ansicht der Industrie- und Handelskammer (IHK) Frankfurt viel zu stark gestiegen. Die Gebühren fallen an, wenn Gastronomen, Geschäftsleute und Bauunternehmen öffentlichen Straßenraum beanspruchen. Bauunternehmen müssten für einen Containerstellplatz künftig 365 statt bisher 60 Euro und damit 508 Prozent mehr zahlen, sagt IHK-Präsident Ulrich Caspar. Die Gebühr für die weitverbreiteten Kundenstopper erhöhe sich sogar um bis zu 630 Prozent, weil sie je nach Lage von 500 auf 3650 Euro stiegen. Das sei ein Verbot durch die Hintertür. Für Außengastronomie und Warenauslagen vor Geschäften falle die doppelte, in der Spitze auch die vierfache Gebühr an.

Der Anstieg fällt auch deshalb so drastisch aus, weil die Sondernutzungsgebühren gut 25 Jahre lang unverändert geblieben waren. Caspar kritisiert, die Erhöhung treffe viele Unternehmen der Bauwirtschaft, des Handels und weiterer Branchen nach Umsatzeinbrüchen in der Coronapandemie und Kostensteigerungen als Folge der Energiekrise. Wegen zunehmender Auflagen und gestiegener Baukosten befinde sich die Baudynamik im Sinkflug. „Das ist ein schlechtes Signal in Zeiten des zunehmenden Fach- und Arbeitskräftemangels, in denen beziehbarer Wohnraum dringend benötigt wird.“ Während die Stadt im Rahmen der „Initiative Innenstadt“ 30 Millionen Euro ausbeuge, um die Attraktivität zu erhöhen und die Rahmenbedingungen für Unternehmen zu verbessern, verschlechterte sie durch übermäßig steigende Gebühren deren wirtschaftliche Lage. **bie.**

RHEIN-MAIN

Leben in Frankfurt und in Hessen

VERANTWORTLICHE RESSORTLEITER: Manfred Köhler und Jacqueline Vogt; Marie Lisa Kehler (stv.)

Peter Badenhop (Koordination Newsroom), Matthias Trautsch (Koordination Reportage); Bernhard Biener, Ralf Euler, Monika Ganster, Mechthild Harting, Katharina Iskandar, Alexander Jürgens, Ingrid Karb, Anna-Sophia Lang, Daniel Meurers, Günter Murr, Martin Ochmann, Jan Schiefelhövel, Rainer Schulte, Johanna Schwant, Dieter Schwöbel, Timur Ting, Elena Zompi, Sascha Zoske.

KULTUR: Eva-Maria Magel (Koordination); Dr. Florian Balke, Katharina Deschka, Sonja Esmalza-deh, Guido Holze.

WIRTSCHAFT: Daniel Schleidt (Koordination); Patricia Andreae, Dominik Großpietsch, Petra Kirchhoff, Barbara Schäder.

KORRESPONDENTEN: Oliver Beck, Andrea Diener, Dr. Florentine Fritzen, Hanns Mattes, Jochen Remmert, Markus Schug, Thorsten Winter.

LANDESPOLITIK: Dr. Ewald Herdrot.

ONLINE: Inga Janovic (Koordination Internet); Alexandra Dehe, Xenia Reinfels, Christian Riethmüller.

RHEIN-MAIN-SPORT: Der Rhein-Main-Sport wird redigiert von der Sportredaktion der Frankfurter Allgemeinen Zeitung; verantwortlich: Anno Hecker; Ralf Weitbrecht.

ANSCHRIFT FÜR DEN VERLAG UND REDAKTION:

Postanschrift: 60267 Frankfurt am Main Hausanschrift: Pariser Straße 1, 60486 Frankfurt am Main, Telefon (069) 7591-0, E-Mail-Redaktion: rhein-main@faz.de

VERANTWORTLICH FÜR ANZEIGEN: Achim Pflüger, RheinMainMedia GmbH, Waldstraße 226, 63071 Offenbach, Telefon (069) 7501-3336, Telefax (069) 7501-3337. E-Mail: service@rmm.de

Anzeigenpreise laut RMM-Preisliste Nr. 29, gültig vom 1. Januar 2024 an.

HEUTE IN RHEIN-MAIN



Foto Esther Haase

KUNST

A Day Off

Freizeitgestaltung ist ein Thema, das uns alle permanent beschäftigt. Einfach einmal nichts tun? Unmöglich! Überall sind wir mit immer aufregenderen, abenteuerlicheren und exotischeren Freizeitaktivitäten konfrontiert. Die Ausstellung mit Fotografien aus der Sammlung der Stiftung F.C. Gundlach visualisiert mit einem Augenzwinkern unsere Freizeitkultur der letzten einhundert Jahre: Es wird geschlemmt, gebrutzelt, geraucht, geschwitzt und gepowert. Durch die Linse einiger der weltweit renommiertesten Fotografen erhalten wir einen Einblick in den Wandel unseres Freizeitverhaltens der vergangenen hundert Jahre.

A DAY OFF
Hofheim, Stadtmuseum,
14 bis 17 Uhr,
12. Juli bis 8. September 2024

SHOW

Moving Shadows



Foto Mobile Business Event Theater

Das Artisten-Ensemble „Die Mobilés“ lassen ihre Zuschauer in die geheimnisvolle Welt des Schattentheaters eintauchen. Als wahre Meister der Illusion erzeugen die Darsteller allein mit den Silhouetten ihrer Körper Landschaften, Tiere, Pflanzen und Gebäude. Nun sind sie mit ihrem aktuellen Programm „Our World“ unterwegs. Es visualisiert sowohl die Sonnen- als auch die Schattenseite unserer Welt in einer Kombination aus Leichtigkeit, Präzision, Poesie, Comedy, Tanz, Artistik, Kunst und Bewegung.

MOVING SHADOWS
Hanau, Staatspark
Wilhelmsbad, 20 Uhr



Foto Richard Haughton

MUSIK

Loreena McKennitt

Seit mehr als drei Jahrzehnten erkundet die kanadische Künstlerin die vielfältigen Aspekte keltischer Musik. Ihre Auftritte setzen sich aus Musik und Erzählungen zusammen, die durch McKennitts Spurensuche der keltischen Geschichte inspiriert wurden. So werden Lieder beispielsweise mit mystischen irischen Gedichten von Yeats und Keats sowie Texten klassischer

Schriftsteller wie Shakespeare und Tennyson verbunden. Markenzeichen sind und bleiben ihre glasklare Sopranstimme und ihre Vielseitigkeit als Instrumentalistin an Harfe, Klavier und Bandonion.

LOREENA MCKENNITT
Mainz, Zitadelle,
19.30 Uhr

KLASSIK

Grigory Sokolov



Foto Mary Shtepkova

Der Pianist ist bekannt dafür, dass er sein Programm mit großem künstlerischem Feingefühl auswählt. Er veröffentlicht sein Programm traditionell erst spät und bereitet die ausgesuchten Werke mit großer Akribie vor. Sein Spiel lässt alles andere unwichtig erscheinen und schafft ein unvergleichliches Konzerterlebnis. Zudem bereichert er seine Auftritte regelmäßig mit zahlreichen Zugaben. Im Rahmen des Rheingau Musik Festivals spielt er in Wiesbaden Werke von Bach, Chopin und Schumann.

GRIGORY SOKOLOV
Wiesbaden, Kurhaus
Wiesbaden, 20 Uhr



Foto Jennifer Furechheim

KINDER

Töpferwoche

In den Sommerferien bietet das Freilichtmuseum ein abwechslungsreiches Ferienprogramm an. In der ersten Woche wird den jungen Besuchern das Töpferhandwerk nähergebracht. Die Kinder können unter fachkundiger Anleitung Figuren in Aufbauseramik herstellen oder kleine Schälchen an der Töpferscheibe drehen.

TÖPFERWOCHE
Neu-Anspach, Freilichtmuseum Hessenpark, 11–17 Uhr



Alle Termine finden Sie online unter faz.net/vk

Mit Alkohol übergossen und angezündet

Im Prozess um den mutmaßlichen syrischen Folterarzt sagt ein ehemaliger Kollege aus

Seit mittlerweile zweieinhalb Jahren währt das Verfahren gegen den Arzt Alaa M. vor dem Oberlandesgericht (OLG) Frankfurt. Dem Syrer werden Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorgeworfen, die er in den Jahren 2011 und 2012 in Homs und Damaskus begangen haben soll. In einem solchen Mammutprozess gibt es auch immer mal wieder Wochen, in denen das prozessuale Geschehen eher dahinplätschert. Nicht so in dieser Woche. An drei Tagen sagt ein Zeuge aus, der für den Staatsschutzsenat wohl nicht einfach zu kontaktieren war.

Bevor er am Montagvormittag Saal II des Frankfurter Gerichtsgebäudes betritt, erörtern die Richter mit Anklage und Verteidigung, unter welchen Rahmenbedingungen die Aussage stattfinden kann. Im Vorfeld hatte der Zeuge anfragen lassen, ob zum Schutz seiner Identität eine Sprachverzerrung und das Aufstellen eines Sichtschutzes möglich sei. Beides wird an diesem Vormittag abgelehnt, unter anderem, da der Angeklagte das sogenannte Konfrontationsrecht besitzt. Dem Zeugen wird jedoch gestattet, sein Aussehen zu verfremden und auf Englisch zu antworten, um durch die Sprachfärbung seines Arabisch keine Rückschlüsse auf seine Herkunft zu ermöglichen. Das führt dazu, dass die Richter ihre Fragen auf Deutsch stellen, ein Dolmetscher übersetzt ins Arabische, der Zeuge antwortet auf Englisch, eine Dolmetscherin übersetzt dann wieder ins Deutsche.



Öffentlichkeitsscheu: Vor Gericht verbirgt der Angeklagte sein Gesicht unter einer Kapuze. Foto Marcus Kaufhold

In Begleitung von Beamten des Bundeskriminalamts betritt der Zeuge den Gerichtssaal. Er trägt eine graue Perücke und eine Brille; zudem hält er sich eine Kappe vors Gesicht, bis er am Zeugentisch angekommen ist. Dort sitzt er etwa vier Meter vom Angeklagten entfernt, dreht seinen Körper so gut es geht weg von ihm. Keine Sekunde wird er in den guten vier Stunden, die er an seinem ersten Tag vor dem Staatsschutzsenat des OLG aussagt, in dessen Richtung schauen. Alaa M. hingegen schaut sehr genau zum Zeugentisch. Ob er den Mann erkennt, wird nicht klar. Ab und an schüttelt er während der Aussage mit dem Kopf oder gestikuliert. Kurz vor Ende des Prozessstages ermahnt ihn das Gericht, dies zu unterlassen.

Entgegen üblicher Gepflogenheiten fragt der Vorsitzende Richter Christoph Koller den Zeugen zu Beginn der Vernehmung nicht nach dessen Namen. Auch sein Alter und seine genaue Tätigkeit im Militärkrankenhaus in Homs muss er nicht angeben. Koller erläutert, die Angaben zur Person fielen weg, da es begründeten Anlass zur Sorge gebe, dass der Zeuge oder ihm nahestehende Personen bedroht werden könnten. Der Mann sagt daraufhin: „Ich bin schon bedroht worden.“ Im Verlauf des Frankfurter Verfahrens haben bereits mehrere Zeugen von Einschüchterungsversuchen berichtet.

Der Zeuge gibt an, dass er in der zweiten Jahreshälfte 2011 im Militärkrankenhaus in Homs arbeitete. Während dieser Zeit habe er Misshandlungen gegenüber Patienten, die bei Demonstrationen gegen das Regime festgenommen worden waren, in der Notaufnahme der Klinik wahrgenommen, wie auch in der Chirurgie, auf der Intensivstation sowie im sich auf dem Gelände des Krankenhauses befindlichen Militärgefängnis, das in einem separaten Gebäude untergebracht war.

Die Patienten seien als „Terroristen“ bezeichnet und nicht wie üblich in einem Krankenhaus behandelt worden. Teilweise nackt, seien sie alle ans Bett gefesselt gewesen, die Augen verbunden. Folterungen mit Kabeln und

Elektrizität hätten stattgefunden; diese habe er nicht mit eigenen Augen gesehen, aber die Spuren, die die Misshandlungen an den Körpern hinterließen. Er habe auch Schreie gehört. Die gefangenen Patienten hätten unter Hunger und Durst gelitten und sich in einem schlechten körperlichen Zustand befunden. Teilweise seien die Urinbeutel der Patienten voll gewesen oder die Urinkatheter geschlossen, was Schmerzen verursachte.

Den Angeklagten Alaa M. will er zweimal dabei beobachtet haben, wie dieser einen Katheterschlauch nutzte, um eingelieferte Patienten gegen den Kopf zu schlagen. Zudem berichtet er von einem etwa 14 Jahre alten Jungen. Dieser sei von zwei Soldaten in die Notaufnahme gebracht worden. M. sei direkt auf den Jungen zugegangen, der schrie und versuchte, sich zu befreien. M. habe nach einer Flasche mit medizinischem Alkohol gegriffen, deren Inhalt er in Höhe des Genitalbereichs auf die Jeans des Jungen geschüttet und diese angezündet habe. Einer der Soldaten habe das Feuer gelöscht und zu M. gesagt: „Willst du uns alle anzünden?“ Diese Tat erwähnt die Bundesanwaltschaft dezidiert in ihrer Anklageschrift.

Als einer der Richter dem Zeugen seine Aussagen aus der Vernehmung bei der Polizei vorhält, macht dieser widersprüchliche Angaben dazu, ob die Hose des Jungen heruntergezogen gewesen sei oder nicht, wie M. den Alkohol entzündet habe und auch, ob er etwas zu dem Jungen gesagt habe.

Die Richter fragen immer wieder nach, der Zeuge sinkt zwischen den beiden Dolmetschern immer weiter in sich zusammen. „Ich habe kein klares Bild davon. Ich war geschockt. Ich kann es nicht genau erinnern“, sagt er über diese Minuten im Jahr 2011. Es sei erst das dritte Mal, dass er überhaupt über dieses Ereignis spreche. Eigentlich versuche er, es zu vergessen, seit es geschehen sei. Als er sagt: „Ich konnte nichts tun“, bricht seine Stimme. Der Senat beendet seine Befragung für diesen Tag.

Am Dienstagmorgen hört er zunächst einen Experten. Anwalt Christopher Engels von der Menschenrechtsorganisation Commission for International Justice and Accountability (CIJA) mit Sitz in Den Haag wird zum einen als deren Mitarbeiter befragt, der Vorsitzende Richter bezeichnet ihn aber auch als „Grenzfall zum Sachverständigen“. Engels selbst war schon in Bosnien-Herzegowina im Einsatz, in Kambodscha und Afghanistan und baute vor Ort Strukturen für die Verfolgung von Kriegsverbrechen auf. Seit zehn Jahren arbeitet er für CIJA und mit Fokus auf Syrien. Bereits ab 2012 begann die Organisation über lokale Mittelsmänner, Dokumente des Assad-Regimes zu sammeln und zu sichern und später auch, Interviews mit Syrern zu führen, darunter Opfer, Abtrünnige und Augenzeugen von Gewalt gegen Zivilisten. Die Erkenntnis über CIJA an Strafverfolgungsbehörden europäischer Länder sowie aus den USA und Kanada, die diese als Grundlage für ihre eigenen Ermittlungen nutzen.

Eine Richterin befragt Engels zu Dokumenten, die von der „Central Crisis Management Cell“ stammen, einer Gruppe von Vertretern der unterschiedlichen Geheimdienste, die das Vorgehen gegen die Demonstranten zu Beginn der Unruhen in Syrien bestimmte. Auch Präsident Assad gehörte ihr an. CIJA gelang es, in Besitz des schriftlichen Befehls zu gelangen, der im April 2011 den Einsatz von Gewalt gegen Demonstranten legitimiert. Die Richterin möchte zudem wissen, wie CIJA rund um missbräuchliches Verhalten in Militärkrankenhäusern recherchierte, und hinterfragt einzelne CIJA-Interviews mit Ärzten aus dem Militärkrankenhaus Homs. Dabei geht es auch um eine Aussage, in der ein Zeuge, der vor Gericht nur über eine Nummer identifiziert wird, behauptet, den Vorfall mit dem Jungen aus der Notaufnahme beobachtet zu haben. Dieser Zeuge gab an, nicht zu wissen, ob Alaa M. oder ein anderer Arzt den Alkohol verschüttete und anzündete.

Am Nachmittag setzt der Senat die Befragung des anonymen Zeugen vom Montag fort. Dieser will gleich zu Beginn seine Angaben vom Vortag präzisieren. Über Nacht habe er sich wieder genauer erinnern können, sagt er. Er wisse, dass M. zu dem Jungen sagte: „Willst du vorgeben, dass du ein Mann bist?“ Und wie er den Alkohol auf den Genitalbereich des Jungen goss. Die Vernehmung des Zeugen wird fortgesetzt. EVA SCHLÄFER



Schmerztherapie in der virtuellen Welt: Mikel Binder übt mit einer Virtual-Reality-Brille und einem Controller in der Hand verschiedene Bewegungen. Fotos Michael Braunschädel

„Damit fühlt man sich komplett“

Für Schmerzpatienten sind Übungen mit Virtual-Reality-Brillen mehr als Ablenkung, ihre chronischen Beschwerden verschwinden zeitweise. Die Unfallklinik ist vom Konzept überzeugt.

Von Monika Ganster

Mikel Binder hat ständig Schmerzen in seiner linken Hand. Doch die Hand gibt es gar nicht mehr, da ist nur eine Prothese. Ein Arbeitsunfall an der Walze hat die Finger des jungen Mannes zerquetscht. Drei Monate lang versuchten Ärzte die Hand zu retten, dann mussten sie sie doch amputieren. Was aus der quälenden Zeit zurückblieb, waren die Schmerzen. „Sie blieben an mir haften“, sagt Binder.

Seit dem Unfall vor mehr als einem Jahr hat er schon viele Behandlungen erfahren: Akupunktur, Medikamente und Physiotherapie. An der Berufsgenossenschaftlichen Unfallklinik in Frankfurt kann er im Rahmen einer Schmerztherapie seit einigen Wochen auch Virtual-Reality-Brillen nutzen. Für den Gamer, der sich in Spielwelten auskennt, eine willkommene Abwechslung. Die VR-Brille blendet die reale Welt völlig aus, Binder kann in eine virtuelle Welt eintauchen, in der er Torwart oder Schwertkämpfer sein kann. Mithilfe von Steuerungselementen, die er auch mit seiner Handprothese halten kann, wehrt er Bälle ab oder schlägt Objekte mit Lichtschwertern entzwei. Dabei bewegt der durchtrainierte Einunddreißigjährige seinen gesamten Körper und hat nach zwanzig Minuten Schweißperlen auf der Stirn. Weil die Spielszenen, der Wettbewerb mit sich selbst in der virtuellen Umgebung, seinen sportlichen Ehrgeiz anstacheln.

Das Wichtigste ist aber, dass in dieser Trainingszeit der Phantomschmerz in seiner verlorenen Hand verschwindet. Sein Physiotherapeut an der Unfallklinik, Daniel Völp, hat bei anderen Patienten schon erlebt, dass die Schmerzen auch noch Stunden nach dem Einsatz der spielerischen Hilfsmittel geringer waren. Er ist vom Potential der VR-Brillen überzeugt, gerade bei Schmerzpatienten, bei denen andere Therapien ins Leere laufen.

Ronny Werba kämpft nach einer schweren Schulterfraktur mit Bewe-



Digitale Überwachung: Patient Ronny Werba wird bei seinen Übungen von Physiotherapeutin Miriam Kreß am Tablet kontrolliert.

gungseinschränkungen, er kann den linken Arm nur noch bis in Brusthöhe heben. Beim Training mit den VR-Brillen vergisst auch er den Schmerz im Arm, wenn er etwa einen Ball fangen will. Physiotherapeutin Miriam Kreß, die ihn an der Unfallklinik betreut, kennt das Phänomen: Im regulären Training fürchten ihre Patienten den Schmerz vor jeder Übung, weil sie wissen, dass er gleich kommt. Im Spiel vergessen sie ihn und

bewegen sich dadurch viel freier. Kreß nutzt die Hilfsmittel auch, um ihre Patienten abzulenken. „Ich kann beispielsweise ein Knie mobilisieren, während der Kranke im Liegen auf virtuelle Reisen geht“, beschreibt die Physiotherapeutin eine Anwendungsmöglichkeit.

Ihre Kollegin Julia Gentsch bietet ihren Patienten auch zwei sogenannte Relax-Brillen an. Sie dienen, wie der Name schon andeutet, vor allem der Ent-

spannung und Ablenkung und können daher auch im Liegen angewendet werden. Das ist weitaus intensiver, als etwa einen Fernsehfilm vom Krankenbett aus zu verfolgen, denn die Programme der Virtual-Reality-Brillen entführen mit fotorealistischen Szenen in eine pulsierende Metropole oder an einen ruhigen Sandstrand. „Für Patienten, die wochenlang nur liegen können, ist das eine echte Erholung“, sagt Gentsch. Mit der Brille vor Auge erlebt sich der Kranke als neugieriger Flaneur, der die Straßen Roms erkundet, oder er taucht als Schwimmer an der Seite von Delphinen ins Meer.

Die BG Unfallklinik stellt seit etwa zwei Monaten ihren Patienten vier Virtual-Reality-Brillen der Firma SyncVR Medical zur Verfügung. Zehn bis 15 Personen am Tag können sich damit entspannen, Konzentrationsübungen machen oder sportlich fordern, je nach ihrem Reha-Plan. Die Anwendung, sagt Gentsch, ist aber nicht für jeden geeignet, entweder weil die Brillen nicht schmerzfrei aufgesetzt werden können oder die jeweiligen Behandlungsziele damit nicht erreicht werden können. Für Kassenpatienten sind die Anwendungen noch kein Allgemeinut geworden, aber an der Berufsgenossenschaftlichen Unfallklinik könne im Rahmen der Rehabilitation mehr angeboten werden.

Für Menschen mit Amputationen seien die VR-Brillen ein Segen, ist Mikel Binder überzeugt. Er hätte sich die Anwendung gerne schon früher gewünscht, weil er sich nach der Operation Schonbewegungen angewöhnte und einen leichten Schiefstand entwickelte, als sei eine Körperhälfte zu leicht geworden. In der virtuellen Umgebung, die ihm die VR-Brillen ermöglichen, kann er das Defizit spielerisch ausgleichen, aber gleichzeitig auch eine bessere Haltung im Alltag trainieren, die nicht vom Schmerz bestimmt wird. „Mit den VR-Brillen fühlt man sich wieder komplett.“

Diskussion um Gastland Italien

Italien wird sich im Oktober als Gastland der Buchmesse in Frankfurt präsentieren – doch bisher bleibt das angekündigte Kulturangebot in der Stadt weit hinter dem bisheriger Gastländer zurück. Anlass für den CDU-Politiker Christian Becker, von Kulturdezernentin Ina Hartwig (SPD) zu erfragen, ob die Stadt verantwortlich ist für diesen Mangel. Wie sich das Programm gestaltet, hängt maßgeblich vom Engagement der jeweiligen Gastlandkomitees ab, lautet Hartwigs Antwort. Das tschechische Team etwa sei „aktuell schon aktiv“, obwohl das Land erst 2026 Gast sei. Das Kulturdezernat selbst habe „noch nie die Rolle des proaktiven Veranstalters gespielt“. Das gelte auch für das beliebte Lesefest „Open Books“. Hartwig sagte, sie gehe fest davon aus, dass noch Angebote gemacht würden und italienische Literatur und Sachbücher am Ende sehr gut vertreten sein werden. mch.

GESCHÄFTSEMPFEHLUNGEN

Foto Leistenschneider kauft mit einer fairen, unkomplizierten und schnellen Abwicklung Kameras, Objektive, Fotoausrüstungen oder komplette Sammlungen an. Frankfurt: Roßmarkt 15a ☎ 069 - 21 99 94 20 www.foto-leistenschneider.de

Klingt interessant: die F.A.Z. zum Hören.

Entdecken Sie Qualitätsjournalismus auf neue Weise: mit den Audio-Angeboten der F.A.Z.

Jetzt mehr erfahren: faz.net/audio-angebot



MEIN FRANKFURT

Frankfurt ist einmalig und besonders. Auf 180 Seiten finden Sie Geheimtipps, Empfehlungen und lesenswerte Interviews. Weil nichts so abwechslungsreich ist wie die Region Frankfurt/Rhein-Main, wirft „Mein Frankfurt“ auch einen Blick auf nahe gelegene Ausflugsziele.

Viel Vergnügen beim Genießen und Entdecken!

Jetzt erhältlich

Im stationären Buch- und Zeitschriftenhandel sowie in den Online-Shops der Buchhandlungen und des Societäts-Verlages, einfach den QR-Code scannen.



societaets-verlag.de/produkt/mein-frankfurt/



Print . Digital . Live
Frankfurter Neue Presse . Höchster Kreisblatt .
Taunus Zeitung | Frankfurter Rundschau |
F.A.Z. Rhein-Main

RMM | RheinMain.Media



Hingucker: Die oberirdische Ferndampfleitung an der Schillerstraße fällt auf. Sie wird gebraucht, weil das ehemalige Lorey-Haus umgebaut wird. Kamil Kaminski, Bauingenieur bei der Südwestdeutschen Rohrleitungsbau GmbH, hat die Bauaufsicht.
Fotos Lando Hass

Flüge teurer geworden

Höhere Preise für Reisen auf die Kanaren

FRANKFURT Flugreisen für Kunden aus Deutschland sind weiterhin kostspielig. Vor allem Europaflüge und Pauschalreisen sind auch im ersten Halbjahr 2024 noch einmal teurer geworden, berichtet das Statistische Bundesamt. Für die meisten Touristen fallen die gleichzeitig registrierten Preisrückgänge von bis zu 15,8 Prozent nach Nord-, Süd- und Mittelamerika sowie nach Asien (minus 12,3 Prozent) nicht ins Gewicht, denn die klassischen Urlaubsziele liegen rund ums Mittelmeer. In den Sommerferien erwartet Fraport, Betreiber des größten deutschen Flughafens in Frankfurt, täglich rund 200.000 Passagiere, rund neun Millionen Gäste fliegen in den sechs Wochen von Frankfurt aus in die Welt. Sie steuern demnach 283 Destinationen in 90 Ländern an.

Durchschnittlich haben sich die internationalen Ticketpreise zwar um 3,1 Prozent verringert, aber für Flüge ins europäische Ausland kassierten die Fluggesellschaften im Schnitt 2,7 Prozent mehr als vor einem Jahr, heißt es von den Statistikern. Auch Ziele in Afrika sind 4,1 Prozent teurer geworden. Im Vergleich zum ersten Halbjahr 2022 waren sämtliche Tickets im Schnitt 20,9 Prozent teurer.

Bei den Pauschalreisen, die meist zu Zielen in Europa oder Nordafrika führen, mussten die Gäste 5,2 Prozent mehr zahlen als im ersten Halbjahr 2023. Im Vergleich zu 2022 ist das ein Anstieg von 19 Prozent. Den größten Preisanstieg von 7,6 Prozent registrierten die Statistiker für Reisen in die Türkei. Auch die spanischen Inseln Kanaren (plus 6,7 Prozent) und Balearen (plus 6,3 Prozent) sowie Griechenland (plus 4,5 Prozent) legten zu. Günstiger wurden Reisen nach Ägypten. ddt/lhe.

Über Eats abgemahnt

FRANKFURT Die Verbraucherzentrale Hessen hat die Bestell- und Lieferplattform des amerikanischen Unternehmens Uber, Uber Eats, wegen unerwünschter Briefkastenwerbung erfolgreich abgemahnt. Nach Mitteilung der Verbraucherzentrale hatte der Lieferdienst seine Flyer regelmäßig auch in solche Briefkästen gesteckt, deren Nutzer über Aufkleber wie „Keine Werbung, keine kostenlosen Zeitungen, keine Wurfzettel, Wurfsendungen“ signalisiert hätten, dass sie dies nicht wünschen. Die Zusteller von Uber Eats hätten dies jedoch ignoriert, woraufhin sich Betroffene bei der Verbraucherzentrale beschwert hätten, wie es heißt.

„Unerwünschte Briefkastenwerbung trotz entsprechender Kennzeichnung an den Briefkästen ist verboten“, stellt Miriam Raic, Juristin bei der Verbraucherzentrale, klar. Deshalb habe man sich entschlossen, den Dienstleister abzumahnen. Dieser habe sich umgehend verpflichtet, es künftig zu unterlassen. Werbezettel in Briefkästen mit entsprechenden Hinweisen zu stecken. Beschwerden nimmt die Verbraucherzentrale unter beschwerde@verbraucherzentrale-hessen.de entgegen. hoff.

Noch schneller zum Abflug-Gate

FRANKFURT Am Frankfurter Flughafen kommen Passagiere künftig schneller durch die Personenkontrollen: Der Airport-Betreiber Fraport hat nach eigenen Angaben weitere neun Gepäckscanner mit Computertomographietechnik installiert. Diese Geräte erstellen dreidimensionale Kontrollbilder des Handgepäckes, sodass die Passagiere Flüssigkeiten, Smartphones und andere elektronische Geräte nicht mehr aus ihren Taschen herausnehmen müssen. Dies hatte in der Vergangenheit zu großen Verzögerungen an den Kontrollstellen geführt. Mit der CT-Technik sollen die Abläufe an den Kontrollstellen vereinfacht werden, sodass Passagiere schneller zum Gate kommen.

„An den verkehrsreichen Oster- und Pfingstfeiertagen gab es an den Sicherheitskontrollen keine relevanten Wartezeiten“, sagte der Infrastrukturchef der Fraport, Pierre Dominique Prüm. Laut Fraport sind jetzt 40 der 160 Kontrollspuren in den beiden Terminals mit der neuen Technik ausgerüstet. Dazu wurden Punkte mit einem besonders hohen Passagieraufkommen ausgewählt. Im Terminal 3, das 2026 an den Start gehen soll, ist die CT-Technik dann Standard. ddt/lhe.

Die Luftnummer vor dem Lorey-Haus

FRANKFURT Das Bauunternehmen SWR sorgt seit nahezu 60 Jahren dafür, dass Wärme, Strom und Gas in der Region sicher fließen. Meistens passiert das unterirdisch. Doch es gibt spektakuläre Ausnahmen.

Von Petra Kirchhoff

Wer an der Schillerstraße in Frankfurt am ehemaligen Haus des Haushaltswarengeschäftes Lorey vorbeigeht, kommt seit einigen Wochen nicht umhin, den Blick nach oben zu richten. Rohre winden sich hier in einer imposanten Konstruktion einige Meter über der

Straße. Das Gerüst dafür bilden Stahlträger, die in großen Betonklötzen verankert sind. Acht davon stehen an der Einkaufsstraße. Sie sind nicht zu übersehen.

Anlass ist der bevorstehende Umbau des denkmalgeschützten Lorey-Hauses, das die Landesbank Baden-Württemberg gehörende LBBW-Immobiliengrup-

pe gekauft hat und entwickeln wird. Im Keller des verschachtelten Gebäudes liegen wichtige Anschlüsse für die Wärmeversorgung der Innenstadt. Damit diese auch während der Bauzeit funktioniert, musste eine oberirdische Ferndampfleitung installiert werden. Sie sorgt dafür, dass die Geschäfts- und Privatleute rings-

um weiterhin warmes Wasser haben, dass Heizungen laufen oder auch Kühlgeräte. Wenn der Umbau – ein Teil des Gebäudes wird abgerissen – abgeschlossen ist, wird das Provisorium wieder abgebaut.

Im Moment aber ist es ein Hingucker, nicht nur am Freitag, wenn auf dem Schillermarkt im Schatten der Rohrleitungen Tomaten und Salat verkauft und Würstchen gebraten werden. Dann gebe es nicht nur, aber oft auch anerkennende Kommentare, wie „Das sieht aber gut aus“ oder „Super Konstruktion“, berichtet Kamil Kaminski. Der Bauingenieur arbeitet als Bauleiter bei der Südwestdeutsche Rohrleitungsbau (SWR) GmbH, einem mittelständischen Infrastrukturdienstleister, der die Arbeit im Auftrag des Frankfurter Versorgers Mainova geplant und ausgeführt hat. Mainova ist Mitgesellschafter der SWR (29,9 Prozent). Zusammen mit dem Baukonzern Hochtief (45 Prozent) und dem Darmstädter Versorger Entega (25,1 Prozent) hatte Mainova das Bauunternehmen 1965 gegründet.

Der 37 Jahre alte Kaminski arbeitet seit 2010 bei der SWR, und die Freude darüber, dass er und sein Team nun einmal zeigen können, was sie sonst unterirdisch in der Regel für niemanden sichtbar erledigen, ist dem Bauleiter deutlich anzusehen. „Wir sind ja in der Regel diejenigen, die immer stören, Lärm und Dreck machen“, sagt er.

Ohne Dreck und Lärm freilich gingen auch die Arbeiten bei der Installation der Ferndampfleitungen an der Schillerstraße nicht vonstatten. Auch wird man beim Fachgeschäft Betten Raab, das am stärksten betroffen ist von der Baustelle, nicht begeistert sein über Beton und Stahl vor der Ladentür. Doch laut Kaminski war es mangels Korridor im Boden nicht möglich, die Rohre unterirdisch zu verlegen. Teurer wäre es auch geworden.

Die Einzelfundamente wurden von einem beauftragten Betonbauer an Ort und Stelle gegossen, zehn Tonnen wiegt jeder der acht Klötze. Die schweren Fundamente werden gebraucht als Gegengewicht, wie Kaminski erklärt. Um das Leitungssystem zu verstehen, muss man mit Bau- und Schweißingenieur tief in die Materie der Metallkunde eintauchen. „Wenn Stahl warm wird, will er sich ausdehnen“, sagt er. Dadurch entstünden enorme Dehnkräfte, und diese müssten abgeleitet werden. Gegengewichte aus Beton sind ein Hilfsmittel bei dieser Entlastungsarbeit. Darüber hinaus ermitteln Statiker in der Planung, wie Rohre so geführt werden können, dass es nicht zu einer Überlastung kommt und sie am Ende platzen. „Man muss die Überlastung wegkonstruieren“, sagt Kaminski. Und das gehe über Richtungswechsel, über sogenannte Dehnschenkel und Bögen, die im Rohrleitungsbau wie Federn anzusehen seien.

Bereits im Februar haben die Arbeiten begonnen, zunächst im Keller des Lorey-Hauses. Dass so wichtige Schaltstellen für die Wärmeversorgung im Keller eines Geschäftshauses liegen, ist auf das Alter

der Immobilie zurückzuführen. „Das hat man früher so gemacht, weil es der einfachste Weg war“, sagt Kaminski. Die stressigste Phase, als sich zeigen musste, ob der Anschluss des bestehenden an das neue Rohrsystem klappt, hat der Bauleiter inzwischen hinter sich. Die Leitung wurde erfolgreich in Betrieb gesetzt. In einem letzten Schritt werden jetzt noch Armaturen und Bedienelemente isoliert und verkleidet.

Rund 160 Personen arbeiten bei der SWR, die ihren Sitz in Frankfurt hat und zuletzt 35 Millionen Euro Jahresumsatz verzeichnete. Die Arbeit wird den Rohrleitungsbauern in den nächsten Jahren mit Sicherheit nicht ausgehen, denn Fernwärme wird an Bedeutung gewinnen, Netze in den Innenstädten müssen verdichtet werden. Eher sind es die Mitarbeiter, die fehlen. Ob Elektromeister, Stahlschweißer, Tiefbauarbeiter, Baugeräteführer – „Wir könnten locker zwanzig bis dreißig Leute einstellen“, sagt Kaminski.



Gegengewicht: Acht Betonfundamente wurden an Ort und Stelle gegossen, um der Konstruktion Halt zu geben und Dehnungskräften entgegenzuwirken.

Erschwerend kommt hinzu, dass sich in den nächsten Jahren ein Großteil der SWR-Belegschaft in den Ruhestand verabschieden wird. Nachwuchs kommt nach Angaben des Bauleiters oft aus den Familien der Belegschaft, einige arbeiten in dritter Generation im Unternehmen. Die Arbeit auf dem Bau sei physisch belastend, macht Kaminski deutlich. Seine Leute stünden bei Wind und Wetter draußen. Im Sommer, wenn die Tage länger sind, wird in der Regel auch länger gearbeitet, dafür sind die Arbeitstage im Winter kürzer. Bezahlt wird nach Tarif und darüber hinaus. „Bei uns kann man gutes Geld verdienen“, sagt der Bauleiter.

Von der Schillerstraße hat er sich vorerst verabschiedet. Erst wenn das ehemalige Lorey-Haus fertiggestellt ist, wird der Bauleiter wieder in Aktion treten, um den Rückbau einzuleiten. Bis dahin wird die Luftnummer gebraucht.

RHEIN-MAIN

Hier mehr erfahren:
faz-metropol.de



Das Geschehen in Ihrer Region für Sie im Blick.

F.A.Z. Metropol: das Wirtschaftsmagazin für Entscheider in der Region Rhein-Main.

- Ihr Überblick über die relevanten wirtschaftspolitischen Entwicklungen und Trends in Rhein-Main.
- Wertvolle Orientierung und Impulse zur regionalen Unternehmenswelt dank vertiefenden Hintergründen und exklusiven Einblicken.
- Neues in der Metropolregion entdecken mit Empfehlungen für Kultur und Freizeit.

Neuer Tag. Neue Angebote.



amazon
prime day

Exklusiv für Prime-Mitglieder

„Wir bauen eine neue Bahn“

RHEIN-MAIN Seit Dienstag wird der Nahverkehr zwischen Frankfurt und Mannheim mit Bussen abgewickelt. Die Sanierung der Riedbahn hat begonnen.

Von Manfred Köhler

Das Management der Deutschen Bahn hat sich zufrieden gezeigt mit dem Beginn des Omnibus-Ersatzverkehrs auf der Strecke zwischen Frankfurt und Mannheim über Groß-Gerau. Alles in allem habe der Start am Dienstag in der Früh funktioniert, hieß es am Vormittag. Seit Montagabend um 23 Uhr verkehren auf der Verbindung für fünf Monate keine Züge mehr, die Strecke wird von Grund auf saniert. Stattdessen sind 150 beschaffte Omnibusse auf 13 Linien im Einsatz. Um den Fahrgästen die Orientierung zu erleichtern, stehen an wichtigen Haltestellen „Reisendenlenker“, die Auskunft geben.

Der Beginn der Bauarbeiten war am Montagabend von der Bahn auf einem Lagerplatz am Bahnhof in Gernsheim und damit direkt an der Strecke gefeiert worden. Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP) sagte, mit der Generalsanierung der Riedbahn gehe die Bahn neue Wege. Die Sperrung ermögliche es, innerhalb von fünf Monaten so viel zu erneuern wie bei einer herkömmlichen Vorgehensweise in sechs bis acht Jahren. Zum Omnibusersatzverkehr sagte der Minister, er könne alle nur bitten, diesen auszuhalten. Er sei sicher, dass der Schienenersatzverkehr gut laufen werde, doch handle es sich natürlich um eine Herausforderung.

Richard Lutz, Bahn-Vorstandsvorsitzender, sagte, während der Fußball-Europameisterschaft habe der Konzern alles aus dem Eisenbahnsystem herausgeholt, was herauszuholen sei – zugleich seien dessen Schwächen offengelegt worden. Die Grenze der Leistungsfähigkeit sei erreicht. Die erste Generalsanierung einer Strecke stehe für einen radikal neuen Weg: „Wir fangen an, an der langfristigen Gesundheit des Eisenbahnsystems zu arbeiten.“ Es werde ein Marathon, aber „wir bauen eine neue und bessere Bahn“.



Alles ist bereit: Bagger, Schotter und Schwellen für die Erneuerung der Bahnstrecke

Foto Lando Hass

Der hessische Verkehrsminister Kaweh Mansoori (SPD) zeigte sich erfreut, dass auch die 20 Bahnhöfe entlang der Eisenbahnstrecke saniert werden. Sie seien das „erste Aushängeschild“ der Bahn. Der Minister hob die große Bedeutung Hessens als Transitland hervor: Zwei Drittel des Fernverkehrs liefen durch dieses Bundesland.

Die Eisenbahnstrecke zwischen Frankfurt und Mannheim über Groß-Gerau ist bis zum Fahrplanwechsel am 15. Dezember gesperrt. Bis dahin sollen 1,3 Milliarden Euro verbaut werden. Schienen und Weichen sowie die Oberleitung werden erneuert, der Lärmschutz wird verbessert, auch die Bahnhöfe sollen eine freundlichere Optik erhalten. Auch die

Signaltechnik wird auf den neuesten Stand gebracht. Für die Arbeiten hat die Bahn den Begriff der Generalsanierung erfunden, um damit deutlich zu machen, dass die Strecke nicht wie sonst nach und nach mit vielen kleinen Baustellen ertüchtigt wird, sondern mit einer einzigen großen, für welche die Sperrung dann aber eben umso länger ist.

Während der Nahverkehr durch Omnibusse abgewickelt wird, fahren die Fernzüge über andere Strecken. Die Deutsche Bahn profitiert im Falle der Riedbahn davon, dass es sowohl im Westen wie im Osten Parallelstrecken gibt – die Verbindung von Mainz über Worms nach Ludwigshafen und von dort weiter nach Mannheim sowie die Route von Frank-

furt über Darmstadt nach Heidelberg und Mannheim. Allerdings fällt ein Teil der Fernzüge aus, und bei den verbleibenden verlängert sich die Fahrzeit. Hinzu kommt, dass auch die Schnellfahrstrecke nach Köln seit Dienstag gesperrt ist, allerdings lediglich bis Mitte August.

Die Generalsanierung der Riedbahn soll der Auftakt zu weiteren Bauarbeiten dieser Art in den nächsten Jahren sein, auch das erklärt die große Aufmerksamkeit für diese Baustelle. Am Montag war der gesamte Vorstand der Deutschen Bahn nach Gernsheim gekommen. Im Rhein-Main-Gebiet ist als Nächstes im Jahr 2026 die rechtsrheinische Strecke von Wiesbaden nach Koblenz an der Reihe.

Der ewige Ingenieur

DARMSTADT Früherer ESA-Chef Jan Wörner wird 70

Jan Wörner hadert mit seinem Alter, das gibt er offen zu. Nicht, dass es dem früheren ESA-Generaldirektor und Präsidenten der TU Darmstadt schlecht ginge. Am Telefon klingt er munter wie eh und je; noch immer setzt er schon zur Antwort an, bevor sein Gesprächspartner die Frage überhaupt zu Ende formuliert hat. Wörner leidet auch keineswegs unter Langeweile. Seine wöchentliche Arbeitszeit in jenem Lebensabschnitt, den Ruhestand zu nennen sich in seinem Fall verbietet, schätzt er immer noch auf mehr als 40 Stunden.

Den Mann, der von 2015 bis 2021 die europäische Raumfahrt lenkte, widmet sich nach wie vor einer sehr bodenständigen Profession: Er ist in seinem erlernten Beruf als Bauingenieur tätig. Von Donnerstag an jedoch kann er dieser Tätigkeit nicht mehr im bisherigen Umfang nachgehen: Mit seinem 70. Geburtstag verliert er die Zulassung als Prüflingenieur. „Ich habe dagegen gekämpft und verloren“, sagt er und fügt nur halb ironisch hinzu: „Jetzt werde ich entmannt.“

Für einen Dynamiker wie Wörner muss jede Einschränkung seines Wirkungskreises schmerzhaft sein. Sie deswegen frustriert zurückzuziehen, würde aber ebenfalls schlecht zu ihm passen. Als beratender Ingenieur wird er Bauherren auf Wunsch weiter zur Seite stehen, mag es nun um ein Projekt der Frankfurter Senckenberg-Gesellschaft gehen oder um die Entsorgung von Klärschlamm in Offenbach.

Außerdem hat Wörner zwei Ämter, die ihm immer wieder Gehör in der Öffentlichkeit verschaffen. Zum einen ist

er Präsident der Deutschen Akademie der Technikwissenschaften, kurz Acatech. Zum anderen führt er seit 2021 den Titel „Hessischer Raumfahrtkoordinator“. Nun hat Hessen noch keinen eigenen Weltraumbahnhof, aber immerhin das ESOC-Kontrollzentrum in Darmstadt – und Unternehmen, die Produkte von All-umfassender Bedeutung herstellen, zum Beispiel Komponenten für die Radioastronomie. Solche Betriebe miteinander zu vernetzen, gehört zu der Mission, mit der die Landesregierung Wörner betraut hat. Andere Entwicklungen in der Wissenschaftsland-



Jan Wörner

schaft verfolgt er aus der Ferne, aber dennoch aufmerksam. Wörner war immer politisch interessiert, amtsbedingt zeitweise auch involviert. Während seiner TU-Präsidentschaft von 1995 bis 2007 erlangte die Hochschule als erste in Hessen einen besonderen Autonomiestatus. Aber er hatte auch allgemeinpolitische Konflikte zu bestehen, etwa mit kurdischen Aktivisten, wie er sich erinnert. Ist er froh, in den Tagen der Gaza-Protestcamps keine Hochschule mehr leiten zu müssen? Mitnichten: „Ich wäre dankbar, wenn ich jetzt noch Unipräsident wäre und dieses Thema behandeln könnte.“ Klingt, als würde dem Fachmann für Satellitenflug und Stahlbeton auch im beginnenden achten Lebensjahrzehnt die Antriebsenergie noch lange nicht ausgehen. zos.

Protest an Unis geplant

RHEIN-MAIN Gewerkschafter kritisieren Kürzungen

In mehreren hessischen Städten wollen Gewerkschafter am Donnerstag und Freitag gegen Einsparungen an den staatlichen Hochschulen protestieren. Der Nachtragshaushalt des Landes für 2024 setzt einen „Minderbedarf“ von 34 Millionen Euro an, worin nach Angaben des Wissenschaftsministeriums auch nicht abgerufene Projektmittel enthalten sind. An den Unis wird erwartet, dass im nächsten Jahr noch einmal Kürzungen in ähnlicher Höhe fällig werden.

Auf die möglichen Folgen wollen Vertreter von GEW und Verdi mit Kundgebungen in Darmstadt, Marburg, Kassel, Frankfurt und Gießen aufmerksam machen. Befürchtet werden Stellenstreichungen, Wiederbesetzungssperren und Kürzungen von Sachmitteln bis hin zur Schließung von Instituten und Fachbereichen, wie Gewerkschafter am Dienstag in einem Pressegespräch ausführten.

Angesichts der gesellschaftlichen Herausforderungen etwa durch Rechtsruck und Klimawandel sei es unverantwortlich, an der Bildung zu sparen, sagte die stellvertretende GEW-Landesvorsitzende Simone Claar. Wenn die schwarz-rote Landesregierung dergleichen plane, sei das eine „Kampfansage“ an Studenten

und Beschäftigte. Laut Daniel Behruzi, Verdi-Vertreter und wissenschaftlicher Mitarbeiter der TU Darmstadt, hat deren Präsidium signalisiert, dass die für dieses Jahr genannte Kürzung noch „eignungsmaßstab verkraftbar“ sei. Zu befürchten sei aber, dass die Finanzierungszusagen aus dem laufenden Hochschulpaket für das nächste Jahr nicht eingehalten würden. Mit Blick auf den Hochschulpaket für die Jahre 2026 bis 2030, über den gerade verhandelt wird, fordern GEW und Verdi unter anderem, Tarifsteigerungen separat von der Grundfinanzierung zu berücksichtigen. Von möglichen Einschnitten besonders betroffen sein könnten die studentischen Hilfskräfte. Die Budgets für sie fielen unter Sachmittel und könnten daher als Erstes gestrichen werden, sagte Anna Diegler von Verdi, Studentin an der Uni Marburg. GEW-Studentensprecher Niklas Beck von der Uni Gießen warnte davor, dass durch Einsparungen die Qualität der Lehre leide. Auch sei die Infrastruktur der Hochschulen zum Teil jetzt schon marode, wie die Berichte über einsturzbetroffene Hörsäle zeigten. „Jetzt werden sozusagen auch noch die Stützpfiler rausgerissen.“ zos.

Wildschweine geschlachtet

HANAU Risiko wegen Schweinepest zu groß

Die letzten zehn Wildschweine im Wildpark Alte Fasanerie in Hanau sind wegen der Gefahr durch die Afrikanische Schweinepest geschlachtet worden. Nach Angaben des Forstamts in Hanau-Wolfgang ist das Risiko einer Infektion in Absprache mit den zuständigen Veterinärbehörden als zu hoch eingeschätzt worden. Hätte sich eins der Tiere mit der für Menschen ungefährlichen, für Schweine aber fast immer tödlichen Krankheit infiziert, hätte das massive Auswirkungen bedeutet. Neben der aufwendigen Entsorgung der Kadaver hätte der Tierpark vorläufig schließen müssen. Zwar ist schon ein Fütterungsverbot verhängt worden, aber nach Angaben von Sigrun Brell, der zuständigen Bereichsleiterin, ist das Risiko zu groß, dass über weggeworfene Speisereste die Schweinepest eingeschleppt wird.

Ohnehin ist der Bestand an Wildschweinen schon zurückgefahren worden. Auch vor dem Hintergrund der Seuche waren von den ursprünglich mehr als 30 Tieren nur noch die vor einer Woche geschlachteten zehn Exemplare übrig geblieben. Ihr Fleisch ist unter anderem im Waldladen des Forstamts verkauft worden. Laut Brell soll nach dem Abklingen der Schweinepest ein neuer Bestand aufgebaut werden. Die Afrikanische Schweinepest kann nicht von Tieren auf Menschen übertragen werden. In Deutschland wurde vor vier Jahren der erste Fall von Schweinepest bestätigt, offenbar breitet sich der Erreger von Osteuropa her aus. Aber durch Tiertransporte hat es auch schon in anderen europäischen Staaten Ausbrüche der Seuche gegeben. Unter anderem durch eine verstärkte Jagd auf Schwarzwild soll die weitere Ausbreitung der Krankheit verhindert werden. Wird das Virus bei einem Hauschwein nachgewiesen, muss der gesamte Bestand getötet werden. Auch beim Getreideanbau müssen besondere Vorkehrungen getroffen werden. So muss vor der Ernte mit einer Drohne kontrolliert werden, ob verendete Schweine in den Feldern liegen. hm.

Bauarbeiten am Bahnhof Hattersheim

HATTERSHEIM Die Bauarbeiten für das neue elektronische Stellwerk Flörsheim und die Erneuerung der Signaltechnik auf der gesamten nordmainischen S-Bahn-Strecke führen zu Beeinträchtigungen am Hattersheimer Bahnhof. Wie die Bahntochter InfraGO mitteilt, wird zudem auf dem Park-and-ride-Parkplatz am Bahnhof Eddersheim ein Stellwerksgebäude errichtet. Vier neue Lärmschutzwände über eine Länge von mehr als 2900 Metern entlang der Strecke zwischen Hattersheim und Eddersheim sollen für mehr Ruhe sorgen. Aus dem Lärmsanierungsprogramm des Bundes investiert die Bahn sechs Millionen Euro. Wegen all dieser Arbeiten wird der Streckenabschnitt rund um den Bahnhof Hattersheim von 19. Juli bis zum 14. Dezember nachts zwischen 22 und 6 Uhr voll gesperrt. Wenn vom 15. bis zum 20. Dezember Tiefbauarbeiten anstehen und Kabelkanäle verlegt werden, muss die Strecke für einige Tage ganztägig gesperrt bleiben. Am Bahnhof Eddersheim wird außerdem der Parkplatz voll gesperrt. Zudem müssen Anwohner mit nächtlichem Baulärm rechnen. Wann das genau der Fall ist, soll den Anwohnern per Postkarte mitgeteilt werden. dien.

TRAUERANZEIGEN

Die Stadt Frankfurt am Main trauert um ihren

Stadtrat a. D.

Armin Kleist

geboren 1. Januar 1943 gestorben 20. Juni 2024

Der Verstorbene hat sich von 1981 bis 1989 als Stadtverordneter und von 1989 bis 1993 als ehrenamtliches Mitglied des Magistrats um die Stadt Frankfurt am Main verdient gemacht.

Mit seinem kommunalpolitischen Wirken setzte sich Armin Kleist viele Jahre erfolgreich für die Belange und Interessen der Frankfurter Bürgerinnen und Bürger ein und machte sich vor allem um das nachhaltige und wichtige Thema Umweltschutz verdient.

Die Stadt Frankfurt am Main wird dem Verstorbenen ein dankbares und ehrendes Andenken bewahren.

In aufrichtiger Anteilnahme

Die Stadtverordnetenversammlung
Hilime Arslaner
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
Mike Josef
Oberbürgermeister

Frankfurt am Main, im Juli 2024

Wenn die Kraft zu Ende geht, ist Erlösung eine Gnade.

Erika Köppl

* 4. 12. 1927 † 10. 7. 2024



In liebevollem Gedenken
Christa und Christina
mit Familien

Die Trauerfeier findet am Freitag, dem 19. Juli 2024, um 13.30 Uhr auf dem Südfriedhof in Frankfurt am Main statt. Die Urnenbeisetzung erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt im engsten Familienkreis.

Nach langer schwerer Krankheit verstarb

Udo Curth

* 12.09.1943 † 30.06.2024

Julian und Ute Wybitul
Im Namen aller Angehörigen

Udo hat sich eine Seebestattung in der Ostsee gewünscht.
Kondolenzadresse: Ute Wybitul Oppenheimer Landstr. 44 60596 Frankfurt

Bestattungskalender

Am Mittwoch, dem 17.07.2024
(Angaben ohne Gewähr)

Frankfurt am Main-Bockenheim

9.45 Trauerfeier und Bestattung

Reining, Josef Rudolf, 91 J.

Frankfurt am Main-Fechenheim

12.00 Bestattung

Hoppe, Harry, 93 J.

Hattersheim am Main

11.00 Trauerfeier mit Urnenbeisetzung

Frunzke, Helga, geb. Grewe, 85 J.

Schwalbach am Taunus, Waldfriedhof

13.00 Trauerfeier mit Urnenbeisetzung

Freitag, Hubertus, 81 J.

Steinbach (Taunus)

10.30 Trauerfeier mit Urnenbeisetzung

Lohmann, Helga und Karl,
91 und 95 J.

In Stunden der Trauer sind wir für Sie da!

seit 1936

PIETÄT SCHÜLER

Bestattungshaus Andreas Schüler GmbH

In der Römerstadt 10 • 60439 Frankfurt

Heerstraße 28 • 60488 Frankfurt

Telefon: (069) 57 22 22 (Tag und Nacht)

www.pietat-schueler.de



Wir können
so viel schaffen,
wenn wir
zusammenstehen.

Ihre
Spende
hilft!

www.drk.de



... Wenn Du bei Nacht in den Himmel schaust,
wird es Dir sein, als leuchten alle Sterne,
weil ich auf einem von ihnen wohne,
weil ich auf einem von ihnen lache...

Unser lieber Bruder

Rainer Hartmann

* 14.10.1933 † 15.07.2024

ist seiner geliebten Beatrix nachgefolgt. Der Astrologie galt u. a. in den letzten Jahren seine große Aufmerksamkeit. Jetzt ist er den Sternen nahe.

In liebevoller Erinnerung

Inge Meng
Ulrike Fuchs

im Namen aller Verwandten, Freunde und Bekannten.

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 23. Juli 2024 um 13.00 Uhr auf dem Neuenhainer Friedhof statt.

Kondolenzadresse: Hartmann, Drei-Linden-Straße 47



Zonenrandgebiet: Ein Waffenverbot könnte sich auch auf den in Nachbarschaft zur Einkaufsstraße Seltersweg gelegenen Busbahnhof am Marktplatz erstrecken.

Foto Ben Kilb

„Votum zu Waffenverbot noch 2024“

Frau Schneider, wann kommt die Waffenverbotszone, die Ihre Behörde verfügen müsste?

Das ist nur zu beantworten, wenn man sich die Voraussetzungen anschaut. Im Waffenrecht gibt es die Paragraphen 42 Absatz 5 und 42 Absatz 6. Daraus folgen unterschiedliche Voraussetzungen.

Inwiefern?

Im ersten Fall müssen einschlägige Straftaten aufgelistet sein, und es muss eine steigende Zahl dieser Delikte nachgewiesen werden. Der zweite Fall, also nach Absatz 6, bezieht sich auf ein begrenztes Gebiet mit verschiedenen Risiken – zum Beispiel einer großen Zahl Menschen, eventuell eine Problematik mit Menschen aus dem Suchtmilieu und so weiter. Daraus folgen Risikosituationen. Und aufgrund dessen kann, wenn die Voraussetzungen vorliegen, eine Waffenverbotszone ausgesprochen werden. Die zuständige Behörde kann sich auf die eine oder die andere Möglichkeit berufen. Es müssen dafür aber entsprechende Daten und Fakten vorliegen. Die Polizei muss die Risikolage bewerten.

Welche Waffen wären in einer Verbotszone nicht mehr erlaubt?

Nicht erlaubt wären Klingen von vier bis zwölf Zentimeter Länge. Längere Klingen wären nach dem Waffengesetz ohnehin verboten, hier geht es um Hieb- und Stichwaffen, die niemand mit sich führen darf. Nicht erfasst von einer Verbotszone wären etwa Baseballschläger oder Stöcke, diese würden in andere Rechtsnormen fallen. Um eine Verordnung rechtssicher zu gestalten, muss man hinschauen: Wie viele Straftaten werden mit Messern verübt und mit welchen? Vor diesem Hintergrund kommt die Gießener Kriminologin Britta Bannenberg in ihrer Evaluation der Verbotszone in Wiesbaden zu dem Schluss: Eine Waffenverbotszone kann zur Sicherheit beitragen, kann aber nur ein Baustein in einem Sicherheitskonzept mit zum Beispiel aufsuchender Sozialarbeit, Polizeidiensten oder auch einem Schutzmann vor Ort und anderem sein.

Dazu gehören dann auch Kontrollen, ob das Verbot eingehalten wird.

Genau. Ohne Kontrollen hat sie nur einen Symbolcharakter.

Polizeipräsident Torsten Krückemeier hat schon im Dezember in einem F.A.Z.-Interview eine Waffenverbotszone befürwortet. Wie sieht denn die von

GIESSEN Seit mehr als einem Jahr wird über ein Waffenverbot in der Innenstadt gestritten. Die Polizei befürwortet den Schritt. Landrätin Anita Schneider (SPD) müsste ihn vollziehen. Sie sagt, woran die Entscheidung hängt.

der Polizei gelieferte Datenlage aus Ihrer Sicht aus?

Das ist eine sehr gute Frage. Ich kann sagen: Wir haben erst seit vergangenem Montag die Einschätzung der Polizei vorliegen. Seit vergangenem Montag erst? Über Daten wird schon seit Monaten geredet. Dazu ist aus meiner Sicht noch Folgendes zu erläutern: Wir haben in Frankfurt und Wiesbaden eine völlig andere Situation als in Gießen. Dort können die Ordnungsämter selbst Verbotszonen ausweisen – im Fall Gießen kann die Stadt das als kreisangehörige Kommune nicht. Das ist Aufgabe unserer Waffenbehörde. Wir haben hier also drei Akteure: Stadt, Polizei und Kreis, also einen Akteur mehr als in Frankfurt und Wiesbaden. Und Gießen ist der erste Fall einer größeren kreisangehörigen Kommune in Hessen, in der über eine Waffenverbotszone diskutiert wird. Die Polizei hat zu nächst mit der Stadt gesprochen, die schon seit längerem über einschlägige Daten der Polizei verfügt. Das haben wir über die Medien erfahren. Insofern haben wir uns im Frühjahr zu Wort gemeldet und auf unsere Rolle hingewiesen.

Das ist untertrieben: Ihre Behörde ist die entscheidende Stelle, nicht das Rathaus. Wir haben klarmachen wollen: Wir reden nicht über eine politische Entscheidung, sondern eine rechtliche Angelegenheit auf Grundlage von Daten und Fakten. Daher wäre es sinnvoll, uns sukzessive und frühzeitig in diesen Prozess einzubinden, so unsere Botschaft seinerzeit. Ich verstehe aber, dass in einem ersten Schritt Polizei und Stadt miteinander gesprochen haben. Stellen Sie sich vor, der Kreis hätte nach Gesprächen mit der Polizei eine Waffenverbotszone in Gießen verfügt – was dann in der Stadt losgewesen wäre.

Zu Recht?

Durchaus, denn im Grunde ist der städtische Ordnungsdezernent für die Gefahrenabwehr in der Stadt zuständig. Deshalb ist eine Lageeinschätzung zu treffen – zumal wir davon ausgehen müssen, dass die Stadt von ihrer Ordnungspolizei eigene Daten hat und diese mit jenen der Polizei abgleicht. Wir müssen letztlich einschätzen, ob die Daten von Stadt und Polizei für ein Verbot ausreichen oder ob wir noch tiefere Daten für eine Entscheidung brauchen. Dieser Prozess hat gerade begonnen. Am 5. Juli haben wir erst-

mals mit Polizei und Stadt zusammengesessen. Am Montag darauf sind die ersten Analysen der Polizei bei unserer Waffenbehörde eingetroffen.

Haben Stadt und Polizei den Kreis als entscheidende Stelle übersehen?

Ich glaube nicht, dass wir übersehen wurden. Die Stadt muss zunächst prüfen: Fehlt uns die Waffenverbotszone als Baustein für unser Sicherheitskonzept? Der Marburger Oberbürgermeister zum Beispiel meint, seine Stadt brauche keine Verbotszone. Es geht also auch um einen Abwägungsprozess vorab. Wir kommen ins Spiel, wenn eine Stadt sagt: Dieser Baustein passt in unser Konzept. Zu klären ist auch, wo ein Waffenverbot angezeigt ist. Bisher ist nur der Anlagenring Gegenstand der Diskussion. Wie ist es aber grundsätzlich um die Orte bestellt? Wie ist es zum Beispiel mit der Bahnhofstraße? Das alles ist anhand von Daten zu prüfen.

Aber ist das erste Treffen von Stadt, Polizei und Kreis nicht eindeutig zu spät gewesen?

Die Frage ist: Wann wäre der richtige Zeitpunkt gewesen? Denn durch die Berichterstattung und öffentliche Diskussion ist die Erwartung geweckt worden, der Kreis müsse hier nur noch einen Haken dranmachen. Aber genauso ist es eben nicht.

Spätestens seit Ihrer Presseerklärung vom März, die einer rechtlichen Belehrung der Stadt glich, war doch klar: Der Kreis muss umgehend ins Boot geholt werden. Sonst hätten Sie sich nicht zu Wort melden müssen.

Nun ja, wir wollten darauf aufmerksam machen, dass es noch einen dritten Akteur neben Stadt und Polizei gibt in dieser Sache.

Sie haben jetzt immerhin die Daten der Polizei und prüfen. Wie lange wird es bis zu einer Entscheidung dauern? Ich gehe davon aus, dass wir in Teilen detailliertere Daten nachfordern werden müssen. Wir müssen wegen der eingangs genannten Voraussetzungen etwa wissen, welche Messer zum Einsatz gekommen sind. Wie gut das Datenmaterial ist, wird die Dauer der Prüfung im Wesentlichen beeinflussen. Wir werden die Angelegenheit jedenfalls mit hoher Priorität bearbeiten. Wenn es gut geht, gibt es noch in diesem Jahr eine Entscheidung.

Die Fragen stellte **Thorsten Winter**.

Investition in sozialen Zusammenhalt

WIESBADEN Neues Stadtteilzentrum im Stadtteil Biebrich kostet rund 23,5 Millionen Euro

An der Pörschacher Straße im meistbevölkerten Stadtteil Biebrich errichtet die kommunale Stadtentwicklungsgesellschaft SEG bis zum Jahr 2026 das neue Kinder-, Jugend- und Stadtteilzentrum Gräselberg. Die Landeshauptstadt will damit ein Zeichen für Inklusion und sozialen Zusammenhalt setzen. Der Neubau wurde notwendig, weil das bestehende Stadtteilzentrum an der Villacher Straße sowie das Eltern-Kind-Haus der Diakonie an der Kapellenstraße dringend saniert werden müssen und weil ihre Kapazitäten nicht mehr ausreichen.

Das neue Stadtteilzentrum umfasst eine Versammlungsstätte für bis zu 150 Personen sowie ein Gebäude für Eltern-Kind-Wohngemeinschaften einschließlich eines Kinder-Eltern-Zentrums.

„Wiesbaden investiert in den sozialen Zusammenhalt und das Miteinander in unserer Stadt“, sagte Oberbürgermeister Gert-Uwe Mende (SPD) anlässlich des offiziellen Baustarts auf dem rund 7200 Quadratmeter großen Grundstück. Die Gesamtkosten belaufen sich auf rund 23,5 Millionen Euro. Davon entfallen auf das Stadtteilzentrum 12,26 Millionen und auf das Gebäude der Diakonie 11,28 Millionen Euro.

Rund 11,9 Millionen Euro der Bausumme sind förderfähig. Demnach übernehmen Bund und Land zusammen rund 7,7 Millionen Euro der Kosten. Aus dem Klimabudget des Wiesbadener Umweltamtes werden 1,12 Millionen beigesteuert. Die verbleibende Finanzlücke wird unter anderem aus dem Erlös aus dem Verkauf des Grundstücks an der Kapellenstraße geschlossen.

Schon im Februar war das Baufeld gerodet, auf Bombenblindgängern und archaischen Besonderheiten untersucht worden. Nach der Eröffnung im März 2026 wird das Amt für Soziale Arbeit der Landeshauptstadt den Betrieb

des Zentrums übernehmen. Es ist nach dem Wellritzhof im hochverdichteten Westend und dem Stadtteilzentrum im Schelmengraben das dritte seiner Art, das in Wiesbaden maßgeblich mit Geld aus dem Bund-Länder-Programm „Sozialer Zusammenhalt“ realisiert wird.

Es soll Raum für große Familienfeiern und kulturelle Veranstaltungen, für Begegnungen, Austausch und Kooperationen mit anderen sozialen Einrichtungen bieten. Es integriert zudem das erste inklusive Jugendhaus der offenen Arbeit in der Landeshauptstadt, das gezielt auf die Inklusion von beeinträchtigten Kindern und Jugendlichen ausgerichtet ist.

„Für Wiesbaden ist der Neubau ein entscheidender Schritt in Richtung einer inklusiveren Gesellschaft“, sagte Sozialdezernentin Patricia Becher (SPD) zum Anfang der Arbeiten. Der Bau auf der ehemaligen Erweiterungsfläche der Friedrich-von-Bodelschwingh-Schule ist eingebettet in ein Netzwerk sozialer Einrichtungen, das generations- und institutionsübergreifende Projekte ermöglichen und die soziale Infrastruktur im Gräselberg nachhaltig stärken soll.

Der große Saal kann gegen eine geringe Gebühr gemietet werden. Für die Jugendarbeit sind unter anderem ein Jugendcafé, ein Youtube- und ein Podcast-Studio sowie ein Tanzraum eingeplant. In den beiden Obergeschossen werden zwölf barrierefreie Eltern-Kind-Appartements, zwei davon rollstuhlgerecht, untergebracht. Die Appartements werden als Zweizimmerwohnungen mit Bad, Kochnische und Loggia gebaut. Auf den Freiflächen werden unter anderem Tischtennisplatten, eine Boulderwand und ein „Sportkäfig“ aufgestellt, in dem Basketball oder Fußball gespielt werden kann. obo.



Treffpunkt: Das neue Stadtteilzentrum

Visualisierung Kissler-Effgen + Partner Architekten BDA

„Gegen Menschenfeindlichkeit“

WIESBADEN Poseck lobt Verbot von „Compact“

Nach dem Verbot des als rechtsextremistisch eingestuftes „Compact“-Magazins sind auch in Hessen zwei Objekte durchsucht worden. Hierbei handelt es sich um eine Räumlichkeit im Landkreis Waldeck-Frankenberg sowie ein Haus im Landkreis Gießen, in dem ein 53 Jahre alter Mann und eine 56 Jahre alte Frau leben, die für „Compact“ tätig sind, wie das Landeskriminalamt (LKA) in Wiesbaden mitteilt.

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) begründet das Verbot damit, dass „Compact“ ein „zentrales Sprach-

rohr der rechtsextremistischen Szene“ sei. Ziel der Razzia sei die Beschlagnahme von Vermögenswerten und Beweismitteln, hieß es in einer Mitteilung. Zudem wurde auch die Conspet Film GmbH verboten, laut LKA eine Teilorganisation des Magazins.

Der hessische Innenminister Roman Poseck (CDU) sprach von einem „klaren Signal gegen Rechtsextremismus, Demokratie- und Menschenfeindlichkeit“. Mit dem Verbot sei nun ein Nährboden für rechtsextremistisches Gedankengut erstickt. lhe.

Zur Person

Anita Schneider ist Landrätin des Landkreises Gießen, dem auch die Unistadt an der Lahn angehört. Anders als Frankfurt und Wiesbaden kann Gießen als sogenannte Sonderstatusstadt eine Waffenverbotszone nicht selbst einführen. Vielmehr obliegt dies der Landrätin nach einer Prüfung der Datenlage durch die Waffenbehörde des Kreises. Anita Schneider ist Sozialdemokratin und seit 2010 im Amt. Im Oktober 2021 erreichte sie in der Stichwahl etwas mehr als 66 Prozent der Stimmen. In



Gießen ist die verheiratete Mutter einer Tochter seit 1998 beruflich aktiv. Seinerzeit wechselte sie aus dem Frankfurter Römer in das Rathaus von Gießen und arbeitete als persönliche Referentin des SPD-Oberbürgermeisters Manfred Mutz. Von Juli 2006 bis Januar 2010 leitete Schneider ein Sozialrathaus in Frankfurt.

LESERFORUM

NACHGELESEN FAZ.NET

„Ob Baustelle oder Geisterbaustelle: Eine Baustelle ist immer eine Schikane für den Autofahrer.“

Leser „AusBayern“ zum Artikel „Warum es zu ‚Geisterbaustellen‘ kommt“.

POSTEINGANG

Schnelligkeit soll sich lohnen In Wiesbaden gibt es in jedem Jahr mehr als 5000 Straßenbaustellen. Der Leser schlägt eine Tempoprämie für besonders schnelle Unternehmen vor.

Gab es nicht vor etwa 50 Jahren in Nordrhein-Westfalen einen hohen Beamten, der Bauunternehmern für jeden Tag, den sie früher mit den (Straßen-)Bauarbeiten fertig waren, eine Prämie zahlen ließ? War es nicht auch jener Beamte, der Straßenbau trotz der höheren Kosten im Dreischichtsystem durchführen ließ? Wäre ja auch eine Idee.

Leser „Fahrenheit 451“ auf FAZ.NET

Inkompetenz

Der Leser wirft dem Wiesbadener Verkehrsdezernat Unfähigkeit vor.

Da ich häufig meine Eltern in Wiesbaden besuche, bekomme ich die Situation häufig mit. Baustellen nerven, jedoch akzeptiere ich die Notwendigkeit, denn ganz Deutschland ist aktuell eine Baustelle in vielen verschiedenen Bereichen. Ärgerlich ist jedoch die völlig fehlende Koordination, für die die Inkompetenz im Verkehrsdezernat zuständig ist. Manche Stadtteile werden fast vollständig abgeschnitten, weil man gleichzeitig auf Verkehrshauptachsen und Umleitungsstrecken Baustellen einrichtet. Das behindert übrigens auch den öffentlichen Nahverkehr.

Leser „Christliche Warnung“ auf FAZ.NET

Buch.Der Markt
Hauptstr. 73 · 65719 Hofheim a. Taunus
Tel.: +49 6192 9630, Fax: +49 6192 1234

Öffnungszeiten:
Mo-Fr 8.00-20.00 Uhr
Sa 7.30-18.00 Uhr

naturlich buch

Öko-Kontrollstelle DE-ÖKO-006

MITTWOCH, 17.07. – DIENSTAG, 30.07.2024



Pfirsiche oder Nektarinen

verschiedene Sorten, aus Spanien oder Italien, HKL II
je 1 kg

3,99 kg



ZWERGERWIESE Brottaufstrich „streich's drauf“

verschiedene Sorten, köstlich auf Brot oder Brötchen, zu Pasta, Gemüse, Reis oder Kartoffeln
je 160 g (1 kg = 12,50)

2,00

Starten Sie Ihre neue Wochenendtradition.

**Jetzt Sommer-
angebot sichern**



**6 Ausgaben
der Sonntagszeitung
für nur 6 Euro.**

Lassen Sie sich inspirieren und erfrischen
Sie Ihren Geist in den schönsten Wochen des
Jahres mit vielfältigen Themen von Politik
und Wirtschaft bis Leben und Reisen.



Bis 31.8.24 bestellen: ☎ (069) 75 91-33 59 🌐 faz.net/angebot-sommer

Musste noch nie so hart um das Zeitlimit kämpfen:
John Degenkolb verbrannte auf der 15. Etappe mehr als 7000 Kilokalorien

Foto Picture Alliance

Die 15. Etappe am Sonntag war für mich ein ultrakrasser Tag. In meinen zehn Jahren bei der Tour de France habe ich noch nie einen Tag erlebt, an dem ich so hart um das Zeitlimit kämpfen musste. Man muss wissen: Bei der Tour de France wird für jede Etappe anhand der Siegerzeit eine Karenzzeit errechnet, mit der man mindestens ins Ziel kommen muss. Sonst wird man aus dem Rennen genommen, und die Tour ist für einen zu Ende.

Schon der Start der Etappe war äußerst anspruchsvoll. Es ging direkt in den Col de Peyresourde rein, einen gefährlichen Berg in den Pyrenäen, sieben Kilometer lang und relativ steil. Ich habe von vornherein nicht meinen besten Tag gehabt. Und dieser Tag war definitiv kein guter Tag, um einen schlechten Tag zu haben. Jedenfalls konnte ich dem Tempo des Pelotons nicht folgen. Im Grunde genommen habe ich den Anschluss zur Favoritengruppe schon nach zwei Kilometern verloren und bin dann quasi 200 Kilometer nur noch am Anschlag gefahren. Oben am Berg war ich allein, dann hat sich nach der Abfahrt eine Gruppe von zehn Mann gefunden, die alle abgehängt waren. Von da an sind wir zusammen im Flachen und auf den Abfahrten absolut Vollgas gefahren, immer am Limit. Wir haben in den Tälern im Prinzip ein Mannschaftszeitfahren veranstaltet. Da haben wir teilweise sogar Zeit aufgeholt.

In den Bergen hat jeder erst mal versucht, sich so weit wie möglich zu schonen, damit wir nicht völlig überdrehen. Wir haben versucht, ein gleichmäßiges Tempo zu fahren, aber die Länge der Etappe, 200 Kilometer mit fast 5000 Höhenmetern, hat dazu geführt, dass wir nach und nach viel Zeit verloren haben. Auf dieser Etappe ging es dummerweise nicht nur um den Etappensieg, sondern Tadej Pogacar und Jonas Vingegaard, die beiden, die um den Gesamtsieg kämpfen, zeigten an der Spitze eine Kletterleistung, die ihresgleichen sucht. Es waren krasse Werte, die die beiden getreten haben, fast sieben Watt pro Kilogramm Körpergewicht, und das im Finale einer so brutalen Etappe. Unglaublich. Sie sind gefahren wie von einem anderen Stern. Deshalb kamen wir am letzten Anstieg so sehr in die Bredouille. Wir mussten mit dem Niederländer Bram Welten leider auch einen Teamkollegen zurücklassen, bei dem gar nichts mehr ging. Wir waren zu dritt aus unserem Team in dieser letzten Gruppe, aber wenn wir auf ihn gewartet hätten, wären wir alle aus dem Zeitlimit geflogen. Wir haben oben im Ziel auf ihn gewartet. Es war schlimm für ihn, er hat geweint. Ein junger Fahrer bei seiner ersten Tour, und dann am Zeitlimit gescheitert, das ist sehr, sehr bitter.

Was die Karenzzeit betrifft: Entscheidend ist der Moment, in dem der Sieger, in diesem Fall Pogacar, die Linie überquert. Seine Zeit: 5:13:55 Stunden. Dann wird der Prozentsatz für das Zeitlimit errechnet. Das betrug bei dieser Etappe 17 Prozent. Wir haben die Nachricht über Funk bekommen. Es hieß, eure Fahrzeit



DEGENKOLBS TOUR-TAGEBUCH

Ultrakrasser Tag



TAG 18

darf jetzt maximal 6:07:17 Stunden betragen. Ihr habt von diesem Moment an noch genau 53:22 Minuten Zeit. Wir hatten zu diesem Zeitpunkt einen großen Rückstand und mussten noch die 14 Kilometer nach oben. Als wir die Nachricht bekamen, habe ich auf meinem Computer den Timer angemacht und die Uhr runterlaufen lassen. 53:22 Minuten! Es ist schon verrückt, wenn man so gegen die Uhr kämpft. In einer so extremen Situation war ich den 14 Jahren als Profi noch nie. Den letzten Berg sind wir so schnell gefahren, dass nur etwa 25 Fahrer

überhaupt schneller waren als wir, und wir sind überhaupt keine Bergfahrer. Das finde ich am krassesten.

Auch Mark Cavendish, der 35 Etappen bei der Tour gewann, war mit drei Kollegen in unserer Gruppe. Er hat gekämpft wie ein Löwe und hatte das Glück, dass seine Mannschaft sich um ihn scharte. Er hat sich in den Tälern nicht an der Führungsarbeit beteiligt, er hat nur seine drei Kollegen arbeiten lassen. Natürlich hätte ich sagen können, wenn der nicht mitfährt, dann mache ich das auch nicht. Aber dann hätten wir es alle zusammen

nicht geschafft. Deshalb bin ich vorne mitgefahren. Als erfahrener Profi muss man in solchen Situationen mit gutem Beispiel vorangehen, man muss die Ruhe bewahren, darf keine Panik schieben. Es gab einen Moment, da hat Arnaud Démare vom Arkea-Team am vorletzten Berg die Nerven verloren und verzweifelt versucht, aus unserer Gruppe herauszufahren und die nächste Gruppe zu erreichen. Das hat dazu geführt, dass er das ganze letzte Tal, 20 Kilometer, komplett allein fahren musste. Wir haben ihn wieder eingeholt, und da war er komplett erledigt. Er ist am Ende Letzter geworden auf dieser Etappe, hat das Limit gerade noch geschafft. Er war in Panik geraten, das war sein Fehler.

Extrem auch die Daten, die mir am Ende der Computer lieferte. Ich habe über den Tag verteilt mehr als 7000 Kilokalorien verbrannt.

Die Leistung betrug über 6:05 Stunden 320 Watt im Durchschnitt. Nur zum Vergleich: Bei der Flandern-Rundfahrt, einem der härtesten Eintagesrennen, komme ich je nach Rennverlauf auch auf 300 bis 320 Watt, aber die 320 Watt auf dieser 15. Etappe der Tour, nach 14 schweren Tagen, das ist schon eine wirklich krasse Sache.

53:22 Minuten! Und die Uhr lief. Ich bin am Ende mit 51:35 Minuten im Ziel angekommen. Was für ein Tag! Einer der härtesten meiner Karriere. Einer, den ich so schnell nicht vergessen werde.

John Degenkolb bestreitet in diesem Sommer seine zehnte Tour de France. Der erfahrene Oberurseler ist seit 2011 Radprofi, seine größten Erfolge waren die Siege bei den Radsport-Monumenten Paris-Roubaix und Mailand-Sanremo im Jahr 2015 sowie der Gewinn einer Tour-Etappe 2018. Der 35-jährige Familienvater fährt für das niederländische Team dsm-firmenich - PostNL.

Im Vorwärtsgang

Der neue Eintracht- Linksverteidiger Nathaniel Brown rennt schnell und denkt offensiv

FRANKFURT Nathaniel Brown und Can Uzun, die Neu-Frankfurter und alten „Club“-Angestellten, wissen, was ein vortreffliches Zusammenspiel aussieht. Mitte März dieses Jahres bei der Nürnberger Zweitligabegegnung in Magdeburg: Nach einem beherzten Sprint über 50 Meter passte der Linksverteidiger Brown den Ball in den Rückraum zu Uzun; so, wie es die beiden im Training abgesprochen hatten. Der Offensivspieler belohnte Browns durchdachten Sturmangriff mit dem 1:0-Siegtreffer. Die Erfolgsgaranten, die abseits des Spielfelds miteinander befreundet sind, lagen sich zur Freude aller Nürnberger in den Armen. Brown sprach hinterher von einem „perfekten Abend“.

Im besten Fall harmonisieren beide nun in Frankfurt auf dem Platz prächtig miteinander. Can Uzun, das große Offensivtalent (19 Tore und vier Vorlagen in der Vorsaison in der Liga und im DFB-Pokal), der im Alter von 18 Jahren die Aufmerksamkeit einiger Topklubs im In- und Ausland auf sich zog. Und der drei Jahre ältere Nathaniel Brown, der im Schatten seines hochveranlagten Jungkollegen stand. Der aber auch schon etwas vorzuweisen hat. Eintracht-Sportvorstand Markus Krösche zählt den gebürtigen Amberger, der wie Uzun im Nürnberger Nachwuchsleistungszentrum groß geworden ist, zu den „talentiertesten Linksverteidigern“ in Deutschland. Angesichts des Fachkräftemangels auf dieser Position geraten entwicklungsfähige Jungspunde wie Brown, der in der U-21-Nationalmannschaft gesetzt ist, schnell ins Visier ambitionierter Vereine. „Ich glaube, dass es nicht viele Profile von seinem Spielertypen gibt, gerade in Deutschland“, sagt Krösche. Brown passe zu der Art der Eintracht, „Fußball zu spielen. Er hat einen sehr starken Offensivdrang und ist fußballerisch sehr gut.“

Der Deutsch-Amerikaner, dessen Spitzname „Nene“ ist, macht auf seiner Seite buchstäblich Tempo. In jedem Spiel zieht Brown eine Vielzahl von Sprints an. Mit 35,5 Kilometer pro Stunde Topspeed stach der Außenbahnspieler, der seinen vorpreschenden Verteidigungsstil vorliebt, in der abgelaufenen Runde als schnellster Nürnberger hervor; in der zweiten Liga zählte er damit zu den 25 flinksten Läufern. Er komme über seine „Geschwindigkeit und die Cleverness im Zweikampf“, sagt Brown über sich. Der dynamische Linksfuß („ich denke offensiv“) sieht sich zwar nicht als „Zweikampfmonster“. Doch er weiß sich in den Zweikämpfen mit seiner Aggressivität auch resolut durchzusetzen. Beim „Club“ gehörte Brown so zu den besten Zweikämpfern. In seiner Spielklasse war er dank seiner Gier auf Balleroberungen einer der Außenverteidiger mit den meisten gewonnenen Defensivduellen pro 90 Minuten. Gleichwohl sagt Brown, dass er sich defensiv und beim Kopfballspiel noch verbessern wolle. Auf seiner Position schaffte es der Juniorennationalspieler zudem in den Kreis der besten Vorlagengeber (6); beim „Club“ stand er in dieser Kategorie an der Spitze. Nachdem Brown in der Wintertransferperiode von der Ein-

tracht für rund drei Millionen Euro verpflichtet worden war – Frankfurt verließ ihn bis zum Rundenende aber nach Nürnberg zurück –, ließ er in seinem Leistungsvermögen nach. Dass das mit seinem bevorstehenden Aufstieg in die Bundesliga zu tun hatte, schloss der Spieler aus, der auch im zentralen Mittelfeld eingesetzt werden kann. Im Laufe der Zeit steigerte er sich wieder, im alten Vorwärtsgang waren die „schwierigen Wochen“ für ihn vorbei.

Brown bezeichnet sich als „definitiven Wettkampftyp“. Er gilt als fleißig, beharrlich, mutig und ehrgeizig. Alles Eigenschaften, die der Fan von Hip-Hop und Rap-Musik brauchen wird, um sich auf nächsthöherem Niveau durchzusetzen. In Frankfurt muss er sich nach jetzigem Stand mit Niels Nkounkou und Philipp Max messen. Gut für den Neuen und die Eintracht, wenn er es zügig schaffen würde, den neuen Herausforderungen gerecht zu werden. Der Franzose (Nkounkou) und Max schwanken zu stark bei ihren Auftritten. Den idealen Linksverteidiger hat Trainer Dino Toppmöller noch nicht gefunden.



Nathaniel Brown (rechts) Foto Huebner

Brown, für den die zurückliegende Runde die erste komplette Saison als Profi war, soll auf jeden Fall den Konkurrenzkampf ankurbeln. „Ich weiß, was ich kann“, sagt er. „Ich will mich hier durchsetzen.“ Ein Leihgeschäft zieht Brown aktuell nicht in Erwägung, denn: „Mir wurde gesagt, dass man mit mir plant.“ Sein Motto lautet: „Ganz einfach jeden Tag Gas geben.“

Aus der U-21-Nationalmannschaft kennt Brown, der bei der Eintracht einen Vertrag bis Mitte 2029 hat, den Frankfurter Ansgar Knauff. Beide sind flink auf den Beinen. Mit gemessenen 36,4 Kilometer pro Stunde fand sich Knauff im Kreis der schnellsten Erstligaspieler wieder. Ohne Zweifel besser eingespielet ist Brown mit Uzun. Beim 3:0 in der Vorsaison über Rostock legte der Linksverteidiger Uzun den Führungstreffer auf. Für den Angriffsspieler ist Brown auch aus einem anderen Grund wichtig: Er nimmt Uzun immer im Auto mit. „Ich habe mit Can gewettet, dass er es nicht schafft, bis zu seinem 19. Lebensjahr den Führerschein zu machen. Ich glaube, ich gewinne die Wette“, sagte Brown am Dienstag bei seiner Vorstellung. JÖRG DANIELS

IMMOBILIEN

IMMOBILIEN ANGEBOTE

EIN- UND ZWEI-FAMILIENHÄUSER

Haus mit Potential in Nidderau-Wendelstein 120 qm Wohnfläche mit Wintergarten voll unterkellert große Garage u. Garten breiter Treppenaufgang FP: 380.000€, Tel.: 06187-24554

EIGENTUMSWOHNUNGEN 2-ZIMMER-WOHNUNGEN

Kleindorf in Flughafennähe. Maisonette mit grüner Dachterrasse und Balkon 2 Zi. 78qm. 2017 kpl. saniert, ruhige Lage, beste Anbindung zum Flughafen. Alles für den tagl. Bedarf in Laufweite. Interessant für Kapitalanleger. 260Tsd. inkl. TG. Bild per WhatsApp 01778989332

IMMOBILIEN GESUCHE

IMMOBILIENGESUCHE ALLGEMEIN

Freundliche Familie mit drei Kindern (10, 7, 3 Jahre) sucht 5-6 Zimmer-Wohnung oder Haus mit Balkon/Garten in Frankfurt Sachsenhausen zur langfristigen Miete oder Kauf. 0172/6571113

HÄUSER GESUCHE

SUCHE Mehrfamilienhaus als Kapitalanlage. Tel. 06403 9681641

Handwerker sucht Mehrfamilienhaus von privat. Tel. 06032-9989901

Suche Eigentumswohnung von privat - gerne renovierungsbedürftig. Tel.: 069 - 1749 8930

Hobby-Handwerker sucht Eigentumswohnung von privat. Tel. 06403 9681615

EIGENTUMSWOHNUNGEN WOHNUMG GESUCHE

SUCHE Wohnung als Kapitalanlage. Tel. 06403 9681641

Suche Eigentumswohnung von privat - gerne renovierungsbedürftig. Tel.: 069 - 1749 8930

Hobby-Handwerker sucht Eigentumswohnung von privat. Tel. 06403 9681615

MIETANGEBOTE

MIETANGEBOTE GEWERBEOBJEKTE

Büro-Kanzlei in Bad Homburg, 70 m², 2 Büros, 5 Arbeitsplätze, 1. OG, inkl. Nutzung Konferenzraum u. Küche. Innenstadt nahe Kurhaus. 840,-€ + Kfz/Nk. Tel. 06172/2715930

STELLEN REISE

STELLENANGEBOTE

Zuverlässige, erfahrene Putzhilfe mit guten Deutschkenntnissen gesucht für 3 Stunden alle 14 Tage regelmäßig Böden reinigen, Fenster und sonstige Flächen putzen zusätzlich nach Absprache. Nähe S-Bahnhof Ffm.-Griesheim. Telefon 01520 8783955.

St. Tropez. Superlastminute ab sofort! Komf. FH, 3 SchlafZi., günstig v. Priv.! Klima, WLAN ☎ 0171/2144034 www.frankreichtraum.de

Sète direkt am Mittelmeer, Superlastminute! App. (2-6 Pers.), Pool, WLAN, ab sofort! Günstig. v. Priv.! 01712144034 www.frankreichoase.de

Betriebswirtin B. A. motiviert, engagiert und zuverlässig sucht neue verantwortungsvolle Herausforderung. Tel. 0179/7624532

STELLENGESUCHE

Oh ja, Nordsee! Nähe St. Peter Ording, FeWo, frei für kurzentschl. Naturfreunde ab 45,-€, NR, Kind+Hund willk., Garten u. Grill ☎ 04862-8052

3 kräftige junge Männer sind bereit für alle Hilfen, vom Maler, Gartenarbeit u. Umzugshilfe, RM Ffm (40 km Umkr.) m. Transp. ☎ 0163-8115043

Oh ja, Nordsee! Nähe St. Peter Ording, FeWo, frei für kurzentschl. Naturfreunde ab 45,-€, NR, Kind+Hund willk., Garten u. Grill ☎ 04862-8052

FAHRZEUGE

VERKÄUFE

WOHNMOBILE

Wir kaufen Wohnmobile - Wohnwagen 03944 36160, www.wm-aw.de Firma

ANKÄUFE

Barankauf von Pkws und Bussen in jeglichem Zustand. Tel. 069 20793977 oder 0157 72170724

ER 79 J., 1,87 m, 110 kg, ungeb., viels. interessiert, su. Frau od. Paar (m/w) pass. Alters, die/das (noch) Lust auf/an Lust hat. Zuschr. Chiffre 2402651 Z an RheinMainMedia, Pf 101009 34010 Kassel

FRANKREICH

St. Tropez. Superlastminute ab sofort! Komf. FH, 3 SchlafZi., günstig v. Priv.! Klima, WLAN ☎ 0171/2144034 www.frankreichtraum.de

Sète direkt am Mittelmeer, Superlastminute! App. (2-6 Pers.), Pool, WLAN, ab sofort! Günstig. v. Priv.! 01712144034 www.frankreichoase.de

Betriebswirtin B. A. motiviert, engagiert und zuverlässig sucht neue verantwortungsvolle Herausforderung. Tel. 0179/7624532

Oh ja, Nordsee! Nähe St. Peter Ording, FeWo, frei für kurzentschl. Naturfreunde ab 45,-€, NR, Kind+Hund willk., Garten u. Grill ☎ 04862-8052

NORDSEE

Oh ja, Nordsee! Nähe St. Peter Ording, FeWo, frei für kurzentschl. Naturfreunde ab 45,-€, NR, Kind+Hund willk., Garten u. Grill ☎ 04862-8052

3 kräftige junge Männer sind bereit für alle Hilfen, vom Maler, Gartenarbeit u. Umzugshilfe, RM Ffm (40 km Umkr.) m. Transp. ☎ 0163-8115043

Oh ja, Nordsee! Nähe St. Peter Ording, FeWo, frei für kurzentschl. Naturfreunde ab 45,-€, NR, Kind+Hund willk., Garten u. Grill ☎ 04862-8052

PARTNERSCHAFTEN

BEKANNTSCHAFTEN

Gentleman aus Bad Homburg sucht die reife Dame für eine diskrete Beziehung auf Augenhöhe zum Lachen, Reden, Zuhören und so viel mehr. Wenn Du Dir vorstellen könntest ab und zu den Alltag für nicht alltägliche Treffen zu entfliehen, dann erwartet Dich ein gepflegter Mann. Ende 60, immer noch schlank obwohl am Bauch spannt es schon ein bisschen. 175 groß. Lust auf aufregende Treffen? 017654620965 EMAIL gentlemausbathomburg@t-online.de

Wir kaufen Wohnmobile - Wohnwagen 03944 36160, www.wm-aw.de Firma

Barankauf von Pkws und Bussen in jeglichem Zustand. Tel. 069 20793977 oder 0157 72170724

ER 79 J., 1,87 m, 110 kg, ungeb., viels. interessiert, su. Frau od. Paar (m/w) pass. Alters, die/das (noch) Lust auf/an Lust hat. Zuschr. Chiffre 2402651 Z an RheinMainMedia, Pf 101009 34010 Kassel



Frankfurter Allgemeine Buch

Sicher in Immobilien investieren

Immobilien bieten nicht nur Wohn- und Arbeitsraum, sondern sind auch ein lukratives Investment. In „Es sind nicht nur Gebäude“ erklären Tobias Just und Steffen Utlich leicht verständlich die größten Chancen und Gefahren bei der Kapitalanlage.





ES SIND NICHT NUR GEBÄUDE
Tobias Just, Steffen Utlich
256 Seiten - 25 Euro - ISBN 978-3-96251-184-5
www.fazbuch.de - 0711-7899 2044
faz@zeitfracht.de

Warten Sie bitte nicht bis zur letzten Minute.

Je früher Sie Ihre Anzeige bei uns aufgeben, um so individueller können wir Sie bedienen.

Performativ:
Für alle, die Lust auf
Klavierspielen in der Mainzer
Kunsthalle haben –
Ari Benjamin Meyers'
„The New Empirical“, 2013
Foto Norbert Miguletz

Die Probe ist das Ziel

MAINZ Ari Benjamin Meyers' Muttersprache ist Musik. Auch wenn er wie jetzt in der Kunsthalle Mainz als bildender Künstler auftritt.

Von Katinka Fischer

Wäre Ari Benjamin Meyers nicht schon ein arrivierter Künstler und 52 Jahre alt, wäre er konkurrenzloser Kandidat für das jährlich in Wiesbaden an den Nachwuchs vergebene Follow Fluxus Stipendium. Die Arbeit des amerikanischen, seit vielen Jahren in Berlin beheimateten Pianisten, Komponisten, Dirigenten und bildenden Künstlers, der unter anderem an der Juilliard School in New York ausgebildet wurde, mit führenden Orchestern zusammengearbeitet hat und in ebenso namhaften Museen vertreten war, vereint alles, was man der Bewegung der Sechzigerjahre zuschreibt: Sie wurzelt in der Musik, löst traditionelle Genre-Grenzen auf, ist performativ. Aus seiner Nähe zu Fluxus-Pionier John Cage macht Meyers ohnehin keinen Hehl.

Ihn auf dieses Erbe zu reduzieren, würde der Vielschichtigkeit seiner Position jedoch kaum gerecht. Eindrucksvoll führt dies derzeit eine Ausstellung in der Kunsthalle Mainz vor Augen. Dass das Leben eine fortwährende Probe sei und die Aufführung nicht das eigentliche Ziel, lautet die Kernthese des Künstlers, die nun in dicken, von Weitem sichtbaren Versalien auf der Spitze des Kunsthallen-Turmes prangt und der Ausstellung ihren

Titel gibt: „Always Rehearsing Never Performing“. Proben bedeutet Tun, Lernen, Miteinander, ist also mehr als nur musikalische Tätigkeit, sondern formuliert auch ein gegenwärtig besonders aktuelles gesellschaftliches Desiderat.

Zugleich bringt Meyers' Postulat zum Ausdruck, dass die Musik selbst dann seine Muttersprache bleibt, wenn er sich als bildender Künstler zu Wort meldet. Für sie findet er Formen, die überzeugende Antworten auf die Frage liefern, wie man so etwas Ephemerer wie Musik ausstellt. Eine davon lautet „Heavy Metal“. Zum Auftakt des Rundgangs durch die drei Säle und drei Turmebenen der Kunsthalle empfängt die Besucher aber nicht etwa die Headbanger-Musik, auf die der Werkstitel anspielt. Man muss ihn wörtlich nehmen. Denn Meyers hat den Boden mit bleiernen Druckplatten ausgelegt, die aus dem Fundus des Mainzer Schott-Musikverlags stammen und in prädigitaler Zeit zur Herstellung von Noten dienten. Metallbodenplatten indes lassen unweigerlich an Carl Andre denken. Anders als der amerikanische Minimalist setzt Meyers sich aber nicht in erster Linie mit abstrakten Räumen auseinander, sondern transportiert konkreten Inhalt. So kann man die Platten einerseits als Sinnbild für

das Fundament der Tradition verstehen, andererseits verkörpern sie die tonnen-schwere Last der Vergangenheit, die man nun buchstäblich mit Füßen tritt und, während man sich auf den nächsten Ausstellungsraum zubewegt, hinter sich lässt.

Der Anblick der Notenblätter, mit denen Meyers eine der Wände tapeziert hat, erinnert wiederum an Hanne Darbovens serielle Schreibzeichnungen, die nicht zuletzt der Zeit Gestalt geben. Meyers visualisiert auf diese Weise das musikalische Konzept des Klavierstückes „Vexations“, das Erik Satie 1893 komponiert hat, verbunden mit der Maßgabe, es 840-mal hintereinander zu spielen. Diese Anweisung hat Meyers befolgt, die Noten aber nicht 840-mal gespielt, sondern sie mit Bleistift zu Papier gebracht. Wie beim Spiel gleicht auch bei den handschriftlichen Notaten keine Version der anderen, sodass es sich also nicht um bloße Wiederholungen, sondern um Unikate handelt.

Die Raster und geometrischen Symbole, denen man im dritten Saal begegnet, verweisen abermals auf den Minimalismus der Sechzigerjahre, namentlich auf Sol LeWitts Konstruktionen. Nicht viel jünger sind die Overhead-Projektoren, die Meyers' abstrakte Grafiken an die Wände werfen und inzwischen nicht nur

für „Digital Natives“ ein so fremder Anblick sind, dass sie – zumal in ihrer strengen Reihung – wie Skulpturen wirken. Selbst für Musikexperten erschließt es sich wahrscheinlich nicht sofort, dass es sich bei den Motiven um Module einer Partitur handelt. Mit Absicht. Die Entstehung von Kunst ist eben ein abstrakter Vorgang. Das hörbare Ergebnis bringt eine sogenannte Sub-Kontrabassflöte zu Gehör, die ebenfalls zu den Exponaten gehört und weniger laut ist, als es ihr mannschoher, rätselhaft schwarzer Körper vermuten lässt.

Partizipation gehört zum Wesen von Meyers' Schaffen. So lädt ein intimes „Duet“ zum Singen ein ebenso wie das Großgruppenprojekt eines soeben gegründeten „Zollhafener Chors“ und gibt damit nicht nur einer weiteren Facette von Fluxus Gestalt, sondern vermittelt darüber hinaus die Einsicht, dass es auch vom Kontext abhängt, wann eine Probe zur Aufführung wird. Zum Beispiel, wenn sie im Museum stattfindet. Marcel Duchamp lässt grüßen.

ALWAYS REHEARSING

Kunsthalle Mainz, bis 20. Oktober, mittwochs bis sonntags, 10 bis 17 Uhr.



Bis über die Wade

Von Eva-Maria Magel

Was wird bleiben von der Europameisterschaft? Ein paar Balkonflaggen werden wohl bis zur WM bleiben – zwei Jahre sind kurz. Und sonst? In jedem Fall, dass auch mittelalte Cis-Männer mit Bauchansatz nun gern Shirts in Knallpink tragen. Und auch die Fußballsocke ist aus dem sommerlichen Stadtbild nicht mehr wegzudenken. An der Wade junger Frauen, oben drüber ein ultrakurzer Rock oder ebenso kurze Shorts.

Was früher nur japanische Touristinnen oder Cosplayer zu Buchmesse-Zeiten spazieren führten, ist Standard geworden. Wie für manchen Beziehungsstatus gilt auch in Sachen Fußballstrumpf, in Fachkreisen Stutzen genannt: Es ist kompliziert. Im Grunde waren sie schon vorher da, die festen knielangen Sportstrümpfe. Sie haben sich zurückgeschlichen wie die weiße Boris-Becker-Gedenkschnecke in die Adilette. In unserer weit entfernt liegenden Kindheit trug man bis zum Knie hochgezogene Strümpfe. Als sie ver-

schwanden, hielten wir uns für erwachsen und haben, wie bei vielen anderen Moden, gehofft, sie sei glücklich überwunden. Aber wie Netzstoffe, Schulterpolster und Nietengürtel ist auch die knielange Fußbekleidung wieder da. Flächendeckend.

An der Damenwade ist der Fußballstrumpf ein modisches Statement, dessen Aussage wir ehrlich gesagt nicht verstehen. Erst recht nicht, wenn der Frauenfuß in Plastikpantoletten mit kreisrunden Löchern mündet. Egal. Übrigens erliegen auch männliche Profispieler modischen Verwirrungen. Jude Bellingham etwa gehört zu den Anhängern der zerlöchernten Stutzen. Weil die Wadenmuskulatur dann besser arbeiten könne, heißt es. Nur gut, dass zumindest die Deutsche Fußball Liga modisch für Ordnung sorgt. Satte 73 Seiten umfasst deren Richtlinie für Spielkleidung. Und Nummer 42.1c.iii ist eindeutig: „Sichtbare Unterziehsocken und Stutzen dürfen keine Löcher enthalten.“

Nordische Preziosen

MAINZ Sinfoniekonzert mit Staatsorchester

Die Vertonung finnischer National-epen verbunden wohl die meisten Konzertzgänger am ehesten mit Jean Sibelius. Dass auch die Generation finnischer Komponisten nach ihm sich von der Sagenwelt ihres Landes inspirieren ließ, zeigte das Philharmonische Staatsorchester Mainz beim letzten Sinfoniekonzert der Saison mit der „Kalevala“-Suite von Sibelius' Landsmann Uno Klami (1900–1961).

Im Eröffnungssatz, der in gedämpften Blechbläserfarben die Entstehung der Welt schilderte, beeindruckte das von Generalmusikdirektor Hermann Bäumer am Pult herausgearbeitete gestisch-expressive Element der hörbar an Strawinsky geschulten, aber gleichwohl originellen Sinfonische Klamis. Beeindruckend die Präzision des um ein reiches Schlagwerkangebot erweiterten Orchesterapparats. Organisch fließende Klanglinien ließen an die Weite der finnischen Landschaft denken. Packend das glänzende orchestrale Tutti des Schlusses, welches „Das Schmieden des Sampo“, einer Reichtum bringenden Zauberlehre, symbolisierte.

Auch die anderen Werke dieses Abends mit genuin nordischem Programm überzeugten, auch wenn die das Konzert eröffnende Wiedergabe von Jean Sibelius' 3. Sinfonie C-Dur op. 52 etwas blass geriet. Zwar gefiel die Lebendigkeit und Frische, mit der beson-

ders der erste Satz des kurzweiligen Werks musiziert wurde, die elegischen Holzbläserstimmen im Andantino und die epischen Blechbläserstellen des Sinfonieschlusses. Zu schwach blieben jedoch die orchestralen Steigerungen, die mehr Wirkung hätte entfalten können.

Im Klavierkonzert a-Moll von Edvard Grieg gestaltete die rumänische Pianistin Alexandra Dariescu ihren Solopart in gefühlvoller Interaktion mit dem Orchester, von dessen Klangteppich das perlende Passagenwerk des Klaviers einfühlsam getragen wurde. Eindrücklich war in Dariescus Interpretation das Gegeneinander von schwärmerischen Legatolinien und rhythmisch-tänzerischen Episoden herausgearbeitet. Einen atmosphärisch fein durchgehörten Streichersatz bot das Adagio, bevor die elastisch einsetzenden Marschrhythmen des Finales das Werk beschloss.

Eine interessante Umgebung bot in der Pause das Foyer des Großen Hauses des Staatstheaters, wo man angesichts der laufenden Umbaumaßnahmen aus der Not eine Tugend gemacht und die Räume in einem improvisiert alternativen Industrie-Flair mit zusammenge-würfelter Innenausstattung und bunten Wandbeschriftungen gestaltet hat – anregende Abwechslung zu konventionellen Konzertfoyers. JOHANNES LIEBIG

Politisch und virtuos

WIESBADEN Rheingau mit Quasthoff und Haffner Trio

Er kann alles. Singen natürlich, Lieder und Songs, Brahms und John Lennon. Mit Text: „You are so beautiful“. Und ohne: „Doobi-doobi-doo-dab“. Wie Ella Fitzgerald, nur noch virtuoser durch alle Register, vom Falsett bis in den tiefsten, reinsten Bass. Da gibt es nur einen, den man mit ihm vergleichen könnte: Big Joe Turner. Der konnte auch alles, sogar Rohstahl kauen und Rasierklingen ausspucken, jodeln wie ein Sennerbub und überhaupt alles, was andere auch können. Nur besser.

Thomas Quasthoff kann es vielleicht auch deshalb besser, weil er wie sonst kaum jemand gegen Widerstände ankämpfen musste, vor allem gegen die Vorurteile einer Gesellschaft, die von Menschen mit Behinderung irritiert wird, nicht weiß, wie sie sich verhalten soll, lieber wegsieht und auch deren Talente nicht zur Kenntnis nehmen mag. Bei Thomas Quasthoff hilft das Ignorieren nichts, weil er offensiv mit seiner Contergan-Schädigung umgeht und es anderen damit leichter macht.

Wenn er, wie jetzt beim Konzert des Rheingau Musik Festivals im Kurhaus Wiesbaden davon spricht, dass er – „ob Sie es glauben oder nicht“ – glücklich sei, auf der Bühne zu sein und singen zu können, „in diesem schönen Deutschland“, dann beschämt er zugleich die ewigen Defätisten mit ihrer notorischen Nörgelei an allem. Freilich weiß Quasthoff, er ist ja nicht naiv, dass es durchaus viel wirklich Bedenkliches gibt in diesem schönen Land, und sagt es auch. Von Leuten mit offensichtlich tiefbrauner Gesinnung möchte er jedenfalls nicht regiert werden. Der große Beifall, der ihm nach diesem Bekenntnis im gut

besuchten Friedrich-von-Tiersch-Saal des Kurhauses entgegenschlägt, wird ihn noch glücklicher gemacht haben.

Solche Säle zu füllen dürfte selbst großen Künstlern wie Wolfgang Haffner, allein mit seinem Jazztrio, nicht ganz leicht fallen. Und so hat er als kluger Gastgeber neben Quasthoff auch eine weitere große Künstlerin eingeladen, die schwedische Sängerin Ida Sand, die man hier schon gelegentlich, unter anderem mit ihrem umtriebigen Landsmann Nils Landgren, erleben konnte. So innig wie beim Song „Have A Little Faith In Me“ im Duett mit Thomas Quasthoff, dazu noch kraftvoll unterstützt von Haffner am Schlagzeug, dem zapackenden E-Bassisten Thomas Steiger und dem technisch versierten Pianisten Simon Oslender, hat man sie wohl auch mit Landgren nicht oft singen hören. Natürlich hat sie sich dann selbst noch am Klavier bei „If You Don't Love Me“ begleitet, das fast so etwas wie ihr melancholischer Signature-Song geworden ist.

Es waren zwei der drei Höhepunkte dieses anregenden Konzerts. Der dritte gehörte Thomas Quasthoff allein: ein faszinierender Drahtseilakt auf Stimmbändern, Zunge und Mundhöhle, die alle zu einer virtuellen Jazzband mobilisiert wurden; vokal ausgeführt und instrumental wirkend. Am Ende des Konzerts wurde Quasthoff romantisch. Mit op. 49 Nr. 4, dem Wiegenlied von Johannes Brahms in einer leicht verjazzten Form, entließ er – nicht ohne Aufforderung zum Mitsingen – das wohlwollende Publikum. Selbst solche gefährlich nah am Kitsch lavierende Aktionen lassen sich mit seinem Charme ertragen. WOLFGANG SANDNER

Gefühle so groß wie ein Mammut

FRANKFURT Jan Philipp Stange zeigt „Die Mammutaufgabe“ in der Netzwerk Seilerei



Zu zweit weniger allein: Daniel Degeest und sein Mammut Foto Christian Schuller

erzählt von seiner Kindheit, von Unsicherheit, Mobbing, Einsamkeit, Traurigkeit und Depression, wie er sich oft in den Schlaf gewiegt habe. Davon, dass man damals nicht darüber sprechen durfte, weil vieles tabu war, eben sehr steinzeitlich.

Das archaische Setting bildet einen wirkmächtigen Rahmen mit doppeltem Boden. Zum einen signalisiert es: Diese Zeit ist zum Glück vorbei. Zum anderen aber auch: Selbst wenn wir heute darüber sprechen, bleibt in unserer schönen neu-

en Welt, in der viele Kinder zum Psychologen gehen, wenig Raum für Gefühle. In diesem Stück ist Platz dafür. Die Kinder im Publikum, die zuvor lautstark mitmachten, sind auf einmal still. Sie spüren, dass das jetzt eine echte Mammutaufgabe für Degeest ist, der sie eben noch mit seiner tölpelhaften Steinzeitattitüde amüsiert hat und jetzt erzählt, wie sehr er darunter gelitten hat, als „dickes, pickliges Kind mit Brille“ betrachtet worden zu sein. Das Mammut wird zur Metapher für Gefühle, die wir im Alltag verdrängen, während wir damit beschäftigt sind, zu funktionieren, Rollen zu spielen.

Bei Degeest werden die Gefühle so groß wie ein Mammut. Sie müssen raus. Er schafft die Aufgabe, kann seine Blockaden auf der Bühne lösen; fast schon therapeutisch wirkt das. Es geht ans Herz, wie Degeest so verletzlich und schonungslos ehrlich von seiner traurigen Kindheit erzählt. Heute lacht ihn keiner aus. „War von euch schon mal jemand traurig?“, fragt er die Kinder. Sie rufen „Ja“. Zum Schluss dürfen sie Steinen Gedanken mitgeben und sie auf die Bühne legen, um loszulassen.

Für den 37 Jahre alten Stange, der in diverse Projekte, etwa am Mousonturm, involviert ist und Dutzende Stücke geschrieben hat, ist die „Mammutaufgabe“ sein erstes, das sich an ein junges Publikum richtet. Gewissermaßen hat auch er eine Mammutaufgabe geschafft. Ihm und seinem Team ist eine von vorn bis hinten schöne, eine rührende, aber einfache und gerade deshalb so tiefgründige Inszenierung gelungen. SONJA ESMAILZADEH

DIE MAMMUTAUFGABE

Netzwerk Seilerei, Frankfurt, 27. Juli, jeweils 11 und 15 Uhr. Weitere Termine unter janphilippstange.com.

Wie viel Schwere verträgt ein Stück für Kinder? Diese Frage dürften sich Regisseur Jan Philipp Stange und sein Team für die Inszenierung „Die Mammutaufgabe“ in der Frankfurter Netzwerk Seilerei wohl mehr als einmal gestellt haben. So beginnt das Stück mit einer lockeren Exposition, einem im Falsett singenden, riesigen, pelzigen Mammut, das so aussieht, als sei es für die Vorstellung extra aus dem Senckenberg-Museum geholt worden. Dieses großartige Mammutkostüm (Maylin Habig) kommt aus der Erwachsenenversion „Great Depressions“ (2018) am Frankfurter Produktionshaus Studio Naxos. Für das aktuelle Kinderstück ist das Mammut recycelt worden. Darin stecken zwei Spieler (Jacob Bussmann, Paula Schlenker), die es wunderbar leicht tanzen, mit Ohren und Schwanz wackeln oder behäbig zwischen Urwaldpflanzen, Zelt und Publikum stapfen lassen. In diese Szenerie platzt ein robuster Steinzeitmann mit Keule (Daniel Degeest), der Beeren von Sträuchern isst, beschwingt Lieder summt oder in die „Kacka“ vom Mammut tritt und die lachenden oder „Ihhh“-rufenden Kinder dazu animiert, kräftig zu pusten, um ein Feuer zu entfachen. Gerade dieser fast schon klamaukige Budenzauber, diese Ice-Age-Musical-Atmosphäre bereitet darauf vor, dass es auf einmal ernst werden kann. Die Interaktion mit den Kindern hat das Eis gebrochen.

Als der Höhlenmensch dem Mammut begegnet, schafft er es nicht, das Tier, das sich ganz allein und einsam fühlt und schrecklich langweilt, aufzuheitern. Das zieht ihn selbst runter und plötzlich fällt der vermeintlich harte Steinzeitmann aus seiner Rolle und ist nicht mehr Schauspieler, sondern Daniel Degeest.

„Ich hab ganz schön Angst vor dieser Stelle im Theaterstück“, sagt er. Degeest